Kartei Nr. 43 * Inhalt - Postwesen, allgemein

1. Buch: Thurn und Taxis 1517 - 1867
2. Akte: Aus der Geschichte der Post - verschiedene Autoren
   Hoch auf dem gelben Wagen - verschiedene Autoren
   Reitende Post über Celle
   Postamtsbez. Stolzenau + Nienburg vereint v. 13. 1.1987
   Langendamms erstes Postamt v. 2.11.1985
   Bilder der Post
   Heft: Post und Zeppelin
3. Akte: General-Postmeister Heinrich Stephan
4. Akte Posthistorische Dokumente
5. Akte: Die Geschichte der Glückwunschkarte
6. Katalog - Briefmarken-Graphik 78/79
7. 155 Jahre Briefkasten - 1823 - 1978
8. Akte: Telegraphenverbindung
9. Die ersten Postleitzahlen
10. Hinweise für Geschenksendungen in die SB v. 10.1966
11. Katalog - Telefone
12. Postgebühren ab 7.1972
13. Anleitung zur Benutzung des Postgirokontos

THURN UND TAXIS

PERPETUA FIDE

1517 – 1867

18. IV. 1972

430003

Herrn Bürgermeister

Dr. Hübner – überreicht

die „Heimatgeschichtliche Forschung

Bad Rehburg – diese Grundlagenarbeit

der Postgeschicht – als kleine nach=

trägliche Geburtstagsgabe.

Als Kleines Zeichen des Dankes für

den Einsatz für die Heimatgeschichte!

In der Hoffnung auf verstärkte

Zusammenarbeit, nachdem der

„Rehburger Brunnen“ – Gott sei Dank –

wieder zu Stadt Rehburg zurück=

gekommen ist.!!

Wolfgang Müller
Oberst a. D.
(Geb. 15.12.1901 zu Bad Rehburg)

Der Leiter der
Heimatgeschichtlichen
Forschung
über das frühere
Hofbad der Hannoverschen Könige –
Bad Rehburg

Wolfgang Müller Oberst a. D.
Freier Journalist, Militärschriftsteller
402 Mettmann bei Düsseldorf
Beckerhoffstraße 15
Evangelisches Pfarrhaus

Max Piendl

THURN UND TAXIS 1517–1867

Zur Geschichte

des fürstlichen Hauses und der Thurn und Taxisschen Post

Heft 1/67 des Archiv für deutsche Postgeschichte · Sonderdruck
für den Bund Deutscher Philatelisten e. V., Frankfurt am Main

Sonderdruck des Archivs für deutsche Postgeschichte Heft 1, 1967
für den Bund Deutscher Philatelisten, 6 Frankfurt 1, Neue Mainzer Str. 60

Hergestellt in der Druckerei und Kartographischen Anstalt Georg Westermann, 33 Braunschweig

Die Bilder stellten freundlichst zur Verfügung:
Bundespostmuseum Frankfurt/Main S. 37, 59, 85,-89
Institut Royal du Patrimoine Artistique, Brüssel S. 10
Federseemuseum Buchau am Federsee S. 73
Giraudon, Paris S. 19
Städt. Museum Frankfurt/Main S. 27
alle anderen Fürstlich Thurn und Taxissches Zentralarchiv Regensburg
Aufnahmen Westermann-Atelier Buresch

Zum Geleit

Mit dem Amt des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen habe ich auch den Vorsitz in der Gesellschaft für deutsche Postgeschichte übernommen. Auf diesem Wege grüße ich die 47 000 Mitglieder und die übrigen Postgeschichtsfreunde im In- und Ausland, die sonst regelmäßig das Archiv für deutsche Postgeschichte, diesmal aber das Sonderheft „Thurn und Taxis" erhalten. In gedrängter Form gibt der Fürstliche Oberarchivrat Dr. Piendl hier einen Überblick über das Werden und Wachsen des „Postreichs" und allgemein über die Geschichte des Hauses Thurn und Taxis. Beim Betrachten der prächtigen Bild- und Dokumentenwiedergaben werden 450 Jahre Postgeschichte lebendig.

Als Franz von Taxis, der erste Postmeister des Heiligen Römischen Reiches Deutscher Nation und Stammvater aller Thurn und Taxisschen Generalpostmeister während dreier Jahrhunderte, sich am 12. November 1516 durch einen Vertrag verpflichtete, auf eigene Kosten die kaiserlichen Briefschaften zwischen Wien und Brüssel zu befördern, ließ er sich als Gegenleistung die Einkünfte aus der Beförderung privater Briefe für sich und seine Nachkommen zusichern. Die Zahl der Postkurse stieg schnell an, und um 1550 jubelte ein zeitgenössischer Chronist: „Die Erfindung der Posten ist unter die Glückseligkeiten jetziger Zeiten billig zu rechnen." Mit dem Verfall der kaiserlichen Macht setzten sich die Landesfürsten über das Taxissche Erbpostlehen hinweg und gründeten eigene Staatsposten.

Nach dem Untergang des Alten Reiches und nach dem Wiener Kongreß übte das Fürstliche Haus Thurn und Taxis den Postbetrieb in verschiedenen deutschen Bundesstaaten weiterhin als Lehenspost aus; der Umfang dieses Postgebietes war zur Zeit der Abtretung an Preußen 1867 nach Österreich, Preußen und Bayern das viertgrößte in Deutschland. Zahlreiche Verbesserungen brachte der deutsch-österreichische Postvertrag von 1850, der 16 bis dahin selbständige Landesbereiche zusammenführte.

Erst Generalpostmeister Heinrich von Stephan konnte in seiner großen Postreform und als Mitbegründer des Weltpostvereins wahrmachen, was dreieinhalb Jahrhunderte zuvor den kaiserlichen Postmeistern aus dem Hause Taxis in kühnen Träumen vorschwebte: länder-, erdteil- ja weltumspannende Post- und Nachrichtenverbindungen ohne Durchgangsbeschränkungen zum Wohle der gesamten Menschheit.

Ich wünsche allen Postgeschichtsfreunden reichen Gewinn beim Lesen dieses Buches.

Bonn, im April 1967

Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen
Vorsitzer der Gesellschaft für deutsche Postgeschichte, e. V.

.N. Vander Horst In. P. de Iode fe.

Das dem Johannes Baptista von Taxis 1534 durch Kaiser Karl V. verliehene Wappen

Das Haus Taxis und die Anfänge der Post

Die große geschichtliche Leistung des Hauses Thurn und Taxis ist mit einem einzigen Wort gekennzeichnet, es ist die Post. Mitglieder dieser aus Norditalien — Cornello bei Bergamo — stammenden Familie waren es, die dem Rufe und den Bedürfnissen der neuen Zeit folgend, vom ausgehenden 15. Jahrhundert an das Postwesen im gesamten westlichen Europa aufbauten. Franz von Taxis kommt innerhalb der sehr weit verzweigten Familie insbesondere das Verdienst zu, das Postwesen im Reiche unter Kaiser Maximilian I. und dann unter Karl V. eingerichtet zu haben. Dieser weitsichtige und unternehmungsfreudige Mann gilt auch als der Begründer des internationalen Postwesens.

Der bekannte Staatsrechtler des 18. Jahrhunderts Johann Jakob Moser trug keine Bedenken, die kulturhistorische Tat des Franz von Taxis mit der des Kolumbus zu vergleichen. Die Vorstufen und Anfänge jener Einrichtung, die man später als Post bezeichnet, sind allmählich in Italien erwachsen. Die Taxis sind es aber, die als „Erfinder", wenn man so sagen will, des Postwesens zu gelten haben. Ihre unbestreitbare Leistung wird es immer bleiben, daß sie sich wagemutig über das gesamte Westeuropa hinausgreifend für ganze Länder zum Träger dieses bedeutenden Fortschrittes machten. Nur durch die Einheit ihrer Familie gaben sie den Postverbindungen von Deutschland bis nach Rom und Madrid eine Sicherheit, wie sie auf die Dauer wohl keine andere große Gesellschaft hätte verbürgen können. Daß sich diese Familie aus kleinen Anfängen zu solcher Macht und schließlich zu fürstlichem Rang erhoben hat, war bei aller Gunst der Umstände sicher nur durch Klugheit und Energie möglich.

Franz von Taxis ist im Jahre 1459 geboren, also im selben Jahre wie der spätere Kaiser Maximilian I., mit dem der Aufbau der Post in engstem Zusammenhang steht, oder wie Jakob Fugger der Reiche. Maximilian erwarb durch seine Vermählung (1477) mit Maria, Erbtochter Karls des Kühnen von Burgund, Anspruch auf alle burgundischen Besitzungen, darunter die reichen Niederlande. 1490 trat Sigismund von Tirol seinem Vetter Maximilian sein Land ab. Als 1493 der alte Kaiser Friedrich III. starb, umfaßte der Machtbereich König Maximilians die gesamten Lande der Habsburger, dazu noch Burgund mit den Niederlanden. Den letzten Baustein zur Großmachtstellung des Hauses Habsburg hat Maximilian aber durch die Vermählung seines Sohnes Philipp des Schönen 1496 mit der spanischen Erbtochter Johanna der Wahnsinnigen gelegt. Dies sind die wichtigen geschichtlichen Voraussetzungen, die letzten Endes zum Aufbau der Post durch das Haus Taxis auf Veranlassung Kaiser Maximilians I. führten.

In Italien haben sich im Laufe des 15. Jahrhunderts aus den Bedürfnissen des Handels und der Diplomatie die Anfänge der Post herausgebildet. Der Kurierdienst an den Höfen, vor allem an der römischen Kurie, ist als Ausgangspunkt dieser Einrichtung zu betrachten. Unter diesen italienischen Kurieren, vor allem im päpstlichen Dienst, sind im 15. Jahrhundert häufig die Taxis aus Cornello bei Bergamo anzutreffen. Insgesamt ist es eine sehr auffallende Tatsache, daß in diesem Kurierdienst fast ausschließlich Bergamasker Familien anzutreffen sind, darunter in erster Linie die Taxis. Für die Bevölkerung der Gegend von Bergamo selbst mag es bezeichnend sein, wenn hier noch bis in die Zeit um 1400 Reste langobardischen Rechtes festzustellen sind.

Kaiser Maximilian knüpft an diese italienischen Einrichtungen an, als er sich im Interesse der Nachrichtenübermittlung in seinen weit verstreuten Landen gezwungen sieht, feste Postkurse einzurichten. Aber nicht allein diese Einrichtung übernimmt er, auch die im Kurierdienst bereits bewährteste und ebenfalls schon zu Vermögen gelangte Familie, die Taxis, nimmt er in seine Dienste. Sie schaffen nunmehr das, was man ab jetzt erst endgültig als die Post bezeichnen kann. Wohl um 1488 wird in Innsbruck zwischen Kaiser Friedrich III., König Maximilian und Janetto von Taxis die Errichtung von Postkursen vereinbart. 1489 nennen die Raitbücher der oberösterreichischen Kammer erstmals „Johannetn Daxen obristn Postmaister". Für April 1489 läßt sich bereits ein Postkurs von Innsbruck nach Mecheln in den Niederlanden nachweisen.

Eine Memminger Chronik bestätigt den Beginn der Post in dieser Zeit, wenn sie zum Jahre 1490 meldet: „In diesem Jahr fingen die Posten an bestellt zu werden aus Befelch Maximilians I. des Römischen Königs, von Österreich bis in Niederland, in Frankreich und bis nacher Rom. Es lag allweg 5 Meil Wegs ein Post von der andern, einer war zu Kempten, einer zu Bless (Pleß, nördlich von Memmingen), einer an der Bruck zu Elchingen (donauabwärts bei Ulm) und also fortan immerdar 5 Meil Wegs von einander und must alweg ein Pot des andern warten, und so bald der ander zu ihm ritt, so bließ er ein Hörnlein, das hört ein Bott, der in der Herberg lag und mußt gleich auf sein. Einer mußte all Stund ein Meil, das ist 2 Stund weit reiten, oder es ist ihm am Lohn abgezogen, und mußten sie reiten Tag und Nacht. Also kam oft in 5 Tagen ein Brieff von hier bis nacher Rom."

Franz von Taxis selbst wird 1491 erstmals zusammen mit seinem jüngeren Bruder Janetto, dem bereits erwähnten „obristn Postmaister", in den Raitbüchern erwähnt. Janetto ist der Stammvater der später in Augsburg seßhaft gewordenen Linie Taxis. Für das Jahr 1496 lassen sich Posten in Augsburg, Worms, Lindau, Feldkirch, Bludenz, Chur, über das Wormser Joch, Taufers, Lienz, Görz, Laibach nachweisen, als deren Mittelpunkt Innsbruck erscheint. Hier wirkt seit dem Jahre 1500 Gabriel von Taxis, der Stammvater der noch lebenden Grafen von Thurn und Taxis, der sogenannten Innsbrucker Linie. Gabriel bekleidet unter Maximilian I., Karl V. und König Ferdinand I. zu Innsbruck, der Zentralbehörde für Tirol und Vorderösterreich, bis zu seinem Tod im Jahre 1529 das Amt eines Postmeisters und steht dabei seinen Vettern Franz und Johann Baptista bei der Einrichtung und Leitung der Post im spanisch-habsburgischen Weltreich helfend zur Seite. Der Postbereich des Gabriel von Taxis läßt sich durch eine Linie von Worms, Stuttgart, Tübingen, Augsburg, Salzburg, Linz, Prag, Wien, Villach, Verona, Trient, Bludenz, Lindau, Konstanz, Zürich bis gegen Straßburg ungefähr beschreiben.

Das Hauptaugenmerk des Franz von Taxis gilt den westlichen Gebieten des habsburgischen Reiches. Am 1. März 1500 wird er von König Philipp I. zum „capitaine et maître de nos postes" ernannt. Derselbe König trifft am 18. Januar 1505 mit seinem Hauptpostmeister ein Abkommen, nach dem sich dieser verpflichtet, gegen eine jährliche Entschädigung von 12 000 Livres eine Postverbindung zwischen den Niederlanden, dem Hofe Maximilians I. in Deutschland, der jeweiligen Residenz des französischen Königs und dem spanischen Hofe einzurichten und in Betrieb zu erhalten. Es ist dabei vereinbart, Briefe von Brüssel nach Innsbruck im Sommer in 5½ Tagen, im Winter in 6½ Tagen zu befördern. Für die Strecken von Brüssel nach Paris sind 44 Stunden, nach Lyon 4 Tage, nach Granada 15 Tage und nach Toledo 12 Tage vorgesehen. Der niederländisch-deutsche sowie der niederländisch-spanische Pustkurs dienen dem Zweck einer regelmäßigen Verbindung, während der französische Kurs den diplomatischen Verkehr mit diesem Land erleichtert. Deswegen soll die Post auch nur nach Frankreich gehen, wenn der König dort Gesandte hat.

Die gesamte Verantwortung für den Betrieb der im Vertrag von 1505 vereinbarten Posten übernimmt Franz von Taxis. Man hat den Eindruck, daß ohne die Energie und den Wagemut dieses Mannes eine derartige Ausdehnung der Posten damals nicht erreicht worden wäre. Die große Bedeutung des Vertrages liegt darin, daß er den Ausgangspunkt für die Entwicklung einer internationalen und spezifisch Taxisschen Post bildet. Der hohe Einsatz des Franz von Taxis hat aber auch eine gewaltige Stärkung in seiner Position als Postmeister zur Folge. Der Vertrag wandelt nämlich die niederländischen Staatsposten in Taxissche Posten um, einerseits zwar Posten mit dynastischem Zweck, aber andererseits unter Taxisscher Regie. An Stelle des reinen Staatsbetriebes tritt der „delegierte Staatsbetrieb" durch einen privaten Unternehmer, eine Entwicklung, die erst ein Jahrhundert später ihre letzte Durchbildung erreicht.

Der Hauptgrund für den großen Erfolg der Taxis im Postwesen bereits in der frühen Zeit liegt in dem starken Familiensinn und der engen Familiengemeinschaft. Die verschiedenen Brüder, Vettern und Neffen lassen sich an der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert und kurz darauf in Innsbruck, Augsburg, Füssen, Venedig, Mailand, Rom, Brüssel, Antwerpen und in Spanien nieder. So dehnt sich die von den Taxis geschaffene Postorganisation von Deutschland und den Niederlanden über den gesamten Bereich des mitteleuropäischen Verkehrs aus, der Gebietserweiterung des Hauses Habsburg folgend, aber sogar über deren Territorien hinausgreifend. Diese Internationalität bringt die Fähigkeit zu Leistungen, die keine andere Postorganisation ersetzen kann. Sicherlich ist es ein Glücksfall, daß die Taxis mit den Habsburgern als kaiserliche Postmeister nicht nur im Reich, sondern auch in Spanien und Italien das Postwesen aufbauen und betreiben können. Der Ausbau des dynastischen Postsystems — begründet durch den Vertrag von 1505 — mit eigenen Mitteln und durch Hinzunahme der Privatkorrespondenz schafft eine Stellung, durch die sie als Unternehmer zur selbständigen Macht werden. Die Oberleitung über das gesamte Unternehmen führt der oberste Postmeister des Hauses Habsburg und zugleich das Familienoberhaupt, Franz von Taxis, in dessen Umgebung immer mehr sein Neffe Johannes Baptista hervortritt.

Durch ein Abkommen zwischen König Karl I. von Spanien, dem späteren Kaiser Karl V., und seinen Hauptpostmeistern, Franz sowie dessen Neffen Johannes Baptista von Taxis, kommt am 12. November 1516 ein neues Abkommen zustande, das für den weiteren Ausbau des Postwesens von ausschlaggebender Bedeutung wird und zugleich die bisherige Entwicklung abschließt. Eine wesentliche Vervollkommnung und Beschleunigung des Betriebes sowie die Erweiterung des Umfanges im bisherigen Taxisschen Postbereich durch die Angliederung von Verona, Rom und Neapel an das Postnetz zählen zu den wichtigsten Punkten dieses Vertrages.

Über die persönlichen Verhältnisse des Franz von Taxis, der als der eigentliche Schöpfer der Taxisschen Post anzusprechen ist, wissen wir nur sehr wenig. Kaiser Maximilian I. verleiht ihm und seinen Brüdern Roger, Leonhard und Janetto sowie den Söhnen des Roger (Johannes Baptista, David, Maphe, Simon) im Jahre 1512 die erbliche Adelswürde im Reich, in den österreichischen sowie burgundischen Landen und ernennt sie zu Hofpfalzgrafen. Wegen der hervorragenden Leistungen seiner Postmeister erneuert und vermehrt der Kaiser zugleich deren Wappen, das so beschrieben wird: Auf dem unteren blauen Felde des geteilten Schildes ein silberner Dachs, auf dem oberen goldenen Feld ein schwarzer wachsender Adler, darüber als Helmzier ein goldenes Horn. Franz von Taxis wird überdies in Anerkennung seiner geleisteten Dienste zum Ritter vom goldenen Sporn ernannt.

Auch seine alte Heimat im Bergamasker Land hat Franz von Taxis nicht vergessen. 1515 läßt er die große Glocke zu Santa Maria Camerata bei Cornello

gießen. Ohne Nachkommen stirbt er gegen Ende des Jahres 1517 (zwischen 30. November und 20. Dezember), nachdem er noch die Grabkapelle der Familie in der Kirche Notre Dame du Sablon zu Brüssel gestiftet hatte. Die Fertigstellung der kostbaren Wandbehänge der Legende de Notre Dame du Sablon, die er als Stiftung für die zur Ruhestatt seines Geschlechtes bestimmte Kirche vorgesehen hatte, durfte er nicht mehr erleben. Diese einzigartige und hervorragendste Folge von vier Teppichen mit der feierlichen Prozession oder dem „Ommegang" des wundertätigen Gnadenbildes zeigt auch mehrmals den Stifter kniend mit einem Brief in der Hand vor höchsten fürstlichen Persönlichkeiten. Kaiser Friedrich III., Kaiser Maximilian I., König Karl I. von Spanien (der spätere Kaiser Karl V.) sowie dessen Bruder Ferdinand. Die verblüffende individuelle Charakteristik nach Gesichtszügen, Alter und gesellschaftlichem Rang des hohen historischen Personenkreises läßt keinen Zweifel an der Zuschreibung der Kartons an den größten Porträtisten der Zeit, Barend Van Orley. Allein die Bedeutung des Auftrages mit der Wiedergabe so vieler illustrer Persönlichkeiten setzt nicht nur die Mitwirkung eines kaiserlichen Hofkünstlers wie Bahrend Van Orley für den Entwurf voraus, sondern auch ein Brüsseler Meisteratelier für die Durchführung der mühevollen Wirkarbeit.

Auf dem Mittelbild eines der Teppiche mit der Prozession des Gnadenbildes als Hauptthema kniet vorne rechts, auf den Beschauer blickend, Franz von Taxis und ihm gegenüber, der Prozession zugewendet, sein Neffe Johannes Baptista, der Sohn des Roger. Franz von Taxis hat also seinen Nachfolger in der Leitung des gesamten Postwesens bereits auf den von ihm gestifteten Tapisserien abbilden lassen, ähnlich wie auch im Vertrag von 1516 ebenfalls schon Johannes Baptista als Partner erscheint. Noch zu Lebzeiten des Onkels erhält er von König Karl I. von Spanien wegen der Verdienste des Hauses Taxis um das Postwesen 1517 die Anwartschaft auf das Amt eines obersten Post- und Kuriermeisters in allen seinen Reichen.

Den Familieninteressen der Taxis kommt insbesondere das „Spanische Privileg" der Königin Johanna und ihres Sohnes Karls I. von 1518 entgegen. Johannes Baptista sowie seine Brüder Maphe und Simon, stammend aus Cornello im Gebiet von Venedig, werden in allen Reichen naturalisiert und auf Lebenszeit mit der Verwaltung des Postwesens unter der obersten Leitung des Johannes Baptista betraut. Mit der Ausübung dieses Amtes sollen die Einkünfte sowie alle diejenigen Rechte und Vergünstigungen verbunden sein, die bereits Franz von Taxis zugesprochen waren. Johannes Baptista wird insbesondere die ausschließliche Berechtigung zur Ausübung der Postgerechtsame einesteils und die Jurisdiktion über das nach seinem Ermessen anzustellende und abzusetzende Postpersonal andernteils zugesichert. Die Postbediensteten und Kuriere selbst, die der oberste Postmeister in Eid und Pflicht zu nehmen hat, erhalten die Berechtigung zur Führung des königlichen Wappens innerhalb und außerhalb des spanischen Reiches sowie zum Tragen von Waffen. Die dem Postdienste dienenden Häuser sollen von allen Abgaben und Belastungen befreit sein, insbesondere von Einquartierungen; gegen Beraubungen stehen sie ausschließlich unter königlichem Schutz.

Sicherlich war es für Johannes Baptista als dem obersten Postmeister eine Ehrensache, die erste Nachricht über die Wahl des spanischen Königs Karl I. zum Kaiser 1519 persönlich an den Hof in Brüssel zu überbringen. Schon ein Jahr später, ausgefertigt am 14. Juni 1520 in Gent, erhält er auch vom Kaiser den Bestallungsbrief zum Generalpostmeister (chief et maistre general de noz postes par tous noz royaumes, pays et seigneuries). Dieses kaiserliche Privileg muß man jedenfalls als einen der wichtigen Marksteine in der Geschichte der Post wie auch des Hauses Taxis betrachten. Hier wird Johannes Baptista so eindeutig wie nie zuvor vor allen anderen Familienmitgliedern herausgestellt. Diese Position schafft die endgültigen

Franz von Taxis (1459—1517)

Voraussetzungen zum Aufstieg seiner Nachkommen in das Postgeneralat des Reiches und der Niederlande, eben zum Aufstieg der Brüsseler Taxis, des noch lebenden fürstlichen Hauses Thurn und Taxis.

Wenige Jahrzehnte haben den Taxis genügt, die im habsburgischen Machtbereich diesseits sowie jenseits der Alpen gewonnene Position zu festigen und damit Träger eines weiträumigen Post- und Nachrichtenwesens zu werden. Nicht überall und bei allen Familienmitgliedern verläuft die Entwicklung gleich günstig; in Tirol bleiben die Taxis weiterhin nur Beauftragte oder Beamte. Durch die Entwicklung unter Johannes Baptista wird es aber verständlich, daß bald eine finanzwirtschaftliche und verkehrspolitische Zusammenarbeit mit den Fuggern und Welsern, mit dem Bankhaus der Sandri in Rom oder etwa mit den Handelshäusern der Gondi und Nasi in Florenz zustande kommt. Mit dem Anwachsen der Kapitalmacht tritt auch der kaufmännische Charakter der Familie stärker hervor. Was den Fuggern Augsburg bedeutet hat, das ist für die Taxis Brüssel, eben der Punkt, von dem aus alles geleitet wird.

Wichtig ist für Johannes Baptista immer die enge Verbindung zum Kaiser. Während des Nürnberger Reichstages (1522) läßt Karl V. dorthin eine Post legen, welche die Verbindung dieser Stadt mit den Niederlanden herstellt. Sein Bruder Ferdinand I. trägt Sorge für die Unterhaltung einer Post von Nürnberg zu seinem Hof und dem Ludwigs II. von Ungarn. 1530 begleitet der Generalpostmeister den Kaiser auf seinem Krönungszug. Kurz darauf wird er von ihm mit der Grafschaft La Roche in den Ardennen belehnt. Im Zusammenhang mit der Herstellung einer neuen Postverbindung von den Niederlanden nach Spanien, die zugleich den Hof des Königs von Frankreich mitverbinden sollte, tritt Johannes Baptista besonders aktiv hervor. Kaiser Karl V. wird hierbei von seiten Frankreichs zugemutet, diesen Postkurs nicht nur auf eigene Kosten zu erhalten, sondern auch dem obersten Kontrolleur der französischen Post die Anlage desselben sowie die Aufsicht über das Personal zu überlassen. Nach längeren Verhandlungen interveniert der Generalpostmeister beim Kaiser energisch gegen derartige Bedingungen. Er gibt zu bedenken, daß nach seinen Erfahrungen die dem obersten Kontrolleur unterstellte französische Post nicht die erforderliche Gewähr für eine genügend rasche Beförderung der Felleisen biete. Wenn man von seiten Frankreichs auf diesen Bedingungen bestehe, dann sei es besser, den Brief- und Paketverkehr durch eigene Expreßkuriere besorgen zu lassen.

Eine ansehnliche Zahl von Mitgliedern der Familie Taxis hat sich von Anfang an am Aufbau der Post beteiligt. Als allseits anerkanntes Familienoberhaupt galt zuerst Franz von Taxis, nach ihm Johannes Baptista. Von dessen Brüdern siedelt Maphe nach Spanien über und wird Leiter der Regierungskorrespondenz am spanischen Hof. Simon kommt 1506 mit Philipp dem Schönen nach Spanien, ist ein Jahr später „hoste de correos, erhält 1513 das Postamt in Mailand und leitet später das spanische Postamt in Rom. Zwischen Johannes Baptista und Maphe einerseits sowie Simon andererseits kommt es in der Folgezeit zu einem langwierigen Prozeß. Im Mai 1534 entscheidet der Große Rat in Mecheln dahingehend, daß es — unter Bestätigung des von Johann Anton von Taxis, Kaufherrn und Bürgers zu Augsburg, gegebenen Schiedsspruches — bei den Bestimmungen verbleiben

Links: Legende von Notre Dame du Sablon, erster Bildteppich der Folge mit Bildnissen des Stifters Franz von Taxis, nach Bahrend Van Orley, Brüssel 1518

solle, die in dem kaiserlichen Dekret über die Verteilung der spanischen, römischen, deutschen und flandrischen Posten festgelegt waren. Auch die Streitigkeiten der Brüder über einige Liegenschaften in der alten Bergamasker Heimat werden dabei geschlichtet. Zur Ausgleichung der Geldangelegenheiten bedient man sich der Welser in Venedig und Antwerpen. Dieser Rechtsentscheid ist deswegen von großer Wichtigkeit, weil er für die Zukunft alle Familienzwistigkeiten unterbindet und den Ausbau der Post sowie des Familiengutes bei der Brüsseler Linie sichert.

Die bewährten Dienste des Generalpostmeisters in Deutschland, Frankreich, den Niederlanden, Italien und anderen Ländern finden 1534 ihre Anerkennung durch eine Wappenmehrung Karls V. An Stelle des bisher einköpfigen wachsenden Adlers im oberen Felde des Schildes tritt nunmehr der zweiköpfige wachsende Adler.

Infolge des Alters stellt sich bei Johannes Baptista allmählich Kränklichkeit ein. Die Sorge für die Zukunft veranlaßt ihn zu der Bitte beim Kaiser, es möge das Generalpostmeisteramt schon zu Lebzeiten seinem Sohne Franz übertragen werden; in Anbetracht seines langjährigen und ersprießlichen Wirkens erhält dieses Ansuchen im Jahre 1536 die kaiserliche Genehmigung. Unter den Leistungen wird namentlich hervorgehoben, Johannes Baptista von Taxis habe nicht ohne große Beschwerden und persönliche Gefahren den Feldpostdienst bei den kaiserlichen Armeen und bei den gegen die Türken kämpfenden Truppen organisiert, er habe weiterhin den Kaiser auf den meisten seiner Züge zu Wasser und zu Lande begleitet. Die Oberaufsicht über das kaiserliche Postwesen behält Johannes Baptista aber wie zuvor bis zu seinem Tode bei.

Als Kaiser Karl V. im Jahre 1541 seinen großen Reichstag in Regensburg abhält, ist Johannes Baptista zum letzten Male in seinem Gefolge. Eine Erkrankung zwingt ihn, seine letztwilligen Verfügungen zu treffen und die Rückreise nach Brüssel anzutreten. Johannes Baptista von Taxis, Herr zu Hemessem, eques auratus, Hofpfalzgraf und kaiserlicher Rat, stirbt am 15. Oktober 1541 und wird in der Familiengruft an der Seite seines großen Oheims Franz beigesetzt.

Der Ehe mit Christine von Wachtendonk, die einer angesehenen Familie des Herzogtums Geldern entstammte, waren sechs Söhne und sechs Töchter entsprossen. Der älteste Sohn Roger wurde Geistlicher und starb 1593 als päpstlicher Protonotar, Dekan der Kathedrale zu Antwerpen, Propst zu St. Peter in Löwen und Kanzler der dortigen Universität. Der zweite Sohn Raimond wirkte nach dem Tode seines Oheims Maphe (1535) in Spanien als „correo mayor“ bis zu seinem Tod (1578); er war der Begründer der spanischen Linie der Familie Taxis, die 1622 im Mannesstamme erlosch. Franz, der unmittelbare Nachfolger des Vaters, überlebte diesen nur kurze Zeit; er verschied im Alter von 22 Jahren unvermählt. Das Generalpostmeisteramt übernimmt 1543 Leonhard I., der vierte Sohn. Der fünfte Sohn Ludwig starb in der Jugend. Der jüngste Sohn, Johannes Baptista (1530—1610), begann seine Laufbahn als Diplomat in den Niederlanden unter Margaretha von Parma, Alba, Requesens, Don Juan d'Austria und wurde 1580 zum spanischen Botschafter am französischen Hof ernannt. Im Namen König Philipps II. von Spanien schloß er 1585 mit den Guisen die Liga zu Joinville. Zwischen 1598 und 1604 war er zum zweiten Male Botschafter am französischen Hof. Auch im militärischen Dienst erwarb er sich in den Kämpfen gegen die Türken, Niederländer und Franzosen einen Namen. Unter Alexander Farnese von Parma bekleidete er das Amt eines Generalinspektors der spanischen Armee in den Niederlanden.

Neben diesen hatte Johannes Baptista drei natürliche Söhne, die von Kaiser Karl V. legitimiert wurden. Von ihnen war Augustin Kanonikus im Stift St. Gomar zu Lierre in Brabant, Anton Postmeister in Antwerpen und Johann Anton Postmeister in Rom. Anton hat die Antwerpener Linie des Hauses Taxis begründet.

Das Reichspostgeneralat

Leonhard I. von Taxis, der vierte Sohn des Johannes Baptista, zählt kaum 20 Jahre, als ihm am 31. Dezember 1543 von Kaiser Karl V. die oberste Leitung der Posten und damit das Generalpostmeisteramt übertragen wird. In der Sorge um seine jugendlichen Söhne hat der Vater in seinem Testament den Seraphin von Taxis gebeten, er möge diese in der obersten Leitung der Post unterstützen. Seraphin war ein Sohn jenes Janetto von Taxis, der bereits im ausgehenden 15. Jahrhundert mit seinem Bruder Franz, dem eigentlichen Organisator der Post, in den Innsbrucker Raitbüchern als Postmeister Maximilians I. festzustellen ist. Johannes Baptista überträgt seinem Vetter Seraphin 1540 noch die Postämter Bobenheim (südlich von Worms), Didilzheim und Rheinhausen, denen der junge Franz von Taxis 1543 noch die Postämter Augsburg und Roßhaupten (nördlich von Füssen) hinzufügt.

Dem testamentarischen Wunsch kommt Seraphin mit größter Gewissenhaftigkeit nach, was erneut auch die immer wieder feststellbare enge Familienverbundenheit der Taxis zeigt. Er schlägt seinen Wohnsitz in Brüssel auf und steht dem jugendlichen Generalpostmeister Leonhard bis zu seinem Tod (1556) mit Rat und Tat zur Seite. Seraphin hinterläßt dabei ein beträchtliches Vermögen, das er, nachdem er keine eigenen Nachkommen besaß, dem Sohne Seraphin seines Bruders Bartholomäus vermacht. Dieser kommt dadurch in den Besitz der wichtigen Postämter in Augsburg und Rheinhausen und wird der Stammvater der noch bis zu Beginn des 19. Jahrhunderts lebenden Augsburger Linie der Taxis.

Leonhard I., ein kluger und energischer Mann, bringt das Postwesen mit Unterstützung seines Vetters Seraphin rasch zu hoher Blüte. Eine große Rolle in dieser günstigen Entwicklung spielt die Tatsache, daß an allen wichtigen Punkten des ausgedehnten habsburgischen Reiches Angehörige des Hauses Taxis die Post persönlich leiten und überwachen: in Antwerpen, Augsburg, Prag, Wien, Füssen, Innsbruck, Trient, Venedig, Mailand, Rom, Madrid. Sie alle erkennen dabei den Generalpostmeister, der wie sein Vater den Sitz in Brüssel beibehält, auch als ihr Familienoberhaupt an. Es ist beispielsweise von großem Interesse, wenn Simon von Taxis, kaiserlicher Postmeister in Mailand, 1542 mit seinen Neffen Franz und Raimond ein Abkommen trifft, das die Postbereiche abgrenzt und die Verteilung der Portos regelt. Dem Simon, der übrigens der Stammvater des Mailänder Zweiges der Familie ist, fällt dabei die Aufrechterhaltung der Verbindung mit Trient, Como, Piemont, Genua, Piacenza, Bologna, Florenz, Rom und Neapel zu.

Daneben kommt auch die gesamte politische Lage der Weiterentwicklung der Post sehr zu statten. Die Kämpfe Karls V. mit Frankreich, der Schmalkaldische Krieg, die ständige Türkengefahr und schließlich sogar die religiösen Wirren in Europa haben zum Aufschwung des Taxisschen Postbetriebes weitgehend beigetragen. Die Taxisschen Boten und Kuriere befördern die Befehle und Briefschaften des Kaisers von einem Ende des Reiches zum anderen. Sie halten auch die Verbindung der in Ungarn und Afrika gegen die Türken kämpfenden Truppen mit den kaiserlichen Landen aufrecht. Man denke daneben nur an den mehr und mehr anwachsenden Briefverkehr, sei es des politischen, kirchlichen, geschäftlichen, wissenschaftlichen oder privaten Bereiches. Der Briefwechsel der Botschafter und Statthalter des Kaisers, die Schreiben der Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches, die Bullen und Breven der Päpste, die Berichte der Nuntien, die Schreiben

der Ordensgenerale an die unterstellten Klöster, die Korrespondenzen der Kaufleute und Handelsherren und schließlich auch die Briefe aus der Bevölkerung, all dies fließt nun mehr und mehr in der Taxisschen Post zusammen.

Nach der Abdankung Karls V. werden Leonhard I. von den Nachfolgern neue Bestätigungen in seinem Amte erteilt, zunächst 1556 von König Philipp II. von Spanien als Generalpostmeister für die Niederlande, 1563 durch Ferdinand I., hier soweit „die Posten im Heiligen Reich und den österreichischen Erblanden gelegen". Das Privileg Philipps II. spricht dabei in dankbarem Gedenken an die Vorfahren des Leonhard, „die unter Kaiser Friedrich III., dem Vater Maximilians I., das Postwesen erfunden hätten". Wie wichtig und zweckmäßig man die Post in dieser Zeit bereits allgemein einschätzt, zeigt das Ersuchen der Kurfürsten und Stände des Reiches an Kaiser Maximilian II. vom Jahre 1570: „Weiln die Post eines Römischen Kaysers sonderbare Hoheit und Regal zu Advertenz und Correspondenz zwischen hohen Potentaten inn- und außerhalb Reichs, so man bey der Kayserlichen Regierung zu schleuniger Verrichtung nothwendiger Geschäfften, Fortbringung der Brief, Diener und Gesandten, ohnvermeidentlich bedarf, ja welches insgemein allen Ständen und ihren Unterthanen, sowohl als des Reichs Commerciis in viel Weg nützlich und bequem, das Post-Wesen beim Reich zu behalten, dann Ihro Majestät es auch Amts und Pflichten halber als ein Mehrer des Reichs zu thun schuldig, und es dero Nachfahren zum Präjudiz in fremde Hände nicht könten kommen lassen."

Große Enttäuschungen und Rückschläge bleiben freilich Leonhard I. nicht erspart. Die sich durch Jahrzehnte hinziehenden Wirren und Kriege in den Niederlanden bringen sowohl für die persönlichen Verhältnisse der Familie als auch für die Post schwerste Beeinträchtigungen, die schließlich dem Verfall des gesamten Besitzes und der Posteinrichtung gleichkommen. Schon 1556 bedrohen kalvinistische Fanatiker den Generalpostmeister in seiner Brüsseler Residenz. Nur mit Mühe entrinnt er mit seiner Familie dem Tode. Seinen Besitz muß Leonhard den Aufständischen überlassen. Die Taxisschen Häuser und Besitzungen in Brüssel und Umgebung fallen der Habsucht der fanatisierten Menge zum Opfer. Das Generalpostmeisteramt selbst erleidet schwerste Einbußen. Das entschiedene Eintreten Leonhards für die Sache des Königs bedeutet den Verlust der Post in den Generalstaaten, die dort von den Anhängern des Wilhelm von Oranien dem Johann Hinckhart übertragen wird.

Infolge der niederländischen Unruhen und der über die Familie Taxis hereingebrochenen Prüfungen tritt im Postwesen eine Verwirrung ein, die sich im gesamten Europa fühlbar macht. Nur durch große Opfer und unermüdliche Energie gelingt es im Verlaufe einiger Zeit, die alte Ordnung wieder herzustellen. Dem alternden Leonhard stehen bei diesem großen Werk, das einem vollkommenen Neuaufbau der Post gleichkommt, besonders sein Sohn und Nachfolger, Lamoral, sowie der Postmeister in Köln, Jakob Hennot, zur Seite.

Im Reiche selbst scheint die frühere straffe Organisation des Postwesens der Taxis vollkommen zusammengebrochen zu sein. Kaiser Rudolf II. erläßt 1585 einen Aufruf an alle Postmeister, Postverwalter und in gewissem Sinne an das gesamte Postpersonal, in dem die Aufrechterhaltung der Posteinrichtung, die in große Unordnung geraten sei, befohlen wird. Es zeigt sich hier deutlich, wie sehr eine derartig weit verzweigte Einrichtung wie die Post des führenden Kopfes bedarf Leonhard I. von Taxis war durch die niederländischen Kriege für einige Zeit in seiner Handlungsfähigkeit gehemmt, und dadurch wurde dieser Niedergang hervorgerufen. Um wiederum eine sichere, regelmäßige und rasche Postverbindung zwischen den Niederlanden, Deutschland und Italien herzustellen, kommt 1595

Graf Lamoral von Taxis
(c. 1557—1624)

zwischen Kaiser Rudolf II. und König Philipp II. ein Abkommen zustande. In dessen Folge wird Leonhard I. von Taxis vom Kaiser am 16. Juni 1595 erneut zum Generalpostmeister im Reich ernannt. Hans Fugger, Johannes Achilles Illsung und Matthias Welser sollen als kaiserliche Kommissäre den Leonhard beim Wiederaufbau des Postwesens unterstützen. Mit besonderer Strenge geht das kaiserliche Mandat gegen das Nebenbotenwesen, die sogenannten Metzgerposten vor, die während der Zerrüttung der Post in den vergangenen Jahren mehr und mehr überhand genommen haben. Gleichzeitig ergeht vom Kaiser ein Befehl an alle Postmeister, Postverwalter und Postboten, den Generalpostmeister im Heiligen Reich anzuerkennen und ihn in der Ausübung seines Amtes gehorsam zu unterstützen.

Schon im Jahre darauf, am 15. September 1596, folgt ein weiteres Patent Kaiser Rudolfs II. mit der Verleihung des Reichspostgeneralates an Leonhard von Taxis. Der Kaiser zeigt darin an, daß er das Reichspostgeneralat dem Leonhard von Taxis mit der Vollmacht anvertraut habe, Postbedienstete zu ernennen und Postämter einzurichten sowie Postpersonal zu entlassen, das sich gegen das Postregal vergehen sollte. Eine weitere Kaiserurkunde Rudolfs II. vom 6. November 1597 bestätigt nochmals das Reichspostgeneralat in der Hand des Leonhard von Taxis, gibt Anordnungen über das neu reformierte Postwesen und befiehlt die Abschaffung des Nebenbotenwesens. Der Kaiser kann nunmehr bereits rühmend hervorheben, das Postwesen sei jetzt in einer Weise geregelt, „daß männiglich wol damit zufrieden“ sein könne. Die Post in Italien, Deutschland und den Niederlanden habe

Eingang zur Ursula-Kapelle bei Notre Dame du Sablon, nach einem Stich aus dem Jahre 1645

jetzt einen so guten und raschen Lauf, daß die kaiserliche Regierung, ohne Zweifel aber auch die Kurfürsten und Stände, die Handelsleute und jeder, der sich der Post bediene, dies anerkennen müsse. Aus diesem Grunde sei es billig, „ein so wohlverfaßtes, heilsames, gemeinnütziges Werk" vor jeder Beeinträchtigung zu schützen. Ein Vertrag des Statthalters der Niederlande, Erzherzog Albert, mit Leonhard von Taxis vom 16. Juni 1598 bestimmt, die Post sei von Brüssel durch Deutschland bis Trient, durch Lothringen und Burgund bis Arrento sowie nach Frankreich und Spanien durch den Hennegau bis Metz gegen eine in halbjährigen Raten zu zahlende Entschädigung von 10 000 Livres zu unterhalten.

Trotz der schweren wirtschaftlichen Prüfungen, die das Haus Taxis infolge der niederländischen Wirren über sich ergehen lassen mußte, hatte also Leonhard I. in verhältnismäßig kurzer Zeit die Schäden wieder beseitigt und die Post in neuer sowie vollendeterer Form in den Niederlanden und im Reich aufgebaut. Die Kaiserurkunden von 1595, 1596 und 1597 sowie der Vertrag von 1598 zeigen das mit genügender Deutlichkeit.

Das Reichspostgeneralat hat sich aber gerade in diesen Jahren endgültig zu einem Reichsregal herausgebildet, dessen — verliehen an das Haus Taxis und von diesem ausgeübt — Weiterentwicklung und Ausbau zu einer großen wirtschaftlichen Macht keine größeren Hindernisse mehr im Wege stehen.

Leonhard I. von Taxis hatte wegen seiner Tüchtigkeit und seiner unverbrüchlichen Treue zur Krone am spanischen und kaiserlichen Hof, bei den Statthaltern der Niederlande und den Herzogen von Brabant hohes Ansehen. Besonders König Philipp II. sprach seinem Generalpostmeister mehrmals Lob und Anerkennung für seine Verdienste aus. Die Devise des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis, „Perpetua fide", wird sogar auf eine Verleihung von seiten dieses Königs zurückgeführt. Heute noch verwahrt man in Regensburg eine große Taufschale in vergoldetem Silber mit dem Bildnis und Namen König Philipps II. von Spanien; sie mag wohl als Geschenk eines der Dankschreiben des Königs an Leonhard begleitet haben.

Leonhard I. von Taxis, der mit den bedeutendsten Staatsmännern seiner Zeit, so mit Granvella und Fuentes, in Briefwechsel stand, war bereits von Karl V. zum kaiserlichen Rat ernannt worden; Kaiser Rudolf II. verlieh ihm die Kämmererwürde. Erzherzog Albert, der Statthalter der Niederlande, berief ihn in seinen Kriegsrat. In den letzten Lebensjahren, am 16. Januar 1608, darf Leonhard seine und seines Hauses Erhebung in den erblichen Reichsfreiherrnstand erleben. Als er im Mai 1612 verscheidet, sind fast 70 Jahre verflossen, daß er der Krone von Spanien und dem deutschen Kaiserhause gedient hat. Dem Sohn und Nachfolger, Lamoral, hinterläßt er einen wohlgeordneten Besitz und das Generalat in dem sich ständig aufwärts entwickelnden Postwesen. Leonhard war in erster Ehe mit Margareta Damant (gestorben 1549) und in zweiter Ehe mit Louise Boisot de Rouha vermählt.

Lamoral Freiherr von Taxis hat nach einer vorzüglichen Erziehung bereits eine glänzende Laufbahn hinter sich gebracht, als er nach dem Tode seines Vaters die Leitung des Postgeneralates in den Niederlanden und im Reich übertragen erhält. Er hatte sich zunächst einer militärischen Laufbahn unter Don Juan d'Austria gewidmet, der ihn auch zu seinem Kämmerer ernannte. Auf Wunsch des Vaters begibt er sich zu einem längeren Aufenthalt an den königlichen Hof in Madrid. Bei seiner Rückkehr nach den Niederlanden (1581) erhält er von König Philipp II. ein Empfehlungsschreiben an Alexander Farnese von Parma. Darin weist der König seinen Statthalter in den Niederlanden an, den Überbringer des Briefes in jeder Weise zu fördern und zu begünstigen, da er es verdiene und außerdem der Sohn und Verwandte von Männern wäre, die durch ausgezeichnete Dienstleistungen hervorgetreten seien. Sein militärisches Kommando tritt Lamoral 1589 ab, um

fortan seinem alternden Vater in der Leitung des Postwesens dauernd helfend zur Seite stehen zu können. Der späteren Tätigkeit als Generalpostmeister kommt neben dem Aufenthalt in Madrid noch ein solcher in Prag zugute. Nach seiner 1603 erfolgten Ernennung zum kaiserlichen Truchseß übersiedelt Lamoral in die böhmische Hauptstadt und verwaltet dort das Amt eines Hofpostmeisters bis zum Tode seines Vaters, nachdem 1606 auch die Würde eines kaiserlichen Kämmerers gefolgt war.

In der Zeit des Freiherrn Lamoral von Taxis als Generalpostmeister vollziehen sich weitreichende Veränderungen im Gefüge des Reichspostgeneralates, die einesteils der Entwicklung der Post sehr zustatten kommen, andernteils aber auch die Stellung des Hauses weiter ausbauen und festigen. Durch ein Diplom des Kaisers Matthias vom 27. Juli 1615 wird das Generalpostmeisteramt zu einem Erbmannlehen erhoben. Lamoral verspricht umgekehrt in dem Lehensrevers, den er auf Verlangen des Reichserzkanzlers und Kurfürsten von Mainz ausstellen muß, einerseits die Anerkennung des Protektorates des Erzkanzlers über die kaiserliche Reichspost und andererseits die Erhaltung sowie Erweiterung der Post auf eigene Kosten. Er sichert weiterhin neben der dem Kaiser zustehenden Portofreiheit dieselbe auch ausdrücklich dem Erz- und Vizekanzler zu, den Geheimen Reichshofräten und „anderen dero hohen Officiren". Kaiser Ferdinand II. erweitert das neu geschaffene Reichspostlehen zugunsten des Hauses Taxis noch durch ein wichtiges Privileg vom 27. Oktober 1621. Damit das Postgeneralat den Nachkommen der „ersten Erfindere und Erhebere des Postwerkes" für immer gesichert bleibt, wird das Reichsposterbmannlehen für den Fall des Erlöschens der Familie im Mannesstamme auch auf die Töchter ausgedehnt. Im Hintergrund für die Bemühungen um diese weitere Belehnung steht die Tatsache, daß der einzige Enkel, Lamoral Claudius, zu diesem Zeitpunkt erst acht Monate alt ist und man befürchtet, es könne sich keine weitere männliche Nachkommenschaft einstellen. Einen Schönheitsfehler enthalten diese für den weiteren Ausbau der Post in den Händen der Taxis so wichtigen Privilegien lediglich darin, daß die kaiserliche Hofpost sowie die niederösterreichische Post von dieser Belehnung ausgeschlossen bleiben.

Durch die kaiserlichen Privilegien von 1615 und 1621 ist das Amt des Generalpostmeisters endgültig fest in den Händen des Hauses Taxis; Freiherr Lamoral von Taxis und seine Nachfolger sind nunmehr Erbgeneralpostmeister. Diese neue rechtliche Stellung wird zum Anlaß eines vermehrten Ausbaues des Postnetzes. Nunmehr lohnt es sich für die Taxis ja bedeutend mehr als zuvor, in das kostspielige Unternehmen weitere Mittel zu investieren. Es besteht keine Gefahr mehr, daß der Kaiser dieses Amt wieder entziehen kann und dadurch das darin investierte Kapital verloren wäre. Noch um die Mitte des 16. Jahrhunderts bestand im Reiche nur eine wöchentliche Ordinaripost, die von den Niederlanden über Flamisoul, Kreuznach, Rheinhausen und das schwäbische Land nach Augsburg lief, um von da ihren Weg entweder zum kaiserlichen Hof oder nach Venedig, Mantua, Mailand, Rom und Neapel zu nehmen. Nunmehr werden die Kurse laufend ergänzt und erweitert. Zu den kleinen Zweiglinien von Wölstein (bei Bad Kreuznach) über den Hunsrück nach Köln sowie von Rheinhausen nach Frankfurt, die bereits Leonhard I. eingerichtet hat, treten Kurse von Antwerpen nach Köln, von Köln nach Frankfurt, von Frankfurt über Würzburg nach Nürnberg, von Nürnberg nach Rötz (Oberpfalz) beziehungsweise der nächsten kaiserlichen Hofpost auf österreichischem Gebiet, von Nürnberg nach Augsburg, von Frankfurt über Fulda und Erfurt nach Leipzig, von Leipzig nach Hamburg, von Hamburg nach Köln. Insbesondere der umsichtige und kluge Frankfurter Postmeister Birghden leistet bei diesen weitgreifenden und schwierigen Unternehmungen ausgezeichnete Dienste.

Wappen des Franz von Taxis aus seinem Stundenbuch

Freiherr
Leonhard I.
von Taxis
(1521—1612)

Noch kurz vor seinem Tod erreicht den Freiherrn Lamoral von Taxis die freudige Nachricht vom Wiener Hof, Kaiser Ferdinand II. habe ihn mit Diplom vom 8. Juni 1624 in den erblichen Grafenstand erhoben. Schon ein paar Wochen später, am 7. Juli, stirbt er überraschend. Seine letzte Ruhe findet er in der Familiengruft bei Notre Dame du Sablon, für deren glanzvolle Ausstattung er bei Übernahme des Generalpostmeisteramtes große Mittel verwendet hatte. Seiner Ehe mit Genoveva von Taxis, der Tochter Seraphins II. von der Augsburger Linie, waren drei Kinder entsprossen, von denen aber nur der jüngste Sohn Leonhard den Vater überlebte.

Es ist eine nur verhältnismäßig sehr kurze Zeit, in der Freiherr Lamoral von Taxis das Amt des Generalpostmeisters inne hatte. Für die Entwicklung der Post wie auch für den Aufstieg des Hauses Taxis sind dies freilich sehr entscheidende Jahre, die durch die Erhebung des Postgeneralates zum erblichen Lehen und die Verleihung des Grafenstandes gekennzeichnet sind.

Dieses reiche Erbe tritt der einzige Sohn, Graf Leonhard II. von Taxis an, der am 5. Juli 1594 zu Brüssel geboren ist. Schon in jungen Jahren werden von der Umwelt seine großen Kenntnisse in den Fremdsprachen bewundert. Der Großvater, Leonhard I., leitet mit Umsicht die Erziehung des Enkels zu der Zeit, als der Vater das Hofpostamt in Prag leitet; er weckt insbesondere seinen Sinn für Kunst und Wissenschaft. Noch zu den Lebzeiten des Vaters schaltet sich Leonhard II. in die Postgeschäfte ein, was freilich auch zu Zwistigkeiten und Auseinandersetzungen zwischen Vater und Sohn führt. Es zeigt sich bald, daß der hochbegabte und strebsame junge Generalpostmeister mit seinen ausgezeichneten Fähigkeiten den verstorbenen Vater weit übertrifft. Als erste Aufgabe stellt er sich den Ausbau und die Festigung des Generalates über die Reichspost. Schnell gelingt ihm die Auslösung der Postämter in Köln und Frankfurt, die von der Familie Hennot für sich beansprucht wurden. Das Generalat im Reich umfaßt zu dieser Zeit einen Bereich, dessen Umfang von der Nordsee bis zur Adria reicht und die Hauptpostämter Augsburg, Rheinhausen, Frankfurt, Köln, Hamburg, Leipzig, Nürnberg und Venedig umfaßt. Das niederländische Generalat gewinnt durch die unmittelbare Verbindung des bisher von einer Nebenlinie verwalteten Postamtes Antwerpen mit demselben ganz beträchtlich an Einkünften. Mit dem Obersthofpostmeister in den Erblanden des Kaisers, Freiherrn von Paar, gelingt nach langen Streitigkeiten ein Abkommen.

Graf Leonhard II. befaßt sich mit großen Plänen und Entwürfen für die Ausbreitung des Postregals, wozu allein die Erfolge der kaiserlichen Waffen im ersten Stadium des Dreißigjährigen Krieges locken. Mitten in diesem rastlosen Schaffen wird er plötzlich am 23. Mai 1628 zu Prag aus dem Leben gerissen. Der einzige Sohn Lamoral Claudius (1621—1676) ist zu diesem Zeitpunkt erst acht Jahre alt. Noch kurz vor seinem Tod hatte sich der Erbgeneralpostmeister bereit erklärt, „zum Besten des Kaisers und des Königs von Spanien und des ganzen gemeinen Wesens“ von Augsburg aus über Lindau bis nach Mailand einen neuen Postkurs einzurichten. Die Post von Trient nach Italien war nämlich wegen Unruhen in diesem Gebiet gefährdet. Leonhard erlebte noch die Freude, vom Kaiser an diejenigen Reichsstände Promotorialschreiben zu erlangen, durch deren Territorien der neue Postkurs verlaufen sollte.

Kaiser Ferdinand II. bestätigt am 1. August 1628 „als aller Wittib und Waisen im Heiligen Reich obrister Vormünder“ die Witwe Leonhards II., Alexandrine de Rye, als Vormünderin über ihren Sohn; zugleich überträgt er ihr die Administration des deutschen Postgeneralates. Auch König Philipp IV. von Spanien betraut die tatkräftige Witwe mit der obersten Leitung der Post in den Niederlanden,

Burgund und Lothringen. Leonhard II. hatte 1616 Alexandrine, Tochter Philiberts de Rye, Grafen de Varax, geheiratet. Neben Lamoral Claudius stammte aus dieser Ehe noch die Tochter Genoveva (1618—1663), die mit dem Befehlshaber der spanischen Kavallerie und Artillerie in den Niederlanden, Sigmund Esfondrata, Marquis von Montafia, verheiratet war.

Gräfin Alexandrine zählt sicherlich zu den großen Frauengestalten des Hauses Thurn und Taxis. Mit Umsicht und Tatkraft leitet sie bis zum Jahre 1646 für den unmündigen Sohn Lamoral Claudius, der zu diesem Zeitpunkt das 25. Lebensjahr erreicht und das Erbe des Vaters antritt, das gesamte Postwesen. Zweifelsohne ist ihr Bestreben, in erster Linie die Post in dem blühenden Stande, wie sie Leonhard II. hinterlassen hat, zu erhalten und bewahren, weniger durch neue Anlagen zu erweitern. Bewundern wird man die Leistung dieser großen Frau immer deswegen, weil es ihr gelungen ist, die Post in der schweren Zeit des Dreißigjährigen Krieges zu unterhalten und zu leiten. Mit dem siegreichen Vordringen der schwedischen Truppen beginnt das Verhängnis für die kaiserliche Post. Die Postmeister werden vertrieben, beispielsweise Vrints in Frankfurt oder Sieber in Leipzig. Die Postverbindungen zwischen den Niederlanden und Italien sind zeitweise vollkommen unterbrochen. Man versucht, sie auf Umwegen wieder in Betrieb zu setzen. Gerade diese Kursumleitungen verursachen aber große Kosten. Auf Grund von Änderungen des Postlaufes entstehen allein bis zum Jahre 1634 Mehraufwendungen von über 100 000 Gulden.

Schon von jeher bedeuteten Vagabunden und eine disziplinlose Soldateska eine große Gefahr für den Postbetrieb. In diesen Zeiten sind derartige Übergriffe an der Tagesordnung: Beraubungen von Postillonen, Plünderung der Felleisen, Durchsuchung der Briefschaften, Beraubungen der Posthäuser, Wegführung der Postpferde, des Schlachtviehes und der Futtervorräte. Ein Posthalter ist also unter diesen Umständen um sein Amt nicht zu beneiden; der Dienst eines Postillons bringt Gefahren für Leib und Leben mit sich. Viele Posthalter, besonders auf dem Lande und in einsamen Gegenden, werden zum Verlassen von Haus und Hof gezwungen. Selbst sehr belebte Kurse der kaiserlichen Ordinaripost veröden für Wochen und sogar für Monate vollständig. Diese Verkehrsstockungen machen sich natürlich auch bei der militärischen Oberleitung bemerkbar, die in verschiedener Hinsicht ebenfalls sehr weitgehend auf die Post angewiesen ist. Deshalb erteilen Truppenführer zumeist gerne Schutzbriefe für die Posteinrichtung. Ihr Erfolg ist freilich sehr verschieden; es hängt immer von der Strenge ab, wie die erlassenen Vorschriften gehandhabt wurden.

Noch sind diese schweren Kriegsschäden nicht geheilt, als Graf Lamoral Claudius 1646 das Amt des Erbgeneralpostmeisters im Reich vom Kaiser und das niederländische Postgeneralat vom spanischen König übertragen erhält. Im kaiserlichen Lehenbrief bleiben wiederum die kaiserliche Hofpost und die niederösterreichische Post von der Amtsführung ausgeschlossen. Geordnete Verhältnisse stellen sich allmählich für den Postbetrieb wieder ein, als die Friedensverhandlungen in Münster und Osnabrück beginnen. Die Gesandten bei diesem Kongreß sind selbst an einer raschen und sicheren Postverbindung zu ihren Höfen am meisten interessiert.

Der Westfälische Friede enthält über die Post nur einen Satz: „Immoderata postarum onera penitus tollantur." Gerade von hier aus setzt freilich eine verhängnisvolle Entwicklung gegen die kaiserliche Reichspost in den Händen der Taxis ein. Als Graf Lamoral Claudius beginnt, im ober- und niedersächsischen Kreis „das uralte und wohlgeordnete kaiserliche Postwesen, so durch langwieriges Kriegsunheil bisher in seinem richtigen Lauf gehindert worden", wieder einzurichten, weigert sich Kurfürst Friedrich Wilhelm von Brandenburg mit Hinweis

auf seine landesherrlichen Rechte ganz entschieden, die kaiserliche Post in seinem Territorium zuzulassen. Der Kurfürst veranlaßt auch seine Nachbarstaaten zum Widerstand gegen das Reichspostgeneralat. Der Kaiser, dessen Machtbefugnisse durch den Westfälischen Frieden gegenüber den Landesfürsten geschwächt sind, kann Kurbrandenburg nicht hindern, ein eigenes Postnetz anzulegen. Kurfürst Friedrich Wilhelm beruft sich in seiner Erklärung vom 26. April 1660 überdies auf den Kaiser selbst, der sich in seinen Erblanden das Postrecht dem Erbgeneralpostmeister des Reiches gegenüber vorbehalten habe.

Der Einfall der Franzosen in die Niederlande und die Freigrafschaft Burgund in der Zeit des ersten Raubkrieges (1667—1668) bringt dem Hause Taxis empfindliche Verluste. Zu den an Frankreich fallenden Gebieten zählen auch „verschiedene gute Postämter, so sonsten die übrigen Postereien in esse erhalten und ein einträgliches adjuto geben können". Graf Lamoral Claudius versteht es aber meisterhaft, derartige Ausfälle durch eine wohlgeordnete Verwaltung und den weiteren Ausbau des Postnetzes selbst auszugleichen. Er beginnt erstmals auch, Fragen der Postverbindung zu Nachbarländern vertraglich zu regeln. Der Erbgeneralpostmeister schließt beispielsweise Verträge mit England, Frankreich, den Generalstaaten und Spanien. Daneben bereist und visitiert er selbst die einzelnen Posten, steht ständig in Briefwechsel mit seinen obersten Postmeistern und gibt persönlich alle Anweisungen. Er ist im wahrsten Sinne der leitende und bestimmende Kopf des gesamten Postbetriebes, ohne sich dabei in Kleinigkeiten zu verlieren. Ein Bild von diesem unermüdlichen Schaffen und von der ausgezeichneten Geschäftskenntnis des Grafen Lamoral Claudius können die vielen Tausende noch vorhandener Briefkonzepte bieten, die er eigenhändig geschrieben hat. Es handelt sich um Schriftstücke in niederländischer, französischer, lateinischer, italienischer, deutscher und spanischer Sprache. So überschaut und leitet er den ganzen Betrieb und ist ständig um den weiteren Ausbau bemüht.

Schon während der Verhandlungen für den Westfälischen Frieden sind Klagen laut geworden wegen der Habsucht mancher Postmeister. Gegen derartige Mißstände geht der Erbgeneralpostmeister ohne Nachsicht vor. Er gibt deshalb an seine Postmeister den Erlaß heraus, daß „zu jedermänniglich Wissen und Nachricht unter seinem Namen eine allgemeine Briefportotaxe in offenem Druck publiciert werde". Eine Steigerung der Portosätze ohne sein Wissen verbietet er aufs strengste. Klagen über die Post sind, wie zu jeder Zeit, auch damals manchmal erhoben worden. Umgekehrt ist es interessant, das Urteil eines jüngeren Zeitgenossen des Grafen Lamoral Claudius zu hören, hier keines Geringeren als des berühmten Barockpredigers Abraham a Sancta Clara: „Es ist fast dem gemeinen Wesen in der Welt nichts so nützlich als die Post, und wer selbige erfunden, verdient in alleweg einen unsterblichen Namen."

Graf Lamoral Claudius ist in erster Linie auch immer bestrebt, mit dem Kaiser selbst in enger Verbindung zu bleiben, um auf diese Weise für die Ausdehnung des Generalates zu sorgen. Er erscheint deswegen mit einem großen Gefolge 1653 auf dem Reichstag in Regensburg, bei welcher Gelegenheit er zum kaiserlichen Kämmerer ernannt wird. Wiederum bei der Wahl Leopolds I. 1658 hält sich der Erbgeneralpostmeister in Frankfurt auf und verhandelt wegen seiner Streitigkeiten mit dem Hofpostmeister Graf Paar. Auch zu dem Reichstag in Regensburg im Winter 1663 auf 1664, bei dem der Kaiser persönlich anwesend ist, kommt Graf Lamoral Claudius selbst aus Brüssel. In seiner Eigenschaft als Erbgeneralpostmeister erwartet er Kaiser Leopold I. in Vilshofen bei Passau, der letzten zu seinem Generalat gehörigen Post, und gibt ihm das Geleite nach Regensburg. Bei der Rückreise des Kaisers nach Wien ist er wiederum bis Vilshofen in seinem Gefolge. Die

Verhandlungen in Regensburg wegen der Angelegenheit der Paarschen Post führen dabei freilich wiederum zu keinem befriedigenden Ergebnis. Dies bedeutet eigentlich von diesem Zeitpunkt an bereits, daß sowohl die kaiserliche Hofpost wie die Post in den Erblanden des Kaisers vom Reichspostgeneralat für immer ausgeschlossen bleiben.

Aus der Mitte dieses reichen Schaffens für die Erhaltung und den Ausbau der Post im Reich, in den Niederlanden, Burgund und Lothringen rafft den Grafen Lamoral Claudius am 13. September 1676 ein jäher Tod hinweg, als er gerade in Antwerpen weilt. Er hat in diesen drei Jahrzehnten die letzten Grundlagen für den folgenden raschen Aufstieg des Hauses gelegt.

Das Erbe im Generalpostmeisteramt tritt der am 11. Januar 1652 in Brüssel geborene zweite Sohn Eugen Alexander an, nachdem der ältere Sohn Philipp Leopold bereits im Kindesalter verstorben war.

Noch immer behaupten sich das „Nebenbotenwerk" und die „Metzgerposten" als die größten Feinde des Postgeneralates. Dies bedeutet laufend eine schwere finanzielle Einbuße für die Post der Taxis. Trotz des strengen Verbotes nehmen diese Einrichtungen mehr und mehr überhand und entwickeln sich sogar zu einer postähnlichen Einrichtung. Gerade Kriegszeiten haben diesem Unwesen immer wieder neue Möglichkeiten zur Entfaltung gegeben. Nicht nur über ganz Deutschland hat sich das Nebenbotenwesen verbreitet, es dehnte seinen Betrieb auch auf Italien, Spanien, Frankreich, England und weitere Länder aus. Städte und Behörden, selbst Privatpersonen, richten „eigene also genannte Post-Kaleschen und wöchentlich mit eilfertiger Abwechslung angestellte ordinari und extraordinari Durchführung der Personen, Brief und Waren" ein. Wenn man von seiten des Kaisers immer wieder gegen diese Unsitte einschritt, so geschah das nicht allein, um eine Schädigung des Postregals zu vermeiden. Es stellt sich weiterhin heraus, daß eine derartige Einrichtung zur „Verwechslung, Ein- und Ausführung vieler ohne das verbotener, unleidlicher, schädlicher Münzsorten, sodann unvermerkter eilfertiger Durchschleifung gefährlicher sowohl einheimischer als fremder Personen, dem alten üblichen Herkommen und den Reichsinstitutionen zuwider, mißbraucht wurde".

Mit dem Jahre 1579 beginnen die kaiserlichen Mandate, die in gewissen Abständen gegen diese Mißstände immer wieder erlassen werden. Kaiser Leopold I. richtet am 13. Februar 1680 erneut ein Mandat an die Kurfürsten, Fürsten und Stände des Reiches, das den Grafen Eugen Alexander als den „confirmierten und bestätigten General-Obristen-Postmeister im Reich und Niederland und seine nachgeordneten Postmeister und Posthalter" ermächtigt, die Metzgerposten und Nebenboten „auf öffentlichen Reichsstraßen auf- und auszuheben". Die Obrigkeit wird darin einerseits verpflichtet, die Organe der Reichspost erforderlichenfalls ‚manu forti' zu unterstützen, und andererseits angewiesen, „die Boten- und Metzgerposten durch das ganze römische Reich weder zu Wasser oder Lande, noch auch in dem kaiserlichen Erbkönigreich und Landen passieren zu lassen, sondern ihre unterlegte Post-Kaleschen, Roß und Boten, dadurch bishero die Bürger, Wirt, Metzger und Nebenboten ihre Brief, Personen und Sachen aus- und eingeführt oder führen lassen, alsobalden wegzunehmen". Wer in der Ausübung unerlaubten Postbetriebes angetroffen wird, verfällt einer Strafe von 100 oder 50 Gulden, die zur Hälfte den Armen des Ortes, zur anderen Hälfte der Reichspost zukommen soll. Die Führung des Posthornes ist nur Personen gestattet, die „zum ordentlichen Postwesen verpflichtet und geschworen" sind. Dagegen seien alle diejenigen, „welche eigentätig eines sonderbaren Postierens oder Posthörnleinanhängens sich anmaßten, überall zu arretieren und niederzuwerfen".

Es ist nicht der Sinn dieses oder anderer Mandate, die Metzgerposten und Nebenboten vollständig abzuschaffen. Die Beförderung von Privatbriefen, Personen und Paketen von Stadt zu Stadt, sei es nun zu Roß, zu Wagen oder zu Fuß, bleibt erlaubt, allerdings mit dem Vorbehalt, daß kein Pferdewechsel stattfindet und daß das Posthorn als Symbol des postmäßigen Verkehrs nicht gebraucht wird. Von besonderem Interesse ist das Verbot des Pferdewechsels. Bei der Einführung der Post an der Wende des 15. zum 16. Jahrhundert durch die Taxis spielt die Einrichtung von Relaisstationen, bei denen man den Pferdewechsel vornimmt, die wichtigste Rolle. Dies muß man einerseits als das Kriterium für den Beginn der Post und andererseits als die „Erfindung" der Taxis bezeichnen. Die kaiserlichen Mandate gegen das Nebenbotenwesen und die Metzgerpost sind also auch von dem Gesichtspunkt zu betrachten, daß die von den Taxis „erfundene" und geschaffene Einrichtung geschützt wird.

Das kaiserliche Mandat von 1680 ist eine der wichtigsten Verordnungen im Kampf gegen diese verbotenen postähnlichen Einrichtungen. Es folgen kaiserliche Patente aus den Jahren 1689 und 1698. In die Reihe der Verfügungen, in denen das Reichspostgeneralat seine endgültige rechtliche Form erhält, zählt insbesondere die unter Kaiser Leopold I. erlassene Reichspostordnung vom 17. Oktober 1698, die von den folgenden Kaisern immer wieder neu bestätigt wird.

Um das Jahr 1690 läßt der Erbgeneralpostmeister ein Verzeichnis aller Akten und Urkunden anfertigen, die zu diesem Zeitpunkt in Brüssel vorhanden sind und die auch heute noch den Grundstock des fürstlichen Zentralarchivs in Regensburg bilden. Die darin aufgeführten Postdokumente umfassen die Zeit von 1504 bis 1689. Der Schriftwechsel mit den verschiedenen Postämtern zeigt dabei ein anschauliches Bild von der Ausdehnung des Postbereiches, der damals der Brüsseler Linie des Hauses Taxis unterstellt ist. Bei der Aufzählung dieser „offices de poste", die hier in der Reihenfolge des Verzeichnisses folgen soll, gibt die Zahl das Jahr an, bis zu dem zurück der Schriftwechsel vorhanden ist. Die meisten der angeführten Postämter haben natürlich ein viel höheres Alter, wie man nachweisen kann:

Antwerpen (1592), Köln (1574), Frankfurt (1615), Roermonde (1640), Hamburg (1621), Augsburg (1599), Rheinhausen (1598), Gray (1630), Dôle (1599), Besançon (1671), Offices de Lorraine (1596), Lille (1618), Cambray (1633), Tournay (1583), Valenciennes (1633), Straßburg (1635), Kreuznach (1627), Lüttich (1632), Dünkirchen (1633), Gent (1630), Maastricht (1659), Richterich (Dorf bei Aachen, 1664), Nieuport (1669), Ostende (1648), Namur (1599), Haag (1656), Ypern (1659), Löwen (1650), Tirlemont (1661), Wesemael (1647), Brüssel (1613), Lindau (1636), Hildesheim (1660), Regensburg (1636), Würzburg (1636), Nürnberg (1616), Mainz (1641), Braunschweig (1649), Osnabrück (1660), Koblenz (1651), Lübeck (1668), Kleve (1646), Münster (1645), Leipzig (1616), Bremen (1622), Cannstatt (1663), Erfurt (1638), München (1681), Marburg (1671), Kassel (1663), Amberg (1644), Kitzingen (1642), Passau (1682).

Die Auseinandersetzungen mit dem kaiserlichen Hofpostmeister, dem Grafen von Paar, kommen immer wieder in neuen Formen zum Durchbruch. Es geht weniger darum, daß die kaiserlichen Erblande dem Reichspostgeneralat verschlossen bleiben — dies war als gegebene Tatsache hinzunehmen —, sondern um die Übergriffe des Paarschen Hofpostamtes auf das Reichspostgeneralat. Der Regensburger Reichstagsabschied von 1641 und die von Kaiser Leopold I. beschworene, von Kaiser Joseph I. bestätigte Wahlkapitulation können das Reichspostgeneralat nur vorübergehend vor denen von Paar schützen. Im Krieg mit Frankreich errichtet beispielsweise der Hofpostmeister 1688 bei den kaiserlichen Feldzügen im Reich ein „absonderliches Hofpostamt" und sucht damit das Reichspostamt auf dem Boden des Reiches zu ver-

drängen. Derartige Vorstöße der Hofpost gegen die Reichspost führen laufend zu Beschwerden von seiten des Hauses Taxis.

Der Erzbischof von Mainz, Kurfürst Lothar Franz, verlangt am 18. Dezember 1701 „nicht allein als Erzkanzler des heiligen Reichs, sondern auch als protector postarum imperii, also ex officio" beim Kaiser die Zurückweisung der Anmaßungen von seiten der Paar. Er betont hierbei, daß, während die Taxissche Post von dem Fürstlichen Hause „aus eigenen großen und schweren Mitteln dem publico zum Besten aufgerichtet worden und unterhalten werde, der Graf von Paar alle Post-Beschwerde auf den Kaiser bis auf das Geringste verrechne und devolviere". Der Protektor der Reichspost rügt namentlich, daß sich der Graf von Paar unterstehe, bei Anwesenheit des Kaisers im Reich „auch bei dero Armées sowohl die Reichsposten als Briefe und Paqueten zu übernehmen, zu verschließen und dieselbe zu spedieren, also ein attentatum über das andere zu versuchen".

Der Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges bringt für das spanische Postgeneralat in den Niederlanden eine verhängnisvolle Zeit. Zu Anfang des Jahres 1701 besetzen französische Truppen Brüssel. Die Besitzungen des Hauses Taxis, das in unverbrüchlicher Treue zum Hause Habsburg steht, verfallen in den Niederlanden der französischen Konfiskation. Trotz aller Proteste geht auch das Spanien unterstellte Generalat über die niederländische Post verloren. Fürst Eugen Alexander — über die Erhebung in den Fürstenstand wird noch näher zu sprechen sein — muß der Gewalt der Waffen weichen und siedelt zu Beginn des Jahres 1702 nach Frankfurt über. Man gibt ihm das Versprechen, daß er nach dem Sieg der Verbündeten sein niederländisches Postgeneralat wieder zurückerhalte. Der Fürst darf allerdings die Rückkehr in seine Brüsseler Residenz nicht mehr erleben, er stirbt am 21. Februar 1714 in Frankfurt.

Die Bemühungen des Sohnes, Fürst Anselm Franz (1681—1739), der vom Kaiser Karl VI. am 21. Februar 1715 den Lehenbrief über das Generalat der Reichspost empfängt, das im Krieg verlorene Generalat über die niederländische Post nach geschlossenem Frieden wieder zu erhalten, bleiben lange Zeit erfolglos. Am 23. Mai 1725 wird dem Fürsten von Kaiser Karl VI. als dem Herzog von Burgund, Lothringen und Brabant ein Vertrag aufgezwungen, wonach das Fürstliche Haus die niederländische Post gegen die jährliche Summe von 80 000 brabantischen Gulden pachtet. Die Bedingungen sind allein deswegen sehr hart, weil Fürst Eugen Alexander König Karl III. im Spanischen Erbfolgekrieg mit 300 000 Gulden unterstützt hatte. Am 14. März 1729 wird die Pachtsumme sogar auf 125 000 Gulden erhöht, wobei Fürst Anselm Franz auf das Kapital von 300 000 Gulden samt Zinsen ausdrücklich verzichten muß.

Am 18. März 1729 leistet der Fürst den vorgeschriebenen Eid in die Hände der Statthalterin der Niederlande, Erzherzogin Maria Elisabeth von Österreich. Bei dieser Gelegenheit werden verschiedene neue Regelungen über den Betrieb der Post vereinbart. Fürst Anselm Franz macht den Generalstaaten von Brabant das Zugeständnis, daß die Direktoren, Kontrolleure und anderen Beamten der Post aus den österreichischen Niederlanden gebürtig sein sollten. Er verspricht, zur Hebung des Handels die Briefe aus Italien und Deutschland zwölf Stunden früher nach Antwerpen befördern zu lassen, damit die Kaufleute von Antwerpen die Möglichkeit hätten, mit ihren Handelsfreunden in England früher in Verbindung zu treten, als dies den holländischen Handelshäusern möglich wäre. Weiterhin soll der Fürst eine tägliche Verbindung zwischen den Niederlanden und Frankfurt ins Leben rufen, durch welche die Briefe in zweieinhalb Tagen befördert werden können. Die Briefschaften aus der Schweiz und Piemont sowie aus Straßburg und den oberrheinischen Landen, die bis dahin am Sonntag eintreffen, sollen bereits am Samstag

Kurtze doch eygentliche Verzeichnuß /

Auff was Tag vnnd Stunden / die Ordinari Posten in dieser Käys. Reichs / Wahl vnd Handel Statt Franckfurt am Mayn / abgefertiget werden / vnd wie solche wider al.hie ankommen.

Augspurg. Wien. Prag. Speyr. Franckfuhrt. Straßburg. Hamburg. Leipzig.

Abgehende Posten nacher

Sontag Morgens vnd Abens — 1 Coelln / Antorff / Brüssel / Dornich / Rissel / Ambsterdã / Gravenhage / Cleve / Gülch / Aach / Dortrecht / Wesel / Boñ / Also auch nach Pariß / Londra / Madrid / wie insgleichem nach Hamburg / Bremen / Staden / Dantzig / Lübeck / Buckenberg / Paderborn / vnnd denen orthen durch Braband / Holland / Franckreich / Spania vnd den Seestetten.

Dinstag vnd Freytag morgens — 2 Nacher Straßburg / Speyr / Heydelberg / Darmstatt / Durlach / Landaw vnd denen orthen.

Donnerstag mittags — 3 Nacher Friedtburch / Butzbach / Giessen / Cassel vnd denen orthen.

Dinstag vormittags — 4 Nacher Augspurg / Prag / Regenspurg / Wien / Rom / Venedig / Meylãd / Mantua / Trient / rc. auch in Meßzeiten Freytags nach Augspurg.

Dinstags vnd Freytags vormittags — 5 Nacher Nürenberg / Würtzburg / Aschaffenburg / auch Leibzig / Erdfurd / Berlin / Dreßden / Wolffenbüttel / Fach / Fuld / Cassel vnd denen orten.

Donnerstag Mittags — 6 Nacher Cöln / Ambsterdam / Gravenhage / Boñ / Lüttich / Aach / Wesel vnd denen orthen / In Meßzeiten auch nach Antorff vnd Brüssel.

Freytag morgens frü — 7 Nacher Brüssel / Antorff / Nanci / Lützelburg / Zweybrüggen / Creutzenach vnd denen orthen.

Ankommende Posten von

Sontag vnd Donnerstag Mittags — 1 Nürnberg / Würtzburg / Aschaffeburg / Leibtzig / Dreßden / Perlin / Weinmar / Fuld vñ denen orthen.

Dinstag vormittags — 2 Von Hamburg / Bremen / Staden / Buckeburg / Cöln / Antorff / Brüssel / Ambsterdã / Aach / Gülch / Cleve / Bonn vnd denen orthen.

Mitwoch vñ Sambstag abends — 3 Von Straßburg / Speyr / Rheinhausen vnd denen orthen.

Mitwoch nachmittags — 4 Von Brüssel / Antorff / Nancy / Lützelburg / Zweybrüggen / Trier / Creutzenach vnd denen orthen.

Sambstag vormittags — 5 Von Cöln / Antorff / Amsterdam / Wesel / Aach / vnd denen orthen.

Sontag mittags — 6 Von Augspurg / Rom / Venedig / Mantua / Meiland / Wien / Prag vnd denen orthen.

Verzeichnuß wie die Postbrieff jetzt nach dem alten Valor bezahlt werden müssen.

Auff den Post strassen nach Antorff / Augspurg / Bremen / Brüssel / Vlm / Hamburg / Straßburg zahlt man von einem einfachen Schreiben 2. vnd ein halbe bz. von der Vntz / Loth / oder doppelten schreiben 5. batzen.

Auff den Post strassen nach Leibtzig / Prag / Wien / Mantua / Meyland / Rohm / Venedig / von einem einfachen schreibẽ 2. vnd ein halben bz. võ der Vntz / Loth / oder doppelten schreiben 5. batzen.

Auff den Post strassen nacher Cölln / Nürenberg / Speyr / Heydelberg / von einem einfachen schreiben anderhalbẽ bz. von der Vntz / Loth oder doppel schreiben 2. bz.

Auff den Post strassen nacher Nancy / Lützenburg / Metz / Trier / von einem einfachen schreiben 2. vnnd ein halben bz. von der Vntz / oder Loth 5. bz. sonsten allen nach Advenant / gelegenheit des wegs / vnd darauff gehenden vncosten.

Wegen d Röm. Käy. M. vnd d H. Reichs / Bin ich bestelt / vnd wart mit fleiß / Die Posten in all Land zuführen / Vnd das man meine trew thue spüren / Acht ich kein Wind / Wetter noch Regn / Wein an diesen sachen viel glegn / Wer Brieff geben will der thu's / Dann ich gar eylent reiten muß.

Gedruckt zu Franckfort / bey Johan Hofern / Im Jahr 1623.

Frankfurter Postkursverzeichnis von 1623

ankommen, damit noch eine Antwort am selben Tage ermöglicht wird. Die Ankunft der Ordinaripost aus Hamburg ist schließlich für Mittwoch und Samstag festgelegt. Abschließend wird die Einhaltung des Tarifs vom Jahre 1711 zugesichert.

Das Pachtverhältnis der niederländischen Post, das sich auf 25 Jahre erstreckt, geht auf den Sohn des Fürsten Anselm Franz, Alexander Ferdinand (1704—1773) über. Kaiserin Maria Theresia überläßt diesem Fürsten am 10. Februar 1753 die Verwaltung des niederländischen Postgeneralats auf weitere 20 Jahre und verlängert später durch ein Dekret vom 29. Mai 1769 die Pacht nochmals auf 25 Jahre, beginnend vom 4. März 1774. Der Pachtschilling wird dabei erneut erhöht und zwar auf 135 000 Gulden flandrischer Währung.

Das Generalat der Reichspost erfährt seit Beginn des 18. Jahrhunderts einen laufenden Ausbau, begünstigt durch stabile und ruhige politische Verhältnisse. Die Beförderung des Brief- und Personenverkehrs gestaltet sich durch neue Maßnahmen schneller. Auch das Netz der Postkurse wird laufend vermehrt. Einen wichtigen Markstein in der Geschichte der Post wie auch des Hauses Thurn und Taxis bildet die Erhebung des Reichspostgeneralates zu einem kaiserlichen Thronlehen durch Urkunde Kaiser Karls VII. vom 2. Juli 1744.

Johannes Baptista von Taxis (c. 1470—1541), dargestellt mit seiner Frau auf der Mitteltafel seines Votivaltars (Mittelniederländischer Meister um 1540)

Goldbulle an de
Kaiserurkunde vo
1695 (Erhebung i
den Reichsfürsten
stand)

Die Residenz in Brüssel und der gesellschaftliche Aufstieg des Hauses Thurn und Taxis

Im 17. Jahrhundert werden die Voraussetzungen für den Aufstieg in der gesellschaftlichen Stellung des Hauses Taxis geschaffen. Dies beginnt mit der Erhebung Leonhards I. in den erblichen Reichsfreiherrnstand durch ein Diplom Kaiser Rudolfs II. vom 16. Januar 1608. Schon der Sohn Lamoral erlebt noch wenige Wochen vor seinem Tod die Verleihung des erblichen Reichsgrafenstandes durch Kaiser Ferdinand II. Allein die prachtvolle Kaiserurkunde, ausgefertigt am 8. Juni 1624, mit der Goldbulle zeigt in gewissem Sinne den neuen gehobenen Rang des Hauses Taxis. Sicherlich hat den Aufstieg in den Grafenstand die Verleihung des Reichspostgeneralates als Erbmannlehen durch Kaiser Matthias (27. Juni 1615) sehr gefördert. Wenn Graf Leonhard II. mit Alexandrine, Tochter Philiberts de Rye, Grafen de Varax, verheiratet ist, zeigt das deutlich, daß sich der rasche gesellschaftliche Aufstieg des Hauses auch in der Wahl der Ehefrauen aus gehobenerem Adel gegenüber früher ausdrückt.

Nach dem frühen Tod des Grafen Leonhard II. verwaltet Gräfin Alexandrine das schwierige Amt des Erbgeneralpostmeisters umsichtig für ihren Sohn. Neben der weisen Regentschaft und den Aufgaben für eine ausgezeichnete Erziehung des Sohnes sieht die Gräfin auch die Pflege der dynastischen Tradition des Hauses als Ehrenpflicht. Bereits im ersten und zweiten Viertel des 17. Jahrhunderts stellen die spanischen und italienischen Genealogen Alonso Lopez de Haro, Francesco Zazzera und Gio.Pietro Crescenzi die Abstammung der Familie Taxis von den Torriani (della Torre, de la Tour, vom Thurm bzw. Thurn) fest, die bis zu ihrer Vertreibung durch Kaiser Heinrich III. und das Haus Visconti im Jahre 1311 in Mailand und in einem großen Teile der Lombardei fast unbeschränkt geherrscht hatten. Der gelehrte Kanonikus Julius Chifletius von Besançon und Kanzler des Ordens vom Goldenen Vlies wird von Gräfin Alexandrine mit der Bearbeitung eines genealogischen Werkes betraut, das den Nachweis der verwandtschaftlichen Verbindung der Häuser Taxis und Torriani erbringen soll. Der Rubensschüler und Hofmaler der Taxis, Nicolaus Van der Horst, liefert zu diesem Band, der 1645 in Antwerpen gedruckt wird, Buchtitel und Text-Illustrationen.

Gestützt auf die vorgelegten Dokumente bezeugen die königlich spanischen Wappenherolde für Brabant, Geldern, Flandern, Artois und Hennegau die Abstammung der Taxis von den Mailänder Torriani und erklären, daß die Mitglieder des Hauses Taxis berechtigt seien, die Zeichen der Torriani wieder in ihr Wappen aufzunehmen. Auf Grund dieses Gutachtens und im Einverständnis mit den in Kärnten und in der Steiermark seßhaften Grafen von Thurn und Valsassina (Grafschaft östlich vom Comersee, uralte Besitzung der Torriani), deren Abstammung von den Mailänder Torriani außer Zweifel stand, legt sich Graf Lamoral Claudius den Titel und das Wappen derer von Thurn und Valsassina bei. Diesem Beispiel folgen nach und nach sämtliche Zweige des Hauses Taxis. König Philipp IV. von Spanien und Kaiser Ferdinand III. geben hierzu durch Diplome vom 6. Oktober 1649 beziehungsweise vom 24. Dezember 1650 ihre Zustimmung. König Philipp IV. gestattet am 10. März 1653 weiterhin, künftig den Dachs allein, ohne den kaiserlichen Adler, im Wappen zu führen. Das Wappen des Hauses Thurn und Taxis, wie sich die Familie nunmehr endgültig nennt, hat von jetzt an folgendes Bild: In das erste und vierte silberne Feld des quadrierten Schildes kommt ein roter Turm zu

stehen, hinter welchem zwei geschrägte Zepter mit goldener Lilie und blauen Schäften schweben (Wahrzeichen der Torriani), während im zweiten und dritten goldenen Feld ein steigender roter, blaugekrönter Löwe mit blauer Zunge und blauen Waffen (Wahrzeichen der Grafen von Valsassina) und in dem blauen Herzschild ein schreitender silberner Dachs (Wahrzeichen der Taxis) sich zeigt. Dieses Wappen bildet heute noch die Grundbestandteile des fürstlichen Wappens Thurn und Taxis.

Gräfin Alexandrine ist auch unermüdlich für den Bau und die Ausstattung der Brüsseler Residenz tätig, ein Werk, das ihr Sohn Lamoral Claudius in verstärktem Maße fortsetzt. Von dem gesamten Glanz der Brüsseler Residenz läßt sich heute vieles nur noch erahnen, nachdem die Gebäude selbst nicht mehr vorhanden sind. Die wertvollen Wandbehänge, mit deren Anfertigung Gräfin Alexandrine beginnen ließ, zählen jetzt noch zur Ausstattung des Regensburger Schlosses.

Zu den ältesten im Hause Thurn und Taxis überlieferten genealogischen und heraldischen Tapisserien gehören der Hochzeitsteppich des Grafen Leonhard II. und der Gräfin Alexandrine von Rye sowie zwei Wappenteppiche mit den Allianzwappen der Torriani und Visconti sowie der Torriani und d'Este.

Der Hochzeits- oder sogenannte Reiterteppich beurkundet die Verbindung der Taxis mit einer der angesehensten und vornehmsten Familien Europas, der Torriani. Graf Leonhard von Taxis und Gräfin Alexandrine von Rye erscheinen hoch zu Roß einander zugewandt und vor einer Landschaft, die weit in die Tiefe führt. Die Begründung für das Thema der Kavalkade bringt der Teppich durch den Vorwand der Jagd. Das Jagdmotiv verkörpern der Kavalier und der Falkner, die in der Bildmitte nach der Tiefe der Landschaft weisen, und die bereits aufgestiegenen, die Reiher verdrängenden Falken. Zwei fliegende Putten präsentieren die Grafenkronen, und über dem in Rüstung zu Pferd sitzenden Grafen schwebt der Turnierhelm mit dem goldenen Posthorn an der Helmzier. Die Wappen der Dargestellten erscheinen zu Seiten der Schriftkartusche. Auch die Satteldecke des Grafen zeigt das neue Wappen der della Torre — La Tour, freilich noch nicht in der dann endgültig verliehe-

Graf Lamoral Claudius von Thurn und Taxis (1621—1676)

Schloß Beaulieu bei Brüssel, erbaut unter Graf Lamoral Claudius von Thurn und Taxis als Sommersitz

nen Form: der silberne Turm im roten Feld (später kehren sich die Farben um) mit den gekreuzten, goldenen Lilienzeptern dahinter, auch noch in Verbindung mit dem älteren Wappen, dem wachsenden Doppeladler und dem Dachs darunter.

Als Auftraggeberin des Wirkteppiches, der an der unteren Wirkkante die Jahreszahl 1646 trägt, kommt ganz offenbar Alexandrine von Rye selbst in Frage, die auch das genealogische Werk „Marques d'Honneur de la Maison de Tassis" an Julius Chifletius in Auftrag gegeben hat. Durch die Signatur ist als Kartonier des Teppichs der Rubensschüler Nicolaus Van der Horst überliefert, den wir von der Illustration zu der Genealogie des Chifletius kennen. Auf ihn gehen weiterhin 36 lavierte Tuschzeichnungen der Ahnenbilder und die entsprechenden Gemälde im Regensburger Schloß zurück. Die hervorragende Brüsseler Technik des feinfädigen Teppichs steigert im Verein mit der harmonisch satten Farbengebung die Wirkung der Komposition. Die ausführende Manufaktur war nach der Signatur die Werkstatt des Daniel Eggermans.

Die beiden in Wolle und Seide mit reicher Verwendung von Gold- und Silberfäden als Gegenstück gewirkten Wappenteppiche beziehen sich auf die Verbindung der Torriani mit den Visconti durch die Ehe des Simon de la Tour, Grafen von Valsassina, mit Valentine, der Tochter des Pietro Visconti, Herren von Seprio, um 1313, weiterhin auf die Ehe des Louis de la Tour, Grafen von Valsassina, mit Helene, der Tochter des Marquis Thadeus von Este, um 1441. Diese Tapisserien sollen also zur Verherrlichung des Hauses durch die Abkunft von den Torriani — La Tour beitragen. Durch das Testament des Grafen Lamoral Claudius sowie die Signatur sind die Teppiche als Erzeugnisse des François Van den Hecke ausgewiesen. Für die Lieferung der Kartons steht der Brüsseler Patronenmaler Teniers III zur Diskussion, dessen Atelier mit Vorzug Entwürfe für Wappenteppiche hergestellt hat.

Graf Lamoral Claudius erklärt in seinem Testament vom 7. März 1669 die drei Teppiche zum unveräußerlichen Bestand des Familienbesitzes mit der Auflage, sie

immer zu erhalten. Von besonderem Interesse ist dabei der Nachsatz, daß unter diese Bestimmung auch alle noch weiter anzufertigenden Tapisserien fallen sollen.

Mit der Genealogie des gelehrten Chifletius von 1645 ist allerdings Graf Lamoral Claudius allein noch nicht zufrieden. Er betraut im Jahre 1647 den luxemburgischen Wappenherold Engelbert Flacchio mit der Anfertigung eines neuen Werkes über die Genealogie und Geschichte des Hauses Thurn und Taxis. Der Graf hat nicht nur die Anregung gegeben, er selbst ist es, der den Verlauf der Arbeiten überwacht und durch schriftliche Anfragen bei den weit verzweigten Seitenlinien zu Madrid, Rom, Venedig, Bergamo, Augsburg und insbesondere Innsbruck das Quellenmaterial herbeizuschaffen hilft. Erst unter seinem Sohn, Fürst Eugen Alexander, kann dieses dreibändige Prachtwerk in Großfolio mit wertvollster Illustration 1709 bei Antoine Claudinot in Brüssel erscheinen. Es trägt den Titel „Généalogie de la très-illustre, très-ancienne et autrefois souveraine maison de la Tour". Welche Sorgfalt und welche Mittel für die Herausgabe dieses Werkes verwendet wurden, mag allein der Hinweis zeigen, daß man die Typen für den Druck, mehr als 20 Alphabete, eigens gegossen hat und das Papier aus Frankreich und Holland bezog. Die Kosten beliefen sich bei einer Auflage von 600 Exemplaren auf mehr als 30 000 Gulden.

Wohl im Zusammenhang mit den Vorarbeiten zu dem Werk Flacchios, insbesondere natürlich mit der 1650 erfolgten ausdrücklichen Anerkennung der Familie als Nachkommen der Torriani, der Herren von Mailand sowie Grafen von Valsassina, durch Kaiser Ferdinand III. steht der spätere Auftrag des Grafen Lamoral Claudius zur Fertigung einer weiteren hausgeschichtlichen Teppichfolge für die Ausstattung der Brüsseler Residenz. So behandeln acht Wandbehänge mit der Hausgeschichte der Thurn und Taxis die legendären Kämpfe der Torriani mit den Visconti um die Herrschaft in Mailand.

Mit dem Turm als Feldzeichen stürmen auf den Darstellungen der Tapisserien die della Torre gegen die Visconti vor, die im Wappen das vor Jerusalem eroberte Siegeszeichen der Schlange tragen. Die figurenreichen Bilder mit dem Gewoge von kämpfenden und stürzenden Reitern haben ihre Voraussetzung in den heroisch-tragischen oder siegreichen Reiterkämpfen des Rubens. In dessen Werk findet das barocke Schlachtenbild die vollendetste Prägung. Die unmittelbare Verbindung zum Werk des Rubens, wie sie insbesondere der Teppich „Kampf an der Brücke" zeigt, wird durch den ermittelten Maler der Kartons, Erasmus Quellinus II, bewiesen. Dieser war der Schüler, enge Mitarbeiter, Freund und Nachfolger des Rubens als Stadtmaler von Antwerpen.

Neben dem „Kampf an der Brücke" zeigen die Teppiche folgende weitere Schlachtenszenen: „Ausfall aus der Burg", „Gefangennahme", „Schlacht zwischen Zeltlager und Stadt", „Flucht", „Kampf", „Schlacht vor der Stadt", „Reiterkampf bei den Zelten". Die Tapisserien sind bei den hervorragendsten Wirkern in Brüssel entstanden, Guilam Van Leefdael und Jan Van der Borght. Die Fertigstellung dieser herrlichen und bedeutsamen Teppichfolge hat Graf Lamoral Claudius nicht mehr erlebt.

Der Sohn, Fürst Eugen Alexander, vollendet dieses Werk und setzt es mit zwei weiteren Teppichen sowie durch eine Folge mit Allegorien fort. So bilden den Ausklang des wilden Schlachtengetümmels der große Behang mit dem Einzug der sieg reichen Torriani in Mailand, die sich unter Graf Paganus II. 1242 das Amt des Podestà von Mailand in harten und blutigen Fehden erkämpft hatten, und das Hochzeitsmahl des Grafen Louys della Torre und der Gräfin Helena d'Este. In drangvoller Enge schildert die linke Bildhälfte des Einzugs in Mailand, wie die beiden ruhmvollen Grafen della Torre hoch zu Pferd und gekennzeichnet mit dem Turm in der Grafenkrone durch das Stadttor einziehen. Die sie begleitenden Reiter

Fürst Eugen Alexander von Thurn und Taxis (1652—1714)

und Diener tragen das Banner della Torre und von Valsassina, während von rechts die besiegten Visconti zum Empfang der Gäste aus ihrem Palast heraustreten, unter den Klängen eines kleinen Orchesters am Balkon. Eine Bereicherung des bunten Bildes gibt noch die gegen die Mitte sich vorschiebende Gruppe des Erbprinzenpaares sowie die anderen Mitglieder des Hauses Visconti auf der dicht besetzten Tribüne zwischen Stadttor und Palast. Im Vordergrund betonen die festliche Note des Ereignisses blumentragende Mädchen. Die prächtige Gastmahlszene zeigt auf hohem Sockel als rechten Bildabschluß die Statue der Minerva. Man muß an eine Anspielung auf die Marmorfigur der Göttin von der Hand des flämischen Bildhauers Jerôme Duquesnoy d. J. (gest. 1654) denken, die zum alten Brüsseler Familienbesitz zählt. Das Standbild der Göttin der Weisheit, das heute ein Treppenhaus im Südflügel des Regensburger Schlosses schmückt, hat Graf Lamoral Claudius in seinem Testament von 1669 zum unveräußerlichen Bestand des Hausbesitzes erklärt.

Die beiden Behänge des Einzugs in Mailand und des Hochzeitsmahles stehen auch inhaltlich im engsten Zusammenhang. Die Vermählung des Louys della Torre mit Helena d'Este aus dem Haus Visconti sollte die feindlichen Geschlechter für immer versöhnen. Die beiden prächtigen Wandbehänge entstammen der Manufaktur des Jakob Coenot. Für die Entwürfe kommt der jüngere Teniers, der sogenannte Teniers III, in Frage.

Dem Nachruhm und der Wappenmehrung des Hauses Thurn und Taxis dient die Serie sechs allegorischer Wandbehänge, die offensichtlich für die Ausschmückung eines bestimmten Salons im Brüsseler Palais bestimmt waren. Auch diese Teppiche verherrlichen wieder die Verbindung der Taxis mit den Mailänder Torriani. Im ersten Bildteppich, der sogenannten Wappenmehrung, überreicht ein Page in Gegenwart des Kaisers dem Grafen Taxis die mit dem Wappen der Torriani vermehrte Turnierfahne. Der zweite Behang zeigt vor einem Ruhmestempel einen siegreichen

Feldherrn, der durch den Wappenschild und den Löwen von Valsassina als Angehöriger des Hauses de la Tour gekennzeichnet ist; auf ihn zu schreitet Herakles als Sinnbild der Stärke, den Schild mit dem Wappen de la Tour haltend. Eine weitere Allegorie veranschaulicht den vermehrten Ruhm des Hauses durch die Göttin Minerva, die auf das Wappen der la Tour zeigt. Die Männergestalt mit Hochzeitskranz und Fackel auf einem weiteren Behang wird auf den Grafen Lamoral Claudius gedeutet; seinen Ruhm verkündet die über ihm schwebende Fama mit der Fahne der la Tour und der Fanfare. Der Teppich mit der Gruppe der Göttin Minerva und der traurig blickenden weiblichen Gestalt versinnbildlicht offensichtlich die weise Regentschaft der verwitweten Gräfin Alexandrine für ihren unmündigen Sohn. Die Göttin der Weisheit erscheint dabei nochmals durch die Wiedergabe der berühmten Statue von Jerôme Duquesnoy auf der Balustrade. Der letzte der schönen Behänge zeigt die Erd- oder Stadtgöttin Cybele, die mit der Rechten die Kaiserkrone hält, wohl auf das Amt des Erbgeneralpostmeisters anspielend, und die die Linke auf den Schild stützt, den die Ordenskette des Goldenen Vlieses schmückt. Darüber enthüllen zwei Putten das Wappen der Thurn und Taxis sowie das der Fürstenberg als Zeichen der ehelichen Verbindung des Grafen Eugen Alexander und der Prinzessin Anna Adelheid von Fürstenberg-Heiligenberg.

Die vollendete technische Ausführung dieser Behänge geht wiederum auf die namhafte Brüsseler Manufaktur des Jacob Coenot zurück. Als Zeichner der Kartons ist Erasmus Quellinus II erwiesen. Die Folge dieser Allegorien selbst hat bereits Eugen Alexander in Auftrag gegeben, der also das Werk seines Vaters für eine glänzende Ausstattung der Brüsseler Residenz nicht nur vollendet, sondern auch fortgeführt hat. Beste und erste Künstler wurden dabei durch Jahre und Jahrzehnte mit erlesensten Aufträgen beschäftigt.

Vielleicht wird man sich fragen, ob die Abstammung des Hauses Taxis von den Mailänder Torriani mit modernen Forschungsmethoden sicher zu belegen ist. Der Historiker wird dies heute verneinen. Die damals vertretene Ansicht darf auch längst als überholt gelten. Es handelt sich um eine typische genealogische Forschung der Barockzeit, die nur zu oft den Inhalt historischer Quellen und unbewiesene Sagen nicht zu trennen vermochte. Umgekehrt ist es aber eine historische Tatsache, daß 1146 erstmals ein Odonus de Taxo in der Valle Brembana (nördlich Bergamo) erwähnt wird.

Begeistert vom Sieg der kaiserlichen Truppen über die Türken bei der Erstürmung der Stadt Budapest im Jahre 1686 veranstaltet Fürst Eugen Alexander in Brüssel ein tagelanges Siegesfest und läßt dieses in sieben großen Kupferstichen verewigen. Auf dem Widmungsblatt fährt Kaiser Leopold I. als Retter der Christenheit auf einem Triumphwagen; gefangene Türken halten die Widmung. Die weiteren Bilder zeigen das „Hotel des Princes de la Tour et Tassis" von der Vorder- und Rückseite mit der Wagenauffahrt der Gäste, Notre Dame du Sablon und den Festsaal mit dem Siegesbankett. Unter einem Baldachin thront das Bildnis des Kaisers; an den Wänden hängen die berühmten Tapisserien, darstellend die Kämpfe zwischen den Torriani und Visconti. Dies sind die wenigen, fast einzigen Darstellungen, die uns ein Bild vom Prunk und der Pracht der Brüsseler Residenz vermitteln können, wie sie eigentlich erst unter Graf Lamoral Claudius sowie seinem Sohn und Nachfolger geschaffen wurde.

Als eines von den aus kunsthistorischer Sicht sehr wertvollen Bauwerken des Grafen Lamoral Claudius bleibt besonders die Familiengruft St. Ursula bei Notre Dame du Sablon zu erwähnen. Um 1650 bis 1660 läßt der kunstsinnige und unternehmungsfreudige Graf diese Kapelle, die Franz von Taxis als Familiengrablege für das Haus gestiftet hat, vollkommen umgestalten. Für die erlesenen Bildhauer-

36

Wagenauffahrt vor dem Thurn und Taxis-Palais in Brüssel, nach einem Kupferstich von 1686

Wir Leopold
von Gottes gnaden Erwolter
Römischer Kayser zu allen Zeiten
Mehrer deß Reichs in Germanien zu
Hungarn Boheimb Dalmatien Croa
tien Sclavonien & König Ertzhertzog
zu Osterreich, Hertzog zu Burgund zu
Brabant zu Steyr zu Karndten zu Crain
zu Lützenburg zu Wirtenberg Ober und
Nider Schlesien Fürst zu Schwaben
Marggraff deß Heiligen Römischen
Reichs zu Burgaw zu Mähren Ober
und Nider Laußnitz Gefurster Graff zu
Habspurg zu Tyrol zu Pfirdt zu Ky-
burg und zu Görz Landt Graff im
Elsaß Herr auf der Windischen
March zu Portenaw und zu Salins

Einleitungstext der Kaiserurkunde von 1695 (Erhebung in den Reichsfürstenstand)

Wappen des Hauses Thurn und Taxis aus der Kaiserurkunde von 1695 (Erhebung in den Reichsfürstenstand)

arbeiten in weißem und schwarzem Marmor beauftragt er die Bildhauer Faid'Herbe, van Beveren, Jan van Delen, Jan Cosyns und Jerôme Duquesnoy.

Der Kapellenraum öffnet sich von der linken Querhausseite der Kirche mit einem monumentalen Portalbau aus weißem und schwarzem Marmor. Pilaster an den Seiten der rundbogigen Tür tragen ein Gesims mit zwei allegorischen Figuren; dazwischen halten Genien eine Tafel mit der Inschrift „Monumentum familiae principum de la Tour et Tassis". Darüber befindet sich in reicher Umrahmung eine Büste der hl. Ursula mit der Inschrift „Divae Ursulae". Das Ganze wird bekrönt durch ein von zwei Löwen flankiertes Familienwappen. Von der in zwei hintereinanderliegende Räume gegliederten Kapelle hat der Eingangsraum eine rechteckige Grundform, während der Altarraum ein Oktogon bildet, beide mit hohen, von oben beleuchteten Kuppeln überdacht. Der Eingangsraum enthält an den Seitenwänden die ausgezeichneten Marmorgrabmäler des Grafen Lamoral Claudius und seiner Gemahlin. Den Altar im inneren Kapellenraum ziert eine große Marmorstatue der hl. Ursula, der sich seitlich Bildwerke der Charitas und Fides anreihen. Das Hauptgesims ruht auf von Engelgruppen gezierten Pilastern, während auf diesem selbst kleine Sarkophage mit den Inschriften der hier Begrabenen angebracht sind.

Nicht nur im Ausbau der Post oder der Ausstattung seiner Brüsseler Residenz oder der Hebung der gesellschaftlichen Stellung seines Hauses ist Graf Lamoral Claudius unermüdlich tätig, er vermehrt auch den Familienbesitz. Im Jahre 1670 erwirbt er die der Familie seiner Gemahlin gehörigen Herrschaften Braine-le-Château und Haut-Ittre im Hennegau.

Graf Lamoral Claudius, den am 13. September 1676 ein unerwarteter Tod aus einem schaffensreichen Leben riß, hat sich 1650 in Braine-le-Château mit Anna Francisca Eugenia Gräfin von Hornes vermählt. Neun Kinder sind dieser Ehe entsprossen, von denen vier in jungen Jahren verstorben sind, darunter der älteste Sohn. Der zweite Sohn tritt die Nachfolge an. Von den weiteren Söhnen wandte sich Graf Inigo Lamoral der militärischen Laufbahn zu und war später kaiserlicher General der Kavallerie und Kriegsdirektor in den Ober- und Vorderösterreichischen Landen. Franz Sigmund, der sich Graf von Valsassina nannte, waltet in späteren Jahren als Generalkapitän und Gouverneur im Herzogtum Limburg. Graf Anton Alexander ist bereits mit 21 Jahren im Regiment „Markgraf von Baden" bei der Belagerung der Feste Neuhäusel in Ungarn gefallen.

Graf Eugen Alexander (1652—1714) kann mit Erfolg die große Linie des Aufstieges, für die sein Vater die besten Grundlagen geschaffen hat, im Hause Thurn und Taxis fortsetzen. Es ist schon bezeichnend, daß sich dieser junge Erbgeneralpostmeister erstmals — im Vergleich zu seinen Vorfahren — mit einer Angehörigen des deutschen Adels vermählt, überdies aber mit der Tochter eines deutschen Reichsfürsten, nämlich der Prinzessin Anna Adelheid von Fürstenberg-Heiligenberg. Am 24. März 1678 hält man das Hochzeitsfest in Wien. Bereits mit Dekret König Karls II. von Spanien vom 19. Februar 1681 wird Graf Eugen Alexander, der die Würde eines Erbmarschalls in der Provinz Hennegau bekleidet, in den erblichen Fürstenstand Spaniens erhoben. Die in der Grafschaft Hennegau gelegene Herrschaft Braine-le-Château steigt gleichzeitig unter dem Titel „Principauté de la Tour et

Links: Graf Leonhard II. von Taxis (1594—1628), Ausschnitt aus dem Hochzeits- oder Reiterteppich von 1646

Tassis“ als Fürstentum mit hoher und niederer Gerichtsbarkeit unter der Souveränität der Krone Spaniens auf. Diesen raschen Aufstieg in der gesellschaftlichen Stellung vermehrt noch die Verleihung des Goldenen Vlieses durch den spanischen König im Jahre 1687, eine Auszeichnung, die in der Folgezeit allen Nachfolgern von seiten der österreichischen Habsburger zuteil wird. Den Abschluß bildet schließlich die Erhebung in den erblichen Reichsfürstenstand durch Kaiser Leopold I. am 4. Oktober 1695.

Wenn auch andere Ereignisse den unmittelbaren Anlaß geben, so muß man doch feststellen, daß letzten Endes bereits mit der Erhebung in den Reichsfürstenstand das Ende der Brüsseler Zeit des Hauses Thurn und Taxis deutlich angezeigt wird. Noch vermehrt zwar Fürst Eugen Alexander den niederländischen Besitz der Familie im Jahre 1700 durch den Erwerb der Herrschaft Impden um den Kaufpreis von 180 000 Gulden. Bereits ein Jahr später muß er Brüssel verlassen, seine Residenz, die er nie wiedersehen soll.

Fürstliches Palais in Frankfurt, nach einer farbigen Zeichnung gegen Mitte des 19. Jahrhunderts

Das fürstliche Palais in Frankfurt

Der Beginn des Spanischen Erbfolgekrieges bringt für das Haus Thurn und Taxis eine verhängnisvolle Zeit. Zu Anfang des Jahres 1701 besetzen französische Truppen die Stadt Brüssel. Die Besitzungen des Fürsten Eugen Alexander, der auch weiterhin in unverbrüchlicher Treue zum Hause Habsburg steht, verfallen in den Niederlanden der französischen Konfiskation. Wie oben bereits näher dargelegt wurde, geht trotz aller Proteste auch das Spanien unterstellte Generalat über die niederländische Post verloren. Fürst Eugen Alexander muß der Gewalt der Waffen weichen und siedelt zu Beginn des Jahres 1702 nach Frankfurt über. Von Joh. Matthäus von Merian, dem Enkel des großen Merian, mietet er das stattliche Haus zu den Drei Königen am Paradeplatz, an der Ecke der Großen Eschenheimer Gasse. In den Sommermonaten wohnt er am Main im Merianschen, später Loënschen Garten an der Windmühle.

Durch seinen neuen Wohnsitz in Frankfurt kommt Fürst Eugen Alexander mit den Mitgliedern des Kurrheinischen Kreises in engere Beziehung. 1704 bewirbt er sich selbst mit Erfolg um Sitz und Stimme auf der Fürstenbank des Kurrheinischen Kreises. Als Verpflichtung übernimmt der Fürst die Stellung von zwei Mann zu Pferd und sechs zu Fuß, oder aber die Zahlung von 48 Matrikulargulden. Zur Unterhaltung des Reichskammergerichts hat er jährlich 39 Gulden beizutragen.

Wohl schon dem Fürsten Eugen Alexander ist klar, daß Frankfurt kein Provisorium bleiben, aber auch Brüssel kaum mehr lange Residenz sein würde. In seinem am 17. November 1713 zu Frankfurt errichteten Testament legt er dem Hausvermögen zum erstenmal die Eigenschaft einer einzigen, unteilbaren und unveräußerlichen Masse bei. Dabei stellt er es aber seinen Nachfolgern frei, zu gegebener Zeit die Güter in den Niederlanden gegen Besitz im Reich aufzugeben. Den Frieden von Rastatt sollte der Fürst nicht mehr erleben. Am 21. Februar 1714 ist er in Frankfurt verschieden. In der Bartholomäuskirche, also im Frankfurter Dom, findet er im Chor an der Seite der zweiten Gemahlin und bei den vier früh verstorbenen Kindern aus dieser Ehe seine letzte Ruhestätte. Es war ihm nicht vergönnt, bei seinen Vätern in der 200 Jahre alten Familiengrablege bei Notre Dame du Sablon in Brüssel zu ruhen. Der Bartholomäuskirche war Fürst Eugen Alexander sehr zugetan, ja er betrachtete ihren Chor als die seiner Familie vorbehaltene Grabstätte. Für den Eingang zum Chor stiftete er ein kostbares Gitter. Rechts und links am Eingang des Chores ließ er zwei Altäre aus Marmor errichten, wie er auch sonst diese Kirche und andere Klöster mit reichen Stiftungen ausstattete.

Fürst Eugen Alexander war seit 1678 mit Prinzessin Anna Adelheid von Fürstenberg-Heiligenberg vermählt. Diese Ehe war mit zehn Kindern gesegnet, darunter Erbprinz Anselm Franz und Prinz Inigo Lamoral, der 1717 in der Schlacht bei Belgrad gefallen ist. Noch vor der Übersiedlung nach Frankfurt ist die Fürstin 1701 in Brüssel gestorben. In zweiter Ehe heiratete der Fürst 1703 die Gräfin Anna Augusta von Hohenlohe-Langenburg-Schillingsfürst, die ihm bereits 1711 im Tode vorausging.

Erst der Sohn, Fürst Anselm Franz, den Kaiser Karl VI. 1715 mit dem Reichspostgeneralat belehnt hat, kann wieder in die Brüsseler Residenz zurückkehren. Brüssel ist aber für das Haus Thurn und Taxis nicht mehr das, was es ehedem war, der Mittelpunkt des Postnetzes. Außerdem hat der Spanische Erbfolgekrieg den

Verlust des niederländischen Postgeneralates gebracht. So war die Aufforderung Kaiser Karls VI. an den Fürsten sicherlich willkommen, die ihm „allergnädigst zu erkennen gab, was gestalten ihre und des ganzen Reichs Dienst erfordere, daß der kaiserliche Generalerbpostmeister zu Beobachtung seines Amtes im Reich wohnhaft sei". Anselm Franz wählt das ihm bereits vertraute Frankfurt, wo er „eine der vornehmsten kaiserlichen Poststationen" besitzt. Der Kaiser teilt diesen Entschluß seines Erbgeneralpostmeisters dem Rat der Stadt mit Schreiben vom 19. September 1724 persönlich mit.

Bürgermeister und Rat der Stadt Frankfurt sind über diese Nachricht aus Wien keineswegs beglückt. Sie fürchten, der Fürst würde die der Stadt „allergnädigst verliehene Privilegia" nicht achten und sie schmälern. Die Forderung des Kaisers, den Fürsten „von allen bürgerlichen Real- und Personaloneribus zu befreien", weist die Stadt als untragbar und unzumutbar zurück. Ein Schreiben nach dem andern geht von Frankfurt nach Wien an den Kaiser und den Reichshofrat sowie an den Reichstag in Regensburg. Fast fünf Jahre dauert dieser Kampf, aber der Kaiser setzt zuletzt doch seinen Willen durch. Am 30. März 1729 kommt zwischen dem Fürsten Anselm Franz und der Reichsstadt Frankfurt ein Vertrag zustande, wodurch die Stadt ihr Einverständnis gibt, daß „des Herrn Anselm Franz von Thurn und Taxis kaiserl. Erb-General-Reichspostmeister Durchlaucht für sich und Ihro hochfürstlichen Leibeserben und Descendenten Mann und weiblichen Geschlechts die auf der großen Eschenheimergasse in Frankfurt gelegene Behausung, zum Weidenhof genannt, erb- und eigentümlich an sich kaufen und bewohnen möchten".

Bereits 1724 hatte der Fürst dieses Grundstück zum Ärger der Stadt über einen Mittelsmann erworben. Schon 1727 beginnt der Schriftwechsel mit dem ersten Architekten Frankreichs, Robert de Cotte, über die Pläne für das neue Palais. Im Jahre 1731 ist es endlich soweit, daß die Entwürfe Robert de Cottes zur Ausführung gelangen und mit dem Bau begonnen werden kann. Guilleaume Hauberat, der Schüler und Freund de Cottes, wird am 19. September 1731 vom Fürsten als Leiter für den Bau verpflichtet. Volle zwölf Jahre vergehen, bis dieses stattliche Bauwerk mit der gesamten Pracht seiner Innenausstattung vollendet ist. Erste Meister haben mitgewirkt: der Bildhauer und Stukkateur Paul Egell, die Maler Karl Bernardini und Luca Antonio Colomba. Vieles, so die Schreiner- und Schnitzerarbeit, werden in eigener Werkstatt unter Leitung des Schreinermeisters Anton Franz Zauffaly hergestellt. Verschiedene Gesellen aus Antwerpen, Brüssel und Frankfurt sind hier tätig.

Fürst Anselm Franz bemüht sich um jede Einzelheit bei dem Bau des Schlosses, dessen Fertigstellung er mit allen Mitteln voranzutreiben versucht. Er verhandelt mit Schlossermeistern in Darmstadt und Marmorarbeitern in Limburg, wenn die Frankfurter nach dem Urteil von Hauberat nicht genügten. Er trägt Sorge, daß die Marmorsorten nach der Farbe der Wandbespannungen ausgewählt werden. Während seines Aufenthaltes in Brüssel kommen fast täglich Briefe an den Haushofmeister Haysdorff in Frankfurt, um den Ausbau des Schlosses voranzutreiben. In den Brüsseler Briefen vom November 1736 legt der Fürst Haysdorff besonders die Fertigstellung der Räume für den Erbprinzen und dessen Gemahlin ans Herz.

Nochmals kommt Fürst Anselm Franz 1737 nach Frankfurt und wohnt in dem noch nicht fertiggestellten Palais. 1739 kehrt er nach Brüssel zurück, ohne zu ahnen, daß er sein geliebtes Frankfurter Palais nicht wiedersehen sollte. Am 9. November 1739 stirbt er überraschend im Alter von 58 Jahren. Als letzter Fürst wird er in der Ursulakapelle in Notre Dame du Sablon beigesetzt.

Fürst Anselm Franz hat sich 1703 als Erbprinz mit Prinzessin Maria Ludovica von Lobkowitz, Herzogin zu Sagan in Schlesien vermählt. Von den fünf Kindern

Fürst Anselm Franz von Thurn und Taxis (1681—1739)

aus dieser Ehe sind neben dem Erbprinzen und späteren Fürsten Alexander Ferdinand besonders die Prinzessin Maria Augusta Anna zu nennen, die den Herzog Karl Alexander von Württemberg geheiratet hat, und Prinz Christian Adam; dieser errichtete 1742 für Kaiser Karl VII. ein Dragonerregiment, dessen Inhaber er wurde.

Seit 1740 lebt Fürst Alexander Ferdinand in dem sich stetig vollendenden Palais. Durch diese neue Residenz in Frankfurt kommt er sehr bald in engste Beziehungen zu dem im Januar 1742 gewählten Kaiser Karl VII., dem er sogar mit erheblichen Geldsummen Wahlhilfe geleistet hat. Da die Österreicher in Bayern einrückten und schnell das ganze Land besetzten, ist der Wittelsbacher auf dem Kaiserthron gezwungen, seine Residenz in Frankfurt aufzuschlagen. Er beantragt auch die Verlegung der Reichsversammlung von Regensburg nach Frankfurt. Trotz einigen Sträubens wird am 21. Mai 1742 der Reichstag in Frankfurt eröffnet. Es ist nicht verwunderlich, wenn der Kaiser in einem Schreiben vom 4. Juli 1742 an seinen in Frankfurt residierenden Erbgeneralpostmeister, den Fürsten Alexander Ferdinand von Thurn und Taxis herantritt und ihm die Übernahme des Prinzipalkommissariates beim Reichstag anbietet. Das Ernennungsdekret selbst ist erst unterm 1. Februar 1743 ausgestellt.

Das Angebot des Kaisers bringt den Fürsten Thurn und Taxis in nicht geringe Verlegenheit. Eine rege diplomatische Tätigkeit setzt ein; dadurch ist die so späte Ausfertigung des Ernennungsdekretes zu erklären. Die Verärgerung in Wien ist so groß, daß der Gouverneur von Brüssel, wo sich Fürst Alexander Ferdinand soeben befindet, den Befehl erhält, den Fürsten zu verhaften beziehungsweise ihm das Ehrenwort abzunehmen, daß er sich nicht aus der Stadt entferne. In dieser schwierigen Lage greift der Kurfürst von Mainz vermittelnd ein. Der Fürst selbst hat in kluger Voraussicht die Annahme des Amtes so lange hinausgezögert, bis in Wien tatsächlich eine Beruhigung eingetreten war. Daß die Wahl des Kaisers für dieses

wichtige und ehrenvolle Amt auf den Fürsten Alexander Ferdinand gefallen ist, kann man ohne große Mühe erklären. Durch das Reichspostgeneralat war der Fürst Thurn und Taxis als Erbgeneralpostmeister besonders eng an Kaiser und Reich gebunden. Niemand konnte sich wohl so gut als Prinzipalkommissar eignen als der Inhaber des Erbgeneralpostmeisteramtes, der noch dazu in Frankfurt residierte. Auch die weitere Voraussetzung, daß der Prinzipalkommissar aus reichem Hause sein mußte, war bei dem Fürsten Thurn und Taxis in bester Form gegeben.

Auf dem Reichstag war der Prinzipalkommissar, der Vertreter des Kaisers, die wichtigste Persönlichkeit. Er war es diesem Amt schuldig, mit großem Pomp zu residieren. Satzungsgemäß mußte der Prinzipalkommissar Reichsfürst sein, um im selben Rang mit fürstlichen Personen verkehren zu können. Zu seinen Hauptaufgaben zählte die Entgegennahme der Beglaubigungsschreiben von den Gesandten und die Veranstaltung großer Empfänge. Bei den Vollsitzungen des Reichstags saß er mit bedecktem Haupt auf dem kaiserlichen Thron und repräsentierte in allem voll den Kaiser.

Das neue Palais in Frankfurt bietet nun den ausgezeichneten Rahmen für die Pflichten des Prinzipalkommissars. Von der Pracht der Hofhaltung erhalten wir eine Ahnung, wenn wir aus einer Rechnung vom Jahre 1744 erfahren, daß die Ausgaben dafür weit über eine Viertelmillion Gulden betragen. Nach den Aufzeichnungen des französischen Diplomaten Blondel, der Frankreich an den Höfen in Mainz, Hannover und Mannheim als Gesandter vertrat und öfter vom Fürsten in Frankfurt eingeladen war, konnte sich die Hofhaltung des Fürsten Thurn und Taxis mit den besten in Deutschland vergleichen. Neben einem Hofmarschall, dem Baron von Lilien, sind fünf bis sechs adelige Hofkavaliere ständig am fürstlichen Hof tätig, daneben Pagen und Lakaien in großer Zahl. Täglich versammeln sich fünfundzwanzig Gäste zur Mittagstafel. Eigene Musiker und Schauspieler sorgen für eine edle Unterhaltung.

Das Palais umfaßte etwa 140 Räume. Von ihnen waren 83 mit 140 Betten der Dienerschaft vom Haushofmeister bis zum Stallburschen vorbehalten. Das Hofpersonal zählte zusammen etwa 90 Personen. Bei größerem Besuch wurden für dessen Dienerschaft noch 40 Betten bereitgehalten, dazu auch das eigene Personal vermehrt.

Die Regierung des unglücklichen Kaisers Karl VII. währt freilich nicht lange. Mit seinem Tode am 20. Januar 1745 erlischt das Prinzipalkommissariat des Fürsten Thurn und Taxis. Aber bereits 1748 übersiedelt Fürst Alexander Ferdinand als neu ernannter Prinzipalkommissar des Kaisers Franz I. am Reichstag in Regensburg in diese Stadt. Nicht einmal ein Jahrzehnt hat somit das Palais in Frankfurt als fürstliche Residenz gedient. Verblieben ist bis in das 19. Jahrhundert im wesentlichen ein Großteil der Ausstattung.

Ein paar Sätze seien noch über das spätere Schicksal des fürstlichen Palais in Frankfurt angefügt, nachdem damit doch ein gutes Stück deutscher, ja europäischer Geschichte verbunden ist. Im dritten Krieg König Friedrichs II. von Preußen gegen Österreich überrumpelte ein französisches Hilfsheer unter Herzog Franz Victor von Broglie am 2. Januar 1759 die Reichsstadt Frankfurt. Der Herzog schlug sein Hauptquartier bis zu seinem Abzug im Frühjahr 1762 im leerstehenden Palais Thurn und Taxis auf. Es gab anschließend große Reparaturen, um das Palais für die Krönung Kaiser Josephs II. wieder in beste Form zu bringen. Der Fürst stellte nämlich sein Palais — als einzigen repräsentativen Bau in der Krönungsstadt — dem Kaiser zur Verfügung. So wurde es auch bei der Krönung Kaiser Leopolds II. 1790 gehandhabt. 1791 erfolgte eine weitere Instandsetzung, um das alternde Schloß als Erbprinzenpalais einzurichten. Nur noch einmal wurde somit das Palais

für kurze Zeit von der fürstlichen Familie selbst bewohnt. Von 1806 bis 1813 residierte Fürstprimas Carl von Dalberg im Palais. Dies beruht auf einer Abmachung zwischen dem Fürsten Karl Alexander und dem Fürstprimas im Zusammenhang mit der Belehnung des Fürsten mit dem Amt eines Erblandpostmeisters im Fürstentum Dalbergs.

Zwischen 1816 und 1866 tagten die Gesandten des Deutschen Bundes im fürstlichen Palais in Frankfurt. Auch der österreichische Gesandte als Präsident der Versammlung hatte darin seine ständige Privatwohnung. Man spricht in dieser Zeit deswegen auch vom Frankfurter „Bundespalais". 1891 erfolgte die Vermietung an die Post, die es 1895 vom Fürsten Albert um den Betrag von 1 500 000 Mark schließlich erwarb. Die Stadt Frankfurt kaufte es aber 1905 zurück, um es vor den geplanten Umbauten zu retten, und ließ es seit 1908 als Völkerkundemuseum einrichten. Am 4. Oktober 1943 trafen die ersten Bomben das Palais. Am Abend des 22. März 1944 wurde das Palais bis auf die beiden vorderen Pavillons schwer beschädigt. Nach dem Krieg ging das Gelände von der Stadt Frankfurt wieder in das Eigentum der Bundespost über. Vom Palais selbst stehen heute nur noch die beiden Pavillons zu seiten des Hauptportals.

Prinzipalkommissare am Immerwährenden Reichstag in Regensburg

Kaiser Franz I. bestellt nach seinem Regierungsantritt Ende des Jahres 1745 den bereits unter Karl VI. und kurze Zeit unter Karl VII. als Prinzipalkommissar tätigen Fürsten Joseph Wilhelm Ernst zu Fürstenberg zu seinem Vertreter am Reichstag in Regensburg. Dieser wird jedoch zu Beginn des Jahres 1748 abberufen; am 15. Januar bereits verläßt er Regensburg. Durch ein kaiserliches Dekret vom 25. Januar 1748 erhält Fürst Alexander Ferdinand von Thurn und Taxis seine Bestallung als Nachfolger.

Wie ist es zu erklären, daß der Kaiser diesem Fürsten, der doch 1742 zum habsburgischen Gegner, Karl VII., übergegangen war, nicht nur verzieh, sondern ihn sogar für dieses wichtige Amt bestellte? Es steht fest, daß Kaiserin Maria Theresia beide Prinzipalkommissare der bayerischen Kaiserepoche, Fürstenberg sowie Thurn und Taxis, als wichtige Repräsentanten kaiserlicher Rechte wieder in Gnaden aufgenommen hat. Die wahren Hintergründe dieser raschen Wandlung werden wohl überhaupt mit den gesamten Gegebenheiten der Reichsverfassung zu erklären sein.

Für den Fürsten Alexander Ferdinand mußte es als Erbgeneralpostmeister und damit als Inhaber eines Reichsamtes nach der rechtmäßigen Kaiserwahl von 1742 als selbstverständlich gelten, den neuen Kaiser als rechtmäßiges Reichsoberhaupt anzuerkennen und von ihm auch besondere Dienste und Aufgaben entgegenzunehmen. Man wird ihm dies von seiten Österreichs, das die treuen Dienste des Hauses Thurn und Taxis für Kaiser und Reich zu schätzen wußte, nicht so verargt haben, als man gemeinhin annehmen mag. Dies zeigt nur zu gut die so rasch darauf erfolgte Ernennung zum Prinzipalkommissar. Daß die Wahl auch von seiten Kaiser Franz I. auf ihn gefallen ist, wird leicht zu erklären sein. Sicherlich hat man erkannt, daß der Fürst von Thurn und Taxis als Inhaber des Generaloberpostmeisteramtes sowohl dem Kaiser eng verbunden sein mußte, als er auch durch die Post zu den einzelnen Reichsständen laufend in engster Beziehung stand. Kein anderer Reichsfürst dürfte so gute Voraussetzungen für die Vertretung des Kaisers am Reichstag besessen haben. Schließlich darf man letzthin nicht übersehen, daß ein Fürst Thurn und Taxis auch seinem Vermögen nach in der Lage war, sich die kostspielige Repräsentation zu leisten, die nun einmal mit diesem Amte verbunden war.

Umgekehrt hat auch Fürst Alexander Ferdinand wichtige Gründe, die ihm den Entschluß zur Übernahme dieses Amtes — trotz der damit verbundenen erheblichen Kosten — leicht machen. Er ist sich klar darüber, daß er dadurch auch sehr weitgehend für die Interessen seines Hauses wirken kann, einesteils für den weiteren Ausbau der Post und andernteils für die Aufnahme in den Reichsfürstenrat. Gerade den letzten Punkt hat sich bereits Fürst Anselm Franz als eine seiner wichtigsten Aufgaben gestellt und seinem Sohn zur Weiterverfolgung aufgetragen.

Alle diese Gegebenheiten dürften es weiterhin erklären, daß das Prinzipalkommissariat nunmehr ununterbrochen bei diesem Fürstenhause verbleibt. In der

Rechts: Gräfin Alexandrine von Thurn und Taxis (1589—1666), Ausschnitt aus dem Hochzeits- oder Reiterteppich von 1646

Fürst Alexander Ferdinand von Thurn und Taxis (1704—1773)

Zeit von 1663 bis 1748 war bekanntlich ein sehr häufiger Wechsel zu beobachten. Nach dem Tode des Kaisers Franz I. erhält Fürst Alexander Ferdinand 1765 wiederum seine Ernennung durch Joseph II. Nach seinem Tode wird mit Dekret vom 27. April 1773 der Sohn, Fürst Carl Anselm, zum Prinzipalkommissar bestellt. Dieser erhält vom Kaiser Leopold II. am 10. Oktober 1790 und von Franz II. am 15. Juli 1792 neuerliche Ernennungen. Noch zu Lebzeiten des Fürsten Carl Anselm wird wegen dessen angegriffener Gesundheit am 10. März 1797 der Erbprinz und spätere Fürst Karl Alexander zum letzten Prinzipalkommissar ernannt. Gerade die gesamten Zusammenhänge mit dieser letzten Ernennung und der Einzug in Regensburg anläßlich der Ankunft aus Wien werden in allen Einzelheiten im Zeremonialprotokoll geschildert:

„Nachdem Sr. Hf. D. der regierende Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis zu verschiedenen Malen bei Sr. Kaiserl. Majestät um die Entlassung des Postens der Prinzipalcommissariatsstelle gehorsamst angesucht und gebeten, so wurde Höchstdemselben von Sr. Kaiserl. Majestät auch diese Gnade verwilliget, zu gleicher Zeit aber dem Herrn Erbprinzen Hf. D. diese vacante Prinzipalcommissariatsstelle und als wirklichen geheimen Rat allergnädigst wieder conserirt. Sr. Hf. D. der neue Herr Prinzipalcommissarius säumten sich nicht, sogleich nach Wien zu reisen und den Eid der Treue dieses Geschäfts willen sogleich nach gnädigster Erlaubnis darzu ablegen.

Den 2. April 1797 Ankunft des neuen Herrn Prinzipalcommissarii, Erbprinzen von Thurn und Taxis:

Sr. Hf. D. der Herr Prinzipalcommissarius kamen dem 2. April um 6 Uhr abends in ihrem Quartier an und traten in demselben der vormals gewesenen von Linkerischen Behausung ab. Vom Hofe aus wurden Höchstdemselben ein Galawagen mit 6 Pferden nebst der gewöhnlichen Dienerschaft bis nach Irl an das Mauthaus außer dem Burgfrieden entgegengeschickt, in welchen S. Hf. D. nebst dem Herrn Geheimen Rat von Leykam und Reisemarschall Grafen von Groß sich hineinsetzten und Hochdero Einzug zu Regensburg antraten. Sr. Hf. D. wurden von der bürgerl. Cavallerie unter Anführung des Herrn Senat. Fischer bei dem Burgfrieden empfangen und becomplimentirt, hernach aber von der Cavallerie in die Mitte genommen und bis in ihr Quartier zurückbegleitet. Der Zug ging beim Ostentor herein, allwo die Hauptwache sehr verstärkt wurde. Bei Ankunft beim Ostentor wurden Sr. Hf. D. durch eine dreimalige Abfeuerung von 24 Kanonen begrüßt. Sie nahmen den Zug durch die Ostengasse, schwenkten sich bei der Domkirche herum nach dem Neupfarrplatz zu, allwo vier bürgerl. Compagnien sie mit klingenden Spiel und Senkung der Fahnen begrüßten. Hierauf ging der Zug in die Herrengasse, schwenkten sich aber in die Bachgasse und von da bei dem Bruderhause vorbei und gingen gerade durch den St. Emmerams-Platz in dero Quartier.

Die Cavallerie und sämtliche Begleitung ging gleich vorwärts und stellte sich gleich wieder auf den Platz nahe bei dem Theater. Vor dem Hause des Fürsten paradierte eine Bürger-Compagnie nebst Fahne und rührten das Spiel.

Sr. Hf. D. wurden mit größten Freuden sowohl von der Frau Erbprinzessin als den ganzen Hof auf das feierlichste empfangen. Gleich nach Ankunft Sr. Hf. D. ließ durch den Stadtsecretair sich eine löbl. Stadtdeputation gehörig anmelden, welche auch vorgelassen wurde.

Nachdem fuhren Sr. Hf. D. wiederum nach St. Emmeram, allwo bei Sr. Hf. D. der Frau Prinzipalcommissarin alle hohe Gesandtschaften und Noblesse gegenwärtig waren und S. Hf. D. dem Herrn Prinzipalcommissario becomplimentirten, nachhero aber die meisten beim Spiel blieben."

Der Prinzipalkommissar erhielt vom Kaiser ein jährliches „Salär" im Betrage von 25 000 Gulden. Diese Summe, die vierteljährlich zur Auszahlung kam, wurde jedoch von Wien nie in der vollen Höhe angewiesen. Es erfolgte jeweils ein Abzug mit der Bezeichnung „Arrtrae" von zehn Prozent, dazu kam noch ein Stempelgeld, so daß sich der Jahresbetrag auf 22 496 Gulden belief. Die Abzüge konnten aber auch höher liegen. In den Jahren 1795 bis 1799 wurden für Kriegssteuer weitere 15 Prozent in Abzug gebracht, so daß noch 18 746 Gulden zur Auszahlung gelangten. Der Betrag dieses Salärs mag einerseits als hoch erscheinen; wenn man freilich die kostspielige Repräsentation bedenkt, die gerade von den Fürsten Thurn und Taxis in einer früher nicht dagewesenen Form geübt wurde, so handelt es sich um eine verschwindend kleine Summe. Es sei nur erwähnt, daß beispielsweise im Jahre 1774 allein für die Hofküche die Ausgaben 64 610 Gulden betragen haben.

Für das Ernennungsdekret zum Prinzipalkommissar sind erhebliche Gebühren in Wien angefallen. Wir kennen die Ausgaben anläßlich der Amtsbestellung des Fürsten Carl Anselm im Jahre 1773: „Für das kaiserliche Hofdekret wegen der Principal-Commissionsstelle 4800 Gulden; wegen der kaiserlich geheimen Ratswürde 900 Gulden; für den geheimen Reichskanzlei-Concipienten 136 Gulden."

Im Januar 1748 erscheint in Regensburg der fürstliche Hofmarschall Baron Reichlin von Meldegg, um die Vorbereitungen für die Übersiedlung des Fürsten von Frankfurt nach Regensburg zu treffen. Er findet das bisherige Wohngebäude des Fürsten zu Fürstenberg in St. Emmeram zu wenig geeignet. So empfiehlt er den Freisinger Hof, der 40 Zimmer enthält, darunter „un grand salon". Bereits kurze Zeit später wird mit dem Eigentümer dieses Hofes, dem Bischof von Freising und Regensburg, Kardinal Johann Theodor, ein Mietvertrag geschlossen. Nunmehr können die Bauarbeiten beginnen, die diesem Gebäude die Ausstattung und den Glanz verleihen sollen, wie dies für den Fürsten Thurn und Taxis als Vertreter des Kaisers am Reichstag erforderlich ist.

Fürst Alexander Ferdinand hält am 1. März 1748 erstmals seinen Einzug in Regensburg. Der Regensburger Chronist schreibt hierzu: „Bei seiner Ankunft wurde derselbe am Burgfrieden durch die bürgerliche Cavallerie empfangen und die Kanonen wurden von den Stadtwällen gelöset." Beim Gesandten des schwäbischen Grafenkollegiums steigt er ab. Er legitimiert sich beim Reichstag und verläßt am 5. März wieder die Stadt. Am 20. Mai kommt er nochmals für etwas längere Zeit nach Regensburg, um seine Amtsgeschäfte als Prinzipalkommissar zu übernehmen. Die Wohnung wird bei diesem Aufenthalt einstweilen im Kloster Prüfening genommen. Bei dieser Gelegenheit schreibt der Chronist: „Man wurde bald gewahr, welch fürstlichen Aufwand der neue Prinzipal-Commissarius machen und wie vieles zu seinem Etablissement erfordert würde."

Erst gegen Ende des Jahres 1748 sind die Bauarbeiten am Freisinger Hof soweit gediehen, daß Fürst Alexander Ferdinand nach Regensburg übersiedeln kann. Am 7. November kommt er zusammen mit seiner Mutter auf zwölf Schiffen in der Stadt an. Am Weintor geht man an Land. In sechsspännigen Wagen unter Begleitung der reichsstädtischen Kavallerie und unter dem Donner der Kanonen geht die Fahrt zur fürstlichen Residenz, dem Freisinger Hof. Der Regensburger Chronist fügt noch hinzu: „Im Dezember setzte sich nun der Fürst ins Publikum. So wie dieses fürstliche Haus hier etablirt war, kamen viele Fremde und Sehenswürdigkeiten hier an."

An der inneren Ausstattung des Freisinger Hofes hat man auch in den folgenden Jahren noch gearbeitet. Die gesamten Bauarbeiten hat jedenfalls der fürstliche Baumeister Anton Franz Zauffaly geleitet, der bereits beim Bau des Frankfurter Palais mitwirkte. Die unmittelbaren Herrschaftsräume im Freisinger Hof führen nach

einer Beschreibung aus dem Jahre 1773 folgende Bezeichnungen: „Cabinet bleu de S. A. Madame, Cabinet jaune, Chambre à coucher de S. A. Madame, Garderobe de S. A. Madame, Une petite chambre de S. A. Madame, Cabinet des porcelaines, Chambre de musique, Sale à manger, Chambre d'audience, Chambre à coucher, Cabinet de S. A. Monseigneur, Chambre de la bibliotheque, Chambre du billard."

Die nähere Beschreibung über die Ausstattung dieser herrschaftlichen Räume läßt vermuten, daß der Freisinger Hof kaum der Einrichtung im fürstlichen Palais in Frankfurt nachgestanden haben kann. Dabei wurde zu diesem Zeitpunkt so gut wie nichts vom Mobiliar des Frankfurter Palais nach Regensburg geschafft. Es handelt sich um Neuanschaffungen, die wenigstens zum Teil aus Paris bezogen werden. Wenn in zeitgenössischen Berichten immer wieder auf die Pracht der Hofhaltung der Prinzipalkommissare aus dem Hause Thurn und Taxis hingewiesen wird, so läßt die vielleicht etwas nüchtern anmutende Beschreibung der wichtigsten herrschaftlichen Räume im Freisinger Hof etwas von diesem Glanz ahnen. Hier hat sich bekanntlich ein großer Teil der gesellschaftlichen Ereignisse abgespielt und in diesen Räumen gab der Fürst seine Empfänge und Audienzen. Eine besonders wichtige Rolle spielt hierbei das Audienzzimmer, zu dessen Ausstattung vor allem ein Baldachin mit Thronsessel und die Bilder des Kaisers und der Kaiserin zählen.

Außer dem Freisinger Hof hat man bereits 1748 verschiedene Gebäude in der Stadt für die sonstigen Erfordernisse der Hofhaltung, vor allem für die Unterbringung der Pferde usw., angemietet. Schon bald ergab sich aber, daß der Freisinger Hof und die Wirtschaftsgebäude nicht ausreichten. So werden 1749 in einem Vertrag vom Reichsstift St. Emmeram weitere Wohnräume und Wirtschaftsgebäude mit Stallungen und Wagenremisen hinzugewonnen. Seit 1. November 1753 hat man das Quartier in St. Emmeram noch bedeutend erweitert. Diese Vergrößerung steht in ursächlichem Zusammenhang mit der am 3. September 1753 stattgefundenen Vermählung des Erbprinzen Carl Anselm mit der Herzogin Augusta Elisabeth von Württemberg. Dem Erbprinzen hat man also die frühere Residenz des Prinzipalkommissars in St. Emmeram als Palais zugewiesen. Es wird fortan als „Inneres Palais" bezeichnet.

Zu den verschiedenen feierlichen Handlungen, die von den Fürsten Thurn und Taxis als Prinzipalkommissare in Regensburg zu vollziehen waren, zählt insbesondere die Huldigung und der Treueid auf den Kaiser durch die Bürgerschaft. Diese unter großem Aufwand vollzogene Zeremonie hat Fürst Alexander Ferdinand am 2. April 1750 für Kaiser Franz I. und am 28. April 1766 für Kaiser Joseph II. in feierlichster Form vorgenommen. Unter Fürst Carl Anselm ist die Huldigung noch am 31. März 1791 für Kaiser Leopold II. und am 11. April 1793 für Kaiser Franz II. erfolgt. Diese Huldigung wurde jeweils nach dem Regierungsantritt eines Kaisers vorgenommen. Kaiser Franz I., dessen Kaiserwahl bereits in das Jahr 1745 fällt, hat die Huldigung durch die Bürgerschaft immer wieder verschoben. Erst im Jahre 1750 wurde dazu der Prinzipalkommissar Fürst Alexander Ferdinand bevollmächtigt.

Das Zeremoniell bei diesen Anlässen ist einesteils so bezeichnend für die Aufgaben des Prinzipalkommissars und andernteils in gleicher Weise beispielhaft für die Prunkentfaltung an der fürstlichen Residenz in Regensburg, daß es sich lohnt, die genaue Beschreibung der Huldigung vom 2. April 1750 durch den Regensburger Stadtchronisten im Wortlaut abzudrucken:

„Die Bürgerschaft wurde entboten, am 2. April vormittags 10 Uhr bey Strafe mit ihren saubern feyerlichen Kleidern angethan, in Mantel und Degen auf den jeder Wache angewiesenen Platz zu erscheinen, sonach gegen 11 Uhr auf dem Platz bei St. Emmeram vor der fürstlichen Residenz, vor welcher von dem fürstlichen

Baumeister Cephaly Zofani (Bauchronik nennet ihn Zoffali) eine Bühne errichtet worden war, sich zu begeben, daselbst sich nach dem von Stadthauptmann angewiesenen Platz ehrbar aufzustellen und den Huldigungseid mit aufgereckten 2 Fingern rechter Hand laut nachzusprechen, sodann auf gegebenes Zeichen das Vivat Franciscus 3mal frohlockend auszurufen und sich dann wieder ruhig nach Hause zu begeben.

Die Magistratspersonen fuhren dahin und die Aemter folgten ihnen zu Fuße bis zur Residenz. Der Rath begab sich unter Spalier der fürstlichen Livrei und andrer Dienerschaft die Treppe hinauf, unter Empfang zweier Truchsesse bis in das Wappenzimmer, wo die fürstlichen geheimen Räthe und Cavaliere sich befanden; die Bürgerschaft stellte sich indessen unter Anführung des Hauptmann Gritsch auf dem eingefaßten Platz der aufgerichteten Bühne gegenüber auf. Zu beiden Seiten der Bühne standen die Grenadiers der Garnison und vor der übrigen Bürgerschaft die k. Aerzte und Beamte. So wie der Fürst in prächtiger Mantelkleidung mit dem goldnen Vließe erschien, ging der Zug paarweise in den Saal, die Bedienten voraus, dann der Magistrat, dann der Fürst und zu seiner Seite die Hof-Cavaliers und Räthe. Der Fürst nahm auf einem 3 Stufen erhabenem Thron, an welchem das Bildniß des Kaisers unter dem Himmel angebracht war, auf einem rothsamtnen Stuhl Platz. Die fürstlichen Cavaliere umgaben zu beiden Seiten den Thron und der amtirende Kammerer und Aelteste standen an beiden Seiten vor dem Thron. Gegenüber des Throns unten im Zimmer war eine Barricade, wo selbst der Con-Commissarius und mehrere Gesandte und Honoratorien zusahen. Der Fürst eröffnete den Act mit einer Rede an den Rath, dann trat der geheime Secretär Kirchmayr an den Thron und erhielt den Befehl, den Huldigungseid abzulesen. Er stellte sich zur Rechten des Thrones und der Magistrat in einem Halbkreis, sprach mit aufgehobenen 2 Fingern den abgelesenen Eid nach. Hierauf trat der amtirende Kammerer und nach ihm die Magistratsglieder auf die erste Stufe des Thrones und leisteten dem Fürsten das Handgelübde. Dann hielt Hr. Consulent Wild vor dem Throne die Danksagungsrede. Hierauf ging der Zug, wie vorher unter Voraustretung der Dienerschaft durch das unterste Fenster unter Musik auf den Platz, auf die vor der Residenz aufgemachte Bühne, wo der Fürst gleichfalls unter einem Baldachin Platz nahm. Die Bühne war 32 Schuh breit, 42 lang und 12 Schuh hoch. Der Geh. Rath von Haysdorf erhielt von dem Fürsten den Befehl zum Vortrag an die Bürgerschaft, den er von der ersten Stufe aus hielt, darauf erhielt Geh. Secretär Schuster den Auftrag zur Vorlesung des Eides. Derselbe wurde mit froher Stimme und aufgehobenen 2 Fingern rechter Hand nachgesprochen, und ein 3maliges Vivat Franciscus vom Herrn von Haysdorf vorgesagt, wurde unter Trompeten und Pauken von den Bürgern nachgejubelt. Unter Voraustretung der Dienerschaft in den Saal zurückgekehrt, entließ der Fürst nun den Magistrat und gab dann Audienz, wo eine Rathsdeputation der Aeltesten das Geschenk überbrachte und die Buchdrucker Gebrüder Zunkel ein Gedicht überreichten, wovon ein Exemplar auf Atlas dem Kaiser überschickt worden. Mittags gab der Fürst große Ceremonieltafel, wobei er unterm Baldachin speiste. Die innern und geheimen Herrn des Raths und die ältesten, so wie 4 Consulenten waren dazu geladen. So wie des Morgens nach dem Schwur, so ertönten auch jetzt 30 Kanonen von den Wällen, als die Gesundheit des Kaisers getrunken worden und 12 auf den nächsten Batterien, da des Fürsten Wohl ausgebracht worden. Während der Tafel war Musik von der Hofkapelle."

Die Hofhaltung des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg ist in dieser Zeit besonders für die Aufgaben als Prinzipalkommissar am Reichstag in Regensburg zugeschnitten. Es darf also nicht verwundern, wenn bei besonderen Anlässen, vor allem der feierlichen Akkreditierung von Gesandten beim Reichstag oder auch bei

Fürst Alexander Ferdinand nimmt vor seiner Regensburger Residenz, dem Freisinger Hof, am 2. April 1750 die Huldigung der Regensburger Bürgerschaft für Kaiser Franz I. entgegen.

Audienzen für diese, der gesamte Prunk und das Zeremoniell des Prinzipalkommissars aufgeboten werden. Das Zeremoniell einesteils und die Verwendung der Räume in der fürstlichen Residenz andernteils beschreiben die von einem Hofkavalier geführten „Reichstags-Ceremonial-Protokollbücher" am besten anläßlich der Audienzen von Gesandten. Das feierlichste Zeremoniell greift Platz, wenn der kurmainzische Gesandte „nomine imperii" vom Prinzipalkommissar empfangen wird.

„Den 31. Dezember 1773 legten S. Excellenz der kurmainzische Herr Gesandte Freiherr von Linker nomine imperii bei S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissario den neuen Jahreswunsch ab. S. Excellenz der Herr Gesandte ließen sich den 30. Dezember bei dem Herrn Hofmarschall erkundigen, in welcher Stunde der kurmainzische Legationssecretaire kommen könnte, um sich im Namen seines Herrn Gesandten die Stunde zur Audienz bei S. Hochfürstl. Durchlaucht zu

430059

erbitten. S. Hochfürstl. Durchlaucht gaben solchen die Stunde um 9 Uhr vormittags den 31. Dezember, in welcher Stunde er auch erschiene und von S. Hochfürstl. Durlaucht im Rittersaal empfangen wurde und von hochdemselben die Stunde zur Audienz nämlichen Tages um $^{1}/_{4}$ über 12 Uhr erhielt. Weil aber wegen des Tages vorhero gehaltenen Concerts die Schiedwand in dem Rittersaal ausgebrochen war und wieder hineinzumachen vergessen worden, das Ceremoniel also nach gehöriger Ordnung nicht besorget werden konnte, so wurden der Herr Hofmarschall Baron von Vrints zu S. Execellenz dem H. kurmainzischen Gesandten Freiherrn von Linker geschickt, um sich anzufragen, ob dieser Umstand zu ein oder andern Unannehmlichkeiten Veranlassung geben könnte, mit dem Offerto, daß, wenn es S. Excellenz gefällig, noch eine Stunde mit der Audienz zu warten, die Schiedwand sogleich hineingemachet würde, widrigenfalls aber man durch die Kanzleiverwandten und Secretaires den Unterschied dieser Wand ersetzen würde, und S. Hochfürstl. Durchlaucht würden sowohl den Empfang als die Begleitung machen auf eine nämliche Art, als wann die Schiedwand in dem Rittersaal hergestellet wäre, womit dann S. Excellenz der Herr Gesandte sich zufrieden stellten und in angesetzter Zeit zur Audienz in einem mit 6 Pferden mit Voraustretung ihrer Hausofficiers und sämtlicher Livrée erschienen. Es wurde zu dieser Audienz der sämtliche Hofstaat beordert, zwei Lauffer stunden unten an der Treppe und die sämtliche Livrée ware ein Spalier von der untersten Treppe an bis an den Rittersaal, allwo die Heiducken auf beiden Seiten des Rittersaals ihren Platz hatten, die sämtlichen Hausofficiers und Music waren in dem Rittersaal und die Kanzlei machte die Schiedwand von dem Rittersaal und zugleich die Spalier; die Herren geheimen Räthe und die übrigen Cavaliers waren in dem Vorzimmer des Audienzsaals. Vor dem Audienzzimmer stunden die 2 Kammerdiener mit denen Degen und den Hute unter dem Arm. Der Portier hatte den Befehl bei S. Excellenz Ankunft zweimal zu läuten; der Truchseß nebst 6 Pagen und 5 Cavaliers gingen S. Excellenz bis an den letzten Staffel der Treppen entgegen, wo sie vor S. Excellenz voran herauf gingen. S. Hochfürstl. Durchlaucht der H. Principal-Commissarius empfingen S. Excellenz 3 Schritte vor dem dritten Zimmer in dem Rittersaal, führten vorbemeldten Herrn Gesandten in das Audienzzimmer, behielten jedoch allezeit die rechte Hand und einen halben Schritt vorwärts. Bei Ankunft S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii und des Herrn Abgesandten vor dem Audienzzimmer eröffneten die 2 dahin gestellten Kammerdiener beede Flügeln der Türe des Audienzsaals. Der diensthabende Cavalier stund hinter dem Stuhl S. Hochfürstl. Durchlaucht und der Freiherr von Jett hinter dem Stuhl des Herrn Abgesandten; beede Stühle wurden gegeneinander übergesetzt, doch so, daß der Stuhl S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii mehr zur rechten stunde, wo jedoch des Herrn Abgesandten sein Stuhl so gesetzt wurde, daß solcher mit beeden Füssen auf dem Teppich zu stehen kam. Nachdem sich S. Hochfürstl. Durchlaucht und der Herr Abgesandte gesetzt hatten, traten die beeden Hofcavaliers ab und beede Kammerdiener machten beede Flügel der Tür des Audienzzimmers zu. Nach geendigtem Neuen-Jahrs-Compliment und da S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius aufgestanden waren, eröffneten beede Kammerdiener die beeden Flügel der Tür des Audienzzimmers, der Truchseß, 6 Pagen und 5 Cavaliers traten voraus und begleiteten S. Excellenz den Herrn Abgesandten bis unter den letzten Staffel der Treppen am Wagen, blieben so lange stehen, bis S. Excellenz wieder abfuhren. S. Hochfürstl. Durchlaucht aber der Herr Principal-Commissarius begleiteten S. Excellenz so wie bei dem Empfang bis 3 Schritte in den Rittersaal, der ganze Hof ward in der Ordnung gestellet wie bei dem Empfang. Auf diese Art endigte sich diese grosse Audienz."

Kleine Verschiedenheiten im Zeremoniell zeigen sich, als am 25. Februar 1774 beispielsweise der Gesandte von Kurköln sein Beglaubigungsschreiben überreicht. Auch hier ist der ganze Hof in Gala. Der Unterschied zur vorigen Audienz besteht nach dem Zeremonialprotokoll darin, „daß nur 4 Cavaliers und 4 Pagen ihn empfingen und S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Gesandten nur bis an die zweite Antichambre entgegengingen und des Herrn Gesandten sein Stuhl so gestellet war, daß er nur mit einem Fuß den Teppich berühren konnte".

Die nächste Abstufung im Zeremoniell bei der Audienz von Gesandten ergibt sich am Beispiel der Legitimation des Gesandten von Pfalz-Neuburg am 14. März 1774. Dieser ist also in die Gruppe der Gesandten zu zählen, die auf der Fürstenbank sitzen. Das Zeremonialprotokoll kennzeichnet den Unterschied zu den vorigen Audienzen dadurch, „daß 4 Pagen und 3 Herren Cavaliers ihm bis an den letzten Stufen der Stiegen entgegengingen und ihn heraufbegleiteten, S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius empfingen ihn in der Mitte der zweiten Antichambre und führten ihn in den Audienzsaal, allwo des Herrn Gesandten sein Stuhl so gestellet war, daß er mit keinem Fuß den Teppich berühren konnte".

Am einfachsten ist das Zeremoniell für die reichsstädtischen Vertretungen bei Audienzen bemessen. Ihre Ankunft wird durch einmaliges Läuten angekündigt. Der Hoffourier empfängt sie auf der Mitte der Treppe und führt sie vor die Türe des Rittersaales. Hier nimmt sie der Truchseß in Empfang, geleitet sie in das erste Zimmer und meldet sie dem Fürsten. Dann führt er sie bis an das Audienzzimmer, wo der diensthabende Kammerdiener einen Flügel der Türe öffnet. Der Fürst empfängt die Delegation im Audienzzimmer stehend.

Dieses Zeremoniell wird erst voll verständlich, wenn man sich vergegenwärtigt, daß es sich um die Reichsetikette handelt. Daran war der Prinzipalkommissar strengstens gebunden.

Bereits als Fürst Alexander Ferdinand seine Regensburger Residenz 1748 bezog, ist in der Stadt der zahlreiche Hofstaat aufgefallen. Man kannte diesen Aufwand von den früheren Prinzipalkommissaren nicht. Der Hofstaat des Fürsten Thurn und Taxis hat in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts in seiner oberen Spitze gewöhnlich folgende Zusammensetzung: zwei Geheime Konferenzräte, Hofmarschall, Oberstallmeister, Reisemarschall, Hoftruchseß, Oberstjägermeister, mehrere Hofkavaliere, zwei Hofdamen, Obersthofmeisterin, Beichtvater, Leibmedikus und mehrere Hofräte.

Wie bei anderen Höfen unterhielt man auch eine eigene Pagerie, in der junge Adelige für den höfischen Dienst herangebildet wurden. Am Regensburger Hof des Fürsten waren gewöhnlich sechs bis acht Pagen vorhanden. An ihrer Spitze stand der Pagenhofmeister.

Zur Förderung des gesellschaftlichen Lebens und dessen Ausgestaltung am Hofe unterhielt man eine eigene Hofmusik, die sich im Laufe des 18. Jahrhunderts großer Berühmtheit erfreute. Fürst Alexander Ferdinand konnte hier auf eine frühere Tradition am Frankfurter Hof zurückgreifen. Ausgezeichnete Musiker aus vielen europäischen Ländern wirken in dieser Zeit am fürstlichen Hof in Regensburg. Erwähnt sei vor allem der Musikdirektor Joseph Riepel. Er hat in der Musikgeschichte einen guten Namen als Theoretiker. Seit dem Regierungsbeginn des Fürsten Carl Anselm ist unter dem neuen Musikintendanten Theodor Freiherrn von Schacht ein weiterer Ausbau der Hofmusik und des Hoftheaters festzustellen. Schon am 10. Mai 1760 hat Fürst Alexander Ferdinand mit der Reichsstadt Regensburg einen Vertrag wegen Überlassung des städtischen Ballhauses am Ägidienplatz „zum Nutzen des französischen Spektakle" geschlossen. Bis zum Tode dieses Fürsten stand das neue Hoftheater unter dem Zeichen der „Comédie française". Ab 1774

folgt die italienische Oper, um 1778 auf Betreiben von Baron Berberich durch eine deutsche Schaubühne abgelöst zu werden. Dieser schließt sich von 1784 bis 1786 nochmals die italienische Oper an. Wegen Quertreibereien der hohen Gesellschaft, die ein deutsches Nationaltheater wünscht, gegen die italienische Oper gibt Fürst Carl Anselm persönlich den Befehl zur Auflösung des Hoftheaters. Von seiten verschiedener Gesandter hatte man den Plan gefaßt, ein neues großes Theater mit zwanzig Logen zu bauen, um der deutschen Bühne einen würdigen Raum zu schaffen. Der Fürst sollte sich natürlich an diesem Bau beteiligen. Er lehnt dies jedoch ab, weil das bisherige Ballhaus noch immer genug Platz geboten habe. Nicht wegen der eigenen Neigung, nur um sich Ruhe zu verschaffen, tritt Fürst Carl Anselm das Ballhaus einer deutschen Bühne ab und beteiligt sich fortan während seiner Anwesenheit in Regensburg lediglich als Platzmieter.

Die Fürsten Carl Anselm und Karl Alexander haben die Musik nicht nur gepflegt und gefördert; für sie war die Musik ein eigenes und persönliches Bedürfnis. Von Carl Anselm wissen wir, daß er sich in seinen Privaträumen ein eigenes Orgelzimmer eingerichtet hat. Von seinem Sohn Karl Alexander ist bekannt, daß der Musik seine besondere Vorliebe galt; von Interesse mag es sein, daß von ihm eigene Kompositionen erhalten sind.

Nach dem Vorbild anderer Höfe, wie etwa des Kaiserhofes in Wien, hat man ein eigenes Hetztheater eingerichtet, das von den Kreisen der Hohen Gesellschaft, aber auch vom Fürsten gerne besucht wurde. Es lag auf der gegenüberliegenden Donauseite in Steinweg, also auf bayerischem Boden. Eine Episode aus der Zeit des bayerischen Erbfolgestreites (1778) mag diese Einrichtung noch besonders beleuchten. Als der Fürst nach Steinweg fuhr, erwies ihm das österreichische Militär, das gerade Stadtamhof besetzt hielt, die Ehrenbezeigung durch Präsentieren des Gewehres; der österreichische Kommandant ließ sogar zwei Posten vor der Fürstenloge des Hetztheaters aufziehen.

Es ist verständlich, wenn die Raumverhältnisse für die zahlreichen Hofstaaten in den ersten Jahren nicht so gelöst werden konnten, wie es wünschenswert gewesen wäre. Eine bedeutende Verbesserung in diesem Zustand tritt ein, als durch einen Vertrag vom 13. August 1771 das weiträumige sogenannte Zandthaus in der Gesandtenstraße von Baron Freydl erworben wird. Das Gebäude hat in der folgenden Zeit hauptsächlich für die Unterbringung der Geheimen Kanzlei und der Hofbibliothek gedient. Nach den bestehenden Rechtsverhältnissen in der Reichsstadt Regensburg mußte dieses Anwesen nach außen hin in bürgerlichen Händen sein. Von seiten des Fürsten wurde deswegen immer ein bürgerlicher Vertreter bestellt, der gegenüber der Stadt als Eigentümer galt.

Fürst Alexander Ferdinand genoß innerhalb des Reichstages und in der ganzen Stadt hohes Ansehen und Verehrung. Dies beruhte nicht allein auf seiner Stellung als Prinzipalkommissar. Seine politischen Fähigkeiten und noch mehr seine menschlichen Qualitäten haben dazu in weitgehendem Maße beigetragen. Am 17. März 1773 ist er im Freisinger Hof im Alter von 69 Jahren gestorben. In den Abendstunden des 23. März wurde das feierliche Leichenbegängnis abgehalten und der tote Fürst in der Wolfgangskrypta bei St. Emmeram beigesetzt.

Durch zwei Jahrhunderte hatte das Haus Thurn und Taxis seine Grablege in Brüssel und zwar in der Kirche Notre Dame du Sablon. Auch im Frankfurter Dom haben in der ersten Hälfte des 18. Jahrhunderts einige Mitglieder des Hauses ihre letzte Ruhestätte gefunden. Wie eng man aber in dieser Zeit bereits mit Regensburg verbunden war, zeigt die Tatsache, daß als neue Grablege die Wolfgangskrypta in der Stiftskirche St. Emmeram ausgewählt wird, jener Kirche, in der drei Karolinger ruhen. Man dachte nicht im mindesten daran, den verstorbenen Fürsten nach Brüssel

Posthausschild der Kaiserlichen Reichspost, Mitte 18. Jahrhundert

Hochzeitsmahl in der Folge der fürstlichen Familiengobelins, 1684

oder nach Frankfurt zu überführen. Schon vor 1773 wurden Mitglieder des Hauses in der Wolfgangskrypta beigesetzt. Da ist zuerst die Fürstinmutter zu nennen, die am 20. Januar 1750 in Regensburg verstarb. Ein Jahr vor dem Fürsten Alexander Ferdinand, am 10. Juni 1772, hat seine dritte Gemahlin Maria Henriette Josepha hier ihre letzte Ruhestätte gefunden. Weiterhin ruht dort seit 1765 ein Kind (Franz Joseph) aus dieser Ehe.

Fürst Alexander Ferdinand hat sich 1731 mit der Markgräfin Sophie Christine Louise von Brandenburg-Bayreuth vermählt. Bereits als Erbprinzessin ist diese erste Frau 1739 im Alter von 29 Jahren in Brüssel verschieden und fand ihre letzte Ruhestätte in der Familiengruft bei Notre Dame du Sablon. Aus dieser Ehe entstammen fünf Kinder, von denen bis auf den Erbprinzen Carl Anselm und den Prinzen Friedrich August — er war Inhaber des Regimentes „Taxis" — alle im Kindesalter verstorben sind. Die zweite, 1745 in Paris mit Prinzessin Charlotte Louise von Lothringen geschlossene Ehe blieb kinderlos. Im Alter von noch nicht 22 Jahren starb die Fürstin auf Schloß Trugenhofen und wurde im Dom zu Frankfurt beigesetzt. 1750 schloß der Fürst in Regensburg eine dritte Ehe mit der Prinzessin Maria Henriette Josepha von Fürstenberg-Stühlingen. Von den sieben Kindern dieser Ehe — drei sind jung verstorben — sind besonders die Prinzessin Anna Elisabeth, die den Fürsten Karl Joseph Alois von Fürstenberg geheiratet hat, und der Prinz Maximilian Joseph, der Stammvater der Nebenlinie zu erwähnen.

Einige Monate nach dem Tod des Fürsten erhält der Hofbildhauer Simon Sorg den Auftrag für die Errichtung eines würdigen Grabmales in der Emmeramskirche. Die prunkvolle Anlage — 1777 wurde sie im Querhaus der Kirche errichtet — in den Formen des späten Rokoko besteht aus dunkelgrauem, rotem und weißem Marmor mit vergoldeter Bronze. Die Inschrifttafel flankieren zwei Genien und Bronzevasen. Unter dem Bekrönungsbaldachin sitzt eine Figur, den Glauben darstellend, darunter befinden sich drei Bronzewappen (Thurn und Taxis, Lobkowitz, Fürstenberg). Seitlich und unter der Inschrift sind fünf trauernde Putten angebracht. Am Sockel ist die Figur des Todes, dargestellt als Träger des Epitaphs. Das gesamte Grabmal umrahmt eine Architektur in Graumalerei mit gelb.

Schon kurz nach dem Tode seines Vaters ist Fürst Carl Anselm von seinem bisherigen erbprinzlichen Palais in St. Emmeram in den Freisinger Hof übergesiedelt. Nunmehr muß er die repräsentativen Aufgaben des Prinzipalkommissars wahrnehmen. Aus verschiedenen Hinweisen gewinnt man sogar den Eindruck, als hätte er noch mehr als Fürst Alexander Ferdinand sein Augenmerk auf eine prunkvolle Hofhaltung gelegt. Eine Tatsache ist es, daß unter Fürst Carl Anselm der größte Reichtum des Hauses Taxis erreicht wird, der jedoch ab 1790 infolge der Zeitumstände laufend abnimmt.

Am Namenstag des Kaisers, bei dem alljährlich der Prinzipalkommissar mit großem Pomp zu einem feierlichen Gottesdienst im Dom auffährt, tritt nunmehr Fürst Carl Anselm 1774 erstmals an die Öffentlichkeit. Wie kaum bei einer anderen Gelegenheit zeigt hier der Prinzipalkommissar öffentlich sein prunkvolles Zeremoniell. Die genaueste Beschreibung besitzen wir über die Auffahrt von 1774 im Zeremonialprotokoll. Ein zeitnahes Bild kann man nur aus dem direkten Wortlaut gewinnen.

„Der Zug geschahe in folgender Ordnung:

2 Einspänniger von der Stadt eröffneten solchen, diesen folgte der Hoffourier, nach selbigem kamen die 2 Lauffer, dann die ganze Livrée, alsdann die Kammerlaquais, dann die Trompeter und Paucker, nach selbigen die Hausofficianten und Musici, den Beschluß von selbigen machte der Controlleur und Haushofmeister. Hierauf kam der erste viersitzige Wagen, welcher mit 6 Braunen bespannet ware,

worinnen nach dem Rang sassen: H. Pater Beichtvatter Basse, H. Truchseß Baron von Rummel, H. Leibmedicus und Hofrat Greiff, dann der geheime Cabinetssecretaire Schiessel. In dem zweiten Wagen, so ebenfalls viersitzig und mit 6 Schimmeln bespannt war, sassen die Herren Hofcavaliers: H. Reismarschall Baron von Lassberg, Viceobriststallmeister H. Baron von Jett, H. Baron von Jaque, H. Baron von Pfetten. Im dritten zweisitzigen Wagen mit 6 Füchsen: Herr Hofmarschall Baron von Vrints, H. Obriststallmeister Baron von Westerhold. Im vierten zweisitzigen Wagen mit 6 Rappen: die 2 adeligen Herren geheimen Conferenzräthe Herr Baron von Berberich und Herr Baron von Schneid. Bei jedem dieser vorerwähnten Wägen gingen 2 Reitknechte auf beeden Seiten neben dem Zug.

Der fünfte Wagen war der Staatswagen S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii; in selbigem sassen der Herr Principal-Commissarius alleine und solcher Wagen war mit 6 Mohrenköpfen bespannet, 4 Reitknechte gingen zu beeden Seiten, vor selbigem ging der Stallmeister in Stiefel und Sporn mit aufhabenden Hut, hinter selbigem folgte der Sattelknecht, der Wagenmeister, Hofschmid und Hofsattler mit denen Hüten auf den Köpfen und spanischen Röhren. Neben dem Wagen S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii gingen 6 Pagen und 6 Heiducken, wobei die Pagen den Anfang machten und zwischen denselben allezeit 2 Heiducken eingeteilt waren. Hinter dem Wagen zur Seiten gingen der Pagenhofmeister und Kammermohr, dann beschlossen die Kammerdiener von S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii den Zug. Sowie S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius in dero Gallawagen einsteigen, wird sogleich das Zeichen in der hohen Domkirchen mit einer Glocke gegeben und eine Glocke nach der anderen abwechslungsweise angezogen, bis daß höchstdieselbe in die sogenannte Judengasse einfahren. Der Zug geschahe zum großen Thor der hochfürstl. Residenz hinaus, bei dem Quartier des Herrn Baron von Linkers vorbei, durch die Waffnergasse bis gegen das Quartier des Herrn Grafen von Saurau, allwo sich der Zug rechter Hand in die sogenannte Dominicanergassen schwenkte, von da aus gerade vorwärts bis an die neue Kirchen, von der neuen Kirchen ginge selbiger weiter rechter Hand durch die Gesandtengassen bis auf den neuen Pfarrplatz hin, allwo die bürgerliche Cavallerie links und die Stadtgarnison rechts postirt stunden. Bei Ankunft S. Hochfürstl. Durchlaucht des Herrn Principal-Commissarii machten solche ihre Ehrenbezeugungen durch Praesentierung des Gewehrs und Rührung des Spiels. Von da aus ging der Zug durch die Judengassen gerade nach dem Dom, wo bei Ankunft des Zuges alle Glocken in der Domkirchen geläutet wurden.

S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius wurden bei dem grossen Portal von sämtlichen hochwürdigen Domkapitel in Pontificalibus, dann von sämtlichen Hofräten in roten Mänteln mit dem vorausgetragenen Kapitelkreuz und Weihwasser empfangen, und der H. Domprobst oder in Abwesenheit dessen der H. Domdechant reichte S. Hochfürstl. Durchlaucht dem H. Principal-Commissario das Weihwasser; die sämtlichen Domherren begleiteten S. Durchlaucht bis an das in der Mitte des Chors bestimmte Ort. Die Dienerschaft mit Vortretung des Hoffouriers gingen mitten in der Kirchen voraus; der Hoffourier blieb bei dem zweiten Kreuz stehen, worauf sämtliche Livréebedienten links und rechts die Spalier machten. Die Hausofficianten und Musici aber gingen durch die Spalier der Livréebedienten, fingen vom zweiten Kreuz an die Spalier links und rechts bis an das Gitter des Hochaltars zu machen, worauf nach Voraustretung des Kapitelkreuzes und den domstiftischen Hofräten und Syndicis sowohl die Herren Cavalliers als diejenigen, so mitgefahren, nach der Ordnung und ihrem Rang vor Ihro Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissario hergingen und solchen

Auffahrt des Prinzipalkommissars zum Dom in Regensburg anläßlich des Namensfestes des Kaisers. Nach einem Kupferstich um 1785

bis an den Hochaltar begleiteten, innerhalb dem Gitter aber die Spalier machten und S. Hochfürstl. Durchlaucht den Herrn Principal-Commissarium bis an den von dem Domkapitel allschon vor dem Altar placirten rotsammeten Stuhl, welcher 6 Schritt rückwärts gestellet ware, samt überzogenen Kniepult, durch das hochwürdige Domkapitel begleiten liessen. Die Edelknaben gingen aber alle vor S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissario, vor dem hochwürdigen Domkapitel voraus, ausser dem Kammerpage, so höchstdenenselben nachtrate. Die Heiducken blieben vor der Kirchentür stehen und der Stallmeister nebst seinen Officianten verblieben zur Aufsicht bei denen Wägen.

Nachdem S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius sich auf dero Stuhl gesetzet hatten, so placirten sich die Domherren in ihren gewöhnlichen Chorstuhl, um dem solennen Hochamt beizuwohnen. Die sämtlichen Herren Cavaliers aber nahmen nach ihrem Rang diejenigen Stühle ein, welche sonst den Herren Domicellaren zustehen, doch so, daß man sich auf beiden Seiten so rangirte, daß man ein wenig hinter S. Durchlaucht und nicht gerade gegenüber zu stehen kame. Unter dem solennen Hochamt haben die Herren Hofcavaliers wegen Stehen, Sitzen oder Knien nichts zu observieren und die übrigen Herren Officialen konnten sich selbst nach dero Rang an ein im Chor beliebiges Ort wenden. Hinter dem Stuhl S. Hochfürstl. Durchlaucht hatte der Truchseß die Aufwartung stehender, wo hinter dem Truchseß der älteste Kammerpage und Kammermohr ihren Platz stehender hatten, und ist hiebei anzumerken, daß wann S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius was nötig hatten, als zum Exempel den Fußsack oder dergleichen, so wird solches durch den Kammerlaquai bis an das Gitter des Altars getragen, von da aus aber durch den Kammerpage abgeholet und durch selbigen S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissarius serviret, niemals aber solle ein Livréebedienter innerhalb des Gitters des Hochaltars etwas hineintragen oder selbst hineingehen. Nachdem also alles rangiret war, so nahm das Hochamt seinen Anfang, wobei 6 Edelknaben mit brennenden Torschen paradiren. Der erste Aufzug geschahe bei der Epistel und verblieben so lange allda, bis das Evangelium abgesungen ward, der zweite bei dem Offertorio, der dritte bei dem Sanctus, der vierte am Ende des Pater noster und der fünfte bei dem Te Deum laudamus, und ist hiebei anzumerken, daß bei jedesmaligen Aus- und Eingehen die gewöhnliche Salutation, zuerst gegen den Altar mit tiefem Kniebug, alsdann gegen S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissario mit halb gebogenem linken Knie gemacht wird. Sooft ein Actus unter dem Hochamt vorfället, als erstlich nach abgesungenem Evangelio, wo das Missale durch den Herrn Capellanum Imperialem oder in dessen Abwesenheit durch einen andern, als dermalen durch den Grafen von Törring, S. Durchlaucht zu küssen dargereichet wird, 2do bei dem Offertorio, wo S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius angeräuchert werden, 3tio bei dem Pax Domini, wo S. Hochfürstl. Durchlaucht das Osculum pacis gereichet wird, stehen S. Hochfürstl. Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius vom Stuhl auf und setzen sich alsdann wieder nieder; die zwei ältesten Edelknaben gehen mit brennenden Fackeln bei dieser Gelegenheit auf das Zeichen, welches Ihnen gegeben wird, mit der Geistlichkeit zu S. Hochfürstl. Durchlaucht dem Herrn Principal-Commissario hin und alsdann wieder zum Altar zurück. Die Kanonen wurden bei dem Gloria, Sanctus und Te Deum laudamus abgefeuert. Nach geendigter Ceremonie traten S. Hochfürstl. Durchlaucht den Rückzug auf die nämliche Art an und wurden ihnen die nämlichen Ehrenbezeigungen angetan, wie bei dero Ankunft. S. Hochfürstl. Durchlaucht nahmen den Rückmarsch durch die nämlichen Strassen und erhielten von der ausgerückten Cavallerie und Infanterie die nämlichen Ehrenbezeigungen. Bei Ankunft S. Hochfürstl. Durchlaucht in dero Residenz wurden höchstdieselben von dero ganzen Hofstaat, wie bei einer großen Audienz gebräuchlich, empfangen. Der Portier gab das Zeichen mit Läuten und S. Hochfürstl. Durchlaucht wurden von sämtlichen Herren Cavaliers, Ceremoniario und Pagen unten am Wagen empfangen, unten an der Stiegen stunden die 2 Lauffer und die sämtliche Livrée war von der Stiegen an bis an den Rittersaal in die Spalier gestellt, wo mit Vortretung sämtliche Pagen, des Herrn Truchseß und sämtlicher Herren Hofcavaliers S. Hochfürstliche Durchlaucht der Herr Principal-Commissarius bis durch den Rittersaal, allwo sämtliche H. Hausofficianten und Music paradirten, bis in den Audienzsaal begleitet wurden. Worauf S. Hochfürstl. Durchlaucht

der Herr Principal-Commissarius durch den Tit. von Freydl als Ceremoniario den sämtlichen Hofstaat beurlaubten, und hiemit endigte sich diese solenne Auffahrt."

Repräsentationspflichten in solchem Ausmaße, wie sie hier zutage treten, haben auf den verschiedensten Gebieten gewaltige Ausgaben erfordert. An einem besonders interessanten Beispiel können wir das beobachten. Fürst Carl Anselm gibt 1780 den Auftrag für die Anfertigung einer neuen Staatskarosse. Die Ausgaben für diesen zweisitzigen Wagen, bei dessen Herstellung auch der Hofbildhauer Simon Sorg mitgewirkt hat, belaufen sich nach Abschluß der Arbeiten auf 43 917 Gulden. Um diese Riesensumme richtig ermessen zu können, seien vergleichbar einige Jahresgehälter von fürstlichen Beamten aus dem Jahre 1781 genannt: Geheimer Rat Freiherr von Berberich 3000 Gulden, Geheimer Rat Freiherr von Schneid 2500 Gulden, Leibmedikus Kipecke 2000 Gulden, Hofrat Müller 1500 Gulden.

Die Staatskarosse wurde als Achterzug gebaut. Der Prinzipalkommissar fuhr also bei besonderen feierlichen Anlässen achtspännig, um den Kaiser würdig zu repräsentieren. Allein der Pferdebestand im fürstlichen Marstall wird zu dieser Zeit mit 94 angegeben, wobei aber der Oberstallmeister den Bedarf mit 100 beziffert. Dr. Ernst Wilhelm Martius schreibt in seinen Lebenserinnerungen über Regensburg und insbesondere über den Hof des Prinzipalkommissars:

„Ich hatte mich nicht blos einer freundlichen und ehrenvollen Behandlung zu erfreuen, sondern bekam in der alten Reichsstadt, wo sich der Reichstag befand, gar manches Interessante zu sehen. Die Vereinigung von vielen Gesandtschaften, nicht blos der deutschen Reichsstände, sondern aller europäischen Großmächte verbreitete Luxus und Wohlstand über die Stadt. Das deutsche Reich entfaltete hier in den Hofhaltungen der Diplomaten noch einen besonderen Glanz. Vorzüglich entwickelte der Fürst von Thurn und Taxis, Karl Anselm, als kaiserlicher Principal-Commissarius, bei feyerlichen Anlässen einen ungewöhnlichen Reichthum und eine Pracht, dergleichen ich früher noch nicht gesehen hatte. Am Namenstage des Kaisers Joseph hielt er eine feyerliche Auffahrt in den Dom. Er trug bei diesem Anlaße die prächtige Tracht eines Granden von Spanien, schwarzseidenen Mantel, Agraffe und Knöpfe reich von Brillanten, und saß in einer von acht Rossen gezogenen Staatskutsche, welche mit dem Pferdegeschirre von karmoisinroter Seide, stark mit Gold durchwirkt, 80 000 Gulden gekostet hatte."

Das „Innere Palais" bei St. Emmeram wird seit 1773 nur noch allgemein für Hofzwecke verwendet. 1791 richtet man es wieder als Palais für den Erbprinzen Karl Alexander und die Erbprinzessin Therese ein. Zu diesem Zweck werden vom Reichsstift St. Emmeram sogar noch weitere Räume hinzugewonnen.

Ein Jahr später trifft das Fürstliche Haus in Regensburg ein schweres Brandunglück. Am 6. Mai 1792 bricht im Dachstuhl der Residenz des Prinzipalkommissars am Emmeramsplatz, also im Freisinger Hof, ein Feuer aus, das innerhalb von 36 Stunden das gesamte Gebäude zerstört. Lediglich die ausgebrannten Fassaden bleiben stehen. Die wertvolle Einrichtung kann zum größten Teil gerettet werden, allerdings mit beträchtlichen Beschädigungen. In Öl getränkte Illuminationsgegenstände, die seit Jahren auf dem Dachboden gelagert wurden, sollen sich selbst entzündet und den Brand verursacht haben.

Unmittelbar nach dem Brand muß in aller Eile geklärt werden,wo nunmehr der Fürst in Regensburg seine Residenz aufschlagen solle. Verschiedene Gebäude werden in der Stadt besichtigt und dem Fürsten Vorschläge unterbreitet. Es ergibt sich, daß ein Gebäude des Reichsstiftes St. Emmeram, das unmittelbar westlich des Freisinger Hofes am Emmeramsplatz liegt, für diese Zwecke am meisten geeignet ist. Am 16. Mai 1792 wendet sich der Fürst von Schloß Trugenhofen aus an den Fürstabt von St. Emmeram und bittet ihn in seiner großen Verlegenheit, in die er durch den

Brand seines Palais gekommen sei, ihm das Gebäude, das bisher der Gesandte von Kurtrier bewohnt hat, mietweise zu überlassen. Mit Schreiben vom 18. Mai gibt Fürstabt Coelestin Steiglehner seine Zustimmung und ist auch bereit, die dort eingebauten Getreidekästen zu räumen und neue zu bauen.

Der fürstliche Baudirektor Joseph Sorg, der Sohn des bereits erwähnten Hofbildhauers, beginnt nun mit größter Eile mit dem Umbau dieses Gebäudes. Die Baumaßnahmen sind so weitgehend, daß der Emmeramer Fürstabt später schreibt: Es sei „das ganze Gebäude so verändert, daß nun kaum eine andere Herrschaft, als ein Fürst Taxis, der noch viele andere Gebäude bewohnt, darin wohnen könne". Der Fürst Thurn und Taxis läßt sich demnach dieses Haus zu einer Residenz umgestalten, die den in Regensburg gegebenen Verhältnissen gerecht wird. Die gesamten Bauarbeiten wie auch die Vorkehrungen für die reiche Innenausstattung werden mit solcher Schnelligkeit vorangetrieben, daß Fürst Carl Anselm die neue Residenz bereits am 5. November beziehen kann, um seinen hohen Pflichten beim Reichstag nachzukommen.

Nicht nur Freude über das fertige Werk, sondern auch der Kennerblick der hochgebildeten Frau spricht aus der Beschreibung der Erbprinzessin Therese in einem Brief an ihren Bruder, den Großherzog Georg von Mecklenburg-Strelitz, vom 8. November über die Prunkräume des eben fertiggestellten neuen Palais ihres Schwiegervaters. Voller Bewunderung schildert sie die prachtvolle Ausstattung eines jeden Salons. Insgesamt enthält das neue Palais 54 Räume. Im zweiten Obergeschoß liegen die von der Erbprinzessin beschriebenen Prunkräume und die Privatgemächer des Fürsten Carl Anselm, zusammen 16 Räume. Dazu gehören vor allem der große Tafelsaal mit einem kleinen Vorzimmer, das gelbe Zimmer, das grüne Gesellschaftszimmer, das blaue Gesellschaftszimmer, das Cabinet, das Audienzzimmer mit dem Baldachin und dem Bild des Kaisers, das Cabinet des Fürsten, das Orgelzimmer und das Glaszimmer am Saal. Das erste Obergeschoß umfaßt 21 Zimmer, unter denen besonders vier Gästezimmer mit grüner, gelber, blauer und roter Ausstattung sowie das Bilderzimmer hervorragen.

Vom Umbau des Jahres 1792 hat sich an diesem Gebäude, das heute Sitz der Regierung der Oberpfalz ist, die stuckierte Fassade, eine klassizistische Schöpfung, noch erhalten. Die Fenster haben im ersten Obergeschoß Brüstungen mit Rosetten im Feld und gerade Verdachungen auf kannelierten Flachkonsolen. Im zweiten Obergeschoß sind die Brüstungen mit ausgeschnittenen Feldern gebildet.

Im Inneren führt zu den ehemaligen Gesellschaftsräumen des Fürsten Carl Anselm eine dreiarmige Podesttreppe mit Flachbalustraden aus Eichenholz. Am Treppenaustritt im Obergeschoß befinden sich zwei große klassizistische Vasen mit bacchischen Reliefszenen. Von der Ausstattung des Jahres 1792 ist insbesondere noch der Saal an der Ostseite zum Emmeramsplatz erhalten. Er nimmt die gesamte Tiefe des Flügels ein und erstreckt sich auf sechs Fensterachsen. Die Ecken sind abgerundet, so daß sich eine gewisse ovale Form ergibt, wie schon die Erbprinzessin Therese in ihrer Schilderung angedeutet hat. Die Wände werden durch kannelierte korinthische Pilaster gegliedert. Darüber befindet sich ein Gesims mit ornamentiertem Fries, das mit Vasen, Genien und Früchtenfestons geziert ist. An den Schmalseiten sind gegiebelte Portale eingebaut, flankiert von korinthischen Doppelsäulen, die ein Architrav tragen. Dieses zeigt jeweils eine Inschrift, im Süden: INAUG. NONIS NOV MDCCXCII; im Norden: APOLLINI ET CONVIVIIS. Am 5. November 1792 müßte demnach der Saal seine Vollendung erhalten haben. An den Ecken befinden sich oben Rundmedaillons mit der Darstellung der vier Jahreszeiten. Darunter ist jeweils an der Westseite eine Türe angebracht. Die Wandpfeiler sind mit langen Schmalspiegeln belegt; unter ihnen stehen Pfeilertische in Dreifußform.

Fürst Carl Anselm von Thurn und Taxis
(1733—1805)

Ausstattung und Form der übrigen Räume lassen sich heute nur noch teilweise erkennen. Durch verschiedene Umbauten seit dem 19. Jahrhundert wurden insbesondere größere Zimmer abgeteilt.

Die Pläne für diesen großzügigen Umbau und die reiche Ausstattung hat sicherlich der fürstliche Baudirektor Joseph Sorg geschaffen. Die Stukkaturen und die Bildhauerarbeiten dürften vermutlich von dem Regensburger Bildhauer Christoph Ittelsberger stammen.

Im Spätherbst des Jahres 1792 hat also Fürst Carl Anselm sein neues Palais am Emmeramsplatz bezogen. Nun galt es aber, die offene und auch schwierige Frage um den Freisinger Hof zu klären. Um allen Schwierigkeiten wegen einer Brandentschädigung zu entgehen, wird nach längeren Verhandlungen in einem Vertrag mit dem Hochstift Freising vom 17. Februar 1794 die Brandstätte um 22 000 Gulden angekauft. Gleichzeitig beginnen die Planungen für einen großzügigen Neubau, wozu der fürstlich Fürstenbergische Baudirektor Valentin Lehmann in Donaueschingen Entwürfe liefert. Man denkt an einen Verwendungszweck als Geheime Kanzlei, Regierung und Hofbiliothek. Daneben besteht auch der Plan für ein herrschaftliches Palais. Bereits wird die Baugrube ausgehoben und Baumaterial herbeigeschafft, aber der endgültige Baubeginn verschiebt sich Jahr um Jahr. In einem Vertrag vom Jahr 1804 geht schließlich die Brandstätte um den Kaufpreis von 3000 Gulden an den Kurerzkanzler Carl von Dalberg über. Erst unter Dalberg entsteht ein Neubau nach den Plänen von d'Yrigoien.

Man darf sich nicht wundern, wenn das geplante Bauvorhaben beim Freisinger Hof trotz mehrerer Anläufe nicht zur Ausführung kam. Seit dem letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts hat sich die wirtschaftliche Lage des Fürstlichen Hauses durch die Französische Revolution und deren Folgen laufend verschlechtert. Schon 1790 gingen die Posten in den aufrührerischen Provinzen Brabant und Flandern verloren. Die Lage verschlechterte sich von Jahr zu Jahr mit dem weiteren Vordringen der französischen Truppen. Die Posteinnahmen aus den westlichen Gebieten, die ergiebigsten der gesamten fürstlichen Posten, wurden laufend geringer. Noch vor der Jahrhundertwende hat sich die wirtschaftliche Lage des Hauses bereits so zugespitzt, daß die Hauptrechnungen mit einem Defizit abschließen. Zu berücksichtigen bleibt weiterhin, daß die Wellen der kriegerischen Ereignisse auch schon Regensburg erreichen. Es beginnen die Flüchtungen des fürstlichen Hofes. Für eine so aufwendige Baumaßnahme war also die denkbar ungünstigste Zeit.

Andererseits wird man fragen, warum der Fürst Thurn und Taxis nicht schon Jahrzehnte zuvor in Regensburg ein eigenes Palais errichtet hat. Man mag sich verwundern, daß immer nur von kostspieligen Baumaßnahmen in gemieteten Gebäuden die Rede ist. Sicherlich wäre, um es mit heutigen Begriffen auszudrücken, der Bau einer eigenen Residenz wirtschaftlicher gewesen. Die Frage der Finanzierung hätte bei dem damaligen Reichtum des Hauses — in den Rechnungen finden sich jährlich erhebliche Überschüsse — überhaupt keine Rolle gespielt. Der Grund, warum dies nicht geschehen ist, liegt ganz einfach in den damaligen rechtlichen Verhältnissen innerhalb der Reichsstadt Regensburg. Der Fürst konnte hier keinen Grund und Boden erwerben. Der Rat der Stadt hätte nie zugelassen, daß sich ein Reichsstand innerhalb seiner Mauern niederläßt. Ein Ausweg wäre hier lediglich auf dem Wege möglich gewesen, daß der Fürst ein sogenanntes Freihaus erworben hätte.

Bestrebungen in dieser Richtung haben am fürstlichen Hofe auch bestanden. Man dachte bereits früher an den Erwerb des Freisinger Hofes, der Freihaus war und den

Ansicht des Monumentes für Fürst Carl Anselm in der Allee zu Regensburg. Nach einem Kupferstich aus dem Jahre 1808

man bereits in Miete hatte. Die Verhandlungen blieben aber von vorne herein zum Scheitern verurteilt, nachdem das Hochstift Freising immense Forderungen stellte, vor allem wegen des vorhandenen Rechtes als Freihaus. Umgekehrt haben sicherlich auch die Überlegungen mitgespielt, daß man letzten Endes nicht wußte, wie lange Regensburg Sitz des Fürstlichen Hauses sein und bleiben sollte.

Zwei wichtige Schöpfungen, die auf Fürst Carl Anselm während seiner Wirkungszeit als Prinzipalkommissar am Reichstag in Regensburg unmittelbar zurückgehen, dürfen in diesem Zusammenhang nicht übersehen werden: die Einrichtung der fürstlichen Hofbibliothek im Jahre 1773 und die Stiftung der Allee um den Gürtel der Altstadt Regensburg.

Unmittelbar nach seinem Regierungsantritt befiehlt Fürst Carl Anselm die Einrichtung einer Fürstlichen Bibliothek, die öffentlich zugänglich sein soll. Den Grundstock bilden kleinere Büchersammlungen des Hauses in Brüssel und Frankfurt sowie besonders die Privatbibliothek des Fürsten Alexander Ferdinand. Die Büchersammlung dieses Fürsten umfaßte etwas über 2300 zum Teil sehr wertvolle Bände. Unter der sorgfältigen Pflege oberster Verwaltungsbeamter, so der Geheimen Räte Baron von Berberich und Graf Westerholt, wird der Grundstock der Bibliothek sehr früh durch Ankäufe größerer und gut aufgebauter Privatsammlungen systematisch erweitert. Als Beispiele seien nur die Bibliotheken des Ingolstädter Juristen und Münchener Akademiemitgliedes Freiherrn von Ickstatt (1777) und des Helmstedter Historikers Professor Häberlin (1788) erwähnt. Unter Einbeziehung von über 21 300 Dissertationen soll die Hofbibliothek 1782 bereits etwa 46 000 Bände sowie über 7300 Kupferstiche umfaßt haben. Das von dem fürstlichen Bibliothekar Albrecht Christoph Kayser entwickelte Aufstellungssystem ist wie seine bibliotheks-theoretische Veröffentlichung „Über die Manipulation bey der Einrichtung einer Bibliothek“ (Bayreuth 1790) in die allgemeine Bibliotheksgeschichte eingegangen.

F. K. G. Hirsching räumt in seinem „Versuch einer Beschreibung sehenswürdiger Bibliotheken Teutschlands“ (3. Bd., Erlangen 1788) der „Fürstlich Thurn und Taxisschen öffentlichen Bibliothek“ allein 46 Seiten ein. Er ist voll des Ruhmes über die herrlichen Werke, die er hier vorfindet. Des Bibliothekstifters Fürst Carl Anselm gedenkt er mit den Worten: „Seinem großen fürstlichen Herzen, dessen Güte allgemein und unbezweifelt geliebt und verehrt wird, hat Regensburg auch dieses Denkmal fürstlicher Güte, diese gemeinnützige Anstalt zu danken.“

Am 12. April 1779 läßt Fürst Carl Anselm bei der Stadt den Antrag einbringen, daß er um die mittelalterlichen Befestigungsanlagen von Regensburg eine Allee errichten wolle. Sie solle angelegt werden „zum Nutzen und Vergnügen der hiesigen Inwohnerschaft“ sowie auch „zur Zierde der Stadt und zur Gesundheit der Einwohnerschaft“. Der Fürst wünscht „ein dauerndes Denkmal zu hinterlassen“, so drückt er sich selbst aus. Am 17. Mai 1779 beginnen die Arbeiten; 1781 ist die Anlage im wesentlichen vollendet.

Fürstprimas Carl von Dalberg als neuer Herr von Regensburg wußte dieses große große Werk des Fürsten Carl Anselm zu schätzen. Schon ein Jahr nach seinem Tod ließ er ihm, dem Schöpfer der Allee, 1806 ein vornehmes Denkmal in Form eines Obelisken nach den Plänen d'Yrigoiens errichten.

Die Besitzungen in Schwaben

Mit der Regierung des Fürsten Anselm Franz beginnt die Periode der großen Landerwerbungen durch das Fürstliche Haus Thurn und Taxis auf deutschem Boden. Schon der Vater, Fürst Eugen Alexander, hat dieser Hauspolitik die Richtung gewiesen, wenn es ihm auch selbst nicht mehr vergönnt war, sich im Reiche fürstenmäßig anzukaufen.

Nur durch entsprechenden Landerwerb konnte die Aufnahme des Fürstlichen Hauses in den Reichsfürstenrat ermöglicht werden, was seit der Erhebung in den Reichsfürstenstand im Jahre 1695 eine der großen Hauptaufgaben sein mußte. Durch Vertrag vom 19. August 1723 kauft Fürst Anselm Franz von dem Grafen Gottfried Anton Dominik von Grafenegg die Reichsherrschaft Eglingen mit dem Weiler Osterhofen um 191 500 Gulden. Auf Grund dieser Erwerbung erfolgt am 28. März 1726 die Aufnahme auf die Grafen- und Herrenbank des Schwäbischen Kreises. Von Marquard Willibald Schenken von Castell erwirbt der Fürst durch Kaufvertrag vom 19. August 1734 den Markt Dischingen und das Schloß Trugenhofen um 150 000 Gulden. Hierzu erfolgt ein Jahr später durch Kaiser Karl VI. die Belehnung mit dem Blutbann zu Dorf und Markt Dischingen. Das Schloß Trugenhofen, seit 4. Juli 1819 Schloß Taxis genannt, wird bereits seit diesem Zeitpunkt die beliebte Sommerresidenz der fürstlichen Familie. Abschließend gelingt dem Fürsten Anselm Franz noch der Ankauf der Herrschaft Duttenstein mit den Dörfern Demmingen und Wagenhofen vom Grafen Eustachius Maria von Fugger durch Kaufvertrag vom 27. November 1735. Als erstaunlich kann man es bezeichnen, daß diese Erwerbungen möglich waren, ohne an die von Fürst Eugen Alexander in Aussicht genommene Veräußerung niederländischer Besitzungen denken zu müssen.

Fürst Alexander Ferdinand setzt die Bemühungen seines Vaters um Aufnahme in den Reichsfürstenrat mit großer Energie fort. Er vermehrt den Landbesitz des Hauses durch die Erwerbung des Dorfes Trugenhofen (erkauft durch Vertrag vom 3. Oktober 1741 von dem Freiherrn Albert Sebastian von St. Vincent um 38 000 Gulden) sowie des Rittergutes und der Herrschaft Ballmertshofen (erkauft durch Vertrag vom 20. Mai 1749 vom Freiherrn Johann Rupert von St. Vincent um 72 000 Gulden).

Am 2. Juli 1744 wandelt Kaiser Karl VII. das Reichspostgeneralat in ein Thron- und Fahnenlehen um. Fürst Alexander Ferdinand hat sich darum sehr bemüht, um auf Grund dieses Thronlehens Sitz und Stimme im Reichsfürstenrat zu erlangen. Dies löst freilich zahlreiche Proteste von Reichsständen aus. Erst nach vielen Verhandlungen und nachdem der Fürst versprochen hatte, möglichst bald „zu fürstenmäßigen Land und Leuten" zu gelangen, erfolgt am 30. Mai 1754 endgültig die Aufnahme in den Reichsfürstenrat. Der Beitrag zu den gemeinen Reichsanlagen mit 76 Gulden (= 3 Mann zu Pferd und 10 zu Fuß) als Simplum eines Römermonats wird als genügend angesehen. Trotzdem protestieren auch weiterhin noch verschiedene Reichsstände gegen den Aufruf und die Abstimmung des fürstlichen Gesandten im Reichstag.

Fürstenmäßiger Besitz war natürlich nicht einfach zu finden, noch weniger zu erwerben. Volle drei Jahrzehnte mußte man danach suchen. Erst nach mehrjährigen Verhandlungen gelingt dem umsichtigen Fürsten Carl Anselm der Ankauf der Graf-

Schloß Trugenhofen, seit 1819 Schloß Taxis genannt. Ansicht aus der Mitte des 19. Jahrhunderts

schaft Friedberg nebst den Herrschaften Scheer, Dürmentingen und Bussen von den Reichserbtruchsessen Grafen von Waldburg um 2 100 000 Gulden. Diese enorm hohe Summe schien nur vertretbar, weil es dem Fürsten darum ging, „daß dessen im Reichsfürstenrate erworbenes Sitz- und Stimmrecht, der an kayserliche Majestät und das Reich aufgenommene reversmäßigen Verbindlichkeit zufolge durch Erwerbung eines hierzu geeigneten fundi mehr befestigt und gesichert werde". Selbst die Verkäufer sprechen von einem „die scheerischen Einkünfte in so großem Übermaß vergütenden Kauf". Die Übergabe wird am 27. Juli 1786 im Schlosse zu Scheer vorgenommen; am 24. August erfolgt die Huldigung der Untertanen.

Der zwischen den Reichserbtruchsessen und dem Fürsten von Thurn und Taxis abgeschlossene Kauf erhält am 16. Juli 1787 von Kaiser Joseph II. seine Bestätigung. Am gleichen Tage wird die bisherige Grafschaft Friedberg nebst den Herrschaften Scheer, Dürmentingen und Bussen „zu einer des heiligen römischen Reiches freien, unmittelbaren, gefürsteten Grafschaft unter dem Namen und Prädikat Friedberg-Scheer" erhoben und am 5. November 1787 dem Fürsten zu Lehen gegeben. Diese Erwerbung erkennt der Reichstag als fürstenmäßigen Besitz an. In der Reichstagssitzung vom 7. Juni 1793 wird die Legitimation des fürstlichen Gesandten erstmals ohne Anstand angenommen.

Mit der kaiserlichen Belehnung ist zugleich noch eine Wappenmehrung verbunden. Das bisherige fürstliche Wappen erhält nach unten zwei neue Felder und zwar in einem silbernen Feld eine Tuchschere (Scheerisches Wappen) sowie in einem goldenen Feld ein roter Löwe (Friedbergisches Wappen).

Schloß Scheer, nach einem Stahlstich aus dem Jahre 1835

Durch die Grafschaft Friedberg-Scheer hat das Fürstliche Haus Thurn und Taxis in Oberschwaben Fuß gefaßt. Fürst Carl Anselm ist jedoch noch weiter auf die Vermehrung dieses Besitzes bedacht. So erwirbt er im Jahre 1786 von der kaiserlichen Administrationskommission in der Debetsache der Freiherrn von Siergenstein die Lehen- und Allodialgüter zu Dunstelkingen um 27 000 Gulden. Mit Vertrag vom 4. September 1789 folgt der Kauf der Herrschaft Grundsheim mit Willenhofen von dem Reichsgrafen Ferdinand Ernst von Bissingen-Nippenburg um 150 000 Gulden. Vom Freiherrn Marquard von Hornstein kauft der Fürst am 22. Juli 1790 die Reichsherrschaft Göffingen um 275 000 Gulden. Freiherr Wilhelm von Stotzingen tritt mit Kaufvertrag vom 16. August 1790 die reichsritterschaftliche Herrschaft Heudorf um 405 000 Gulden ab.

Die bedeutsamste Vermehrung des Thurn und Taxisschen Besitzes in Schwaben bringt der Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803. „Zur Schadloshaltung für die Einkünfte der Reichsposten in den an Frankreich abgetretenen Provinzen" erhält der Fürst: „das gefürstete Damenstift Buchau — dazu gehört auch die Herrschaft Straßberg — nebst der Stadt, die Abteyen Marchthal und Neresheim, das zu Salmannsweiler gehörige Amt Ostrach im ganzen Umfang seiner gegenwärtigen Verwaltung mit der Herrschaft Schemmerberg und den Weilern Tiefenhülen, Frankenhofen und Stetten". In fürstlichen Besitz gehen damit auch die Klöster Ennetach und Sießen über, die in der Grafschaft Friedberg-Scheer liegen.

Noch vor der Verabschiedung des Reichsdeputationshauptschlusses in seiner endgültigen Fassung werden die als Entschädigungslande vorgesehenen Gebiete provisorisch in Besitz genommen. Das Haus Thurn und Taxis muß sich beeilen, wenn ihm nicht Baden, Bayern oder Württemberg zuvorkommen sollten. Graf Westerholt erscheint im Auftrag des Fürsten am 8. September 1802 in Buchau und am 4. Oktober in Obermarchtal. Die Stiftsdamen in Buchau sind bestürzt, in Obermarchtal dagegen ist man über die neue Herrschaft beinahe erfreut. Die Zivilbesitznahme folgt im Dezember, die Erbhuldigung dagegen erst im Sommer 1804.

Nicht nur eine Besitzmehrung hat freilich das Jahr 1803 gebracht, verbunden damit ist zugleich in gewissem Sinne eine weitere Standeserhöhung. Gemäß § 32 des Reichsdeputationshauptschlusses erhält nämlich der Fürst Thurn und Taxis den weiteren Titel eines Fürsten von Buchau mit einer neuen Virilstimme im Reichsfürstenrat. In der Aufrufordnung im Reichstag nimmt nunmehr das Haus Thurn und Taxis den 99. und jetzt dazu noch den 113. Platz ein. Zu erwähnen bleibt weiterhin, daß ab 1803 auch die Titel eines Grafen von Marchtal und Neresheim hinzukommen.

Man ist von seiten des Fürstlichen Hauses mit dieser Entschädigung nicht unzufrieden, wenn auch der Verlust der Post in den linksrheinischen Gebieten als sehr

Reichsstift Buchau nach einem Kupferstich aus dem Stiftskalender von 1757. Seit 1803 fürstlich Thurn und Taxissches Schloß

schmerzlich empfunden wird. Schon am 29. Dezember 1797 hat Erbprinzessin Therese an ihren Bruder geschrieben: „Was das Haus Taxis bei dem Verlust des linken Rheinufers verliert und was es bei der bevorstehenden Verteilung und Zergliederung verlieren kann, ist unaussprechlich, gewiß über dreiviertel Teile seiner Einkünfte.“ Die Höhe der Entschädigung sieht man nicht als ausreichend an, man tröstet sich aber mit der günstigen Lage der erworbenen Gebiete. Sie bringen eine Abrundung des Besitzes einerseits im Süden um Friedberg-Scheer und andererseits im Norden um Trugenhofen und Dischingen.

Weitere, wenn auch geringfügige Besitzabrundungen bieten sich wenige Jahre später an. Noch kurz vor seinem Ableben kauft Fürst Carl Anselm am 28. Februar 1805 vom Fürsten Georg Karl von Metternich-Winneburg die Herrschaft Ober- und Untersulmentingen um 410 000 Gulden. Im Jahre 1809 erwirbt der Nachfolger, Fürst Karl Alexander, um 45 000 Gulden vom Freiherrn Johann Anton von Freyberg die Herrschaft Öpfingen mit den dazugehörigen Besitzungen in Niederhofen, Unter- und Obergriesingen. Als letzte größere Erwerbung in Schwaben, die im Jahre 1835 zustande kommt, ist schließlich die Herrschaft Rechtenstein zu nennen; mit Ausnahme der Waldungen wird diese aber bereits 1869 wieder veräußert.

Abgesehen von dem niederländischen Besitz lag die wirtschaftliche Kraft des Hauses Thurn und Taxis bis zur Erhebung in den Reichsfürstenstand fast nur im Postwesen. Die Fürsten des 18. Jahrhunderts haben diese Struktur durch laufende Landankäufe und schließlich auch durch Entschädigungslande in Schwaben weit-

Reichsstift Obermarchtal um 1770. Seit 1803 fürstlich Thurn und Taxissches Schloß

Reichsstift Neresheim 1792. Seit 1803 fürstlich Thurn und Taxissches Schloß

gehend verändert. Damit wurden die Voraussetzungen geschaffen, daß die großen Umwälzungen, die das 19. Jahrhundert bringen sollte, gut gemeistert werden konnten. Allein die Riesenbeträge, die unter den Fürsten Anselm Franz, Alexander Ferdinand und Carl Anselm für Kaufgeschäfte aufgewendet wurden, zeigen sehr deutlich, welches Ausmaß die wirtschaftliche Kraft des Hauses im 18. Jahrhundert erreicht hat. Die Grundlage dafür bot die Post, deren Netz immer stärker ausgebaut werden konnte, was umgekehrt eine laufende Mehrung des Einkommens gebracht hat.

Kurz vor dem Ausbruch der Französischen Revolution hat die Thurn und Taxis-Post den höchsten Stand ihrer Blüte erreicht. Von den Ufern der Schelde bis zu den Niederungen der Elbe, von der Nord- und Ostsee bis zu den Alpen, vom Rhein bis zum Thüringer- und Böhmerwald erstreckt sich dieses Netz. In den wirtschaftlich betriebsamsten Gebieten des Reiches und der österreichischen Niederlande entwickelt sich durch die zentrale Lage in Mitteleuropa ein starker Durchgangsverkehr von Ost nach West sowie von Nord nach Süd, was dem Postbetrieb des Hauses Thurn und Taxis sehr zugute kommt.

Goethe erkennt beispielsweise „die durchgreifende Schnelligkeit der Taxisschen Posten, die Sicherheit des Siegels, das leidliche Porto" ausdrücklich an. Dabei steht fest, daß die Thurn und Taxis-Post im Verhältnis die billigsten Portosätze im Vergleich zu anderen Postverwaltungen erhob. Noch kurz vor 1806 kostete ein einfacher Brief auf der Taxisschen Reichspost von Nürnberg nach Hamburg, also auf einer Strecke von 70 Meilen, nur 12 Kreuzer. Für einen einfachen Brief auf der nur 56 Meilen langen Strecke von Nürnberg nach Berlin wurden dagegen auf Taxisscher und brandenburgischer Post 27 Kreuzer erhoben. Leitete man diesen Brief aber über Leipzig, so daß drei verschiedene Postherren (Taxis, Kursachsen, Kurbrandenburg) beteiligt waren, dann betrug das Porto 35 Kreuzer. Von Mannheim kostete ein einfacher Brief bis Hamburg oder Trient nur 12 Kreuzer, ein doppelter 16 Kreuzer, ein einfacher bis Wetzlar oder Marburg 6 Kreuzer, bis Kassel 10 Kreuzer. Das niedrige Porto ergibt sich dadurch, daß diese Briefe nur durch die Taxissche Post befördert wurden. Für einen Brief von Hamburg bis an den Bodensee, also über 100 Meilen, der ausschließlich auf der Taxisschen Post lief, wurden nur 16 bis 18 Kreuzer Porto erhoben.

Fürst Carl Anselm schließt 1784 mit Bayern einen Vertrag, in dem die Verhältnisse dieses Staates zur Reichspost wiederum geregelt und vor allem Bestimmungen über das „Postfreitum" getroffen werden. Sieht man von dem niederländischen Postgebiet ab, so besteht im Jahre 1787 das deutsche Reichspostgeneralat aus folgenden 22 Taxisschen Oberpostämtern beziehungsweise Dirigierenden Postämtern: Augsburg, Bremen, Braunschweig, Duderstadt, Erfurt, Frankfurt am Main, Freiburg, Hamburg, Hildesheim, Köln, Koblenz, Lübeck, Mainz, Maaseik, Mannheim, München, Münster, Nürnberg, Paderborn, Regensburg, Ulm, Würzburg.

Die verhängnisvolle Zeit beginnt für das Fürstliche Haus und auch seine Post mit der Französischen Revolution. Schon 1790 geht die Post in den aufrührerischen Provinzen Brabant und Flandern verloren. Gleichzeitig heben Hannover und Braunschweig die Reichspost in ihrem Gebiet auf. In Braunschweig hatte neben der Reichspost auch eine braunschweigische Post bestanden. Im Jahre 1794 beschlagnahmen die Franzosen die niederländischen Besitzungen Braine-le-Château und Haut-Ittre. Die Lage verschlechtert sich von Jahr zu Jahr mit dem weiteren Vordringen der französischen Truppen. Die schwäbischen Besitzungen werden durch den Krieg verwüstet. Im März 1799 befindet sich das Hauptquartier Jourdans in Friedberg. Im folgenden Jahr muß eine Kontribution von 76 489 Franken aufgebracht werden. Den größten Verlust muß das Fürstliche Haus durch die Abtretung der linksrheinischen Gebiete im Frieden von Lunéville (9. Februar 1801) hinnehmen. Mit der Überlassung dieser Länder an Frankreich fällt auch die dortige Reichspost

an diesen Staat. Dafür erhält das Haus Thurn und Taxis durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 eine Entschädigung durch Übergabe jenes schwäbischen Landbesitzes, worüber oben schon näher gesprochen wurde.

Im Artikel 13 des Reichsdeputationshauptschlusses ist folgende Bestimmung zum Schutz der fürstlichen Posten getroffen: „Übrigens wird die Erhaltung der Posten des Fürsten von Thurn und Taxis, sowie sie konstituiret sind, garantiert. Demzufolge sollen die gedachten Posten in dem Zustande erhalten werden, in welchem sie sich ihrer Ausdehnung und Ausübung nach zur Zeit des Lunéviller Friedens befanden. Um diese Anstalt in ihrer ganzen Vollständigkeit, so wie sie sich im besagten Zeitpunkte befand, desto mehr zu sichern, wird sie dem besonderen Schutze des Kaisers und des kurfürstlichen Kollegiums übergeben."

Diese Bestimmung wurde freilich nie durchgeführt. Schon am 23. Mai 1802 hat Preußen in Paris mit Frankreich einen Vertrag geschlossen, nach dem Preußen für die abgetretenen linksrheinischen Gebiete folgende neuen Lande zufallen sollen: Geldern, Cleve, Moers, die Hochstifte Hildesheim, Münster (zum Teil) und Paderborn, das Eichsfeld, das kurmainzische Erfurt, die Städte Goslar, Mühlhausen und Nordhausen sowie die Reichsabteien Quedlinburg, Elten, Essen und Werden, außerdem Herford und Kappenberg. Preußen nahm diese neuen Gebiete sofort in Besitz und riß sogleich die dortigen Reichsposten an sich. Alle Beschwerden des Fürsten gegen diese Maßnahme blieben ergebnislos.

Fürst Carl Anselm darf in seinen letzten Lebensjahren nach dem Reichsdeputationshauptschluß nochmals etwas ruhigere Zeiten erleben. Nach der Entschädigung durch die schwäbischen Lande kann man wieder mit etwas mehr Zuversicht in die Zukunft sehen. Man trifft Vorbereitungen für die Übersiedlung der fürstlichen Regierung und auch der Hofhaltung von Regensburg nach Schwaben. Buchau ist als Regierungssitz, Obermarchtal als fürstliche Residenz ausersehen. Der Baudirektor Sorg hat alle Hände voll zu tun, um die Gebäude des bisherigen Prämonstratenser-Reichsstiftes Obermarchtal entsprechend umzugestalten und einzurichten. Eine Verlegung von Hofhaltung und Regierung ist schon deshalb naheliegend, weil Fürst Carl Anselm bereits 1797 die Würde des Prinzipalkommissars an den Erbprinzen Karl Alexander übertragen ließ und selbst Schloß Trugenhofen als Wohnsitz bevorzugte.

Auch in Regensburg machen sich die etwas ruhigeren Zeiten bemerkbar. Es ist bezeichnend, daß durch Kaufvertrag vom 3. Dezember 1804 das alte Ballhaus am Ägidienplatz um 2000 Gulden erworben wird. Man benötigte es nicht mehr als Theater, nachdem der neue Landesherr von Regensburg, Kurerzkanzler von Dalberg, dafür ein neues Gebäude errichtete. Zugleich ist daraus zu ersehen, daß die alten Einschränkungen in der ehemaligen Reichsstadt gefallen sind und der Fürst nunmehr Grund und Boden erwerben konnte. Durch zwei weitere Verträge vom 24. Juli 1805 werden die Stadtbefestigungen bei St. Emmeram angekauft. Der eine Vertrag bezieht sich auf die Emmeramer Bastei, Turm Nr. XXX sowie die zugehörigen Kommunikationsgänge und die Stadtmauer, Kaufpreis 1692 Gulden. Der weitere Vertrag hat den Vormundschaftszwinger, das Emmeramer Torwerk, den Kriegszwinger und den Turm Nr. XXXI zum Gegenstand; 8000 Gulden werden dafür bezahlt. Die Beweggründe für die Ankäufe lassen sich leicht erraten. Dadurch konnte der Erbprinz und Prinzipalkommissar bei seinem „Inneren Palais" in St. Emmeram mehr Bewegungsfreiheit durch einen Garten gewinnen. Durch diesen Ankauf werden letzthin auch die Voraussetzungen für den späteren Schloßpark geschaffen, womit man freilich zu dieser Zeit noch nicht rechnen konnte.

Das Jahr 1806 bringt für das Haus Thurn und Taxis mit die folgenschwersten Ereignisse. Dem Fürsten Carl Anselm bleibt es erspart, auch dieses Unglück noch

erleben zu müssen. Am 13. November 1805 ist er in Winzer bei Regensburg einem Herzschlag erlegen. Am 3. September 1753 hatte sich Carl Anselm in Stuttgart mit der Herzogin Augusta Elisabeth von Württemberg vermählt. Von den acht Kindern dieser Ehe sind drei im Kindesalter verstorben. Unter den drei Töchtern hat die ältere den Fürsten Oettingen-Wallerstein, die zweite den Fürsten Radziwill und die jüngste den Fürsten Oettingen-Spielberg geheiratet. Der jüngere Bruder des Erbprinzen und späteren Fürsten, Prinz Friedrich Johann, ist bereits 1805 als kurwürttembergischer Generalmajor gestorben.

Die Gründung des Rheinbundes (12. Juli 1806) führt zur Auflösung des Reiches und damit der Reichspostverfassung. Der Rücktritt des Kaisers und der Zerfall des gesamten Reiches bedingt die Auflösung des Reichstages. Die Gesandten verlassen Regensburg. Der Gründung des Rheinbundes und des Königreiches Westphalen fallen aber zugleich rund 70 bisher unabhängige Landesherrschaften zum Opfer, darunter auch die des Hauses Thurn und Taxis. Die Landeshoheit im Taxisschen Gebiet geht an die Länder Württemberg, Hohenzollern und Bayern über.

Es gibt keinen Zweifel, daß diese Entwicklung schwere wirtschaftliche Rückschläge für die Stadt Regensburg bringen mußte. Fürstprimas Dalberg sieht mit Sorge diese nachteiligen Folgen für seine Residenzstadt, die er bekanntlich seit 1803 inne hat. So versucht er wenigstens die Residenz des bisherigen Prinzipalkommissars, des Fürsten von Thurn und Taxis, der Stadt zu erhalten, wenn dieser auch nunmehr mediatisierter Reichsfürst ist. Von seiten des Fürstlichen Hauses gibt man zu erkennen, daß man unter gewissen Bedingungen die Hofhaltung in Regensburg beibehalten würde. Dies ist auch sehr verständlich. Der Fürst galt nämlich in erster Linie im Land Württemberg als mediatisierter Landesherr, wenigstens nach dem Hauptgebiet des Territoriums gerechnet. Hier liegen Obermarchtal und Buchau, die neben Regensburg die besten Möglichkeiten für den Sitz der fürstlichen Residenz und Verwaltung bieten. Württemberg war unter der Regierung König Friedrichs I. und zu Anfang der Regierung von Wilhelm I. das Land, in dem die Mediatisierten geradezu verfolgt wurden.

Die Deklaration des Fürstprimas Dalberg, in der die Rechte des Fürsten Thurn und Taxis in Regensburg ihre Regelung finden, wird am 27. Dezember 1806 in Frankfurt ausgefertigt. Das in 21 Punkte gegliederte Privileg sieht folgende Regelung vor:

Dem Fürstlichen Haus wird in Anbetracht dessen, daß es seinen Aufenthalt fortwährend in Regensburg zu nehmen beschlossen habe, die Zivilgerichtsbarkeit in erster und zweiter Instanz über die gesamte Dienerschaft in Regensburg und deren Hausgenossen in der streitigen und nichtstreitigen Rechtspflege eingeräumt. Weitere Bestimmungen sind über Vormundschafts- und Nachlaßsachen von Mitgliedern des Fürstlichen Hauses enthalten. Die Strafgerichtsbarkeit bleibt den primatischen Kriminalgerichten vorbehalten; den fürstlichen Gerichten wird jedoch das erste Verhör auch in diesen Fällen zugestanden. Schließlich gewährt man für den Konsum des fürstlichen Hofes Zoll-, Maut- und Umgeldfreiheit. Der Dienerschaft ist weitgehende Steuer- und Nachsteuerfreiheit zugesichert.

Der Zusammenbruch des Reiches hat ebenso das Thronlehen der Taxisschen Post unter seinen Trümmern begraben. Dabei wäre mit der Auflösung des Reiches der Verlust der Postgerechtsame für das Fürstliche Haus nicht unbedingt verbunden gewesen. Der Fortbestand wird sogar durch Artikel 27 der Rheinbundakte vom 12. Juli 1806 gesichert: „Les princes ou comtes actuellement regnans conserveront chacun, comme propriété patrimoniale et privée tous les domaines sans exception qu'ils possèdent maintenant, ainsi que tous les droits seigneuriaux et féodaux non essentiellement inhérans à la souverainité.“ Die einzelnen Staaten, soweit sie nicht

Fürst Karl Alexander von Thurn und Taxis (1770—1827)

bereits eine eigene Post hatten, beanspruchen aber das Postregal für sich. Württemberg hat sogar schon nach dem Preßburger Frieden vom 26. Dezember 1805, durch den es eine der österreichischen und preußischen gleichgestellte Souveränität erlangte, die fürstlichen Posten aufgehoben. Trotz der erwähnten Bestimmungen in der Rheinbundakte wird die fürstliche Post im Königreich Westphalen aufgehoben. Napoleon beseitigt sie auch im Bayreuthischen, Fuldaischen und Hanauischen, weiterhin in den Hansestädten Bremen, Hamburg und Lübeck, schließlich noch in allen jenen Teilen Nordwestdeutschlands, die er 1810 unter dem Namen des Lippe-Departements und des Hanseatischen Departements vereinigt hat.

In Bayern nimmt die Entwicklung einen anderen Weg. Kurz vor der Gründung des Rheinbundes erläßt hier der König am 24. Februar 1806 eine Verordnung wegen der Postanstalten. Darin verleiht er „dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis für sich und dessen männliche Descendenz die Würde eines königlichen bayerischen Erbland-Postmeisters als ein Thronlehen, welches derselbe bei einem jeden Haupt- und Nebenfalle persönlich zu empfangen und die festgesetzten Lehengebühren zu entrichten hat". Die Belehnung beschränkt sich jedoch „ausdrücklich auf die altbayerischen und die durch den Friedensschluß von Preßburg erhaltenen Staaten, worin bis jetzt keine eigenen oder besonderen Postanstalten eingeführt waren. Am 1. März 1808 ergeht eine weitere königliche Verordnung über die Einrichtung einer Generalpostdirektion. Dem Fürsten Thurn und Taxis wird hierin die Würde eines Reichsoberpostmeisters mit allen nach der Konstitution des Königreiches Bayern damit verbundenen Rechten belassen, die Verordnung von 1806 aber aufgehoben und das gesamte Postwesen in Staatsregie übernommen. Als Entschädigung für diesen Verlust erhält das Fürstliche Haus laut Urkunde vom 28. Februar 1808 eine jährliche Rente von 100 000 Gulden zugesichert; davon soll der Betrag von 40 000 Gulden nur auf Lebenszeit des Fürsten Karl Alexander († 1827) in monatlichen Raten von 3333 Gulden bezahlt werden, während der Rest von 60 000 Gulden in Domänen umzuwandeln ist und auf den Fürsten sowie dessen Nachfolger als Mannlehen der Krone übergehen soll. Ein weiterer Artikel regelt das Brief-

und Postwagenfreitum für das Fürstliche Haus. Über die Umwandlung des einen Teils der Rente in Domänen darf noch gesondert zu sprechen sein.

In Baden wird dem Fürsten Karl Alexander durch Lehenvertrag vom 2. Mai 1806 das Postrecht als Landeslehen verliehen. Am 2. August 1811 übernimmt der Großherzog die Post in eigene Regie. Als Entschädigung beläßt man dem Fürsten die Würde eines großherzoglichen Erblandpostmeisters mit den damit verbundenen Vorzügen und gewährt eine jährliche Rente von 35 000 Gulden; davon sollen 25 000 Gulden in Domänen umgewandelt werden, während 10 000 Gulden als lebenslängliche persönliche Rente des Fürsten Karl Alexander bestimmt sind. Eine Anweisung in Domänen ist nie erfolgt, so daß bis 1918 von Baden beziehungsweise der Reichspost jährlich 42 857 Mark bezahlt wurden. Erst am 24. und 30. April 1931 kommt zwischen der Deutschen Reichspost und dem Fürsten Albert von Thurn und Taxis ein Vergleich über die Ablösung der badischen Postlehensrente in Geld zustande.

Eine Sonderstellung nimmt das Innviertel ein. Österreich übernimmt in diesem Gebiet, das ihm durch den Teschener Frieden von 1779 von Bayern zugefallen war, die Post in eigener Regie. Die Ablösungsverhandlungen werden allerdings immer wieder unterbrochen, nachdem das Innviertel 1810 nochmals an Bayern fällt und erst 1816 endgültig Österreich einverleibt wird. Im Vertrag vom 8. Februar 1824 erhält das Fürstliche Haus Thurn und Taxis eine Entschädigung von 100 000 Gulden.

Eine Gruppe von Staaten hat also am Ende des Heiligen Römischen Reiches die Taxissche Post entschädigungslos an sich genommen. Eine weitere Gruppe übernahm zwar die Post, gab dafür aber dem Hause Thurn und Taxis eine vertraglich geregelte Entschädigung. Eine dritte Gruppe von Staaten setzt sich in den Besitz der fürstlichen Post, gibt sie aber dem Fürsten als Landespost wieder zu Lehen. Diese Regelung greift im Großherzogtum Würzburg, in den Staaten des Fürstprimas Dalberg (Regensburg, Aschaffenburg, Frankfurt und Wetzlar), in Hessen-Darmstadt, in Nassau, in den sächsischen Herzogtümern sowie in den schwarzburgischen und reußischen Staaten Platz. Mit der Abtretung des Fürstentums Regensburg an Bayern (1810) geht hier dem Fürsten die Post verloren, er erhält dieses Recht aber vom Fürstprimas wieder als Lehen in seinen Entschädigungsländern Fulda und Hanau.

Zu Ende des Jahres 1810 liegen die Verhältnisse im Gebiet des ehemaligen Reiches so, daß nicht weniger als 43 verschiedene Anstalten für den deutschen Postverkehr tätig sind. Trotz aller Verluste ist es aber dem Hause Thurn und Taxis gelungen, immerhin einen noch recht ansehnlichen Teil seiner früheren Post zu betreiben. Dies bessert sich besonders seit der Niederwerfung Napoleons. Als nach der Schlacht bei Leipzig die verbündeten Mächte über den Rhein vorrücken, übertragen sie in einem gemeinsamen Beschluß dem Fürsten Karl Alexander die Verwaltung der Post in den linksrheinischen Gebieten. Auch in manchen Teilen des nordwestlichen Deutschlands hält die Taxis-Post wieder ihren Einzug.

Die Deklaration von 1806, die sicherlich auch aus dem Wohlwollen und Verständnis des letzten Kurerzkanzlers Dalberg für den letzten kaiserlichen Prinzipalkommissar am Reichstag zu verstehen ist, hat dem Fürsten also in Regensburg tragbare Verhältnisse geschaffen. Wenn es auch schwierig sein dürfte, einen Vergleich mit dem Rechtsstatus vor 1806 anzustellen, so darf man doch annähernd zu dem Schluß kommen, daß die Gerichtsprivilegien Dalbergs sich in wesentlichen Punkten an die früheren Immunitätsrechte des Fürsten in Regensburg anschließen. Die großen Sorgen um die Zukunft sind damit aber nicht genommen. Es geht um den Bestand der Post und sogar um die Zukunft. Darüber hinaus muß man ständig befürchten, daß Dalberg sein Fürstentum Regensburg an Bayern verlieren würde.

Fürstin Therese von Thurn und Taxis (1773—1839)

Infolge der verschlimmerten wirtschaftlichen Lage des Hauses ist man seit 1806 zu den einschneidendsten Maßnahmen der Sparsamkeit gezwungen, die auch beim unmittelbaren Haushalt der fürstlichen Familie nicht halt machen können. Sämtliche Baumaßnahmen werden grundsätzlich untersagt; nur die unumgänglich notwendigen Reparaturen sollen zugelassen sein. Der letzte Schritt der Sparmaßnahmen wird in Regensburg mit der räumlichen Einschränkung getan. Fürst Karl Alexander hat nach dem Tode seines Vaters sein bisheriges Erbprinzenpalais in St. Emmeram beibehalten. Nachdem seit Auflösung des Reichstages die großen

Repräsentationspflichten entfallen, wird im Frühjahr des Jahres 1808 beschlossen, das „Äußere Palais" am Emmeramsplatz — Fürst Carl Anselm hat es sich bekanntlich 1792 einrichten lassen — zu räumen und dem Fürstprimas als dem nunmehrigen Herrn über das ehemalige Reichsstift St. Emmeram zurückzustellen. Am 5. November 1808 findet die Unterzeichnung des Übergabevertrages statt.

Verhandlungen auf dem Erfurter Kongreß 1808 haben dem Haus Thurn und Taxis keinerlei Besserung in seiner Lage gebracht. So entschließt sich Fürstin Therese gegen Ende des Jahres 1809 persönlich zu einer Reise nach Paris, um dort in Besprechungen mit den obersten Stellen und Napoleon selbst dem Haus Rang und Stellung wieder zurückzugewinnen. Im Vordergrund des Gesamtinteresses steht die Wiedererlangung der Postrechte. Daneben wird in Erwägung gezogen, den Sitz des Hauses nach Paris zu verlegen, wenn es der Kaiser wünsche. Neben verschiedenen anderen Projekten ist man jedoch bestrebt, von Napoleon Erfurt — zu dieser Zeit französisches Reservatgebiet — als Fürstentum zu gewinnen, um die verlorene Landeshoheit wieder zu erreichen. Andererseits schlägt Fürstin Therese den Verkauf der Besitzungen in Schwaben und einen Umzug nach Österreich vor, was auf den schärfsten Widerstand am Hof in Regensburg stößt.

Die gesamten Verhandlungen, die Fürstin Therese in Paris führt, sind freilich zum Scheitern verurteilt. Die vorhandene Unfreundlichkeit Napoleons gegen das Haus Thurn und Taxis wird während des Pariser Aufenthaltes von Fürstin Therese noch durch deren Briefwechsel mit der Königin von Preußen, ihrer Schwester, verstärkt. Anscheinend sind sämtliche Briefe der französischen Zensur in die Hände gefallen.

Fürst Karl Alexander mahnt in seinen Schreiben an die in Paris weilende Gemahlin diese immer wieder zu persönlicher Sparsamkeit. Über den Ernst der Lage beim Hause Taxis gibt einer dieser Briefe vom 29. April 1810 einen geradezu erschreckenden Aufschluß. Der Fürst schreibt: „Die Zeit der Beschönigungen ist vorüber. Es handelt sich um unsere Existenz. Jetzt muß bestimmt werden, ob unsere Familie wohlhabend bleiben oder ob ich ein armer Edelmann werden solle."

Die fürstliche Lehenspost und der Übergang an Preußen

Erst bei dem Wiener Kongreß werden für die Thurn und Taxis-Post neue Rechtsgrundlagen geschaffen. Metternich setzt die Wiedererrichtung der Taxisschen Post durch, um einerseits die Einheitlichkeit des deutschen Postwesens zu wahren und andererseits zugleich die politische Kontrolle der Post zu erleichtern. Im Artikel XVII der Deutschen Bundesakte ist festgelegt:

„Das fürstliche Haus Thurn und Taxis bleibt in dem durch den Reichsdeputationshauptschluß vom 25. Februar 1803 oder spätere Verträge bestätigten Besitz und Genuß der Posten in den verschiedenen Bundesstaaten, so lange als nicht etwa durch freie Übereinkunft anderweitige Verträge abgeschlossen werden sollten. In jedem Falle werden demselben infolge des Artikels 13 des ersterwähnten Reichsdeputationshauptschlusses seine auf Belassung der Posten oder auf eine angemessene Entschädigung gegründeten Rechte und Ansprüche versichert. Dieses soll auch da stattfinden, wo die Aufhebung der Posten seit 1803 gegen den Inhalt des Reichsdeputationshauptschlusses bereits geschehen wäre, insoferne diese Entschädigung nicht schon durch Verträge definitiv festgesetzt ist."

Dieser Artikel der Bundesakte bedingt zunächst einen Vertrag zwischen Preußen und dem Fürstlichen Hause wegen der Posten in den an Preußen gelangten rechtsrheinischen Gebieten, nämlich Berg, Wetzlar und nassauische Landesteile. Am 4. Juni 1816 verzichtet Fürst Karl Alexander rechtskräftig auf die Ausübung des Postregals in diesen Gebieten gegen eine jährliche Entschädigung von 60 000 Taler; diese soll nach dem Vertrag in Domänengütern als Erbmannthronlehen gewährt werden. Nun steht nur noch die Abfindung für das später dem preußischen Staat einverleibte Herzogtum Westphalen aus. Der jährliche Reinertrag der Post in diesem Gebiet wird auf rund 1375 Taler veranschlagt. Am 1. Mai 1819 kommt zwischen den Bevollmächtigten des Königs Friedrich Wilhelm von Preußen und dem Hofrat Georg Friedrich von Müller als Beauftragtem des Fürsten ein Güterabfindungsvertrag zustande, in dem die Gesamtentschädigung geregelt ist. Das Fürstliche Haus erhält die Ämter Adelnau, Krotoszyn, Orpiszewo und Rozdrazewo im Großherzogtum Posen. Durch den König von Preußen wird dieses Gebiet durch Urkunde vom 29. Mai 1819 zu einem Fürstentum unter preußischer Landeshoheit mit Übertragung aller Rechte einer schlesischen Standesherrschaft als Erbmannthronlehen erhoben. Als Wappen dieses Fürstentums hat man „einen gevierten Schild, in dessen erstem und vierten blauen Felde ein goldener Fels und im zweiten und dritten roten Felde ein silbernes Kreuz sich befindet".

Bereits durch die Postentschädigungslande in Schwaben infolge des Reichsdeputationshauptschlusses von 1803 hatte das fürstliche Wappen eine größere Form erhalten. Durch diese neue Wappenmehrung von 1819 wird dem Wappen des Fürsten nun endgültig die folgende Form gegeben:

In der Mitte befindet sich das eigentliche Familienwappen mit vier Feldern und Herzschild in der Form, wie es seit dem Grafen Lamoral Claudius üblich ist. Dazu kommen die beiden weiteren Felder für die Grafschaft Friedberg-Scheer in der 1787 verliehenen Art. Das Familienwappen mit den Wappen von Friedberg-Scheer darunter bilden nunmehr zusammen den großen Herzschild, wenn man so sagen will, des neuen Wappens. Oben rechts kommt das Wappen des Damenstiftes Buchau zu stehen: An erster Stelle des in vier Hauptteile geteilten Schildes befinden sich vier

Felder, von denen das erste und vierte aus drei übereinander nach rechts schreitenden schwarzen Leoparden auf goldenem Grund besteht, das zweite und dritte aber in Schwarz und Silber geweckt ist; hier handelt es sich um das ursprüngliche Stiftswappen von Buchau. Feld zwei und drei der vier Hauptteile bilden das Familienwappen der ersten Stifterin von Buchau, Adelinde, bestehend jeweils aus einem mantuanischen roten Kreuz in grünen Feldern; über den Querarmen der Kreuze ist rechts eine goldene Sonne und links eine wachsende goldene Mondsichel angebracht. Oben links folgt sodann das Wappen der Reichsabtei Marchtal: Ein Pfahl von Hermelin mit drei schwarzen Tupfen auf blaugeschupptem Panzergrund, der in Form von zwei blauen Streifen zu beiden Seiten des Hermelins erscheint; dazu kommt das Wappen des zweiten Gründers von Marchtal, des Grafen Hugo von Tübingen, das auf goldenem Grunde eine dreiteilige rote Kirchenfahne mit drei Ringen und einem Gitter enthält. Unten rechts befindet sich das Wappen der Reichsabtei Neresheim: Das blaue Feld eins dieses Schildes ist durch einen silbernen Balken schräg links geteilt; in jedem der beiden Teile befinden sich zwei goldene, nach links aufwärts hintereinander schreitende, rückwärts gekehrte Löwen mit ausgeschlagener Zunge; Feld zwei und drei sind jeweils durch schwarze und silberne Querbalken sechsfach geteilt und mit einem aufrecht nach rechts gekehrten goldenen Löwen belegt; Feld vier enthält auf schwarzem Grunde ein silbernes Kleeblattkreuz. Unten links folgt das beschriebene neue Wappen des Fürstentums Krotoszyn. An der Spitze des Schildes zwischen den Wappen Neresheim und Krotoszyn befindet sich das Wappen der Reichsstadt Buchau: eine grüne Buche auf grüner Au mit einem an dem Buchenstamme schwebenden Fisch.

Württemberg sieht sich auf Grund der Deutschen Bundesakte gezwungen, die dem Fürstlichen Hause 1805 widerrechtlich entrissene Post zurückzugeben. Fürst Karl Alexander erhält durch den Vertrag vom 27. Juli 1819 die Würde und das Amt eines Erblandpostmeisters im Königreich Württemberg sowie das nutzbare Eigentum und die Verwaltung sämtlicher Posten im Lande als Erbmannthronlehen übertragen. Dafür hat der Fürst einen jährlichen Lehenkanon von 70 000 Gulden und ein Weggeld von 4500 Gulden zu entrichten.

Auf Grund eines Vertrages vom 14. August 1815 tritt der Fürst Thurn und Taxis dem bayerischen Staat die Post im Großherzogtum Würzburg sowie im Fürstentum Aschaffenburg ab, nachdem Bayern diese Länder neu hinzugewonnen hat. Als Entschädigung erhält Fürst Karl Alexander 1817 das Amt Sulzheim in Unterfranken nebst einigen anliegenden Orten als Erbmannlehen. Den Abschluß bildet die Übergabe der Post in einigen ehemals fuldaischen und hessischen Orten, Brückenau, Hammelburg, Miltenberg usw., durch Vertrag vom 21. und 27. Dezember 1820 an Bayern. Die Entschädigung dafür wird 1825 durch weiteren Besitz und grundherrliche Gefälle im Amt Sulzheim, durch das Rittergut Traustadt in Unterfranken sowie durch weitere Gefälle in diesem Gebiet abgegolten.

Bereits 1810 erfolgt die Verlegung der fürstlichen Generalpostdirektion von Regensburg nach Frankfurt. Das hängt einerseits damit zusammen, daß das Fürstentum Regensburg des Fürstprimas Dalberg an Bayern fiel und man die Post lieber wiederum von einem fürstprimatischen Land aus verwalten wollte, andererseits aber auch mit der Tatsache, daß die Stadt Frankfurt für das verbliebene Postgebiet

Rechts: Posthausschild der Thurn und Taxisschen Lebenspost im Fürstentum Reuß um 1830

Fürstl. Reuſs. Taxisſches Postamt.

tigten diesen Vertrag in doppelten Exemplaren unter-
zeichnet und ihre Siegel beigedrückt.
So geschehen zu Berlin am Acht und Zwanzigsten
Januar Eintausend Achthundert und Sieben und Sechzig

gez: Ernst von Bülow. gez. Heinrich Geffcken gez. Otto Hoffmann
(L. S.) (L. S.) (L. S.)

gez. Freiherr von Greuben. gez. Wilhelm Ripperger.
(L. S.) (L. S.)

Kenntniß genommen und die getroffenen Abreden in allen
Punkten Unserem Willen gemäß befunden haben, so genehmigen
und ratificiren Wir den gedachten Vertrag mit dem Versprechen,
denselben zu erfüllen und von Unseren Behörden ausführen zu lassen.

Zu Urkund dessen haben Wir gegenwärtige Ratifications-Ur-
kunde eigenhändig vollzogen und mit Unserem Königlichen Insiegel
versehen lassen.

Geschehen zu Berlin, den 16. Februar 1867.

Ratifications-Urkunde.

eine günstige Lage besaß. Gemäß einer Vereinbarung mit der Freien Stadt Frankfurt vom 20. Mai 1816 wird auch nach Errichtung des Deutschen Bundes Frankfurt als Sitz der Generalpostdirektion beibehalten. Kein Ort hätte sich dafür mehr angeboten als diese Stadt, die durch ihre günstige Verkehrslage das fürstliche Postnetz hier gut zusammenfassen ließ und die noch dazu durch den Sitz der Deutschen Bundesversammlung im fürstlichen Palais eine besondere Stellung einnahm.

Nach der Gründung des Deutschen Bundes wird vom Hause Thurn und Taxis die Post auf neuen rechtlichen Grundlagen wieder in folgenden deutschen Staaten und freien Städten betrieben: Württemberg, Kurhessen, Großherzogtum Hessen, Hessen-Nassau, Freie Stadt Frankfurt, Sachsen-Weimar, Sachsen-Meinigen, Sachsen-Coburg-Gotha, Fürstentümer Reuß, Fürstentümer Schwarzburg, Hansestädte Hamburg, Bremen und Lübeck, Fürstentum Hohenzollern, Fürstentümer Lippe-Detmold und Schaumburg-Lippe. Hierzu kommt noch bis 1849, eigentlich etwas außerhalb dieser Reihe, der Kanton Schaffhausen.

Die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sind es also, in denen weiterhin vom Hause Thurn und Taxis die Post wie ehedem betrieben wird. Das hat in der Sicht der gesamten Zeitverhältnisse seinen guten Grund. Diese Klein- und auch Mittelstaaten haben die finanziellen Opfer gescheut oder waren dazu überhaupt nicht in der Lage, sei es nun, daß sie die Taxisschen Postanstalten hätten ablösen oder, daß sie die erforderlichen Mittel zum Aufbau eines eigenen Postnetzes gehabt hätten. Selbst bei Württemberg ist das gut zu beobachten. Als sich dieser Staat 1805 der fürstlichen Posteinrichtungen entschädigungslos bemächtigt hat, konnte er den Betrieb in eigener Regie ohne Schwierigkeiten führen. Auf Grund der Deutschen Bundesakte wurden aber andere Voraussetzungen geschaffen. Nunmehr ging es darum, entweder fremdes Gut und Recht zu entschädigen, oder wenn man dazu nicht imstande war, die alte Einrichtung damit wieder zu betrauen. Dieser Umstand kann insgesamt am besten zeigen, welche enorme Leistung der Aufbau der Thurn und Taxis-Post seit Franz von Taxis in rein wirtschaftlicher Sicht darstellt.

Württemberg hat am frühesten die Möglichkeit, sich von der Taxis-Post wieder zu trennen. Dies geschieht durch einen Vertrag vom 22. März 1851. Fürst Maximilian Karl gibt darin unter Verzichtleistung auf die Würde und das Amt eines königlich württembergischen Erb- und Landpostmeisters das nutzbare Eigentum und die Verwaltung der Post in Württemberg mit den damit verbundenen Rechten an den König zurück. Als Entschädigungssumme erhält er dafür von Württemberg 1 300 000 Gulden. Sonderbestimmungen werden daneben noch über das gegenseitige Portofreitum vereinbart.

Die Post bringt es mit sich, daß der Fürst Thurn und Taxis auch nach der Mediatisierung noch Agenten an fremden Höfen unterhält. Trotz eines direkten Verbotes durch Bayern vom Jahre 1809 wird es auch weiterhin stillschweigend geduldet, daß sich bei verschiedenen auswärtigen Regierungen, vor allem in Wien, Berlin und Paris, bis 1866 fürstliche Agenten befinden. Mit angrenzenden Ländern, nicht nur deutschen Bundesstaaten, werden Staatsverträge geschlossen, beispielsweise mit der Schweiz, Frankreich, Belgien und Dänemark. All dies ist notwendig, um einen flüssigen und reibungslosen Postverkehr abzuwickeln.

Die fürstliche Post schließt sich auch dem Deutsch-Österreichischen Postvereinsvertrag vom 6. April 1850 an. Auf Grund dieser Vereinbarungen gelangen ab 1. Ja-

Links: Ratifikationsurkunde zum Postablösungsvertrag von 1867 mit den Unterschriften des preußischen Königs und Bismarcks

nuar 1852 die ersten Briefmarken der Thurn und Taxis-Post zur Ausgabe. Zunächst handelt es sich um acht Werte in Schwarzdruck auf farbigem Papier: $^1/_2$, 1, 2 und 3 Silbergroschen sowie 1, 3, 6 und 9 Kreuzer. Die verschiedenen Werte in Silbergroschen und Kreuzer sind durch den sogenannten nördlichen und südlichen Postbezirk bedingt, nachdem in einigen deutschen Bundesstaaten im Bereich der Taxis-Post die Talerwährung, in anderen dagegen die Guldenwährung im Gebrauch war. 1854 und 1858 folgen zwei weitere Werte zu $^1/_4$ und $^1/_3$ Silbergroschen. Bereits 1853 müssen die Marken zu 1 Silbergroschen und 1 Kreuzer mit Farbänderung neu aufgelegt werden. Eine zweite Ausgabe mit 13 verschiedenen Werten erfolgt ab 1859, darunter vor allem die neuen Werte 5 und 10 Silbergroschen sowie 15 und 30 Kreuzer. Ein dritte Ausgabe ($^1/_4$, $^1/_3$, $^1/_2$, 1, 2 und 3 Silbergroschen sowie 3, 6 und 9 Kreuzer) mit Farbänderung kommt ab 1862 in Umlauf. Ab Juli 1865 folgt eine vierte Ausgabe mit den Werten zu $^1/_4$, $^1/_3$, $^1/_2$, 1, 2 und 3 Silbergroschen sowie 3, 6 und 9 Kreuzer; diese Marken sind im Gegensatz zu den früheren Ausgaben, die geschnitten wurden, nunmehr zwischen den einzelnen Stücken durchstochen, und zwar farblos. Die fünfte und letzte Ausgabe, erschienen ab 31. August 1866, besteht aus denselben Werten wie die vorausgehende Ausgabe, auch in den nämlichen Farben, lediglich der Durchstich ist jetzt farbig. Zwischen 1852 und 1866 gelangten also insgesamt 54 verschiedene Werte an Thurn und Taxis-Marken zur Ausgabe. In ihrer klaren und einfachen Form zählen sie zu den künstlerisch besten und schönsten Briefmarken der altdeutschen Staaten. Zu erwähnen bleiben noch die Franko-Kuverts zu $^1/_4$, $^1/_2$, 1, 2 und 3 Silbergroschen sowie 1, 2, 3, 6 und 9 Kreuzer, die ab 1861 in verschiedenen Formaten zur Ausgabe gelangen.

Unter dem Aufschwung des Verkehrs und der Wirtschaft erlebt die Thurn und Taxis-Post innerhalb des Deutschen Bundes nochmals eine gute Aufwärtsentwicklung und späte Blüte. Daneben darf man nicht übersehen, daß das Haus Thurn und Taxis durch die Post als einzige der 1806 mediatisierten Familien noch Funktionen und Aufgaben wahrnimmt, die mit einem früheren Thronlehen verbunden sind. Wegen des von ihm geleiteten Postwesens erfreut sich der Fürst Thurn und Taxis einer Art von bundesunmittelbarer Stellung. Das Selbstgefühl der Familie, in deren Frankfurter Palais die Deutsche Bundesversammlung tagt, ist dadurch sehr ausgeprägt. Aber man weiß auch sehr genau, daß die Aufrechterhaltung dieses sehr einträglichen Amtes eng mit einer ötserreichisch bestimmten Bundesordnung zusammenhängt. Das Haus Taxis stellt daher das mächtige, in seiner Hand befindliche Instrument ganz in den Dienst des Hauses Habsburg. In mehreren Denkschriften führt die Familie durch den Chef der fürstlichen Gesamtverwaltung, den Grafen Dörnberg, der österreichischen Regierung seine Leistungen vor Augen. Das Haus Thurn und Taxis erinnert daran, daß schon die Kaiser des Heiligen Römischen Reiches die Reichspost als Mittel gegen den Zerfall Deutschlands erkannt hätten.

Die österreichischen Gesandten waren angewiesen, das Haus Taxis und seine Interessen, insbesondere sein Postwesen, zu fördern. Die Politik der Familie beschränkt sich in dieser Zeit keineswegs auf die Erhaltung seiner Postgerechtsame. In der allgemeinen deutschen Politik der sechziger Jahre entfaltet das Fürstliche Haus eine bemerkenswerte Initiative. Man spricht von einem großdeutschen Kreis in Regensburg, dessen führender Kopf der westfälische Freiherr Franz Joseph von Gruben gewesen ist, leitender Beamter und später Chef der fürstlichen Gesamtverwaltung.

Bismarck ist auf das Haus Thurn und Taxis und seine Politik während seiner Tätigkeit als Frankfurter Bundestagsgesandter schlecht zu sprechen. Neben anderen Einwendungen beklagt er sich wiederholt über den preußenfeindlichen Ton der vom Hause Taxis gelenkten und nicht selten von Beamten oder Agenten der Familie mit

Abfahrt und Ankunft von Fahrposten in der Halle des Posthofes des Rothen Hauses, Frankfurt am Main. Um 1840

Artikeln bedienten Frankfurter Oberpostamtszeitung; in der öffentlichen Meinung wurde diese nämlich als eine Art offiziöses Sprachrohr des Bundestages angesehen. Es ist nichts anderes als eine Repressalie, wenn Bismarck 1853 vorschlägt, am Bundestag einen Antrag auf Prüfung der Mißstände in der Verwaltung der Taxisschen Post zu stellen. Aus diesem Antrag wird freilich nichts.

Die Frankfurter Oberpostamtszeitung kann in dem Sinne als Nachfolgerin der Kaiserlichen Reichspostzeitung, die seit dem 18. Jahrhundert von der Thurn und Taxisschen Post herausgegeben und vertrieben wurde, angesprochen werden. Die öffentliche Nachrichtenübermittlung, dann auch die Beförderung von Zeitungen durch die Post, hat schon verhältnismäßig früh eine wichtige Rolle gespielt. Was lag also näher, als auch selbst eine Zeitung herauszugeben und sie dem interessierten Publikum anzubieten, ja sie mit den eigenen Einrichtungen zu befördern?

Infolge des Krieges von 1866 und der folgenden Auflösung des Deutschen Bundes bietet sich für Bismarck nun die schon lange erwartete Gelegenheit, das Haus Taxis die frühere Einstellung und Politik büßen zu lassen. Er bedient sich dabei des preußischen Geheimen Postrats Stephan.

Der fürstliche Generalpostdirektionsassessor Wilhelm Ripperger, der den späteren Vertrag mit Preußen selbst mit unterzeichnet und an den gesamten Verhandlungen teilgenommen hat, hinterließ in den Akten eine ausführliche Niederschrift — datiert mit 17. Februar 1867 — über seine Eindrücke und Beobachtungen der gesamten Vorgänge, angefangen vom Beginn des Krieges 1866 bis zum Abschluß des

Anno 1747. (No. 1.) 2. Januarii.

Montägige
Ordentliche wochentliche
Kayserl. Reichs-
Post-Zeitung,
In Franckfurt am Mayn.

N:1. — Samstag — — 1. Januar — 1825.

Frank-furter
Ober-Postamts-Zeitung.

Köpfe zweier Thurn und Taxisscher Postzeitungen

Postvertrages mit Preußen. Von besonderem Interesse ist daraus zunächst die Schilderung über den Einmarsch der preußischen Truppen in Frankfurt:

„2. Occupation Frankfurts. Einsetzung einer preußischen Administration über die fürstlichen Posten am 21. Juli 1866. Im Verlaufe des Kriegs, am 16. Juli 1866, rückte der Befehlshaber der preußischen Mainarmee, Generalleutnant und Generaladjutant S. M. des Königs, Frhr. v. Manteuffel, mit Truppen in Frankfurt ein, unterdrückte mehrere Zeitungen, darunter die Postzeitung, deren Leiter Hofrat Dr. Fischer-Goullet aus Alteration bei dem Verhöre vor dem Kriegsgerichte seinen Tod

fand, und stellte am 21. Juli die fürstliche Thurn und Taxissche Generalpostdirektion unter die Kontrolle und Oberleitung der k. preußischen Administration der occupierten Lande, indem er zugleich den k. pr. Geh. Postrat Stephan zum Administrator der fürstl. Posten einsetzte. Nach einer seitens des letzteren bei Gelegenheit der Berliner Verhandlungen gemachten Mitteilung soll die Absicht bestanden haben, auf Kosten der fürstl. Verwaltung eine zum Teil aus höheren Stabsoffizieren zusammengesetzte Administrations-Kommission für die fürstl. Posten einzusetzen, auf seine Vorstellung hin aber aufgegeben worden sein. Der fürstl. Generalpostdirektor Frhr. v. Schele stellte hierauf unter Vorbehalt der fürstl. Rechte und unter Protest seine Amtstätigkeit einstweilen ein. Stephan machte dem versammelten Collegium die Eröffnung:

Es kann bis auf weiteres die Erhaltung der Amtstätigkeit und der bisherigen Zusammensetzung der fürstl. Generalpostdirektion sowie der Sicherstellung des Status quo hinsichtlich des nutzbaren Eigentums des Postregals in den zum Thurn und Taxisschen Postbezirke gehörigen Gebieten nur unter der Bedingung stattfinden, daß die Herren Mitglieder der Generalpostdirektion für die Dauer der Oberleitung durch den k. pr. Administrator folgende Verpflichtungen eingehen: Wir erklären uns bereit, den Anordnungen der k. pr. Administration unbeschadet unseres S. D. dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis geleisteten Diensteides unter den obwaltenden Umständen unweigerlich nachzukommen und alles zu unterlassen, was die Interessen der k. pr. Regierung beeinträchtigen könnte.

Die Collegialmitglieder, mit Ausnahme des fürstl. Generalpostdirektors, gingen, nachdem ihnen noch schlimme Folgen für den Fall einer Weigerung oder Nichteinhaltung in Aussicht gestellt worden waren, auf diese Verpflichtung ein. Preußischerseits wurde der Verkehr der fürstl. Generalpostdirektion mit S. Hochfürstl. Durchlaucht unterbrochen, die Einstellung der Tätigkeit der bisherigen Oberaufsichtsbehörden in den von preußischen Truppen occupierten Staaten veranlaßt und die Zustimmung der dem preußischen Bündnisse beigetretenen betreffenden Regierungen, ohne diesseitiges Zutun, zu der eingetretenen Änderung eingeholt.

Damit hatte Preußen die gesamte fürstl. Postverwaltung, anscheinend unter Wahrung der fürstl. Gerechtsame und Interesse, in die Gewalt bekommen; es hatte in Verfolgung seiner Traditionen festen Fuß gefaßt und beutete die Gelegenheit, wie bei den Verhandlungen in Berlin zutage trat, auf die empfindlichste Weise zu Ungunsten der fürstl. Verwaltung aus. Ein wirksames Mittel hiegegen anzukämpfen, gab es für die Diesseite nicht, vielmehr mußte dieselbe äußerst vorsichtig zu Werke gehen, um nicht den höchst feindselig gesinnten Gewalthaber zu noch nachteiligeren Schritten zu veranlassen.

Kriegskontributionen und, soviel bis jetzt bekannt geworden, sonstige erhebliche Lasten wurden der fürstl. Verwaltung nicht auferlegt. Der Postbetrieb ging ungestört weiter, die Beamten wurden im Zaum gehalten, allein nach den Postgefällablieferungen zur fürstl. Obereinnehmerei und sonstigen Wahrnehmungen zu schließen, scheint das fürstl. Ärar seitens der preußischen Administration beim Betriebe der Posten nicht gerade sehr geschont worden zu sein . . .“

Fürst Maximilian Karl wird anschließend zu Unterhandlungen mit Preußen wegen Abtretung der gesamten fürstlichen Post an diesen Staat gezwungen. Das Ergebnis derselben ist der zwischen dem Geheimen Legationsrat Ernst von Bülow, dem Geheimen Postrat Heinrich Stephan und dem Regierungsassessor Otto Hoffmann als Vertretern der preußischen Staatsregierung sowie den fürstlichen Bevollmächtigten Oberpostrat Freiherrn Franz Joseph von Gruben und Generalpostdirektionsassessor Wilhelm Ripperger am 28. Januar 1867 in Berlin abgeschlossene Postabtretungsvertrag. Der Fürst überträgt darin seine gesamten Postrechte in sämt-

lichen Staaten und Gebieten, in denen die Posten ganz oder teilweise im Besitz des Fürstlichen Hauses waren, mit allen Rechten und Zubehör an unbeweglichem und beweglichem Eigentum, Inventar usw. vom 1. Juli 1867 an auf den preußischen Staat. Als Abfindungssumme zahlt Preußen an das Haus Thurn und Taxis den Betrag von drei Millionen Talern.

Gerade der Abfindungsbetrag war der am meisten umstrittene Punkt bei den Verhandlungen. Die Berechnungen der fürstlichen Verwaltung beliefen sich auf zehn Millionen Taler. Man besaß schließlich gute Vergleichsmöglichkeiten. Erst 1851 hatte Württemberg die Postrechte des Fürsten Thurn und Taxis in einem Vertrag abgelöst. Hier handelte es sich also um ein freies Übereinkommen, das nicht unter politischem Druck oder Zwang erfolgte. Es ist nicht verwunderlich, wenn man von seiten des Fürsten gerade die württembergische Ablösungssumme zum Vergleich heranzog. Diese hatte für das verhältnismäßig kleine Gebiet und bei den wenigen fürstlichen Postgebäuden usw. bereits die Summe von 1 300 000 Gulden betragen.

Im Ablösungsvertrag ist den Mitgliedern des Fürstlichen Hauses die Brief- und Fahrpost-Portofreiheit im selben Umfang wie den Mitgliedern des preußischen Königshauses zugesichert. Dies gilt ebenso für die fürstlichen Verwaltungsstellen und bestimmte Beamte. Im Jahre 1889 erfolgt die Ablösung dieses Rechtes gegen eine Entschädigungssumme von rund 21 097 Mark. Zu erwähnen bleibt noch § VII des Schlußprotokolls zum Postablösungsvertrag:

„Königlich Preußischerseits wird nicht beanstandet werden, daß Seine Durchlaucht der Fürst von Thurn und Taxis und der jeweilige Chef des fürstlichen Hauses Thurn und Taxis wie bisher so auch ferner in seinem Titel das Prädikat Erb-General, auch Erb-Landpostmeister führt."

Die Ratifikationsurkunde ist vom preußischen König am 16. Februar 1867 unterzeichnet. In einem Erlaß vom 28. Juni 1867 verabschiedet sich der Erbgeneralpostmeister Fürst Maximilian Karl von seinen Postbeamten, dankt ihnen für die treuen Dienste und fordert sie zugleich auf, auch weiterhin dem preußischen König treu zu dienen. Ein Abschnitt daraus mag die Geschichte der Thurn und Taxis-Post in einem besonders typischen Licht noch zeigen:

„Seit dem nahe vierhundertjährigen Bestande Unserer Postverwaltung haben Unsere in Gott ruhenden Vorfahren, wie Wir selbst, Uns stets der treuesten Anhänglichkeit und vollsten Hingebung Unserer lieben und getreuen Postbeamten zu erfreuen gehabt; ihr festes Zusammenhalten, ihre Tüchtigkeit im Dienste, und, mit besonderer Genugthuung sprechen Wir es aus, ihre bewährte Treue und Redlichkeit hat den so langjährigen Bestand einer Verwaltung ermöglicht, welche vom Tage ihrer Entstehung an mit unsäglichen Schwierigkeiten zu kämpfen hatte."

Als Schlußbetrachtung hat Wilhelm Ripperger in seiner erwähnten Niederschrift folgende Sätze angefügt:

„Aus dem politischen Umsturz des vorigen Jahres ist durch den Vertrag und das Schlußprotokoll für das fürstliche Haus gerettet, was nach Lage der Umstände und namentlich bei der für die gewichtigen und umfangreichen Verhandlungen gegebenen kurzen Spanne Zeit und der gewalttätigen, diktatorischen Haltung der Gegenseite zu retten möglich war. Es ist das in der Hauptsache, der Entschädigung, aus dem Sturm Gerettete zu wenig für die Erwartungen, die man im Hinblick auf vertragliche Schutzzusicherungen, königliche Worte, hohe Erträgnisse der letzten Jahre und steigenden Verkehr hegen durfte und sogar hegen mußte, allein immerhin repräsentiert es, an sich betrachtet, eine nicht unbedeutende und daher zugleich sichere Summe.

Preußen ist einseitig, rücksichts- und schonungslos zum Teil auf, wie ihm nachgewiesen worden, durchaus unrichtigen Grundlagen vorgegangen; es hat nicht ge-

leisten. Es wird jedoch, sollte die Erfüllung der
gedachten Bedingungen erst nach dem 1sten Juli
1867 eintreten sollte, die Königliche Staats-Re-
gierung für die Zeit vom 1sten Juli 1867 ab die
Zinsen von 4½ Procent der Abfindungssumme an
Seine Durchlaucht den Fürsten zahlen.

§ X.

Die in diesem Schlußprotocoll enthaltenen Ver-
abredungen sind durch die Ratification des
Hauptvertrages für ratificirt zu erachten, oh-
ne daß es einer weiteren förmlichen Ratifi-
cation gegenwärtigen Protocolls bedarf.

So geschehen in doppelter Ausfertigung zu
Berlin am acht und zwanzigsten Januar
Eintausend Achthundert und Sieben und Sechzig.

Ernst von Bülow Heinrich Stephan.

Schlußseite des Postablösungsvertrages von 1867

währt, was es rechtlicher- und billigerweise hätte gewähren sollen und was es, ohne Schaden zu erleiden, hätte gewähren können ..."

Umgekehrt sei auf die Darstellung von Heinrich Stephan in seiner „Geschichte der Preußischen Post von ihrem Ursprung bis auf die Gegenwart", Berlin 1859, hingewiesen. Stephan führt dort die im Deutsch-Österreichischen Postvereinsvertrag vom 6. April 1850 festgelegte „sehr bedeutende Ermäßigung des Porto und des Transitporto" auf, der die Thurn und Taxissche Postverwaltung sich ohne Rücksicht auf wahrscheinliche, durch Währungsdifferenzen weiter gesteigerte Verluste anschließen mußte. Stephan schreibt: „Die Gerechtigkeit erfordert es, nicht zu verkennen, daß die Lage der Thurn und Taxisschen Postverwaltung der neuen Gestaltung des deutschen Postwesens gegenüber eine andere war, als die Lage der übrigen Postverwaltungen. Diese sind zugleich Staatsverwaltungen: Die finanziellen Opfer, welche sie der Reform brachten, wurden aufgewogen durch die den Angehörigen ihrer Staaten zugute kommenden Erleichterungen des Verkehrs und der auf demselben ruhenden Steuer. Das fürstliche Haus Thurn und Taxis aber muß in dem Postwesen seinen Vermögensstand erblicken, und hierdurch ist die alleinige Widmung des Institutes zu rein volkswirtschaftlichen Zwecken von selbst ausgeschlossen ... Dem Fürsten von Thurn und Taxis wird kein Billigdenkender es verargen wollen, daß er möglichst hohen Vorteil aus den ihm eingeräumten Privilegien zu ziehen sucht."

Das Thurn und Taxissche Postgebiet war zum Zeitpunkt seiner Übergabe an Preußen das viertgrößte in Deutschland mit einer Bevölkerungszahl von über dreieinhalb Millionen; Österreich, Preußen und Bayern gingen voraus. Der Generalpostdirektion in Frankfurt unterstanden die Oberpostämter Bremen, Kassel, Darmstadt, Frankfurt, Hamburg.

Krotoszyn nach einer Ansicht von 1779

Seit Fürst Anselm Franz haben die großen und systematischen Ankäufe von Besitzungen im Reich begonnen, die sich zwar zunächst auf Schwaben beschränken. Durch die Entschädigung für die Postverluste im linksrheinischen Gebiet mittels weiterer Landgebiete in Schwaben durch den Reichsdeputationshauptschluß 1803 ist der schwäbische Domänenkomplex des Fürsten Thurn und Taxis im wesentlichen in seiner endgültigen Form geschaffen.

Nachdem man sich im Laufe des Jahres 1810 darüber klar wird, Regensburg als Hauptsitz des Hauses beizubehalten, werden die Verhandlungen mit Bayern wegen der vorgesehenen Ablösung eines Teiles der Postrente in Domänen in diesem Sinne ausgerichtet. Durch Lehenbrief vom 23. April 1812 erhält der Fürst Karl Alexander auf diesem Wege die Klostergebäude von St. Emmeram in Regensburg, die ehemals zum Hochstift Regensburg gehörigen Herrschaften Wörth und Donaustauf, die Höfe Moritzbrunn und Weißenkirchen im Gebiet von Eichstätt und das Rentamt Meran in Tirol von der Krone Bayern als Erbmannlehen verliehen. Für einen noch fehlenden Restbetrag kommen 1815 Einzelgrundstücke in Wörth sowie der Emmeramer Bauhof hinzu und zwar ebenfalls als bayerisches Lehen.

Fast gleichzeitig — der Vertrag ist am 13. März 1812 ausgefertigt — kauft der Fürst von König Max I. von Bayern die Waldungen der Herrschaften Donaustauf und Wörth. Dieser Forst mit einem Umfang von 27 420 Tagwerk kostet 480 281 Gulden. Schon durch den weiteren Kaufvertrag vom 14. Oktober 1812 erwirbt Fürst Karl Alexander vom Freiherrn Hermann von Lemmen um 172 500 Gulden die Herrschaft Heilsberg zu Wiesent mit der Hofmark Ettersdorf. Der große Besitz- und Herrschaftskomplex Donaustauf-Wörth, der schon 1812 eine so stattliche Ergänzung erhalten hat, wird durch den Ankauf des Rittergutes Schönberg mit Vertrag vom 21. Mai 1819 noch abgerundet; der Kaufpreis beträgt 50 000 Gulden.

Die ungünstig gelegenen Höfe Moritzbrunn und Weißenkirchen gehen 1821 durch Kauf an den Herzog Eugen von Leuchtenberg über. 1814 fällt Tirol wieder an Österreich; die fürstlichen Besitzungen in den Bezirken Meran, Schlanders, Ulten, Lana, Passeier und Sarntheim werden dadurch Lehen von Österreich. Mit der Aufhebung der Grundherrschaft bieten die hier verbleibenden Liegenschaften kein besonderes Interesse mehr. Zug um Zug verkauft man sie; 1875 wird das Rentamt Meran aufgelöst.

Mit der Ablösung von Postrechten hängt der Erwerb des Amtes Sulzheim in Unterfranken im Jahre 1815 zusammen, wie in anderem Zusammenhang schon näher erläutert wurde. Hierzu kommt 1825 noch das Gut Traustadt mit weiteren Gefällen im Bereich Sulzheim.

Durch die preußische Postentschädigung erhält das Fürstliche Haus 1819 die Ämter Adelnau, Krotoszyn, Orpiszewo und Rozdrazewo im Großherzogtum Posen vom preußischen König. Dieser Besitz wird gleichzeitig zum Fürstentum Krotoszyn unter preußischer Landeshoheit erhoben, wie bereits oben näher beschrieben ist. Fürst Karl Alexander erreicht durch zwei Ankäufe schon bald eine Abrundung dieses Komplexes: Am 11. Mai 1822 Kauf des Gutes Chwaliszewo um 85 000 Taler und am 13. November 1823 Ankauf des Rittergutes Glogowo um 70 000 Taler.

Auch in Böhmen gelingen dem Fürsten Karl Alexander sehr bedeutende Erwerbungen. Von der Staatsgüterveräußerungskommission in Böhmen wird durch Ver-

trag vom 28. Januar 1822 die Herrschaft Chotieschau mit den Gütern Przestawlk und Blattnitz um 1 089 200 Gulden gekauft. Am 8. März 1823 folgt der Ankauf der Herrschaft Richenburg vom Grafen Kinsky um 550 000 Gulden sowie von Chraustowitz mit Holegschowitz um 450 000 Gulden. Der Ankauf der Herrschaft Koschumberg durch Vertrag vom 13. August 1826 kostet schließlich 83 333 Gulden.

Wie selten ein anderer Chef des Hauses mußte Fürst Karl Alexander die schwersten Schicksalsschläge erleben. In seinem Testament sagt er selbst, er sei „mehr als einmal mit Zugrunderichtung Unseres Hauses und mit der Vernichtung Unserer ganzen Existenz bedroht" gewesen. Um so erstaunlicher darf es sein, daß unter ihm trotzdem wieder das Postwesen neu aufgebaut und außerdem der Grundbesitz durch immense Neuerwerbungen in Bayern, Böhmen und im Gebiet von Posen als neue Grundlagen für das Haus Thurn und Taxis ausgebaut wurden. Mit dem Tode des Fürsten Karl Alexander, des letzten kaiserlichen Prinzipalkommissars am Reichstag in Regensburg und zugleich des letzten regierenden Fürsten Thurn und Taxis, schließt ein Abschnitt in der Geschichte des Hauses. Dieser Fürst hat aber in seinem letzten Jahrzehnt auch die Türe für eine neue Zukunft aufgetan.

Damit kennen wir aber diesen Fürsten trotzdem noch wenig. Eine wirkliche Charakteristik dieses Mannes erfahren wir aus den Worten seiner Frau, der Fürstin Therese, die ihn mit einem kurzen und schlichten Wort in ihren zahlreichen Briefen kennzeichnet: „Der gute Fürst". Im Juli des Jahres 1827 hat ihn auf der Jagd in der Nähe des Schlosses Taxis ein Schlaganfall ereilt. Sein vielgeäußerter Wunsch, „nur nicht im Bett sterben, aber im Wald", ging nicht ganz in Erfüllung. Erst einige Tage später ist er am 15. Juli 1827 im 58. Lebensjahr verschieden. Ein paar Tage darauf schreibt Fürstin Therese: „Der gute Fürst war so vielen ein helfender Vater." Seine sterbliche Hülle wurde in der Schloßkirche zu Neresheim beigesetzt und erst zwei Jahrzehnte später in die neu erbaute Gruftkapelle in Regensburg übergeführt.

Karl Alexander, geboren am 22. Februar 1770 zu Regensburg, erhielt als zukünftiger Fürst eine ausgezeichnete Erziehung. Nach Vollendung seiner Studien in Straßburg, Würzburg und Mainz bereiste er mit seinem jüngeren Bruder die Niederlande, Frankreich, England, Holland, die Schweiz und Italien. Am 25. Mai 1789 vermählte er sich mit der Prinzessin Therese Mathilde von Mecklenburg-Strelitz. Von den sieben Kindern dieser Ehe — drei sind schon im Kindesalter verstorben — heiratete Prinzessin Maria Theresia den Fürsten Paul Esterházy, Prinzessin Maria Sophia Dorothea den Herzog Friedrich Paul Wilhelm von Württemberg. Der jüngere Bruder des Erbprinzen Maximilian Karl, Prinz Friedrich Wilhelm, ist bereits im 21. Lebensjahr verschieden.

Fürst Maximilian Karl, geboren zu Regensburg am 3. November 1802, verbrachte seine Studienjahre zusammen mit seinem jüngeren Bruder im Institut des Herrn von Fellenberg zu Hofwyl in der Schweiz. Schon 1811 zum Unterleutnant im bayerischen Chevauxlegersregiment „König" ernannt, geht er 1822 zum Militärdienst. Als der junge Fürst nach dem Tode des Vaters an die Spitze des Hauses tritt, findet er einen wohlgeordneten Landbesitz vor; die Post hat sich nach den schweren Rückschlägen in der Zeit Napoleons seit dem Wiener Kongreß wieder gut entwickelt.

Die Besitzungen in Bayern und Böhmen kann Fürst Maximilian Karl durch viele Zukäufe sehr rasch noch weiter ausbauen und vermehren. Bereits am 22. Oktober 1829 kauft er vom Grafen Max von Toerring-Guttenzell die Herrschaft Falkenstein mit Neuhaus um 150 000 Gulden. Das Rittergut Oberbrennberg folgt am 28. April 1832 durch Kauf von den Erben des Barons Max von Gumppenberg um 55 000 Gulden. Der Ankauf der Saulburger Waldungen von Ludwig von Krapp wird

durch Vertrag vom 15. Januar 1836 um 52 000 Gulden erreicht. Es schließt sich noch der Erwerb der Herrschaft Bernhardswald am 17. Januar 1840 von Baron Reichlin von Meldegg um 24 500 Gulden an. Diese Zukäufe kommen einer systematischen Arrondierung des unter dem Vater geschaffenen Besitzkomplexes Donaustauf-Wörth sehr zustatten.

Alle bisher in Bayern vorhandenen fürstlichen Besitzungen liegen nördlich der Donau. Nunmehr schreiten die Erwerbungen auch im Süden der Donau voran. Zuerst kauft man am 26. Juni 1833 das Gut Paring um 41 000 Gulden. Den größten Zuwachs bringt der Kauf von dem Grafen Montgelas am 1. Mai 1834 um den Betrag von 640 000 Gulden. Es handelt sich um die Herrschaften Neufahrn, Zaitzkofen, Laberweinting und Eggmühl sowie um die Brauerei Schierling und die Hofmark Sallach. Das Gut Haus wird am 4. April 1835 von den Erben des Freiherrn von Dörnberg um 150 000 Gulden gekauft. Am 22. Dezember desselben Jahres folgt der Ankauf der Güter Alteglofsheim und Triftlfing vom Freiherrn Anton von Cetto um 415 000 Gulden. Die Hofmark Niedertraubling, erworben am 24. März 1839 vom Baron Wilhelm von Berchem, kostet 200 000 Gulden. Am 22. Dezember 1840 gelingt der Kauf des Gutes Oberellenbach vom Ritter Max von Kobell um 134 000 Gulden. Die Herrschaft Rain wird bereits vorher am 1. März 1840 vom Grafen Max von Gravenreuth um 188 000 Gulden gekauft. Das unmittelbar bei der Stadt Regensburg gelegene Pürklgut folgt am 28. Dezember 1844 um einen Kaufpreis von 115 000 Gulden. Das Ökonomiegut Prüll bei Regensburg kostet 68 000 Gulden beim Ankauf am 13. September 1842.

Es ist nicht möglich, hier die weiteren zahlreichen Ankäufe von einzelnen Gütern, Waldungen, Höfen usw. aufzuzählen, die aber zusammen doch für die Gesamtarrondierung des fürstlichen Besitzes in Bayern südlich der Donau von großer Wichtigkeit sind.

Die größte Besitzerweiterung nimmt Fürst Maximilian Karl am 21. Dezember 1855 in Böhmen vor. Es handelt sich um den Kauf der früheren Herrschaft Leitomischl, die zuvor im Besitze der Grafen von Waldstein war. Der Kaufpreis beträgt 1 886 000 Gulden.

Mit diesem gesamten Besitzkomplex sind bis in die Jahrhundertmitte auch zahlreiche Gerichtsrechte verbunden. Die schwäbischen Herrschaften werden seit 1823 für den Zweck der Rechtspflege und Polizeiverwaltung in fünf Oberämter aufgegliedert: Buchau, Scheer, Obermarchtal, Obersulmentingen, Neresheim. In jedem dieser Amtsbezirke ist entsprechend der in Württemberg durchgeführten Trennung von Justiz und Verwaltung je ein fürstliches Amtsgericht für die Justiz und ein fürstliches Amt für die Polizeiverwaltung errichtet. Hierzu kommen noch die Ämter Ostrach und Straßberg, die im Fürstentum Hohenzollern liegen.

Zum Fürstentum Krotoszyn gehörte ursprünglich auch die volle Jurisdiktion, wozu man zwei fürstliche Gerichte errichtet hat, ein Fürstentums- sowie ein Friedensgericht. Durch Vertrag vom Jahre 1834 gibt Fürst Maximilian Karl diese Gerichtsbarkeit an den preußischen Staat zurück. Bis 1848 ist somit nur noch die standes- und gutsherrliche Gerichtsbarkeit und Polizeigewalt vorhanden.

In Bayern bestehen bis 1848 die Herrschaftsgerichte Wörth, Zaitzkofen und Sulzheim. Daneben gibt es bis zu diesem Zeitpunkt die Patrimonialgerichte Laberweinting, Rain, Alteglofsheim, Schönberg, Wiesent und Oberbrennberg.

Auf Grund der Verfassungsurkunde ist der Fürst Thurn und Taxis als Haupt der fürstlichen Familie im Königreich Bayern erbliches Mitglied der Kammer der Reichsräte. In Württemberg besitzt der Fürst infolge der Deklaration von 1819 das Recht der Landstandschaft und zählt somit zu den Mitgliedern der ersten Kammer. Als Besitzer der Herrschaft Ostrach ist der Fürst Thurn und Taxis Mitglied des Hohen-

zollernschen Landeskommunalverbandes und führt mit dem Fürsten von Fürstenberg zusammen eine Stimme. Im Jahre 1854 wird Fürst Maximilian Karl erbliches Mitglied des preußischen Herrenhauses. Kaiser Franz Joseph verleiht ihm am 5. April 1862 die erbliche Reichsratswürde in Österreich. Diese gründet sich auf die böhmischen Besitzungen des Hauses.

Die Aufhebung der Feudalrechte in Belgien sowie der bereits vorangegangene Verlust der Post veranlassen den Fürsten Maximilian Karl, den alten niederländischen Familienbesitz endgültig zu liquidieren. Schon Fürst Eugen Alexander hatte dazu vor mehr als einem Jahrhundert die Einwilligung gegeben. Trotz der immensen Besitzerwerbungen im Reich hatte bisher und vor allem jetzt dazu kein Anlaß aus finanziellen Gründen bestanden. Nun mußte aber endlich ein Schlußstrich gezogen werden. 1835 kommen die Herrschaften Impden und Braine-le-Château sowie der Maierhof la Houssière in Haut-Ittre zum Verkauf. Vom gesamten belgischen Besitz verbleiben lediglich noch vier große Wiesen in der Gemeinde Laeken bei Brüssel, die natürlich erst beim Verkauf im Jahre 1872 einen günstigen Erlös erzielen.

Zieht man Vergleiche, so muß man zweifelsohne feststellen, daß die Leistungen im Aufbau des Landbesitzes in der Zeit des Fürsten Karl Alexander die Verdienste seines Sohnes weit übertreffen. Für heutige Begriffe ist es beinahe unvorstellbar, wie Karl Alexander trotz der schwierigen Zeitverhältnisse diese Unsummen von Geld aufbringen konnte. Seine sehr bescheidene Lebensform hat auf alle Fälle dazu beigetragen. In einem Grafen Westerholt hatte er überdies einen sehr gebildeten und klugen Chef seiner Verwaltung. Sicherlich muß es aber als Tatsache gelten, daß die äußerst weitsichtige Hauspolitik unter Fürst Karl Alexander schon die letzten Voraussetzungen dafür geschaffen hat, den endgültigen Verlust der Post im Jahre 1867 ohne wirtschaftliche Schwierigkeiten zu überwinden.

Nach dem Tode des Fürsten Maximilian Karl — der Erbprinz ist bereits vor ihm 1867 verschieden — wird der Grundbesitz des Fürstlichen Hauses unter der Vormundschaft der Erbprinzessin Helene noch bedeutend vermehrt. Der Ankauf des Ökonomiegutes Hohengebraching bei Regensburg am 6. Mai 1872 kostet 150 000 Gulden. Am 1. Juni 1872 kommen die dem Fürsten Gustav Batthyany gehörigen Herrschaften Brod und Grobnik im Komitat Fiume sowie die Herrschaft Ozajl im Komitat Agram und endlich, am 19. Januar 1873, die im Komitat Agram gelegenen Herrschaften Zelin-Cice des Grafen Stephan von Erdödy durch Kauf in den Besitz des Fürstlichen Hauses. Der Kaufpreis beträgt 1 200 000 Gulden. Weitere Ankäufe folgen in diesem Gebiet in den Jahren 1873 bis 1876, und zwar in den Gemeinden Lokve, Plase, Agram, Lekenik, Delnice, Cernik usw., zusammen für rund 148 000 Gulden, von weiteren einzelnen Gütern dort wie in Bayern abgesehen. Die Erwerbungen der Jahre 1872 bis 1876, die hauptsächlich unter dem Freiherrn von Gruben als Chef der fürstlichen Gesamtverwaltung zustande kommen und von der Erbprinzessin Helene nicht immer gerne gesehen werden, bilden nunmehr einen weiteren, ganz erheblichen fürstlichen Güterbereich im Süden der österreichischen Monarchie.

Gegen die Jahrhundertwende hin bleiben noch folgende Erwerbungen unter Fürst Albert zu nennen: Schloßgut Garatshausen am Starnberger See aus dem Erbe der Erbprinzessin Helene, das Gut Hellkofen mit rund 483 Hektar (angekauft am 30. Oktober 1889 für 600 000 Mark), das Schloßgut Prüfening (angekauft am 29. April 1899 vom Baron Franz von Zuylen-Nyevelt für 1 400 000 Mark).

Den Gesamtbesitz des Fürstlichen Hauses kann am besten eine Zusammenstellung aus dem Jahre 1895 zeigen, in der aber die letzten Ankäufe unter Fürst Albert nicht enthalten sind. Es handelt sich um eine Fläche von abgerundet 123 765 Hektar beziehungsweise 1237,65 Quadratkilometer. Dieser Besitz liegt in 493 Gemeinden.

Zur Veranschaulichung seiner Größe mag der Hinweis dienen, daß das Fürstentum Lippe, das größte deutsche Fürstentum, mit einer Gesamtfläche von 1215 Quadratkilometer von dem Thurn und Taxisschen Hausbesitz an Fläche noch übertroffen wird. Rechnet man hierzu noch die zugehörigen 137 verschiedenen fürstlichen Kirchenpatronate, so kann vielleicht annähernd ein Eindruck vom Ausmaß dieses Gesamtbesitzes gewonnen werden.

Nur eines läßt sich aber dazu sagen: Das Kapital, das einst die Vorfahren, vor allem Franz von Taxis, mit der Post ihren Nachkommen in die Hände gelegt haben, hat sich vielfach vermehrt und viele Früchte gebracht. Nur eine Familie mit Traditionsbewußtsein und fortdauernder Energie kann ein so großes Werk vollbringen, trotz aller Stürme der Zeit.

Was hier jedoch zwei große Weltkriege an Einbußen mit sich bringen mußten, gerade beim Auslandsbesitz, bedarf sicherlich keiner näheren Erläuterung. Wichtig ist es aber, daß man trotz Zeitwidrigkeiten nicht die Hände in den Schoß legte. Für diese Verluste konnte in gewissem Sinne durch Brauerei, Banken und sonstige gewerbliche Betriebe, letzthin auch durch anderen Besitz, wenigstens in gewissem Sinne ein Äquivalent geschaffen werden.

In Regensburg wirkt es wie eine Hiobsbotschaft, als die Fürstin Therese in einem Brief vom 12. Februar 1810 mitteilt, das Dalbergische Fürstentum Regensburg würde an Bayern fallen. In Paris hatten sich also die kommenden Ereignisse, über die noch kein Vertrag vorlag, bereits herumgesprochen. Wie bestürzt der Fürst über diese Botschaft ist, geht aus seinem Brief vom 21. Februar an die Fürstin hervor. Auf keinen Fall wolle er in Regensburg bleiben oder auch nur die Generaldirektion der Post dort belassen, wenn diese Stadt bayerisch werden würde. Man weiß aber keine Möglichkeit, welcher neue Aufenthaltsort gewählt werden sollte. Gerade in diesem Zusammenhang taucht die Hoffnung auf Erfurt vermehrt auf. Noch immer wird aber auch der Gedanke einer Verlegung des Wohnsitzes nach Paris erwogen.

Das Scheitern der gesamten Verhandlungen, die Fürstin Therese in Paris geführt hat, weiterhin die Entwicklung der Zeit, so der Pariser Vertrag mit den auch das Haus Thurn und Taxis betreffenden Territorialveränderungen, lassen schließlich keine andere Möglichkeit mehr als den Verbleib in Regensburg.

König Max I. von Bayern ist bereit, die Privilegien des Fürstprimas auch seinerseits gelten zu lassen. Diese Bereitwilligkeit kommt in einer unterm 4. Mai 1810 an das königlich bayerische Hofkommissariat in Regensburg gerichteten allerhöchsten Entschließung zum Ausdruck, in der es unter anderem heißt:

„Übrigens sind Wir sehr geneigt, diejenigen Vorzüge und Begünstigungen dem Herrn Fürsten von Thurn und Taxis zu bewilligen, welche ihm von dem bisherigen Regenten Regensburgs zugestanden waren, und zu diesem Ende die fürstprimatische Deklaration vom 27. Dezember 1806 mit Vorbehalt derartiger Modifikationen, welche die Verschiedenheit der Verhältnisse selbst notwendig machen, zur Basis anzunehmen."

Vom August 1811 an finden denn auch Unterhandlungen wegen der Aufrechterhaltung der fürstlichen Gerichtsbarkeit in Regensburg statt, mit deren Führung der königlich bayerische Geheime Rat Freiherr von Aretin einerseits und der fürstlich Dirigierende Geheime Rat Graf von Westerholt andererseits betraut sind. Das Ergebnis dieser Absprachen gipfelt in der königlichen Deklaration vom 27. März 1812, der Grundlage für die fürstliche Gerichtsbarkeit bis zur Einführung des Bürgerlichen Gesetzbuches ab 1. Januar 1900. Der wichtigste Abschnitt daraus lautet:

„Bestätigen Wir dem Herrn Fürsten über dessen sämtliche Dienerschaft zu Regensburg, sowie über derselben Hausgenossen die Zivilgerichtsbarkeit in erster und zweiter Instanz, und zwar nicht nur in kontentiösen, sondern auch in nicht streitigen Sachen, als Obsignationen, Verlassenschaftsabhandlungen, Vormundschaftsbestellungen, Abhörung vormundschaftlicher Rechnungen usw."

Ab 1861 treten an Stelle der bisherigen zwei Gerichte nunmehr drei, und zwar das Einzelrichteramt, auch Amtsgericht genannt, mit einem Amtsrichter, das Zivilkollegialgericht 1. Instanz mit drei Richtern und das Zivilkollegialgericht 2. Instanz mit vier Richtern.

Im engsten Zusammenhang mit diesen Verhandlungen wegen der Gerichtsbarkeit steht die Abwicklung der bayerischen Verpflichtungen gegenüber dem Haus Thurn und Taxis wegen des Postvertrages von 1808. Es geht darum, die jährliche Postrente von 60 000 Gulden nach der Vertragsregelung in Domänen umzuwandeln. Am 28. März 1812 wird der Vertrag zwischen dem bayerischen König und dem Fürsten

endgültig unterzeichnet. Mit Lehenbrief vom 23. April 1812 gehen die Klostergebäude von St. Emmeram in Regensburg nebst weiterem Besitz und Rechten an das Fürstliche Haus über.

Auf den verschiedenen Verträgen des Monats März 1812 beruht einerseits die Tatsache, daß in Regensburg endgültig die Residenz der Fürsten Thurn und Taxis verbleibt und andererseits mit dem Aufbau der fürstlichen Besitzungen und Herrschaften in Bayern begonnen wird. Die Gebäude des Reichsstiftes St. Emmeram, von denen einzelne Teile bereits seit über einem halben Jahrhundert vom Fürstlichen

Fürst Maximilian Karl von Thurn und Taxis (1802—1871)

Hause mietweise bewohnt wurden, erfahren nunmehr die Umgestaltung zum fürstlichen Schloß St. Emmeram.

Der Fürst Thurn und Taxis erhält die ehemaligen Emmeramer Stiftsgebäude nebst dem Bräuhaus, ausgenommen das äußere Gebäude am Emmeramsplatz und zunächst der Bauhof, jedoch „mit Vorbehalt aller in dem Kloster und in den Zugebäuden vorhandenen inneren Einrichtung, soweit sie nicht Nagel und Band hält, und den Kästen, Behältnissen und Stellagen, welche zur Bibliothek und anderen wissenschaftlichen Gegenständen gehören ..." Die Stiftskirche St. Emmeram ist von der Übergabe ausgenommen; sie wird zur Pfarrkirche bestimmt. Die Kirche soll vom fürstlichen Besitz gänzlich getrennt, zur Bequemlichkeit des Fürstlichen Hauses aber ein Zugang unter ausschließlich fürstlichem Verschluß vorbehalten werden. Weiterhin wird dem Fürstlichen Hause die Beibehaltung der Familiengruft in der Wolfgangskrypta zugestanden. Die Übergabe des Emmeramer Bauhofes erfolgt durch ein gesondertes Reskript vom 8. September 1815 an den Fürsten.

Im Jahre 1812 beschränkt man sich darauf, die Verwaltungsstellen, Archiv und Bibliothek aus dem Kanzleigebäude in der Gesandtenstraße nach St. Emmeram zu verlegen. Es ist bezeichnend, daß hauptsächlich nur für die Verlegung der Bibliothek Ausgaben erwachsen sind. Der Regensburger Maler Joseph Zacharias gibt dem früheren Emmeramer Bibliothekssaal, der 1732 und 1733 zusammen mit dem gesamten Gebäudetrakt errichtet wurde, eine neue klassische Bemalung; ihr fiel die 1737 durch Comas Damian Asam geschaffene Ausmalung zum Opfer.

Bereits mit Vertrag vom 31. Oktober 1812 verkauft der Fürst das Kanzleigebäude in der Gesandtenstraße. Die wirtschaftliche Lage des Fürstlichen Hauses erlaubt es zu dieser Zeit nicht, daß man sich in Regensburg mit Gebäuden belastet, die für den unmittelbaren Bedarf entbehrlich sind. Umgekehrt wird jede sich bietende Gelegenheit wahrgenommen, das Gelände um das neue Schloß St. Emmeram zu arrondieren und einen entsprechenden Park zu gewinnen. Das ehemalige Stift war im Süden und Osten durch die alte Stadtbefestigung sehr eingeengt. Die bedeutendste Erwerbung dieser Zeit stellt der Kauf des Sternbergschen Gartens am 31. Dezember 1813 von der Krone Bayern dar. Zu diesem Objekt zählt ein Gartenhaus, das sich Domkapitular Graf Kaspar von Sternberg 1807 nach den Plänen von d'Yrigoien erbauen ließ. Anläßlich der Belagerung von Regensburg 1809 hat der gefällige klassizistische Bau schwerste Schäden erlitten. Unmittelbar nach dem Ankauf geht man 1814 an die Wiederherstellung und entsprechende Ausstattung des Gartenhauses. Die Fürstin Therese, nach der unmittelbar darnach das Gebäude „Theresienruhe" benannt wurde, hat sicherlich diese Maßnahme angeregt und gefördert. Auch hier schafft Joseph Zacharias den Dekor des Salons und der Kabinette.

Unmittelbar nach der Übernahme der Emmeramer Gebäude beschränkt man sich auf die notwendigsten Bauausgaben. Die Gesamtlage des Hauses läßt immer noch die größte Sparsamkeit angezeigt erscheinen. Erst die Deutschen Bundesakte von 1815 schaffen neue Rechtsgrundlagen und ermöglichen einen erneuten wirtschaftlichen Aufstieg des Hauses Thurn und Taxis. Im Jahre 1816 beginnen nun schlagartig die Ausgaben für Bauveränderungen und Ausstattung des Schlosses St. Emmeram, der neuen Residenz des Hauses. Die Herrschaftsräume im äußeren Ostflügel, also dem Bereich des gesamten Komplexes, den Fürst Karl Alexander bereits als

Rechts: Fürst Albert von Thurn und Taxis (1867—1952) als Inhaber des Chevauxlegers-Regiments Taxis

Freimarke 1/4 1/4 Silb.Grosch.

Freimarke 1/3 1/3 Silb.Grosch

Freimarke 1/2 1/2 Silb.Grosch

Freimarke 1 1 Silb.Grosch

Freimarke 2 2 Silb.Grosch

Freimarke 3 3 Silb.Grosch

Freimarke. 5 5 Silb.Grosch.

Freimarke. 10 10 Silb.Grosch.

Freimarke 1 1 Kreuzer

Freimarke 3 3 Kreuzer

Freimarke 6 6 Kreuzer

Freimarke 9 9 Kreuzer

Freimarke 15 15 Kreuzer

Freimarke 30 30 Kreuzer.

Erbprinz bewohnt hatte, werden um- und ausgestaltet. Die Initiative für dieses neue Schaffen geht zweifelsohne von der Fürstin Therese aus. In den vergangenen Jahren hatte sie auf ihren zahlreichen Reisen nach Paris usw., zuletzt aber durch ihre Anwesenheit beim Wiener Kongreß, die beste Möglichkeit, die modernen Formen und den Geschmack der großen Welt ihrer Zeit kennenzulernen. Die neuen Ausstattungsstücke werden aus München, Paris, Sarreburg, Tournai, Frankfurt und Karlsbad, um nur die wichtigsten Orte zu nennen, bezogen. Es läßt sich sogar beobachten, daß die kunstsinnige Fürstin die verschiedensten Gegenstände selbst ausgewählt oder Aufträge für Arbeiten in eigenem Ermessen erteilt hat.

Für die Planungen zur Umgestaltung der früheren Klostergebäude zu einer fürstlichen Residenz scheint man anfangs den Würzburger Hofbaudirektor Salins herangezogen zu haben. Ein undatierter Grundriß vom ersten Obergeschoß des gesamten Schloßbereiches sieht sehr weitgehende Eingriffe in den vorhandenen Baubestand vor. Diese Vorschläge haben allem Anschein nach keine Zustimmung gefunden, vermutlich auch aus finanziellen Gründen. Während der Bauarbeiten hat man den Münchener Hofbaudirektor Leo von Klenze zu Rate gezogen. Das Bauwesen am fürstlichen Hof selbst besorgte zu dieser Zeit Graf Ignaz von Klenau, dessen künstlerische Fähigkeiten in seiner Zeit hoch gewertet wurden.

Die Bauarbeiten sind im Jahre 1819 im wesentlichen abgeschlossen. Durch die Ausstattungsarbeiten der Jahre 1816 bis 1819 hat man besonders im ersten Obergeschoß des äußeren Ostflügels eine ansehnliche Flucht von klassizistischen Räumen geschaffen. Es handelt sich vor allem um den großen Tafelsaal mit anschließenden Gesellschaftsräumen, darunter beispielsweise der Spiegelsalon, woran sich gegen Norden die Privatgemächer der Fürstin Therese anschlossen. Eine abermalige Bauveränderung hat sich zwischen 1826 und 1828 ergeben. Man erweitert den Ostflügel gegen Westen und zwar im Bereich des anschließenden kleinen Innenhofes, um dadurch günstigere Zimmerfluchten in diesem Gebäude gegen Westen zu erreichen.

Fürst Maximilian Karl, der nach dem Tode seines Vaters 1827 an die Spitze des Hauses tritt, zählt zu diesem Zeitpunkt noch keine 25 Jahre. Er entwickelt gerade in den beiden ersten Jahrzehnten als Fürst eine unglaubliche Schaffenskraft, die erst durch neue Zeitereignisse — das Jahr 1848 mit der folgenden Aufhebung der Patrimonialgerichtsbarkeit und 1867 Verlust der Post sowie zugleich den plötzlichen Tod des Erbprinzen — und schließlich auch durch das fortschreitende Alter gehemmt wird. Sein Wirken kann man auf zwei Gebieten besonders gut kennzeichnen: 1. Modernisierung des gesamten Verwaltungsbetriebes und weiterer Ausbau des Besitzes. 2. Förderung aller kulturellen Bestrebungen, die sich insbesondere im Bauen und der Einrichtung einer Gemäldegalerie sowie eines Kupferstichkabinetts kennzeichnen. Gerade in dem zweiten Punkt ist das Erbe der Mutter, der kunstsinnigen Fürstin Therese, unverkennbar.

Sein Hauptaugenmerk lenkt Fürst Maximilian Karl gleich zu Anfang dem Marstall zu, der Einrichtung am fürstlichen Hof, die infolge der schweren wirtschaftlichen Rückschläge zu Anfang des 19. Jahrhunderts nur noch auf die wichtigsten Aufgaben beschränkt war. Er beginnt sofort mit dem Ankauf neuer Pferde und Wagen. Sodann folgen die Planungen für neue Stallungen und eine Reitschule. Um mit all dem aber sogleich anfangen zu können, werden einstweilen schon Provisorien

Links: Briefmarken der Thurn und Taxis-Post

für Stallungen und Reitschule geschaffen, da der Neubau nicht so rasch fortschreiten kann, wie der junge Fürst seine Pläne gerne in die Tat umsetzen will.

Schon im Sommer des Jahres 1829 liegt eine Gesamtplanung für die neuen Marstallgebäude vor. Sie stammt vom königlich bayerischen Baurat und Hofbaudekorateur Jean Baptiste Metivier. Noch im September beginnen zwei Poliere, 86 Maurer und 171 Handlanger mit dem Grundaushub, dem Mauern der Fundamente und der Baumaterialbeischaffung.

Der Plan Metiviers sieht eine Triklinienanlage vor; der zurückliegende Mittelteil enthält die Reitschule, in den Seitenflügeln befinden sich die Stallungen mit einem Obergeschoß darüber. Für die künstlerische Ausgestaltung der Reitschule hat Metivier Ludwig von Schwanthaler herangezogen. Von ihm stammen 16 Stuckreliefs an den Innenwänden der Reithalle, und zwar vier Wagenzüge, darstellend Achilles, Hektor, Ares und Herakles, dann 12 Heroen (Atalanta, Cheiron, Castor, Polydeukes, Alexander, Hippolyta, Odysseus, Diomedes, Bellerophon, Perseus, Adrastos und Minos). An der Außenfassade über dem Tor bringt er ein weiteres Relief an, darstellend zwei Reiter im vollen Rennen vor der Victoria.

Gegen Ende des Jahres 1831 sind die Bauarbeiten abgeschlossen. Die Schlußabrechnung ergibt für diesen umfänglichen Baukörper die enorme Gesamtsumme von 250 421 Gulden. Am 13. Mai 1832 eröffnet der Fürst seinen neuen Marstall vor zahlreichen Gästen mit einem festlichen „Karussel".

Der Gebäudekomplex bietet sowohl in seinem Gesamteindruck als auch in den Details ein edles und vortreffliches Bild. Ohne Zweifel zählt dieser Reitschulbau zu den besten Werken Metiviers. Mit Sicherheit darf aber feststehen, daß heute der fürstliche Marstall in Regensburg als das besterhaltene Werk dieses Baumeisters gelten kann. In der Ausstattung der Reithalle, die den eigentlichen Höhepunkt des gesamten Baukomplexes bildet, hat sich die glückliche Zusammenarbeit mit einem ersten Künstler der Zeit, Ludwig von Schwanthaler, besonders bewährt. Sicherlich war es keine einfache Aufgabe für den Baumeister, auf einem so beschränkten Raum und noch dazu im Bereich der alten Gebäude von St. Emmeram einen Bau zu erstellen, der einerseits den technischen und praktischen Erfordernissen entspricht, auf der anderen Seite sich aber dem Vorhandenen zu- beziehungsweise unterordnet. Gerade all dies scheint Metivier hier meisterhaft gelöst zu haben.

Die fürstlichen Marstallgebäude sind in ihrem Umfang nicht groß und können sich in der Ausdehnung mit solchen großer Höfe nicht messen. Es darf jedoch nicht übersehen werden, daß einerseits der verfügbare Raum sehr beschränkt war und andererseits auch dieses übergroße Bedürfnis nicht vorlag, nachdem das Haus Thurn und Taxis seit 1806 nicht mehr zu den regierenden Häusern zählte. Trotzdem kann aber gerade dieser Marstall als eine der schönsten und besten Anlagen gelten, die nach der Barockzeit, also im 19. Jahrhundert, noch geschaffen wurde.

Im Marstall des Fürsten Maximilian Karl ist im Jahre 1833 bereits ein Bestand von 73 Pferden erreicht. 1845 sind 64 Wagen in Betrieb. Die erlesensten Wagen werden von den bekannten Wiener Wagenfabrikanten Simon Brandmaier und Engl bezogen. Auch die Wagenfabriken Dick und Kirschten in Offenbach sowie in Höchst erhalten viele Aufträge. Selbst in London wird gekauft. Seit der Jahrhundertmitte stehen vor allem Münchener Fabrikanten bei Wagenlieferungen an den fürstlichen Marstall im Vordergrund.

Die Technik des 19. Jahrhunderts und gerade die Eisenbahn macht sich schon sehr früh auch im fürstlichen Marstall bemerkbar. 1860 ergeht an die Firma Joseph Rathgeber in München der Auftrag für den Bau eines Salonwagens mit vier Achsen. Die Kosten belaufen sich bei der Lieferung zu Ende des Jahres 1861 auf 19 358 Gulden. Am Hof des Fürsten Thurn und Taxis ist der Salonwagen der Eisenbahn allein

schon deswegen sehr wichtig, weil die Besitzungen auf weite Gebiete verstreut sind.

Bereits kurz nach Fertigstellung der neuen Marstallgebäude gibt Fürst Maximilian Karl einen neuen großen Bauauftrag, und zwar für die Errichtung einer Familiengruft. Es hat sich nämlich gezeigt, daß sich die Wolfgangskrypta in der Emmeramskirche aus statischen Gründen weiterhin für Beisetzungen nicht mehr verwenden läßt. Unterm 10. August 1835 legt der fürstliche Baurat Karl Victor Keim dem Fürsten die Entwürfe für die neue Familiengruft vor. Er begründet dabei näher, daß sich im Schloßbereich St. Emmeram nur der Garten innerhalb des alten Klosterkreuzganges für ein solches Bauvorhaben eignet.

Der Gruftbau wird 1836 in Angriff genommen; die Arbeiten erstrecken sich bis ins Jahr 1843. Mit Rücksicht auf die Architektur des Kreuzganges wählt Keim, der in seinen anderen Bauten ein eifriger Vertreter des Klassizismus ist, für dieses Bauwerk gotische Stilformen. Was er damit erreichen wollte, ist nicht bis in alle Konsequenzen geglückt. In ihren Abmessungen erdrückt die zweigeschossige Gruftkapelle den ohnedies nicht sehr geräumigen Garten des Kreuzganges. Auch die Maßverhältnisse des in die klassizistischen Bauformen eingearbeiteten Baumeisters lassen sich in der Blockhaftigkeit und der horizontalen Ausrichtung am Äußeren der Kapelle nicht leugnen. Bezeichnend ist es aber, daß die Zeitgenossen einen solchen Eindruck nicht hatten. Wir wissen beispielsweise, daß Gärtner die Pläne ausdrücklich guthieß. Eduard von Schenk schreibt in einem Brief an König Ludwig I. von Bayern sogar von einem „sehr interessanten Neubau in Regensburg". Das fertige Bauwerk scheint allgemeine Bewunderung erregt zu haben.

Nun wäre es freilich auch weit gefehlt, wollte man über diesen Bau heute ein abfälliges Werturteil sprechen; im Gegenteil: Die fürstliche Gruftkapelle kann man als ein typisches Beispiel der Neugotik bezeichnen, deren Wert heute wieder geschätzt wird. Nachdem Keim in seinem Hang zur Nüchternheit das rein Dekorative sehr zurückgedrängt hat, unterscheidet sich diese Gruft wohltuend von den vielen überladenen Bauwerken derselben Stilrichtung. Man kann sogar ohne Übertreibung sagen, daß die fürstliche Gruftkapelle als eines der edelsten und vornehmsten Beispiele der frühen Neugotik auf deutschem Boden zu bezeichnen ist.

Der gesamte Kostenaufwand für diesen Bau und die damit zusammenhängenden Baumaßnahmen hat sich auf 193 130 Gulden belaufen. Nach Abschluß der gesamten Arbeiten läßt der Fürst seine verstorbenen Eltern, die bisher in der Schloßkirche in Neresheim beigesetzt waren, seine früh verstorbenen Geschwister sowie seine erste Gemahlin, Fürstin Wilhelmine, aus Neresheim beziehungsweise der Wolfgangskrypta hierher überführen. Die Entwürfe zu den Sarkophagen für die Fürstin Wilhelmine, die Prinzessinnen Charlotte Louise und Louise Friederike sowie den Prinzen Friedrich Wilhelm stammen von H. Keim, wohl einem Verwandten des fürstlichen Baurates. Die Sarkophage für das Fürstenpaar Karl Alexander und Therese sowie die Prinzen Karl Wilhelm und Georg Karl hat Foltz entworfen.

Als nächstes großes Bauprojekt befiehlt Fürst Maximilian Karl am 30. November 1841 den Umbau des Schlosses Donaustauf bei Regensburg. Für Baurat Karl Victor Keim, der auch dafür die Pläne liefert, ist größte Eile geboten, weil der Bau bis zu den Einweihungsfeierlichkeiten der Walhalla im Oktober des folgenden Jahres fertiggestellt sein soll. Es ist der Wunsch des Fürsten, daß er die hohen Gäste anläßlich dieser Festlichkeit in würdiger und repräsentativer Form in Donaustauf, also unmittelbar bei der Walhalla, empfangen kann. In diesem Zusammenhang bleibt darauf hinzuweisen, daß der Fürst Thurn und Taxis auch das Grundstück für den Bau der Walhalla zur Verfügung gestellt hat.

Es ging in Donaustauf darum, die heterogenen Bestandteile des vorhandenen älteren Schlosses gewissermaßen zu egalisieren und durch Erweiterungsbauten zu

einem einheitlichen, repräsentativen Komplex zu formieren. Keim hat diese Aufgabe fristgerecht in der staunenswert kurzen Zeit von sechseinhalb Monaten gemeistert. Es gelang ihm dabei, den Bau so auszuführen, daß er — wenigstens äußerlich — wie aus einem Guß wirkte. Allein durch seine Ausmaße mag dieses Bauwerk sehr repräsentativ erschienen sein, wenn es auch die nüchterne Strenge der noch dem Klassizismus angehörenden Form Keims gezeigt hat. Der Gesamtaufwand für den Schloßbau hat sich auf 12 362 Gulden belaufen. Als König Ludwig I. von Bayern am 18. Oktober 1842 die Walhalla eröffnet, ist in Donaustauf neben den Fahnen Bayerns, Preußens und der Stadt Regensburg auch die des Hauses Thurn und Taxis zu sehen.

Das Schloß in Donaustauf hat die fürstliche Familie schon vor dem großen Um- und Erweiterungsbau in den Sommermonaten gerne bewohnt. Mit besonderer Vorliebe weilte hier Fürstin Mathilde, die zweite Gemahlin des Fürsten Maximilian Karl. Es ist bezeichnend, daß Schloß Donaustauf zum Geburtsort von sieben Kindern aus dieser zweiten Ehe des Fürsten wurde. Die Lage an der Donau mit dem gepflegten Park, aber auch vor dem weiten Donaustaufer Forst mit dem fürstlichen Thiergarten machte Donaustauf nun zu einem der besonders gerne bewohnten fürstlichen Schlösser. Die dazugehörigen Stall- und Reitschulgebäude boten all das, was zu einem bequemen Aufenthalt außerdem erforderlich war. 1880 fiel das Schloß dem großen Brand des Ortes Donaustauf mit zum Opfer. Die Einrichtung konnte gerettet werden; die Ruine selbst wurde beseitigt.

Nicht nur in Regensburg hat Fürst Maximilian Karl eine würdige Grablege für seine Familie geschaffen, er dachte auch an die Gräber der Vorfahren. Er sorgt für die Instandsetzung der fürstlichen Grabmäler im Frankfurter Dom und der Ursulakapelle bei Notre Dame du Sablon in Brüssel.

Dem Fürsten Maximilian Karl gelingt es vor allem, das Ansehen des Hauses erneut zu heben und zu festigen. Der Verlust der Landeshoheit und der Post kann durch die nun immer mächtiger werdende standesherrliche Stellung des Fürstlichen Hauses ausgeglichen werden. Schon unter ihm erreicht der fürstliche Grundbesitz in Bayern, Württemberg, Preußen und Österreich eine Ausdehnung, die an Fläche viele der kleinen Staaten im damaligen Deutschen Bund übertrifft. In Bayern bekleidet der Fürst das Amt eines Kronoberstpostmeisters und erblichen Reichsrates. Das Kronamt eines Kronoberstpostmeisters ist nicht mit den Hofämtern gleichzusetzen, sondern den „obersten Würden des Reichs", deren Bestand auf verfassungsrechtlicher Anordnung beruht. Die Kronoberstpostmeisterwürde ist ein erbliches Mannlehen der Krone, das vom König als Thronlehen verliehen wurde. Mit den Kronämtern sind auch besondere Rechte und Würden verbunden. Bei feierlichen Anlässen waren sie Bewahrer der Reichsinsignien. Kraft ihrer Würde zählen sie von vorne herein als Mitglieder der Kammer der Reichsräte. Eine besondere Vorzugsstellung kommt ihnen jedoch noch dadurch zu, daß sie Mitglieder des königlichen Familienrates und unter bestimmten Voraussetzungen zur Reichsverwesung berufen waren.

Auch die engen verwandtschaftlichen Bande, die nunmehr zu regierenden deutschen Häusern bestehen, vor allem Bayern, Württemberg, Hannover und Preußen, dürfen hier nicht übersehen werden. Dies ist besonders auf die Mutter Maximilian Karls, Fürstin Therese zurückzuführen. Das Ansehen des Hauses gewinnt aber noch eine ganz bedeutende Steigerung mit der Verehelichung des Erbprinzen Maximilian Anton im Jahre 1858. Die Erbprinzessin Helene ist die Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich und damit die Schwägerin des Kaisers Franz Joseph.

Die Unterstützung Armer und Bedürftiger war für das Haus Thurn und Taxis von jeher eine der großen Aufgaben, aber vollkommen aus einem inneren Anliegen

heraus. So stellt sich der alternde Fürst Maximilian Karl auch im Kriege 1870 zur Verfügung und geht als Delegierter des „Hilfsvereins zur Unterstützung im Felde leidender und verwundeter Krieger", des Vorläufers des Roten Kreuzes, auf den Kriegsschauplatz nach Frankreich. Kränkelnd muß er früher als vorgesehen nach Regensburg zurückkehren. Am 10. November 1871 stirbt er im Schloß St. Emmeram. Die sterbliche Hülle wird am 14. November in der Familiengruft beigesetzt.

Fürst Maximilian Karl hatte am 24. August 1828 die Reichsfreiin Wilhelmine von Dörnberg geheiratet, die ihm fünf Kinder schenkte, darunter den Erbprinzen Maximilian Anton. Schon am 14. Mai 1835 ist die Fürstin im Alter von etwas über 31 Jahren gestorben. Am 24. Januar 1839 vermählte sich der Fürst in zweiter Ehe mit Prinzessin Mathilde von Oettingen-Spielberg. Diese Ehe war mit zwölf Kindern gesegnet, von denen Prinzessin Amalie Sophie den Erbgrafen von Rechberg und Rothenlöwen sowie Prinzessin Maria den Fürsten Wilhelm von Waldburg-Zeil-Trauchburg geheiratet haben.

Fürstin Mathilde wirkte in der Stadt Regensburg mit unermüdlichem Eifer und mit Aufwendung großer finanzieller Mittel auf dem Gebiet der Armenfürsorge. Erwähnt sei besonders die Gründung des nach ihr benannten Mathilden-Spitals, das zur Heilung und unentgeltlichen Pflege armer kranker Kinder aller christlichen Konfessionen aus der Stadt Regensburg und deren Umgebung bestimmt war. Der gesamte Unterhalt wurde durch Jahre von der Fürstin allein bestritten. Am 20. Januar 1886 ist die wohltätige Fürstin gestorben.

Erbprinz Maximilian Anton, der am 28. September 1831 in Regensburg geboren ist, vermählt sich am 24. August 1858 in Possenhofen mit Herzogin Helene in Bayern, der Schwester der Kaiserin Elisabeth von Österreich. Unter dem Jubel der Regensburger Bevölkerung zieht das Erbprinzenpaar am 22. Dezember in der Stadt ein. Im Herbst 1862 erfolgt der Ankauf des sogenannten Prüfeninger Hofes am Bismarckplatz, der als Erbprinzenpalais eingerichtet wird. Erbprinz Maximilian Anton, in den man große Hoffnungen gesetzt hat, stirbt jedoch plötzlich, noch zu Lebzeiten seines Vaters, am 26. Juni 1867. Er hinterläßt vier Kinder: Prinzessin Luise (1859—1948), später Gattin des Prinzen Friedrich von Hohenzollern; Prinzessin Elisabeth (1860—1881), verheiratet mit Herzog Miguel von Braganza; Prinz Maximilian Maria, geboren am 24. Juni 1862 auf Schloß Taxis; Prinz Albert Maria Lamoral, geboren am 8. Mai 1867 in Regensburg.

Maximilian Maria tritt nach dem Tode seines Großvaters, des Fürsten Maximilian Karl, 1871 die Nachfolge an, zunächst unter Vormundschaft seiner Mutter. Mit seinem einundzwanzigsten Lebensjahr, am 24. Juni 1883, übernimmt er als Fürst die Geschäfte seines Hauses. Er hatte zuvor sechs Semester an den Universitäten Bonn, Straßburg und Göttingen Philosophie, Jura und Nationalökonomie studiert.

Fürst Maximilian Maria war ein eifriger Förderer der Kunst und Wissenschaft. Die Geschichte seines Hauses in wissenschaftlicher Form dargestellt zu sehen, war sein Lieblingswunsch; dies legt er auch in einer Entschließung vom 10. Dezember 1883 nieder. Schon vor seinem Regierungsantritt gibt er den Auftrag, die erforderlichen Vorarbeiten zum Bau eines neuen Südflügels beim Schloß St. Emmeram zu treffen, nachdem sich dieser künstlerisch wertlose Schloßteil in einem sehr schlechten baulichen Zustand befand. Dem fürstlichen Oberbaurat Max Schultze überträgt der Fürst die gesamte Plangestaltung und Bauleitung. Schultze ist vor allem auch durch seine Pläne zum Bau des Schlosses Falkenstein bekannt geworden, die er für König Ludwig II. von Bayern angefertigt hat und die nicht mehr zur Ausführung kamen.

Im Spätherbst 1883 beginnen die Abbrucharbeiten. Der Bau selbst wird mit seiner Innenausstattung in den Jahren 1884 bis 1888 durchgeführt. Gleichzeitig erfolgt die

Schloß St. Emmeram in Regensburg

Anordnung für die Errichtung eines Jagdschlosses im Thiergarten bei Donaustauf, das als Ersatz für das abgebrannte Donaustaufer Schloß dienen soll. Diese Baumaßnahme wird 1885 durchgeführt. Aber nur noch vom Krankenbett aus kann der junge Fürst das Emporwachsen der Mauern am neuen Südflügel des Schlosses St. Emmeram verfolgen, die Fertigstellung selbst sollte er nicht mehr erleben. Am 2. Juni 1885 stirbt er kurz vor seinem 23. Geburtstag.

Die Nachfolge tritt nunmehr Fürst Albert an, der die Geschicke des Fürstlichen Hauses bis zu seinem Tode am 22. Januar 1952 lenkt. Ebenfalls er steht zunächst noch bis 8. Mai 1888 unter der Vormundschaft seiner Mutter. Sein Hauptaugenmerk lenkt der junge Fürst zuerst auf die Fertigstellung und Ausstattung des von seinem Bruder begonnenen Werkes, des Regensburger Schloßbaues. Nach dem Südflügel wird anfangs der neunziger Jahre auch der Ostflügel einem gründlichen Umbau in seinem Äußeren wie in seinem Inneren unterzogen. Hier entstehen die Festräume des Schlosses mit dem großen Ballsaal. In dieser Zeit wird die Innenausstattung des Frankfurter Palais nach Regensburg überführt und hier im Zuge dieser Baumaßnahme neu verwendet. Die Gobelins wurden bereits zwei Jahrzehnte früher von Frankfurt nach Regensburg verbracht. Gleichzeitig läßt der Fürst auf der Höhe des Thiergartens bei Donaustauf, auf der Aschenbrennermarter, eine stattliche Zahl von Jagdhäusern, „die Hütte", errichten. Diese ist von dieser Zeit an der beliebte Sitz der fürstlichen Familie im Herbst jeden Jahres.

Am 15. Juli 1890 vermählt sich Fürst Albert in Budapest mit Erzherzogin Margarete von Österreich. Schon beim Einzug des Fürstenpaares nach der Hochzeit in Regensburg am 16. Juli 1890 zeigt erstmals die Folge der prachtvollen Gespanne mit dem achtspännig gefahrenen Großgalawagen und einer Reihe von Galawagen den Glanz, den nunmehr der Hof des Fürsten Thurn und Taxis bei festlichen Anlässen wieder entwickelt. Hier ist aber zugleich das Traditionsbewußtsein des Fürsten zu erkennen, der nicht etwa einen neuen Großgalawagen und neue Galawagen zu diesem Anlaß und für späterhin bauen, sondern die alten Galawagen des Großvaters Maximilian Karl und der Eltern zu diesem Feste wieder restaurieren läßt. Die Mutter,

Erbprinzessin Helene, sollte diesen Freudentag des Hauses nicht mehr erleben; am 16. Mai 1890 ist sie im Schloß St. Emmeram verschieden.

Unter Fürst Albert wird besonders auch der fürstliche Marstall in letzter glanzvoller Form ausgebaut. Verschiedene wichtige Maßnahmen haben dies bewirkt; sie lassen sich hier kurz in folgender Form zusammenfassen: Anlegung einer Reitbahn und später eines Rennplatzes in Prüfening, Einrichtung eines Gestütes in Höfling, Errichtung neuer Gebäude zur Erweiterung des Marstalls im Komplex Waffnergasse 6—8 in den Jahren 1904 bis 1909.

Fürstin Margarete ist nicht nur für ihre Familie mit sieben Kindern — ein weiterer Prinz ist im Kindesalter verstorben — eine gute Mutter geworden, sie war auch die mit Hingabe und Liebe sorgende und pflegende Hohe Frau an den Krankenbetten der Verwundeten in den Lazaretten während der beiden Weltkriege und der Kinder in der Regensburger Kinderklinik.

Die engen verwandschaftlichen Bande mit dem österreichischen Kaiserhaus haben Ansehen und Stellung des Hauses Thurn und Taxis noch mehr gehoben. Dies kommt unter anderem auch dadurch zum Ausdruck, daß Prinzregent Luitpold von Bayern dem Fürsten Albert am 8. Mai 1899 den nach dem Rechte der Primogenitur vererblichen Titel eines Herzogs zu Wörth und Donaustauf verleiht.

Im Familienvertrag von 1831, der zum Hausgesetz gehört, wird die Inhaberschaft über das 2. bayerische Chevauxlegers-Regiment Taxis ausdrücklich als Bestandteil des fürstlichen Stammvermögens bezeichnet. Näher ist darin festgelegt, daß dieser Rechtstitel nach dem Ableben des jeweiligen Inhabers immer nur an den Chef des Fürstlichen Hauses zurückfallen könne. Am 26. Juli 1885 bestätigt König Ludwig II. Fürst Albert als Regimentsinhaber. Der Standort des Regiments ist zu dieser Zeit in Dillingen (seit 1872). Von 1815 bis 1867 war es in Ansbach, anschließend in Bamberg stationiert. 1909 wird das Regiment dem Wunsche des Inhabers entsprechend von Dillingen nach Regensburg verlegt.

Sicherlich sind es schwere Schicksalsschläge, die über das Fürstliche Haus Thurn und Taxis nach dem Ersten Weltkrieg hereinbrechen; der gesamte Besitz in Krotoszyn, in Böhmen und Kroatien ist beschlagnahmt. Polen erklärt sich nach längeren Verhandlungen bereit, für die ausgedehnten Liegenschaften im Bereich des ehemaligen Fürstentums Krotoszyn eine den Umständen entsprechende Entschädigung zu zahlen, die freilich den Gesamtverlust nicht annähernd wettmachen kann. Die Tschechoslowakei und Jugoslawien heben nach jahrelangen Prozessen den Sequester über die fürstlichen Besitzungen in ihrem Land 1935 und 1937 wieder auf. Dazwischen liegen die schweren Jahre der Weltwirtschaftskrise. Das Jahr 1945 bringt wiederum den Verlust dieser Besitzungen, dazu auch die Beschlagnahme des Gutes Rammelburg in Thüringen, das erst 1937 angekauft wurde.

Am 22. Januar 1952 stehen die fürstlichen Fahnen im Schloß St. Emmeram auf Halbmast. In den Morgenstunden dieses Tages hatte Fürst Albert für immer seine Augen geschlossen. Die Regensburger Presse schreibt: „Ein Aristokrat von echtem Adel des Herzens, ein wahrer Vertreter abendländischer Gesinnung, Mäzen der Künste und Wissenschaften, Wohltäter der Armen und Hilfsbedürftigen." Menschen aus allen Schichten der Bevölkerung stellen sich im Schloßhof in langer Schlange an, um dem Toten in der Gruft den letzten Gruß der Dankbarkeit zu entbieten. Es mögen 70 000 bis 80 000 gewesen sein, die aus der Stadt und ihrer Umgebung kamen. So tief hatte sich die Persönlichkeit dieses hochedlen Mannes und sein soziales Wirken in die Herzen aller eingegraben. Am 2. Mai 1955 folgt ihm Fürstin Margarete im Tode.

Die Nachfolge nach dem Ableben des Fürsten Albert als Chef des Fürstlichen Hauses Thurn und Taxis tritt dessen ältester Sohn, Seine Durchlaucht Fürst Franz

Joseph an. Am 21. Dezember 1893 ist er geboren; Kaiser Franz Joseph, der ihm auch den Namen gegeben hat, war sein Taufpate. Als Erbprinz vermählte er sich am 23. November 1920 mit Ihrer Königlichen Hoheit Prinzessin Elisabeth von Braganza, Infantin von Portugal.

Wohl erst eine spätere Generation wird es in der Gesamtheit würdigen können, welche immensen Leistungen in verschiedenster Richtung unter Fürst Franz Joseph bereits in den Jahren seit 1952 vollbracht wurden. Neben einer vorbildlich geführten Land- und Forstwirtschaft bilden heute Brauereien, Bank und sonstige gewerbliche Unternehmen das wirtschaftliche Rückgrat des Fürstlichen Hauses. Landbesitz ist wieder hinzugekommen in Brasilien und Kanada. Daneben darf vor allem nicht übersehen werden, was dieser Fürst durch Instandsetzung und Restaurierung von Schlössern und Kunstbesitz nicht nur für sein Haus, sondern allgemein für die Öffentlichkeit getan hat. Dieses große Werk muß als vorbildliche Leistung in der Erhaltung deutschen Kunst- und Kulturgutes gewertet werden. Hinzu kommen noch jene Aufgaben, die bei dem Hause Thurn und Taxis von jeher zur Tradition gehören: die Fürsorge für Arme und Bedürftige.

Im Jahre 1967 sind es nunmehr 450 Jahre, seitdem Franz von Taxis zu Notre Dame du Sablon in Brüssel zur letzten Ruhe gebettet wurde. Er, den die Geschichte den Begründer des internationalen Postwesens nennt, war es, der seiner Familie den Grundstock für den Aufbau der Post und die Ziele für die Zukunft gesetzt hat. Das Verdienst der Nachfolger ist es, daß sie diesen Grundsätzen ständig treu geblieben sind. Immer wieder kamen zwar Krisenzeiten, zumeist infolge von Kriegen; gerade solche Anlässe haben aber stets von neuem den Ansporn zu einem vermehrten wirtschaftlichen Wiederaufbau geboten.

Man mag es als merkwürdiges Zusammentreffen bezeichnen, daß genau 350 Jahre nach dem Tode des Franz von Taxis sein großes Werk, die Post, dem Hause für immer verloren ging. Die Einrichtung als solche, die man schon im 16. Jahrhundert als die „Erfindung“ der Taxis bezeichnet hat, wird aber immer und in aller Welt bleiben. Das Haus selbst konnte sich die wirtschaftliche Kraft bewahren, die stets klug den Zeitverhältnissen angepaßt wurde.

Aus der Geschichte der Post.

Wissenswertes aus der Geschichte der Post

Die Post ist nicht etwa eine Erfindung der Neuzeit wie zum Beispiel die Eisenbahn. Sie ist so alt wie das Bedürfnis der Menschen, Nachrichten in die Ferne zu senden oder aus der Ferne zu empfangen.

Bereits im Perserreich, also Jahrhunderte vor Christi Geburt, kannte man einen regelmäßigen Nachrichtenservice, der durch berittene Kuriere durchgeführt wurde. Auf diese Art übermittelte man Befehle des Großkönigs den jeweiligen Statthaltern. Der Perserkönig Cyros hatte in seinem Reich an bestimmten Stellen Wechselstationen für seine Kuriere eingerichtet.

Von den Griechen ist die weithin als sportliche Disziplin bekannte Geschichte von Marathon überliefert. Danach soll ein Läufer die Nachricht des Sieges über die Perser im Eiltempo nach Athen gebracht haben.

Große Bedeutung erlangte das Nachrichten- und Kurierwesen bei den Römern, insbesondere zur Zeit des Kaisers Augustus. Das Römische Imperium hatte riesige Entfernungen zu überbrücken: von Britannien bis zum Kaukasus, von Afrika bis nach Germanien waren Boten unterwegs, um eine wirkungsvolle Regierung und Kontrolle zu gewährleisten. Außerdem praktizierten die Römer eine Befehlsübermittlung durch Flammenzeichen mittels lodernder Feuer entlang des Limes von Kastell zu Kastell.

Aus dem römischen Sprachbereich stammt auch das Wort Post. Es ist aus dem lateinischen Wort „posita" (= posta) und der Ergänzung „statio" hervorgegangen; das ist der festgesetzte Standort für die zur Ablösung bestimmten Pferde. An dieser Poststation standen frisch gesattelte Pferde bereit, um für die ankommenden ermatteten einzuspringen. Aus dem mittelalterlich-lateinischen Wort „posta" sind dann die gebräuchlichen Bezeichnungen „Posten" und schließlich „Post" geworden.

Im Mittelalter stellten vor allem die zwischen den zahlreichen Klöstern verkehrenden Mönche als regelmäßig wiederkehrende Botengänger den Kontakt her. Der „Rotelbote" – ein Rotel ist ein gerolltes Pergament, auf dem die Todesnachricht von Mitbrüdern bzw. -schwestern verzeichnet waren – kursierte zwischen den Klöstern hin und her.

In den Fürstbistümern, also den Territorien, wo der Bischof geistlicher und weltlicher Landesherr zugleich war, brachten Boten Nachrichten von den jeweiligen Ämtern zu der entsprechenden Residenzstadt.

Mit dem Aufblühen der Städte, v.a. der Hansestädte seit dem 14. Jahrhundert, entstanden die Stadtbotenanstalten. In den Annalen Alberts von Stade wird ein alter Handelsweg in Norddeutschland erwähnt, der um die Mitte des 13. Jahrhunderts noch keine Bedeutung hatte. Er führte von Stade über Bremen, Osnabrück, Münster und weiter nach Köln an den Rhein. Auf dieser Route lagen eine Vielzahl von Stationen. Die Handels- und Kaufleute gaben den entscheidenden Impuls für das allgemeine Postwesen.

Von Beginn des 16. Jahrhunderts an geben zum Beispiel städtische Rechnungen Auskunft über organisierte Botenanstalten in den Hansestädten, bei Klöstern, Universitäten und Fürstenhöfen. Mit einer regelmäßigen Beförderung von Briefen, Paketen oder Personen etwa durch die Landeshoheit oder private Organisationen, wie z.B. das vom Kaiser priviligierte Fürstengeschlecht Thurn und Taxis, darf im Mittelalter noch nicht gerechnet werden. Meistens diente ein Botenritt einem bestimmten Zweck, oder man benutzte eben jede Gelegenheit, um Briefe und ähnliches nach draußen zu schicken oder von draußen zu erhalten. Mit dem ausgehenden Mittelalter änderte sich dies. Aus dem zufälligen bzw. unregelmäßigen Postverkehr wurden nunmehr ständige Botengänge. Nach einem festgelegten Plan ritten die Boten von der ersten Hälfte des 16. Jahrhunderts an zunächst für die Landesherren, später dann für bürgerliche Herren.

Susanne Kasten

430118

Francesco Maria Capellini, genannt Stechinelli

Eine schillernde und äußerst interessante Persönlichkeit der nordwestdeutschen Postgeschichte des 17. Jahrhunderts ist der Italiener Francesco Maria Capellini, genannt Stechinelli. Von 1678 bis 1682 war er General-Erb-Postmeister von Braunschweig-Lüneburg.

Francesco Maria Capellini, genannt Stechinelli, wurde am 18. April 1640 in Rimini in Italien geboren. Die Nachrichten über seine Herkunft und Jugend sind nicht eindeutig und teilweise widerspruchsvoll. Seine Vorfahren waren Adlige – jedenfalls bezeugen dies zwölf Adlige aus Rimini, Stechinellis Geburtsstadt. Auf jeden Fall war seine Sippe verarmt, Stechinelli verdiente sich seinen Lebensunterhalt durch Betteln.

Wie Stechinelli nach Deutschland und an den Celler Hof kam, ist eine etwas mysteriöse und seltsame Geschichte, um die sich Gerüchte und Sagen ranken.

1656 begegneten sich der Bettelknabe Stechinelli und der Herzog Georg Wilhelm von

Braunschweig-Lüneburg in Venedig zum erstenmal. Über diese erste Begegnung wird erzählt, daß Stechinelli dem Herzog auf der Straße bettelnd seinen Hut hinhielt. Der Herzog warf ein großes Geldstück hinein und sagte scherzend: „Wechsle!" Zur allgemeinen Überraschung kam der Junge nach kurzer Zeit hinter dem Herzog hergerannt und brachte ihm das eingewechselte Geld. Der Herzog fand Gefallen an dem aufgeweckten Knaben und nahm ihn des öfteren auf seinen Ausflügen als Führer mit. Wie die Beziehung zwischen Herzog und Bettelknaben weiterging, darüber gibt es verschiedene Versionen. So berichten die einen, daß Stechinelli bei einem Liebesabenteuer des Herzogs den Postillon d'amour spielte und der betrogene Ehemann ihn deswegen töten wollte. Eine andere Version dreht den Spieß um, indem der eifersüchtige Ehemann einen Mordanschlag gegen den Herzog plante, welchen Stechinelli zu verhindern wußte. Auch wird berichtet, daß Stechinelli dem Herzog einen gegen ihn geplanten Anschlag verraten habe und dieser ihn daraufhin vereiteln konnte.

Was nun im einzelnen auch vorgefallen sein mag: Stechinelli rettete mit ziemlicher Wahrscheinlichkeit dem Herzog auf irgendeiner Weise das Leben, jedenfalls erwarb er sich dessen lebenslange Dankbarkeit. Tatsache ist, daß der Herzog Stechinelli gern um sich hatte, ihn bei seiner Rückkehr nach Deutschland mitbrachte und am hannoverschen Hof zu seinem Kammerdiener machte. Stechinelli wußte seine Chance gut zu nutzen, er stieg ständig in der Gunst des Herzogs und verstand es, sich unentbehrlich zu machen. Mit 25 Jahren verfügte er bereits über einiges Geld und Ansehen.

Sein eigentlicher Aufstieg begann, als Georg Wilhelm 1665 regierender Herzog in Celle wurde. Stechinelli vermittelte die fürstlichen Auslandsgeschäfte vom karmoisinroten Damast aus Venedig über Tapeten aus Flandern, Wein und Schauspieler aus Italien bis zu Möbeln aus Paris. Es gelang ihm, die beiden wichtigsten Monopole der fürstlichen Hofwirtschaft, die des Tuchhandels und des Weines, zu erhalten. Daneben betrieb er noch andere Geschäfte, vor allem betätigte er sich als Grundstücksmakler und gelangte bald zu unermeßlichem Reichtum. 1675 verlieh der Herzog ihm den Titel eines Drosten.

Am 17. Juli 1678 belehnten ihn Herzog Georg Wilhelm von Celle, Johann Friedrich von Hannover und Rudolf August von Braunschweig mit dem Amt des General-Erb-Postmeisters in sämtlichen Braunschweigisch-Lüneburgischen Landen. Mit diesem Amt übernahm er die Verpflichtung, das Postwesen zu fördern, auftretende Mängel abzustellen und dafür zu sorgen, daß der Postordnung in allem „nachgegangen, dieselbe pro regula gehalten" und ohne „Vorwissen und ausdrückliche Einwilligung" des Landesherrn nicht geändert wurde.

Stechinelli hat sich um das Postwesen große Verdienste erworben. Ihm verdanken die braunschweigisch-lüneburgischen Lande ein geordnetes Postwesen. Er erbaute zahlreiche Posthäuser, sogen. „Relais", mit Pferdewechsel und Wirtshaus. Es entstanden Stationen in Engensen, Ohof, Wieckenberg, Zahrendorf und Schafstall bei Eschede. Wege und Brücken ließ er ausbessern. Für den Betrieb seiner regelmäßigen Posten legte er sich einen ausgedehnten Fuhrpark an: Pferde, Wagen, Kaleschen. Den Grundbesitz bekam er meist vom Herzog geschenkt. Nach vier Jahren Tätigkeit als General-Erb-Postmeister verkaufte Stechinelli am 24. April 1682 sein Amt an den Freiherrn und späteren Grafen Ernst von Platen – für 26000 Reichstaler. Neben einigen Privilegien im Postverkehr behielt er die von ihm errichteten Posthäuser in seinem Besitz. 1688 wurde Stechinelli wegen seiner Verdienste um das Postwesen vom Kaiser in den Adelsstand erhoben und hieß von da an Capellini, Freiherr von Wieckenberg, genannt Stechinelli. Heute erinnern noch einige Bauwerke an ihn, u.a. die Barockkapelle in Wieckenberg. *Dr. Rita Seidel*

1781

Die Nachrichten aus dem Jahre 1781 wurden der „Frankfurter Kayserl. Reichs-Ober-Post-Amts-Zeitung" entnommen.

Bayern ist jetzt dergestalt von Räubern überschwemmt, daß sie wie bewaffnete Truppen auf den Landstrassen einherziehen, und sich sogar an die Stadtthore der Residenz wagen. Ja sie suchen selbst das aufgestellte Sicherheits-Commando mit bewaffneter Hand auf, um es anzufallen, welches deswegen noch mehr verstärkt werden mußte. Mehr als 1000. Räuber sitzen bereits in Gefängnissen und erwarten ihren Lohn, ohne daß sich die noch immer zahlreiche Horde abschrecken liese, die Gegenden, besonders um München, unsicher zu machen.

Der Londner Henker, Meister Dennis, soll mit dem unaufhörlichen Henken so unzufrieden seyn, daß er eine Bittschrift beym Parlamente eingeben will, man möchte doch die Strafe des Stranges in ein stärkeres oder schwächeres Stäupen und Peitschen mit ewiger Gefangenschaft nach Maasgabe des Verbrechens abändern. Er erklärt, daß blose Menschenliebe ihn zu diesem Schritte bewege; es findet sich aber bey genauerer Erkundigung, daß seine Barmherzigkeit ein wenig intereßirt ist, denn er bekommt von der Regierung für das Aufknüpfen nur 13 Pence per Hals, da er für das Auspeitschen 5. Schillinge (60 Pence) per Buckel erhält.

Folgende Nachricht von der ungewöhnlichen Vermehrung der Menschen in dem Meinungischen Antheil des Herrn Herzogs von Sachsen-Coburg wird bey manchen Lesern Verwunderung erregen: Zu Steinach, am Coburgischen Gebirge, heißt es, haben 3. Brüder, einer mit zwei Frauen und die beiden andern, jeder mit einer Frau, zusammen 71. Kinder gezeuget. In einer andern Familie eben dieses Orts hatte ein Vater 20, sein Sohn 26, und des Vaters Bruder 21. Kinder, jeder mit 2 Frauen: folglich 3 Väter zusammen 67 Kinder. Ein Pastor zu Mupperg hat von 2. Frauen 29. Kinder, und eine Mutter zu Sonnenberg wurde schon dreymal von Zwillingen entbunden. In den meisten Waldörtern haben sich die Einwohner seit hundert Jahren dreyfältig, und zu Steinach sogar sechsfältig vermehrt. Ueberhaupt beut dieses kleine Fleckchen Erde, welches kaum vier Deutsche Quadratmeilen beträgt, 12988. Menschen Wohnung und Unterhalt dar; eine Volksmenge, die alle Berechnungen unserer meisten Politiker übertrift. Die Einwohner sind stark, schnell in ihrer Bewegung, arbeitsam, unternehmend, frölich. Weibspersonen tragen Lasten von 100. und Mannspersonen von 150. bis 200. Pfund über hohe Berge. Es giebt daselbst viele alte Leute von 70 bis 80. Jahren, welche noch mit Munterkeit alle Arbeiten verrichten. Diese Leute erneuern uns da die Geschichte von der vollen Mannskraft unserer biedern Ahnen, so daß anderwärts alle, so lange vor der Zeit entnervte Männchen billig erröthen müssen.

Zeitung und Post

Zeitung und Post stehen in Deutschland in besonders enger Beziehung zueinander. Bis in die frühe Zeit der Zeitung lassen sich diese Beziehungen verfolgen. Wie Brief und Post sich in ihrer Entwicklung gegenseitig beeinflußten, so taten es auch Zeitung und Post, ja man kann so weit gehen zu sagen daß die Zeitung ihren Ursprung dem Postwesen verdankt.

Die Post diente nicht nur dazu, die ersten Zeitungen zu befördern, sondern die Postbeamten waren auch die Verkünder von Neuigkeiten, die sie durch Briefe oder Postboten erfuhren. Schon früh stellten sie die ihnen zugegangenen Nachrichten aus Zeitungsbriefen zusammen, die sie untereinander austauschten. An mehreren Orten gaben die Postmeister auch gedruckte Zeitungen heraus, und von Anfang an hatte die Post einen wesentlichen Anteil am Vertrieb der gedruckten Zeitungen. Je mehr das Postnetz in Deutschland, der Schweiz und in Schweden ausgebaut wurde, desto umfangreicher und ausgedehnter konnten die Nachrichtensammlungen werden. Diese Sammlungen bildeten die Grundlage für die Herausgabe von Post- und Ordinari-Zeitungen. Das Wort Zeitung ist auf niederdeutsche Anfänge zurückzuführen: Tiding von tid, teid = Zeit und tiden = sich wohin bewegen, reisen, bedeutete ursprünglich „Botschaft, Nachricht, Kunde" und seit Anfang des 16. Jahrhunderts „Nachricht von einer Begebenheit". 1749 ist in Zedlers Universallexikon folgendes zu lesen: „Zeitungen, Avisen, Courante, lat. Nova, Novellae, Frantz. Gazette sind gedruckte Blätter, so in großen, sonderlich Handels-Städten, wöchentlich ein- oder mehrmalen ausgegeben werden, und darin zu lesen ist, was merkwürdiges in der Welt vorgefallen."

Im 17. Jahrhundert druckten die Postmeister bereits Post-Zeitungen und informierten so über das Zeitgeschehen. In ihren Posthäusern, die zu Anfang des 17. Jahrhunderts zu Knotenpunkten des Verkehrs wurden, hatten sie die beste Möglichkeit, die neuesten politischen Ereignisse zu erfahren. Die Herausgabe der Zeitungen verschaffte ihnen eine willkommene Nebeneinnahme, da sie die Zeitungen nicht in ihrer amtlichen Eigenschaft druckten, sondern die Angelegenheit Privatsache war. So konnten sie ihre Bezüge, die sich normalerweise aus einer festen Besoldung und einem nach dem Verhältnis der Verkehrseinnahmen der Dienststelle sich berechnenden Gebührenanteil zusammensetzten, mit den Einkünften aus dem Zeitungsverkehr verbessern. Hinzu kam, daß sie für ihre Person Portofreiheit besaßen und die Zeitungen mit der Post kostenlos befördern konnten. Nachdem private Zeitungsverlage entstanden waren, vermittelten die Postmeister auch diesen Zeitungsbezug.

Die ersten Zeitungen erschienen in der Regel einmal wöchentlich, was mit dem wöchentlichen Gang der Posten zu erklären ist, die die Briefe, Meldungen und die Reisenden brachten und damit das Informationsmaterial, das die Hauptgrundlage für die Zeitungen bildete. Gab es durch Extrapost oder andere Ereignisse besondere Nachrichten, so erschien ein Extrablatt oder eine „Extraordinari Zeitung". An Mittelpunkten des Verkehrs, wo sich mehrere Boten- und Postlinien kreuzten und das Nachrichtenmaterial entsprechend größer war, sollten die Zeitungen schon bald in kürzeren Abständen erscheinen.

Der Zeitungsdienst als amtliche Aufgabe der Post entstand in Preußen zu Anfang des 19. Jahrhunderts. Am 15. Dezember 1821 erschien auf unmittelbare Veranlassung des Staatskanzlers Hardenberg die Verordnung über die künftige Verwaltung des Zeitungswesens. Obwohl hierin jedermann gestattet wurde, seine Zeitung neben der Vermittlung durch die Post auch direkt vom Verlagsort zu beziehen, blieb die Post in der Praxis dennoch Hauptvermittler des Zeitungsverkehrs. Sicherheit, Regelmäßigkeit, Schnelligkeit und in diesem Falle auch Bequemlichkeit werden die Hauptvorzüge der Post für den Zeitungsverkehr gewesen sein. Günstig für den Zeitungsverkehr wirkte sich weiterhin aus, daß für die Absatzpreise bestimmte Grundsätze vorgeschrieben wurden. 1824 fiel das Nebeneinkommen aus dem Zeitungsdienst für die Postmeister völlig weg, der Zeitungsverkehr wurde von diesem Zeitpunkt an auf Rechnung der Postverwaltung betrieben. Die Zahl der von der Post beförderten Zeitungen nahm rasch zu, und 1850 beförderte sie ohne die in Drucksachen versandten Zeitungen bereits 29 591 000 Zeitungsnummern.

Dr. Rita Seidel

Zeitungsvertrieb im 19. Jahrhundert

Das Kaiserliche Zeitungspostamt in Leipzig

Leipzig war in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts nach Berlin eine der größten Postanstalten des Reiches. Als Druck- und Verlagszentrum hatte dieses Postamt zwangsläufig einen riesigen Zeitungspostverkehr abzuwickeln. Mit ca. 10 Millionen Zeitungsnummern im Jahr übertraf es damals Länder wie beispielsweise Griechenland, Portugal oder Norwegen. Grund genug, das ehemals „Königliche Oberpostamt" am August-Platz durch ein neues großes Gebäude im Renaissancestil an der Hospitalstraße zu ersetzen. Dort im oberen Stockwerk befand sich das sogenannte Zeitungspostamt, von dem aus die bei der Post bestellten, in Leipzig erscheinenden Zeitschriften versandt wurden. Mitte der 80er Jahre waren dies über 250 verschiedene. Das Leipziger Postamt hatte einen ganz besonderen Service zu erfüllen. Als einzige Postanstalt vermittelte es den Zeitungsverkehr zwischen Deutschland und Italien sowie den Zeitungsaustausch mit dem deutschen Postamt im damaligen Konstantinopel.

Das Zeitungspostamt arbeitete Tag und Nacht. In mächtigen, oft zentnerschweren Ballen kamen die Zeitungen bei der im Parterre gelegenen Zeitungsannahmestelle an und wurden mit einem Fahrstuhl in den im ersten Stockwerk befindlichen 80 m langen und 14 m breiten Zeitungsverpackungssaal gebracht. Die kleinere Abteilung war der Verteilung und Verpackung von politischen Blättern vorbehalten, die größere wissenschaftlichen Zeitschriften, illustrierten Blättern und Fachzeitungen.

Wie wurde nun das sogenannte „Postmeistern", wie das Sortieren in verschiedene Fächer bezeichnet wurde, in ein sinnvolles System gebracht? Den Zeitungsverkehr ordnete man nach den Eisenbahnverbindungen in 167 Kursen. Das bedeutete, daß alle an einer bestimmten Linie gelegenen Postanstalten zusammengefaßt wurden. So konnte man zum Beispiel an dem Regal mit dem 79. Kurs Altona – Kiel über den Fächern die Namen Albersdorf, Arnis, Ascheberg, Barmstedt, Bordesholm, Bornhöved . . . Büsum, Burg auf Fehmarn, Cismar und so weiter lesen. Entsprechend den Bestellungen wurde nun die Verteilung vorgenommen. In der Regel waren mit dem Postmeistern ein Beamter und ein Unterbeamter beschäftigt. Der für die korrekte Verteilung verantwortliche Beamte verlas die Namen der Postanstalten und die Zahl der Exemplare, während der Unterbeamte die Nummern in die genannten Fächer legte. Etwa 13 Beamte und 20 Unterbeamte waren oft zugleich damit beschäftigt, die Zeitungen in die ca. 8000 Fächer unterzubringen. An den Hauptversendungstagen Donnerstag und Freitag kamen durchschnittlich 85 700 Exemplare zur Versendung. Was heute die EDV über Bildschirm dem Benutzer mitteilen kann, war damals nicht nur sichtbar, sondern auch greifbar in den einzelnen Fächern. Man konnte sich ein ungefähres Bild vom Leseverhalten und Kulturstand einzelner Gegenden machen, gleichsam im Brennglas, das hier Zeitungspostamt Leipzig hieß. Ein Berichterstatter der Zeit schrieb: „Wissenschaftliche Blätter gehen vorzugsweise in die größeren Städte, die Centren der Bildung, auch einzelne Landstriche, zum Beispiel Thüringen, zeigen viel Bedürfnisse danach; religiöse Zeitschriten finden am Rhein und in Schlesien, aber auch in Gebirgsgegenden großen Absatz; Ungarn und Galizien beziehen besonders Modejournale; auch die industriellen Verhältnisse üben hierbei großen Einfluß aus. Aber weiter Eingehendes erfahren wir nicht, denn die Post, diese große Vertrauensanstalt, hütet mit Sorgfalt ihre Geheimnisse."

L. Tellmann

Eine Nacht mit der Bahnpost

Vorn am Zuge, gleich hinter der Maschine, ein langer, dunkler Wagen mit kleinen vergitterten Fenstern; draußen nur ein Schlitz und ein Schild, blau auf weißem Email: „Post nach Frankfurt am Main". Und den Bahnsteig entlang kommen, lange vor Abfahrt des Zuges, mit lautem Räderkreischen gelbe Gitterwagen, einer nach dem anderen, immer neue. Man wirft Säcke in den Wagen, Säcke mit schwarz-weiß-roten Streifen und einfache braune. Und immer wieder zerteilt Kreischen und Rufen: „Vorsicht! – Achtung!" die Menge der Wartenden und Abschiednehmenden vor dem Zuge, und immer neue Säcke wandern in den Wagen.

Man weiß, das sind Postsäcke, gefüllt mit Hunderten von Briefen, die den Wagen langsam füllen, vielleicht bis an die Decke. Und drinnen sitzt, so denkt man, ein Postschaffner in einem Lehnstuhl vielleicht, wie der Zugführer, darauf achtend, daß niemand einen Sack öffne oder davonschleppe. Und bei der nächsten Station steht er auf von seinem Lehnsessel, da kommen dann wieder die gelben Gitterwagen, und er reicht Säcke hinaus, nimmt neue herein. So geht das bis nach Frankfurt, und das ganze ist die Bahnpost. 10- oder 13jährige, die gaffend dabeistehen, würden gern einmal mitfahren von Berlin nach Frankfurt, oder auch nur bis Magdeburg. Postschaffner zu sein, das ist ihr Wunsch.

Bahnpostwagen der Königlich Bayerischen Staatsbahn um 1875.

Natürlich gibt es keinen Lehnsessel in diesem Wagen, kaum einen schmalen Hocker. Es gibt nur an allen Wänden Fächerregale, die bis zur Decke reichen, ein Gestell, in dem mit geöffnetem Maul ein Dutzend Säcke hängt, dazwischen Berge verschnürter Säcke, Berge gebündelter Briefe und Berge langer Rollen und Schachteln. Zwischen den Bergen und Bündeln stehen Menschen in grauen Kitteln, sie sortieren mit raschen Händen. Aus den Säcken quellen neue Berge, immer neue; unermüdlich greifen die Hände hinein, reißen sie auseinander zu Bündeln und verteilen sie in hundert Fächern, bis sie überquellen. Diese Fächer geben dann neue Bündel, und durch schnelle Hände wachsen die Bündel wieder zu neuen Bergen, die dann in die Säcke wandern. Das ganze ist wie ein spielerischer Kreislauf.

Dann irgendwo hält der Zug: Säcke wandern hinaus in die dunkle Nacht und rasche Arme reichen neue hinein, und wieder beginnt das Spiel mit den Säcken und Bergen und Bündeln und Fächern. Da ist keine Pause in dem Spiel, bis endlich, kurz vor dem Ziel, alle Bündel und Berge verschwunden, alle Fächer leer und nur Säcke sich noch häufen. Die sieben Bediensteten strecken ihre krummen Rücken gerade. Ein paar Minuten ist der Wagen leer, dann kommen sie wieder in schmucken Uniformen. Beim ersten Bremsen des Zuges stehen sie bereit, die Säcke hinauszureichen. Es kommen andere in Uniformen, begrüßen sich kurz und beginnen die Arbeit von neuem.

In rasender Fahrt, in rasender Eile werden zwischen Berlin und Kassel hunderttausend Briefe sortiert. Was in den letzten 10 Stunden in ganz Berlin, im Osten und im Norden Deutschlands an Briefen geschrieben wurde, strömt hier in Dutzenden von Säcken zusammen. Und dieser Wagen ist ein rollendes Postamt, dem nur die Schalter und das Publikum fehlen. Wenn irgendwo ein Anschluß versäumt wird, dann muß neu geordnet, neu disponiert, ein neuer Weg gefunden werden, um die Sendungen schnellstens ans Ziel zu schaffen. Wie ein lebendiger Fahrplan muß dann das Gehirn der Beamten funktionieren, die nun beraten, auf welcher Station, zu welchem Zug die „sitzengebliebenen" Sendungen umsortiert werden sollen. Denn der Weg eines jeden Briefes ist auf Minuten berechnet.

Weichengeklapper und knirschende Bremsen künden den nahen Bahnhof. Die Silhouette der nahenden Großstadt zeigt sich: wachsende Schornsteine, steile Häusermauern. Der Zug fährt in Kassel ein.

L. Tellmann

Zwangsläufigkeiten

Wissenswertes zur Reisezeit

Das „Taschenbuch für Reisende jeder Gattung durch Deutschland auf das Jahr 1801" bietet ganze 18 Seiten Tabellen zur Wertbestimmung wenigstens der gebräuchlichsten Münzsorten im damals noch Heiligen Deutschen Reich. Außer den normalen Reisekosten gab es „Schmiergelder" und „Trinkgelder". 1842 warnte Baedeker: „Das Trinkgeld ist festgelegt; es ist gebräuchlich, wenigstens das Doppelte zu bezahlen. Wird der Postillion nicht zufriedengestellt, so fährt er langsam, und man hat mehr Schaden durch Verlust an Zeit und vermehrte Ausgaben in Gasthäusern."

„Ordinär" kostete die Reise von Frankfurt bis Kassel etwa fünf Taler, mit der „Schnellpost" acht Taler, per „Extrapost" runde 25 Taler. Umgerechnet auf heutige Verhältnisse betrug der niedrigste Postkutschentarif immerhin ca. eine DM pro Kilometer – ohne Zölle, ohne die Gebühr für „Paketwagen" und ohne Schmier- und Trinkgelder.

Von Frankfurt nach Kassel reiste man zu dieser Zeit „einen ordentlichen Reisetag", und wer nicht über die empfohlene „gute Leibeskonstitution" verfügte, der mußte zwischendurch „einen Ruhetag" einschieben. Die Briefpost brauchte von Berlin nach Frankfurt neun Tage.

Um das Jahr 1800 waren die Reise-Postwagen weder mit Eisenachsen noch mit Federn ausgestattet, auch Glasscheiben waren fürstlicher Luxus. Regnete es, so schloß man die Fenster einfach mit Leinwand oder Lederklappen und ließ sich eben im Dunkeln durcheinanderschütteln.

Nicht ohne Grund zählt ein Reisehandbuch aus jenen Tagen „christliche Geduld und eine gute Leibeskonstitution" zu den Eigenschaften des „ordentlichen" Passagiers.

Die ersten Reisebüros sollen um 1440 in Venedig eingerichtet worden sein; sie dienten den Pilgerfahrten nach Palästina. Alle Reiseverträge mußten durch den Notar der Republik Venedig bestätigt werden; die Reisekosten betrugen 30 Goldgulden, die in drei Raten zu entrichten waren. Die Reise dauerte sechs bis acht Wochen.

Im Jahre 1835 dampfte die erste Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth. Ein wenig später – in den Jahren 1837 bis 1839 – wurde die 116 Kilometer lange Strecke zwischen Leipzig und Dresden in Betrieb genommen, die Fahrzeit betrug „nur" 5½ Stunden.

Obwohl die Eisenbahnen in Preußen 1860 bereits über zwei Jahrzehnte in Betrieb waren, hatte man trotz ungezählter Klagen des reisenden Publikums immer noch keine „zur Erledigung eintretender Zwangsläufigkeiten geeigneten Räumlichkeiten" geschaffen. Schließlich sah sich der Preußische Minister für öffentliche Arbeiten doch veranlaßt, die ihm unterstehenden Eisenbahnkommissariate zu einer gutachtlichen Stellungnahme aufzufordern, „ob es nach dortseitigem Dafürhalten angebracht erscheine, zunächst versuchsweise in den Expreßzügen Abteile für gewisse Bedürfnisse einzurichten". Der Eisenbahnkommissar von Köln erwiderte daraufhin in seinem ablehnenden Gutachten u. a. wörtlich: „. . . und gestattet sich der gehorsamst Unterzeichnete im übrigen noch darauf hinzuweisen, daß beispielsweise der Expreßzug Berlin–Cöln unterwegs achtmal anhält. Insofern wird den Reisenden genügend Zeit verstattet, ein doch immer nur verhältnismäßig selten auftretendes Bedürfnis während dieser Aufenthalte zu befriedigen."

Günter Zeutzschel

1848

Aus der Geschichte des Briefkastens

Johann Albrecht von Mandelslo, der mit Adam Olearius 1633 eine Reise nach Persien unternahm, berichtete nach seiner Rückkehr von einem „gewissen Ort und Stein" am Kap der Guten Hoffnung, an dem die Holländer ihre „Briefe legen", die später von vorbeikommenden Schiffen mitgenommen wurden. Die ersten Briefkästen kamen auf, als die Pariser Stadtpost eingeführt wurde. Das war im Jahre 1653. Die wohl älteste Abbildung eines Postbriefkastens findet sich 1698 bei C. Weigel, Abbildung der Haupt-Stände.

In Deutschland hatte Berlin die Nase vorn. Im Jahre 1766 stellte man am Posthaus in der Königsstraße den ersten Briefkasten auf, „zur Gemütlichkeit der Correspondenten", wie es damals hieß. Auch ein preußischer Briefkasten, so um 1850, hatte seine Besonderheiten. Weit verbreitet war die Einrichtung der Briefkästen zu dieser Zeit ohnehin noch nicht. An den Kästen befand sich eine „Gebrauchsanweisung", der man beispielsweise entnehmen konnte, daß Einschreib- und Wertbriefe nicht eingeworfen werden durften. Ebenso mußten Briefe an den König und andere Mitglieder des königlichen Hauses am Schalter abgegeben werden.

Der heutige Briefkasten – wenn auch in anderer Form –, unter den man den Briefsack nach der Entleerung hängt, wurde in Graz um 1875 von dem Schlosser Wlzek entwickelt.

In England entstand mit dem schnellen Wachstum der Briefpost nach Einführung der allgemeinen Penny-Post von 1840 der Wunsch nach mehr Beförderungseinrichtungen. Trotzdem erhielt London erst 1855 seine ersten Straßenbriefkästen. Es wurden mehrere Arten dieser Kästen in Gebrauch genommen, einschließlich sechseckiger, rechteckiger und zylindrischer Formen.

Der klassische englische Briefkasten (Pillarbox = Säulenbriefkasten) wurde vor etwa 100 Jahren eingeführt und ist heute noch in England zu finden. Das Monogramm VR – Viktoria Regina –, man sieht es hin und wieder noch, erschien damals auf allen aufgestellten Briefkästen. Dieser erste zylindrische Kasten wurde von Handysides in Derby aufgestellt.

Eine amüsante Variante der klassischen „Pillarbox" ist ein Briefkasten, bei dem der Deckel mit Eisenspitzen igelförmig verziert wurde. Diese „Zierde" hatte wahrscheinlich den Zweck, das Hinüberspringen der Kinder zu vermeiden.

Schon 1912 wurde in England in Betracht gezogen, den Säulenbriefkasten unter Beibehaltung der Zylinderform neu zu gestalten. Es wurde eine Anzahl von Entwürfen angefertigt, welche jedoch als zu kunstvoll angesehen und verändert wurden. Durch den Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde die Angelegenheit beiseite gelegt und die Absicht, ein neues Modell einzuführen, auf unbekannte Zeit verschoben.

Doch schauen wir noch einmal in die Postgeschichte zurück. Recht kuriose Möglichkeiten der Briefbeförderung wissen die Chronisten zu berichten. So erdachte man sich in Neuß am Rhein das „Briefschießen". Karl der Kühne belagerte im Jahre 1475 die Stadt Neuß. Nun wollten die Neußer aus Köln Truppen zur Hilfe anfordern, kamen aber mit keinem Kurier durch. So schossen sie ganz einfach über Karls Lager hinweg ihre Briefe und erhielten diesen „Postverkehr" über vier Wochen aufrecht. In einer alten Schrift vom 21. April 1475 heißt es:

„ . . . nyssz (aus) com coelschen heir (kölnischen Heer) tröstlich briewe (Briefe) bynnen Nuyss geschossen."

Auf diesen Gedanken kamen aber auch andere. Der Ingenieur Alexander Gordon schlug 1831 der englischen Militärverwaltung in London vor, lange hohle Bomben zur Beförderung von Depeschen und Briefen auf drei Meilen Entfernung zu schleudern.

Auch die Pariser waren recht pfiffig, als deutsche Truppen sie vom 18. September 1870 bis zum 28. Januar 1871 eingeschlossen hatten. Die Verbindung mit dem übrigen Frankreich war abgeschnitten. Da halfen auch keine Briefkästen! Um nun aber Nachrichten in die belagerte Hauptstadt kommen zu lassen, erfand man die „Zinkkugelpost". Man steckte Briefe in hermetisch verschlossene „boules" (Kugeln) aus Zink und warf sie etwa 80 km südöstlich von Paris in den Fluß.

Eine hervorragende Idee, doch – von insgesamt 55 „boules" erreichte keine einzige ihr Ziel. Sie hatten sich irgendwo an den Ufern verfangen. Später fand man bei Baggerarbeiten einen Teil der Kugeln wieder. So dienten sie und ihr Inhalt wenigstens noch den Museen.

Jürgen Hodemacher

430125

Vor 130 Jahren entstand die erste „öffentliche" Telegraphenstation in Hannover

Heute vor 130 Jahren durften zu erstenmal auch Privatpersonen in Hannover Telegramme – „Depeschen" wurden sie damals genannt – aufgeben. Bis dahin durfte der bereits seit 1849 bestehende „Depeschendienst" nur von staatlichen Stellen benutzt werden.

In einem Reglement des Königlich-Hannoverschen Ministeriums des Innern, das am „Ersten Julius 1852" in Kraft trat, hieß es: „Es ist beschlossen, die aus Landesmitteln errichteten und ferner zu errichtenden electromagnetischen Telegraphen für die Zwecke des öffentlichen, inneren und internationalen Verkehrs dienen zu lassen. Die Königliche Regierung ist deshalb dem Deutsch-Österreichischen Telegraphen=Vereine beigetreten, welchen die Regierungen von Österreich, Preußen, Baiern und Sachsen durch Vertrag vom 25. Julius 1850, so wie unter Zutritt der Königlich=Würtembergschen Regierung durch einen am 14ten October 1851 zu Wien verabredeten Nachtragsvertrag gebildet haben . . ."

Die hannoverschen Telegraphen erstreckten sich vorerst auf die Linien von Hannover nach Harburg und von Hannover nach Bremen. In dem Erlaß ist zu lesen: „Beide Linien schließen sich in Hannover an die Linien des Königlich=Preußischen Staatstelegraphen und erhalten mittelst dieser ihre Verbindung mit den Linien der übrigen Vereinsstaaten, so wie mit den Linien der Königlich=Belgischen, der französischen Telegraphen=Anstalten und den Telegraphenlinien des Königreichs Großbritannien." Telegraphenstationen für den hannoverschen Betrieb gab es zunächst nur in Hannover, Harburg und Bremen.

Auch das Telegraphengeheimnis galt damals schon. Der § 5 des Reglements besagte: „Das gesamte Telegraphenpersonal ist darauf vereidet, daß die Mittheilung von Depeschen an Unbefugte nicht statt finden darf und das Telegraphengeheimniß überhaupt in jeder Beziehung auf das Strengste gewahrt bleibe. Fremden Personen ist der Zutritt zu den Apparatenzimmern der Telegraphenstation während des Telegraphirens verboten."

Die Aufgabe und Annahme der „Depeschen" war genau geregelt. So hieß es u. a.: „Die Aufgabe von Depeschen behuf der Telegraphirung kann nur in den Büreaus der Telegraphenstationen geschehen. Die Telegraphenstationen sind zur Annahme telegraphischer Depeschen nach jeder anderen Telegraphenstation befugt. Auch kann die Annahme telegraphischer Depeschen zur Beförderung über die Endpuncte der Telegraphenlinie hinaus oder nach seitwärts derselben gelegenen Orten statt finden. Die Weiterbeförderung erfolgt in solchem Falle von der letzten Telegraphenstation, nach Bestimmung des Absenders, entweder durch die Post in recommandirten Briefen, oder mittelst Estafette oder bei geringen Entfernungen mittelst Boten . ."

„Die Telegraphenbüreaus sind täglich mit Einschluß der Sonn= und Festtage, a) vom 1sten April bis Ende September jeden Jahrs von 7 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends und b) vom 1sten October bis Ende März jeden Jahrs von 8 Uhr Morgens bis 9 Uhr Abends für den Dienstbetrieb offen zu halten."

„Zum Niederschreiben der aufzugebenden Depeschen darf von Seiten des Absenders nur ein unverwischbares Schreibmaterial verwandt werden. Auch dürfen in den Depeschen Rasuren, Ausstreichungen oder Correcturen nicht vorkommen . . ." „Bis auf Weiteres darf eine jede Privatdepesche nicht mehr als 100 Worte enthalten . . ."

Die Telegraphengebühren wurden nach der Wortzahl und der Entfernung berechnet. Eine 20-Wort-Depesche bis zu einer Entfernung von 10 Meilen kostete z. B. 20 Silbergroschen. Depeschen bis 50 Worte kosteten das Doppelte, bis 100 Worte das Dreifache.

Das Telegramm entwickelte sich schnell zu einem beliebten Nachrichtenmittel. Schon 1876 wurden im Bereich des deutschen Reichspost- und Telegraphengebiets 8,5 Millionen Telegramme aufgegeben. Um 1900 waren es bereits 30 Millionen. Später stieg diese Zahl sogar bis zu 70 Millionen Telegramme im Jahr. Nach dem 2. Weltkrieg war das Telegramm zunächst wieder ein gefragtes Korrespondenzmittel. 1950 wurden im Bereich der Deutschen Bundespost 23 Millionen Telegramme angenommen. 1962 waren es 25 Millionen.

Heinrich Munk

430126

Vor 100 Jahren: Signalpfeifen für Landbriefträger

„Es ist darüber Klage geführt worden, daß die Landbriefträger den zur Bekundung ihrer Anwesenheit in den Ortschaften vorgeschriebenen Gebrauch der Signalpfeife in nicht seltenen Fällen unterlassen“, heißt es im Amtsblatt des Reichs-Postamtes Nr. 3 aus dem Jahre 1881.

„Die beteiligten Postanstalten haben deshalb ohne Verzug festzustellen, ob allseitig gebrauchsfähige Signalpfeifen vorhanden sind, und, nach erfolgter Beseitigung etwaiger Mängel, sämtlichen im Landbestelldienste beschäftigten Personen die genaue Befolgung der bezüglichen Bestimmungen in § 18 der Dienstanweisung für Landbriefträger in Erinnerung zu bringen. Dabei sind die betreffenden Personen noch besonders darauf aufmerksam zu machen, daß außer in der Nähe von Eisenbahnanlagen auch in der Nachbarschaft von Kirchen und während der Dauer gottesdienstlicher Handlungen Zeichen mit der Pfeife nicht gegeben werden dürfen“, ist dort ferner zu lesen.

Landbriefträger gibt es auch heute noch. Aber sie haben keine Signalpfeifen mehr, allenfalls eine Hupe an ihrem Auto oder eine Klingel am Fahrrad, den Transportmitteln, mit denen „Landzusteller“, wie sie heute heißen, zum großen Teil ihren Dienst versehen.

Im Gegensatz zu ihren Kollegen in der Stadt, die flugs von Hausbriefkasten zu Hausbriefkasten eilen und die der Empfänger nur noch selten zu Gesicht bekommt, tragen die Landzusteller nicht nur Brief-, Geld- und Paketsendungen aus, sondern nehmen auch Tätigkeiten wahr, die sonst nur am Postschalter erledigt werden. Sie sind gewissermaßen mobile Einmann-Postämter und nehmen auch Sendungen zur Beförderung an, verkaufen Briefmarken und vermitteln Ein- und Rückzahlungen im Postsparkassendienst.

11000 der insgesamt 60000 Zustellbezirke der Deutschen Bundespost gehören zur Landzustellung. Ihr Bereich liegt auf dem „flachen Lande“ in Gegenden mit loser Bebauung.

Heinrich Munk

123 Pferde für die Reisegesellschaft

1812 430127

König Jérôme von Westfalen, Bruder des Kaisers Napoleon, der mit seiner Gemahlin, der Königin Katharine (einer württembergischen Prinzessin), eine Reise durch sein Königreich machte, war am 2. September 1812 von seiner Residenzstadt Kassel abgereist und hatte in Hofgeißmar übernachtet. Am 3. September besuchte er die Stadt Karlshafen. Hier bestiegen die Majestäten ein Schiff und fuhren die Weser abwärts nach Fürstenberg. Nach der Besichtigung der Porzellanmanufaktur ging die Reise weiter nach Holzminden. Am 5. September erreichte die Reisegesellschaft Hameln. Hier schenkte der König der Stadt bei seinem „kurzen, aber glänzenden" Besuch das Festungsgelände.

Am 6. September fuhren die Majestäten über Elze nach Hildesheim. Die Stadt bereitete dem Königspaar einen großartigen Empfang. Alle Kirchenglocken läuteten. Am Abend gab der Unterpräfekt (Regierungspräsident) Freiherr von Hammerstein einen Ball, an dem der königliche Hofstaat und die vornehme Gesellschaft der Stadt teilnahmen.

Ob der Postdirektor Metze sich an diesem Tag seine dunkelblaue Galauniform anzog, wissen wir nicht. Sicherlich wird er damit beschäftigt gewesen sein, die benötigten 123 Pferde für die Weiterreise des Königspaares bereitzustellen.

Pünktlich um 6.00 Uhr standen am anderen Morgen, dem 7. September, Postillione, Pferde und Wagen für die Weiterfahrt der Reisegesellschaft bereit. Von Hildesheim aus ging es auf der alten Heer- und Handelsstraße (heute Bundesstraße 1) nach Feldbergen. Diesen Ort hatte der Postdirektor Metze zur Pferdewechselstation ausersehen. Ob der König Jérôme sich wohl während der Reise darüber Gedanken machte, mit welch schier unüberwindlichen Schwierigkeiten sein Bruder, der Kaiser Napoleon, auf seinem Feldzug in Rußland zu kämpfen hatte? Napoleon hatte an diesem 7. September des Jahres 1812, an welchem der König von Westfalen eine Vergnügungsfahrt von Kassel nach Braunschweig unternahm, die Russen bei Borodino besiegt. Durch diesen Sieg war für Napoleon der Weg nach Moskau frei.

Der Pferdewechsel in Feldbergen klappte tadellos. In Vechelde wurden abermals die Pferde gewechselt. Bereits um 10.00 Uhr am Vormittag trafen die Majestäten in Braunschweig ein.

Heinrich Munk

„Die Post ist da" nannte der Maler Paul Hey (1867–1952) sein Bild. Es zeigt die Ankunft einer Postkutsche in einem bayerischen Dorf

▷

430129

„Postkutsche auf der Düsseldorfer Zitadellenstraße“, Ölgemälde von H. Retzenhofen (1879–1961)

„Postkutsche auf der Kurfürstenbrücke in Berlin“, Ölbild, gemalt 1893 von F. Graf v. Harnach

ILLUSTRATIONEN: GERALD DECKART, GAR LUSTIG BLIES DER POSTILLON, HEIMERAN VERLAG, MÜNCHEN

Postkutschen wurden häufig für Hochzeits-

Innerhalb eines Jahres fuhren 2,5 Millionen Deutsche 4 Millionen Meilen mit der Postkutsche

Von ATTILIO BAUMGARTNER

Die ersten Postkutschen fuhren 1655 durch Deutschland – von Memel nach Danzig, von Königsberg nach Warschau und von Berlin nach Cleve. Die Wagen ruhten noch auf hölzernen Achsen, waren unbedeckt und hatten ungepolsterte Sitze ohne Lehnen.

Erst 40 Jahre später wurde ein Verdeck aus gewachster Leinwand montiert. Die brandenburgisch-preußische Postverwal-

Das Bild „Der bayerische Postillion mit Brautpaar“ malte der schwäbische Künstler R. Trache im Jahre 1900.

zeits-

...rhoffte von dieser Verbesserung, ...ie einen Haufen Passagiere auf die ...nen ziehen werden“.

...h und nach erhielten die Postwagen ...iden Seiten Türen und Leinwand...age, die bei Regenwetter, Sturm und ...egestöber zugezogen werden konn...ie Sitze und Lehnen wurden gepol...Wagenlaternen und Aufsteigetreppe ...hinzu.

...nderes Aufsehen erregte die ...aliere“, die 1745 zwischen Berlin und Potsdam verkehrte. Sie war die schnellste Postkutsche ihrer Zeit und legte die 50 Kilometer lange Strecke zweimal täglich zurück – jeweils in 4 Stunden.

Der Fahrpreis wurde per Postmeile (rund 7,5 km) berechnet: „Eine reisende Person“, hieß es in einem Erlaß, „wes Standes sie auch sei, hat für jede Meile, sowohl im Sommer als auch im Winter, auf allen Postkursen inkl. des bisherigen sogenannten Stationsgeldes sechs Groschen (= 75 Pfennig) zu bezahlen.“

1856 – auf dem Höhepunkt des Postkutschendienstes – fuhren 2,5 Millionen Passagiere 4 323 844 Meilen. Aber nur 15 Jahre später rollten in den größten Städten des Deutschen Reiches überhaupt keine Postkutschen mehr: Das Zeitalter der Eisenbahn hatte begonnen.

Am 30. November 1934 fuhr ein Zweispänner aus dem Dorf Wiesen in den 30 Kilometer entfernten Ort Heidenbrücken im Spessart. Es war Deutschlands letzte Postkutsche auf ihrer letzten Fahrt. ▷

...dolf Kol- ...malte das ...Postillion

Ein Kaiser, ein Taugenichts, ein Frauenheld und ein Genie: ihre Erlebnisse in Postkutschen

„Amor fährt mit", Scherenschnitt von Blecke, Original: Bundespostmuseum, Frankfurt

Am 27. März 1810 traf Napoleon Bonaparte, seine zukünftige Gemahlin, Erzherzogin Marie-Louise von Österreich. Wie das geschah, berichtet der Historiker Octave Aubry

Gegen 10 Uhr vormittags bestieg Napoleon mit Marschall Murat einen Wagen ohne Wappen. Im Galopp raste die Kutsche auf der holprigen Landstraße dahin.

Bei jeder Poststation, wo die Pferde gewechselt werden, stieg er aus und schleppte den schläfrigen Murat mit sich.

Endlich wird eine Kavalkade am Horizont sichtbar. Zuerst kommen Reiter, dann eine Anzahl von Kutschen, die sich geschwind nähern. Napoleon eilt auf die Kutsche der Kaiserin zu. D'Audenarde, der Vorreiter Marie-Louisens, der ihn sofort erkennt, öffnet den Schlag mit dem Ruf: „Der Kaiser!"

Napoleon wirft dem Tolpatsch einen harten Blick zu; dann besteigt er hurtig den Wagen und, ohne an das Protokoll oder nur daran zu denken, daß er tropfnaß ist, wirft er sich der Erzherzogin an den Hals. Marie-Louise ist überrumpelt und senkt ihre Augen. Napoleon hält die Hände seiner jungen Frau, streichelt sie.

„Nach Compiègne, und ohne anzuhalten!" befiehlt Napoleon dann. Der kaiserliche Brautzug setzt sich in Trab. In Soissons, wo sie mit den Behörden ein glänzendes Bankett erwartete, haben die Gaffer kaum Zeit, die schwerfällige Holzkutsche zu sehen, in der der Kaiser, lachend und schwatzend, seine Gemahlin umschlungen hält.

Unter dem unaufhörlich niederpeitschenden Regen rast der Zug durch Felder, Wälder, Dörfer und Städte, von den Fackeln der Vorreiter erhellt. Bei stockfinsterer Nacht kommt er in Compiègne an. Die Kuriere, die ihre Pferde zuschanden ritten, hatten die Ankunft verkündigt. Die Kanonen donnern den Salut, augenblicklich füllt eine ungeheure Menschenmenge die Höfe und Galerien des Schlosses. Der Kaiser springt aus dem Wagen und hilft der Kaiserin beim Aussteigen. Dann geleitet er Marie-Louise in ihre Gemächer ...

Freiherr Joseph von Eichendorff (1788–1857) gehört zu den meistgelesenen romantischen Dichtern. In seiner Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts" beschreibt er die Italienfahrt seines Helden

Wir fuhren nun über Berg und Tal Tag und Nacht immerfort. Ich hatte gar nicht Zeit, mich zu besinnen, denn wo wir hinkamen, standen die Pferde angeschirrt, ich konnte mit den Leuten nicht sprechen, mein Demonstrieren half also nicht: oft wenn ich im Wirtshaus eben beim besten Wein war, blies der Postillion, ich mußte Messer und Gabel wegwerfen und wieder in den Wagen springen und wußte doch eigentlich gar nicht, wohin und weswegen ich just mit so ausnehmbarer Geschwindigkeit fortreisen sollte.

Nun saß ich eben voller Gedanken und wußte nicht aus noch ein, als es auf einmal seitabwärts von der Landstraße abging. Ich schrie zum Wagen heraus auf den Postillion: wohin er denn fahre? Aber ich mochte sprechen, was ich wollte, der Kerl sagte immer bloß: „Si, Si, Signore!" und fuhr immer über Stock und Stein.

In seinen Memoiren „Geschichte meines Lebens" schildert der italienische Abenteurer Giovanni Giacomo Casanova, Chevalier de Seingalt, folgende Episode

Die Pferde bäumen sich, und meine arme Begleiterin zuckt krampfhaft zusammen. Sie wirft sich an meine Brust und umklammert mich ganz fest mit ihren Armen. Ich bücke mich nach dem Mantel, der auf den Boden gefallen war, und als ich ihn aufhebe, erwische ich ihre Röcke.

Sie will sie gerade wieder herunterstreifen, da fährt erneut ein Blitz nieder, und vor Schrecken kann sie sich nicht rühren. Ich will den Mantel über sie breiten und ziehe sie näher zu mir heran, so daß sie buchstäblich und mit meiner Hilfe rittlings auf mich fällt.

Da ihre Stellung nicht günstiger sein kann, verliere ich keine Zeit, sondern tue so, als greife ich nach meiner Uhr im Hosenbund, und nutze die Gelegenheit. Es wird ihr klar, daß sie, wenn sie mich nicht augenblicklich daran hindert, sich nicht wehren kann. Sie macht eine Anstrengung; aber ich sage ihr, wenn sie sich nicht ohnmächtig stelle, werde sich der Kutscher umdrehen und alles sehen.

Bei diesen Worten lasse ich sie mich beschimpfen, soviel sie will, halte sie im Rücken fest und trage den vollständigen Sieg davon, den jemals ein gewandter Gladiator davongetragen hat.

Im Herbst des Jahres 1787 unternahm Wolfgang Amadeus Mozart in Begleitung seiner Frau Konstanze eine Reise nach Prag, um die Oper „Don Juan" aufzuführen. Eduard Mörike beschrieb die Szene in seiner Novelle „Mozart auf der Reise nach Prag"

Der gelbrote Wagen ist mit Blumenbuketts, in ihren natürlichen Farben gemalt, die Räder mit schmalen Goldleisten verziert, der Anstrich aber noch keineswegs von jenem spiegelglatten Lack der heutigen Wiener Werkstätten glänzend, der Kasten auch nicht völlig ausgebaucht, obwohl nach unten zu kokett mit einer kühnen Schweifung eingezogen; dazu kommt ein hohes Gedeck mit starrenden Ledervorhängen, die gegenwärtig zurückgestreift sind.

Seit einer halben Stunde hat Mozart wegen der für diesen Monat außerordentlichen Hitze sich des Rocks entledigt und sitzt, vergnüglich plaudernd, barhaupt, in Hemdsärmeln da. Madame Mozart trägt ein bequemes Reisehabit, hellgrün und weiß gestreift; halb aufgebunden fällt der Überfluß ihrer schönen, lichtbraunen Locken auf Schulter und Nacken herunter.

„Durch wieviel Wälder", sagt Mozart, „sind wir nicht heute, gestern und ehegestern schon passiert! – Ich dachte nichts dabei, geschweige daß mir eingefallen wäre, den Fuß hineinzusetzen." □

en-
nal:

r sein
ern tue
hr im
enheit.
mich
t, sich
e An-
ie sich
ch der
n.
ch be-
sie im
ndigen
andter

nter-
g
art
seiner
e
h
pper
Mörike
le

enbu-
gemalt.
en ver-
eswegs
k der
nzend.
aucht,
einer
dazu
renden
urück-

Mozart
rdent-
gt und
upt, in
t trägt
n und
llt der
aunen
acken

Mozart,
d ehe-
nichts
efallen
□

Schöner war's, da Hörnerton
Durch die Berge hallte;
Da der muntre Postillion
Mit der Peitsche knallte

Franz von Holtzendorff (1829–1889)

Der Züricher **Rudolf Koller** (1828–1905) malte das Titelbild „Der Postillion vom Gotthard".

Ein Hoch auf den gelben Wagen

Vor 45 Jahren fuhr die letzte Postkutsche durch Deutschland

Reitende Post über Celle / Aus der Geschichte des alten Postwesens

ZWEI Boten der „Kramergilde" der Stadt Hannover sind es, deren Tätigkeit erste Kunde von einem wenigstens hinlänglich geregelten Postverkehr im alten Niedersachsen gibt. Sie fuhren an bestimmten Tagen nach Hamburg und nahmen Personen, Briefe, Waren und Geld mit. Auch die Wolfenbütteler Herzöge hatten schon um die Mitte des 16. Jahrhunderts Reitposten eingerichtet, und im Jahre 1587 ist sogar in Niedersachsen bereits die erste Postordnung erlassen worden, die erste in deutschen Landen. Sie regelte innerhalb der Fürstentümer Wolfenbüttel und Calenberg den Briefverkehr der Aemter mit der Regierung. Auch eine Art „Feldpost" gab es damals schon in Niedersachsen. Als Herzog Georg 1634 als Befehlshaber der Truppen des niedersächsischen Kreises im Felde stand, schuf er eine regelmäßig verkehrende Reitpost von seinem Hauptquartier bei Weimar nach Braunschweig.

Nachdem 1615 ein großer Teil der Postgerechtsame an die Familie von Taxis übergegangen war, begann auch in Niedersachsen ein neuer Abschnitt der Postgeschichte. Zunächst übernahm die Taxis'sche Postverwaltung die Verpflichtung, im lüneburgischen Gebiet Briefe zu sammeln und zu befördern. Im Jahre 1640 wurde durch den Hildesheimer Bürger Rütger Hinüber die erste offizielle Post in Braunschweig-Lüneburg eingerichtet. Er schuf eine reitende Post von Bremen über Celle, Hannover, Hildesheim nach Kassel, was ihn 40 000 Taler kostete.

Bald wurden auch fahrende Posten angelegt; ihre ersten Linien führten von Hildesheim über Hannover — Celle — Harburg nach Hamburg, von Bremen über Celle nach Braunschweig, von Hildesheim über Hannover nach Bremen. Der Hinübersche Posthof an der Celler Straße in Hannover, zu dem 1643 die Baugenehmigung erteilt wurde, ist noch bis in die jüngste Zeit hinein ein Zeuge jener alten Postdynastie gewesen. Durch ständige Erweiterung der alten niedersächsischen Postkurse und vor allem durch die politischen Veränderungen nach Schluß des Dreißigjährigen Krieges wurden allmählich neue Verhältnisse geschaffen. Vor allem machte die Taxis'sche Konkurrenz dem Hannoverschen Postmeister zu schaffen und es hat jahrelang endlose Streitigkeiten wegen der Postgerechtsame in Niedersachsen gegeben.

Um jene Zeit verkehrte in unserem Gebiet auch die vom Großen Kurfürsten eingerichtete „Dragonerpost" oder „Trabantenpost" auf dem Kurs Berlin—Osnabrück—Münster. Sie diente der Depeschenbeförderung zwischen der Preußischen Regierung und ihren Gesandten bei den westfälischen Friedensverhandlungen in Münster. 1667 erschien eine Erweiterung der alten Hannoverschen Postordnung vom Jahre 1659; 1678 erschien die Hauptpostordnung, mit der zugleich dem Drosten Stechinelli das Amt eines Generaloberpostmeisters in den braunschweig-lüneburgischen Landen übertragen wurde. Damit war die bisher in den Welfischen Landen amtierende Postherrschaft der Familie Hinüber beendet. Stechinelli verkaufte sein Amt jedoch schon nach vier Jahren für 26 000 Taler an den hannoverschen Oberhofmarschall von Platen. Für 450 000 Reichstaler erwarb Georg II. im Jahre 1736 das Postregal, bis mit der Eröffnung der ersten Eisenbahnlinie Hannover—Lehrte am 29. August 1843 Postreiter und Postkutsche allmählich gänzlich aus dem Landschaftsbild verschwanden. By.

Postamtsbezirke Stolzenau und Nienburg vereint

Der Verwaltungssitz ist in der Kreisstadt / Siebelt Erdwien ist neuer Chef des Postamtes in Nienburg

Nienburg (So). Genau ein halbes Jahrhundert ist es her, seit der Altkreis Stolzenau in den Landkreis Nienburg integriert worden ist. Nunmehr hat sich auch die Post dieser 1932 geschaffenen kommunalen Realität angeschlossen und die Postamtsbezirke Nienburg und Stolzenau mit Sitz in der Kreisstadt vereinigt. Gleichzeitig wurde während einer Feierstunde gestern im Hotel „Weserschlößchen" der bisherige Postamts-Chef in Stolzenau, Amtsrat Siebelt Erdwien (59), als neuer Leiter des Nienburger Postamts vorgestellt. Der gebürtige Wangerooger ist Nachfolger des kürzlich in den Ruhestand verabschiedeten Oberamtsrats Gerhard Riese, der dem Nienburger Amt elf Jahre lang vorstand (DIE HARKE berichtete).

Die Zentralisierung der Verwaltungsaufgaben nach Nienburg wie auch die Amtseinführung führte neben dem Präsidenten der Oberpostdirektion Hannover/Braunschweig, Horst Zech, auch den Bremer OPD-Präsidenten Wilhelm Freundlieb nach Nienburg. Der Grund: Der bislang zur Oberpostdirektion Bremen zählende Amtsbezirk Stolzenau wurde jetzt an die Oberpostdirektion Hannover/Braunschweig angeschlossen.

Welchen Stellenwert Spitzenvertreter aus allen Bereichen des öffentlichen Lebens, von Behörden, Verbänden, Banken, Politik, Polizei, Bundeswehr, Holländer aber auch der Post selbst der Angelegenheit beimaßen, zeigte die große Zahl prominenter Persönlichkeiten, von denen Nienburgs Bürgermeister Axel Schlotmann, Oberkreisdirektor Dr. Wilfried Wiesbrock, Dr. Wenn von der Industrie- und Handelskammer Hannover-Hildesheim, Nienburgs Post-Personalratsvorsitzender Willi Daube sowie Stolzenaus Bürgermeister Dieter Heuvemann Grußworte an die Versammlung richteten.

Gewissermaßen als „Mitgift" in die „Hochzeit" der beiden Postamtsbezirke brachte Erdwien (Bremens OPD-Präsident Freundlieb: „Wir trennen uns nur ungern von Ihnen") seinen bisherigen Arbeitsbereich Stolzenau mit 17 Postämtern und -stellen in den nun größeren Postamtsbezirk Nienburg mit Sitz in der Kreisstadt ein. Erdwien war von 1960 bis 1981 Amtsvorsteher in Stolzenau.

„Durch die Zentralisierung der Verwaltungsaufgaben", so betonte Bremens OPD-Präsident, „werden den Postkunden im Bereich Stolzenau keinerlei Nachteile entstehen." Weder drohe einem Postschalter die Schließung, noch komme der Briefträger oder der Paketzusteller später als bisher. Es wurde ausschließlich Verwaltungsarbeit verlagert.

„Wir trennen uns nur ungern von Ihnen": Bremens OPD-Präsident Wilhelm Freundlieb dankt Nienburgs neuem Postamts-Vorsteher Siebelt Erdwien (Mitte). Rechts der Präsident der Oberpostdirektion Hannover/Braunschweig, Horst Zech. Foto: Sommerfeld

Die Deutsche Bundespost gilt nach Worten von Hannovers OPD-Präsident Horst Zech heute allgemein als ein wirtschaftlich gesundes Unternehmen, das in der Lage ist, seine Aufgaben aus eigenen Gebühreneinnahmen zu bestreiten. Allerdings entstünden im Postwesen Defizite, die nur durch Überschüsse des Fernmeldewesens ausgeglichen werden könnten. „Um diesen internen Ausgleich in Grenzen zu halten, muß die Post alle Möglichkeiten einer Rationalisierung und damit einer Kostenminderung im Bereich Postwesen ausschöpfen", bekräftigte Zech.

Diesem Unternehmensziel diene auch die Vereinigung der Postverwaltungsdienste Nienburg und Stolzenau. Zu den Verwaltungsdiensten zählt die Post das Personalwesen, Organisation und Betriebswirtschaft, Kassen- und Rechnungswesen, Haus- und Grundstücksverwaltung sowie das Beschaffungswesen.

Ziel der Zusammenlegung sei es auch, die Effizienz des Verwaltungsdienstes zu steigern und ihn wirtschaftlicher zu gestalten. Dieses wiederum könne nur in Dienststellen mit einem bestimmten Mindestumfang erreicht werden, die ihrerseits nur bei ausreichend großen Organisationseinheiten gebildet werden könnten.

Wie weit die Zentralisierung bereits fortgeschritten ist, zeigen drei Zahlen: Während 1970 im Bundesgebiet noch über 700 Postämter mit Verwaltungsdienst bestanden, sind es derzeit weniger als 400. 1983 rechnet man nur noch mit etwa 300 derartigen Ämtern.

Entscheidende Kriterien seien die Einordnung der betreffenden Ämter in das Postleitzahlsystem und hinsichtlich des Standortes deren geografische Lage sowie der Geschäftsumfang. Unter diesen Voraussetzungen fiel der Verwaltungssitz auf Nienburg. Diese Entscheidung werde von beiden Oberpostdirektionen gemeinsam getragen, versicherten die Präsidenten Freundlieb und Zech.

Mit Stolzenau wird ein 350 Quadratkilometer großer Postamtsbereich mit den Gemeinden Stolzenau, Diepenau, Raddestorf, Uchte und Warmsen mit insgesamt 24 500 Einwohnern aus dem OPD-Bereich Bremen herausgelöst und dem Bezirk Hannover/Braunschweig angegliedert. Nach der Vereinigung umfaßt der Amtsbezirk Nienburg nun ein Gebiet von 1100 Quadratkilometern, wobei mehr als 92 000 Einwohner zu den Kunden zählen. Sie werden von 47 Postämtern und Poststellen aus versorgt.

Um 1850 wurde der Ferntourismus noch mit Segelschiffen abgewickelt. – Europa schrumpfte durch neue Verbindungen der Eisenbahn (Bahnhof um 1907). Ullstein (4)

Hoch auf dem Bock für fünf Silberlinge

Vom Erlebnisbericht bis zum Baedeker – Der Umgang mit alten Reiseführern

VON GOTTHARDT FRÜHSORGE

Im guten alten „Simpl", der erfolgreichsten deutschen satirischen Zeitschrift „Simplicissimus", gab es irgendwann vor dem ersten Weltkrieg eine Karikatur, die ein – natürlich reiches – amerikanisches Ehepaar mit Töchterchen vor der Münchener Frauenkirche zeigt. Man starrt angestrengt in einen Reiseführer und der Zeichner läßt fragen: „Ist heute der Dreizehnte? – oh, yes, dann sind wir in München!"

Wie immer in der Satire, deckt auch hier die Übertreibung eine Fehlentwicklung auf. Offenbar waren es vor allem die Amerikaner, die – in immer größeren Scharen die Alte Welt entdeckend – nicht mehr reisten, um Länder und Menschen in ihren nationalen Unterschieden kennenzulernen, sondern durch Europa eilten, um Sehenswürdigkeiten abzuhaken.

Der Karikaturist wußte sicher nicht, daß schon in den siebziger Jahren des 19. Jahrhunderts ein genau beobachtender Schweizer Hotelfachmann, Eduard Guyer, in seinem berühmten, frühesten Handbuch über das Hotelwesen die sich anbahnenden Veränderungen im internationalen Tourismus vorausgesehen hatte. „Der vornehme reiche Engländer", der bisher die größte Gruppe der Europareisenden, vornehmlich in der Schweiz, dem klassischen Land des Fremdenverkehrs, gestellt hatte, habe sich zurückgezogen. Statt dessen seien vor allem die Amerikaner gekommen: „Geht ein Amerikaner auf Reisen, so ist eine Bleifeder der Hauptgegenstand seiner Effekte. Ohne Bleifeder kein Amerikaner; alle Verhältnisse werden bei demselben ausgerechnet und in Zahlen ausgedrückt. Er kümmert sich um alles, fragt viel und oft sehr treffend."

Der nüchtern registrierende Businessman aus den Staaten als Prototyp einer neuen Art des Reisens, in der auch mit der aufzuwendenden Zeit hart kalkuliert wird. In möglichst kurzer Reisezeit will man soviel wie möglich an wechselnden Eindrücken vor Augen bekommen. Offensichtlich gehen schon am Ausgang des 19. Jahrhunderts, als vom modernen Massentourismus noch lange nicht die Rede sein konnte, jene Zeiten einer nur behaglich beschleunigten Fortbewegung zu Ende, in der der Reisende in erster Linie auf das Vorhandensein des „seiner Stellung, Mittel und Gewohnheiten entsprechenden Comforts", wie der weltkundige Herr Guyer bemerkt, zu achten hatte. Seiner Erfahrung nach tut das nur der reisende Engländer, der ja tatsächlich seit dem späten 18. Jahrhundert und dann immer zahlreicher im 19. Jahrhundert als erster die klassischen Reiseländer des Kontinents entdeckte: Italien, die Bergwelt der Schweiz und – nicht zu vergessen – seit der Romantik die „Rheinreise" als Modell empfindsamer Flußreisen.

Elegante Kleider

Die Engländer waren es, die die Maßstäbe für Ziele, Organisation und Komfort des modernen Reisens setzten. Denken wir an die in der eleganten Gesellschaft legendär gewordene englische Reisekleidung, die Ausstattung aller möglichen Utensilien für unterwegs und Hotel. Viele, bis heute gebräuchliche Bezeichnungen der Ausstattung stammen aus jener Epoche der am englischen Vorbild geformten „feinen Lebensart", die selbstverständlich auch auf Reisen zu gelten hatte: *„Der Herr kann Ledertasche und Plaid über die Schulter* geschnallt tragen, den Handkoffer zur Seite. Für ihn eignet sich am besten „ein Jakettanzug aus schmiegsamem Tuche und dauerhaftem Lodenstoff, dazu waschlederne Handschuhe, weicher Filzhut, für die Nacht eine Reisemütze." Für die Damen müssen „elegante Reisekleider" durch einen „entsprechenden Umhang von halbgrauem Gloriastoff, Rohseide oder Lüster, je nach der Jahreszeit aus schmiegsamem Woll- oder Lodenstoff" geschützt werden.

Typisch englisch aber auch das mit Wagemut gepaarte trockene Interesse am Fremden und Ungewöhnlichen. Auch die Erfindung des Reisebüros (das weltberühmte von Thomas Cook's), der Reisegesellschaft und entsprechender Reiseversicherungen sind englischer Reiselust und Reisekunst zu danken.

Wie könnte es anders sein, der Hotelier Guyer mißt alle anderen reisenden Nationen am Standard der Briten. Was er da schon 1874 zu beobachten imstande ist, sind aufschlußreiche Vergleiche, die immer deutlicher hervortretenden Entwicklungen vom Tourismus nicht nur für die reichen Oberschichten, vor allem der in der Besichtigung der Welt immer schon erfahrenen Aristokraten, zur Reisemöglichkeit auch für den fleißigen Bürgersmann, der im Ablauf eines anstrengenden Arbeitsjahres den berechtigten Wunsch nach Erholung außerhalb seines gewohnten Lebensbereichs verspürt.

Ein Stück Kultur

Die Verschiedenheit der Sitten und Gebräuche der Völker sind groß, und nirgends offenbaren sie sich deutlicher als auf Reisen. In der Mentalität eines effektiven, zielgerichtet auf die Sehenswürdigkeiten gerichteten Reisens sind die Deutschen den Amerikanern am nächsten. „Der Deutsche will zuerst dem Zweck seiner Reise gerecht werden; er will wo möglich alles sehen. Er ist ein unruhiger Gast", bemerkt Guyer. Und im Hotel fällt er oft dadurch unangenehm auf, daß er alles kritisiert und „auf der ganzen Welt nichts recht und gut findet als in Berlin". Der Franzose, „in souveräner Verachtung aller geographischen Kenntnisse, wirft Staaten, Berge, Seen und Flüsse bunt durcheinander, weiß selten, wo er sich befindet, und nie, wohn die Reise geht". Wie anders der Russe, der „meist in größerer Familie kommt", selten rasch reist und entweder „sehr gut oder sehr mittelmäßig" zahlt.

So unterschiedlich sich die Nationalitäten in ihrem Verhalten außerhalb ihrer Länder und Sprachgemeinschaften auch geben mochten, so vergleichbar waren ihre Reiseabsichten im Umgang mit der Welt fremder Länder und Völker. Der Kulturhistoriker Rainer Gruenter hat zu Recht beklagt, daß es noch keine Kulturgeschichte des Reisens gebe, soviel auch über die Geschichte von Reisen und Reisebeschreibungen geschrieben worden sei. „Doch eine Kulturgeschichte des Reisens – Reisen als menschliche Kulturäußerung, als das, was die Franzosen ‚les meurs' nennen, zur Sittengeschichte zählen – beginnt wohl erst dort, wo das Reisen nicht mehr durch Zwecke und Ziele veranlaßt, sondern zum Selbstzweck wird, wo man reist um des Reisens willen."

Vieles von dieser als höchste Form des Reisens verstandenen Selbsterfahrung finden wir noch in den Zeugnissen vom Reisen des ausgehenden 19. und beginnenden 20. Jahrhunderts, die so ganz anders aussahen als das, was heute in aller Welt als selbstverständlicher Sektor der Freizeitgestaltung veranstaltet wird. So gut und sozialpolitisch richtig es ist, daß in unseren Tagen praktisch jedermann, wann immer er will (jedenfalls in den westlichen Ländern), ins Flugzeug steigen kann, um vorderasiatische Ruinenstädte kennenzulernen oder sich an den Stränden von Las Palmas der Sonne und den Diskos hinzugeben, so gewiß ist auch, daß diese Art Freizeitbewältigung nichts mehr zu tun hat mit dem Wesen des Reisens als Selbsterfahrung durch Erfahrung mit der Fremde. Wenn wir – perfekt durch Reisebüros geplant – von Hotelburg zu Hotelburg ziehen, die in der ganzen Welt gleich aussehen, bleiben wir gleichsam immer bei uns selbst. Besonders zufrieden sind wir, wenn wir auf Reisen im Ausland möglichst alles so wiederfinden, wie wir es zu Hause gewohnt sind. Und das Neue, was wir natürlich sehen wollen, ist allein die wohlpräparierte Sehenswürdigkeit, die der Reisegruppe als Museumsstück vorgeführt wird. Daß es oft genug so ist, beweist der zunehmende Trend zur sogenannten *Abenteuer- oder Wanderreise und ähnlichen Angeboten, weil offensichtlich das Unbehagen* an der problemlosen Sightseeing-Touristik wächst.

Genuß und Gewinn

Das Abenteuer aber, das im historischen Verständnis zum Wesen des Reisens gehörte, bedeutete – gerade in der Epoche immer komfortabler werdender Transportmittel und Unterkünfte – nicht körperliche Gefahr für den Reisenden, die das Reisen früherer Zeiten begleitete, sondern meinte die unzähligen kleinen und großen Erlebnisse, wo immer man sich außerhalb seines gewohnten Lebensraumes aufhalten mochte. Sitten, Gebräuche, Lebensgewohnheiten anderer Länder blieben in den Augen dieser Reisenden andersartig. Und so sehr man sich auch bemühen mochte, sie zu verstehen, der Genuß der Reise und ihr Gewinn an Erkenntnissen beruhten darauf, daß man das Vertraute mit dem Fremden vergleichen konnte.

Den richtigen Umgang mit dieser Art des Abenteuers durch Reisen, lehrt eine Literatur, die der Reisende heute zwar noch als Reiseführer kennt, von der er aber in der Regel nicht mehr weiß, daß sie eine für die Kulturgeschichte – nicht nur des Reisens – besonders interessante Tradition hat. Selbst das „Handbuch für Reisende", wie das in Deutschland populärste Muster dieser Gattung, die berühmten roten Taschenbücher des Herrn Baedeker aus Leipzig, genannt wurden, war auch in der Zeit seiner ersten Blüte nur noch Restformen der alten Literatur zur Anleitung für das Reisen.

Der Karikaturist des Simplicissimus drückt seinen Touristen aus Übersee einen Reiseführer in die Hand und gibt dem schmalen Büchlein die Schuld, daß diese Reisenden nur da hineinschauen und nicht auf die Bauwerke um sie herum. Nehmen wir aber einige der alten Reiseführer zur Hand, so erkennt man schnell, daß das Gegenteil des karikierten Gebrauchs beabsichtigt war. Sie sollten nichts weniger als Einführung und Ratgeber in die Kunst des Reisens sein. Weniger die technischen Umstände der Fortbewegung von Land zu Land, von Ort zu Ort, mußten mittels dieser Bücher beherrscht werden, vielmehr die materiellen und geistigen Voraussetzungen der Reise selbst. Das richtige Reisen mußte gelernt sein.

Seit dem 16. Jahrhundert sind in ganz Europa die „Apodemiken" verbreitet, wie der Fachausdruck für diese Anleitungsliteratur zum Reisen lautet. Sie treten zunächst lateinischsprachig auf, zählten zur gelehrten Literatur, erschienen aber bald auch in den Volkssprachen, da immer mehr Menschen aller Stände und Berufsgruppen auf Reisen gingen.

Die vielen uns überlieferten Reisebeschreibungen, die über Ziele und Zwecke der außereuropäischen und europäischen Reisen unterrichten, bringen mehr oder weniger genaue Berichte über den jeweiligen Verlauf solcher Unternehmungen, die sich ja oft genug als gefahrvolle Missionen, Abenteuer mit unvorhersehbarem Ausgang oder für die Wissenschaft als zentrale Expeditionen darstellen. Die große Zeit der Reisebeschreibungen, das 18. und frühe 19. Jahrhundert, brachte dann die literarische Beschreibung, die künstlerische Darbietung des Gesehenen und Erlebten, die Selbststilisierung der Künstlerreise, aber auch die statistisch genaue, topographische Aufnahme bereister Länder und Städte, so etwa die Darstellung der Reise des Berliner Aufklärers und Verlegers Friedrich Nicolai von Berlin nach Wien.

Von alledem ist in der Anleitungsliteratur zum richtigen Reisen nicht die Rede. Sie ist nicht Bericht über das im unmittelbaren Wortsinn Erfahrene, sondern Beschreibung dessen, was überhaupt erst erfahren werden kann und soll. In der Anfangszeit dieser Handbücher herrschte die moralische und philosophische Erörterung über den Zweck des Reisens vor, sozusagen eine Philosophie der Reise, oft genug unter religiösen Gesichtspunkten. Ist es für den Menschen gut, seinen ihm angestammten Ort zu verlassen, die große Unruhe der räumlichen Veränderung über sich Herr werden zu lassen? Vom späten 17. und vor allem dann im 18. Jahrhundert nehmen die Beschreibungen der Sehenswürdigkeiten, die Ausarbeitung alles Wissenswerten für die unterschiedlichen Reisezwecke sichtbar zu. Neben der Beschreibung der Reiserouten, wie sie ja heute noch die Reiseführer füllen, finden sich immer ausführliche Kapitel über das Wesen des Reisens überhaupt und über die Kunst, das Reisen recht zu meistern.

Im Verständnis des 18. Jahrhunderts, der Aufklärung, ist Reisen eine Art praktischer Lebensklugheit, ein Vermögen zur „Beförderung der Glückseligkeit" des Menschen, wie es der welterfahrene Julius Bernhard von Rohr in seiner „Einleitung zur Klugheit zu leben" beschrieben hat. Vor Antritt der Reise soll der Mensch in sich schauen, seine Fähigkeiten, seine Geldmittel und „Leibes-Konstitution" prüfen. Nicht ein Darauflosfahren ist geboten, sondern genaue Vorbereitung auf die zu besuchenden Plätze und Menschen. Aber auch der im Zeitalter der Flugreisen noch beherzigenswerte Rat, nicht zuviel „Bagage" mitzunehmen und diese mit „gewissen Zeichen" zu versehen, um sie schnell herauszufinden, fehlt nicht. Der Reisende, den Herr von Rohr im Auge hatte, ist um ständige Erweiterung des Wissens bemüht und darin für das 18. Jahrhundert vorbildlich. Er unterrichtet sich nicht nur *vor* Antritt der Reise, er schreibt auch ständig alles wissenswert Beobachtete auf. So entstanden die vielen Reiseberichte, die ja zu den wichtigsten Quellen der Wissenschaftsgeschichte der Epoche zählen.

Aber der Herr von Rohr ist nicht nur selbst ein Mann des höfischen Lebens, er schreibt auch für den „Cavalier", der in den bereisten Ländern zuerst nach dem Hofleben zu fragen hat, um beispielsweise in Erfahrung zu bringen, wer die tonangebende Mätresse sei und welcher Minister zuerst besucht werden müsse. Hier zeigt sich ein wesentlicher Zweck dieser Reiseanleitungen als nützliches Hilfsmitel für die „grand tour", die Kavaliersreise der jungen Adeligen, die – unter Leitung eines Hofmeisters – in der Regel über die Niederlande und Frankreich nach Italien gingen. Erst am Ende des 18. Jahrhunderts kommt dann England als Reiseland in den Blick. Griechenland und andere mediterrane Länder werden erst im 19. Jahrhundert entdeckt, und zwar unter ganz anderen Interessen als die der höfisch orientierten Bildungsreise.

Die alten Reisehandbücher sind von großer Vielfalt in Umfang, Format und inhaltlicher Ausrichtung. Generell werden die drei, vor der Einführung der Eisenbahn (und nachfolgend des Automobils) üblichen Arten des Reisens berücksichtigt: die Fußreise, vor der Entdeckung des Wanderns als Naturerlebnis, die niedrigste Form des Fortkommens, die Reise mit dem Pferd und die Reise mit dem Wagen. Für die Geschichte des Reisens und für den Stand der Kenntnisse einzelner Länder besonders aufschlußreich sind diejenigen Handbücher, die sich an bestimmte Berufsgruppen, die verschiedenen „Professionen" unter den Reisenden wenden. Neben den Kaufleuten, die naturgemäß viel reisen müssen, werden auch die Gelehrten, Naturforscher, Künstler und andere Gruppen angesprochen, die alle spezielle Reisehandbücher kannten.

Einer der bedeutendsten Namen unter den Autoren der Reiseliteratur war der aus Nürnberg stammende Paul Jacob Marperger (1656–1730), der nach Aufenthalten in ganz Europa, von Genf bis St. Petersburg, Mitglied der königlich preußischen „Societät der Wissenschaften" in Berlin wurde und über 90 Schriften publizierte. Er kann als Theoretiker der Reise gelten. Für „Virtuosi" (= Künstler), Kauf- und Handelsleute, Theologi, Juristen und Medici" gibt sein „Wohlunterwiesener Passagier" Anweisungen, „was ihme auf seinen Reisen zu sehen, zu thun, und zu erkennen nöthig ist."

Marpergers Schriften zeigen deutlich einen Wandel in der Vorstellung vom richtigen, und das heißt im Verständnis der Zeit, nützlichen Reisen. Das Ideal der Kavaliersreise, die Persönlichkeit durch die Begegnung fremder Nationen und anderer Sitten auszubilden, weicht den gezielten Interessen, möglichst spezielle Kenntnisse auf Sachgebieten zu erlangen, die für die Gesellschaft von allgemeinem Nutzen sind.

Die seit 1703 in Hamburg erscheinenden „Vornehmsten Europäischen Reisen" des Peter Ambrosius Lehmann, einer der meist gelesenen Autoren dieses Genres, bestimmen die Reisen „zum Entzweck einer fleißigen Untersuchung fremder Nationen, Gebräuche und Rechte, um die politische Staatskunst zu erlernen und dem Vaterlande nützlich zu sein".

Im Verständnis des Aufklärungszeitalters steht für diese Ziele das Wort „patriotisch". So erscheint es auch im englischen Titel eines sehr einflußreich gewordenen Reiseführers von 1787. Der Graf Leopold Berchtold, der in London lebte, ließ dieses Buch erscheinen, das bald ins Deutsche übersetzt wurde und seinen Siegeszug in die Bibliotheken und Reisetaschen der Aufklärer antrat. Die Forderung, durch vergleichendes Beobachten auf Reisen, die häuslich-nationalen Verhältnisse ständig zu verbessern, geht hier soweit, daß ein Katalog von Fragen für die Erkundung der Länder entwickelt wird, die sich auf alle Gebiete des politischen und sozialen Lebens richten, von der Topographie bis zu den Düngemethoden der Landwirtschaft.

Bequeme Schnellpost

Der „neugierige Passagier", eine Lieblingsfigur der reisefreudigen Postkutschenzeit, wollte zunächst und vor allem aber aus seinem Reisehandbuch erfahren, welche Routen er zu wählen hatte, um beispielsweise von Magdeburg über Kassel nach Köln zu fahren, wann die „Schnellpost" in den einzelnen Stationen abging und was man in den Orten, in denen gehalten wurde, an Sehenswertem zu besichtigen habe. „Dienstag und Freitag vormittags", so liest man im „Taschenbuch für Reisende" von Engelmann und dem in der Reiseliteratur bekannten Kriegsrat Reichard von 1826, geht in Magdeburg die Schnellpost nach Kassel ab. Das „Personengeld" beträgt für einen Platz im Wagen acht und für einen Platz auf dem Bock fünf Silbergroschen pro Meile. Dafür können auch 30 Pfund Gepäck frei mitgenommen werden. Man fährt in einem „in Federn hängenden Kutschwagen", alles in allem recht bequem.

Im Unterschied zu den vielen traurigen Postkutschenlegenden der Nachwelt war das System erstaunlich leistungsfähig. Selbst der das Verkehrswesen seiner Zeit sehr kritisch betrachtende Göttinger Professor August Ludwig Schlözer, der sogar Vorlesungen über das Reisen hielt, meinte, daß „unser Post-Wesen im Ganzen gut" sei, „solange den Verordnungen stricte nachgelebt wird".

In den Reiseführern seit Beginn des 19. Jahrhunderts nehmen die Informationen über die Bäder, die Orte der heilenden Quellen, aber auch schon über die Seebäder, einen immer wichtigeren Platz ein. Schon das späte 18. Jahrhundert interessierte sich für die Badeorte als Begegnungsstätten nicht nur der „großen Welt", sondern auch der reisenden Bürger. Unter ihnen waren vornehmlich die Gebildeten der Aufklärung, die sich hier trafen und austauschten. Reichards „Taschenbuch" von 1826 ist eines der ersten, das die deutschen Nordseebäder touristisch beschreibt.

Tips für Neulinge

Ebenso werden hier sehr früh die gerade in Mode gekommenen Gebirgsreisen und die Rheinreise von Steckenabschnitt zu Streckenabschnitt mit den Sehenswürdigkeiten der Plätze und Landschaften vorgestellt. Ein Reisender habe 1816, so wird für Norderney festgestellt, dort den Aufenthalt im Sommer sehr „wohlfeil" befunden. Ein Zimmer mit zwei Betten habe nur drei bis vier Taler die Woche gekostet, ein Gedeck „an der Wirtstafel im Conversationshaus" 12 Groschen.

Dieser Hinweis auf den offensichtlich noch raren Touristen um 1816 ist typisch für die älteren Reiseführer, auch noch für die frühen Bände des „Baedeker". Der Ton der Information ist viel persönlicher, erzählerischer gehalten, als in den heutigen Reiseführern. Noch ist nicht alles normiert, mit international verständlichen Zeichen versehen, was der Reisende wissen soll. Erfahrungen früherer Reisender werden bevorzugt mitgeteilt, zum Beispiel, daß dieser oder jener Gasthof teuer sei, daß der Wärter im botanischen Garten von Athen ein Trinkgeld erwarte und daß man jenen berühmten Aussichtspunkt getrost übergehen könne.

Mit der rasanten Entwicklung eines weltweiten Verkehrssystems, mit dem wachsenden Wohlstand breiter Schichten und einem veränderten Bewußtsein vom Umgang mit dem „Abenteuer der Fremde" ist der Massentourismus gekommen, der allen die weite Welt verfügbar machte, aber – jedenfalls im Sinne der alten Reiseführer – das Reisen abgeschafft hat.

THE WONDER OF 1851!

FROM YORK

TO LONDON AND BACK FOR A CROWN.

THE MIDLAND RAILWAY COMPANY

Will continue to run

TWO TRAINS DAILY

(Excepted Sunday, when only one Train is available)

FOR THE GREAT EXHIBITION,

UNTIL SATURDAY, OCTOBER 11,

Without any Advance of !

RETURN SPECIAL TRAINS leave the Euston Station on MONDAYS, TUESDAYS, THURSDAYS, & SATURDAYS at 11 a.m., on WEDNESDAYS and FRIDAYS at 1 p.m., and EVERY NIGHT (Sundays excepted) at 9 p.m.

First and Second Class Tickets are available for returning any day (except Sunday) up to and including Monday, Oct. 20. Third Class Tickets issued before the 6th instant are available for 14 days, and all issued after the 6th are returnable any day upto Monday the 20th.

The Trains leave York at 9-40 a.m. every day except Sunday, and also every day, including Sunday, at 7-20 p.m.

Fares to London and Back:—

1st Class 15s. 2nd, 10s, 3rd, 5s.

The Midland is the only Company that runs Trains Daily at these Fares.

Ask for Midland Tickets!

Children above 3 and under 12 years of age, Half-price. Luggage allowed—112 lbs. to First Class, 100 lbs. to Second, and 56 lbs. to Third Class Passengers.

APPROVED LODGINGS, of all classes, are provided in London for Passengers by Midland Trains. The Agents will give Tickets of reference on application, without charge, and an Office is opened in London, at DONALD's WATERLOO DINING ROOMS, 14, Seymour-street, near Euston Station, where an agent is in regular attendance to conduct parties who go up unprepared with Lodgings.

The Managers have much pleasure in stating that the immense numbers who have travelled under their arrangements have been conducted in perfect safety—indeed in the history of the Midland Lines, *no accident, attended with personal injury, has ever happened to an Excursion Train.* In conducting the extraordinary traffic of this Great Occasion the first object is to ensure *safety*, and that object has hitherto been most happily achieved.

With the fullest confidence, inspired by past success, the Conductors have pleasure in urging those who have not yet visited the Exhibition, to avail themselves of the present facilities, and to improve the opportunity which will close on the 11th of October.

All communications respecting the Trains to be addressed to the Managers, for the Company,

John Cattle & John Calverley, Wakefield;
Thomas Cook, Leicester.

October 2nd, 1851.

T. COOK, PRINTER, 28, GRANBY-STREET, LEICESTER.

Anzeige von Thomas Cook's Reisebüro (1851): Eisenbahnfahrten von York nach London.

Ankunft einer Personenpostkutsche zu Beginn des 19. Jahrhunderts (Gemälde von Boilly, Louvre).

Grenzschutz fand bei Asylanten Tips von Schlepperorganisation

Verhaltensregeln bei Einreise / Vorgefertigte Anträge

Eigener Bericht

sus. **Helmstedt**

Ein in arabischer Sprache verfaßtes Schreiben, in dem genaue Anweisungen für das Verhalten bei der Einreise in die Bundesrepublik gegeben werden, haben Helmstedter Grenzschutzbeamte bei einem libanesischen Asylbewerber gefunden. Diese Anweisungen, so teilte Polizeioberrat Günther Nehring als Leiter des Grenzschutzamtes Braunschweig am Freitag auf Anfrage mit, seien ein weiterer Beweis für die Existenz von sogenannten Schlepperorganisationen in den Herkunftsländern der Asylbewerber.

Bereits am 22. Juni war das Papier Beamten des Bundesgrenzschutzes am Bahnhof Helmstedt in die Hände gefallen. Als hervorragenden Zufall wertete Nehring diesen Fund: Wenn in dem arabischen Schreiben nicht in lateinischer Schrift das Wort „Helmstedt" gestanden hätte, hätte sich keiner der Beamten veranlaßt gesehen, das Papier genauer zu studieren. Die Lektüre von Schriftstücken, die die Asylbewerber bei sich tragen, sei den Beamten verboten. In diesem Fall habe jedoch der Verdacht nahegelegen, daß es sich nicht um ein privates Schreiben, sondern um eine Verhaltensanweisung handele. Ein vereidigter Dolmetscher hat das Papier daraufhin übersetzt.

Wie in Berlin bekannt wurde, werden in dem Papier zunächst Tips gegeben, wie man vom Ostberliner Flughafen Schönefeld nach Westberlin und von dort mit der Bahn ins Bundesgebiet gelangt. An der Grenze in Helmstedt steige Polizei zu. Wer kein Visum habe, müsse den Zug verlassen. Fingerabdrücke würden abgenommen und Formulare ausgefüllt. Dies dauere etwa drei Tage. Dann würden die Asylbewerber auf ihre Kosten nach Westdeutschland geschickt. Zu Fragen nach dem Grund der Einreise heißt es: „Dann sagst Du, ich bin vor den Parteien geflüchtet. Damit wird Deine Ankunft als Asyl betrachtet. Es muß ein Argument sein, damit sie Dich aufnehmen und beschützen. Du sollst keine Angst haben. Du mußt damit rechnen, daß es im ersten Monat Quälereien geben wird. Aber nicht, wie Du denkst."

Der Asylbewerber komme dann in eine Lager. „Aber keine Angst. Dieses Lager bedeutet ein Gebäude. Immerhin ist es besser als im Libanon." Jeder könne soviel Geld mitbringen, wie er wolle. „Aber laßt die Polizei nicht merken, daß Ihr etwas habt, damit alles auf ihre Kosten läuft", rät der Verfasser des Schreibens. Dieser „Reiseführer" sei ungewöhnlich, weil er besonders detailliert ist, sagte Günther Nehring. Allerdings hätten sich schon häufiger bei den Einreisenden kleinere Zettel mit Hinweisen gefunden, einmal seien auf einem Tonband in die Musik Tips für die Asylbewerber hineingespielt worden. Diese Hilfsmittel brächten vor allem Einreisende aus dem arabischen Raum mit. Ghanaer hingegen hätten gelegentlich gleichlautende vorgefertigte Asylanträge bei sich.

Über die Veröffentlichung des jetzt gefundenen Textes in Berlin hat Nehring sich wegen „kriminaltaktischer Bedenken" geärgert. Abgesehen davon, daß Ermittlungsansätze durch diese Veröffentlichung gestört werden könnten, hätte der Bundesgrenzschutz schon seit längerem die Erfahrung gemacht: Sobald innerhalb der Bundesrepublik Veränderungen bei den Einreiseformalitäten bekannt würden, würden auch die Asylbewerber bereits in den Herkunftsländern davon erfahren. Drei bis vier Tage nach der Veröffentlichung hätten sich Neuankömmlinge bereits auf neue Situationen eingestellt.

Fehlalarm: 2000 Sirenen erschreckten Bevölkerung

ucg. **Springe**

Weil ein Posttechniker bei Leitungsarbeiten in Springe (Kreis Hannover) die Drähte durcheinanderbrachte, war am Freitagmittag ganz Südniedersachsen in Aufruhr. Die Verwechslung löste mehr als 2000 Alarmsirenen zwischen Hannover und Göttingen aus. Der Zweiminutendauerton signalisierte zwar Entwarnung, doch auf viele Menschen wirkte das Heulen der Sirenen alarmierend. Bei Feuerwehr, Polizei und dem Warnamt III in Rodenberg (Kreis Hannover), in dem die Sirenen im Ernstfall zentral ausgelöst werden, standen die Telefone nicht mehr still. Manche freiwillige Feuerwehr fackelte auch nicht lange. So meldeten sich zum Beispiel im Landkreis Hildesheim 100 Wehren wenige Minuten nach dem Alarm um 12.15 Uhr vorsichtshalber einsatzbereit. In Hannover fragten dagegen nur zwei Ortswehren zaghaft bei der Berufsfeuerwehr nach, ob sie zu einem Einsatz ausrücken müßten.

Rommel-Panzer kommt aus Tunesien nach Munster

Munster (dpa)

43 Jahre nach dem Ende des Afrikafeldzuges wird ein Panzer der Rommel-Armee von Tunesien zurück nach Deutschland transportiert. Er soll im Bundeswehrpanzermuseum Munster (Kreis Soltau-Fallingbostel) ausgestellt werden. Der Panzerkampfwagen III wurde von den tunesischen Behörden der Botschaft der Bundesrepublik übergeben.

Obwohl von dem Modell bis 1943 mehr als 5000 Stück gebaut wurden, gibt es nach Angaben von Oberstleutnant Reimar Grundies, dem Leiter der Lehrsammlung des Panzermuseums, kein Exemplar mehr in der Bundesrepublik. Peter Kurt Würzbach, Parlamentarischer Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, und bundesdeutsche Diplomaten verhandelten mit dem tunesischen Verteidigungsministerium über die Schenkung des in Tunesien entdeckten Panzers III. Deutsche Unternehmen unterstützten die Aktion finanziell.

Ritz: 5000 lassen Äcker unbestellt

Erst 20 Millionen Mark aus Grünbrache-Programm ausgeschöpft

Eigener Bericht

ut. **Hannover**

Landwirtschaftsminister Burkhard Ritz ist am Freitag in Hannover dem Eindruck entgegengetreten, das sogenannte Grünbrache-Programm der Landesregierung entwickele sich zu einem Reinfall. Ritz sagte, zwei Wochen vor dem Ende der Anmeldefrist hätten sich nahezu 5000 Landwirte bereit erklärt, Ackerflächen in Grünbrache umzuwandeln. Noch vor einer Woche waren bei den Landwirtschaftskammern Weser-Ems und Hannover die Anträge sehr schleppend eingegangen: Damals hatten erst 400 Bauern Anträge zur Aufnahme in das Programm gestellt.

Der Großversuch in Niedersachsen soll besonders zu einer Verringerung der Überschußproduktion von Getreide beitragen, indem bisher intensiv bewirtschaftete Akkerböden für ein oder mehrere Jahre unbestellt bleiben. Ritz sagte vor Journalisten, er habe den Eindruck, Niedersachsen werden von den anderen Bundesländern um den Modellversuch beneidet.

Für das Programm sollen im Haushaltsjahr 1987 insgesamt 120 Millionen Mark bereitgestellt werden, davon kommen 100 Millionen Mark aus der Bundeskasse. Nach Berechnungen des Landwirtschaftsministeriums werden als Folge der 5000 Zusagen von Landwirten künftig 20 000 Hektar Ackerland brach liegen. Dafür erhalten die Landwirte Ausgleichzahlungen in Höhe von 20 Millionen Mark.

Ritz ist zuversichtlich, daß innerhalb der nächsten zwei Wochen so viele Anträge bei den Landwirtschaftskammern eingehen, daß auch die restlichen 100 Millionen voll ausgeschöpft werden. Zwar sei als Schlußtag für die Antragsstellung der 1. August vorgesehen, man werde aber auch noch einige Tage anhängen, sagte Ritz. Eine Verlängerung der Frist in den September sei jedoch ausgeschlossen.

Eine Befragung der Landwirtschaftskammer Weser-Ems ergab, daß in Oldenburg bis zum 17. Juli erst 358 Anträge eingegangen waren. Die Landwirtschaftskammer Hannover konnte am Freitag keine genauen Zahlen nennen. Es wurde jedoch bezweifelt, daß die vom Landwirtschaftsministerium genannte Zahl von 5000 abgegebenen Anträgen bereits zusammen sei.

Im täglich frischen Wasser fühlen sich die kleinen Norddeicher Seehunde offensichtlich pudelwohl.

Praktikant Tobias Hüge füttert die kleinen Heuler mit Heringen.

Haferschleim und Heringsbrei helfen den hilflosen Heulern wieder auf die Flossen

Seehundaufzuchtstation in Norddeich päppelt zur Zeit 25 Jungtiere auf

Von Klaus von der Brelie

Norddeich

„Wie Ratten sind die Seehunde lange Zeit bekämpft worden", erinnert sich Winhold Schumann, fachlicher Leiter der Seehundaufzuchtstation in Norddeich, „die Küstenbewohner sahen die Tiere als ihre Feinde an, weil sie viele Fische wegfraßen und manchem Fischer die Netze kaputtbissen." – Heute ist von der schonungslosen Jagd auf den Seehund schon lange keine Rede mehr. Geradezu liebevoll kümmern sich zahlreiche Menschen am Wattenmeer um die possierlichen Tiere. Die Aufzucht- und Forschungsstation in Norddeich ist ein sichtbarer Beweis für diese Zuwendung.

Allem Anschein nach haben sich die intensiven Bemühungen, den Seehund im Süden der Nordsee vor dem Aussterben zu bewahren, in jüngster Zeit ausgezahlt. Alle Seehundstationen – von Esbjerg in Dänemark bis Belgien – berichten übereinstimmend, daß sich die Bestände erholt haben. In Niedersachsen, wo die Seehunde fünfmal in jedem Jahr gezählt werden – vom Flugzeug aus, hat sich die Zahl der Tiere seit 1975 mehr als verdoppelt. Während es vor elf Jahren gerade noch 1019 Seehunde waren, sind es heute wieder mehr als 2200.

Über die Gründe für diese erfreuliche Aufwärtsentwicklung gibt es sehr viel mehr Spekulationen als wissenschaftliche Erkenntnisse. Winhold Schumann glaubt, daß die Küstenfischerei sehr viel zur Trendwende beigetragen hat. Der sogenannte Gammelfang wurde eingestellt: die kleinen Fische in den Netzen werden ins Meer zurückgeworfen und nicht mehr zu Fischmehl verarbeitet, so daß die Seehunde wieder mehr zu fressen haben.

Auch die Ausweisung von sieben Seehundschutzgebieten, die inzwischen alle in der Ruhezone des niedersächsischen Nationalparks liegen, zahlte sich aus. Und auch die Tatsache, daß in Niedersachsen seit 1972 nicht mehr auf Seehunde geschossen werden darf, blieb nicht ohne Folgen. (Schumann kennt noch die Zeiten, als in Ostfriesland ganze Familien von der Seehundjagd lebten und für die Felle der Tiere, aber auch für Seehundtran viel Geld gezahlt wurde.) Ob sich die Versuche, die Nordseeverschmutzung einzudämmen, inzwischen auf den Seehundbestand ausgewirkt haben, vermag niemand zu sagen. Die Forscher sind sich jedoch einig, daß sich der Seehund nur dort wohl fühlen kann, wo es sauberes Wasser und viele Fische gibt.

Die Seehundexperten in Dänemark, Schleswig-Holstein, Niedersachsen und in Holland bedauern in jedem Jahr aufs neue, daß sie viel zuwenig über ihre Zöglinge wissen. So kann heute kein Wissenschaftler zuverlässige Altersprognosen für Seehunde abgeben. Sie wissen auch nicht, wann die Tiere geschlechtsreif werden, wie das Paarungsverhalten abläuft und wie die Wanderungen der Rudel organisiert sind.

Gewisse Grundlagen für die Seehundforschung werden seit 1971 in Norden und Norddeich zusammengetragen – in der Aufzuchtstation, die sich in erster Linie um die Heuler kümmert, um Jungtiere, die ihre Mutter verloren haben und hilflos im Wattenmeer gefunden werden. 48 ehrenamtliche Mitarbeiter hat die Station zwischen der Ems- und Elbmündung.

Nach dem Essen ein Verdauungsschläfchen – in trauter Eintracht. Aufn. (3): Franke

Zwei Zivildienstleistende und ein erfahrener Tierpfleger arbeiten unter fachlicher und tierärztlicher Aufsicht gewissermaßen wie Adoptivmütter. Mit fast unendlicher Geduld und allerlei Tricks päppeln sie viele Jungtiere groß. Wenn die Heuler „eingeliefert" werden, wiegen sie meist weniger als zehn Kilogramm. Oft sind sie abgemagert, weil sie bis zu ihrem Auffinden, tagelang keine Muttermilch zu trinken bekamen.

Als Begrüßungstrunk gibt es in Norddeich für jeden Neuankömmling flüssigen Haferschleim, 37 Grad warm und mit einem Schlauch direkt in den Magen. Vier bis fünf Mahlzeiten sind für jeden Gast in der Station täglich vorgesehen. Als zweites und drittes Gericht stehen auf der Karte: Heringsbrei und ganze Heringe. Die kleineren Heuler gedeihen anfangs besonders gut, wenn sie ein Gemisch aus Haferschleim und Heringsbrei „eingetrichtert" bekommen. Wenn sie später das Schlucken gelernt haben, wird der Speiseplan recht eintönig: fünfmal täglich Matjes.

Bis zu 50 Jungtiere kann die 1980 eröffnete neue Station in Norddeich aufnehmen. In diesem Jahr sind die Becken erst halb gefüllt. 25 Heuler tummeln sich unter ständiger Kontrolle ihrer Betreuer. Jedes Tier hat einen Namen und eine eigene Karteikarte. Für jeden Seehund wird ein „persönlicher Ernährungsplan" zusammengestellt, damit die Speckschicht unter dem Fell möglichst schnell so dick wird, daß die Tiere von mindestens 25 Kilogramm in ihren angestammten Lebensraum zurückgebracht werden können.

Winhold Schumann räumt ein, daß längst nicht jeder Heuler, der am Strand durch lautes Schreien auf sich aufmerksam gemacht hat, die künstliche Kinderstube dick und fett verläßt. Für manches Jungtier gibt es keine Rettung, weil sie unheilbar krank sind. Häufig ist der Nabel vereitert, Geschwüre in der Haut sind nicht selten. Parasiten und Läuse machen den Tieren zu schaffen. Die Tierärzte stellen bei toten Tieren immer häufiger fest, daß Herz- und Lungenwürmer den inneren Organen arg zugesetzt haben. Mit anderen Worten: Die Erfolge in der Seehundaufzucht hängen zu einem großen Teil von der veterinärmedizinischen Betreuung ab. Immerhin, die Bilanz der Station in Norddeich kann sich sehen lassen. Im allgemeinen kehren 85 bis 90 Prozent der Seehunde ins Wattenmeer zurück. Im bisher besten Jahr konnten von 34 eingelieferten Seehunden 31 wieder ausgesetzt werden.

Die Kosten für diese Arbeit sind nicht niedrig. Sie werden durch Spenden und Zuschüsse aufgebracht. Allein die Landesjägerschaft zahlt in jedem Jahr bis zu 50 000 Mark, damit unter anderem 5000 Kilogramm feinster, tiefgefrorener Heringe für die Heuler eingekauft werden können. Aus der Bilanz der Station läßt sich auch entnehmen, welche Bedeutung die Seehundbetreuung für den Fremdenverkehr an der ostfriesischen Küste hat. Schumann sagt: „An Regentagen, wenn nicht an Baden zu denken ist, haben wir bis zu 1700 Besucher hier. In jeder Saison sind es 60 000 bis 70 000 Menschen, die uns bei der Arbeit zusehen."

Hinterrücks

ebb. **Verden**

Für den Angler am Ufer eines Kanals bei Intschede (Kreis Verden) gab es nichts anderes mehr, als auf sein Gerät zu achten. Die Welt versank um den einsamen Mann, der darauf wartete, daß ein Glöckchen signalisierte: ein Aal hat gebissen. Als der Morgen graute, machte der 29jährige Restaurator eine bestürzende Entdeckung, die ihn seine Augen reiben ließ: Von seinem in der Nähe abgestellten Porsche 911 hatten Unbekannte hinterrücks alle vier Felgen mit den Reifen abmontiert. Der Fußgänger wider Willen hatte die zehn Kilometer bis zu seiner Wohnung mühsamer als sonst zurückzulegen. Der Sachschaden: über 2000 Mark.

Mit Kamera im Kaiserdom: Kirche geht gegen Diebe vor

Königslutter (epd)

Weil der Figur Heinrichs des Stolzen die Nase zertrümmert und die linke Hand abgebrochen worden ist, hält im 850 Jahre alten Kaiserdom in Königslutter (Kreis Helmstedt) moderne Technik Einzug. Versteckte Kameras sollen die Grabfiguren und andere wertvolle Kunstschätze im Gotteshaus überwachen. Auf diese Weise will der Eigentümer verhindern, daß noch mehr Schäden angerichtet werden. In jüngster Zeit sind nach Angaben des Gemeindepfarrers außer den Mißhandlungen an Heinrich dem Stolzen von zwei Kruzifixen die Christusfiguren entfernt worden. Selbst vor dem Allerheiligsten hatten Diebe nicht haltgemacht. So vermißt der Pastor zwei Altarleuchten, auch der Inhalt des Opferstockes ist bereits geplündert worden.

Jever erinnert an Kampf ostfriesischer Grafen

r. **Jever**

„Fräulein Maria von Jever" ist Titel eines Festspiels, das am Dienstag, 12. August, vor dem Schloß in Jever uraufgeführt wird. Anlaß ist das 450jährige Bestehen der Stadtrechte der friesischen Stadt. Das Theaterstück, das bereits im Jahre 1936 unter dem Titel „Maria von Jever" gezeigt wurde, ist für das Jubiläum von Erika Petersen und Dieter Jorschik überarbeitet worden. Es erzählt die Geschichte von dem Kampf der ostfriesischen Grafen im 16. Jahrhundert.

Interessenten können Eintrittskarten im Büro des Verkehrsvereins der Stadt Jever, Telefon 0 44 61 / 75 75 34, bestellen. Weitere Aufführungen sind am 18., 20. und 21. August.

Zur Person

Die Landesregierung will mehr als bisher für Niedersachsen als Forschungsland werben. In der Pressestelle der Staatskanzlei wurde eigens für diese Aufgabe ein Referat eingerichtet, das **Bettina Raddatz** übernehmen wird. Die Wirtschaftswissenschaftlerin hatte ihre Karriere unter **Birgit Breuel** im Wirtschaftsministerium begonnen, wo sie bis vor zwei Jahren für die Kabel- und Kommunikationstechniken zuständig war. Frau Raddatz soll vor allem Unternehmen betreuen und öffentlich vorstellen, die auf den sogenannten Zukunftsmärkten arbeiten, und den Dialog mit den Wirtschaftsverbänden pflegen.

p. s.

Charlotte Keyser

Die alten Postkutschen

Fern, sehr fern ist die Zeit beschaulicher Romantik, da noch die gelbe Postkutsche mit in das Landschaftsbild gehörte. Für uns, die wir jener Zeit entrückt sind, webt ein stiller Zauber um die gelbe Kutsche und den Postillion mit seinem Horngebläse. Es ist aber sehr wahrscheinlich, daß die Reisenden jener vergangenen Tage weit weniger diesen Hauch von Poesie empfanden, da die unebenen Landstraßen und die oft mangelhafte Federung der hochgebauten Karossen sehr ihre Tücken hatten. Als die guten Postkutschen zu altern anfingen, verblaßten die freundlichen Bilder mehr und mehr, und als sich diese Ära ihrem Ende zuneigte, war der letzte Schimmer von Romantik gewichen.

Gerade während meiner Kindertage brach die Zeit an, in der die alten Postkutschen in dieses letzte Stadium rückten. Man wußte es, wenn sie hingingen, würde es keinen Ersatz mehr geben, denn ihre Art starb aus. Doch leisteten sie in jenen Tagen noch unermüdlich treue Dienste, selbst dann noch, als sie schon recht lahm in den allerletzten Zügen lagen.

Die Posthalterei in Ruß hatte der alte Lorenz. Wer kannte ihn nicht und wer schätzte nicht seine originell, stets erheiternde Art? In der vielbesuchten Gaststube des Patzkerschen Hotels hing noch viele Jahre nach seinem Tode über dem schwarzen Ledersofa, da, wo er immer gesessen, das in Öl gemalte Porträt dieses allertreuesten Stammkunden, der diese Würdigung als braver Großtrinker und bester Stimmungsmacher wohl verdiente. Wenn der alte Lorenz mit der ganzen Behäbigkeit seiner Körperfülle in besonnter Ruhe auf der Bank vor seinem Hause thronte, konnte er die Straße bis hinunter zum Atmathstrom überblicken und den täglichen Start und die Wiederkehr der Postkutschen verfolgen. Da gab es unter diesen mächtigen gelb oder braun gestrichenen Dingern erste, zweite und dritte Garnituren, ganz ihrem ehrwürdigen Alter nach abgestuft. Glücklich konnte sich jedenfalls derjenige preisen, der für seine Fahrt zur Bahnstation Heydekrug die erste Garnitur erwischte.

Wenn die alten Kutschen hätten reden können, oh — sie hätten von manchem heiteren Spuk, aber auch von manchem ärgerlichen Abenteuer berichtet. Jedenfalls wußten der alte Lorenz und später auch sein Sohn ein Liedchen davon zu singen, galt es doch, manch einen Strauß mit diesem oder jenem rabiaten Kutscher auszufechten. Das Wohl und Wehe der gelben und braunen Wagen und vor allem auch ihrer Insassen hing ja letzten Endes von der Gut- oder Böswilligkeit dieser oft recht merkwürdigen Gesellen ab.

„Donnerschock!" fluchte da manch' einer, „diese Kerls haben's faustdick hinter den Ohren. Ganz schauderhafte Kujone sind das!"

Ja, wenn alle so gewesen wären wie der alte Traudrung, der noch nach ehrwürdigem Brauch die alte Uniform und den Postillionshut trug und bei der Abfahrt und bei der Station noch in das Horn stieß, oder wie der lange Wilhelm, der sein Nachfolger wurde — ja, wenn sie alle so gewesen wären, gerade und ehrlich! Aber später gab's da allerhand untüchtige Leute, Banditen, hinter deren Schliche der biedere Posthalter erst ganz allmählich kam. Von dem einen hieß es, daß er zu dumm war, daß er nach der entgegengesetzten Richtung fuhr, wenn er nach Heydekrug sollte. Das war jedoch nicht das Schlimmste, denn das ließ sich verhindern. Katastrophal aber wurde es, wenn diese „schauderhaften Kujone" mit den bedauernswerten Reisenden ein richtiges Theater aufführten. In Seelenruhe vollführten sie ihren Plan und ließen sich von niemandem imponieren. Was konnte „dat Herrke" schon tun, wenn sie erst mit ihrer Kutsche außer Reichweite waren, und wer konnte ihnen etwas nachweisen? Man sah sich natürlich recht genau die Leute an, die man da fortkutschierte. Mit den Einheimischen konnte man keinen Spuk treiben, aber die Fremden konnte man getrost hochnehmen.

Hatten die Postkutschen mit der Fähre den Atmathstrom überquert, ging der böse Zauber los; dann kam es vor, daß einer dieser zweifelhaften Burschen den bestürzten Reisenden erklärte, daß noch einmal derselbe Betrag gezahlt werden müßte, wenn er weiterfahren sollte. Der verschlagene Lümmel entschloß sich erst dann zur Weiterfahrt, wenn ihm seine Erpressung geglückt war. Oder diese Kutscher hatten mit Inbrunst Vorsorge getroffen, daß unterwegs ein Rad losging. Rad- und ratlos saßen dann die Reisenden da, gequält von der Angst, nicht mehr rechtzeitig die Bahnstation zu erreichen. „Aussteigen!" hieß es dann — aussteigen und mithelfen! —, der arme Kutscher konnte sich ja nicht allein damit befassen, aber für seine Bereitwilligkeit durfte er ein gutes Trinkgeld fordern. Für Geld und gute Worte konnte er sich schließlich herablassen, mitanzufassen.

Wenn die geschröpften Reisenden dann noch das Pech hatten, mit der dritten Garnitur fahren zu müssen, bei der das rote Plüschpolster durch die schon verstauchte Federung bald hoch, bald tief ging, so gelangten sie fast seekrank nach Heydekrug und erreichten mitunter nicht einmal ihr Ziel, weil der Zug ihnen an der Nase vorübersauste. Der so beflissene Kutscher konnte sich zu alldem jedoch nur mit einem hilflosen Achselzucken äußern.

Aber es gibt ja eine ausgleichende Gerechtigkeit, und der Krug geht so lange zu Wasser, bis er bricht. So kamen die „Heldentagen" dieser jungen Burschen doch allmählich ans Licht, und sie flogen für alle Zeiten von ihrem Herrschersitz auf hohem Kutschbock.

Zu besonderen Gelegenheiten konnte man auch privat eine der großen Kutschen oder einen anderen Wagen mieten; für größere Ausflüge gab es aber etwas ganz Besonderes. Da besaß der alte Lorenz ein seltsames Juwel aus grauer Vorzeit, die sogenannte „Journaliere". Diese Journaliere war ein Wagen von riesenhaften Ausmaßen, der fünf breite Sitze hatte, die hintereinander stufenartig anstiegen, so wie die Reihen eines Theaterranges. Diese Arche konnte nur von vier Pferden in Schwung gehalten werden, und wer einmal Gelegenheit hatte, eine solche Fahrt mitzumachen, dem wird sie sich unauslöschlich eingeprägt haben, besonders, wenn er auf hohem „Olymp" in der hintersten Reihe thronte.

Die gelben und braunen Postkutschen taten auch im Winter ihren Dienst; nur bei hohem Schnee wurden sie durch Schlitten ersetzt. Kritisch wurden die Fahrten zwischen Heydekrug und Ruß jedoch erst, wenn Eisgang, Schacktarp und Überschwemmung einsetzten; dann wurden die Kutschen in Atmath und Heydekrug stationiert. Zwischen diesen beiden Polen lagen die niedrige und die sogenannte hohe Chaussee. Die niedrige Chaussee war bei schwerem Eisgang oft voller Eistrümmer, die zur Durchfahrt der Kutschen erst weggeräumt werden mußten. Es existierte sogar eine photographische Aufnahme von einer solchen kritischen Fahrt: die Postkutsche zwischen Eisbergen schaukelnd. Während der Überschwemmung wurde die Strecke zwischen den beiden Chausseen mit Kähnen zurückgelegt; auf der hohen Chaussee nahm dann die Kutsche Personen und Postsachen in Empfang.

Nicht weniger schwierig, ja gefahrvoll war während des Schacktarps das Übersetzen mit Kähnen auf dem Atmathstrom. Da hatte dann der junge Lorenz, ein breitschultriger, stattlicher Mann, das Kommando. Mit Hilfe starker, wetterfester Männer, alle in hohen Wasserstiefeln, die bis zum Leib reichten, wurde das Eisboot — ein Handkahn mit flachem Boden, der außen mit Eisenschienen versehen war — durch die Schollen geschoben. Sobald der Kahn offenes Wasser erreichte, sprangen die Männer hinein und arbeiteten sich mit Hilfe von Rudern weiter durch das Gemenge von Wasser und Eis, in einem ständigen Wechsel von raus und rein. Da hätten der junge Lorenz und manch einer seiner Männer für unentwegtes Durchhalten eine Medaille verdient. Jedenfalls wird in der Erinnerung mancher alte Russer, der eine solche Stromfahrt mitgemacht hat, mit aller Hochachtung jener Männer gedenken.

An ein ganz besonderes Ereignis wird sich jedenfalls mancher erinnern. Da sah man nämlich eines Tages die größte und beste der alten Postkutschen im Schmuck reicher Blumengewinde ihren gewohnten Reiseweg antreten. Es war dies ihre letzte Fahrt. Ein neuer Zeitabschnitt war angebrochen, das Auto beherrschte die Verkehrsstraßen und nahm den alten Kutschen das Lebensrecht. Es gab auch keine Fähre mehr, sondern eine große eiserne Brücke führte über den Atmathstrom.

Zu guter Letzt erfuhr diese Königin der drei alten Kutschen noch im wahrsten Sinne des Wortes eine tiefe Erniedrigung. Sie wurde nämlich von ihrem hohen Rädergestell gelöst und als Hühnerstall in den Lorenzschen Hof gesetzt. Dort träumte sie über gackernden Hühnern und einem krähenden Hahn von der längst verklungenen Musik ihrer rollenden Räder und von den bunten Bildern einer fernen Vergangenheit.

Stolz ist der einzige noch lebende Nienburger Postillion Friedrich Höltke (85) noch heute auf die Urkunde, mit der ihm 1912 für geschicktes Fahren die Ehrenpeitsche verliehen wurde. Im Dienstanzug mit federbuschgeschmücktem Hut und Schärpe, die nur zu Kaisers Geburtstag getragen wurden, demonstriert er seine frühere Amtstätigkeit mit dem Posthorn. Aufn.: Kloss

Hoch auf dem gelben Wagen . .

Schon im Jahre 1616 hat es in Nienburg eine Post gegeben, wie ein Chronist zu berichten weiß. Denn in einem Erlaß der fürstl. Braunschweig-Lüneburgischen Statthalter und Räte zu Celle vom 4. Dezember 1616 wird dem Nienburger Magistrat zum Vorwurf gemacht, daß er der Regierung wegen der hier bestehenden Postanstalt gewisse Anzeigen nicht erstattet habe. Um was es sich hierbei gehandelt hat, ist aus dem Erlaß nicht zu ersehen. Es geht aber daraus hervor, daß hier schon sehr bald, nachdem der Fürst von Thurn und Taxis im Jahre 1615 vom Kaiser mit dem Postwesen in Deutschland belehnt worden war, eine Postanstalt eröffnet wurde.

Der erste Vorsteher der Gräflich Thurn- und Taxisschen Postanstalt hieß Hoyer. Damals war Nienburg eine Festung, und es scheint der Regierung in Celle das Passieren der Post bei Nacht erhebliche Bedenken eingeflößt zu haben, denn durch einen Befehl des Herzogs Christian vom 11. Januar 1617 wurde dem Magistrat in Nienburg aufgegeben, die Posten nachts weder herein- noch herauszulassen.

Unter dem Herzog Georg-Wilhelm von Celle ist das Postwesen später in den Celleschen Landen, zu denen Nienburg gehörte, durch Stechinelli, den der Herzog aus Italien holte und mit den höchsten Ämtern betraute, erheblich verbessert worden. Als das Taxissche Postwesen in den herzoglichen Landen aufgehoben wurde, dürfte es auch mit seinem Postamt in Nienburg zu Ende gegangen sein, denn später ist hier nur noch von einem Braunschweig-Lüneburgischen Postamt die Rede.

Im Jahre 1742 bestanden reitende Posten über Verden, Rotenburg nach Hamburg, dann über Hannover, Hildesheim, Göttingen, Kassel, Gießen und als letzte eine reitende Post nach Celle. Die fahrenden Posten vermittelten den Verkehr über Leese, Stolzenau, Diepenau, Osnabrück und weiter nach dem Westen. Gegen Ende des 18. Jahrhunderts kam noch eine reitende Post über Bremen und Cuxhaven nach England hinzu.

Schon damals muß der Postverkehr in Nienburg nicht ganz unbedeutend gewesen sein, weil im Jahre 1796 außer dem Postmeister noch fünf Beamte stationiert gewesen sind, während zu derselben Zeit in Städten gleicher Größenordnung wie Hameln und Osterode nur ein Beamter, in dem größeren Lüneburg zwei und in Göttingen nur vier Beamte beschäftigt waren. Allerdings wird der lokale Verkehr in Nienburg keineswegs einen derart beträchtlichen Personalaufwand erfordert haben. Vielmehr waren es die durchgehenden Posten, die eine so starke Besetzung des Postamts notwendig machten.

Wie der Postbericht nachweist, wurde Nienburg nicht allein von den Posten von Hamburg und Holland, sondern auch von den Posten von Hannover nach Minden, Osnabrück und weiter nach dem Rhein berührt. Die letzteren Posten wurden wegen der damaligen Territorialverhältnisse über Nienburg geleitet. Zwischen dem hannoverschen und preußischen Gebiet lagen die hessische Grafschaft Schaumburg und die Grafschaft Bückeburg, wo der Fürst von Thurn und Taxis seine Posten hatte. Da man mit dem Fürsten nicht verhandeln wollte oder konnte, zog man eine Umleitung der Posten vor, zumal man nach den damaligen Grundsätzen die Post so lange wie möglich im eigenen Land zu behalten suchte.

Der Weg von Hameln über Nienburg und Leese nach Minden wurde für die Fahrpostsendungen bis zum Jahre 1844 beibehalten. Erst nachdem die Eisenbahnen von Berlin bis Hannover einerseits und von Köln nach Minden andererseits erbaut waren, wurde eine Fahrpost von Hannover direkt nach Minden gelegt. Daraus ist zu ersehen, daß die Stadt Nienburg infolge ihrer günstigen Lage damals eine weit größere Rolle als heute gespielt hat. Seinerzeit ging der Hauptverkehr Nienburgs vom Wesertor her über die steinerne Weserbrücke durch die Weser- und Leinstraße – die heutige Georgstraße war ein Teil der Leinstraße – zum Leintor hinaus. Hochbeladene Frachtwagen kamen täglich von Bremen her über die alte Weserbrücke in die Stadt, und die gelbe Postkutsche rollte tagaus, tagein durch Nienburgs Straßen.

Ein amüsantes Streiflicht auf jene postalischen Verhältnisse wirft eine Klage des Nienburger Magistrats vom 24. Juli 1762 darüber, daß der damalige Postmeister Tento einen Gehilfen angenommen habe, dem er keinen Lohn zahle. Da nun aber der Gehilfe auch leben wollte, betreibe er einen schwunghaften Handel mit Rum und englischem Bier. Dadurch werde dem Apotheker und dem Ratskellerpächter ein erheblicher Schaden zugefügt. Die

430140

Stadthäger Poststempel erzählen

Stadthagen. Ein wichtiges Hilfsmittel der Post ist der Poststempel. Die ordnungsmäßig behandelte Postsendung ist ohne Stempel nicht denkbar. Die auf die Sendung geklebte Briefmarke ist nur die Quittung für die entrichtete Gebühr, der Stempel aber gibt der Sendung erst den postalischen Charakter. Jede den Vorschriften entsprechende Sendung, sei es nun der Brief oder Karte, Päckchen oder Postanweisung, zeigt Poststempelabdrücke und ist dadurch zu einem beweisführenden Dokument geworden.

Den Poststempel gab es schon lange vor Einführung der ersten Briefmarken und zwar gehen seine Anfänge zurück in das 15. Jahrhundert, wo in den italienischen Kleinstaaten und Städten auch Briefe an Privatpersonen mit kleinen, farblosen, vielfach runden Prägestempeln versehen wurden. Der älteste bekannte Brief, der im Jahre 1459 von Mailand nach Venedig befördert wurde, zeigt das Wappen Franz I. Den ersten Farbstempel finden wir 1661 in England auf dem Postwege von Yarmouth nach London, der von dem damaligen Generalpächter des britischen Postwesens, Henry Bishop, eingeführt worden ist. Bishop zählt in einem Schreiben vom 2. 8. 1661 außer anderen Maßnahmen für die schnelle und sichere Beförderung auch die Benutzung besonderer Poststempel zum Bedrucken aller eingelieferten Briefe auf. Dieser Stempel führt in einem Kreise nur die Tages- und Monatszahl, so daß es sich anfangs nur um einen Datumsstempel handelte.

Zu Beginn des 18. Jahrhunderts gingen erstmals in unseren engeren Heimat (Celle 1713, Nienburg 1715) Postbeamte daran, den Aufgabeort handschriftlich auf die Sendung zu setzen. Sie brachten den Ortsnamen mit roter oder schwarzer Tinte an. Hin und wieder wurde auch ein Rötelstift benutzt. Briefe dieser Art finden bei den Sammlern immer noch zu wenig Beachtung.

Gegen Ende des 18. Jahrhunderts stattete die thurn- und taxische Postverwaltung ihre Postämter nach französischem Muster mit einzeiligen Langstempeln aus. Aus dem Jahre 1795 sind bereits Belege des Postamts Bückeburg bekannt, die diesen Stempel tragen.

Die zwischen Frankreich und Taxis geschlossene Postkonvention vom 14. 12. 1801, die zwecks Portoabstufung das Reichspostgebiet in vier Rayons einteilte, brachte den Langstempel mit entsprechender Rayonzahl für die taxischen Postorte. Von Stadthagen sind bisher noch keine solche Stempelabdrucke bekannt geworden.

Am 15. Februar 1814 schloß die schaumburg-lippische Regierung mit der thurn und taxisschen Postverwaltung einen Vertrag wegen Überlassung der Briefposten in Bückeburg, Stadthagen und Hagenburg. Nur wenige Monate später erhält die Postverwaltung in Stadthagen einen Poststempel, der auffallend große Buchstaben hat. Dieser etwa 1814 beschaffte Poststempel ist dann fast vier Jahrzehnte in Gebrauch.

Als sich die thurn und taxissche Postverwaltung entschloß, Postwertzeichen herauszugeben – sie folgte damit dem Beispiel anderer Postverwaltungen – erschien auch ein Erlaß über die Anwendung der Ringstempel zur Entwertung der „Franco-Marken", der in der Generalverordnung vom 15. Juni 1853 bekannt gemacht wurde. Jetzt erhielten alle Postanstalten Ringstempel mit einer Zahl. Das Postamt in Bückeburg bekam die Zahl 320. Stadthagen stempelte mit der Zahl 333, Hagenburg mit 361 und Steinhude mit 366. Mit einem alphabetischen Verzeichnis der Ringstempel kann man genau feststellen, wo auf Auktionen angebotene Marken einstmals abgestempelt wurden.

Neben dem Ringstempel druckten die Postämter auch noch den Ortsstempel auf die Sendung. Aus dieser Zeit gibt es eine Unzahl kurioser Abstempelungen. Die Postverwaltung mußte die Postanstalten wiederholt ermahnen, die Abstempelung ordnungsgemäß vorzunehmen.

Seit 1855 stempelte das Stadthäger Postamt meistens die Dienstbriefe mit einem Kreisstempel, der neben dem Datum auch die Jahreszahl enthält. Auch von Postscheinen ist dieser Stempel bekannt, der bis etwa 1872 benutzt wurde.

Während der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war einige Jahre ein rechteckiger Stempel in Gebrauch, der von einem Einkreisstempel abgelöst wurde, der als Zierde unter dem Namen noch zwei Sternchen aufweist.

In den nächsten Jahrzehnten stempelt das Postamt Stadthagen mit einem Kreisstempel mit einem durchgehenden Steg, der bis in die zwanziger Jahre unseres Jahrhunderts benutzt wurde. In der Zeit der Deutschen Reichspost führte das Postamt nie einen Sonder- oder Werbestempel. Nur der Maschinenstempel wurde hin und wieder durch einen Fahnstempel ergänzt, der einen Werbetext (Werde Rundfunkteilnehmer, Luftpost ist schnell) führte.

Seit 1962 (oder war es schon Ende 1961?) werden die Postsendungen in Stadthagen und Umgebung mit einem Doppelkreisstempel bedruckt, der neben der Orts-, Datums- und Zeitangabe auch die Postleitzahl enthält.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß im Jubiläumsjahr die Postsendungen mit einem Werbestempel bedruckt werden.

NIENBURG 14 3

1836—1845

NIENBURG 14. 7.

1842—1852

NIENBURG 19 4

1849—1852

NIENBURG. 25 8

1852—1866

Erstmals genügten zwei Briefträger

1864 zogen nur 14 „Postler" um

Am 23. Februar beziehen die „Nienburger Postler" das neue repräsentative Postamtsgebäude an der Verdener Straße. Als im Jahre 1864 die Post von der heutigen Georgstraße, die damals noch Leinstraße hieß, in die Hafenstraße umzog, brauchten nur 14 Postbedienstete diesen Umzug mitzumachen. Damals wohnten in den 561 Häusern Nienburgs 5 184 Menschen.

Die 14 Postbediensteten im Jahre 1864 bestanden aus: dem Postmeister H. W. Pinkenburg, die „Comtoir"-Beamten Postobersekretär Deichmann, Postobersekretär Möller, Postsekretär Siegfried Krochmann, den „Comtoir"-Gehilfen Pottstock und Heise und aus den „Unterbedienten", den Briefträgern Bürges und Fricke, den Wagenmeistern Hildebrand und Schenk und den drei Schirrmeistern Karges, Thiele und Wobbe. Leiter des „Relais", der Pferdewechselstation, war F. Schriever. Ihm unterstanden fünf Postillione, die siebzehn Pferde zu pflegen hatten.

Die Uniformen manches Postbeamten war ordengeschmückt. So trugen die Herren Fricke, Schenk und Wobbe die silberne Wilhelms-Medaille. Der Amtsbereich des Postamts Nienburg dehnte sich zu jener Zeit bedeutend weiter nach Westen aus als heute.

Dem Nienburger Postamt waren die Speditionen und Relais zu Asendorf, Bahrenburg, Borstel, Diepenau, Diepholz, Kirchdorf, Landesbergen, Liebenau, Mandelsloh, Neustadt am Rübenberge, Steyerberg, Stolzenau, Sulingen, Uchte und Wagenfeld unterstellt. Der Posthalter Schriever mußte Extra-Posten bis nach Campen, Eystrup,

Hannover, Hoya, Leese, Mellendorf, Bad Rehburg, Sulingen und Walsrode fahren. Jeden Nachmittag um 14.40 Uhr konnte man von Nienburg aus mit der Postkutsche nach Stolzenau, Uchte und Diepenau fahren. Zweimal täglich fuhren die Kutschen nach Sulingen und Diepholz. Dort bestand Anschluß an die Postkutsche nach Osnabrück und Lemförde sowie nach Borstel. Nach Asendorf ging die Postkutsche vormittags um 9 Uhr. Auch nach Barver und Wagenfeld ging zweimal täglich eine Postkutsche. Aus Richtung Hannover und aus Richtung Bremen hielten je drei Personenzüge in Nienburg. Sie alle brachten auch Post mit. Zusätzlich brachten nachts auch die Güterzüge Post für Nienburg und Umgebung mit. H.W.

Kurfürstliche Regierung wurde deshalb gebeten, dem Postmeister Tento aufzugeben, daß er diesen Handel im Postkontor nicht weiter dulde. Außerdem solle der Gehilfe zur Entschädigung der betreffenden Händler wegen des ihnen entgangenen Gewinns herangezogen werden.

Einen entscheidenden Wandel im ganzen postalischen Verkehr brachte der Morseapparat mit sich. Mit dieser epochemachenden Erfindung wurde in Nienburg am 1. April 1876 der Telegraphenbetrieb aufgenommen. Zehn Jahre später dienten hierzu vier Morseleitungen. Eine Stadt-Fernsprecheinrichtung wurde am 26. November 1894 mit einem Klappenschrank zu 50 Leitungen mit 18 Fernsprechteilnehmern in Betrieb genommen. Zur gleichen Zeit gehörten zum Bereich des Postamts Nienburg schon zehn Postagenturen und drei Posthilfsstellen.

Aber erst vor 50 Jahren – am 1. Mai 1921 – wurden die Pferdeposten durch Kraftposten ersetzt. Die erste Kraftpost-Linie führte von Nienburg über Rodewald nach Schwarmstedt. Inzwischen haben die Postbusse, nur nach dem zweiten Weltkrieg ein knappes Jahr a. D., auf den heimischen Linien Kilometer-Millionen zurückgelegt.

Einen ersten Schritt in die Zukunft tat die Bundespost am 16. Juli 1964, als für den geplanten Neubau eines Post- und Fernmeldedienstgebäudes das Grundstück der Firma Gebr. Ernsting an der Verdener Straße 9 in der Größe von 12 940 qm zu einem Preis von 1,350 Mill. DM einschließlich der aufstehenden Baulichkeiten gekauft wurde. Denn das in der Zeit von 1863 bis 1864 mit einem Kostenaufwand von 14 644 Talern erbaute alte Postamtsgebäude an der Hafenstraße 9 konnte trotz späterer An- und Umbauten, Modernisierungen und Erweiterungen den ständig wachsenden Anforderungen in keiner Weise mehr gerecht werden. So entstand ab 1967 das neue Nienburger Postzentrum, das im Februar vergangenen Jahres endlich eingeweiht werden konnte. Im April 1970 folgte die Inbetriebnahme des Fernmeldedienstgebäudes.

Als noch die Postkutsche fuhr

1821 hatte Nienburg acht verschiedene Postkutschenverbindungen

Die Reisesaison ist noch in vollem Gange; mit dem eigenen Kraftwagen, mit modernen Omnibussen oder mit der bequemen Eisenbahn erschließt man sich die Schönheiten der Heimat; das Reisen ist zu einer Quelle der Erholung, der Freude und der Entspannung geworden. In alten Zeiten – und das ist noch nicht einmal 150 Jahre her – war es nicht so, damals mußte man, so man nicht einen eigenen Reisewagen mit Gespann besaß, und das war nur wenigen Begüterten beschieden, mit der Postkutsche durch das alte Königreich Hannover fahren. Diese Reisen galten allgemein als sehr unbequem und umständlich, waren teuer und außerdem noch mit vielfältigen Gefahren verbunden, so daß man nicht ohne besondere Notwendigkeit eine solche Reise mit der Postkutsche antrat. Die Romantik der Postkutschenzeit ist mehr eine die Vergangenheit vergoldende Erinnerung, denn eine Tatsächlichkeit.

Die Geschichte der Hannoverschen Post fällt mit der Braunschweigischen zusammen. Schon zur Zeit Heinrichs des Löwen waren in Hannover landesherrliche Botenanstalten vorhanden. Unter Heinrichs Enkel, Otto dem Kinde (1227 bis 1252), gingen von Hamburg aus die Kaufmannsboten durch das Land. Auch Hannover und andere Städte traten diesem Hansabunde bei. Alte Urkunden aus den Zeiten von 1519 bis 1576 sprechen ausdrücklich von geregelten Botenposten, die Briefe zu Fuß und zu Roß bestellten und sich auch der Wagen bedienten, sobald ihnen Pakete und Waren anvertraut wurden. Auch Reisende wurden befördert.

Zu den ältesten das niedersächsischen Gebiet befahrenden Posten gehören die seit 1649 verkehrende brandenburgische, die von Halberstadt kommend Wolfenbüttel, Braunschweig und Hannover berührte; die von Nordhausen, Elbingerode kommende, seit 1650 fahrende Nürnberger Botenpost, die Wolfenbüttel, Braunschweig und Lüneburg anfuhr und die taxischen Reitposten, die von Kassel aus in Göttingen, Seesen, Braunschweig in Hamburg und Bremen Station machten, wo Pferde, Reiter oder Postillone gewechselt wurden.

Die Braunschweigischen und Hannoverschen Lande haben sich der Einführung der Reichsposten immer erwehrt und etwa seit Mitte des 17. Jahrhunderts eigene Posten gehabt. Vom Mai 1751 an fuhr ein ordentlicher Postwagen zur Beförderung von Personen, Gepäck und Briefen jeden Sonntag von Hannover nach Uelzen, dienstags nach Bremen und donnerstags nach Göttingen. Die Taxe betrug für eine Person mit gewöhnlichem Gepäck für jede Meile 6 Ggr. Teurer war der Tarif für die Personenbeförderung mit der Extrapost. Nach dem Posttarif vom April 1821 kam z. B. eine Fahrt von Hannover nach Celle bei einer Entfernung von fünfeinviertel Meilen, die auf sechs Meilen abgerundet wurden, 7 Taler. Der Tarif beanspruchte für den Postwagen je Meile 8 Ggr. (Gutegroschen, von denen 24 auf einen Taler gingen), mithin für 6 Meilen 2 Taler. Dazu kamen 4 Taler für zwei Pferde, außerdem hatte der Fahrgast noch 12 Ggr. Trinkgeld, das an den Postillon zu entrichten war, und weitere 12 Ggr. Wegegeld zu bezahlen.

Man brauchte damals für eine Reise von rund vierzig Kilometern ganze fünf Stunden - wenn es bei den schlechten Wegeverhältnissen keine Achsenbrüche oder Deichselschäden gab. Wollte man einen Taler sparen, so mußte man einen Postwagen nehmen, der nicht in den Federn hing, sondern auf den Achsen stand und daher für den Reisenden sehr unbequem war. Eine reine Freude war also zu jenen Zeiten das Reisen nicht, überall herrschten primitive Verhältnisse; sehr erheiternd liest sich daher ein Stoßgebet, das bei Antritt von Reisen in Niedersachsen allgemein üblich war: „Himmlischer Vater, da ich diese Reise nicht aus Leichtfertigkeit oder Fürwitz, sondern aus dringender Not und Erforderung auf mich genommen habe, bitte ich Dich, bewahre mich auf den Straßen für Räuber böser Gesellschaft, Vergiftung und dergleichen Gefährden; item für ungeschlachteten Wettern, für Verirrung und gar dunklen Nächten . . ." In einem anderen Gebete hieß es noch: „Bewahre mich vor Verzauberung und unhöflichen Postmeistern."

Aber schon damals war man bemüht, den, wie man heute sagen würde, „Kundendienst", zu verbessern, die Strecken zu erweitern, die Fahrzeiten zu verkürzen und das Reisen mit der Postkutsche angenehmer zu gestalten. Um 1820 gab es im Hannoverschen, im Lüneburgischen, im Braunschweigischen, im Calenbergschen und im Oldenburgischen Lande fast keinen größeren Ort, der nicht von einer Postkutschenlinie mit Anschluß an die benachbarten Königreiche und Herzogtümer berührt wurde.

Nach einer im Verlage der Hetwingschen Hofbuchhandlung in Hannover herausgegebenen mehrfarbigen „Post-Charte von 1821", in der zur Eigenberechnung der Fahrtkosten die Entfernungen zwischen den einzelnen Stationen in Meilen angegeben waren, hatte Nienburg zu jener Zeit acht verschiedene Postkutschenverbindungen. Je eine nach Hagenburg–Hannover, Neustadt–Hannover, Rethem–Walsrode–Soltau, Verden, Hoya–Bremen, Sulingen–Wildeshausen–Oldenburg, Rehburg–Nenndorf und Leese–Minden. Manche Orte, die heute verkehrsmäßig keine allzu große Bedeutung hatten, waren derzeit wichtige Knotenpunkte für den Postwagenverkehr.

Als dann später in der Mitte des vorigen Jahrhunderts die ersten Eisenbahnen gebaut wurden, da waren es vor allem die Postkutscher, die von der neuen Einrichtung nichts wissen wollten. Es gab damals Pfeifenköpfe, auf denen im Bild ein Postillon zu sehen war, der mit seiner Peitsche eine dampfende Lokomotive bedroht. Unter dem Bilde stand der Vers: „Wer hat denn nur den Dampf erdacht? Uns Fuhrleut um das Brot gebracht? Das hat der böse Feind getan – der Teufel hol' die Eisenbahn!"

Die gute alte Zeit der Postkutsche, die, wie wir sahen, gar nicht so gut war, gehört der Vergangenheit an, auch die grimmigen Worte auf den Pfeifenköpfen konnten die fortschreitende Entwicklung des Verkehrswesens nicht aufhalten..

Gerhardt Seiffert.

Herr von Brummer fuhr per Extra-Post

Ein Rechnungsbuch gibt Auskunft über den Postkutschenverkehr

VON HEINRICH MUNK

Das Leinetal war schon immer ein wichtiger Verbindungsweg. Bereits zur Zeit der Postkutsche herrschte hier ein reger Durchgangsverkehr. Die hannoversche Postverwaltung bemühte sich im 18. Jahrhundert besonders, die Postkutschenverbindungen nach Kassel zu verbessern. So legte sie zu Brüggen im Jahre 1741 eine Relaisstation an.

Das erste Rechnungsbuch – Ein- und Ausgaberegister der Poststation – ist erhalten geblieben und gibt einen Einblick in den damaligen Post-Betrieb.

Nachdem man bereits im Jahre 1740 Verhandlungen über die Anlage eines Posthofes in Brüggen geführt hatte, einigten sich die Vertragspartner – die hannoversche Postverwaltung und der Herr von Steinberg – über das Anlegen der Relaisstation. Zunächst baute man Ställe und Scheunen. Das Wohnhaus konnte erst 1742 bezogen werden. Doch bereits am 1. April 1741 wurde der Postbetrieb aufgenommen.

Es mangelte noch an vielen notwendigen Dingen. Der Postschreiber und Leiter des Relais Brüggen, Friedrich Conrad Schmidt, konnte in den ersten Apriltagen nur Ausgaben verbuchen. So kaufte er beim Rademacher zwei hölzerne Schaufeln. Der Schmied bekam einige Groschen für das Beschlagen der zehn Postpferde. Auch kassierte er für das Aderlassen der Pferde. Der Seiler lieferte drei Dutzend Hanfseile, die drei Taler und 23 Groschen kosteten. Auch die Wagenbürste (sprich Besen) und die Litzen für den Postillionshut lieferte der Seiler.

Die Brüggener Postpferde zogen die Postkutschen bis nach Einbeck oder Thiedenwiese. In Einbeck verzehrten die Pferde im Laufe des Jahres für 13 Taler Hafer. In Thiedenwiese scheinen die Pferde nicht so lange im Stall gestanden zu haben, denn hier gab es nur für 1 Taler und 20 Groschen Hafer zu fressen.

Stroh und Heu für die Poststation lieferten die Brüggener Bauern. Ein Fuder Heu kostete sechs Taler, für ein Fuder Stroh mußte der Postschreiber vier Taler und 8 Groschen bezahlen.

Oft reichten die Pferde des Posthofes nicht aus, um alle Wünsche der Reisenden zu erfüllen, dann mußte sich der Postschreiber Vorspannpferde von den Bauern leihen. Die Bauern scheinen dabei nicht schlecht verdient zu haben, denn die Ausgaben für Vorspannpferde waren bedeutend.

Überhaupt halfen die Brüggener Bauern bei der Post häufig aus. So ritten sie Estafetten, kauften Heu ein und halfen bei der Ernte. Aus Hildesheim holten im Herbst Brüggener Bauern Hafer für die Poststation.

Alles in allem zahlte der Postschreiber Schmidt vom 1. April 1741 bis zum 31. März 1742 2533 Taler aus der Brüggener Postkasse. Das Hafergeld – 866 Taler – und der Posten „Vor Hülfe und Vorspann" mit 469 Talern schlagen dabei besonders zu Buch. Schreibmaterial hatte man für neun Taler verbraucht, die Uniformen der Postillione hatten 20 Taler gekostet.

Aber der Postschreiber konnte auch auf der Einnahmeseite so manches Sümmchen verbuchen. Das Postamt in Hannover zahlte monatlich 36 Taler an die Post in Brüggen für das Fortschaffen der Postkutsche und 12 Taler 12 Groschen für das Fortschaffen des Felleisens.

Gute Einnahmen erwuchsen der Post durch die „Extra-Posten und Couriere". Sieben Groschen kostete ein Pferd der Extrapostkutsche pro Meile. Bereits am 4. April 1741 wünschte der Graf von Isenburg eine Extra-Post mit sechs Pferden nach Einbeck. Am gleichen Tag reiste ein Herr von Brummer mit vier Pferden per Extra-Post nach Thiedenwiese. Auch Studenten und Kaufleute reisten meistens mit vier Pferden.

Fast alle südniedersächsischen Adelsfamilien erscheinen bereits 1741 im Einnahmeregister der Brüggener Post. So kamen durch Brüggen Herren von Adelepsen, von Brockhausen, von Lenthe, von Keller, von Riedesel, von Miltitz, von Brummer, von Stüver, von Krug, von Hattorf, von Meier, von Münchhausen, von Mandelsloh, von Godelsheim, von Rheden, von Reden, von Lühe, von Hardenberg, von Hugo, von Oldershausen, von Löwen, von Hanstein, von Lichtenstein, von Bloch und natürlich die von Steinberg.

Mehrere Angehörige regierender Fürstenhäuser reisten 1741 über Brüggen. So zahlte Prinz Wilhelm von Preußen, der am 15. Juni 1741 mit 12 Pferden nach Einbeck fuhr, zehn Taler in die Postkasse. In seiner Begleitung befanden sich Oberst von Spörcken und ein Herr von Katt. Am 3. September kam Prinz Wilhelm wieder durch Brüggen. Diesmal brauchte er 16 Pferde. Prinz Friedrich von Preußen kam am 5. Juli von Einbeck nach Brüggen und benötigte 12 Pferde für die Weiterfahrt nach Thiedenwiese. Einem Prinzen von Oranien mußten 16 Pferde für die Fahrt nach Einbeck zur Verfügung gestellt werden. Dagegen brauchte er 28 Pferde, als er einige Wochen später zurückkam.

Stolz malte Postschreiber Schmidt auf die Schlußseite des Geld-Registers der Poststation Brüggen: Vorstehender Überschuß wird in der Jahres Caßen Rechnung von Mich. 1741 bis Mich. 1742 zur Einnahme gebracht. Brüggen, den 15. May 1742.

Nochmals: Der Posthof!

Von Hermann Ziegler

Über viele Jahrzehnte hinweg beherbergte der Hof die Nienburger Post. Bereits in den ersten Jahren des 17. Jahrhunderts wurde in Nienburg eine Gräfl. Thurn und Taxissche Poststelle eingerichtet. Die „ordinairen reitenden und ahrenden Posten“ gingen von der Stadt aus in viele Richtungen. Es gab eine Route über Verden und Rotenburg nach Hamburg, eine andere über Hannover, Hildesheim, Göttingen, Kassel nach Gießen, und schließlich führte eine weitere Route nach Celle. Auch für den Nahverkehr standen fahrende Posten zur Verfügung; sie beförderten die Reisenden nach Stolzenau und Diepenau. Sogar in Richtung England führte Ende des 18. Jahrhunderts die Route einer reitenden Post.

Nach Einzug des Thurn und Taxisschen Postlehens im Jahre 1735 übernahm die Kurfürstlich Hannoversche Post die Brief-, Paket- und Personenbeförderung. Ein Postmeister und fünf Bedienstete sorgten für den geregelten Ablauf des Postverkehrs. Im alten Burgmannshof waren nun die Posthalterei, die Poststation und der Pferdewechsel untergebracht. Noch vor wenigen Jahren waren an einem Nebengebäude die [illegible] R[illegible]nge vorhanden, an denen die P[illegible] n[illegible]ch dem Abschirren angebunden w[illegible]den.

Im Jahre 1862 bestand das Personal des Nienburger Postamtes aus dem Oberpostmeister Julius Gehring, dem Oberpostsekretär Carl Moeller, den Postsekretären Hermann Deichmann und Carl Krochmann. Harry Niederstadt und Eduard Quellhorst waren Comtoir-Gehilfen. Den Briefzustellungsdienst versahen die Briefträger Franz Börries und Georg Strube. Für den Fuhrpark waren die Wagenmeister Wilhelm Hildebrand und Friedrich Fricke zuständig. Als Schirrmeister fungierten Karges, Thiele und Wobbe. Den Bahnhofspostdienst besorgte G. Bode. Posthalter und Relais-Inhaber war zu jener Zeit Friedrich Schriever; ihm unterstanden fünf Postillione, die siebzehn Pferde zu pflegen hatten.

1864 war das neue Postgebäude an der Hafenstraße bezugsfertig geworden. Der alte Posthof an der Georgstraße, die damals noch Leinstraße hieß, hatte ausgedient. Die beiden Gassen rechts und links von ihm – der Postgang und die Poststraße – erinnern heute noch an die einstige Funktion des Gebäudes.

Postillione der Königlich-Hannoverschen Post vor 150 Jahren.

Die Erhaltung des geschichtsträchtigen Posthofes ist eine gesellschaftliche Aufgabe, für die alle geschichtsbewußten Bürger und Institutionen (Stadtparlament und -verwaltung, Heimatpfleger und Heimatverbände) mit Nachdruck eintreten müssen. Gewiß sind dabei die anfags erwähnten Schwierigkeiten zu überwinden. Aber sollte – bei aller berechtigten Skepsis – in Nienburg nicht möglich sein, was die Stadt Stade gerade in diesen Tagen beispielhaft vorgemacht hat? Hier wurden vier „Totenhäuser“, die bereits vor fünf Jahren auf Abbruch verkauft worden waren, wieder in die Sanierungsmaßnahmen einbezogen und damit für die Zukunft erhalten.

Die Stader haben erkannt, daß die Erhaltung und die Pflege alter Bausubstanz zum Zwecke der geschichtlichen Verlebendigung des Kulturbesitzes die Dominante einer lebendigen und aktiven Stadt ist. Die Nienburger sollten es ihnen gleichtun; mit der Erhaltung des alten Posthofes können sie ihren ganz konkreten Beitrag zum Denkmalschutzjahr 1975 leisten!

Mit dieser Linien-Postkutsche pflegte Wilhelm Busch von Wiedensahl nach Stadthagen und zurück zu fahren

In kaum zu beschreibender Farbenpracht präsentiert sich diese historische Darstellung des alten Nienburger Posthofes, die der in Marklohe lebende 83jährige Kunstprofessor Nikolaus Zuk in dreimonatiger Arbeit schuf. Sechs Jahre lang sammelte der Künstler für dieses Werk Unterlagen, um längst vergangenes Leben und Treiben vor dem inzwischen jahrhundertealten Gebäude wieder aufleben lassen zu können.
„HARKE"-Foto: Heckmann

KOENIGLICH GROSSBRITANNISCH-HANNOVERISCHES
NEC ASPERA TERRENT
POSTAMT

Nienburger Postrouten um 1805

Verden
Altenbruchhausen
Rethem
Sulingen
Nienburg
Varrel
Uchte
Leese
Neustadt
Diepenau
Hagenburg

430145

13.9.74

LOKALES

STOLZENAUER FAHRENDE POST stand an den Seiten der historischen Postkutsche, die sich Stolzenaus Amtsstellenleiter Erdwien von der Oberpostdirektion Bremen ausgeliehen hatte, um auf diese originelle Weise auf den sicherlich hochinteressanten „Tag der offenen Tür" hinzuweisen, der am kommenden Sonntag von 14 bis 18 Uhr stattfindet. Die beiden ortsansässigen Posthauptschaffner Friedrich Fahle und Heinrich Oldvader – angetan mit historischen Uniformen – lenkten das ungewöhnliche Gefährt durch den Ort, wobei muntere Hornsignale auch die entferntesten Passanten auf den hohen, gelben Wagen aufmerksam machten.
„HARKE"-Foto: Heckmann

Postillion Klenke blies das Posthorn

1921 fuhr die letzte Kaiserliche Postkutsche von Rodewald ab

Rodewald. Der älteren Generation sind sie noch in Erinnerung, die schweren Kameras auf einem Holzstativ, mit denen in den ersten beiden Jahrzehnten dieses Jahrhunderts „abgelichtet" wurde. Der Fotograf steckte während der Aufnahme seinen Kopf unter ein großes schwarzes Tuch, bevor der laut hörbare Verschluß das Aufnahmeobjekt auf die Platte bannte. Die Bilder aus der damaligen Zeit haben sich erstaunlich gut gehalten und sind zum Teil von einer bestechenden Technik.

So auch die Fotos, die im Archiv der Samtgemeinde Steimbke aufbewahrt werden und Zeugnis ablegen vom damaligen dörflichen Geschehen. Die Verwaltung stellte der „Harke" ein interessantes Foto zur Verfügung, das am 30. April 1921 in Rodewald anläßlich der letzten Fahrt der Kaiserlichen Postkutsche gemacht wurde. Dem Buch „Die terra Rodewald" von Otto Niemeyer und Berthold Frost ist zu entnehmen, daß um 1880 die erste öffentliche Postverbindung mit der Bahnstation Hagen aufgenommen wurde. Landbriefträger Steinwarth holte die Sendungen zu Fuß dort ab und nahm entsprechende Post von Rodewald mit. Die damalige Poststelle hatte Kürschner Wilhelm Kahle aus der OB.

Etwa 1885 fuhr der erste Postwagen auf der Landstraße Rodewald nach Hagen. In Hagen stationiert, fuhr er dort morgens um sieben Uhr ab und verließ Rodewald wieder um 15 Uhr. Dieser Postwagen hatte Platz für nur einen Fahrgast; die spätere „kleine Post" konnte dagegen drei Personen befördern. Kurz nach 1890 wurde für den Personenverkehr ein großer Postwagen eingestellt, der in Rodewald stationiert war und sechs Passagiere mitnehmen konnte.

Der erste Postillion war Heinrich Klenke, von dem in Erinnerung blieb, daß er das Posthorn vorzüglich blies und damit ein Stück Romantik der früheren Postfahrten ins Dorf hineintrug. Frühmorgens zwischen fünf und sechs fuhr der Wagen aus Rodewald ab und kehrte am Nachmittag gegen 17 Uhr zurück. Die Endstation war Plinkes Bahnhofshotel.

Zu der Zeit, als die „große Post" eingesetzt wurde, so zu erfahren aus dem Buch „Die terra Rodewald", übernahm Kantor Göing die Rodewalder Poststelle. Heinrich Wilkening als Posthelfer erhielt 1913 nach seiner Beförderung zum Agenten die zur Postagentur erhobene Stelle. Zu ihrem Zustellbereich gehörten außer Rodewald die Dörfer Bevensen, Lutter, Laderholz und Suderbruch, die von drei Briefträgern versorgt wurden.

Am 30. April 1921 machte die Postkutsche ihre letzte Fahrt und vom nächsten Tag an verkehrte ein Kraftomnibus auf der Strecke Hagen-Rodewald-Nienburg. Ein Stück Dorfromantik war damit verschwunden. br

Mit der letzten Fahrt der Kaiserlichen Postkutsche auf der Strecke Rodewald nach Hagen am 30. April 1921 starb ein Stück Dorfromantik. Die Nachfolge übernahm ein Kraftomnibus, der die Rodewalder auch nach Nienburg beförderte.
„HARKE"-Foto: Archiv Samtgemeinde Steimbke

430147

Mit einer historischen Postkutsche – ähnlich der 1918 in Borstel fotografierten – werden Staatssekretär Rawe und Bürgermeister Dr. Friedrichs durch die Verdener Innenstadt zum Rathaus rollen, wo um 14.30 Uhr offiziell die zum Stadtjubiläum erschienene Sonderbriefmarke übergeben wird.

16.2.85

Mit historischer Kutsche zum Jubiläum

Silhouette der 1000jährigen Stadt Verden ab Donnerstag auf einer Sonderbriefmarke erhältlich

Mit der offiziellen Übergabe einer Sondermarke anläßlich der 1000-Jahr-Feier Verdens ist am Donnerstag, dem 21. Februar, ein weiterer wesentlicher Programmpunkt des Jubiläumsjahrs im Nachbarkreis erreicht. Auftakt des langen Reigens war vor einem Monat die Enthüllung einer Bronze-Reliefplatte auf dem „Lugenstein" gewesen. Das an der Mauer der Klosterkammer angebrachte Werk des Künstlers Frijo Müller-Belecke zeigt die Verleihung der Markt- und Münzrechte an Verden durch Bischof Erpo, an den sie im Jahre 985 von König Otto III. verliehen worden war.

1000 JAHRE Markt +Münz Rechte 1985 VERDEN/ALLER

Morgen geht in der Allerstadt eine kirchliche Woche zu Ende, in deren Rahmen Landessuperintendent Karl Manzke (Stade) ein Referat hielt, und am Donnerstag wird hoher Besuch aus Bonn erwartet: Gemeinsam mit Bürgermeister Dr. Friedrichs fährt um 14 Uhr Staatssekretär Rawe vom Bundespostministerium in einer historischen Postkutsche durch die Stadt. Ein Postillon in historischer Uniform bläst hoch vom Kutschbock traditionsreiche Signale.

Vor dem Rathaus erwartet die prominenten Festteilnehmer sowie die interessierte Bevölkerung die Postkapelle aus Leer (Ostfriesland) mit flotten Weisen. Im Rathaus wird dann um 14.30 Uhr symbolisch die erste Briefmarke mit dem Verden-Motiv übergeben. Vor dem Rathaus richtet die Post einen Sonderschalter ein.

Die 60-Pfennig-Sonderbriefmarke mit der Verdener Stadtsilhouette wurde in 23 Millionen Exemplaren gedruckt. Den offiziellen Ersttagsstempel dazu können Sammler auf Briefen und Postkarten beim Postamt Bonn vom 21. bis 28. Februar erhalten. Beim Postamt Verden gibt's einen Sonderstempel „1000 Jahre Münz- und Münzrechte" mit Datum vom 21. Februar bis zum 20. März. Darüber hinaus veranstaltet der örtliche Briefmarkensammlerverein am 23. und 24. Februar im Gemeindesaal des Domes einen Großtauschtag.

„Traumhaus" vor 400 Jahren

Eins der schönsten Fachwerkhäuser Norddeutschlands ist das 1577 erbaute Ackerbürgerhaus in Verden, das im Zeitalter der Postkutschenreisen eine Posthalterei war. Die reichen Balkonschnitzereien am Giebel zeigen die charakteristischen Schmuckformen der Renaissance.

„HARKE"-Foto: Dierssen

Ein Musterbeispiel für handwerkliche Giebelzier stellt die 1577 gebaute, alte Posthalterei in Verden dar.

430150

Von vier Pferden gezogen verkehrt von Mai bis Oktober eine der letzten amtlichen Postkutschen Deutschlands zwischen Bad Kissingen, Bad Bocklet und Schloß Aschach.

Die Reichspostordnung von 1698

Zwei Jahrhunderte lang hatte unter dem Schutz des kaiserlichen Adlers die Thurn-und-Taxissche Post friedlich das „Heilige Römische Reich Deutscher Nation“ durchzogen und durch einen geregelten und beschleunigten Brief- und Personentransport, aber auch durch die pünktliche und gesicherte Vermittlung des internationalen Briefaustauschs in großartiger Weise zur Hebung der wirtschaftlichen Verhältnisse beigetragen, ohne daß eine allgemein gültige Reichspostordnung im strengen Sinne des Wortes bestand.

Erst das Ende des 17. Jahrhunderts brachte gewissermaßen eine Kodifikation der althergebrachten und bewährten Normen durch die Sanktion Kaiser Leopolds I. Zwar waren einzelne Verwaltungszweige der Reichspost durch kaiserliche Verordnungen längst geregelt, und immer von neuem ließen die Kaiser es sich angelegen sein, durch ihre „Patente ins Reich“ den Besitzstand der Reichspost zu schützen und zu erweitern. Eine offizielle

Zusammenstellung, alles wesentliche in einem einzigen kaiserlichen Edikt gab es jedoch erst Ende des 17. Jahrhunderts.

In der uns vorliegenden „neu errichteten Reichspostordnung“, welche der damalige Erbgeneralpostmeister im Reich und den Niederlanden, Fürst Eugen Alexander von Thurn und Taxis, ausarbeiten ließ und dem Kaiser zur Bestätigung unterbreitete, sind die Erfahrungen von mehr als 200 Jahren niedergelegt. Im großen und ganzen beruhen die Bestimmungen dieses für die Geschichte des Postwesens sehr wichtigen Dokuments auf dem Herkommen, und wie wenig man damals Neuerung begünstigte, zeigt der Umstand, daß jene kaiserliche Verordnung aus dem Jahre 1698 in ihrem vollen Wortlaut von Kaiser Joseph I. am 27. Oktober 1706 zu Wien feierlich bestätigt wurde. (Am 10. August 1712 erließ der preußische König Friedrich I. eine Postordnung, die den Ausgangspunkt und die Grundlage der späteren preußischen Postgesetzgebung bildete.)

Dieses erste organische Gesetz von 1698 über das Reichspostwesen gliedert sich in 20 Abschnitte und handelt, um hier nur kurz auf seinen Inhalt einzugehen, über: die Residenzpflicht, Verantwortlichkeit und Haftbarkeit der Postverwalter, die genaue Befolgung der kaiserlichen Erlasse, die persönliche Überwachung der Poststundenzettel, das Verhältnis der Postverwalter zu den Postillionen, die Sorge für den Poststall, die Schonung der Pferde, die Beförderungsart der Ordinariposten und der Staffetten, die Beförderung von Kurieren, die Vorausbezahlung des Ritt- und Fahrgeldes, den Tarif für die einfache und die doppelte Post, Bestimmungen über die Anzahl der erforderlichen Pferde, Verbot von Verbal- und Realinjurien, Zurückweisung allzuschweren Reisegepäcks, Maßregeln bei einer Vergewaltigung des Postpersonals durch Reisende, stete Bereitschaft der Stationen zur Beförderung der kaiserlichen Staffetten, Berücksichtigung der Terrainverhältnisse bei der reitenden und fahrenden Post, Beförderung über den gewöhnlichen Postweg hinaus, Verbot des Nebenpostwesens und des Posthornführens für die Metzgerposten, Behandlung der Unterwegspost und der rekommandierten Briefschaften, die Überschreitung der altherkömmlichen Taxe und die Annahme von Gratifikationen ohne Vorwissen der vorgesetzten Behörde, Mißbrauch des Portofreitums, Sorge für die Sicherheit der Posten und Berichterstattung über Mißachtung der Postordnung.

Gleichzeitig mit der Reichspostordnung wurde eine „Instruktion für die Vorsteher der Poststationen und der Postillione“ veröffentlicht. Hieraus sind die folgenden Bestimmungen sicherlich von besonderem Interesse: „Damit nirgends ein Aufenthalt verursacht werde, soll der ankommende Postillion, soweit man es von der Station aus vernehmen kann, vier- bis fünfmal in sein Horn stoßen. Ferner soll der Postillion an allen Orten und Enden, wo er durchreitet, und man ihm ohne Aufhalten Briefe aufgeben wollte, diese gegen gebührende Bezahlung annehmen, und sowohl diesen, als andere ihm zukommende Briefe, dem Porto demjenigen ab, von dem er seine Besoldung zu empfangen hat, mit der Direktion unterworfen ist, ordentlich, aufrecht und nach seinen Eidespflichten verrechnen.“

Das Trinkgeld für den Postillion betrug für die einfache Fahrt fünf Groschen. Wo aber Flüsse und Brücken passiert werden mußten, hatte der Reisende das Schiffs- und Brückengeld zu zahlen. Wenn ein Kurier lieber fahren als reiten wollte, hatte er über das gewöhnliche Rittgeld für die Postchaise noch zehn Groschen für eine einfache, fünfzehn Groschen für anderthalb Posten zu zahlen. Der Mißbrauch der Postreisenden, die Postpferde vor den Wirtshäusern oft zwei, drei oder vier Stunden warten zu lassen, sollte abgestellt werden und die Wartezeit niemals eine halbe Stunde überschreiten. Die Posthalter sollten die auf die Post kommenden Personen wohl bedienen und selbigen mit aller „Höflichkeit und gutem Willen“ begegnen. *Heinrich Munk*

Anno 1776

Königl: Preüßl: Posthalterey:

Preußisches Posthausschild aus dem Jahre 1776. Im Besitz des Bundespostmuseums Frankfurt am Main. Replikformat 60 x 70 cm

430154

Streitlustige Postillione

Wir schreiben den 30. November des Jahres 1787. Die Reisegesellschaft des Herzogs von Braunschweig kommt auf der sandigen Burgdorfer Heerstraße gut voran. Ehe man es gedacht hat, ist die Stadt Peine erreicht. Auf dem Posthofe läßt der Herzog die Pferde wechseln. Die Burgdorfer Postillione haben ihr Bestes gegeben, und reichlich läßt sie der Herzog entlohnen. Nach einem kurzen Aufenthalt reist der Herzog mit Pferden des Peiner Postmeisters weiter, während die Burgdorfer Postillione ihre Pferde nehmen und auf dem Damm bei Gastwirt Roerhand einkehren. Hier lassen sie sich Bier und Branntwein munden.

Nach einiger Zeit wird ihre Aufmerksamkeit von einem vor dem Gasthaus haltenden Fuhrwerk gefesselt. Einem Fuhrmann aus Burgdorf ist ein Schwengel gebrochen, und vergeblich bemüht sich der Kutscher, der Töpferwaren geladen hat, den Schaden zu beheben. Der Postillion Heinecke nimmt seine Peitsche und verläßt das Gasthaus. Er geht zu dem Fuhrmann und hilft ihm mit guten Ratschlägen.

Da biegt ein Reisewagen um die Ecke, dem weitere Wagen folgen. Der Freiherr von Merode, der Drost des Amtes Peine, kommt mit einigen Freunden von einem Jagdausflug zurück. Der Wagen des Fuhrmanns versperrt ihm den Weg, und der Kutscher des Drosten bittet den Burgdorfer, den Weg freizugeben. Doch dieser kümmert sich nicht um die fremden Wagen. Da eilt ein Bürger diensteifrig herbei und versucht, die Pferde des Burgdorfer Fuhrmanns von der Straße zu ziehen und so dem Wagen des Drosten Platz zu verschaffen. Doch der Fuhrmann versteht die Geste des Bürgers nicht, er stößt ihn zur Seite und schleudert ihn auf das Pflaster. Da springt der Kutscher des Drosten vom Bock und herrscht den Fuhrmann an: „Macht Platz, es ist der Wagen des Drosten!“ Als aber der Postillion ohne ersichtlichen Grund auf den Kutscher einschlägt, eilen die Diener des Drosten auf ein Kommando zu Hilfe herbei. Sie ziehen ihre Hirschfänger blank und dringen auf den Postillion ein. Da kommen seine Freunde aus dem Gasthaus gestürmt und schon ist die schönste Schlägerei im Gange. Wie wild schlagen die Postillione mit ihren Peitschen um sich. Ein Freund des Drosten, der Freiherr von Haxthausen, erhält einen Peitschenhieb über den Arm. Die Pferde scheuen. Einige Bürger eilen zur Wache und holen die bischöfliche Miliz. Wenig später erscheint der Leutnant Busch im Laufschritt mit sechs Soldaten. In wenigen Augenblicken sind die Ruhestörer überwunden. Man bringt die Postillione ins Gefängnis, wo sie zunächst ihren Rausch ausschlafen können.

Am nächsten Morgen werden die Burgdorfer Postillione dem Amtmann Lochhausen vorgeführt. Als erster hatte Heinecke auszusagen. Hartnäckig bestritt er alle ihm zur Last gelegten Taten. Da ließ der Amtmann Zeugen aufmarschieren, die die Schlägerei aus sicherer Entfernung beobachtet hatten. Nun half alles Leugnen nichts mehr. Kleinlaut bat der Postillion um eine milde Strafe.

Die streitlustigen Postillione kamen mit einer Verwarnung davon. Allerdings mußten sie ihren Rückweg nach Burgdorf zu Fuß antreten, denn die Postpferde hatte der Amtmann bereits zurückgeschickt. Vielleicht nahm ein freundlicher Fuhrmann die Postillione ein Stück des Weges mit.

Heinrich Munk

430155

Knigges Umgang mit Posthaltern und Postillionen

Oft zitiert wird heute noch der „Benimm-Knigge". Daß der Verfasser in diesem sprichwörtlichen Werk der deutschen Literatur auch ein Kapitel über das Reisen mit der Post eingeflochten hat, dürfte nur wenigen Postgeschichtsfreunden bekannt sein. So erteilte der Freiherr Adolph Franz Ludwig Knigge anno 1788 in seinem Buch „Über den Umgang mit Menschen" seinen Zeitgenossen die folgenden Ratschläge:

„In manchen Gegenden ist es vorteilhafter, sich durch sogenannte Hauderer oder Mietkutscher fahren zu lassen, in anderen Gegenden kommt man am besten mit Postpferden fort.

Nicht in allen Provinzen in Deutschland sind Wege und Postanstalten gleich gut. Man muß dies in genaue Erwägung ziehen, und danach seine Verfügungen treffen, besonders wenn uns daran gelegen ist, schnell fortzukommen. Man spare auf der Reise nicht am unrechten Orte! So gebe man zum Beispiel dem Postillion zwar nicht übertriebene, aber doch nach den Umständen reichliche Trinkgelder! Sie sagen sich das einer dem anderen auf den Stationen wieder, man kommt dann schneller fort, und hat manche Vorteile davon. Die Postknechte sind größtenteils von den Gastwirten bestochen, oder ein Wirt verabredet sich mit den anderen in der nahegelegenen Stadt, um den Fremden gewisse Gasthöfe zu empfehlen, die darum aber weder die besten, noch die wohlfeilsten sind. Es ist daher vernünftig, sich hierauf nicht zu verlassen, sondern sich bei anderen sicheren Leuten zu erkundigen, wo man am besten und billigsten behandelt wird. Es ist eine Gewohnheit der Postknechte, in allen Städten rasch zu fahren, eine Gewohnheit, die ihren Nutzen hat, und gegen welche man nicht eifern soll. Ist nämlich an der Kutsche etwas zerbrechlich, so würde es besser sein, wenn es da vollends bräche und risse, wo die Hilfe nahe ist, als auf offener Straße. Hält aber das Fuhrwerk die Probe des Rasselns auf dem Steinpflaster aus, so kann man hoffen, damit an Ort und Stelle zu kommen.

Manche Postmeister, die zugleich Postwirte sind, brauchen folgenden Kunstgriff zu ihrem ökonogischen Vorteil. Wenn man Pferde wechselt und indessen eine kleine Mahlzeit bestellt, so dauert es ungebührlich lange, ehe diese fertig wird. Indess werden die Pferde gefüttert und angeschirrt. Kaum aber steht das Essen auf dem Tische, so meldet schon der Postillion mit dem Horn, daß er fertig sei und fort wolle. Man soll also in Eile wenig essen und dennoch eine ganze Mahlzeit bezahlen. Ich rate aber, wenn man nicht sehr eilig ist, sich nicht irre machen zu lassen, sondern mit voller Muße zu speisen. Wenn Postmeister in Ländern, wo keine gute Postordnung eingeführt ist, uns mehr Pferde aufdrängen wollen, als billig, und zur Fortschaffung unseres Fuhrwerks nötig ist, sei es nun unter dem Vorwande von schlechten Wegen, böser Jahreszeit oder daß unsere Kutsche zu schwer sei, so hilft es selten, wenn man sich aufs Bitten legt, oder sein Recht, auf ebensolche Weise weiterbefördert zu werden, als man gekommen ist, strenger behaupten will. Jene Leute wissen wohl, daß einem Fremden mehr daran gelegen ist, nicht aufgehalten zu werden, als sich zu verweilen, um einen Prozeß bei dem Oberpostamte zu führen. Da indessen das Vorspannen mehrerer Pferde Folgen für alle übrigen Stationen hat, so pflegen sich die Posthalter, wenn sie recht höflich sind, zu erbeten, uns einen schriftlichen Schein auszustellen, daß dies weiter nicht von Konsequenzen sein solle. Hierauf aber lasse man sich nicht ein! Dieses Dokument hat keinen Nutzen, auf der nächsten Station wird man uns, wenn gerade ein paar Pferde müßig stehen, nichts desto weniger ebensoviele vorspannen, und uns wiederum einen Schein anbieten, der ebenso unwirksam bleiben würde, als der erste. Das sicherste Mittel in solchen Fällen ist, entweder dem Wagenmeister ein gutes Trinkgeld zu geben, und dem Postillion, welcher fahren soll, auf eben diese Art zu gewinnen oder aber ein oder zwei Pferde mehr zu bezahlen ohne sie vorspannen zu lassen."

Heinrich Munk

430156

Gute Leibeskonstitution empfohlen

Reisen anno 1800

Das „Taschenbuch für Reisende jeder Gattung durch Deutschland auf das Jahr 1801" bietet ganze 18 Seiten Tabellen zur Wertbestimmung wenigstens der gebräuchlichsten Münzsorten im damals noch Heiligen Deutschen Reich. Außer den normalen Reisekosten gab es Schmiergelder und Trinkgelder. 1842 warnte Baedeker: „Das Trinkgeld ist festgelegt; es ist gebräuchlich, wenigstens das Doppelte zu bezahlen. Wird der Postillon nicht zufriedengestellt, so fährt er langsam, und man hat mehr Schaden durch Verlust an Zeit und vermehrte Ausgaben in Gasthäusern".

„Ordinär" kostete die Reise von Frankfurt bis Kassel etwa fünf Taler, mit der Schnellpost acht Taler, per Extrapost runde 25 Taler. Umgerechnet auf heutige Verhältnisse betrug der niedrigste Postkutschentarif immerhin eine D-Mark pro Kilometer – ohne Zölle, ohne Gebühr für Paketwagen und ohne Schmier- und Trinkgelder.

Von Frankfurt nach Kassel reiste man zu dieser Zeit einen ordentlichen Reisetag, und wer nicht über die empfohlene gute Leibeskonstitution verfügte, der mußte zwischendurch einen Ruhetag einschieben. Die Briefpost brauchte von Berlin nach Frankfurt neun Tage.

Um das Jahr 1800 waren die Reise-Postwagen weder mit Eisenachsen noch mit Federn ausgestattet, auch Glasscheiben waren fürstlicher Luxus. Regnete es, so schloß man die Fenster einfach mit Leinwand oder Lederklappen und ließ sich eben im Dunkeln durcheinanderschütteln. Nicht ohne Grund zählt ein Reisehandbuch aus jenen Tagen christliche Geduld und eine gute Leibeskonstitution zu den Eigenschaften des ordentlichen Passagiers.

Die ersten Reisebüros sollen um 1440 in Venedig eingerichtet worden sein; sie dienten den Pilgerfahrten nach Palästina. Alle Reiseverträge mußten durch den Notar der Republik Venedig bestätigt werden; die Reisekosten betrugen 30 Goldgulden, die in drei Raten zu entrichten waren. Die Reise dauerte sechs bis acht Wochen.

Im Jahre 1835 dampfte die erste Eisenbahn von Nürnberg nach Fürth. Ein wenig später – in den Jahren 1837 bis 1839 – wurde die 116 Kilometer lange Strecke zwischen Leipzig und Dresden in Betrieb genommen, die Fahrzeit betrug nur 5½ Stunden.

Obwohl die Eisenbahnen in Preußen 1860 bereits über zwei Jahrzehnte in Betrieb waren, hatte man trotz ungezählter Klagen des reisenden Publikums immer noch keine zur Erledigung eintretender Zwangsläufigkeiten geeigneten Räumlichkeiten geschaffen. Schließlich sah sich der preußische Minister für öffentliche Arbeiten doch veranlaßt, die ihm unterstehenden Eisenbahnkommissariate zu einer gutachtlichen Stellungnahme aufzufordern, ob es nach dortseitigem Dafürhalten angebracht erscheine, zunächst versuchsweise in den Expreßzügen Abteile für gewisse Bedürfnisse einzurichten. Der Eisenbahnkommissar von Köln erwiderte daraufhin in seinem ablehnenden Gutachten wörtlich: „. . . und gestattet sich der gehorsamst Unterzeichnete im übrigen noch darauf hinzuweisen, daß beispielsweise der Expreßzug Berlin–Cöln unterwegs achtmal anhält. Insofern wird den Reisenden genügend Zeit verstattet, ein doch immer nur verhältnismäßig selten auftretendes Bedürfnis während dieser Aufenthalte zu befriedigen."

POSTE ROYALE

C'est juste tiens voici

N'oubliez pas le postillon bourgeois

une poignée de main

„La bourse ou la vie" (Geld oder Leben), französische Lithographie

Postkutsche unterwegs. Dietz-Replik nach einem
Gemälde von Wilhelm von Diez im Bundespostmuseum. 1864.

Bismarcks Unfall mit der russischen Post. Lithographie.
Original im Bundespostmuseum Frankfurt am Main.

Reglement zur Benutzung der Postkutschen

Immer beliebter wird das Sammeln von Postreisescheinen. Auf der Rückseite alter Fahrscheine sind beispielsweise die Beförderungsbedingungen recht ausführlich aufgeführt. Sie übertreffen in bezug auf Ausführlichkeit und Einzelheiten sogar noch unsere heutigen Bestimmungen für die Benutzung eines öffentlichen Verkehrsmittels. So hatte die Bestellung und Bezahlung eines Platzes in der Postkutsche grundsätzlich im voraus zu erfolgen. Ein Reisender, der seinen Platz freiwillig aufgab oder nicht pünktlich zur Abfahrt beim Postbüro war und dadurch die Postkutsche versäumt hatte, konnte das hinterlegte Postgeld nicht zurückfordern. Was die „praecise" Abfahrt anbelangt, so gab es, bedingt durch schlechte Wegstrecken, Verspätungen oft bis zu mehreren Stunden.

Die Taxe betrug für jeden Reisenden im Königreich Hannover um 1830 für eine Meile mit Gepäck bis 50 Pfund sieben Gute Groschen. Auf einwandfreies Verhalten des Personals wurde großer Wert gelegt. So heißt es unter anderem: „Sollte der Postillion oder Wagenmeister von sich aus Forderungen von Trinkgeld zu machen sich erlauben, so wird ein jeder Reisender dringend aufgefordert, dem ungebührlichen an ihn gerichteten Ansinnen nicht nur nicht nachzugeben, sondern auch dem Königlichen General-Post-Direktorio zu Hannover unter Bezeichnung des Tages und Ortes, an welchem die verbotene Forderung stattgefunden, sogleich eine Benachrichtigung zukommen zu lassen." Kranken und Gebrechlichen, schmutzigen und schlecht gekleideten Personen sowie Kindern unter vier Jahren wird, aus billiger Rücksicht auf die Reisenden, kein Platz in der Postkutsche eingeräumt. Für abhandengekommene Gepäckstücke werden 10 Taler Entschädigung gezahlt, wenn diese der Vorschrift entsprechend mit der genauen Adresse und dem Bestimmungsort beschriftet waren. Einerlei, ob der Verlust durch Zufall oder durch Unachtsamkeit erfolgte. Als „Päckereigut" durfte mitgenommen werden: Koffer, Mäntelsäcke, sogenannte Ranzen, sowie kleine hölzerne Kästen. Nicht aber große Kisten, Verschläge, Pappschachteln und sonstige Futterale. Den Reisenden wurde Gelegenheit gegeben, an bestimmten Orten, an denen unterwegs angehalten wurde, zu frühstücken, zu Mittag oder zu Abend zu essen.

Es war ohne Erlaubnis der Reisegesellschaft niemandem erlaubt, in dem Postwagen Tabak zu rauchen. Im 12. und letzten Absatz des Reglements steht: „Ein jeder Passagier, welcher bemerkt, daß der Schirrmeister oder Postillion nichteingeschriebene Reisende heimlich auf- oder zur Beförderung annimmt, wird dringend aufgefordert, dieserhalb entweder bei dem nächsten Postbüro mündlich oder unmittelbar an das Königliche General-Post-Direktorium schriftlich Anzeige zu machen."

Dieser Auszug aus dem Reglement zur Benutzung der Postkutschen mag genügen, um zu zeigen, daß auch schon im Jahre 1830 bestehende Vorschriften bis ins kleinste ausgearbeitet waren. *Heinrich Munk*

Original-Postkutsche von 1890 im Zockeltrab an den Bodensee

FOTO: dpa

Mit vier Pferdestärken streng nach Fahrplan

Immer modernere Verkehrsmittel machen sich Konkurrenz, doch der letzten amtlichen Pferdepersonenkutsche können sie nichts anhaben. Fahrplanmäßig bringt dieses Gefährt mit vier PS nicht nur Touristen von Bad Kissingen nach Bad Bocklet in der Rhön. ap

Voller Würde taten die Postillone ihren Dienst

Über Defizite der Post konnte man im deutschen Kaiserreich anscheinend nur lächeln. Sonst hätte sie sich es wohl kaum leisten können, ihre Postillone derart aufwendig einzukleiden. Mit Schaftstiefeln, heller Leinenhose, zweireihigem Überrock, Helm inklusive Reichsadler und Federbusch und dem unvermeidlichen Posthorn ausgestattet taten die Beamten ihren Dienst und, wie man sieht, waren sie sich ihrer verantwortungsvollen Aufgabe, die sich mit z. T. offenen Pferdewagen im Licht der Öffentlichkeit abspielte, voll bewußt. Eingesandt hat uns dieses Foto Käte Führing, deren Vater (2. v. r.) insgesamt 45 Jahre bei der Post als Beamter beschäftigt war. Mit ihren schlichten Uniformen oder in Zivilkleidung erregen die Postbeamten heute weit weniger Aufsehen. Dies erregt eine angekündigte Gebührenerhöhung für Briefe, wie jüngst, viel mehr.

„Die gute alte Zeit"
Aus Foto-Alben unserer Leser

Solche oder ähnliche Fotos aus der „guten alten Zeit" werden wir weiter veröffentlichen. Natürlich gegen Honorar.

Bitte schicken Sie die Aufnahmen in einem Umschlag mit einigen erläuternden Angaben an die Stadtteilzeitung, Stichwort „Alte Fotos", Postfach 209, 3000 Hannover 1.

Bitte vergessen Sie auf keinen Fall den Absender, damit wir auch das Honorar überweisen können. Natürlich erhalten Sie die Fotos zurück.

Eine Telegraphenhilfsstelle war Langendamms erstes Postamt

80 Jahre wechselvolle Geschichte / Neuer Abschnitt beginnt

Am Montag bezieht die Post in Langendamm neue Räume. Das Postamt Nienburg 2, wie die offizielle Bezeichnung lautet, befindet sich dann neben der Apotheke am Führser Mühlweg. Die erste Langendammer Poststelle war vor nunmehr 80 Jahren eröffnet worden. Nachstehender Auszug aus „Langendamm – aus der Geschichte eines Dorfes" von Wilhelm Stelling erinnert daran. 2.11.85

Manche Botenposten mögen in früheren Jahrhunderten auch den „Langen Damm" kennengelernt haben auf der Reise von Hannover über Neustadt nach Nienburg und weiter nach Bremen oder in westliche Richtung. Im Nienburger Posthof auf dem von Freytag'schen Gut in der heutigen Georgstraße war lange Zeit eine zentrale Stelle zur Postüberwachung für alle Welfischen Lande untergebracht, als der König von Hannover in Personalunion gleichzeitig König von England war.

Als Ende des 18. Jahrhunderts die „Neue Heerstraße" gebaut war, quälten sich die Postwagen von Nienburg kommend den Sandweg an der Langendammer Gaststätte vorbei den Berg hinauf. Die Straße wurde erst um 1820 befestigt ausgebaut. Mit der Eröffnung der Eisenbahnstrecke von Hannover über Nienburg nach Bremen im Jahre 1847 wurde die Postbeförderung von der Eisenbahnverwaltung übernommen.

Amtliche Mitteilungen vom Königlichen Landratsamt in Nienburg an die Bürger oder an die Gemeinde Langendamm wurden durch einen Boten überbracht. Der für die Gemeinde Langendamm mit angestellte Christian Gerberding aus Husum war als „Amts-Briefbothe" ab 1860 mit einem jährlichen Beitrag von einem Thaler tätig. Nach seinem Tode 1864 übernahm seine Frau Louise bis 1870 die Aufgabe als „provisorischer Amts-Briefbothe".

Auch der Bürgermeister des Ortes machte alle paar Wochen seinen „amtlichen" Weg nach Nienburg. Seit den 90er Jahren des letzten Jahrhunderts wurden die Nachbarorte im Landbestell-Bezirk von Nienburg aus durch Landbriefträger bedient.

Die erste direkte Verbindung mit der Post erhielt Langendamm durch die Einrichtung einer Telegraphenhilfsstelle in der Langendammer Gaststätte bei Ernst Thies im Jahre 1905. Die Drähte surrten schon eine Zeitlang zwischen den Masten an der „Langendammer Chaussee" von Nienburg nach Hannover. Die Anschlußstelle in der Gaststube gehörte zum Geschäftsbereich des Kaiserlichen Post- und Telegraphen-Amt I in Nienburg an der Hafenstraße.

Von Langendamm aus konnte man neben der Hauptstelle in Nienburg auch die öffentlichen Fernsprechstellen in Holtorf, Erichshagen, Marklohe, Lemke und Oyle direkt erreichen. Ein Gespräch kostete zehn Pfennig. Im „Adress-Buch für Stadt und Kreis Nienburg a. d. Weser" von 1909 wird die Telegraphenhilfsstelle zum ersten Mal erwähnt. – Im Jahre 1973 hatten über 250 Fernsprechteilnehmer einen Anschluß im Ort.

Als mit Datum vom 15. Mai 1933 in der Langendammer Gaststätte bei dem damaligen Besitzer Fritz Henking eine „Poststelle II" eingerichtet wurde, erhielten die Bewohner des Ortes zum ersten Mal ihre eigene Brief- und Paketzustellung. Etwa ein Jahr später übernahm Fritz Klünder in seinem Hause an der Dorfstraße Nr. 25 die Amtsgeschäfte als Poststellenhalter. Das Gebäude wurde 1969 im Zuge der Planungen für die neue Umgehungsstraße abgerissen.

Die meiste Arbeit hatte die Tochter Luise Rudolph, geb. Klünder, da ja der Vater hauptsächlich mit der notwendigen landwirtschaftlichen Arbeit zu tun hatte. Während im Wohnzimmer des Hauses die Amtsstube eingerichtet war, hatte man die öffentliche Fernsprechzelle auf der Diele installiert.

Am Vormittag kam das Postauto von Nienburg. Viele Langendammer holten ihre Post noch selbst ab. Den Rest verteilte Klünders Opa mit seiner braunen Posttasche. Da es noch keine Hausbriefkästen gab, mußte jedem Empfänger die Post selbst ausgehändigt werden. Als dann die Munitionsanstalt errichtet war, gab es dort zeitweise eine zweite Posthilfsstelle.

Mit der Besiedlung des ehemaligen Muna-Geländes nach 1945 nahm der Postverkehr so stark zu, daß er „unten im Dorf" nicht mehr bewältigt werden konnte. Aufgrund des erhöhten Geschäftsverkehrs entstand am 1. April 1950 eine „Poststelle I" für Langendamm, und zwar in der ehemaligen Kegelbahn der Muna am heutigen Führser Mühlweg gegenüber der Waldgaststätte, damals unter der Bezeichnung „Westerbuch Nr. 6" mit öffentlicher Fernsprech-Rufnummer 809 des Postamtes Nienburg. Der ehe-

An der Hannoverschen Chaussee unterhalb des Langendammer Berges – etwa dort, wo sich jetzt die Spedition Frede niedergelassen hat – befand sich im Gasthaus Thies (Kilian) die erste Langendammer Posthilfsstelle. Das alte Foto entstand vor etwa 60 Jahren. Links oben erkennbar ein Bündel von Fernsprechleitungen. Archiv Stelling

malige Kolberger Bürger und Kaufmann Hans Krüger versah den gesamten Postdienst, dazu die Zustellung im Dorf, während für das Gebiet der Muna ein zweiter Briefträger bestellt war.

Als die neuen Häuser in der Wohnsiedlung „An Westerbuchs Kämpen" errichtet waren, wurde im Juli 1953 die Poststelle erneut verlegt. Jetzt übernahm Richard Konstanty als Postangestellter in den unteren Räumen seines Hauses, Drosselweg 5, die gesamten Postgeschäfte.

Mit der weiteren Besiedlung und Entwicklung Langendamms vergrößerte sich zwangsläufig der Postdienst. Die Bundeswehreinheiten bezogen die Kasernen, die Angehörigen ihre neuen Wohnungen. So wurde aus der Poststelle am 1. August 1957 ein „Zweigpostamt", das etwa ein Jahr später, ab 1. Oktober 1958, die Bezeichnung „Postamt Langendamm" erhielt. Seit 1962 hatte Langendamm die Postleitzahl 3072.

In den folgenden Jahren häuften sich die Klagen der Bevölkerung über unzumutbare Zuwegung und angstvolle Enge mit unnötig langen Wartezeiten in dem viel zu kleinen Schalterraum. Die zum Postamt kommenden Fahrzeuge der Bundeswehr und der ansässigen Firmen, die ihre Post brachten und selbst abholten, hatten den unbefestigten Drosselweg derart zerfahren, daß er für Fußgänger kaum zu begehen war. Das Regenwasser staute sich zu einem ansehnlichen See vor dem Hause, bis dann schließlich der Weg im Herbst 1965 ausgebaut wurde. Der Wunsch aller Bürger nach einem größeren Schalterraum mit zügiger Abfertigung blieb jedoch weiter bestehen.

Die Oberpostdirektion in Hannover stimmte schließlich einer Verlegung des Langendammer Postamtes zu. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Langendamm und der Kreissparkasse Nienburg begannen die erforderlichen Vorbereitungen und Planungen. Gedacht war an ein gemeinsames Gebäude für Post und Sparkasse in der Nähe der Gemeindeverwaltung an der Kreuzung Ostlandstraße und Führser Mühlweg.

Der von Architekt Hindahl vorbereitete und im Frühjahr 1968 begonnene Neubau konnte im September des gleichen Jahres bereits gerichtet werden. Am 2. Mai 1969 begrüßten der Betriebsleiter Hans-Jürgen Sonnenberg und seine Mitarbeiter die ersten Kunden im neuen Postamt. In repräsentativem und dennoch zweckmäßigem Rahmen war ein kombiniertes Post- und Geldinstitut entstanden, das nun mit einer ansprechenden gärtnerischen Anlage im geographischen Ortsmittelpunkt von der Bevölkerung erreicht werden konnte. In der geräumigen, hellen Schalterhalle der Post waren zwei Fernsprechzellen installiert. Die angrenzenden Räume gewährleisteten jetzt einen reibungslosen und übersichtlichen Betriebsablauf. Die erstmals eingerichtete Postfachanlage fand bei den Kunden besonderes Interesse.

Mit Briefen und Paquets,
geh' ich von Haus zu Haus.
Die schnelle Post bringt's her,
u. hurtig trag ichs aus

1759

1781 Sehnell und ungleich ist die Fahrt,
Die uns durch das Leben träget.
Heil dem Mann, der wohl gepäart.
Seinen Weg Zurücke leget;
Gern ſich bückt, gelaſſen Schweigt,
Und Zur Station gekommen,
Froh gerührt, mit einen frommen:
Gott ſeÿ Danck! herunter ſteigt!

Eine ungefederte Postkutsche um 1800

Bild 8: Paßkontrolle bei Postkutschenpassagieren in Frankreich. Karikatur von 1826, kolorierte Lithographie von Langlumé nach Zeichnung von Xavier Leprince. Schweizerisches PTT-Museum, Bern.

8

430173

Bekanntmachung.

[911] Ein außer Gebrauch gesetzter neunsitziger Eilwagen, dessen Unter-Gestell sich besonders dazu eignet, um zu einem Familienwagen verwendet zu werden, ist aus freier Hand zu verkaufen, und das Nähere hierüber bei dem Fürstlichen Post-Commissair der Ober-Postamts-Expedition fahrender Posten im Rahmhofe zu erfragen.

Frankfurt, den 19. Mai 1837.

**Fürstlich Thurn und Taxisches
Ober-Post-Amt.**

.430174

Bild 3: »Entrée en Suisse«, französischer Malleposte-Wagen auf der Faucille-Straße bei Genf. Kolorierte Lithographie, 1849, von Eugène Guérard. Schweizerisches PTT-Museum, Bern.

430175

Bild 4: Das Höllental im Schwarzwald. Postüberfallszene, Farblithographie von Eugène Guérard, 1853. Schweizerisches PTT-Museum, Bern.

4

430176

Ca 1860

430177

1869 POSTILLION

1869

430179

430180

ÜBLICHES POSTHORN 12cm Ø
PARFORCE HORN 23.5 Ø

DEUTSCHE BUNDESPOST

POSTILLION DER REICHSPOST 1897-1925

20

BERLIN

TAG DER BRIEFMARKE 1957

430181

Post-Omnibus, Baujahr 1949

Postgelb lackiert, mit dem Emblem und dem Schriftzug der Deutschen Bundespost. 30 Sitzplätze standen in dem modernen Personenbeförderungsmittel der Nachkriegszeit zur Verfügung. 90 PS steckten unter der Motorhaube des Mercedes-Benz-Omnibusses.

Unser Bild: Die Flüela-Postkutsche ins Engadin auf dem Bahnhof von Davos Dorf vor 1900.

Postgeschichte per Flugzeug

18. Februar 1911: Zwischen dem indischen Allahabad und dem zehn Kilometer entfernten Ausstellungsgelände in Naini werden erstmals in der Weltpostgeschichte per Flugzeug Briefe befördert. Das Beispiel ist richtungsweisend: Im selben Jahr gelingt in Frankreich ein Postflug über eine 180 Kilometer lange Strecke. In Deutschland ist es 1912 soweit: Im Rahmen einer Wohltätigkeitsveranstaltung startet ein Doppeldecker mit Postkarten von Frankfurt nach Darmstadt. Allerdings vergingen noch acht Jahre, bis aus der Gelegenheitsbeförderung von Luftpost eine regelmäßige wurde.

10) NOCHT, B.: Über das Trinkwasser auf Schiffen in hygienischer Beziehung. Hyg. Rdsch. Berlin **2** (1892), 1—4 — 11) OLDENBURG, W.: Kompakte vollautomatische Ozonisierungsanlage für Trinkwasserentkeimung, eine gemeinsame Entwicklung des Industriezweiges Schiffbau und der Zulieferindustrie. Schiffbautechnik, Rostock **17** (1967), 212 — 12) SCHADEWALDT, H.: Die Wasserversorgung an Bord. Gesnerus (Aarau) **20** (1963), 47 — 13) SCHWARZ, L. u. AUMANN: Über Trinkwasserbehandlung mit ultravioletten Strahlen. U. Hyg. Infektionskrankh. **69** (1911) — 14) SESTINI, L.: L'acqua potabile sulle navi. Riv. maritt., 22 S. (1903) — 15) SESTINI, L.: La conservazione dell'acqua potabile a bordo delle navi da guerra. Ann. med. nav., Bd. VI, H. VIII—IX, 34 S. (1900) — 16) SOBOL, Z.: Application of the pasteurization method for improvement of the hygienic standard of water on ships. Bull. Inst. mar. trop. Med. Gdańsk, **17** (1966), 200 — 17) STAACK, H. H.: Hygienische Aspekte der Trinkwasserversorgung auf Schiffen und Vorschläge zur Verbesserung und Überwachung der entsprechenden Anlagen an Bord. Mitt. Dtsch. Ges. Verk.-Med. **11** (1962), 12 — 18) SWANN, W. G.: Trinkwasserversorgung auf Seeschiffen im Hafen von London. Städtehygiene **19** (1968), 132 — 19) ULEWICZ, K. u. T. DOBOSZYNSKI: An attempt of applying a new method for the disinfection of drinking water in ship tanks. Bull. Inst. mar. trop. Med. Gdańsk, **17** (1966), 209 — 20) Water supply, Annual Report of the Medical Officer of Health. London, 5—7 (1965)— 21) WUHRMANN, K.: Desinfektion von Wasser mittels Ultraviolett-Bestrahlung. Gas-Wasser-Wärme **14** (1960), 100.

Anschrift des Verfassers: Dr. med. E. ZORN, Abt. f. Schiffahrtsmed. d. Bernhard-Nocht-Inst. f. Schiffs- u. Tropenkrankheiten, 2 Hamburg 4, Bernhard-Nocht-Str. 4

Post und Zeppeline

Mit 15 Abbildungen

Von Karl-Friedrich SCHWEIGER

Vor 30 Jahren, wenige Tage vor Ausbruch des II. Weltkrieges 1939, endete die kurze, mit Begeisterung verfolgte Ära der deutschen Luftschifffahrt. Heute beschäftigen sich vorwiegend Philatelisten mit dieser Epoche, nur gelegentlich erinnert noch ein kleiner Werbe-Zeppelin am Himmel an jene Zeit.

1891 schied Graf Ferdinand von Zeppelin, 53jährig, als Generalleutnant aus dem Heeresdienst aus und konnte sich nun endlich ganz seiner großen Idee des Luftschiffbaues widmen. Er ließ seine Pläne durch Fachleute berechnen und ausarbeiten. 1895 wurde ihm das Patent „*in der Klasse Sport*" erteilt, 1897 gründete er mit einem Aktienkapital von 800000 RM, von dem er die Hälfte aus eigenem Besitz zuschießen mußte, mit Hilfe der Industrie die Gesellschaft zur Förderung der Luftschiffahrt.

In der Bucht bei Manzell nahe Friedrichshafen am Bodensee wurde 1899 in einer schwimmenden hölzernen Werfthalle, die nur an ihrem Kopfende verankert war, damit sie sich mit dem Wind drehen konnte, das erste Luftschiff unter der Werftnummer „*LZ 1*" gebaut. Sein starres Gerippe bestand

aus Leichtmetall, der Gasraum aus getrennten Zellen, die Antriebsmaschinen waren in Gondeln untergebracht, Konstruktionsmerkmale, die bis zum letzten gebauten Luftschiff erhalten blieben.

Graf Ferdinand von Zeppelin.

Dr. Hugo Eckener.

„*LZ 1*" hatte eine Länge von 128 m, einen Durchmesser von 11,7 m und einen Gasinhalt von 11300 cbm. Als Füllung diente Wasserstoffgas. In den beiden Antriebsgondeln befand sich je ein wassergekühlter 14 PS starker Daimler-Benzinmotor mit großem Schwungrad, von dem aus die Kraft durch 2 lange Kardanwellen auf die zu beiden Seiten der Gondeln angeordneten 4 Aluminiumluftschrauben übertragen wurde, die in ihrer kurzen, breiten Flügelform Schiffsschrauben ähnelten. Unter dem Luftschiffkörper verband ein Laufgang die starr befestigten Gondeln.

Der erste Aufstieg von „*LZ 1*" am 2. Juli 1900 mit 5 Personen an Bord zeigte, daß es dem Luftschiff nicht möglich war, Kurs zu halten, weil die Stabilisierungsflächen zu klein waren. Nach 2 weiteren Versuchsfahrten wurde „*LZ 1*" abgewrackt. Das Kapital der 1. Zeppelingesellschaft war verbraucht.

Erst mit Hilfe einer Lotterie und erheblicher Mittel aus eigener Tasche konnte Graf von Zeppelin 1904 mit dem Bau eines neuen Luftschiffes,

1. Amerikafahrt 1929 mit Verzögerungsstempel.

„*LZ 2*", beginnen, das mit 2 wesentlich stärkeren Motoren von je 85 PS ausgerüstet wurde und gegenüber seinem Vorgänger verschiedene technische Verbesserungen in Gerippe und Steuerapparat aufwies.

An „*LZ 2*" brach gleich beim Herausbringen aus der Werfthalle vor seiner ersten Fahrt am 30. November 1905 die vordere Steuerung, das Luftschiff trieb fast bis an das Schweizer Ufer des Bodensees und konnte nur unter großen Schwierigkeiten in seine Halle zurückgebracht werden. Seine 2. Fahrt am 17. Januar 1906 bedeutete auch für dieses Schiff bereits das Ende. Es wurde abgetrieben und nach einer Notlandung bei Kißlegg im Allgäu so stark beschädigt, daß es abgewrackt werden mußte.

„*LZ 3*", das mit dem Material des Vorgängers sehr schnell erbaut wurde, zeigte bei seinen Fahrten im Oktober 1906 endlich derart gute Flugeigenschaften, daß es als „*Z I*" von der deutschen Heeresverwaltung gekauft wurde, nachdem es am 1. Oktober 1907 seine Versuche mit einer 8stündigen Fahrt über 350 km abgeschlossen hatte.

Während die ersten 3 Luftschiffe aus privaten Mitteln entstanden waren, erklärte sich das Deutsche Reich für das neue Projekt „*LZ 4*" zu einem Kostenzuschuß bereit unter der Bedingung, daß dieses Luftschiff 24 Std.

Weltrundfahrt 1929.

Hollandfahrt 1930.

ununterbrochen in Fahrt bleiben und eine Höhe von 1200 m erreichen würde. ,,*LZ 4*" wurde 1908 fertiggestellt, hatte eine Länge von 136 m, einen Durchmesser von 13 m, eine Tragkraft von rund 4000 kg und einen Gasinhalt von 15000 cbm. Seine 2 Daimler-Motoren entwickelten eine Kraft von zusammen 210 PS.

Die 1. Fahrt am 1. Juli 1908 dauerte 12 Std. und führte über Schaffhausen—Luzern—Zug—Horgenpaß—Zürich—Winterthur zu seinem Ausgangspunkt zurück und erregte größtes Aufsehen. Auf dieser Fahrt wurde als erstes ,,*Poststück*" aus einem Zeppelin eine Karte, adressiert an die ,,*Neue Züricher Zeitung*", abgeworfen. Hier liegt also die Geburtsstunde der Zeppelinpost, die zahlreiche Sammler in der ganzen Welt in den folgenden 31 Jahren zu ungeahnten ,,*Anstrengungen*", was Frankaturen und Stempel anbetrifft, beflügeln sollte.

Bei seiner 2. Dauerfahrt, am 4. August 1908, von Friedrichshafen über Schaffhausen—Basel—Straßburg mußte ,,*LZ 4*" in der Gegend von Oppenheim wegen eines Motorendefektes auf dem Rhein zur Reparatur zwischenlanden, konnte am selben Abend wieder aufsteigen, über Mainz wenden und mußte am Morgen des folgenden Tages wegen Auslaufens eines Kurbelwellenlagers eine weitere Notlandung bei Echterdingen, südlich von Stuttgart, vornehmen. Noch während der Instandsetzung des Motors riß

Polarfahrt 1931.

Rundfahrt von der „*Luposta*“-Ausstellung 1932 in Danzig.

ein Gewittersturm das Luftschiff von seiner Verankerung los, es entstand ein Feuer, das in wenigen Sekunden den Zeppelin völlig zerstörte.

Während dieser Fahrt wurden bereits mehrere einzelne Poststücke, offenbar lose, noch nicht gezielt oder in Beuteln, abgeworfen. Diese Briefe und Karten trugen keine Stempel oder Merkmale, durch die eine Beförderung mit einem Zeppelinluftschiff hätte bewiesen werden können. Da echte Belegstücke äußerst selten waren und unter Sammlern auch sehr teuer wurden, gingen phantasievolle Fälscher zu dieser Periode der Zeppelinpostbeförderung mit Fleiß ans Werk.

Mit dem Brand von „*LZ 4*“ schienen alle Pläne des Grafen von Zeppelin vernichtet zu sein. Die Begeisterung für die Luftschiffe war jedoch geweckt, und innerhalb weniger Wochen wurden durch eine Volksspende 6 Millionen Mark zusammengebracht, mit denen der Graf die „*Zeppelin-Stiftung zur Förderung der Luftfahrt*“ gründete. Aus der Hälfte der Summe konnte eine neue Bauwerft in Friedrichshafen errichtet werden.

Nachdem „*LZ 5*“ am Pfingstmontag 1909 eine 38stündige Fahrt über 1100 km beendete, entstanden bis zum Kriegsbeginn 1914 noch 19 Zeppeline, teils für friedliche, teils für militärische Zwecke.

Die „*friedlichen*“ Zeppeline wurden von der neugegründeten Delag (Deutsche Luftschiffahrts-Aktiengesellschaft) mit Sitz in Frankfurt am Main betrieben, um einen Luftverkehr zwischen großen Städten Deutschlands zu organisieren. Die Delag war das erste Luftschiffverkehrsunternehmen der Welt, sein Leiter Dr. Hugo Eckener, enger Mitarbeiter und späterer Nachfolger des Grafen von Zeppelin. Für den zivilen Passagierverkehr wurden Luftschiffhallen in Düsseldorf, Frankfurt a. M., Hamburg, Dresden und Baden-Oos errichtet.

Das erste, 1910 fertiggestellte Delag-Luftschiff erhielt zu seiner Baunummer „*LZ 7*“ den Namen „*Deutschland*“, „*strandete*“ jedoch bereits bei seiner 2. Fahrt mit Pressevertretern an Bord in den Baumwipfeln des Teutoburger Waldes. Sein Ersatz „*Deutschland II*“ *(„LZ 8“)* wurde wenige Wochen nach Indienststellung an einer Hallenwand eingedrückt.

Erst nach diesen unglücklichen Schiffen entstanden Zeppeline, die lange Zeit in Fahrt blieben, so die „*Schwaben*“ (234 Fahrten mit 27123 zurückgelegten Kilometern und 4354 beförderten Personen), die „*Viktoria Luise*“ (489 Fahrten, 54312 km, 9738 Personen) und die „*Hansa*“ (399 Fahrten, 44437 km, 8231 Personen). Mit diesen 3 Luftschiffen, zuletzt auch noch mit der „*Sachsen*“ *(„LZ 17“)*, fand bereits eine Beförderung von Post, wenn auch nicht regelmäßig, statt.

Mit „*LZ 8*“ wurden für die Luftschiffe spezielle Bordstempel eingeführt, die an Bord geschriebene Briefe und Karten „*privat*“ kennzeichneten. Zu beachten ist der Unterschied zwischen Bordstempeln und Bordpoststempeln. Bordstempel durften nicht zur Entwertung von Freimarken verwendet werden. Die Marken der Poststücke wurden erst am Abwurf- oder Zielort amtlich postalisch mit dem dortigen Stempel entwertet.

Nach Einführung von Posthilfsstellen an Bord der Zeppeline am 17. 7. 1912 wurden Briefmarken mit amtlichen Bordpoststempeln versehen. Nicht von allen Fahrten der Luftschiffe „*Schwaben*“, *Viktoria Luise*“, „*Hansa*“ und „*Sachsen*“ sind postalische Belege bekannt oder existent, die das Herz eines Philatelisten erfreuen könnten.

Der I. Weltkrieg unterbrach die friedlichen Zeppelinfahrten, die z.T. auch dazu dienten, fliegendes Personal für die jetzt zahlreich gebauten Kriegszeppeline zu schulen. Von 1914—1918 entstanden 88 Zeppeline, die der militärischen Aufklärung, Beobachtung und Bombardierung — selbst von London — dienten. Die bei Kriegsende noch vorhandenen Luftschiffe mußten an die Kriegsgegner ausgeliefert werden.

Die strengen Bestimmungen des Versailler Vertrages verboten zunächst den Bau von Luftschiffen. Erst im Sommer 1924 wurde im Auftrag der deutschen Reichsregierung im Rahmen der Kriegsreparationen statt 3 Millionen Goldmark unter der Baunummer „*LZ 126*“ das erste Nachkriegsluftschiff

Querschnitt durch „*LZ 127*".

fertiggestellt. Schon seine Probefahrten über Deutschland wurden von heute kaum mehr vorstellbaren Emotionen der gesamten Bevölkerung begleitet. Am 15. Oktober 1924 wurde es im amerikanischen Luftschiffhafen Lakehurst bei New York an die USA übergeben und ist in Amerika unter dem Namen „*Los Angeles*" noch viele Jahre gefahren.

Die Ablieferungsfahrt von Europa nach Amerika war die erste Überquerung des Atlantiks durch Luftschiffe und ein großer Triumph der deutschen Technik. Die 8000 km lange Strecke legte der Zeppelin in 3 Tagen, 9 Std. ohne Zwischenlandung zurück und beförderte auch in sehr begrenztem Rahmen Post. „*LZ 126*" wurde unter der Bezeichnung „*ZR III*" überführt. „*ZR*" bedeutet nicht

◀ Grundriß der Führergondel von „*LZ 127*".

Zeppelin „*Reparation*“, sondern „*rigid*“ (starr) als Hinweis auf das starre Gerippe. Es war das erste in Tropfenform konstruierte Schiff — bis dahin wurden nur Luftschiffe in Walzenform gebaut —, besaß dadurch eine aerodynamisch günstigere Form, war 200 m lang, hatte einen größten Durchmesser von 27,6 m und 70000 cbm Gasinhalt. Sein Aktionsradius betrug 9000 km, seine Nutzlast 41000 kg, die durchschnittliche Stundengeschwindigkeit 126 km. Der Antrieb erfolgte durch 5 Maybach-Motoren von je 400 PS.

1926 lockerten sich die Bedingungen des Versailler Vertrages, der Bau des ersten, nun Deutschland wieder selbst gehörenden Luftschiffes konnte beginnen.

„*LZ 127*“ wurde am 8. Juli 1928, dem 90. Geburtstag des Grafen von Zeppelin, auf dessen Namen getauft. Es war 237 m lang, hatte einen größten Durchmesser von 30,5 m und einen Inhalt von 105000 cbm, also die Größe eines Überseedampfers, jedoch nur das Gewicht einer Barkasse von 58 tons. Sein starres Gerippe hatte 95 % Innenraum für Trag- und Triebgas, seine Träger und Ringe waren aus Duraluminium, sein Aktionsradius betrug 10000 km.

In der am Bug liegenden großen Gondel konnten 20 Passagiere in Doppelkabinen untergebracht werden. Innerhalb des gewaltigen Schiffskörpers befanden sich ein mittlerer und ein unterer, längs verlaufender Gang, von denen aus alle Räume und technischen Einrichtungen zu erreichen waren. Für tagelange Fahrten war eine Besatzung von 41 Mann erforderlich, die in 3 Wachen eingeteilt war (1 Führer, 3 Wachoffiziere, 3 Navigationsoffiziere, 1 Ballonmeister, 1 Zellenpfleger, 3 Seiten- und 3 Höhenrudergänger, 1 Fahringenieur, 1 Assistent, 2 Fahrmeister, 15 Maschinisten, 1 Elektriker, 3 Funkoffiziere, 1 Verpflegungsleiter, 1 Steward, 1 Koch).

Mit „*LZ 127*“ begann die große Zeit für Philatelisten, da nun bei jeder Fahrt regelmäßig Briefpost befördert wurde, nicht nur vom Abfahrt- zum Zielhafen, sondern auch durch Abwürfe in Beuteln über ihrem Bestimmungsort. Jede Fahrt wurde mit einem extra angefertigten Sonderstempel bestätigt; so tauchten immer neue Farben und Motive auf. Den Sammlern war keine Mühe zu groß, auf schön und verschiedenartig frankierten Briefen und Karten Etappen eines Fluges festzuhalten. Zeppelinpost gewann von Jahr zu Jahr an Beliebtheit. Passagiere verschickten Grüße als Souvenirs ihrer Extravaganz, und — konnte man schon nicht selbst mitfahren — ließ man wenigstens Briefe durch die Luft reisen.

So wurden beispielsweise, um ein kleines Gebiet herauszugreifen, aus dem damaligen Freistaat Danzig zur Überführungsfahrt von „*LZ 126*“ nur 320 g Post (entsprechend etwa 25—30 Stücken), zur I. Amerikafahrt von „*LZ 127*“ im Oktober 1928 151 Sendungen und zur Südamerikafahrt im

430194

7. Südamerikafahrt 1933.

Fahrt zur Weltausstellung 1933 in Chicago.

Mai/Juni 1930 bereits 872 Poststücke aufgegeben. Rückschauend gewinnt man den Eindruck, daß Postbeförderung mit Luftschiffen fast ausschließlich dem Bedürfnis der Philatelisten diente, die sich an der sensationellen Seltenheit ihrer Belege, die den Stempel letzter technischer Errungenschaft trugen, erfreuten. Der Nutzeffekt war relativ gering. Zeppeline fuhren zwar schneller nach Übersee als Schiffe, jedoch zu selten auf demselben Kurs, als daß sich ein zügiges Austauschen von Briefen entwickeln konnte, ganz zu schweigen von der Beförderung innerhalb Europas, die Flugzeuge und Eisenbahnen schneller und zuverlässiger übernahmen.

Das Luftschiff „*Graf Zeppelin*" hatte eine bisher unerreichte Lebensdauer und leistete gute Dienste 11 Jahre lang auf 590 Fahrten. Sein letzter Flug endete am 18. 6. 1939 in Frankfurt am Main, wo das Schiff entleert und zur Besichtigung freigegeben wurde.

„*LZ 129*" am Ankermast.

Neben „*LZ 127*" trat nach 4jähriger Bauzeit in Friedrichshafen die „*Hindenburg*" („*LZ 129*") in Dienst. Ein Luftschiff Nr. 128 war zwar schon auf dem Papier konstruiert, aber, da technisch überholt, nicht gebaut worden.

„*LZ 129*" war das technisch vollkommenste, größte Luftschiff und das Ergebnis einer 40jährigen Entwicklungsarbeit: 245 m lang, größter Durchmesser 41,2 m, Prallgasinhalt 200000 cbm, Eigengewicht im Leerzustand 136 t. Seine Tragfähigkeit (Fahrgäste, Post und Fracht) war auf 19 t

berechnet, seine Reisegeschwindigkeit betrug 125 km pro Stunde, sein Gesamtfahrbereich 14000 km. 4 Dieselmotoren zu je 1050 PS trieben das Riesenschiff an. Auf der Nordamerika-Route, auf der Westwinde vorherrschen, war die durchschnittliche Reisedauer nach Westen mit 65 Std. um 13 Std. länger als die Rückfahrt von Amerika nach Europa. Die höchste gemessene Fahrgeschwindigkeit bei von hinten schiebendem Sturm betrug 300 km pro Stunde.

Ein Innenraum von „*LZ 129*".

„*LZ 129*" stand unter wechselndem Kommando der Kapitäne Dr. Eckener, Pruss und Lehmann und führte 63 Flüge aus, darunter 10 Nordatlantikfahrten im Jahr 1936. Mit der „*Hindenburg*", die 72 Fahrgastbetten hatte, wurden insgesamt 1002 Passagiere befördert. Der Fahrpreis nach Südamerika betrug 1500,— RM (für die Hin- und Rückfahrt 2500,— RM), nach Nordamerika 1000,— bzw. 1800,— RM.

Die 1. Nordamerikafahrt der „*Hindenburg*" 1937 endete am 6. Mai mit völliger Vernichtung auf dem Luftschiffhafen Lakehurst bei New York. Bei den Landemanövern brach in etwa 80 m Höhe im Heck des Schiffes Feuer aus. Die Füllung aus Wasserstoffgas entzündete sich explosionsartig. Das Schiff sank schnell zu Boden, so daß sich von den an Bord befindlichen

96 Menschen 61 retten konnten. Die mitgeführte Post verbrannte bis auf etwa 130 Briefe und Karten, und jeder kann sich denken, wie selten und teuer postalische Belege dieser entsetzlichen Katastrophe sein müssen (der Zeppelin-Postkatalog von 1968 nennt Nettopreise für einen einzigen derartigen Postbeleg zwischen 4000,— und 6000,—DM).

Das Schwesterschiff der „*Hindenburg*", „*LZ 130*", wurde zwar 1938 fertiggestellt, machte auch 30 Probe- und Werkstattfahrten, nahm jedoch aus politischen Gründen und auch im Gedenken an das Unglück von Lakehurst einen fahrplanmäßigen Dienst nach Amerika nicht mehr auf. Zudem weigerten sich die USA, das nach der fürchterlichen Wasserstoffexplosion von Lakehurst von der Öffentlichkeit und den Technikern aus Sicherheitsgründen geforderte unbrennbare Helium nach Deutschland zu liefern aus Sorge, daß das wertvolle Gas für militärische Zwecke verwendet werden könnte.

Fahrt nach Königsberg 1939 (ausgefallen).

„*LZ 130*" wurde zusammen mit dem Luftschiff „*Graf Zeppelin*" im März 1940 auf dem Flughafen Frankfurt/Rhein-Main abgerüstet. Seine letzte, für den 26. August 1939 geplante Fahrt nach Königsberg fand nicht mehr statt. 5 Tage später brach der II. Weltkrieg aus.

So endete eine Ära der Luftfahrt mit folgender Bilanz:

als veraltet abgewrackt	21 Luftschiffe
durch Betriebsunfälle und unbekannte Ursachen verloren	32 Luftschiffe
vom Gegner im Krieg zerstört	46 Luftschiffe
zur Verhinderung der Auslieferung an die ehemaligen Kriegsgegner selbst zerstört	7 Luftschiffe
an die Gegner des I. Weltkrieges ausgeliefert	11 Luftschiffe
projektiert, aber nicht gebaut	11 Luftschiffe
nach Kriegsbeginn 1940 abgewrackt	2 Luftschiffe
	130 Luftschiffe

Verdienstmedaille für die „*Luposta*"-Ausstellung 1932 in Danzig.

Obwohl heutzutage, vom technischen Standpunkt aus, der Bau sicherer Luftschiffe möglich wäre, dürfte es wohl kaum wieder zur Indienststellung neuer Zeppeline kommen. Die Flugzeugtechnik hat mit Riesenschritten das Zeitalter der Zeppeline überholt. Diese Variante auf dem Gebiet des Luftverkehrs hat sich bisher als nicht genügend ausbaufähig und rationell für die moderne Zeit erwiesen.

Literatur kann vom Verfasser angefordert werden.

Anschrift des Verfassers: Dr. med. K.-F. Schweiger, Facharzt f. Orthopädie, 2 Hamburg 22, Papenhuderstr. 34

430199

Wo man denkt, wird's Schreiben auch nicht rosten
Wilde Menschen haben keine Posten!

Dr. v. Stephan

Des Deutschen Reiches
„Erster General-Postmeister".
Geb. 7. Jan. 1831. Gest. 8. April 1897.

„Stephan'scher" Humor aus seiner Zeit: „Wo man denkt, wird's Schreiben auch nicht rosten. Wilde Menschen haben keine Posten!"

Das Buch von der Weltpost

Herm. J. Meidinger, Berlin

C. Doepler d. j.

1878

430201.

Die Post ist da – tara tara?

Erzählt von Karl Böttcher

Heinrich Stephan

Vor der Posthalterei in Stolp in Pommern kam soeben die vierspännige Postkutsche an.
Die Pferde dampften, denn es war ein linder Februartag, und die damaligen Straßen — man schrieb das Jahr 1848 — waren in schlimmem Zustande.
„Brauche unbedingt Vorspann, Herr Postmeister!" rief der Postillion schon von weitem.
„Und wir brauchen eine warme Stube und einen heißen Grog!" meinten die aussteigenden Reisenden.
Wie nun der Postmeister alle Hände voll zu tun hatte, trat schüchtern und bescheiden ein siebzehnjähriges, blasses Bürschlein zu ihm und sagte bittend: „Darf ich Sie einmal auf eine halbe Minute sprechen, Herr Postmeister?"
„Siehst doch, dummer Bursch', daß ich jetzt keine Zeit habe. Komme später, falls es überhaupt wichtig ist!" erwiderte grob der Beamte, und der junge Mensch wartete geduldig im zugigen Haustor, und erst, als nach einer Stunde Rast die Reisepost mit Vorspann abgefertigt war, hatte der Postmeister Zeit für den Jüngling, der noch immer geduldig harrte.
„Was willst du noch? Siehst doch, daß ich viel zu tun habe. Diese mehr als hundert Briefe müssen noch alle in die Register eingetragen werden! Also störe mich nicht länger!"
Aber statt zu gehen, antwortete der Jüngling: „Das Eintragen in die Register will ich gern besorgen. Da würden der Herr Postmeister viel Zeit sparen."
Mit einem Ruck wandte sich der Beamte dem jungen Manne zu und rief erstaunt: „Kannst du denn ordentlich schreiben?"
„Aber ja! Ich habe doch die Ratsschule in Stolp besucht und die Abgangsprüfung mit ‚vorzüglich' bestanden."
„Wie heißt du überhaupt?"
„Heinrich Stephan."
„Ah! Wohl der Sohn vom Schneidermeister Stephan?"
„Gewiß, aber weil mein Vater das Geld nicht zusammenbringt, mich studieren zu lassen, so hoffte ich, bei Ihnen in der Posthalterei in der Schreibstube unterzukommen."
„Hm, wäre gar nicht so übel, wenn ich einen Schreibgehilfen hätte. Es müßte einer sein, der etwas von Geographie verstünde, der sich im Posttarif zurechtfände und auch einmal eine Adresse in fremder Sprache entziffern könnte."
„Das kann ich alles, Herr Postmeister!"
„Wenn du dir das zutraust, dann wollen wir es in Gottes Namen versuchen!"
Und so stellte der Postmeister zu Stolp am 28. Februar 1848 den siebzehnjährigen Heinrich Stephan als Postschreiber ein und konnte natürlich nicht ahnen, daß er somit dem größten Post-Genie aller Zeiten, dem späteren Generalpostmeister und Schöpfer des modernen Postwesens und des Weltpostvereins durch dieses Wort: „So wollen wir es in Gottes Namen versuchen!" die Laufbahn eröffnete.
Gar bald erkannte der Postmeister, daß er einen guten Griff getan hatte. Der junge Stephan war nicht nur ein fleißiger und zuverlässiger Gehilfe, sondern er hatte auch den Kopf voller Gedanken und Vorschläge, wie man den Postdienst erleichtern und den Außenverkehr der Postreisewagen verbessern könnte, und der Vorgesetzte Stephans war edel und selbstlos genug, den jungen Beamten nicht für sich in Stolp behalten zu wollen, wo er nicht vorwärts kommen konnte, sondern er empfahl ihn weiter, so daß Heinrich Stephan bald nach Marienburg berufen wurde, von da nach Danzig, Magdeburg und Köln. Hier empfing Stephan die meisten Anregungen in seinem Berufe und hier lernte er am meisten, hier entsprangen auch die besten seiner Ideen für die Umformung des gesamten Postwesens, denn Köln war der Treffpunkt aller aus Frankreich, Holland und England eingehenden Post, und hier konnte er den ausländischen und überseeischen Postverkehr studieren.
Stephan erkannte bald, daß unser Postwesen veraltet sei, daß viel zu viel verzwickte Paragraphen und kleinliche Vorschriften einen großzügigen Postverkehr unmöglich machten.
In Köln befaßte sich Stephan mit dem Studium des gesamten ausländischen Postwesens, nebenbei studierte er Geschichte, Philosophie und Staatswissenschaft und brachte es durch eisernen Fleiß so weit, daß er 1855 die schwere Prüfung für den höheren Postdienst ablegen und mit Auszeichnung bestehen konnte.
Sein Grundsatz war: Was ich ernstlich will, das setze ich durch!
Man sieht, welcher Leistung ein junger Mensch fähig ist, wenn er genug starken Willen aufbringt. Dabei ist noch zu beachten, daß Stephan zu allem erforderlichen Fachwissen sich noch fünf Sprachen zu eigen machte, ohne Lehrer nur aus eigener Kraft, meist in den Abendstunden nach oft vierzehnstündiger Dienstzeit.
Und diese enormen Sprachkenntnisse waren es schließlich auch, die ihn so rasch vorwärts brachten, wie es vorher und auch nachher kaum jemals einem Beamten glückte. Als Stephan nach bestandener Prüfung nach Frankfurt an der Oder kam, war es sein höchster Wunsch, bald nach Berlin versetzt zu werden, wissend, daß er nur in der Zentrale seine Kenntnisse und seine Ideen verwerten könne.
Er sprach nun persönlich beim Postdirektor vor und bat um baldige Versetzung nach Berlin. Doch dieser hohe Beamte, am Fenster stehend und in das Straßengewühl blickend, beachtete den jungen Bittsteller kaum und wies ihn kurzerhand ab, denn auf der Straße beobachtete er einen Vorgang, der ihn mächtig interessierte. Vor dem Postverwaltungsgebäude hatte sich ein Menschenauflauf gebildet. Ein Droschkenkutscher stritt sich mit einer jungen Dame, und das erlebnisgierige Volk sammelte sich rasch um die beiden, machte Witze und beantwortete die Worte der jungen Dame mit lautem Gelächter.
Aber da drängte sich ein junger Herr durch die Menge, in dem der Postdirektor seinen eben kurzerhand abgewiesenen Postpraktikanten Stephan erkannte. Und der junge Stephan nahm sich der hilflosen und verspotteten Dame an, echt ritterlich, verhandelte gütlich mit dem Droschkenkutscher, zahlte ihm Geld in die Hand, dann führte er die Dame in das gegenüberliegende Haus, in das russische Konsulat.
Im Nu war die peinliche Szene beendet.
Das gefiel dem Postchef nun so sehr, daß er seinen Bürodiener auf die Straße sandte und den jungen Mann, den Heinrich Stephan, zurückbitten ließ.

„Was gab es da auf der Straße?" fragte er.
„Eine Dame, die Nichte des russischen Konsuls, war von dem Droschkenkutscher falsch gefahren worden, weil sie nicht genügend Deutsch sprechen konnte. Obendrein wollte sie der Biedermann übervorteilen, in dem er das Dreifache der vorgeschriebenen Taxe forderte."
„So war die Dame eine Ausländerin?"
„Eine Russin."
„Ja, konnten Sie die denn verstehen?"
„Aber ja, Herr Postdirektor, ich spreche doch sehr gut russisch, außerdem noch geläufig französisch, italienisch. englisch und spanisch."
„Das ist ja ganz unglaublich!" rief der Chef, weiter nichts; aber bald darauf bekam Stephan seine Berufung nach Berlin, und er wurde als Hilfskraft dem Generalpostmeister zugeteilt, der einen Mann mit solch großen Sprachkenntnissen um sich haben wollte.
Die Bahn war frei! Gar bald erkannte der oberste Postchef Stephans außerordentliche Begabung und machte ihn zu seinem vertrauten Mitarbeiter. Und dabei war Stephan erst 27 Jahre alt und schon Postrat. Also innerhalb von zehn Jahren vom stellensuchenden Jüngling und aus Gnaden aufgenommenen Hilfsschreiber zum Postrat und ersten Gehilfen des Generalpostmeisters.
„Was ich ernstlich will, setze ich durch!" war ja sein Wahlspruch.
Jetzt war Stephan an der Stelle, die er für seine Befähigung brauchte, jetzt konnte er seine Pläne verwirklichen, konnte bessern und ändern.
Bald entstanden neue, erleichterte Posttarife, vereinfachte Dienstanweisungen an das Beamtenheer wurden erlassen. — Sein Hauptbestreben, alle Privatposten zu beseitigen und die Post allein dem Staat zu sichern, setzte er durch, und als es ihm sogar gelang, die uralte Thurn und Taxissche Post für 9 Millionen Mark für den Staat zu kaufen, erkannte auch Bismark die seltenen Fähigkeiten Stephans.
Er ernannte ihn zum Geheimen Postrat und sandte ihn nach Petersburg, um Postverträge mit Rußland abzuschließen. — Nach dem dänischen Krieg führte Stephan die Neuorganisation des Postwesens in Schleswig-Holstein durch und erreichte, daß das preußische Generalpostamt zum Generalpostamt des Norddeutschen Bundes erhoben wurde.
Nun mußten einheitliche Posttaxen geschaffen werden. Man bedenke: Bis zum Jahre 1860 gab es für Briefe in den verschiedenen Staaten folgende zulässige Gewichte für einfaches Porto: 1 Lot, ein halb Lot Kölnisches Gewicht,

Aus den Tagen des Postillons

ein halb Lot Wiener Gewicht, drei viertel Lot, ein achtel Lot. — An jeder Landesgrenze mußten nun die Briefe wieder gewogen und anders frankiert werden. Welch eine Mühe! Dieser Zeitverlust! Diese hohen Kosten eines einzigen Briefes! Es kam vor, daß ein Brief von Hessen nach Mecklenburg fünf verschiedene Porto-Zonen durchlief und schließlich ein viertel Silbertaler kostete und glücklich nach acht bis neun Tagen am Bestimmungsorte eintraf. Wenn man sich das vor Augen führt, erst dann kann man Stephans Verdienste um die Vereinheitlichung des Postwesens ermessen.
Die verschiedenen Taxen der kleinen Staaten wurden aufgehoben, und der Silbergroschen wurde das Einheitsporto für ganz Deutschland.
Aber das erforderte langwierige Verhandlungen, die Stephan mit jedem einzelnen Landesfürsten oder dessen Vertreter mit großem Geschick führte, denn kein Finanzminister wollte die durch seine Landespost erworbenen Einnahmen missen oder verringern lassen, so daß oft auch Abfindungssummen an die fürstlichen Hofkassen gezahlt werden mußten.
Dem Geschick Stephans gelang es auch, die süddeutschen Staaten und Österreich-Ungarn für die Einführung der einheitlichen Silbergroschenmarke zu gewinnen.
Bismark erkannte immer mehr Stephans ungeheure Befähigung und ernannte ihn 1870 zum General-Postmeister des gesamten Postwesens.
Einige Monate später schuf der neue Postchef sein dankbarstes Werk: die Feldpost!
Wenige Tage nach der Kriegserklärung standen an den Mobilmachungsorten 60 Feldposten mit 600 Beamten und Postillionen, 795 Pferden und 172 Fuhrwerken bereit zum Abmarsch ins Feld.
Nach dem gewonnenen Kriege aber begann Stephan die vollständige Neuorganisation des Postwesens, denn Deutschland war jetzt ein Reich. Er schuf die deutsche Reichspost.
Die einheitliche Landzustellung wurde eingerichtet. Bisher hatten kleinere Dörfer weder ein Postamt noch einen Briefboten gehabt. 12000 Posthilfsstellen wurden eingerichtet und 30000 Landbriefträger wurden eingestellt.
Auch die jetzt so häufig verwendete Postkarte ist eine Erfindung Stephans, und ihr Geburtstag — sie hieß ursprünglich Korrespondenz-Karte — ist der 6. Juni 1870. Rasch eroberte sie sich die Gunst des Volkes.
Aber die größte Tat Stephans ist die Gründung des Weltpostvereins, die im Jahre 1874 erfolgte.
22 Staaten, später 32 Staaten der Welt einigten sich in der Schweiz, in Bern, unter Stephans Vorsitz und setzten den Einheitspreis für einen Auslandsbrief auf 20 Pfennige fest.
Stephans Ruhm war nun international geworden. Die Regierung unterstellte ihm nun auch noch das Telegraphenwesen und die Reichsdruckerei, und als 1876 der Amerikaner Bell zufriedenstellende Ergebnisse mit dem Telephon erreichte, führte Stephan — so fortschrittlich war er — sofort den Fernsprecher ein, und am 12. November 1877 konnte Kaiser Wilhelm I. in Friedrichsberg bei Berlin das erstemal telephonieren.
Stephans letztes großes Werk aber war die Errichtung von Reichspost-Dampferlinien.
1876 fuhr der erste Reichspostdampfer — er hieß „Oder" — von Bremerhafen ab nach Ostasien.
Viel Arbeit, viel Erfolg und Anerkennung! Das war Stephans Leben.
Im Jahre 1897 starb er, und die Postwelt der ganzen Erde betrauerte den Unermüdlichen.
Er gehört zu den Großen der Arbeit, auf die wir stolz sein können!

430203

Kaiserliche Post, Kolberg

430204

Heinrich von Stephan – Gründer des Weltpostvereins

Das Bismarck-Wort eines Privatgesprächs erhielt sich: «König Stephan gegen König Wilhelm, das geht nicht, das könnte man ihm einmal sagen.» Viel mehr Voreingenommenheit als Wahrheit traf das Wort Heinrich v. Stephan, den Generalpostmeister, nicht. Er war darauf gerade stolz, niemals in Liebedienerei zu verfallen, nicht weniger auch, nur eines Handwerkers Sohn zu sein, am 7. Januar 1831 im kleinen pommerschen Stolp geboren. Wer konnte in der Familie des Schneidermeisters und Ratsherrn ahnen, dass das achte Kind, das siebzehnjährig nach hervorragendem Abitur beim Postamt Stolp als Schreiber vereidigt wurde (damals Bezeichnung der Anwärter für den höheren Postdienst), einmal Oberster der Reichspost und Gründer des Weltpostvereins würde?

Die Geschichte der deutschen Post teilt sich in zwei Zeiten, die sich voneinander wie Welten unterscheiden, die Zeit vor und die Zeit seit Heinrich von Stephan. Ehe die Briefmarke in Preussen 1850 aufkam, musste jeder Brief zur Freimachung durch «Frankostempel» am Schalter aufgegeben werden. Den Briefumschlag hatte der einzelne sich selbst zurechtzuschneiden, wodurch jedesmal das Versiegeln notwendig wurde.

Um die Jahrhundertmitte beginnt mit Stephan allmählich die grosse Wende. Nachdem er Ende 1850 die erste Fachprüfung für den höheren Dienst, das heisst zum Postassistenten mit Auszeichnung abgelegt, fünf Jahre später mit gleichem Prädikat Postsekretär und 1858 an der Oberpostdirektion Potsdam Postrat wurde, ernannte ihn nach verschiedenen weiteren Stufen König Wilhelm I. im April 1870 auf Vorschlag des Bundeskanzlers Graf Bismarck zum General-Postdirektor des Norddeutschen Bundes und Mitglied des Bundesrats, 1872 des Herrenhauses.

Als am 1. Januar 1876 das Reichstelegrafenwesen mit der Reichspost verschmolz, erhielt Heinrich von Stephan die Amtsbezeichnung Generalpostmeister, 1880 bei Einrichtung des Reichspostamts Staatssekretär heute dem «Minister» entsprechend. Fünf Jahre später wurde er mit dem erblichen Adel geehrt.

Stephan war auf verschiedenen amtlichen Auslandsreisen, die ihn zugleich zielbewusst auf sein bedeutendstes Werk, die Gründung des Weltpostvereins im Oktober 1874 auf dem allgemeinen Postkongress in Bern, hinarbeiten liess. Jetzt kannte und achtete ihn die Welt. Im norddeutschen Postgebiet hatte ihn im Sommer 1870 die erste Postkarte («Korrespondenzkarte») und im Kriege 1870/71 die «Norddeutsche Feldpost» bekannt gemacht. Wer aber wusste bis zu seinem Tode 1897 von seinem regen Bemühen, erfolgreicher Sprachreiniger zu sein? Auf Bismarcks Anweisung deutschte er 700 Fremdwörter fast mit einem Schlage ein.

W. H. Herzog

Zeugnisse eines großen Lebens zusammengetragen

Stiftung Pommern: Sonderausstellung „Heinrich von Stephan" im Schloß zu Kiel

In seinem, 1859 erschienenen, bedeutenden Buch „Geschichte der preußischen Post" bezeichnet der damalige Postrat und spätere Generalpostmeister Heinrich von Stephan die Post als „eine Freundin der Nation" und als „eine Botin des Völkerfriedens". Es ist das hervorragende Verdienst des 1831 im pommerschen Stolp geborenen Heinrich von Stephan, im Zeitalter der Industrialisierung und des anbrechenden Welthandels die völkerverbindende Funktion des Postwesens nicht nur erkannt, sondern auch in vorbildlicher Weise in die Tat umgesetzt zu haben. Der Güter- und Gedankenaustausch war plötzlich dringlicher geworden und forderte nicht nur eine neue politische Bereitschaft, sondern auch neue, dem Entwicklungsstand der modernen Weltwirtschaft entsprechende Einrichtungen, die gerade im Postverkehr eine Vielzahl von Reformen notwendig machten.

Demgemäß ist das Lebenswerk Heinrich von Stephans nicht nur in seinen Auswirkungen auf Deutschland zu messen, dem er ein einheitliches, den Anforderungen der Zeit angepaßtes Postwesen gab, es muß vielmehr auch mit dem Blick auf eine Reihe wichtiger zwischenstaatlicher Vereinbarungen hin gewertet werden. Seit 1865 bemühte er sich unerläßlich für die internationale Postreform. Es gelang ihm, mit fast allen europäischen Staaten Postverträge abzuschließen, die durch weitgehende Vereinheitlichung der Postbestimmungen zu großen Erleichterungen im Postverkehr geführt haben. Auf sein Betreiben wurde 1874 in Bern der Allgemeine Postverein gegründet, der seit 1878 als Weltpostverein den modernen internationalen Postverkehr regelt. 1886 sticht „Die Oder", der erste Reichspostdampfer, in See, 1882 beginnt der Ausbau eines deutschen Seekabelnetzes. Heinrich von Stephan erkennt als einer der ersten die Bedeutung des Luftverkehrs für die Weltpost.

Der wilhelminische Generalpostmeister aber sah im Postwesen nicht nur einen technischen leistungsfähigen Apparat, sondern auch ein Mittel zur Volksbildung. Er veranlaßte die Beseitigung von 800 Fremdwörtern aus der „Postsprache", regte die Gründung des Reichspostmuseums in Berlin an und die Erweiterung des Profils der Reichsdruckerei, die unter seiner Leitung neben Postwertzeichen und Banknoten auch wissenschaftliche Werke in fast allen Sprachen der Erde und hochwertige Kunstmappen herausbrachte.

Dieses reiche und vielfältige Lebenswerk sichtbar zu machen, hat sich die Sonderausstellung der Stiftung Pommern im Rantzaubau des Kieler Schlosses zur Aufgabe gestellt. In Handschriften, Urkunden, Bildmaterial, Büchern und postalischen Erinnerungsstücken wird sowohl die Bedeutung Heinrich von Stephans veranschaulicht wie auch ein Zeitbild entworfen, das die Wichtigkeit der Postreformen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts verdeutlicht. Zur Ausstellung, die bis zum 18. September 1977 geöffnet bleibt, haben das Bundespostmuseum, die Gesellschaft für deutsche Postgeschichte, die Stiftung Preußischer Kulturbesitz, die Bücherei des Deutschen Ostens in Herne und andere Institutionen durch Leihgaben beigetragen.

Franz Heinz

1931 geprägt: Gedenkmedaille für den aus Pommern stammenden Generalpostmeister
Foto KK

Ein Pommer schuf den Weltpostverein

22 Staaten schlossen den Vertrag – Älteste UNO-Organisation

Einer der bekanntesten Verkehrsknotenpunkte Hamburgs, der Stephansplatz, trägt seinen Namen nicht, wie der Wiener Stephansdom, nach dem heiligen Stephan, sondern nach Bismarcks Postminister Heinrich von Stephan. Er ist nicht nur der Erfinder der Postkarte, sondern der Schöpfer des Weltpostvereins, der vor 100 Jahren am 9. Oktober 1874 gegründet wurde. Heute ist er die älteste Sonderorganisation der UNO.

Heinrich von Stephan, Pommer aus Stolp und Organisator der Reichspost, nannte sich zwar nicht Minister, sondern zunächst Generalpostmeister und später Staatssekretär des Reichspostamtes; sein Amt entsprach aber dem eines Reichspostministers. Die Einführung einer „Correspondenzkarte" mit ermäßigtem Porto schlug er 1865 auf der fünften deutschen Postkonferenz in Karlsruhe vor, drang damit aber nicht durch. Als erste Postverwaltung brachte die österreichische Post 1869 Postkarten heraus. Der Norddeutsche Bund folgte 1870. Im Krieg 1870/71 wurden bereits rund zehn Millionen Feldpostkarten befördert.

Das bedeutendste Werk Stephans war der Weltpostverein, dessen Gründung er anregte. Am 9. Oktober 1874 schlossen in Bern zunächst 22 Staaten den Allgemeinen Postvereinsvertrag, der am 1. Juli 1875 in Kraft trat. Auf dem 2. Postkongreß in Paris wurde er 1878 zum Weltpostvertrag erweitert. Der Weltpostverein war die erste umfassende völkerrechtliche Organisation. Immer mehr Staaten schlossen sich an. 1948 wurde er Sonderorganisation der UNO. Heute zählt er über 150 Mitglieder. Die Bundesrepublik trat 1952 bei.

Der Weltpostverein machte den allgemeinen Aufschwung des internationalen Postverkehrs möglich. Der umständliche Abschluß von Postverträgen zwischen den einzelnen Staaten wurde überflüssig. Alle fünf Jahre tritt der Weltpostkongreß zusammen, um den Weltpostvertrag zu revidieren. Das Internationale Büro in Bern dient als zentrale Auskunfts- und Beratungsstelle sowie als Clearing-Anstalt für die Konten des internationalen Postverkehrs.

Der Weltpostvertrag bestimmt u. a., daß in allen Ländern die Postwertzeichen für Postkarten grün, für Inlandsbriefe rot und für Auslandsbriefe blau sein sollen. Dieser Farbskala, die zufällig auch den Grundfarben des Farbfernsehens entspricht, ist die Deutsche Bundespost durch ihre ständigen Tariferhöhungen freilich davongelaufen.

Gedenkmedaille zu Ehren Heinrich von Stephans

Dem Pommern Heinrich von Stephan zu Ehren hat das Königsberger Medaillen-Unternehmen „Deutsche Heimat" eine Medaille in Spiegelglanzprägung herausgebracht, die etwa 23 g schwer ist und einen Durchmesser von 40 mm hat. Die in 925er Sterlingsilber in geringer Auflage geprägte Münze kostet 35,— DM, in Schatulle 38,— DM, zuzüglich Versandkosten. Sie trägt auf der Vorderseite das hier abgebildete Porträt von Heinrich von Stephan, auf der Rückseite das Porträt des englischen Generalpostmeisters Sir Rowland Hill, der 1840 die Briefmarke erfand. Die für Philatelisten wie für Numismatiker gleichermaßen wertvolle Medaille kann vom Buch-Vertrieb Nordheide, z. Hd. Jürgen Damaschke, 2091 Marxen, Postfach, bezogen werden. *np*

430207

Lübeck-Hamburgisches
Post-Amt.

G 0110

Post-Expedition

G 0111

Kaiserliche Reichs Post

G 0112

Königl. Preuß. Post Amt
Altdöbern 1815.

G 0113

Königl: Preussische
Hrzogl: Lauenburgische
Post-Expedition

G 0114

Post-Expedition

G 0115

430208

Der 12. Januar 1881

Am 14. Juni 1880 erließ der Staatssekretär des Reichspostamtes einen Aufruf, der als erste öffentliche Werbeaktion für das Telefon in die Postgeschichte einging: „Personen, welche sich des Fernsprechers als Verkehrsmittel bedienen wollen, werden aufgefordert, sich dieserhalb schriftlich oder während der Dienststunden von neun Uhr vormittags bis drei Uhr nachmittags persönlich an das Telegrafenbetriebsbüro des Reichspostamtes, Französische Straße 33 c, Zimmer 149, zu wenden, welches die näheren Auskünfte über die bezügliche Einrichtung sowohl als auch über die Bedingungen der Teilnahme erteilen wird."

Genau am 12. Januar 1881 war es dann soweit: Die Geburtsstunde schlug für den ersten öffentlichen Fernsprechverkehr in Deutschland. Zunächst war es ein Testbetrieb. Am 1. April 1881 erfolgte die offizielle Betriebsaufnahme. Die anfängliche Zurückhaltung gegenüber dem Fernsprecher, dem ein Medizinprofessor damals noch die Möglichkeit „gefährlicher und infamer Ruhestörung" nachsagte, hielt nicht lange an. Schon im Juni 1881 bestanden 94 Anschlüsse, bis zum Ende des Jahres 1881 kletterte die Zahl der Fernsprechteilnehmer auf 458.

Das erste Telefonbuch

Nachdem am 14. Juli 1881 in Berlin das erste deutsche Telefonbuch erschienen war, begann der unaufhaltsame Siegeszug des Fernsprechers. An zahlreichen Häusern in Berlin wandelte sich das Bild: Durch die neuen Drahtleitungen, teilweise quer über Kreuzungen hinweg, ergab sich ein regelrechtes Dickicht an Verbindungsdrähten. Kurz darauf erfolgten die ersten Proteststürme bei der Bevölkerung gegen die „Neue Erfindung", und einige Leute behaupteten allen Ernstes: „Diese Drähte beschneiden uns die Luft zum Atmen."

Dr. Heinrich von Stephan: Dem Generalpostmeister des Deutschen Reiches ist es zu verdanken, daß in Deutschland das Telefon eingeführt wurde.

Zwei Jahre später schienen diese mahnenden Stimmen einen Erfolg verbuchen zu können: 1883 begannen die ersten Versuche, die Fernsprechleitungen unterirdisch zu verlegen – aber nicht um den damaligen „Grünen" einen Gefallen zu tun, sondern um die erheblichen Störungen des Telefonverkehrs durch die Stromleitungen und die Fahrdrähte der elektrischen Straßenbahnen auszuklammern.

Günter Werz

Ein Ferngespräch zum Nulltarif

Vor etwa 100 Jahren startete in Berlin der öffentliche Fernsprechverkehr: In der Französischen Straße wurde im Januar 1881 die erste Vermittlungsstelle eingerichtet. Damit begann der unaufhaltsame Siegeszug des Telefons – eine völkerverbindende Idee erlebte ihre Premiere. Mit genau acht Teilnehmern wurde die erste Fernsprechvermittlungsstelle in Betrieb genommen. Die Berliner Börse erhielt die legendäre Rufnummer 1. Ferner zählten der Berliner Maklerverein, drei Banken, ein Teehaus, eine Fabrik und der Geheime Kommerzienrat und Kaiser-Finanzier Gerson von Bleichröder zu den ersten Telefonkunden.

Ereignisreiche Jahre waren vorausgegangen. Jahre, die heute bestätigen: Deutschland zählte zu den Staaten, in denen die Bedeutung des Telefons schon sehr früh erkannt wurde, als Kommunikationsmittel von allergrößter Wichtigkeit. Vor allem Heinrich von Stephan war es zu verdanken, der vor 150 Jahren geboren (am 7. Januar 1831), 1870 Generalpostdirektor des Norddeutschen Bundes und 1876 Generalpostmeister des Deutschen Reiches geworden war.

Durch eine Veröffentlichung in einer amerikanischen Zeitschrift war Heinrich von Stephan bereits 1877 auf die Verwendung des ein Jahr zuvor von Bell erfundenen Fernsprechers in den USA aufmerksam geworden.

Und wie fasziniert von Stephan von dieser neuen Art des Fernsprechers gewesen sein muß, zeigen die Ereignisse der kommenden Monate und Jahre: Der Leiter des Haupttelegrafenamtes London, Henry Fischer, ein gebürtiger Hannoveraner, schenkte Stephan zwei Bellsche Telefone.

Diese Apparate, ein persönliches Geschenk Bells an Fischer, waren die ersten nach Europa gelangten Fernsprechapparate. Und am 26. Oktober 1877 gab es das erste „Historische“ Gespräch zwischen dem Generalpostamt in Berlin, Leipziger Straße 15, und dem Generaltelegrafenamt Berlin, Französische Straße 33.

Genau vier Tage später kamen erste Verbindungen nach Potsdam und in das 61 Kilometer entfernte Brandenburg (Havel) zustande.

Am 31. Oktober 1877 wurde schließlich versucht, eine 150 Kilometer lange Strecke nach Magdeburg zu überbrücken: Doch es kamen „Nur vokalreiche Worte und Posthornklänge“ an.

Der Optimismus des Generalpostmeisters ließ sich durch die ersten akustischen Rückschläge nicht bremsen. Schon am 2. Januar 1878 schrieb von Stephan an das Polizeipräsidium in Berlin, er beabsichtige, „Überall an den Häusern Drahtleitungen zu befestigen, die eintretendenfalls auch die Straßen kreuzten und die, mit Fernsprechern betrieben, Kontore, Geschäftsräume usw. an ein Verkehrsamt der Postverwaltung anschließen sollten“.

Günter Werz

Vor 100 Jahren: „Der Landbriefträger im Spreewald" (aus „Gartenlaube", 1897) wird sehnlichst erwartet

1900

Verkehrs-Anstalten.

Laut Telegramm aus Köln hat die zweite Post von London über Ostende vom 3. Januar in Köln den Anschluß an Zug 31 nach Berlin über Hildesheim wegen schlechter See nicht erreicht.

Bei der Reichs-Post- und Telegraphen-Verwaltung besteht die anscheinend wenig bekannte Einrichtung, daß die Theilnehmer an den Stadt-Fernsprecheinrichtungen sowohl die für sie eingehenden, als auch die von ihnen aufzuliefernden Telegramme mittels Fernsprecher übermitteln lassen können.

Die Uebermittlung ankommender Telegramme, welche in Berlin durch das Haupt-Telegraphenamt, in den Vor- und Nachbarorten durch das zuständige Fernsprech-Vermittelungsamt zu geschehen hat, erfolgt nur auf Antrag des Theilnehmers. Indeß werden die Telegramme auch in diesen Fällen durch Boten abgetragen, wenn anzunehmen ist, daß sie auf diese Weise schneller und sicherer zugestellt werden können, z. B. Telegramme von sehr großer Länge, oder daß die Zustellung durch Boten der Absicht des Absenders mehr entspricht (Glückwunsch-Telegramme zu Familienfesten etc.). Die Gebühr für das Zusprechen eines angekommenen Telegramms an den Theilnehmer beträgt ohne Rücksicht auf die Wortzahl 10 Pf. Die zugesprochenen Telegramme werden dem Empfänger in einem verschlossenen Umschlag durch die Post gegen Einziehung der Zusprechgebühr übersandt.

Aus „Deutscher Reichs-Anzeiger und Königlich Preußischer Staats-Anzeiger" vom 4. Januar 1900

Verdiente Ehrung für einen fast vergessenen Deutschen

In der Zeit vom 18. Juni bis zum 27. Juli 1984 tagt der Weltpostkongress in Hamburg. Es ist dies der erste Weltpostkongress auf deutschem Boden. Das ist eigentlich erstaunlich angesichts der Tatsache, dass der Gründer des Weltpostvereins ein Deutscher, nämlich Heinrich von Stephan (1831–1897), war. Seine Verdienste um die preussische, die deutsche und die Weltpost sind einmalig. Im Jahre 1863 führte er erste Postverhandlungen mit Belgien und den Niederlanden, und nach 1864 schloss er für Preussen und später für den Norddeutschen Bund mit einem guten Dutzend Staaten Postverträge ab. 1874 erfolgte auf sein Betreiben hin die Gründung des Weltpostvereins in Bern, dem 22 Staaten beitraten, die damit ein einheitliches «Postgebiet» schufen. Sie verpflichteten sich, Briefe, Karten, Bücher und Zeitungen aus den angeschlossenen Ländern nicht anders zu behandeln als das eigene Postgut. Damit war eine speditive und zuverlässige Beförderung über viele Grenzen hinweg garantiert, und vor allem der Briefverkehr nahm damals einen steilen Aufschwung. Als Generalpostmeister des Deutschen Reiches vereinfachte er den Betrieb und senkte die Gebühren. 1872 schuf er das Postmuseum in Berlin. Bahnbrechend wirkte Stephan schliesslich dadurch, dass er den Telegrafen und später das Telefon als neue Dienstleistungszweige der Post angliederte. Man hat ihn darum als «Bismarck der Post» bezeichnet, und der Kanzler machte in «Gedanken und Erinnerungen» die Bemerkung: «Ich bin seinen Eigenmächtigkeiten stets mit dem Wohlwollen entgegengetreten, dass die Achtung vor seiner eminenten Begabung mir einflösste, auch wenn sie in meine Competenz als Kanzler einschnitten». Stephans Publikationen umfassen neben vielen Denkschriften zum Postwesen auch Reisebeschreibungen und Historisches. Er war zu seinen Lebzeiten der bekannteste Beamte des jungen Deutschen Reiches. Eine ganze Reihe von Städten verlieh ihm das Ehrenbürgerrecht. Als er starb, folgten 8000 seinem Sarge, und 100 000 säumten den Weg des Leichenzuges. Im Hinblick auf den Hamburger Weltkongress hat Günter Polles (im Reimar Hobbing Verlag in Essen) ein reich bebildertes Dokumentationsbändchen erscheinen lassen, das Stephan ehren und den Kongressteilnehmern als Erinnerungsgeschenk übergeben werden soll.

Ein Brief-Sortiersaal im Hauptpostamts-Gebäude Berlin im Jahre 1877.

Viele Länder der Welt haben Stephan auf Briefmarken verewigt. Eine kleine Auswahl zeigt die Vielfalt.

Original-Handabformungen alter Postsiegel

430213

Kaiserl. Reichspostamt Heidelberg 1760
Durchmesser ca. 7,5 cm
Bestell-Nr. S 310

Kaiserl. Reichspostamt
Bamberg, 18. Jahrh.
Durchmesser ca. 8 cm
Bestell-Nr. S 311

Königl. Württemb. Postexpedition
Schussenried 19. Jahrh.
Durchmesser ca. 8 cm
Bestell-Nr. S 313

Kaiserl. Reichspostamt Buchhorn 1683—1811
Durchmesser ca. 7,5 cm
Bestell-Nr. S 312

Posthistorische Dokumentation

Oberpostdirektion Münster, 1880
Kolorierte Federzeichnung im Bundespostmuseum Frankfurt am Main

Als am 1. Januar 1850 in Preußen die Oberpostdirektionen ihre Tätigkeit aufnahmen, vollzog sich in der Organisation der Postverwaltung eine Umstellung von weitreichender Bedeutung. Bis dahin war es allerdings ein langer Weg. Nach altpreußischen Grundsätzen war die Verwaltung des Postwesens streng zentralisiert, die Postanstalten hatten nur betriebliche Aufgaben als ausführende Organe und selbst keinerlei eigene Befugnisse. Alle Beschwerden und Eingaben wurden beim Generalpostamt bearbeitet, das wegen Arbeitsüberlastung seine eigentliche Funktion als leitende Behörde nicht richtig ausüben konnte. Verwaltungs- und staatsrechtliche Reformen, besonders unter Freiherr vom Stein zu Beginn des 19. Jahrhunderts, blieben in der Postverwaltung ohne greifbares Ergebnis. Erst die Revolution von 1848 schaffte hier einen Wandel. Das Generalpostamt verlor seine Selbständigkeit und wurde in das Ministerium für Handel, Gewerbe und Verkehr eingegliedert. Generalpostdirektor Schmückert schlug zur Verwaltungsvereinfachung die Bildung von Bezirksdirektionen vor, wie sie sich schon in Bayern seit 1808 als Oberpostämter, die als Mittelbehörden den Dienst leiteten, bewährt hatten. Mit Genehmigung des Königs wurden dann zum 1. Januar 1850 26 Oberpostdirektionen in Preußen gegründet. Die Leiter dieser Bezirksverwaltungen erhielten die Amtsbezeichnung „Oberpostdirektor". Besonders günstig wirkte sich die Neuordnung auf das Kassen- und Rechnungswesen aus: Das Generalpostamt erhielt anstelle der 236 Einzelabrechnungen monatlich nur noch eine Zusammenstellung jeder Oberpostdirektion.
Die neue Organisationsform bewährte sich im Norddeutschen Bund und im Deutschen Reich bei der Eingliederung weiterer Oberpostdirektionen in den übernommenen Gebieten. Seit 1871 erhielten die Behörden die zusätzliche Bezeichnung „Kaiserlich". Von 1934 an führten die Bezirksdirektionen den Namen „Reichspostdirektion". Für die Bezirksleiter wurde 1920 der Titel „Präsident" geschaffen.
Aus wirtschafts-, verkehrs- und verwaltungspolitischen Gründen sowie aus kriegsbedingten Erwägungen war es notwendig, im Laufe der Zeit Bezirksdirektionen aufzuheben, neu zu gründen oder zu verlegen und Gebietsgrenzen zu verändern. Nach dem zweiten Weltkrieg ist man über die Bezeichnungen Reichspostdirektion, Postdirektion, Oberpostdirektion wieder zu der einheitlichen Bezeichnung „Oberpostdirektion" zurückgekehrt; dazu kommt noch die Landespostdirektion Berlin.

Posthistorische Dokumentation

Briefverteilanlage beim Postamt Wiesbaden.

Seit den sechziger Jahren hat die Deutsche Bundespost mit kleineren Briefverteilmaschinen die betrieblichen und technischen Möglichkeiten für eine maschinelle Briefverteilung erprobt, und zwar zunächst bei den Postämtern Pforzheim, Bochum, Wiesbaden, Braunschweig, Osnabrück und Berlin 11. Bei weiteren Briefverteilmaschinen in Hagen und Wuppertal wurden die gemachten Erfahrungen verwertet, und schließlich sind 1978 zwei neue Maschinen in Essen und Wiesbaden hinzugekommen. Während bei den älteren Briefverteilanlagen der sich aus der Postleitzahl ergebende Code auf dem Brief in Form eines Matrix-Codes aufgedruckt wurde, wird der Code in Essen und Wiesbaden erstmals als Linear-Code, d. h. in Form von in einer Linie senkrecht nebeneinander stehenden Code-Strichen aufgespritzt.

Die Anlage in Wiesbaden ist versuchsweise mit einem Anschriftenleser ausgestattet, der maschinengeschriebene Anschriften optisch aufnehmen kann, wenn diese entsprechend den Empfehlungen für eine automationsgerechte Aufschriftenseite einer Standardbriefsendung in der Lesezone angebracht sind. Das von der Leseoptik aufgenommene Anschriftenbild wird in Bildspeichern der Leseelektronik gespeichert. Bei der Auswertung der Schriftzeichen in der letzten Zeile der Anschrift (Postleitzahl, Bestimmungsort) unterscheidet der Anschriftenleser nach Ziffern, Groß- und Kleinbuchstaben und vergleicht die Zeichen mit einem gespeicherten Verzeichnis von Postleitzahlen und dem dazugehörigen Ortsnamen. Die Druckstation erhält dann eine elektronische Information zum Aufspritzen des Codes. In einer Stunde kann der Anschriftenleser 30 000 Sendungen erkennen.

Die vom Anschriftenleser nicht erkannten Sendungen und die Sendungen, deren Anschrift mit der Hand geschrieben ist, werden dem Video-Codierbereich zugeführt. Dieser besteht aus einer Video-Codiermaschine und 10 Video-Codierplätzen, die in einem abgesetzten Raum von Codierkräften bedient werden. Das aufgenommene und gespeicherte Anschriftenbild wird auf einen Monitor am Codierplatz geschaltet, und zwar erscheint nur etwa der Ausschnitt, in dem die postalischen Leitangaben erwartet werden. Die Codierkraft tastet die gelesene Postleitzahl mit einer Tastatur ein. Diese Information wird in eine entsprechende Druckinformation umgewandelt und an die Druckstation zum Aufspritzen des Codes weitergegeben.

Nach der Codierung werden die Sendungen der Verteilmaschine zum Sortieren zugeführt, wobei nach einem beim Postamt Wuppertal erprobten System mehrere Programme möglich sind, die ein Verteilen z. B. für das Nachtluftpostnetz, für den Fernbereich auf dem Erdweg, für den Nahbereich und für den eigenen Leitraum zulassen.

In den nächsten Jahren sollen noch weitere Postämter mit Briefverteilmaschinen ausgestattet werden; außerdem ist vorgesehen, besondere Verteilmaschinen für größere Briefsendungen zu erproben, für die eine Wirtschaftlichkeit bei 50 000 Sendungen je Tag gesehen wird.

Post und Technik

Fernsprech-Wandapparat des ersten Wählamts in Hildesheim, 1908.
Original im Bundespostmuseum Frankfurt am Main.

Die von dem amerikanischen Bestattungsunternehmer Almon B. Strowger entwickelten und erstmals 1892 in der Praxis verwendeten Geräte zur automatischen Vermittlung von Gesprächen wurden im Jahre 1900 in einer nichtöffentlichen Versuchsanlage mit 400 Anschlüssen in Berlin erprobt. Für den Einsatz in einem öffentlichen Netz wählte man Hildesheim aus, dessen Fernsprechvermittlung ohnehin erneuerungsbedürftig war. Im Jahre 1908 fand die Premiere statt, die sofort zu einem großen Erfolg wurde. Nur ein Teilnehmer war nicht zufrieden, ein Herr Orkin. Er wurde durch zahlreiche Probeanrufe belästigt, da auf der Gebrauchsanweisung der neuen Telefone seine Nummer 2451 als Beispiel stand. Die Post sprach in diesem Zusammenhang von „Unfug unkundiger Personen".

Post-Expedition

Wahrzeichen einer Post-Agentur in der
Freien und Reichsstadt Hamburg um 1860

Aus dem Bundespostmuseum - Frankfurt am Main

GROSSH. MECKLENB.
POST. STEUER. U. ZOLL.
AMT.

430219

Mecklenburgisches Posthausschild aus dem 19. Jahrhundert
Original im Bundespostmuseum Frankfurt am Main

Der Postverkehr war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts vor allem in den ländlichen Orten noch recht schwach. Die betroffenen
Postmeister und Postexpeditoren konnten von den geringen Bezügen, die sie für die Besorgung der Post erhielten, im allgemeinen
nur schlecht leben. Deshalb suchte man nach Wegen, solche Personen zu beschäftigen, die noch Einnahmen aus einer anderen Tätig-
keit hatten. In der Dienst-Instruction für die Ober-Post-Directionen in Preußen von 1850 heißt es unter anderem: „Nach Aller-
höchster Bestimmung sollen zur möglichsten Ersparniß an Verwaltungskosten und zur Verbesserung des Einkommens gering
besoldeter Beamten die Post-Anstalten mit den im Ort befindlichen Steuerstellen vereinigt werden.“ Es gab dazu ein Verzeichnis der
Orte, in denen die Post mit den Steuerstellen zusammengefaßt werden konnte. Aber, die Post nahm nicht jeden Steuerbeamten.
Sie stellte Anforderungen. So sollten die Steuerbeamten rüstig sein und ein für den Postbetrieb geeignetes „Local“ besitzen. Als
nicht geeignet sah man Beamte an, die zum Beispiel noch eine „erhebliche Forstreceptur“ oder eine „Salzfactorey“ zu betreuen hatten.
Auch wer häufig zur Revision der Betriebsstellen unterwegs sein mußte, sollte nicht als Postbeamter verwendet werden. Schließlich
bestimmte man, daß die Besetzung der Poststelle durch den Steuerbeamten eines Ortes noch keine Entscheidung auch für spätere
Zeiten darstellte.

Diese Zusammenlegung staatlicher Aufgaben war keine Erfindung des 19. Jahrhunderts. Auch früher gab es schon ähnliche Ämter-
kombinationen. So wurde bereits unter Friedrich dem Großen den Postmeistern an mehreren Orten die Verwaltung von Steuer-
stellen und „Bankcomptoirs“ mit übertragen.

Es hat auch nicht an Versuchen gefehlt, die Post- und Zolldienststellen auf der Ortsebene zu vereinigen. Auf Grund einer Ver-
fügung des preußischen Finanzministeriums aus dem Jahre 1826 wurde geprüft, wo Postdienststellen mit Zoll-, Steuer- und Salz-
debitstellen vereinigt werden konnten. Die daraufhin durchgeführten organisatorischen Maßnahmen haben sich jedoch meistens
nicht bewährt, so daß sie spätestens nach 1871 wieder rückgängig gemacht wurden. Auch in Mecklenburg gab es solche Zusammen-
fassungen staatlicher Aufgaben. So waren zum Beispiel im Jahre 1836 die Post- und Steuereinnehmerstellen in 21 kleineren Orten
des Landes miteinander vereinigt.

Diese heute längst der Vergangenheit angehörenden Ämterkombinationen mögen ein Grund für die noch immer anzutreffende falsche
Meinung sein, die Post lebe von Steuergeldern.

Die Post in Kunst und Kultur

Stangenreiterstiefel.
Original im Bundespostmuseum Frankfurt am Main.

Postwagen, die mit ein oder zwei Pferden bespannt waren, wurden in den meisten Fällen vom Bocksitz auf dem Wagen aus gelenkt. Bei größeren Gespannen saß der Postillion häufig auf einem unmittelbar vor dem Fahrzeug an der Deichsel laufenden Pferd, dem sogenannten Stangenpferd. Bedingt durch die schlechten Wegeverhältnisse geriet öfter eines der Vorderräder in ein Schlagloch. Dadurch wurde die Deichsel des Wagens zur Seite geschlagen und gefährdete das ihr zugewandte Bein des Postillions. Deshalb trugen die Postillione in solchen Fällen besonders stabile „Stangenreiterstiefel", oder der Steigbügelriemen war mit einem besonderen Stahlband verstärkt. Stangenreiterstiefel wurden auch vom Militär, zum Beispiel bei der Artillerie, benutzt. Sie sind ein frühes Beispiel für eine Unfallverhütungsmaßnahme, und das aus einer Zeit, die noch wenig Aufwand trieb, wenn es galt, das Leben und die Unversehrtheit der Arbeitskräfte zu schützen.

(25. 6.

Da mein Sohn Christian Linde dermaliger Postknecht bey dH Post meister in Göttingen, bey seinem jetzigen Hiersein die Väterliche und Mütterliche einwilligung zu seiner dermahligen Heyrath mit Margaretha Friderica von Ammenhausen im Eichsfelde. begehrt habe nicht entstehen können demselben diese zu bewilligen, zu mehrerer beglaubigung dieses: weil ich des schreibens unfähig bin, so habe ich mich mit 3 Kreutzen zeichnet und durch zwey darzu erbetenen Zeugen unterschreiben lassen Signl.

Duderstad d 17ten Janr. 1793

Johannes Linde +++
Einwohner zu Duderstadt

Joseph Franz Heitzenröder
Franz v Gotthen als Zeugen

Der Einwohner von Duderstadt, Johannes Hinke, gab am 17. Januar 1793 die Heiratserlaubnis für seinen Sohn Christian, der als Postknecht beim Postmeister in Göttingen beschäftigt war. Da der Vater nicht schreiben konnte, hat er die Erlaubnis von einer anderen Person aufsetzen und seine aus drei Kreuzen bestehende Unterzeichnung durch zwei Zeugen bestätigen lassen.

Die älteste Briefmarke

Europas war die schwarze 1-Penny-Marke in Großbritannien. Sie - und mit ihr eine bildgleiche 2-Penny-Marke für Briefe über 1 Unze Gewicht - wurde am 1. Mai 1840 erstmals ausgegeben und zeigt den Kopf der Königin Viktoria von England. Der größte erhaltene Block dieser Serie - abgesehen von dem im Britischen Postmuseum befindlichen - besteht aus 43 Marken; er wurde im Oktober 1959 versteigert. Am 1. März 1843 führte die Schweiz als erstes Land auf dem europäischen Kontinent zwei Postwertzeichen ein: die beiden Kantonalmarken "Zürich 4" und "Zürich 6".

430223

430224

Sir Rowland Hill (1795–1879) – das ist der Mann, der im Jahr 1837 eine Portoreform vorschlug, die 1839 Gesetz wurde. Am 10. Januar 1840 wurde durch Hills Initiative in England das „Penny-Porto" eingeführt. Es war die Geburt der 1. Briefmarke der Welt. Welch ein Tag! Hills Idee machte Schule. 9 Jahre später – am 1. November 1849 – realisierte Bayern als erster deutscher Staat Hills Idee.

ZUM 100. TODESTAG VON SIR ROWLAND HILL DEM VATER DER ERSTEN BRIEFMARKE DER WELT.

POSTAGE
S ONE PENNY G

15. August 1842

Verschwiegene Post und blaue Marken

Um die Mitte des vergangenen Jahrhunderts gibt es große Veränderungen bei der Post. Immer mehr Postbetriebe gehen dazu über, sich den Transport von Briefen im voraus bezahlen zu lassen. Die Briefmarke gilt als Quittung für die vorausbezahlte Gebühr. Bayern macht 1849 mit der Einführung der „Schwarzen Einser" den Anfang. Kein Brief geht mehr unfrankiert auf die Reise. Bis dahin war es üblich gewesen, daß nicht der Absender, sondern der Empfänger die Gebühr bezahlen mußte.

Die Einführung der Briefmarke brachte im Grunde nur organisatorische Verbesserungen. Es darf nicht vergessen werden, daß lange vorher schon vieles von den sogenannten altdeutschen Postbetrieben geleistet wurde, was zu den postalischen Prinzipien gehört: Sicherheit, Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit.

Um das zu gewährleisten, gab es bereits vor der Einführung der Briefmarke strenge Vorschriften in allen deutschen Landen. Briefe, die nicht zugestellt und deren Absender nicht mehr ermittelt werden konnten, hießen „Retour-Briefe". Gerade um Zuverlässigkeit und Verschwiegenheit zu demonstrieren, wurde das unzustellbare Postgut komplizierten Prozeduren unterworfen. Es wurde zuerst einmal ausgestellt, außerdem erschienen regelmäßig Verzeichnisse unzustellbarer Briefe. Die „Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgische Postdirection" setzt ihrem Verzeichnis vom 15. August 1842 die Klage voran, daß die Zahl der Retour-Briefe „übermäßig" werde.

Erst nach einer Frist von meist 3 Monaten werden die Briefe von einer oberamtlichen Kommission geöffnet; sie darf ihnen nur Name und Wohnort des Absenders entnehmen. Finden sie sich nicht, müssen die Briefe sofort verbrannt werden.

Für die Neuverschließung von Briefen, deren Absender festgestellt werden konnte, führt die Deutsche Reichspost nach ihrer Errichtung 1871 sogenannte Retour-Marken ein. Sie sind blau und tragen den Text: „Zur Ermittlung des Absenders amtlich eröffnet durch die kaiserliche Oberpostdirection." 1910 wird dieser Text korrigiert. Nun erst heißt es „geöffnet" statt „eröffnet", und wie in dem Wort „Oberpostdirection", so wird auch in dem Wort „Cöln" das „C" endlich postalisch ersetzt durch ein „K".

B. N.

Archiv der Philatelie

Keine Briefmarke der Welt hat die Philatelisten so erregt wie die legendäre Mauritius. Auf kein vergleichbar großes Stückchen Papier ist jemals mehr Jagd gemacht worden als auf die 1847 als erste englische Kolonialmarken erschienenen blauen und orangeroten Postwertzeichen. Wie eine der vielen Legenden berichtet, soll der Gouverneur von Mauritius für den Versand von Einladungen zu seinem Amtsantritt beim einzigen Graveur der Insel zwei aufklebbare Postwertzeichen zu je 500 Stück in Auftrag gegeben haben. Der Markenstecher merkte sich jedoch nicht genau den mündlich mitgeteilten Text und versah die Marken mit der falschen Inschrift ,,Post Office" anstelle der korrekten Angabe ,,Post Paid". Als der Irrtum entdeckt wurde, begann die Suche nach den Fehldrucken. Vom

Der berühmte Mauritius-Brief mit der 1 d und 2 d ,,Post-Office"

gesamten Bestand existieren heute nur mehr 24 Marken. Zwei weitere Exemplare, eine One Penny orangerot und eine Two Pence blau, die sich im Reichspostmuseum in Berlin befanden, sind in den Wirren des zweiten Weltkrieges spurlos verschwunden.
Um jede Mauritius ranken sich abenteuerliche Anekdoten. Leidenschaftliche Sammler verfolgten die Spuren einzelner Marken bis in entlegene indische Dörfer. Auch der hier abgebildete Brief hat seine aufregende Geschichte. Sie beginnt am 4. Oktober 1847 in Port Louis auf Mauritius, wie der Stempel dokumentiert. Von dort gelangte er mit dem Segelschiff nach England. Über London und Boulogne ging er weiter nach Paris. Nach 85 Tagen traf er schließlich beim Adressaten in Bordeaux ein. Über 50 Jahre mußten vergehen, ehe ein Schüler aus Bordeaux die philatelistische Kostbarkeit in der Geschäftskorrespondenz seines verstorbenen Vaters wieder entdeckte. Der pfiffige junge Mann, der den Wert der Mauritius sehr wohl kannte, verkaufte seinen Fund 1903 an einen Monsieur Lemaire für 20000 Mark. Die Briefrarität ging noch durch verschiedene Hände, ehe sie 1922 für über 75000 Mark in der Sammlung des amerikanischen Millionärs Arthur Hind landete. Als 1934 die Hind-Sammlung in der Schweiz versteigert wurde, erwarb Maurice Burrus den Mauritius-Brief für 85000 Franken. Vier Jahre nach dem Tode des Schweizer Briefmarken-Königs wechselte 1963 auf einer Auktion des Hauses Robson Lowe Ltd. in London der Brief für über 300000 Mark zum vorläufig letzten Male den Besitzer. Es existiert nur ein Mauritius-Brief, der den Bordeaux-Fund an Wert und Schönheit übertrifft: Ein vom 1. Januar 1850 datierter Brief mit zwei breitrandigen orangeroten One-Penny-Marken, der 1897 in einem indischen Bazar für fünfzig englische Pfund erworben wurde und bei einer Auktion 1968 in New York als ,,kostbarster Brief des Jahrhunderts" über 1,5 Millionen Mark erbrachte.

430227

Gestohlene Kostbarkeiten gefunden

II/78

Die rote und die blaue Mauritius aus Reichsbesitz

Die Art und näheren Umstände der Ausplünderung Deutschlands im Jahre 1945 wurden jetzt wieder einmal zu einem Thema, das sogar zu diplomatischen Verwicklungen führte. Die berühmtesten Briefmarken der Welt, die rote und die blaue „Mauritius" (gemeinsam auf einen Briefumschlag geklebt), aus dem Besitz der ehemaligen Reichspost, sind zu einem internationalen Streitobjekt geworden. Sie liegen unter Zollverschluß in Philadelphia. Die Bundespost ist als Rechtsnachfolger der Reichspost Eigentümer der Marken. Die Amerikaner geben sie jedoch nicht heraus, weil auch die „DDR" inzwischen in einer Note an das US-State-Department Besitzansprüche geltend gemacht hat.

Die beiden Briefmarken aus dem Jahre 1847 wurden wegen des Bombenkrieges nach Süddeutschland ausgelagert. Sie überstanden das Kriegsende in einem Bergwerkstollen und wurden dort mit anderen Briefmarken-Raritäten von der amerikanischen Armee „sichergestellt". Als nach Gründung der Bundesrepublik die Amerikaner ihre Kriegsbeute der Bundespost zurückerstatteten, fehlte ein DIN-A-4-Karton, auf den neben einem zweiten Kuvert fünf wertvolle Einzelbriefmarken und der Briefumschlag mit den beiden Mauritius aufgezogen waren. Die Bundespost lobte daraufhin dem Wiederbeschaffer eine Belohnung in Höhe von 10 Prozent ihres Wertes aus. Das sind heute etwa 100 000 Mark.

Mitte 1977 bekam die Post unabhängig voneinander drei Tips, von denen einer zu einem ehemaligen US-Offizier führte. Als der Besitzer der wertvollen Briefmarken-Raritäten vor möglichen Regreß-Ansprüchen bei Verlust oder Beschädigung gewarnt worden war, gab er sie unter Zollverschluß.

Die Geschichte des „Besitzers", wie er zu den Briefmarken gelangte, erwies sich als recht unglaubwürdig. Die Bundespost interessierte sich deshalb wenig dafür. Sie wollte dem Amerikaner als Wiederbeschaffer 100 000 Mark zahlen und ohne Aufhebens die Prachtstücke wiederbekommen. Dann aber geschah die Panne, daß der Zoll in Philadelphia in einer Presse-Mitteilung die Öffentlichkeit aufmerksam machte und so die „DDR" auf den Plan rief. Die Bundespost gibt sich offiziell zurückhaltend. Sie schickte Experten in die USA zur zweifelsfreien Identifizierung ...

Die „blaue Mauritius"

Der Ruhm der Insel beruht auf zwei Briefmärkchen aus dem Jahr 1847 – die orangefarbene One- und die blaue Two-Penny-Marke. Unermeßlich wertvoll wurden beide durch ein Versehen des Stechers. Er gravierte an den linken Rand nicht, wie vereinbart, die Worte Post Paid, sondern Post Office. 1897 entdeckte ein gewisser Charles Williams in einem indischen Basar ein Kuvert mit zwei gestempelten (Jahreszahl 1847) One-Penny-Marken von Mauritius. Er erwarb es für weniger als fünf Dollar. 1968 wechselte die Rarität zum bisher letzten Male den Besitzer. Das Kuvert brachte 380 000 US-Dollar (über eine Million Mark). Dies ist der höchste Preis, der je für ein philatelistisches Glanzstück gezahlt wurde.

Sehen Sie

bitte sofort

in Ihren

Briefkasten !

Abra 7. 78/6 5 4 3 2 1
A9, Kl. 914fg 912 532 000

430228

430229

Siegelmarken
Kaiserlich-Deutscher Postämter

KAISERL. DEUTSCHES POSTAMT

KAISERL. DEUTSCHES POSTAMT

Siegelmarken sind Briefverschlußetiketten von amtlichem Rang.

Archiv der Philatelie

Infla-Marken

Mit dem philatelistischen Begriff „Infla-Marken" werden die Postwertzeichen einer Epoche bezeichnet, an die sich die noch lebenden Zeugen jener Zeit nur ungerne erinnern. Es sind in erster Linie die deutschen Briefmarken aus den Jahren 1919 bis 1923, als die gesamte Wirtschaft zusammenbrach und damit auch die Währung einen nie gekannten Wertverfall erlebte.
Die Hochinflation grassierte in jenen Wochen und Jahren so gewaltig, daß die Deutsche Reichspost mit dem Drucken neuer, immer höherer Nennwerte für die Postwertzeichen nicht mehr Schritt halten konnte. Schließlich gab es, für uns heute unvorstellbar, gewöhnliche Freimarken mit Wertangabe „50 Milliarden Mark". In großen Mengen gedruckte Briefmarken konnten kaum verwendet werden, da man bei ihrer Fertigstellung ganze Bögen als Frankatur für einen gewöhnlichen Inlandsbrief hätte aufkleben müssen, um das erforderliche Porto abzudecken. Aus diesem Grunde sind gestempelte Infla-Marken seltener und wertvoller als die meist als „Massenware" im Handel erhältlichen postfrischen Ausgaben. Vielfach hat man versucht, Infla-Marken nachträglich mit gefälschten oder rückdatierten Stempeln zu entwerten. Deshalb sollten Sammler, die sich für dieses interessante Gebiet entscheiden, wertvollere Stücke auf jeden Fall prüfen lassen. Es gibt für diesen Zweck einen eigenen „Infla-Verein" in Berlin, der den allgemein anerkannten Prüfstempel „ECHT INFLA BERLIN" verwendet.
Inflationsmarken gab es natürlich nicht nur in den zwanziger Jahren in Deutschland, sondern bis in die sechziger Jahre hinein auch in anderen Ländern. Den absoluten Rekord hält Ungarn, wo nach dem zweiten Weltkrieg Marken im Wert von sage und schreibe 500 Billiarden Pengö – das ist eine Zahl mit 17 Nullen – erschienen. Die jüngsten Beispiele inflationärer Wirtschaftssysteme kommen aus Südamerika. So brachte es Bolivien zwischen 1952 und 1963 auf eine Marke zum Nennwert von 10 000 Bolivares und Brasilien Mitte der sechziger Jahre auf sich schon fast bescheiden ausnehmende 1000-Cruzeiros-Postwertzeichen.

430231

Archiv der Philatelie

Herrn
Dr. Hans-Jürgen Köppel
Herzog-Sigmund-Str. 1

D 8022 Grünwald

R ספרם
2365

Herrn
Dr. Hans-Jürgen Köppel
Herzog-Sigmund-Str. 1

20. 7. 76

D 8022 Grünwald

Postalische Höhen und Tiefen

Die geographische Vielfalt unseres Planeten bringt es mit sich, daß die Post als umfassender Kommunikationsmittler die ihr anvertrauten Sendungen bis in die entlegensten Winkel der Erde befördern muß. Daß dabei auch Briefkästen und Postämter an ungewöhnlichen Plätzen und Orten anzutreffen sind, versteht sich von selbst.
So lag es auch auf der Hand, daß rekordfreudige Menschen der Frage nachgingen, welches wohl das höchstgelegene und welches das tiefste Postamt der Welt sei.
Den Höhenrekord unter den regelmäßig betriebenen amtlichen Poststellen hält das kleine Amt auf dem Schweizer Jungfraujoch, wo zwei Beamte in knapp dreitausend Meter Höhe regelmäßig ihren Dienst versehen. Den Höhenrekord unter den philatelistischen „Eintagsfliegen“ schreibt man dem Sonderpostamt auf dem österreichischen Sonnblick bei Rauris zu, das im September 1961 im Rahmen einer Sonderaktion zugunsten der SOS-Kinderdörfer in 3106 Meter Höhe in der dortigen Wetterstation eingerichtet wurde. Die aufgegebenen Briefe wurden mit einem Sonderstempel versehen und dann mit dem Hubschrauber zur Weiterbeförderung ins Tal geflogen. Wollte man postalische Einrichtungen in Flugzeugen oder an Bord von Luftschiffen in die Rekordtafel aufnehmen, könnte man noch mit ganz anderen Höhenrekorden aufwarten.
Ähnliches gilt für das tiefste Postamt. Auch hier hat es schon U-Boot-Post und sogar Sendungen vom Meeresgrund aus gegeben, etwa aus dem amerikanischen Unterwasser-Laboratorium „TEKITE II“. Sehr ehrgeizig im Interesse der Philatelisten zeigten sich die österreichischen SOS-Kinderdörfer nicht nur in der Höhe, sondern auch in der Tiefe: Mit einem Sonderpostamt im 1135 Meter unter der Erde gelegenen Wodsicky-Schacht der Frohnsdorfer Grube präsentierten sie am 17. September 1963 einen neuen postalischen „Tiefenrekord“.
Immerhin 397 Meter unter dem Meeresspiegel versieht tagtäglich der Postmeister des geschichtsträchtigen Städtchens Sodom am Toten Meer seinen Dienst. Israel dürfte damit zu Recht von sich behaupten, Heimat des tiefstgelegenen Postamtes zu sein.

Kostbare Stückchen Papier . . .

Die ersten preußischen Wertzeichen gab es vor 125 Jahren

Ein Staat, den es nicht mehr gibt, und der doch aus der deutschen Geschichte nicht fortzudenken ist, feiert ein Jubiläum besonderer Art: vor 125 Jahren erschienen die ersten Briefmarken des Staates Preußen. In Berlin, der ehemaligen Hauptstadt des ehemaligen Landes, fand aus diesem Anlaß eine bundesweite Briefmarkenschau statt, die mit dem 76. Philatelistentag verbunden war.

Eine grundlegende Neuordnung des preußischen Postwesens im Jahre 1850 brachte die erste preußische Briefmarke auf den Plan. Die Wertzeichen waren mit dem Kopfbild König Friedrich Wilhelms IV. bedruckt und kosteten einen halben, einen, zwei und drei Silbergroschen, wobei ein Silbergroschen etwa vier Pfennig entspricht.

Zu jener Zeit herrschte beim Bürger große Ratlosigkeit, was er mit einem solch kleinen Stückchen Papier, das für seine Begriffe sündhaft teuer war, anfangen sollte. Daher erließ die Postverwaltung die Bekanntmachung, daß in der oberen linken Ecke der Anschriftenseite eine oder mehrere Marken — als „zur Deckung des tariflichen Franco erforderlich" — haltbar befestigt werden müßten. „Behufs dieses Zweckes ist die Rückseite der Marken, auf der sich der Klebstoff befindet, zu befeuchten. Danach ist die Marke an der bezeichneten Stelle aufzudrücken."

Strafporto kannte man in jenen — in dieser Hinsicht guten — alten Zeiten nicht. Eine gewöhnliche Briefsendung kostete damals innerhalb Berlins bereits einen Silbergroschen, also vier Pfennig, was einem Gegenwert von zwei Hühnereiern entsprach.

Heute beträgt die innerstädtische Gebühr 30 Pfennig, dem Wert von nur eineinhalb Eiern. Also Tarifsenkung von einem halben Ei! War ein Brief nicht ausreichend frankiert, mußte der Empfänger lediglich den Differenzbetrag entrichten. Allerdings lautete die Vorschrift, daß er den Brief annehmen mußte, weil unfrankierte Briefe nicht zurückgeschickt wurden. Postkunden, die sich mit den Gebühren der einzelnen Deutschen Staaten auskannten, konnten dieses Wissen und die Probleme der deutschen Vielstaaterei zu ihren Gunsten ausschlachten. Davon zeugen Briefe, die aus dem Thüringischen nach Berlin geschickt und trotz Unterfrankierung ohne Nachforderung zugestellt wurden.

Hierzu findet sich in der Literatur ein Briefwechsel zwischen dem Generalpostmeister und einem thüringischen Landespostmeister. Der Thüringer erklärt zu der Klage aus Berlin, . . . daß die Kräuterliesel, wenn sie mit ihren Kräutern ins Meinigische wandere, die gesamte Post des Örtchens mitnehme, weil es drüben billiger wäre.

Nach einer Gesetzeslücke in der Verfassung von 1871 durfte die Post innerhalb eines Stadtgebietes von privaten Postvereinen befördert werden, die ihr Geschäft mit größerer Schnelligkeit und günstigeren Portokosten betrieben. Die Zeit der Privatposten ging aber am 31. März 1900 nach einer nunmehr „gesamtdeutschen" Verfügung zu Ende.

Dreizehn Jahre nach der Neuordnung des Preußischen Postwesens (1850) wurde dieser eingeschriebene Brief frankiert. Ein Silbergroschen war zwölf Pfennig wert Foto BfH

430234

LUFTPOSTKARTE

ERSTER POSTFLUG
KÖNIGSBERG
MOSKAU
ÜBER RIGA

KÖNIGSBERG

RIGA

MOSKAU

AM 15. JULI
1927

KÖNIGSBERG (PR) 1
15.7.27.7-8
DEUTSCHE OSTMESSE

Die obige „Luftpostkarte" erinnert an die Eröffnung des Luftverkehrs zwischen Königsberg über Riga und Moskau *vor 50 Jahren.* Das Devauer Feld, das im Kriege als Militärflugplatz gedient hatte und auf dem die Stadt Königsberg 1922 mit Hilfe von Reich und Staat einen Flughafen mit Empfangs- und Bürogebäude, einer Wetterwarte und Flugzeughallen errichtete, war Ausgangspunkt für den Flugverkehr nach Insterburg, Danzig-Stettin, Tilsit-Memel, Berlin, Stockholm und Helsinki. Als sich dann die beiden Gesellschaften Aero-Lloyd und Junkers Luftverkehrs A.-G. im Januar 1926 vereinigt hatten, folgte 1927 die Gründung der Deutsch-Russischen Luftverkehrsgesellschaft (Deruluft), die seit dem 15. Juli 1927 Königsberg mit Moskau verband. Auf diese Weise wurde die Provinzialhauptstadt zu einem bedeutenden Flugstützpunkt des deutschen Ostens.

Nebenstehend:

Wohlfahrtsbriefmarken der Deutschen Reichspost.

Gültig bis 30. Juni 1936.

Wertzeichen der Wohlfahrtspostkarte

Gültig bis 30. Juni 1936

430235

430236

Deutsches Reich Mi.-Nr. 86

Deutsches Reich Mi.-Nr. 101

Bayern Mi.-Nr. 114

Österreich Mi.-Nr. 186

Bayern Mi.-Nr. 111

Deutsches Reich Mi.-Nr. 787

Deutsches Reich Mi.-Nr. 519

Spionage-Marken — Hindenburg vom Secret Service

Unter Spionage-Briefmarken versteht man möglichst natur-
getreue Fälschungen der im Feindesland kursierenden Post-
wertzeichen. Solche Falsifikate sind für Agentenpost gedacht
oder für propagandistische Massensendungen, die in Post-
säcken aus Flugzeugen über dem Feindesland abgeworfen
werden. Die Produktion von Spionagemarken ist eine Idee
des britischen Geheimdienstes, der erstmals während des ersten
Weltkrieges deutsche, österreichische und bayerische Fälschun-
gen herstellen ließ. Die Briten und ihr Secret Service über-
ließen die gefälschten Postwertzeichen auch verbündeten Aus-
ländern, wie etwa dem niederländischen Propagandakader
„Patrie et Liberte" in Den Haag, der die Spionagemarken zur
Überschwemmung der deutschen Front mit Propaganda-
broschüren in deutscher Sprache einsetzte.

Gefälscht wurden bayerische Marken mit dem Porträt des
Prinzregenten Luitpold, reichsdeutsche Germania-Marken zu
zehn und fünfzehn Pfennig sowie österreichische Dauermarken
von 1916 zu fünf, zehn und fünfundzwanzig Heller. Die ge-
fälschten Germania-Marken wurden während der Rheinland-
Besetzung von französischen Soldaten aufgebraucht.
Im zweiten Weltkrieg exerzierten die Briten im Verein mit den
Amerikanern das falsche Postwertzeichenspiel von neuem,
diesmal jedoch mit Hindenburg- und Hitler-Marken. Das
amerikanische „Office of Strategic Service" ließ die Hitler-
Marken zu sechs und zwölf Pfennig in Rom und in der Schweiz
drucken und schleuste damit unter anderem alle vierzehn Tage
zwischen 500 und 1000 gefälschte Exemplare der „Frankfurter
Zeitung" nach Deutschland.

ERSTTAGSBLATT
22/1975

430237

Gedenkblatt

»Deutsche Friedensnobelpreisträger«

DEUTSCHE

FRIEDENSNOBELPREISTRÄGER

1926 1935

Nähere Angaben zu dieser Postwertzeichen-Ausgabe auf der Rückseite

Bundesdruckerei 500 224 7.75

430238

Entwurf: Bruno K. Wiese

Stecher: Egon Falz

Druck: Stichtiefdruck und Mehrfarben-Offsetdruck der Bundesdruckerei Berlin

Größe: Gedenkblatt: 10 × 7 cm, Sonderpostwertzeichen 27,5 × 32,8 mm

Auflage: Wird nach Schluß des Postverkaufs veröffentlicht

Ausgabetag: 14. November 1975

Anlaß: Der schwedische Chemiker und Industrielle Alfred Nobel (1833 bis 1896) hat die Nobelstiftung testamentarisch errichtet. Die aus rd. 31 Mio. Schwedischer Kronen anfallenden Zinsen werden jährlich am Todestag Nobels (10. Dezember) als Nobelpreis für die jeweils 5 bedeutendsten Leistungen auf dem Gebiet der Physik, Chemie, Medizin, Literatur und des Völkerfriedens ohne Berücksichtigung der Nationalität des Preisträgers verteilt. Die Verteilung führt seit 1901 die Stockholmer Akademie durch, mit Ausnahme des Friedenspreises, dessen Preisträger von einem vom Norwegischen Storting gewählten Ausschuß bestimmt wird. Die Preise werden in der Regel vom schwedischen, der Friedenspreis vom norwegischen König überreicht.

Die bereits verstorbenen deutschen Friedensnobelpreisträger sind Gustav Stresemann, Ludwig Quidde und Carl von Ossietzky.

Gustav Stresemann wurde am 10. Mai 1878 in Berlin geboren und starb auch dort am 3. Oktober 1929. Als nationalliberaler Abgeordneter des Deutschen Reichstags wurde er 1917 Fraktionsführer. Er gründete 1918 die Deutsche Volkspartei und wurde ihr Vorsitzender. 1923 wurde er Reichskanzler. Als Außenminister von 1923 bis 1929 erreichte er nach dem 1. Weltkrieg, daß Deutschland als politisch gleichberechtigte Macht in der Welt anerkannt wurde. Er bildete 1923 die Regierung zusammen mit der SPD (Große Koalition). Nach Abbruch des passiven Widerstandes im Ruhrkampf und Beendigung der Inflation suchte er in zähem, diplomatisch geschickt geführtem Ringen einen Ausgleich mit den Westmächten zu finden, unterzeichnete deshalb den Dawes-Plan und den Locarno-Vertrag und setzte, unterstützt von Briand, A. Chamberlain und d'Abernon, die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund durch. Den Friedensnobelpreis erhielt er 1926.

Der Historiker und Politiker Ludwig Quidde wurde am 23. März 1858 in Bremen geboren und starb am 5. März 1941 in Genf. Er leitete die Herausgabe der „Deutschen Reichstagsakten" und begründete die „Deutsche Zeitschrift für Geschichtswissenschaft". Als führendes Mitglied der Deutschen Volkspartei seit 1895 und Föderalist gehörte er 1907 bis 1918 dem Bayrischen Landtag, als Demokrat 1919 der Deutschen Nationalversammlung an. Bereits vor 1900 bekannte er sich als Pazifist und trat für die Abrüstung ein. 1914 bis 1929 war er Vorsitzender der Deutschen Friedensgesellschaft, seit 1920 auch des Deutschen Friedenskartells. 1927 erhielt er den Friedensnobelpreis. Seit 1933 lebte er in Genf.

Der Publizist Carl von Ossietzky wurde am 3. Oktober 1889 in Hamburg geboren. Er starb am 4. Mai 1938 in Berlin. Nach dem 1. Weltkrieg war er Sekretär der Deutschen Friedensgesellschaft, organisierte die Bewegung „Nie wieder Krieg" und war seit 1927 Herausgeber der „Weltbühne". Er wurde 1931 wegen angeblichen Landesverrats aufgrund seiner Kritik an Rüstungsausgaben zu 18 Monaten Gefängnis verurteilt. 1933 wurde er nach dem Reichstagsbrand von den Nationalsozialisten verhaftet und 1934 in ein Konzentrationslager gebracht. Als er 1935 den Friedensnobelpreis erhielt, weigerte er sich ihn abzulehnen, wie man gegen Zusicherung der Freiheit forderte, und kam in der nationalsozialistischen Haft um.

Motiv: Kopfbildwiedergaben nach eigens für diesen Zweck gestalteten Skulpturen von Klaus Kütemeier.

Herausgeber: Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen
Vertrieb: Versandstellen für Sammlermarken
1000 Berlin 12, Postfach 12 09 50
6000 Frankfurt 1, Postfach 20 00

430239

Reichs-Verräter neben Reichs-Minister

DNZ. Nr. 49 28.11.75

Der in der Weimarer Republik rechtskräftig als Landesverräter abgestrafte Linksextremist Ossietzky wird von SPD-Minister Gscheidle mit einer Sonderbriefmarke geehrt!

Unter der persönlichen Verantwortung von Bundesminister Gscheidle bringt die Bundespost soeben ein drei Marken enthaltendes Gedenkblatt „Deutsche Friedensnobelpreisträger" heraus. Neben dem Außenminister der Weimarer Republik Gustav Stresemann erscheinen der vergessene Pazifist Quidde und — man möchte seinen Augen nicht trauen! — der Landesverräter Carl von Ossietzky, der 1936 allein zur Verhöhnung Hitlers und bar jeden eigenen Verdienstes von einer durch marxistische Propagandafeldzüge manipulierten Jury den Nobelpreis erhielt.

Der Reichs-Verräter neben dem Reichs-Minister — das ist mehr als eine Geschmacklosigkeit, das ist ein Skandal, vergleichbar jener obszönen Rosa-Luxemburg-Gedenkmarke, mit der uns 1974 die polnisch-jüdische Bolschewikenführerin als „deutsche Frauengestalt" nahegebracht werden sollte. Konnte sich der Postkunde damals wehren, indem er die Annahme der Kommunistenmarke verweigerte, so wird der Sammler, der jetzt das Stresemann-Motiv erwerben möchte, gezwungen, den ganzen Block zu kaufen, d. h. einschließlich der Ossietzky-Marke.

Eine verfälschende Geschichtsschreibung hat versucht, den einstigen Herausgeber der linksradikalen Wochenschrift „Weltbühne" zum Widerstands-Helden und Opfer des NS-Staates umzufälschen. Die historische Wahrheit ist demgegenüber, daß der Linksextreme 1931 von den Gerichten der Weimarer Republik wegen Landesverrats und Verrats militärischer Geheimnisse rechtskräftig zu einer längeren Gefängnisstrafe verurteilt wurde.

Nicht das Dritte Reich brachte Ossietzky auf die Anklagebank, sondern der demokratische Rechtsstaat — für ein Verbrechen, das unter den Zeitgenossen allgemeinen Abscheu erregte. Es sind die guten Demokraten von damals, die hier beleidigt werden, nicht die einstigen Anhänger Hitlers!

Wenn der rechtskräftig abgestrafte Ossietzky in dieser Weise geehrt wird, dann kann die Zeit nicht mehr fern sein, wo auch Günter Guillaume auf einer Marke prangt. Vielleicht in einem Block vereint mit seinem Kanzler Willy Brandt. Motto: Zwei Friedenskämpfer.

Für die parlamentarische Opposition ist es bezeichnend, daß sie es unterließ, den Skandal offenkundig zu machen, als es noch an der Zeit war, die Schamlosigkeit zu verhindern. Kein Wunder, denn sie hat ja selbst einen der übelsten Fehlgriffe in der Postgeschichte zu verantworten. 1961, als in Bonn noch ein Unionsminister amtierte, mußte eine Einstein-Marke, die den Deutschenhasser und eingeschriebenen Parteikommunisten in der Reihe „Berühmte Deutsche" verherrlichte, noch am Vortage der Ausgabe zurückgezogen werden. Nicht etwa vom Minister, sondern vom Testamentsvollstrecker Einsteins, der darauf verwies, daß sein Mandant jede Beziehung zu Deutschland abgebrochen habe ...

Diese Tatsache war der Unionsregierung wohlbekannt. Wie andere Patrioten, hatte auch unsere Zeitung darauf hingewiesen, daß es sich bei Einstein nicht allein um einen engagierten Anti-Germanisten und eingeschriebenen Kommunisten handelte, sondern auch um einen Mann, der kriegsverbrecherisch den US-Präsidenten Roosevelt gedrängt hatte, die Atombombe fertigzustellen und auf Deutschland abzuwerfen.

Nichtsdestoweniger ließ die CDU-Regierung nichts unversucht, um den Deutschenfeind in einen „Großen Deutschen" umzufälschen. Damit war es nicht einmal zu Ende, als Einstein in einem groben Brief an Bundespräsident Heuß feststellte, er sei Jude und kein Deutscher und verbitte es sich, daß man in der Bundesrepublik Straßen nach ihm benenne!

M. W.

Meldungen – Nachrichten – Informationen – Tips

Blumenbilder werden zum drittenmal auf den Wohlfahrtsmarken der Deutschen Bundespost wiedergegeben, die am 14. Oktober erscheinen. Die Werte zu 30 + 15, 40 + 20, 50 + 25 und 70 + 35 Pf bringen für das Bundesgebiet Sträusse aus Phlox, Ringelblumen, Dahlien und Stiefmütterchen, für Berlin einzelne Blumen, Iris, Goldlack, Dahlie und Rittersporn.

Drei Ersttags-Sonderstempel hält die Deutsche Bundespost für ihre am 14. Oktober herauskommenden Sondermarken bereit: Je einen in Bonn und Berlin für

BONN 1 WOHLFAHRTSMARKEN ERSTAUSGABETAG
14.10.1976
5300

TAG DER BRIEFMARKE BONN 1 ERSTAUSGABETAG
14.10.1976
5300

BERLIN 12 WOHLFAHRTSMARKEN ERSTAUSGABETAG
14.10.1976
1000

die Wohlfahrtsmarken sowie einen in Bonn für die Sondermarke zum „Tag der Briefmarke".

Zur Leipziger Herbstmesse brachte die DDR-Post am 1. September Sondermarken zu 10 und 25 Pf heraus. Sie zeigen eine Erdöl-Destillationsanlage, wie sie an die Sowjetunion geliefert wird, und das Gebäude der 1912 gegründeten Deutschen Bücherei in Leipzig.

...TAG NACHT

TAG DER BRIEFMARKE 1975

Königl. Preuß. Posthalterey

10

DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1975

Königl. Preuß. Posthalterey

10

DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1975

Königl. Preuß. Posthalterey

10

DEUTSCHE BUNDESPOST

KONSTA...

29.1.76

77

FÄH...

430241

430242

INTERNATIONALE FUNKAUSSTELLUNG BERLIN 1977

100 Jahre Fernsprecher in Deutschland

DEUTSCHE 50
BUNDESPOST BERLIN

430243

DEUTSCHE BUNDESPOST
Post-Expedition
10
TAG DER BRIEFMARKE 1977

DEUTSCHE BUNDESPOST
100 JAHRE FERNSPRECHER IN DEUTSCHLAND
50

3,00

430244

TAG DER BRIEFMARKE 1981
60
DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1981
60
DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1981
60
DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1981
60
DEUTSCHE BUNDESPOST

TAG DER BRIEFMARKE 1981
60
DEUTSCHE BUNDESPOST

Die offiziellen Ersttagsbriefe des Bundes

430245

Ersttagsbriefe, in Originalgröße abgebildet.

BUND DEUTSCHER GESTALTER IN DER PHILATELIE e.V.

Till Eulenspiegel

50

DEUTSCHE BUNDESPOST

BONN 1
ERSTAUSGABETAG
13.01. 1977
Till Eulenspiegel
5300

BONN 1
ERSTAUSGABETAG
13.01. 1977

BUND DEUTSCHER GESTALTER IN DER PHILATELIE e.V.

70

DEUTSCHE BUNDESPOST

BONN 1 IN DEUTSCHLAND
JUGENDSTIL
16.02 1977
ERST-AUSGABE
5300

BONN 1 IN DEUTSCHLAND
JUGENDSTIL
16.02 1977
ERST-AUSGABE
5300

Jugendstil

Originalkunstwerk
Jeder Ersttagsbrief trägt eine Stahlstich-Prägung nach einem Originalkunstwerk, das vom Bund Deutscher Gestalter in der Philatelie e.V. exklusiv nur für diesen Ersttagsbrief in Auftrag gegeben wurde.

Ersttagsstempel
Jeder Ersttagsbrief wird am Erstausgabetag der entsprechenden Briefmarke abgestempelt. Da der endgültige Ersttagsstempel der unteren Briefmarke noch nicht vorlag, zeigt die Abbildung hier nur einen Entwurf.

Sonderbriefmarken
Die obere Briefmarke zeigt Illustrationen zu vier berühmten Till Eulenspiegel-Geschichten, dargestellt in der Art mittelalterlicher Holzschnitte, die untere eine faszinierende Jugendstil-Darstellung eines Frauenkopfes.

in diesem Jahr jährt sich zum hundertsten Mal der Todestag von Rowland Hill, der eine Idee inspirierte, von der der damalige Postmaster General erklärte, daß sie von allen verrückten und phantastischen Dingen, von denen er je gehört habe, das ungewöhnlichste sei: er veranlaßte die Ausgabe der gummierten Briefmarken. Hills Anstoß hat nicht nur das Postwesen seiner Zeit wesentlich verändert, sondern auch zahllose Millionen von Menschen in aller Welt erfreut und glücklich gemacht.

Ihm zu Ehren als "Originator Of The Penny Postage System" wurde er seinerzeit auf dieser Medaille abgebildet, die aus Anlaß des 50. Jahrestages der Penny Post herausgegeben worden ist.

Die Medaillen zeigen Sir Rowland Hill und Königin Victoria.

Einstein: »Ich habe auf den Knopf gedrückt«

Bundespost ehrt Vater des atomaren Holocaust

In dieser Woche bringt die deutsche Bundespost ihre Einstein-Briefmarke heraus. Geehrt wird ein Mann, der das deutsche Volk so aufrichtig haßte, daß er bereits vor dem Ersten Weltkrieg die deutsche Staatsbürgerschaft niederlegte, sie aber nach seiner Berufung an eine deutsche Universität wieder annahm. Als Jude emigrierte Einstein 1933 in die USA. Sein erbarmungsloser Haß gegen das deutsche Volk wurde auch nach der Kapitulation der Deutschen Wehrmacht nicht gemildert. Der in Ulm Geborene lehnte bis zu seinem Tod am 18. April 1955 jedweden Kontakt mit Deutschen mit großer Entschiedenheit ab.

Geehrt wird jetzt von der deutschen Bundespost der Mann, der die Atombombe dem deutschen Volk zugedacht hatte. Nur die Tatsache, daß die Deutsche Wehrmacht bereits im Mai 1945 kapitulierte und die Atombombe erst im Sommer des Jahres einsatzbereit war, verhinderte, daß dieser Holocaust an deutschen Städten verübt wurde. Mit seinem berüchtigten Brief vom 2. August 1939 an US-Präsident Roosevelt gab Einstein den entscheidenden Anstoß zur Entwicklung der amerikanischen Atombombe. Der Einstein-Biograph Antonie Vallentin schildert, nachzulesen im leider vergriffenen Buch „Das Drama Albert Einsteins", das Geständnis des alten Deutschenhassers kurz vor seinem Tod: „Dann sagt Einstein langsam, Wort für Wort abtrennend und als richte er sie nicht an mich, sondern an die Krone des alten Baumes, an der sein Blick hängen geblieben ist: ‚Ja, ich habe auf den Knopf gedrückt.' "

Einstein (links) mit dem Atomphysiker Oppenheimer, der dann die von Einstein geforderte Atombombe baute, später allerdings in den Verdacht geriet, ein Parteigänger Moskaus zu sein und Zugang zu amerikanischen Staatsgeheimnissen verlor. Einstein selbst sah sich als „roter Zionist".

Für die Bundespost aber genügt offenkundig wie in vielen ähnlichen Fällen auch die jüdische Abstammung für die Ehrung — daß damit dem Vater eines der abstoßendsten Massenmorde der Weltgeschichte ein von überschäumendem Nationalmasochismus zeugendes Denkmal seitens jener gesetzt wurde, denen Einstein die Atombombe zugedacht hatte, das stört die Bundespost von heute und den Herrn Postminister nicht.

Obige Einstein-Briefmarke hatte die Bundespost schon für 1962 geplant. Den damaligen Verzicht begründete „das Presse- und Informationsamt der Bundesregierung" am 23. Februar 1962 wie folgt: „Das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen gibt bekannt: Geplante Einsteinmarke wird ersetzt. Als Motiv für den 3-DM-Wert der neuen Postwertzeichen-Dauerserie war vorgesehen, das Kopfbild von Albert Einstein zu verwenden. Diesem Vorhaben hat der Testamentsvollstrecker Einsteins widersprochen. Die Deutsche Bundespost muß bei dieser Sachlage leider von der Ausgabe der Einstein-Marke absehen. Die Zwangslage ist umso bedauerlicher, als sich Veröffentlichungen in der DEUTSCHEN SOLDATEN-ZEITUNG (der heutigen DEUTSCHEN NATIONAL-ZEITUNG) in polemischer Form gegen die Einstein-Marke ausgesprochen haben." Die in dieser Woche herauskommende Einstein-Marke trägt kein Einstein-Portrait. Sie widerspricht trotzdem ganz entschieden dem Willen des aus Ulm kommenden Deutschenhassers, der am 10. Januar 1951 dem damaligen Bundespräsidenten Heuss schrieb, daß „ein sich selbst respektierender Jude nicht wünschen kann, irgendwie mit einer offiziellen deutschen Institution verbunden zu sein".

DIE WELT 3.5.86

430248

KÖNIG LUDWIG II. von BAYERN 1845 1886 60 DEUTSCHE BUNDESPOST

DEUTSCHE BUNDESPOST 80 Johannes Scharrer 1785-1844 150 JAHRE DEUTSCHE EISENBAHNEN

80

40 JAHRE EINGLIEDERUNG HEIMATVERTRIEBENER 80 DEUTSCHE BUNDESPOST

Vier Marken, die eins gemeinsam haben: sie wurden abgelehnt

FOTOS: DIE WELT

Kommt jemand zu schnell nach seinem Tode auf die Marke, das lehrt die Erfahrung, und leben noch viele Menschen, die den so Geehrten kannten, dann muß man auf die Kritik vorbereitet sein. Sie kam zum Beispiel, nachdem die Deutsche Bundespost nach sorgfältigster Abwägung im letzten Jahr einen in großen Lexika nicht aufgeführten Mann namens Pater Josef Kentenich auf eine Sondermarke brachte.

Auf Kritik ist man vorbereitet

Zunächst war dieser Gründer der „Internationalen Schönstatt-Bewegung" katholischer Laien, der 1969 starb, den Vorschlagprüfern weitgehend unbekannt. Doch dann kamen massenhaft Unterstützungsschreiben für diesen Antrag aus Lateinamerika, wo die Bewegung Schulen unterhielt, durch die die Oberschicht dieser Staaten gegangen war. Was erst nachdem man die Marke schon am Schalter kaufen konnte, kritisiert wurde, war die Tatsache, daß Kentenich für 14 Jahre und bis drei Jahre vor seinem Tode im Rahmen einer administrativen Maßnahme des Heiligen Offiziums des Vatikans als Leiter seiner Organisation amtsenthoben und nach USA ausgewiesen worden war.

Die Post konnte sich auf die Tatsache berufen, daß Papst Johannes Paul II. bei seinem Deutschlandbesuch 1980 den Priester ausdrücklich gerühmt hatte.

Natürlich könnten die Zuständigen viele Diskussionen ums Motiv vermeiden, wenn sie sich dem Votum einer Umfrage anschlössen, nach der 52 Prozent der (laut Taschenbuch des öffentlichen Lebens) vier Millionen Briefmarkensammler in der Bundesrepublik Deutschland Tiere, 49 Prozent Gemälde und Kunstwerke, und 47 Prozent Blumen auf Postwertzeichen wünschen. Doch man bleibt bei der viel Arbeit verursachenden, aber erprobten Mischung der Motive, läßt sich zwischendurch schelten, weil man mit dem Wertzeichen „450 Jahre deutsches Reinheitsgebot für Bier" angeblich die verbotene kommerzielle Werbung „für ein bestimmtes Produkt" betrieben habe, zieht sich auf „nationale Bedeutung" der Sache zurück – und kann im übrigen darauf verweisen, daß „92 Prozent aller Bürger mit der Gestaltung unserer Briefmarken zufrieden sind".

Ein Album enttäuschter Hoffnungen

Sie haben keine Gnade gefunden vor den Juroren der Post, und doch bleiben die abgelehnten Briefmarken-Entwürfe der Nachwelt erhalten. Als einzige Post der Welt veröffentlicht die Bundespost in einer Loseblattsammlung auch die Verlierer.

Von EBERHARD NITSCHKE

Im strammen Gleichschritt marschieren ein gekrönter weißer Schwan, den rechten Schwimmhaut-Fuß in der Vorhalte, und ein bayerischer zottiger heraldischer Löwe zu Ehren des 100. Todestages des Königs Ludwig II. von Bayern: abgelehnt!

Aus dem Auspufftopf eines Autos quillt eine Art Comic-Strip-Sprechblase, enthaltend 41 zum Teil recht lange Wörter im Winzig-Format, mit denen zum Schutz der Umwelt aufgerufen wird: abgelehnt!

Um die Entwürfe für die jährlich rund 4,2 Milliarden verkauften Briefmarken der Deutschen Bundespost, mit denen der Staat einen Umsatz von etwa 5,7 Milliarden Mark erzielt, wird alljährlich kräftig gerungen. Und während der Kunde jetzt die ab Frühjahr bis zur Weihnachtsmarke 1986 kommenden rund 25 Ausgaben von Sonderpostwertzeichen der Deutschen Bundespost und der Deutschen Bundespost Berlin erwartet, ist man in Bonn schon längst bei der Auswahl für 1987. Kommt es, wie ein Künstler will, der seinen Entwurf für die Marke zum 75. Todestag von Karl May am 19. Februar nächsten Jahres einreichte, dann ist, wohl zum ersten Mal auf einem deutschen Postwertzeichen, das Porträt eines Indianers zu sehen: Winnetou.

Zehn Millionen Menschen in der Bundesrepublik nehmen, so das Ergebnis einer Umfrage, die „Darstellungsinhalte der Briefmarke bewußt wahr". Kein Wunder, daß es immer wieder Ärger mit den kleinen Meisterwerken gibt, für die von der Post jährlich rund 900 000 Mark Honorare für Entwürfe von jeweils fünf bis sechs dazu aufgeforderten Grafikern ausgegeben werden. Die Einzelsummen sind eigentlich nicht üppig, denn mit 4500 Mark wird nur der eine zur Realisierung ausgewählte Entwurf bezahlt, für alle anderen gibt es jeweils 3000 Mark, und man achtet streng darauf, daß immer auch ein Nachwuchskünstler mit aufgefordert wird.

Die Deutsche Bundespost ist nun die einzige Postverwaltung weltweit, die auch die nicht veröffentlichten Entwürfe zumindest in einer Loseblattsammlung für die Nachwelt bewahrt – eine Art Briefmarkenalbum der enttäuschten Hoffnungen, das deutlicher als viele Worte festhält und dokumentiert auf was man eigentlich hinaus wollte.

So fielen bei der harmlosen, aber dennoch von den Postverwaltungen des Ostblocks nicht akzeptierten Marke „40 Jahre Eingliederung heimatvertriebener Deutscher" von 1985 alle Entwürfe unter den Tisch, die Menschen auf der Flucht zeigten oder bei denen die Eingliederung als eine Art Puzzle-Spiel mit völlig identischen Formen vorgestellt wurde. Und bei der Marke „30 Jahre Bundeswehr" wurde alles Martialische abgelehnt, sogar ein schwarz-rot-goldener lächelnder Igel, behandschuhte Fäuste am Fahnenschaft, Darstellung von Waffengattungen oder ein Kampfflugzeug, das sich zwischen den Wolken zur Friedenstaube wandelt.

Der „Beirat zur Bestimmung der Anlässe für die Ausgabe von Sonderpostwertzeichen ohne Zuschlag der Deutschen Bundespost", genannt „Programmbeirat", und der als „Kunstbeirat" auftretende „Beirat für die grafische Gestaltung der Postwertzeichen der Deutschen Bundespost" haben es aber auch schwer.

Von 300 Themen wurden 17 ausgewählt

Für 1987 wurden den Programm-Machern 650 Vorschläge von Organisationen und Privatpersonen unterbreitet, wobei Einsendeschluß schon der 31. Oktober 1985 war. Von 300 vorgeschlagenen Themen wurden 17 zur Realisierung ausgewählt. Und jeder Vorschlagende, auch wenn er seinen Großvater als Briefmarkenmotiv vorschlug, weil der so ein rechtschaffener Mann gewesen sei und auch nie gehascht habe, hat Anspruch auf eine sorgfältige und individuelle Antwort aus dem Büro des Leiters des Referates Postwertzeichen des Postministeriums, Rüdiger Bock.

Zum Beispiel waren anläßlich des 150. Jubiläums der Eisenbahn in Deutschland von Antragstellern eigentlich zwei Marken gewünscht worden: Eine für den „Adler"-Zug von 1835 zwischen Nürnberg und Fürth, die andere für den weitsichtigen Bürgermeister Josef Scharrer, der das Finanzierungskonsortium für die Bahn zusammenbrachte und dem Projekt zum Durchbruch verhalf.

Der in Bonn zur Ausführung akzeptierte Entwurf des Grafikers Professor Heinz Schillinger zeigte nun aber zum Ärger der Vorschlags-Einsender einen alten Stich aus dem Nürnberger Verkehrsmuseum, der im wesentlichen den Zug präsentiert: auf einer Personengruppe im Vordergrund mußte Scharrer durch das für Briefmarken ungewöhnliche Mittel eines Sternchens zu seinen Füßen markiert werden.

Wie sehr man gelernt hat, auf Empfindlichkeiten Rücksicht zu nehmen, hoffte man bei der Sondermarke für den 1813 gestorbenen Dichter Christoph Martin Wieland 1985 unter Beweis zu stellen. Nicht nur, daß der Referatsleiter Postwertzeichen Wielands Roman „Die Abderiten" las, man suchte aus den Entwürfen eine Darstellung aus, die „mit seiner Persönlichkeit im Einklang stand".

Doch vergebliche Mühe: Wieland-Fans rügten nach Erscheinen der Marke, daß man einen Geistesheroen als „Schulmeisterlein" abgefeiert habe. Tatsächlich gibt es bei den abgelehnten Entwürfen in der Ministeriums-Sammlung eine Darstellung, die Wieland als überhöht angestrahlte Marmorbüste zeigt, was man dem Publikum aber wohl nicht zumuten wollte.

Vorsicht zeigte man unter anderem bei der kommenden deutschen Europa-Marke mit dem Motiv „Umweltschutz". Ausgewählt wurde der Entwurf des Wuppertaler Grafikers Hans Günther Schmitz, der auf zwei verschiedenwertigen Marken ausschließlich Mund und Nase von der David-Statue Michelangelos in Florenz wiedergibt. Damit war, so das Beirat-Votum, nicht nur zum Ausdruck gebracht, daß Umweltschutz „um des Menschen willen" notwendig ist, sondern man hatte auch die auf den eingereichten Entwürfen reichlich angebotenen dick rauchenden Industrieschlote umgangen. Rüdiger Bock: „Es sollte keine einseitige Schuldzuweisung an Situationen der Umwelt auf Postwertzeichen geben."

Trotz aller Sorgfalt bei der Auswahl von Briefmarkenmotiv und Marken-Gestaltung, zum Beispiel auch der Vermeidung unzulässiger Werbung bei der Darstellung eines Sportlers (Schuhstreifen!), kann es immer wieder einmal Ärger aus ungeahnter Richtung geben.

430250

1941

1943

1951

1978

1981

1982

1983

1986

430251

„150 Jahre Nähmaschine ...“?

Zur geplanten Sondermarke der Deutschen Bundespost

Für August 1980 plante laut „Netto-Preis-Katalog“ der Briefmarkenexperten die Deutsche Bundespost die Herausgabe einer Marke „150 Jahre Nähmaschine“. Nun ist unerfindlich, worauf sich das Datum dieses „Jubiläums“ gründen könnte: Das Jahr 1830 weist nämlich keinen einzigen Bezugspunkt, weder zur Erfindung der Nähmaschine noch zur Einreichung der Konstruktionspläne der ersten Nähmaschine noch zum Geburts- oder etwa Todestag des Erfinders auf. Auch der Nutznießer der genialen Erfindung, der Multimillionär und Lebemann Isaac Merrit Singer (Jahrgang 1811, Todesjahr 1875) kann kaum der Anlaß für die „Jubiläumsmarke“ gewesen sein. Elias Howe, der 1846 die von ihm — 32 Jahre nach der eigentlichen Erfindung bzw. der Einreichung der Konstruktionspläne — konstruierte Nähmaschine dem Singer auslieferte, hat ebenfalls keine Beziehung zur Jahreszahl 1830. Vielleicht klärt uns jemand auf, was sich die Deutsche Bundespost dabei gedacht hat, ausgerechnet im Jahr 1980 eine Sondermarke „150 Jahre Nähmaschine“ herausgeben zu wollen.

Am 6. Oktober 1768 wurde Josef Georg Madersperger in Kufstein (Tirol) geboren. Dieses Datum wissen wir auch nur aus dem „Personalverzeichnisbuch“ eines Obdachlosenheims, genannt „Wiener Bürgerversorgungsheim St. Marx“, wo der Erfinder der ersten Nähmaschine mit seiner treuen Gattin Klara ein letztes Asyl gefunden hatte. Nur ganze dreißig Tage lebte der zum Bettler gewordene dort, dann starb er an „Entkräftung“ am 30. September 1850. Seine Frau folgte ihm im Tod nur ein halbes Jahr später nach. Beide ruhen auf demselben Friedhof, wo auch unser großer Mozart im Massengrab verscharrt wurde.

Bewußte Irreführungen

Als Zweiundzwanzigjähriger war Madersperger mit seinem Vater nach Wien gekommen, 1799 legte er den damals erforderlichen „Bürgereid von Wien“ ab. Er war gelernter Schneider und grübelte lange darüber nach, wie eine „eiserne Hand“ dem Schneider einen Teil der Näharbeit abnehmen könnte. Er war kein Techniker. Zuerst wollte er wirklich eine „Hand“ mit gelenkigen Fingern bauen, doch das erwies sich als unmöglich. Die allererste Nähmaschine vom Jahr 1807 ist erhalten geblieben und stellt ein wahres Wunderwerk der Feinmechanik und Genauigkeit dar. Aber sie genügte dem Erfinder in keiner Weise. Durch die Bekanntschaft mit Webern kam er auf die Idee, eine Art „Weberschiffchen“ einzubauen und erhielt auf einmal eine Maschine, die wirklich prächtig nähen konnte.

Sie brachte es auf 100 Stiche in der Minute, und das war für das Jahr 1814 eine Glanzleistung. Mit dem 26. April des Jahres 1814, als die Konstruktionspläne bei der „Hohen k. k. Landesregierung Niederösterreichs“ eingereicht wurden, begann das Erfindermartyrium des genialen Schneidermeisters Josef Georg Madersperger.

Als ein nicht gerade hochintelligenter Hofrat in der Landesregierung das „Ansuchen um ein Privileg“ kurzerhand mit den Worten „Noch nicht fertig!“ abgelehnt hatte, wandte sich der Erfinder an den Kaiser selbst. Die Hofkanzlei fragte wiederum denselben Hofrat der Landesregierung und erhielt einen Bescheid, in welchem die neuerliche Abweisung des Ersuchens beantragt wurde, „weil die Ausführbarkeit und nützliche Anwendung der Erfindung nicht dargetan wird, und sonst leicht jemand zur Unterstützung dieser noch problematischen Erfindung gelockt werden und das darauf verwendete Kapital verlorengehen könnte“.

Doch im Staatsrat, der höchsten Regierungsbehörde der Monarchie, ergriff Staatsrat von Schwitzen die Partei des abzuweisenden Erfinders und legte mit durchaus vernünftigen Worten dar, daß die Erfindung etwas durchaus Neues und Einmaliges darstelle, das Privileg zu erteilen sei, sie auf dem Gebiete der österreichischen Monarchie zu verwerten. Der Antrag wurde angenommen.

Doch mit diesem auf sechs Jahre erteilten Privileg waren Taxen verbunden. Am 12. März 1815 wurde das Privileg erteilt, am 20. Mai 1815 sollte die Zahlung erfolgen. Doch Madersperger hatte das Geld nicht.

Damals tanzte gerade der Wiener Kongreß. Die kaiserliche Hoftafel verbrauchte täglich etwa 50 000 Goldgulden, die Feste und Bälle kosteten insgesamt die ungeheure Summe von 16 Millionen Gulden. Nur der arme Schneidermeister besaß die paar Gulden nicht, die das ersehnte Privileg gekostet hätte. Überall hatte er angeklopft, nirgends hatte man ihm das Geld geliehen. Als die Polizei vor seiner Wohnung erschien, um die Gebühr einzutreiben, war er samt seiner Frau verschwunden — unauffindbar. Wie die Verbrecher mußten die Eheleute sich jahrelang verstecken — das erteilte Privileg wurde alsbald für verfallen erklärt.

Nach 25 Jahren tauchte das Paar wieder auf. Der Erfinder hatte das Modell ein Vierteljahrhundert wie seinen Augapfel gehütet. Nun machte er einen allerletzten Versuch, durch ein Gutachten des k. k. Polytechnischen Instituts, dem er seine Maschine schenkte, seiner Erfindung doch noch zur Anerkennung zu verhelfen. Und diese „Anerkennung“ kam auch — in Form einer „großen Bronzenen Medaille“ ...! Keinem der hohen Mitglieder des Polytechnischen Instituts kam der Gedanke, daß man mit dieser „Anerkennung“ das wahrhafte Genie Madersperger dem Hungertod auslieferte.

Als auf der großen Wiener Weltausstellung 1873 das Geschenk des alten Bettlers an das Polytechnische Institut ein vielbewundertes und bestauntes Ausstellungsstück darstellte, lag sein Erfinder schon fast ein Vierteljahrhundert im Armengrab.

Aber auch dem Amerikaner Phelps, der sich 1844 mit der Erfindung einer Nähmaschine abplagte, erging es nicht sehr viel besser: Isaac Merrit Singer, ein Frankfurter, der seinen Namen Reisinger auf Singer amerikanisiert hatte, warf Orson Phelps, als sich dessen Maschine zu rentieren begann, kurzerhand aus der Partnerschaft hinaus.

Elias Howe allerdings gelang es, nach schweren Kämpfen 1854 ein Gerichtsurteil zu erwirken, das ihm schließlich doch die Auswertung seines Patents — es war ihm bereits 1846 erteilt worden — sicherte. Er gilt seither als „Erfinder“ der Nähmaschine, denn, was hätten die Amerikaner nicht alles erfunden? Die von dem Österreicher Mitterhofer erfundene Schreibmaschine z. B. Dann das Telefon, das „bekanntlich“ Bell erfand, in Wirklichkeit jedoch zwölf Jahre vorher der Deutsche Philipp Reis. Die Glühbirne, die 25 Jahre vor Edison der Deutsche Heinrich Göbel der Öffentlichkeit vorführte. Den Motorflug, der bereits 1901 dem Deutschen Gustav Weißkopf gelang und nicht, wie behauptet, den Brüdern Wrigth. Und so weiter.

Über Singer, den nach ihren Worten „rücksichtslosen Strolch, der mitnichten die Nähmaschine erfand“ (also noch ein „Erfinder“!), schrieb die britische Autorin Ruth Brandon 1977 ein aufsehenerregendes Buch „A Capitalist Romance / Singer and the Sewing-Maschine“ (Verlag Lipincott, Philadelphia/New York, 244 Seiten, 19.— Dollar). Sie fand sämtliche Unterlagen für ihre Dokumentation in Zeitungsberichten und Gerichtsnotizen, denn Singer füllte diese ständig mit seinen Skandalen. Nicht nur seine Geschäftspartner, die sich nicht so leicht übers Ohr hauen ließen wie der arme Phelps, suchten — allerdings meist vergeblich, denn Singer scheint mit allen Salben geschmiert gewesen zu sein — ihr Recht bei Gericht. Auch seine Familienskandale füllten vor 100 Jahren die Zeitungsspalten: Er hatte zwei Ehefrauen und drei Nebenfrauen, dazu 25 Kinder, die dann seine Millionen erbten.

Dem Erfinder der ersten Nähmaschine, Josef Georg Madersperger, wurde in seiner Geburtsstadt Kufstein ein Denkmal gesetzt, eine Straße nach ihm benannt. Und seit 1924, seit seinem 156. Geburtstag, schmückt ein schlichtes Holzkreuz sein Armengrab auf dem St. Marxer Friedhof. So trat der geniale Erfinder doch noch — spät, sehr spät — ein in die Reihen der Unsterblichen.

BRIGITTE POHL

Briefmarken-Graphik 78/79

Katalog der Edition Borek

Erstmals in der langen Geschichte der Philatelie ist es jetzt möglich, dem Sammler die offiziellen Alternativ-Entwürfe zu veröffentlichten Briefmarken als Original-Grafik zugänglich zu machen.

Mit großer Begeisterung ist die Edition Borek von der philatelistischen Welt und der Szene der Kunstsammler aufgenommen worden. Dieser Erfolg war es, der uns ermutigt hat, den Ihnen vorliegenden Katalog zusammenzustellen. Sie finden in ihm die vierfarbigen Abbildungen aller im Rahmen der Edition Borek erschienenen Grafiken.

Es sind die offiziellen Wettbewerbsentwürfe zu den 1978 und 1979 von der Deutschen Bundespost veröffentlichten Briefmarken.

Einem kleinen Kreis von Kunstliebhabern können diese künstlerisch hochrangigen, numerierten und vom Künstler handsignierten Grafiken als anspruchsvolles Sammelobjekt zugänglich gemacht werden. Sie sind hiermit herzlich eingeladen, diesem Kreis anzugehören.

Die originalen Briefmarken-Grafiken der Edition sind in der Auflage strikt auf jeweils 500 Exemplare limitiert. Alle Anträge auf Zuteilung einer Edition müssen deshalb in der Reihenfolge ihres Eingangs bearbeitet werden.

Ich empfehle Ihnen, den Jahrgang 1979 der Edition Borek unverzüglich zu bestellen. Unsere Erfahrungen bei der Jahresedition 1978 haben gezeigt, daß die zur Verfügung stehende Auflage innerhalb kürzester Zeit überzeichnet war.

Ich würde mich freuen, Sie bald als Editionsteilnehmer begrüßen zu dürfen und wünsche Ihnen nun viel Freude bei der Durchsicht Ihres Editions-Kataloges.

Henning Borek

Henning Borek
Herausgeber der Edition Borek

Auflage und Erscheinungsweise der Briefmarken-Grafiken

Die Edition Borek

Jede Briefmarken-Grafik ist in der Auflage unwiderruflich auf 500 Exemplare limitiert. Die einzelnen Blätter sind von der Nummer 1 bis zur Nummer 500 durchnumeriert und vom Künstler persönlich geprüft und von Hand signiert. Das gesamte Editionsjahr entspricht dem Briefmarkenjahr und umfaßt insgesamt 12 monatlich erscheinende Briefmarken-Grafiken.
Es handelt sich dabei ausnahmslos um die Alternativen zu den offiziellen Ausgaben der Deutschen Bundespost, die vom Beratergremium der Edition Borek ausgewählt wurden. Sie können sowohl mit der beiliegenden als auch mit der im Katalog integrierten Bestellkarte ordern.

— Ein interessantes Sammelgebiet für Kunstfreunde und Philatelisten.
— Höchste künstlerische Qualität.
— Wertsteigerung durch strikt limitierte Auflage.
— Jede Grafik ist einmalig durch Numerierung und Künstlersignatur.
— Die Edition Borek: Für Sammler mit gehobenen Ansprüchen.

Diese Information gibt Ihnen der Katalog der Edition Borek im einzelnen:

Alle Briefmarken-Grafiken, die im Jahr 1978 bereits erschienen sind und die im Rahmen der Edition Borek 1979 noch erscheinen werden, wurden vollständig in den Katalog aufgenommen und sind vierfarbig abgebildet.

Im Schlußteil des Kataloges würdigen wir Werk und Persönlichkeit jener Künstler, die für die Gestaltung der Briefmarkenentwürfe berufen worden sind.

Zu den abgebildeten Briefmarkengrafiken haben wir jeweils folgende Zusatzinformation zusammengestellt:

— *Den Namen des gestaltenden Künstlers.*
— *Die Anzahl der Siebdruckfarben, die vom Dietz-Offizin eingesetzt werden mußten, um die Briefmarkengrafik auch im letzten Detail originalgetreu zu schaffen.*
— *Den Ausgabepreis — jeweils DM 75,00.*
— *Den aktuellen Marktwert der bereits erschienenen Briefmarkengrafiken.*
— *Angabe des Ausgabemonats.*
— *Alle Briefmarkengrafiken sind, beginnend mit der Nummer eins, fortlaufend durchnumeriert.*

Die am Katalogende eingefügte Bestellkarte gibt Ihnen die Möglichkeit, komplette Editionen, Einzelgrafiken und Rahmen, passend zu den Einzelgrafiken, zu bestellen.

Außer den Briefmarkengrafiken sind auch die verausgabten Originalmarken von 1978 und sogar die erst im Laufe des Jahres 1979 erscheinenden Briefmarken vierfarbig abgebildet. Zu diesen Abbildungen stehen jeweils:

— *Der Name des Künstlers.*
— *Das genaue Erscheinungsdatum der Briefmarke.*
— *Der Ausgabeanlaß.*
— *Umfassende Einzelinformationen zum jeweiligen Markenthema.*

Auf Wunsch der Deutschen Bundespost weisen wir vorsorglich darauf hin, daß die gezeigten Entwürfe, die für das Jahr 1979 als Postwertzeichen vorgesehen sind, nicht unbedingt der endgültigen Ausführung entsprechen müssen. Kleine Änderungen sind noch möglich.

Wir bitten um Ihr Verständnis, daß wir aufgrund der strikten und unwiderruflichen Auflagenlimitierung eine Liefergarantie nicht geben können.

Die Zahl der Sammler ist inzwischen so groß geworden,
daß geradezu ein öffentliches Interesse besteht, die Bedeutung der
Briefmarke besonders zu würdigen. Das geschieht bereits in mancherlei
Weise, u.a. durch zunehmend abwechslungsreiche Sonderausgaben
sowie seit rund 40 Jahren durch Proklamierung eines der Philatelie
gewidmeten Datums, als »Tag der Briefmarke« begangen.

40

Peter Steiner
Jahrgang 1926, geboren in Lochen/Österreich.
1948-1952 Praxis als Grafiker.
In den Jahren 1953-1959 Studium an der Kunstakademie Stuttgart
bei Prof. Walter Brudi. Seit 1971 Dozent für Schrift.
Lebt als freischaffender Grafik-Designer in Stuttgart.

Edition Borek

TAG
DER BRIEFMARKE
1 9 7 8

KOENIGLICH GROSSBRITANNISCH - HANNOVERISCHES
POST AMT.

50
DEUTSCHE BUNDESPOST

x / 500

Edition Borek

Bibliografie des Mappenwerkes Edition Borek

Dieses Mappenwerk wurde in Handarbeit aus 250 g/qm schwerem Büttenpapier geschaffen. Meister des Buchbinderhandwerkes haben es mit aller Sorgfalt gebunden.

Auf den schwarzen Leinenrücken sind Titel und Jahrgang in Silber eingeprägt. Alle Texte sind abgesetzt im Schrifttyp Century in verschiedenen Schriftgraden. Das Außenformat des Mappenwerkes beträgt 40 x 49 cm, das Gesamtgewicht mit Präsentationsschuber lautet auf 4300 Gramm.

Zwölf Passepartouts nehmen die zwölf Grafiken originaler Wettbewerbsentwürfe für deutsche Briefmarken auf, die Sie ebenfalls im originalentsprechenden Blattformat von 35 x 41 cm erhalten.

Für die technische Herstellung aller Grafiken zeichnet die Dietz Offizin zu Lengmoos verantwortlich, welche die Kunstwerke in einem Spezialverfahren nachschuf. Die persönliche Unterschrift des urhebenden Künstlers bestätigt die Original-Grafik. Neben den Grafiken wird auf einem eingearbeiteten Textblatt das Briefmarkenmotiv erläutert und die Persönlichkeit des Künstlers biografisch gewürdigt.

Rahmen für die Grafiken der Edition Borek

Einzeln oder als Serie, die Grafiken der Edition Borek eignen sich ausgezeichnet zur Dekoration Ihres Heims. In eleganten Mahagonirahmen mit handgearbeiteten Passepartouts, passend zu dem jeweiligen Format der Grafik, gestalten Sie mit diesen Kunstwerken Ihre persönliche Ausstellung zu Hause.

Einzelgrafiken und Rahmen können Sie mit der dem Katalog anhängenden Bestellkarte bestellen.

430259

RUDOLF
ALEXANDER
SCHRÖDER
1878-1962

50

DEUTSCHE BUNDESPOST

21/500

Januar 78

Günter Jacki
12.01.1978

100. Geburtstag
von Rudolf Alexander Schröder
Der aus Bremen stammende Dichter (1878 bis 1962) blieb durch seinen Beitrag zur Erneuerung des evangelischen Kirchenliedes, durch seine geistliche Lyrik im Gedächtnis. Der Buchgestalter, als der er in Zeiten des Jugendstils schon vor der Jahrhundertwende seinen künstlerischen Weg begann, wird jetzt erst wiederentdeckt — mit Entwürfen eigens für die Philatelisten.

1 *Professor Karl Hans Walter*

3 *Günter Jacki*

2 *Günter Jacki*

1 **Professor Karl Hans Walter**
4-farbig
DM 75,00/DM 180,00
-vergriffen-

2 **Günter Jacki**
12-farbig
DM 75,00/DM 190,00
-vergriffen-

3 **Günter Jacki**
25-farbig
DM 75,00/DM 190,00
-vergriffen-

Professor Albrecht Ade
12.01.1978

Friedlandhilfe
Das niedersächsische Dorf Friedland, an der Grenze zur DDR gelegen, ist zum Begriff erster heimatlicher Hilfeleistung für rückkehrende Kriegsgefangene, Vertriebene und Aussiedler geworden.

Die Aufgabe, diesen Menschen ihre Eingliederung in ein Leben als Deutsche unter Deutschen großzügig zu erleichtern, ist nach wie vor aktuell, woran auch Briefmarken erinnern sollen.

4 **Holger Börnsen**
9-farbig
DM 75,00/DM 180,00
-vergriffen-

5 **Bruno K. Wiese**
7-farbig
DM 75,00/DM 190,00
-vergriffen-

6 **Professor Karl Oskar Blase**
11-farbig
DM 75,00/DM 190,00
-vergriffen-

4 *Holger Börnsen*

5 *Bruno K. Wiese*

6 *Professor Karl Oskar Blase*

Professor Gerd Aretz
16.02.1978

100. Geburtstag von Martin Buber
Der in Wien beheimatete jüdische Religionsphilosoph war Professor an der Universität Frankfurt am Main, als er 1933 emigrieren mußte. Viele seiner Bücher sind einer Erneuerung der jüdischen Mystik gewidmet, der lebendigen Deutung chassidischer Tradition. Er gilt als ein Meister deutscher Sprache.

Buber starb 1965 in Jerusalem, wohin er schon 1938 übergesiedelt war.

7 **Professor Herbert Kern**
7-farbig
DM 75,00/DM 190,00

8 **Marina Langer-Rosa** und **Helmut Langer**
9-farbig
DM 75,00/DM 180,00

9 **Marina Langer-Rosa** und **Helmut Langer**
3-farbig
DM 75,00/DM 190,00

8 *Marina Langer-Rosa* und *Helmut Langer*

7 *Professor Herbert Kern*

9 *Marina Langer-Rosa* und *Helmut Langer*

Günter Jacki
22.05.1978

Rattenfänger von Hameln
Die mittelalterliche Sage wird in einer um 1450 entstandenen Lüneburger Handschrift überliefert: ein Pfeifer soll im Jahre 1284 nicht weniger als 130 Kinder angelockt und mit verführerischen Tönen aus Hameln entführt haben. Die Geschichte ist weitergesponnen und zum Modell geworden, sie läßt sich auf manche, nicht allein geschichtlichen, Ereignisse anwenden.

10 *Erna de Vries*

11 *Bundesdruckerei*

12 *Günter Jacki*

10 **Erna de Vries**
15-farbig
DM 75,00/DM 150,00

11 **Bundesdruckerei**
15-farbig
DM 75,00/DM 110,00

12 **Günter Jacki**
7-farbig
DM 75,00/DM 160,00

Professor Günter H. Magnus
13.07.1978

100. Geburtstag von Janusz Korczak
Der Name des polnischen Arztes und Pädagogen erlangte legendären Ruf durch das freiwillige Opfer seines Lebens. 1943, vor der Räumung des Warschauer Gettos, schlug er das Angebot, sich zu retten, unbedenklich aus und begleitete die ihm anvertrauten Kinder auf ihrem Weg in die Gaskammern. Nach seinem Tod wurden Dr. Korczaks moderne pädagogische Ideen über Polen hinaus bekannt.

13 *Professor Rolf Lederbogen*

15 *Paul Froitzheim*

14 *Erwin Poell*

13 Professor Rolf Lederbogen
3-farbig
DM 75,00/DM 95,00

14 Erwin Poell
12-farbig
DM 75,00/DM 110,00

15 Paul Froitzheim
7-farbig
DM 75,00/DM 90,00

Erwin Poell
17.08.1978

Herbsttagung der Interparlamentarischen Union
Diese von der jeweiligen Staatsmacht unabhängige internationale Vereinigung zur Förderung der persönlichen Kontakte zwischen den Parlamentariern aller Länder wurde 1888 in Paris gegründet. Sie hat ihren Sitz in Genf und versteht sich als Teil der weltweiten Friedensbewegung. Zu den jährlichen Konferenzen treffen Delegierte von mehr als siebzig nationalen Gruppen zusammen.

16 **Professor Herbert Kern**
20-farbig
DM 75,00/DM 110,00

17 **Professor Herbert Kern**
17-farbig
DM 75,00/DM 100,00

18 **Hella** und **Heinz Schillinger**
6-farbig
DM 75,00/DM 120,00

17 *Professor Herbert Kern*

16 *Professor Herbert Kern*

18 *Hella* und *Heinz Schillinger*

430266

Paul Froitzheim
17.08.1978

Katholikentag 1978
Der 85. Deutsche Katholikentag 1978 wurde vom 13. bis 17. September in Freiburg/Breisgau abgehalten. Sein Motto lautete »Mut zur Zukunft — Gott schenkt Zukunft«. Zur Vorbereitung der großen Versammlung sind von der Kirche alle 12 500 Pfarreien der Bundesrepublik aufgerufen worden. Ein »Tag der Begegnung« am 16. September führte Christen aus aller Welt zusammen.

19 **Paul Froitzheim**
15-farbig
DM 75,00 / DM 110,00

20 **Paul Froitzheim**
16-farbig
DM 75,00 / DM 110,00

21 **Bruno K. Wiese**
27-farbig
DM 75,00 / DM 130,00

19 *Paul Froitzheim*

20 *Paul Froitzheim*

21 *Bruno K. Wiese*

August 78

430267

Elisabeth von Janota-Bzowski
17.08.1978

200. Geburtstag
von Clemens von Brentano

In der deutschen Literatur ist Clemens von Brentano zusammen mit Achim von Arnim Hauptvertreter der jüngeren Romantik. Gemeinsam haben sie in Heidelberg die Volksliedersammlung »Des Knaben Wunderhorn« herausgegeben.

Brentano gilt als vielseitigste Dichterbegabung der Romantik, doch blieben fast alle größeren Werke Fragment. Er starb 1842, elf Jahre nach Arnim.

22 *Professor Günter H. Magnus*

24 *Thomas Rothfuß*

23 *Isolde Monson-Baumgart*

22 Professor Günter H. Magnus
2-farbig
DM 75,00/DM 85,00

23 Isolde Monson-Baumgart
15-farbig
DM 75,00/DM 90,00

24 Thomas Rothfuß
2-farbig
DM 75,00/DM 95,00

Peter Steiner
17.09.1978

25 Jahre Europäische Konvention zum Schutz der Menschenrechte

Die Verfassungen nahezu aller demokratischen Staaten weisen einen Katalog der zu achtenden Menschenrechte auf, deren erste grundsätzliche völkerrechtliche Anerkennung die Satzung der Vereinten Nationen enthält. Die von den europäischen Staaten in Rom unterzeichnete Konvention sieht eine Kommission vor, die angerufen werden kann, sowie auch einen Gerichtshof.

25 *Günter Jacki*

26 *Günter Jacki*

27 *Hella* und *Heinz Schillinger*

25 Günter Jacki
22-farbig
DM 75,00/DM 110,00

26 Günter Jacki
11-farbig
DM 75,00/DM 95,00

27 Hella und Heinz Schillinger
4-farbig
DM 75,00/DM 100,00

Professor Herbert Stelzer
12.10.1978

Tag der Briefmarke

Die Zahl der Sammler ist inzwischen so groß geworden, daß geradezu ein öffentliches Interesse besteht, die Bedeutung der Briefmarke besonders zu würdigen. Das geschieht bereits in mancherlei Weise, u.a. durch zunehmend abwechslungsreiche Sonderausgaben sowie seit rund 40 Jahren durch Proklamierung eines der Philatelie gewidmeten Datums, als »Tag der Briefmarke« begangen.

28 Peter Steiner
10-farbig
DM 75,00/DM 120,00

29 Heinz Hadem
6-farbig
DM 75,00/DM 120,00

30 Peter Steiner
8-farbig
DM 75,00/DM 160,00

29 *Heinz Hadem*

28 *Peter Steiner*

30 *Peter Steiner*

430270

Professor Herbert Stelzer
12.10.1978

Weltbewegung Philatelie
Seit im Jahre 1840 die ersten Briefmarken in einem Londoner Postbüro verkauft wurden, gewannen die kleinen Wertzeichen rasch das Interesse von Sammlern auf der ganzen Erde. Es bildete sich z.B. eine Organisation, wie die »Fédération Internationale de Philatélie« zur weltweiten Beratung der Briefmarkenfreunde und zu ihrer Versorgung mit Informationen.

31 Bruno K. Wiese
10-farbig
DM 75,00/DM 95,00

32 Peter Steiner
6-farbig
DM 75,00/DM 95,00

33 Peter Steiner
8-farbig
DM 75,00/DM 95,00

31 *Bruno K. Wiese*

32 *Peter Steiner*

33 *Peter Steiner*

430271

Professor Willy Fleckhaus
16.11.1978

Weihnachtsmarke
Das Christfest regt in jedem Jahr dazu an, für den Entwurf einer Marke künstlerisch einprägsame Motive zu wählen. Oft erweisen sich Gemälde als besonders geeignet für eine solche Ausgabe, oft aber auch Glasfenster des Mittelalters, nicht zuletzt ihrer leuchtenden Farbflächen wegen.
Die Weihnachtsmarke, in vielen Ländern gebräuchlich, ist zum Sammelgebiet geworden.

34 *Professor Paul König*

35 *Hans Schweiss*

36 *Professor Paul König*

34 Professor Paul König
18-farbig
DM 75,00/DM 100,00

35 Hans Schweiss
8-farbig
DM 75,00/DM 90,00

36 Professor Paul König
18-farbig
DM 75,00/DM 100,00

430272

Professor Karl Oskar Blase
11.01.1979

Internationales Jahr des Kindes
Das Internationale Jahr des Kindes wird dazu beitragen, die Weltöffentlichkeit auf das in vielen Ländern der Erde noch immer traurige Los der Kleinen und Kleinsten mit Nachdruck hinzuweisen. Schwere Arbeit in zu frühem Alter, Mißhandlungen und mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten sowie ungesunde Lebensverhältnisse sind nur einige jener Probleme, die zur Sorge Anlaß geben. Das Kind, weiß oder farbig, braucht Schutz — heute mehr denn je.

37 *Professor Karl Oskar Blase*

38 *Thomas Rothfuß*

37 Professor Karl Oskar Blase
DM 75,00

38 Thomas Rothfuß
DM 75,00

Februar 79

430273

Elisabeth von Janota-Bzowski
14.02.1979

100. Geburtstag von Agnes Miegel
Die am 9.3.1879 in Königsberg geborene Agnes Miegel hat sich schon kurz nach der Jahrhundertwende durch Gedichte einen Namen gemacht. Einige ihrer Balladen, etwa »Nibelungen« oder »Die schöne Agnete«, gelten als Beispiele für eine gelungene Erneuerung der alten lyrischen Form. Ihr Gesamtwerk, nicht zuletzt auch ihre zahlreichen Erzählungen und dramatischen Szenen, ist vor allem eine Huldigung an die geliebte ostpreußische Heimat.

39 **Professor Sabine Tschierschky**
DM 75,00

40 **Professor Gerd Aretz**
DM 75,00

39 *Professor Sabine Tschierschky*

40 *Professor Gerd Aretz*

Professor Dieter Urban
14.02.1979

25 Jahre Westdeutsche Kurzfilmtage
Vor 25 Jahren fanden die ersten Westdeutschen Kurzfilmtage in Oberhausen statt. Dieses Vierteljahrhundert hat genügt, der Veranstaltung internationales Ansehen zu verschaffen. Insbesondere liegt ihr Verdienst darin, sowohl die Gattung des Kurzfilms aufgewertet zu haben, als auch ideenreichen jungen Regisseuren immer wieder die Chance eines von der Öffentlichkeit beachteten Starts zu geben. Neuerdings steht der Jugendfilm auf ihrem Programm.

41 **Erwin Poell**
DM 75,00

42 **Marina Langer-Rosa** und **Helmut Langer**
DM 75,00

41 *Erwin Poell*

42 *Marina Langer-Rosa* und *Helmut Langer*

Hanswerner Klein
14.02.1979

Straßenrettungsdienst
Die stürmische Entwicklung des Verkehrs hält weiter an. Die Zahl der Autos auf unseren Straßen wächst jährlich um Millionen, und dementsprechend nehmen die Gefahren zu. Vornehmlich hier fordert das moderne Leben seine Opfer. Oft ist entscheidend, wie schnell bei Unfällen Hilfe geleistet wird. Da sind die Rettungsdienste von entscheidender Bedeutung, seien es nun geschulte Kräfte des Roten Kreuzes, der Johanniter oder der Arbeiterwohlfahrt.

43 *Professor Herbert Kern*

43 Professor Herbert Kern
DM 75,00

44 Hella und Heinz Schillinger
DM 75,00

44 *Hella* und *Heinz Schillinger*

Mai 79

Erwin Poell
14.0[illegible].197[illegible]

Erste Direktwahl zum Europäischen Parlament

Nach einer wenigstens zwanzig Jahre dauernden Vorgeschichte bedeutet die erste Direktwahl zum europäischen Parlament einen wesentlichen Schritt vorwärts in eine von den beteiligten neun Ländern gemeinsam getragene politische Zukunft. Die ersehnte Solidarität der Völker kann nur langsam wachsen; Gegnerschaften und Rivalitäten der jüngeren Geschichte sind zu überwinden. Doch von solchem Forum erhofft man sich rasche Integration.

45 *Bruno K. Wiese*

46 *Erwin Poell*

45 **Bruno K. Wiese**
DM 75,00

46 **Erwin Poell**
DM 75,00

DEUTSCHE BUNDESPOST 50

Elisabeth von Janota-Bzowski
17.05.1979

50. Geburtstag von Anne Frank
Das jüdische Mädchen Anne Frank, das aus Frankfurt am Main stammte und 1945 im Konzentrationslager Bergen-Belsen ermordet wurde, wäre am 14. Juni 1979 fünfzig Jahre alt geworden. Ihr Tagebuch, geschrieben in einem Amsterdamer Hinterhausversteck, in dem sich acht Menschen von 1942 bis 1944 verborgen halten konnten, hat ihre Gedanken und Gefühle überliefert. Im Gedächtnis blieb das Bild eines im Leid doppelt liebenswürdigen Kindes.

DEUTSCHE BUNDESPOST
ANNE FRANK ✶ 12.6.1929 + 31.3.1945
50

47 *Paul Froitzheim*

Deutsche Bundespost
Anne Frank
12.6.1929 – 31.3.1945
50

48 *Professor Günter H. Magnus*

47 Paul Froitzheim
DM 75,00

48 Professor Günter H. Magnus
DM 75,00

Wolfgang Fischbach
17.05.1979

Internationale Verkehrsausstellung 1979
Der moderne Verkehr bietet nicht nur der Industrie einen sich ständig ausweitenden Markt, er verlangt auch dringend internationalen Austausch aktueller Informationen über Verbesserungen der Technik im Interesse der Sicherheit. So dienen Verkehrsausstellungen ebenfalls dem weltweiten Kampf gegen die Gefahren auf den Straßen, über deren erschreckende Steigerung die Unfallstatistiken in vielen Ländern Auskunft geben.

49 **Hanswerner Klein**
DM 75,00

50 **Peter Steiner**
DM 75,00

49 *Hanswerner Klein*

50 *Peter Steiner*

W. P. Seiter
12.07.1979

Weltweite Funkverwaltungskonferenz
So jung der drahtlose Nachrichtenverkehr zwischen den Ländern und dann zwischen den Erdteilen auch ist, er verlangt schon längst eine strikt organisierte Abwicklung der sich im freien Raum mit Lichtgeschwindigkeit ausbreitenden elektromagnetischen Schwingungen. Eine internationale Funkverwaltungskonferenz wird sich mit Problemen gerechter Frequenzverteilung und im besonderen Fall optimaler Satellitenschaltung befassen.

DEUTSCHE BUNDESPOST 60
WELTWEITE FUNKVERWALTUNGSKONFERENZ 1979

51 *Peter Steiner*

Weltweite Funkverwaltungs-Konferenz 1979
Deutsche Bundespost 60

52 *Bruno K. Wiese*

51 Peter Steiner
DM 75,00

52 Bruno K. Wiese
DM 75,00

September 79

430280

Professor W. Neufeld
12.07.1979

450 Jahre Martin Luther
Das aus dem Griechischen abgeleitete Wort »Katechismus« bezeichnet einen Leitfaden der christlichen Glaubenslehre in Frage und Antwort, vor allem für den Unterricht gedacht. Der Große (für Geistliche) und Kleine Katechismus Martin Luthers aus dem Jahre 1529 sind die berühmtesten, wenn auch nicht frühesten Beispiele für diese seit der Reformation eingeführte Form der Jugendunterweisung, deren Geltung bis heute unbestritten ist.

53 *Professor Herbert Kern*

54 *Professor Herbert Kern*

53 Professor Herbert Kern
DM 75,00

54 Professor Herbert Kern
DM 75,00

Professor Karl Hans Walter
12.07.1979

Heiligtumsfahrt Aachen 1979
Unter »Heiligtumsfahrt« wird in der katholischen Kirche eine unter bestimmten Voraussetzungen angetretene Reise zu bedeutenden Reliquien verstanden. Der Karls- und Marienschrein im Aachener Münsterschatz ist alle sieben Jahre das Ziel der teils von weither anreisenden Gläubigen und Anlaß für eine Reihe von feierlichen Gottesdiensten im Münster, das als ein Monument der römisch-christlichen Reichsidee Karls d. Gr. betrachtet wird.

56 *Professor Paul König*

55 *Professor Hans Walter*

55 Professor Karl Hans Walter
DM 75,00

56 Professor Paul König
DM 75,00

Peter Steiner
09.08.1979

800. Todestag der Hildegard von Bingen
Die deutsche Mystikerin Hildegard von Bingen starb 1179 fast achtzig Jahre alt in dem von ihr gegründeten Kloster Rupertsberg bei Bingen. Sie hat ihre die Heilsgeschichte betreffenden Visionen aufgezeichnet, überhaupt eine umfangreiche literarische Tätigkeit entfaltet. Auch stand sie mit Bernhard von Clairvaux, dem berühmten Zisterzienser, in Briefverkehr. Ihr Bild ist in dem einen oder anderen Kodex als Illustration überliefert.

57 *Paul Froitzheim*

57 **Paul Froitzheim**
DM 75,00

58 **Paul Froitzheim**
DM 75,00

58 *Paul Froitzheim*

Professor Coordt von Mannstein
14.11.1979

Energiesparen
Was die Fachwelt seit langem weiß und diskutiert, ist seit der Ölkrise allgemeine Erkenntnis geworden: Daß sparsamer Umgang mit der Energie die Rohstoffreserven der Erde vor zu rascher Ausbeutung bewahrt. Die Methode des verantwortungslosen Ausplünderns muß der Vergangenheit angehören, sollen nicht die Quellen vorzeitig versiegen, auf die doch die Menschheit wohl noch auf lange Sicht, um zu überleben, angewiesen sein wird.

59 **Gizela Hudler**
DM 75,00

60 **Hella** und **Heinz Schillinger**
DM 75,00

59 *Gizela Hudler*

60 *Hella* und *Heinz Schillinger*

Vitae
der an der Edition Borek
beteiligten Künstler

Professor Gerd Aretz
1930 in Wuppertal geboren.
Studium an der Werkkunstschule in Wuppertal.
Von 1954 bis 1956 Mitarbeiter von Professor Jupp Ernst BDG.
Seit 1964 Dozent an der Werkkunstschule Wuppertal.
Ab 1974 Professor für Illustration an der Gesamthochschule Wuppertal. Original-Entwürfe zu den Postwertzeichen der letzten vier Jahre. Bekannt durch Portrait-Briefmarken, die als Radierung ausgeführt sind.

Professor Karl Oskar Blase BDG
1925 in Köln geboren.
Grafik-Studium an der Werkkunstschule Wuppertal.
Seit 1958 Lehrtätigkeit. Ab 1966 Professor an der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste Kassel.
Tätig als Maler und Grafiker. Verfasser kunsttheoretischer Texte.
Ausstellungen im In- und Ausland.

Holger Börnsen BDG
1931 in Hamburg geboren.
Landeskunstschule in Hamburg von 1952—1956, Malerei, Grafik und Schrift.
Seit 1974 Lehrauftrag für Typografie.
Erste Briefmarken 1959.
Arbeitsbereiche: Wirtschaftswerbung, Verlagsgrafik und Buchillustration.
Lebt im Hamburg.

Bundesdruckerei Berlin
Diese Entwürfe kommen aus der Gruppe der Künstler, die für die Bundesdruckerei in Berlin tätig sind. Spezialisten, die den Briefmarkenentwurf als künstlerisches Ausdrucksmittel pflegen. Manch wertvolle Anregungen zum Briefmarkengeschehen unserer Tage kommen aus diesem Haus.

Paul Froitzheim
Geboren in Krefeld, Jahrgang 1925.
Werkkunstschule in Krefeld, anschließend Werkakademie Kassel bei Professor Leistikow. Ab 1950 Meisterschüler. Später freier Mitarbeiter von Professor Mattern.
Arbeitsbereiche: Pädagogische Illustrationen, Lernspiele, Ausstellungs-Design und Briefmarke.
Lebt in Tönisvorst.

Heinz Hadem BDG
1915—1977. Nach einer handwerklichen Praxis Studium in Wuppertal bei Professor Hans Schreiber BDG. Daran anschließend als selbständiger Grafiker und Illustrator tätig. Designer grad.
Gleichzeitig Art Director in einem internationalen Chemiefaserunternehmen.
Ausstellungen und Fachveröffentlichungen.

Gizela Hudler
in Bydgoszcz/Polen geboren.
Ab 1953 Studium an der staatlichen Hochschule für Bildende Künste bei Professor Kurt Kranz und Professor Alfred Ahlan.
Seit 1957 als selbständige Malerin und Grafikerin in Hamburg tätig.
Bevorzugte Arbeitsgebiete sind Zeichnungen und Aquarelle (freie Grafik) sowie Illustrationen, Speisekarten, Firmenzeichen und Plakate.
Seit 1970 Dozentin der Volkshochschule Hamburg.

Günter Jacki
geboren am 1.11.1936 in Stuttgart.
1958 — 1961 Studium an der Kunstakademie in Stuttgart, bei Professor Walter Brudi BDG Buchgrafik und Schrift.
1965 Dozent am Institut für Buchgestaltung.
Arbeitsbereiche: Typografie, Informationsgrafik, Illustration.

Professor Herbert Kern
in Würzburg geboren.
Besuch der Akademie für angewandte Künste München.
Langjähriger Mitarbeiter von Professor Dr. Emil Preetorius BDG. Die heutige Lehrtätigkeit an der Akademie der Bildenden Künste in München umfaßt Serigrafie, Schrift und Bühnenentwurf.
Seit 20 Jahren Entwurfsaufträge für Postwertzeichen.

Hannswerner Klein BDG
Jahrgang 1933, Abitur 1954, anschließend sechs Semester Studium an Kölner Werkschulen.
1957 Meisterschüler von Professor Heinrich Hußmann BDG. Danach als freier Grafik-Designer für Unternehmen tätig sowie für Verlage und Bundesministerien. 1969 Gründung der Werbeagentur Klein und Partner Leverkusen. Zahlreiche Nationale und Internationale Auszeichnungen. Gewinner des »Torchio d' Oro« beim 7. premio europeo rizzoli.

Professor Paul König BDG
1932 in Tübingen geboren.
1950 — 1955 Studium an der Akademie der Bildenden Künste Stuttgart bei Professor Rössing und Professor Walter Brudi BDG.
1956 — 1960 Leiter der Freien Kunstschule Stuttgart. Seit 1960 Lehrtätigkeit an der Fachhochschule Hildesheim. Graphische Tätigkeit vorwiegend für Verlage und kulturelle Institutionen. Gestalter vieler Kirchenfenster im norddeutschen Raum.

Helmut Langer BDG
Seit 1969 freiberuflicher Designer, Konzeption und Kreation visueller Gestaltung für Unternehmen und Institutionen.
Internationale Preise und Auszeichnungen.
Veröffentlichungen in weltweiten Fachpublikationen. Vertreten auf vielen Ausstellungen.

Marina Langer-Rosa
Studium an den Kölner Werkschulen.
Seit 1970 freiberufliche Illustratorin.
Arbeit für Verlage, Institutionen und Unternehmen.
Internationale Auszeichnungen, Preise und Veröffentlichungen in Fachpublikationen.
Umfangreiche Ausstellungsbeteiligung.

Professor Rolf Lederbogen BDG
1928 in Hann. Münden geboren.
Studium an der Hochschule für Bildende Künste in Kassel.
Als Designer seit 1952 freiberuflich tätig.
Ab 1971 freier Architekt.
Rolf Lederbogen ist seit 1962 Professor an der Universität Karlsruhe.

Professor Günter H. Magnus
Jahrgang 1933, geboren in Herborn.
Studium an der Staatlichen Werkakademie Kassel bei Professor Leistikow und Professor Hans Hillmann BDG. 1960 Darmstadt.
1963 in München.
Ab 1967 Leiter der Fachklasse für Grafik-Design und Film an der Fachhochschule Darmstadt. In den Jahren 1969 — 1972 Gastprofessuren in den USA.
Arbeitsbereiche: Illustration, Buchgestaltung und Briefmarke.
Lebt in München.

Isolde Monson-Baumgart
in München geboren.
Hochschule für Bildende Künste Berlin und Kassel. Anschließend Atelier 17 in Paris.
Assistentin von S. W. Hayter.
Seit 1961 freiberuflich in Frankfurt und Paris. Arbeiten in deutschen und internationalen Sammlungen, so Bibliothèque Nationale, Paris; Nationalgalerie Oslo; Art Institute, Minneapolis.
Zahlreiche Veröffentlichungen und Besprechungen.

Erwin Poell BDG
Jahrgang 1930.
Ausbildung als Lithograph und Schriftsetzer.
Studium in Stuttgart.
Ausstellungen in München, Paris, Stockholm, London, Tokio und USA.
Schuf eine Reihe bekannter Briefmarken.

Thomas Rothfuß
Geboren am 12.3.1947 in Marbach.
Er studierte an der Akademie in Stuttgart bei Professor Walter Brudi BDG, Institut für Buchgestaltung.
Seit 1975 Lehrbeauftragter für Illustration an der Fachhochschule in Pforzheim.
Als freier Illustrator für Verlage im In- und Ausland tätig. Arbeitsbereiche: Illustration und Malerei.

Hans Schweiss BDG
1924 in Stuttgart geboren.
Von 1940 — 1942 Studium an der Akademie der Bildenden Künste in Stuttgart bei Professor F.H.E. Schneidler BDG.
Seit 1951 freischaffender Grafik-Designer und Fotograf — für Unternehmen tätig sowie für Bundesbehörden und Städte.
Zahlreiche Nationale und Internationale Auszeichnungen, unter anderem Goldmedaille 1954 auf der X. Triennale di Milano.
Gestalter von zahlreichen Briefmarkenentwürfen für das Post- und Fernmeldewesen.

Hella Schillinger
1929 in Nürnberg geboren.
1947 — 1951 Studium an der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg-Ellingen bei Professor Max Körner BDG.
Seit 1952 selbständige Grafikerin.
Arbeitsgebiete: Ausstellungsgestaltung, Illustration, Karikatur, Warenzeichen, Briefmarke und Wandbild.

Heinz Schillinger
Jahrgang 1929.
1947 — 1949 Fachschule für das grafische Gewerbe Nürnberg.
1950 — 1953 Studium an der Akademie der Bildenden Künste Nürnberg-Ellingen bei Professor Max Körner BDG.
Arbeitet als selbständiger Grafiker in den Arbeitsgebieten: Plakat, Prospekt, Anzeige, Warenzeichen, Werbefilm und Briefmarke.

Peter Steiner
Jahrgang 1926, geboren in Lochen/Österreich.
1948 — 1952 Praxis als Grafiker.
In den Jahren 1953 — 1959 Studium an der Kunstakademie Stuttgart bei Professor Walter Brudi BDG.
Seit 1971 Dozent für Schrift.
Lebt als freischaffender Grafik-Designer in Stuttgart.

Professor Sabine Tschierschky
geboren am 23.1.1943 in Breslau.
1959 — 1961 Meisterschule für Mode bei Professor Wilh. M. Busch BDG in Hamburg.
1961 — 1965 Folkwangschule für Gestaltung, 1964 Folkwang-Leistungspreis.
1965 — 1966 Meisterschülerin bei Professor Hermann Schardt BDG.
1966 — 1970 Dozentin für Freie Grafik.
Seit 1975 Professor im Fachbereich Kunst und Design (Folkwang) der Universität Essen.

Erna de Vries
in Heisfelde/Leer geboren, führte ihren Weg über ein Kunststudium in Münster und Kassel zur freiberuflichen Tätigkeit im Bereich der Buch-Illustration.
Ein besonderer Akzent daneben ist die Briefmarke.
Frau de Vries lebt heute in Frankfurt.

Professor Karl Hans Walter BDG
Geboren in Schwäbisch Gmünd. Goldschmiede-Lehre. Grafik-Studium an den Akademien in München und Stuttgart. Umfangreiche In- und Auslandstätigkeit als Grafiker.
1950 erste Briefmarken-Entwürfe. Lehrtätigkeit an der Staatlichen Akademie der Bildenden Künste Stuttgart (1948 — 1953) und an der Akademie der Bildenden Künste in Nürnberg (1953 — 1976). Heute freischaffender Grafik-Designer.
Wohnt in Pöcking/Starnberger See.

Bruno K. Wiese BDG
1922 geboren.
1945 — 1949 Studium an der Hochschule für Bildende Künste in Berlin, vornehmlich bei Professor Hadank BDG.
1949 — 1954 Atelier Professor Hadank.
Seit 1954 eigenes Studio für Visual-Design in Hamburg.

Herausgeber Archiv-Verlag, Henning Borek
Gestaltung Lutz Hackenberg BDG
Druck Druckerei Borek KG
Auflage 15 000

Edition Borek Buchungskarte

☐ Ja, ich möchte die Original-Briefmarken-Grafiken der Edition Borek sammeln. Bitte notieren Sie mich für die *Jahres-Edition 1979* und senden Sie mir ab sofort jeden Monat für DM 75,00 eine Original-Briefmarken-Grafik. In diesem Preis ist auch das Mappenwerk mit Schutzkassette enthalten. Als erste Lieferung erwarte ich die Grafik des Alternativentwurfes zur Sondermarke »Internationales Jahr des Kindes«. Ich habe das Recht, täglich ohne Wartefrist vom Bezug zurücktreten zu können.

☐ Ich möchte _____ Stück *einzelne Original-Briefmarken-Grafiken* der Edition Borek. Ich bitte um Zusendung folgender Einzelgrafiken:

Anzahl	Grafik-Nr.	Thema

☐ Ich möchte _____ Stück der repräsentativen *Wechselrahmen mit Mahagonileiste* (42,5 cm x 37 cm) passend zu den Grafiken der Edition Borek. Das Passepartout ist für folgende Grafiken bestimmt: (bitte unbedingt angeben, da die Grafiken verschiedene Formate haben)

Grafik-Nr. ____________________

____

☐ Ich möchte die *komplette Jahresedition 1978* nachkaufen. Bitte reservieren Sie mir eine Ausgabe und informieren Sie mich über den Preis, sobald ein Exemplar zur Verfügung steht.

- - - - - - - - - - - - - - - - - - - -

Absender

50 Pf.

Name ____________________

Straße ____________________

PLZ/Ort ____________________

Datum ____________________

Unterschrift ____________________

Kunden-Nr. ____________________

Archiv-Verlag
Kocherstraße 2
Postfach 1205

3300 Braunschweig

430290

Historische Postmedaillen

Massive Hochreliefprägung. Limitierte Auflage.

In enger Zusammenarbeit mit dem Bundespostmuseum Frankfurt entstand diese Sammlung, in der die wichtigsten und interessantesten Medaillen der Postgeschichte in originalgetreuer, massiver Hochrelief-Prägung vereint sind.

Mit jeder Medaille besitzen Sie einen Meilenstein der Postgeschichte.

Noch einmal wird in diesen Medaillen die Romantik der Postkutschenzeit lebendig. Die zwischen 1790 und 1924 geschlagenen Originale würdigen ausnahmslos Ereignisse von größter posthistorischer Bedeutung. Sie wurden allein an verdiente Persönlichkeiten des Postwesens vergeben. Die wenigen Einzelstücke, die heute überhaupt noch existieren, werden in Museen und Archiven ausgestellt oder sind auf immer in den Tresoren privater Sammler verschwunden.

Mit jeder Medaille erwerben Sie ein Kunstwerk, so wie es heute nicht mehr geschaffen wird.

Die anspruchsvolle Motivgestaltung der Medailleure vergangener Zeiten führte zu Hochreliefs, so wie man sie heute in dieser greifbaren Plastizität nirgendwo mehr prägt. Jede einzelne Medaille ist von eigenständiger historischer Aussagekraft. Sie erleben Postgeschichte im Spiegel hochrangiger Ereignisse. Auch das garantiert den hohen ideellen und historisch unvergänglichen Wert dieser Sammlung.

Mit diesen Medaillen erleben Sie Postgeschichte.

Sie werden an jenem denkwürdigen Oktobertag des Jahres 1895 mit dabeisein, als Staatssekretär von Stephan feierlich den Frankfurter Posthausneubau eingeweiht hat . . . Sie feiern das 50jährige Jubiläum des Weltpostvereins . . . Sie erleben das Ende der Selbständigkeit von Bayerns Post und Bahn – die einzige Karikatur, die auf einer Medaille überhaupt bekannt ist, versinnbildlicht wie das Deutsche Reich Bayerns Posthoheit einkassiert hat . . . dabei haben Sie von der ersten bis zur letzten Medaille die Sicherheit, Replikate zu erhalten, die dem Original absolut ebenbürtig sind. Selbst haarfeine Konturen werden exakt wiedergegeben.

Medaille auf Erb-Generalpostmeister Maximilian Maria Lamoral, Fürst von Thurn und Taxis.
1883, Ø 42 mm, Gewicht 31 g

Medaille auf Carl Ferdinand Friedrich von Nagler, Königlich Preußischer Generalpostmeister.
1835, Ø 42 mm, Gewicht 44 g

Medaille auf Carl Anselm von Thurn und Taxis.
um 1790, Ø 35 mm, Gewicht 18 g

Medaille auf die Fertigstellung des Posthausneubaus in Frankfurt a. M.
1895, Ø 50 mm, Gewicht 47 g

Medaille auf General-Postdirektor Alexander Freiherr von Vrints-Berberich.
1835, Ø 50 mm, Gewicht 45 g

Medaille auf Sir Rowland Hill, Reformator des britischen Postwesens.
1890, Ø 63 mm, Gewicht 100 g

Medaille auf Königin Viktoria. Vorlage für die berühmte „One-Penny-Black"-Marke
1837, Ø 49 mm, Gewicht 41 g

Medaille auf das 50jährige Bestehen des Weltpostvereins.
1924, Ø 35 mm, Gewicht 17 g

Sie sammeln komplett und garantiert ohne Risiko.

Jeden Monat erhalten Sie eine Medaille für 10 Tage zur Ansicht. Selbstverständlich ohne Verpflichtung für Sie. Sie können jede Medaille, die Ihnen nicht gefällt, innerhalb 10 Tagen zurückgeben und jederzeit vom weiteren Bezug zurücktreten. Karte oder Anruf genügt.

Fordern Sie die erste Medaille noch heute unverbindlich zur Ansicht an. Eine glänzende posthistorische Dokumentation wartet auf Sie!

In dieser einmaligen Sammlung spiegeln sich die Höhepunkte der Postgeschichte.

Medaille auf die Übernahme der Bayerischen Post in die Deutsche Reichspost.
1920, Ø 59 mm, Gewicht 68 g

Medaille auf Generalpostmeister Johann Friedrich von Seegebart.
1817, Ø 47 mm, Gewicht 41 g

Ihre Erstlieferung 430291

Damit beginnen Sie diese einzigartige Sammlung posthistorischer Medaillen.

Sie beginnen mit der Medaille auf Erb-Generalpostmeister Maximilian Maria Lamoral, Fürst von Thurn und Taxis, die Sie im repräsentativen Medaillen-Tableau zum Erstlieferungspreis von **68.- DM** erhalten.

Außerdem erhalten Sie – ohne gesonderte Berechnung – den königsblauen Luxusbinder mit echt goldener Titelprägung, vierfarbigem Haupttitelblatt und der Urkunde, die Ihnen die absolute Originaltreue jeder einzelnen Medaille offiziell bestätigt.

NEU

Das Medaillen-Tableau

Speziell für die Aufbewahrung dieser posthistorischen Medaillen wurde das Medaillen-Tableau entwickelt. In das elegante, repräsentative und sehr stabile Tableau ist die Medaille in einer doppelten Klarsichttasche vollgeschützt vor Staub und Kratzer integriert und kann von beiden Seiten betrachtet werden. Jede Medaille läßt sich auch einfach aus dem Tableau herausnehmen und wieder einfügen. Die hochinteressanten Hintergrund-informationen zu jeder Medaille stehen auf einem zusätzlich schützenden Deckblatt

Noch wertvoller ist diese Sammlung in Silber!

Alle Medaillen können Sie auch geprägt aus reinem 925/1000 Sterlingsilber erhalten.

Dann kommt zum hohen posthistorischen Rang noch der materielle Wert – das reine, edle Sterlingsilber. Sie schaffen bleibende Werte und haben dazu die Sicherheit, jede Silbermedaille zum günstigen Tagespreis einzukaufen.

Die Medaille auf Erb-Generalpostmeister Maximilian Maria Lamoral, Fürst von Thurn und Taxis, erhalten Sie in massiv 925/1000 Sterlingsilber für **118,- DM.** (Tagespreis per 1.3.1982).

Sichern Sie sich jetzt eine der in limitierter Auflage erscheinenden Sammlungen. Ohne Risiko, da Sie das Recht des täglichen Rücktritts haben. Kreuzen Sie auf dem „Sammler-Coupon" an, ob Sie diese posthistorischen Medaillen in versilberter Prägung oder aus massiv Sterlingsilber geprägt wünschen.

Archiv-Verlag
Kocherstraße 2
3300 Braunschweig

Bitte hier abtrennen!

Sammler-Coupon

Ja, ich möchte diese posthistorischen Medaillen kennenlernen. Bitte schicken Sie mir zur unverbindlichen 10-Tage-Ansicht die 1. Medaille auf Erb-Generalpostmeister Maximilian Maria Lamoral, Fürst von Thurn und Taxis, im Medaillen-Tableau. Dazu erhalte ich – ohne gesonderte Berechnung – den repräsentativen Luxus-Binder mit Haupttitelblatt und Echtheits-Urkunde.

☐ Ich wünsche diese 1. Medaille in versilberter Ausführung zum Preis von **DM 68.-**

☐ Ich wünsche diese 1. Medaille aus reinem 925/1000 Sterlingsilber zum Preis von **DM 118,-** (Tagespreis per 1. 3. 1982).

Sofort bestellen – die Auflage ist limitiert. Telefonische Vorabreservierung möglich unter Telefon-Nr. (0531) 845005.

Meine Adresse

Name ____________________

Vorname ____________________

Straße ____________________

PLZ/Ort ____________________

[| | – | | | | – | | |]

Meine Kunden-Nr.

Antwort

Bitte mit 50-Pfennig-Briefmarke frankieren. Danke!

Archiv-Verlag
Kocherstraße 2

3300 Braunschweig

430292

Der Internationale Verband der Postmeister kündigt seine offizielle Würdigung der berühmtesten deutschen Briefmarken an… in Sterlingsilber.

Der Internationale
Verband
der Postmeister

OFFIZIELLE PROOFPRÄGUNGEN DER BERÜHMTESTEN DEUTSCHEN BRIEFMARKEN IN STERLINGSILBER.

Deutsches Reich – 25 Pfennige 1933 – Eine Sonderausgabe anläßlich der Eröffnung des neuen Reichstages. Tagungsort war Potsdam. Daher wurde als Motiv ein Porträt vom „Alten Fritz“ gewählt. Es basiert auf einem Gemälde von Adolf v. Menzel.

Württemberg – 6 Kreuzer 1859 – Doppeltes Porto für doppelte Entfernung (12 Meilen) oder doppeltes Gewicht. Fehleinschätzungen des Bedarfs bei der Ausgabe dieser Briefmarke führten dazu, daß die Nachfrage größer war als das verfügbare Angebot.

Deutsches Reich – 4 Reichsmark 1931 – Diese Zeppelin-Marke gehörte wegen ihrer klaren und schönen Graphik zu den beliebtesten „Luftschiff“-Ausgaben der Welt.

Eine Sammlung der 50 wertvollsten und bedeutendsten Briefmarken Deutschlands; ausgewählt von einem Gremium namhafter Philatelisten. Authentische Nachbildungen – zum ersten Mal in massivem Sterlingsilber.

Herausgegeben in begrenzter Auflage.
Limit: Eine Sammlung pro Besteller.
Bitte geben Sie Ihre Bestellung
bis 31. August 1980 (Poststempel) auf.

Von den ungezählten Briefmarken, die seit der ersten Briefmarkenausgabe im Jahr 1849 in Deutschland erschienen sind, haben nur wenige eine überragende Bedeutung gewonnen. Die meisten dieser seltenen Stücke befinden sich heute in Privatbesitz oder gehören zu den Sehenswürdigkeiten führender Museen. Sie werden wie Schätze gehütet und sind zum Teil von erheblichem Wert.

Zur ständigen Würdigung dieser philatelistischen Kostbarkeiten gibt jetzt der Internationale Verband der Postmeister seine offizielle Sammlung von Sterlingsilber-Proofprägungen der 50 berühmtesten Briefmarken heraus, die je in Deutschland erschienen sind.

Jedes dieser bedeutenden Postwertzeichen wird von geübten Skulpteuren und Graveuren exakt auf massivem Sterlingsilber festgehalten. Der Internationale Verband der Postmeister hat Franklin Mint mit der Prägung der silbernen Briefmarken beauftragt. Die Fertigung erfolgt in Proofqualität, bei der sich das feinmattierte Relief von einem hochpolierten Spiegelglanz-Hintergrund brillant abhebt.

Die berühmtesten und seltensten Briefmarken, die je in Deutschland herausgegeben wurden.

Entsprechend der Einzigartigkeit jeder Briefmarke wird deren Nachbildung auf Silber mit größter Sorgfalt vorgenommen. Das Ergebnis ist eine Sammlung voller Schönheit und Bedeutung. Um die fachliche

Deutsches Reich - 50 + 50 Pfennige 1926 - Eine der ersten Nationalausgaben. Um die Umsatzerwartungen zu vergrößern und weite Kreise anzusprechen, wurde mit der Abbildung deutscher Landeswappen ein allgemeingültiges Briefmarkenthema gewählt.

Baden - 3 Kreuzer 1862 - Das „Stockach Provisorium". Diese Briefmarke wurde am Postschalter in Stockach, Baden, geschnitten ausgegeben. Die Gründe dafür sind nie ganz geklärt worden. Soweit bekannt, gibt es heute nur noch 12 Exemplare dieser philatelistischen Rarität.

Deutsches Reich - 2 Mark 1902 - Von dieser Marke gibt es mehrere Ausführungen, da das Motiv einige Male verbessert wurde. Hier handelt es sich um die seltene Zwischentype mit Rahmen der Type 1 und Mitte der Type 2.

Qualifikation der Sammlung sicherzustellen, hat ein vom Internationalen Verband der Postmeister speziell beauftragtes Expertengremium die betreffenden Briefmarken nach Maßgabe ihrer *außergewöhnlichen Seltenheit,* ihrer *einzigartigen Gestaltung* und *historischen Bedeutung* ausgewählt.

Zu den in dieser Sammlung in Sterlingsilber wiedergegebenen Briefmarken gehören: die Bayern-1-Kreuzer als Kehrdruckpaar, eine der seltensten Briefmarken der Welt; die 5-Mark aus dem Kriegsjahr 1915 mit einem auf dem Kopf stehenden Innenteil; die ¼- Groschen von 1872, die erste Marke des Deutschen Reiches; die seltene und wertvolle Sachsen-Dreier aus dem Jahr 1850 und die 4-Mark Graf Zeppelin mit dem Aufdruck „Polar-Fahrt 1931"... insgesamt die 50 berühmtesten deutschen Briefmarken – jedes Exemplar ein Sammlerstück mit ganz eigener Geschichte – wiedergegeben im Glanz massiven Sterlingsilbers.

Auf der Rückseite jeder silbernen Briefmarke erscheint ihr Name, die Bezeichnung Sterlingsilber (925/1000) und der Proofstempel von Franklin Mint. Jeder Besteller erhält ein Echtheitszeugnis, mit dem bestätigt wird, daß es sich bei dieser Sammlung um exakte und authentische Wiedergaben der bedeutendsten deutschen Briefmarken in massivem Sterlingsilber handelt.

Außerdem werden alle Prägungen in speziell verfaßten philatelistischen Kommentaren erläutert. Dazu gehören interessante Angaben über die Bedeutung der jeweiligen Briefmarke für den Sammler und Einzelheiten aus ihrer Geschichte.

Wichtige Preisgarantie.

Diese Proofprägungen in Sterlingsilber werden in einer einmaligen und begrenzten Auflage heraus-

Sachsen – 3 Pfennige 1850 – Die erste deutsche Briefmarke des zweiten deutschen Landes, das Postwertzeichen einführte. Auch diese Marke wurde für den Zeitungsversand verwendet. Daher gibt es heute nur noch wenige gebrauchte Exemplare.

Deutsches Reich – 5 Mark 1915 – Hier handelt es sich um einen handgezähnten Kriegsdruck, bei dem versehentlich Mittelstück und Rahmen zueinander auf dem Kopf stehen. Von dieser Marke existieren nur noch ganz wenige Stücke. Sie zählt zu den begehrtesten Raritäten aus der Zeit des Ersten Weltkrieges.

Oldenburg – 1/3 Groschen 1859 – Diese Briefmarke diente in den meisten Fällen als Porto für Streifbandsendungen von Zeitungen und Drucksachen. Beim Öffnen des Streifbandes wurde zumeist auch die Marke zerstört.

gegeben, die nur bei der Franklin Mint GmbH und *exklusiv* für Sammler erhältlich ist, die ihre Subskription für die Serie innerhalb eines festgesetzten Zeitraumes aufgeben. Jeder Besteller kann nur eine Sammlung erwerben.

Die Serie, wird ab November 1980 zu je einer Sterlingsilber-Briefmarke pro Monat herausgegeben, bis die Sammlung komplett ist. Trotz der steigenden Kosten für Silber beträgt der Ausgabepreis pro Briefmarke in Proofqualität aus massivem Sterlingsilber nur DM 135,– (inkl. Mehrwertsteuer, Verpackungs- und Versandkosten). *Dieser Preis wird jedem Besteller für die gesamte Laufzeit der Serie garantiert.* Ausgenommen sind lediglich Änderungen der Mehrwertsteuer.

Zur Präsentation und zum Schutz der 50 Silberprägungen erhält jeder Besteller zu seiner Sammlung ein stattliches Album, das im Preis inbegriffen ist.

Bitte bis 31. August 1980 (Poststempel) aufgeben.

Die Sammlung *Offizielle Sterlingsilber-Proofprägungen der berühmtesten deutschen Briefmarken* trägt alle Merkmale, die für einen passionierten Sammler wichtig sind... garantierte Seltenheit... historische Bedeutung... einzigartige Gestaltung... und nicht zuletzt die unvergängliche Schönheit massiven Sterlingsilbers.

Bitte geben Sie den beigefügten Vorausbestellschein bis 31. August 1980 (Poststempel) auf, wenn Sie diese einzigartige Sammlung erwerben möchten. Andere Interessenten werden zu späteren Zeitpunkten die Möglichkeit zum Erwerb der Sammlung erhalten, bevor die Subskriptionslisten Ende 1980 endgültig geschlossen und die Prägestempel nach Auslieferung aller Ausgaben vernichtet werden.

Deutsches Reich – 50 Pfennige 1877 – Diese Marke war ausschließlich für Paketkarten vorgesehen und wurde vom Schalterbeamten auf dem Paket angebracht. Ungebrauchte Exemplare sind deshalb äußerst selten, da sie nicht auf normalem Wege an die Öffentlichkeit gelangten.

430300

DER INTERNATIONALE VERBAND DER POSTMEISTER, GENF.

Der Internationale Verband der Postmeister mit ständigem Hauptsitz in Genf ist eine weltweite Organisation, der Vertreter von Postverwaltungen aus mehr als 100 Nationen angehören. Er hat es sich zur Aufgabe gemacht, zur internationalen Verständigung unter den Postmeistern beizutragen, die hohen ethischen und beruflichen Grundsätze zu untermauern, den freien Gedankenaustausch zu pflegen sowie ein öffentliches Bewußtsein für die Leistungen und die Aufgaben der postalischen Institutionen in aller Welt zu schaffen.

430302

Dieser 14-Groschen-Brief wurde am 4. April 1863 von Hannover nach Buenos Aires geschickt
Fotos: Hollemann

Die erste hannoversche Briefmarke. Sie wurde 1850 unter König Georg dem V. herausgegeben

430303

155 Jahre Briefkasten

am 31.10 18/23

Frankfurt – Gestern vor 155 Jahren verfügte König Friedrich Wilhelm, in allen Orten Preußens Briefkästen anzubringen. Heute gibt's in Deutschland etwa 100 000.

Seit 1823 gibt es ihn: den Briefkasten

Die ersten Briefkästen

für postalische Zwecke wurden im Jahre 1653 durch die Pariser Stadtpost aufgestellt. Sie wurden oben oder seitlich durch eine Klappe geöffnet, um die eingeworfene Post herauszunehmen. Das Einschieben einer Entleerungstasche in zwei Schienen an dem sich unten öffnenden Boden soll auf eine Erfindung des 1909 gestorbenen österreichischen Schlossers Wenzel Wlzek zurückgehen. Der erste Briefkasten Deutschlands wird aus dem Jahre 1766 bezeugt. Er war aus Holz und hing auf dem Flur des zentralen Berliner Posthauses; jedoch wußten die Bürger zunächst nichts Rechtes damit anzufangen. Wer Post erwartete, mußte ohnehin auf den Ämtern nachfragen, und bei der Gelegenheit gab man dann wie bisher die abgehenden Botschaften gleich an den Schaltern ab. Briefkästen, immer noch aus Holz, aber weiß gestrichen, setzten sich erst nach den Freiheitskriegen durch. Etwa um 1840 wurden sie aus Blech hergestellt, später aus bronzefarbenem Gußeisen. Sie enthielten verschlossene Einsätze, die von den Boten abgeholt und durch andere ersetzt wurden.

430305

Dicke Steine schützten die Post

Der erste Briefkasten wurde von europäischen Seefahrern erfunden

VON STEFAN TELÖKEN

Alles begann mit Steinen am Ufer der Tafelbai in Südafrika. Europäische Seefahrer, die Anfang des 17. Jahrhunderts mit ihren Schiffen auf große Fahrt nach Indien gingen, nahmen dort Trinkwasser auf. Bei dieser Gelegenheit legten sie Briefe unter großen flachen Steinen nieder. So wurden die Daheimgebliebenen mit Nachrichten von der abenteuerlichen Reise versorgt. In die harte Oberseite der Steine gravierten die Briefeschreiber nähere Angaben über Kapitän, Mannschaft und Datum ein. Alles weitere hing dann allerdings buchstäblich vom Zufall ab. Ein Schoner in der Gegenrichtung mußte die Bai anfahren, um die am Strand verstaute Post aufzunehmen.

Die an sich glänzende Idee – sie brachte lediglich einige Unwägbarkeiten im „Zustellungsdienst" mit sich – fand in Europa naturgemäß zuerst in den Hafenstädten Anklang. Franzosen und Holländer erkannten rasch die Nützlichkeit des Briefkastens, damals noch aus Holz gezimmert. Nur die Deutschen wußten noch nichts damit anzufangen. Zwar stand bereits 1766 im Flur des Berliner Hofpostamtes ein solches Utensil zur „Gemächlichkeit der Correspondenten und Facilitierung der Correspondence". Doch dabei blieb es dann auch für gut drei Jahrzehnte.

Es bedurfte schon des sanften Zwangs der Franzosen, die 1794/95 die linksrheinischen Gebiete besetzten, um wenigstens die Rheinländer mit dem Straßenbriefkasten vertraut zu machen. Als nächstes zog Bayern nach. Im Jahre 1810 beschloß die bayerische Generalpostdirektion, an den Oberpostämtern Briefeinwürfe zu installieren. Dazu wurde durch die Mauer oder Wand in der Nähe des Postschalters ein schräg nach unten gerichteter Schlitz gebrochen, der in einem Behälter im Inneren des sogenannten „Expeditionsraumes" mündete.

Übrigens – der Mißbrauch bei Briefeinwürfen bereitete den Behörden schon damals manchen Kummer. So erhielt ein beim „Geheimen Rechnungskommissariat" in München angestellter Beamter einen scharfen Verweis, weil er in großer Anzahl mutwillig Papierschnipsel in den Briefkasten steckte. Der Spaß kostete den Sünder immerhin elf Gulden, zahlbar an die Postarmenkasse.

Preußen schließlich verhalf dem Briefkasten in Deutschland zum offiziellen Durchbruch. Gestützt auf die guten Erfahrungen, die man bisher in der rheinischen Provinz gemacht hatte, empfahl der preußische Generalpostmeister Nagler seinem König, einer Einführung auch im übrigen Gebiet zuzustimmen. Friedrich Wilhelm III., sonst eher bedächtig in seinen Entscheidungen, handelte diesmal prompt. Ohne Umschweife genehmigte er durch allerhöchsten Erlaß „die Einrichtung von Briefkästen zur Bequemlichkeit des Publikums".

Die ersten amtlichen Kästen wurden 1824 in Preußen aufgestellt, und zwar „... an allen Orten der Monarchie, wo der Briefwechsel von einiger Bedeutung ist und in den großen Städten sowie an anderen schicklichen Orten", wie es im Circular des preußischen Generalpostamtes hieß.

Durch die Einführung der Briefmarke (1850) erlebte der Briefverkehr einen unerwarteten Aufschwung. Folge: Verbesserung der Vertriebsorganisation und erhebliche Erhöhung der Zahl der Briefkästen. Sie erhielten neue Formen, wurden in Eisen gegossen und zeigten Leerungszeiten an.

1874 stellte die Deutsche Reichspost die im Prinzip noch heute gebräuchlichen Kästen mit Leerungstaschen auf. Allerdings unterschieden sich die Formen jener Jahre beträchtlich von den heute gelben Nachfahren. Die Signalfarbe „Gelb" führte die Deutsche Bundespost erst 1946 ein. Vorher herrschte im Erscheinungsbild rege Vielfalt: Preußen hing ab 1824 weiße Kästen auf, Bayern zwanzig Jahre später silberfarbene, Baden favorisierte blaue mit weißem Dekor, Hessen wählte dieselbe Farbe mit goldener Verzierung. Die Deutsche Reichspost entschied sich ab 1874 für hellblaue Kästen mit Golddekor.

Im Bundespostmuseum (Frankfurt) kann man diese prächtigen alten Briefkästen auch heute noch bewundern. Allerdings nicht in so großer Anzahl wie ihre 100 000 gelben „Kollegen", die derzeit im Bundesgebiet aufgestellt sind und von 60 000 Briefträgern mehrmals täglich geleert werden.

Briefkasten in Hessen (1900). Postmuseum/prs

● Wird auch am Sonntag geleert

430307

Spendenschwindel muß doch an das Geld der Leute gekommen sein, tolle Erfindung!!

27.11.82

Bald Briefe erster und zweiter Klasse?

Überlegungen im Ministerium / Zu niedriger Gebühr länger unterwegs / Probleme mit der Bahnpost

Von Werner Puppe

Köln

Die Post denkt an tiefgreifende Veränderungen: Es geht um das bisher hochgehaltene Prinzip, nach dem Briefe am nächsten Werktag nach dem Einwurf in den Briefkasten beim Empfänger ankommen sollen. Davon möchte die Post gern abgehen. Dies machten Postminister Christian Schwarz-Schilling und Fachleute seines Ministeriums während einer Fahrt mit einem Expreß-Intercityzug der Post von Köln nach Hamburg deutlich. Als Alternative schweben den Experten Briefe erster und zweiter Klasse vor, die zu unterschiedlichen Gebühren befördert werden. Die billigen Briefe sollen eine längere Laufzeit haben.

Anlaß, die neuen Überlegungen in die öffentliche Diskussion zu bringen, sind Schwierigkeiten mit der Bahnpost, die fast 90 Prozent der Sendungen auf den Fernstrecken in der Bundesrepublik transportiert. In speziellen Bahnpostwagen werden die Briefe noch während der Fahrt nach Zielorten sortiert und in Säcke verpackt, auf Bahnhöfen am Zielgebiet entlang der Strecke ausgeladen.

Kurioserweise bereitet gerade die Schnelligkeit der Bahnpost Probleme, wie der Minister erklärte. Bis vor drei Jahren seien Bahnpostwagen lediglich an Reise- oder Expreßgutzüge angehängt worden. Mit dem Intercity-Stundentaktverkehr habe die Bundesbahn die Möglichkeit für den Einsatz von Bahnpostwagen in Reisezügen stark eingeschränkt, und die Intercityzüge (IC) seien wegen ihrer kurzen Haltezeiten für die Bahnpost nicht geeignet. „Das verbliebene D-Zug-Angebot war für die Post völlig unzureichend", meinte Schwarz-Schilling.

Deshalb wurden schließlich für die Post besondere Züge eingesetzt, die ebenso schnell fahren wie die Intercitys der Bahn und auf dem Schienennetz auch den Vorrang der ICs genießen. Damit aber begannen die Schwierigkeiten; denn die Expreß-Intercitys der Post fahren nachts, und auch die Bundesbahn hat wegen ihres schnellen Intercity-Personenverkehrs den Güterverkehr hauptsächlich auf die Nachtstunden verlegt.

Die Güterzüge fahren aber wesentlich langsamer als die insgesamt acht Bahnpost-Intercitys mit ihren 160 Kilometern in der Stunde. Dadurch werde, so Schwarz-Schilling, der Güterverkehr empfindlich gestört, weil dielangsameren Güterzüge auf Ausweichsgleise gefahren werden müßten, wenn ein schneller Bahnpost-Expreß naht. Aber auch die Post sei mit diesem Verfahren nicht glücklich, weil die höchstmöglichen Geschwindigkeiten nicht immer gefahren werden könnten.

Der Minister kündigte deshalb ein neues Postzugsystem an, dessen Züge langsamer fahren. Mechanische Hilfsmittel sollen dafür das Verladen von Hand ersetzen. Weit mehr Briefe als bisher sollen in Containern reisen, also ohne im Zug sortiert zu werden.

Zu spüren bekommen werden dies vor allem die Bahnpostbeamten. Ihre Zahl soll so – ohne Entlassungen – um die Hälfte auf rund 1500 verringert werden. In etwa drei Jahren wird das Konzept stehen.

Der Kunde merkt von all dem nichts, wie Karl Heinz Brüss, im Bundespostministerium zuständig für den Beförderungsdienst, verspricht. Ergänzende Luftpostverbindungen sollen die Zeitverluste auf der Schiene ausgleichen. Vermehrte Lärmbelästigungen von Flughafenanwohnern zu später Stunde wollen die Experten durch Änderungen im Luftpostnetz vermeiden.

Nach der Neuordnung des Bahnpostnetzes schwebt der Post allerdings schon die Abkehr von der Formal „E plus eins" (Zustellung am ersten Werktag nach der Einlieferung) vor. Brüss stellt sich die Frage, ob jede der täglich anfallenden 20 Millionen Sendungen an Briefen, Postkarten und Schnellpaketen so wichtig ist, daß sie unbedingt schon nach einem Tag beim Empfänger eintreffen muß und damit einen hohen Arbeitsaufwand bei der Post erfordert. Der Ministerialrat denkt an ein Klassensystem für Briefe – die eiligen etwas teurer, diejenigen, die erst nach zwei oder drei Tagen am Ziel sein müssen, dafür billiger. Der Kunde kann dann über den Kauf der Briefmarke bestimmen, wie er seine Sendung behandelt wissen will.

Brüss hält dies für viel logischer als die bisherige Praxis, die Gebühr nach dem Inhalt zu bemessen und zwischen Briefen und Drucksachen zu unterscheiden. Erfahrungen im europäischen Ausland haben allerdings gezeigt, daß zwar die Postverwaltungen mit den Briefen erster und zweiter Klasse sehr zufrieden sind, die Bevölkerung daran aber überhaupt keinen Geschmack finden kann.

Die Überlegungen um kurze oder längere Brieflaufzeiten stehen auch noch unter einem anderen Vorzeichen. Das Stichwort heißt Telekommunikation. Brüss verweist darauf, daß eilige Nachrichten viel schneller per Telefon ausgetauscht werden können, und nach der bundesweiten Einführung des Bildschirmtextes, jener Kombination von Schreibtastatur, Telefon und Fernsehschirm, wird dies auch in schriftlicher Form sogar von Privat zu Privat möglich sein. Und Postminister Schwarz-Schilling ist sicher: In etwa 20 Jahren wird es keine Frage mehr sein, daß man sich für wichtige Mitteilungen der schnellen elektronischen Verbindungen bedient, statt einen Brief zu schreiben.

Post-Idyllen aus dem vergangenen Jahrhundert: Postillione, ein Briefträger sowie die Versammlung eines Postmeisters, Postsekretärs und Landpostboten.

Wenn zwei sich etwas zu sagen haben

Seit einem halben Jahrtausend befördert die Post Nachrichten, Güter und Grüße

Briefe zu schreiben, ist aus der Mode gekommen. Der tägliche Blick in den Briefkasten beschert Zeitschriften, Rechnungen, Kontoauszüge, vielleicht ab und zu noch einen Urlaubsgruß. Aber wie lange ist es her, daß wir den handgeschriebenen Brief eines Freundes in Händen hielten?

Nicht nur die Christel von der Post und der Postillion auf dem Kutschbock, auch der Briefträger auf dem gelben Fahrrad wird im Zeitalter des Telefons und der elektronischen Datenübermittlung nur allzubald, so steht zu fürchten, ein Bild der Vergangenheit sein. Das Ende des bedeutendsten Kapitels der Postgeschichte, das vor fünfhundert Jahren begann, scheint vorprogrammiert zu sein.

Damals, im Jahre 1488, beauftragte Maximilian I., dessen Reich die Habsburger Lande, Burgund und die Niederlande umfaßte und der seinen Aufenthaltsort ständig wechselte, die Familie Taxis damit, den gesamten mitteleuropäischen Raum mit einem funktionstüchtigen Postnetz zu überziehen. Schon ein Jahr später konnten Dokumente und Mitteilungen von Innsbruck in die Niederlande in fünfeinhalb Tagen – im Winter in sechseinhalb – befördert werden. Weitere Postkurse führten vom Hof Maximilians nach Paris sowie nach Granada und Toledo. Innerhalb kürzester Zeit wurden diese Hauptlinien um eine Vielzahl von Nebenstrekken erweitert. Brüder, Söhne, Enkel, Neffen und Vettern der von Thurn und Taxis, wie sich das Haus nach seiner Adelung nannte, saßen in allen wichtigen Städten, um von dort die Verwaltung des Postapparates zu überwachen.

Mehr als zweihundertfünfzig Jahre lang blieb das Postmonopol in ihren Händen. Als besonders weitreichend für Macht und Ansehen des Hauses erwies sich zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts jener Entschluß, nicht mehr allein für die Beförderung von Nachrichten zu sorgen, sondern in den Postkutschen auch Personen mitzunehmen. Waren es zu Anfang vor allem Geschäftsleute, welche sich auf diese Weise zu Kunden und Partnern im In- und Ausland bringen ließen, so begannen schon bald auch immer mehr Privatleute, auf diese beschwerliche, jedoch recht preisgünstige Art zu reisen.

Den Anfang der regelmäßigen Personenbeförderung machte 1742 ein „geschwinder Postwagen", der jeden Montag von Frankfurt am Main über Mannheim, Bruchsal, Durlach, Karlsruhe, Kehl, Offenburg und Freiburg nach Basel fuhr, dort am Freitagabend eintraf und mittwochs wieder zurück in Frankfurt war.

In dieser Zeit entstanden auch die ersten Reisehandbücher, in denen vor allem den unerfahrenen Reisenden wertvolle Tips und Ratschläge erteilt wurden. Da stand dann etwa zu lesen: „Öfter geschieht es, daß man zu Wagen bei rauher Luft mit Colic und Winden incommodirt wird: Alsdann so lasset in dem Wirtshaus, in welches ihr kommt, etwas Franz-Wein mit Pommeranzen-Schalen und Muscaten-Nüsse übers Feuer setzen und trinket solches warm aus, worauf ihr bald eine Erleichterung spüren werdet."

Besonders bequem hatten es die Post-Reisenden im achtzehnten Jahrhundert nicht gerade. Die Straßen waren in einem katastrophalen Zustand, und die Postkutschen wurden über die Maßen strapaziert. „Sie streichen die Postwagen rot an", notierte der Göttinger Physiker Georg Christoph Lichtenberg, „als Farbe der Schmerzen und der Marter".

Schneller und besser wurde die Post- wie die Personenbeförderung erst in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts, als beide von dem rasch dichter werdenden Eisenbahnnetz zu profitieren begannen. Zu dieser Zeit allerdings war das Monopol des Hauses Thurn und Taxis schon gebrochen und die Postverwaltung meist in die Hände der einzelnen Länder gefallen, ein Schritt, der gewichtige Folgen haben sollte. Denn als 1868 die Norddeutsche Bundespost und drei Jahre später die Deutsche Reichspost ihre Tätigkeit aufnahmen, erforderte es eine Fülle von Reformen, um das zersplitterte Postwesen wieder zu vereinheitlichen. Zudem kamen durch die Übernahme des Telegraphenwesens in den Zuständigkeitsbereich der Post sowie vor allem auch durch die Erprobung jenes erstaunlichen „Fernsprechers", den der Schotte Alexander G. Bell konstruiert hatte, eine ganze Reihe interner Neuerungen hinzu.

Heinrich von Stephan, damals der Staatssekretär des Reichspostamtes, war von dieser Erfindung so begeistert, daß er ihr – zur Ergänzung des „normalen" Postweges – eine rasche Verbreitung wünschte. Am 1. April 1881 wurde in Berlin die erste Stadtfernsprecheinrichtung mit achtundvierzig Anschlüssen in Betrieb genommen, 1889 waren es schon zehntausend.

Daß sich innerhalb nur eines Jahrhunderts das Verhältnis zwischen Brief und Telefon umkehren, daß das Telefongespräch – nahezu weltweit – zur alltäglichen Kommunikationsform avancieren und den Brief zu einer Ausnahmeerscheinung machen würde, hatte Heinrich von Stephan sicher nicht geahnt. In jedem Fall ist es ihm zu verdanken, daß die Post von heute dem Bürger die Wahl läßt, zum Stift oder zum Hörer zu greifen, wenn er Glückwünsche oder Neuigkeiten übermitteln will. Bleibt die Frage, vor welche Wahl uns die Post von morgen stellt. *Rita Mielke*

Gottfried North: Die Post. Ihre Geschichte in Wort und Bild. R. v. Dekker's Verlag, Heidelberg, 1987, 288 Seiten, 256 Abbildungen, 88 DM.

Unsere Abbildungen sind diesem Band entnommen.

Aus der Heimatgeschichte:

Nacht- und Nebelaktion um Telegraphenverbindung

Der General-Anzeiger brachte vor einigen Wochen einen Artikel über die Eisenbahn. Hierzu dürften folgende Ausführungen von Interesse sein. Am 15. Oktober 1847 wurde die Bahn von Wunstorf bis Minden eröffnet. Die durch Sch.-Lippe führende Strecke hatte der Fürst auf seine Kosten bauen lassen und eine Fürstl. Schaumbg.-Lippische Eisenbahn-Commission eingesetzt, die die notwendigen Arbeiten leitete. Der Betrieb der Bahn wurde der heutigen Eisenbahndirektion in Hannover übertragen. Im Juli 1848 wurde auf Vorschlag der „Kommission für Versuche elektromagnetischer Telegraphen" der Bau einer elektrischen Telephonlinie von Berlin nach Köln angeordnet und mit Schaumburg-Lippe am 1. September 1848 ein Staatsvertrag „betr. Errichtung einer electro-magnetischen Telegraphenlinie auf der das Land Schaumburg-Lippe durchschneidenden Eisenbahnstrecke" zwischen Preußen und Schaumburg-Lippe geschlossen. Die Drähte wurden längs der Eisenbahnlinie unterirdisch verlegt und später, als sich dies als unpraktisch erwies, durch eine oberirdische Leitung von fünf Drähten ersetzt. Im § 3 des Vertrages heißt es: „Der preußischen Staatsregierung wird gestattet, die von ihr in dem Fürstentum Schaumburg-Lippe angelegte Telegraphen-Einrichtung auch zur Beförderung von Nachrichten für das gesamte Publikum zu benutzen, wobei eine völlige Gleichmäßigkeit in der Behandlung der beiderseitigen Staatsangehörigen seitens der Kgl. preuß. Staatsregierung zugesichert wird, welche zugleich erklärt, daß es nicht in ihrer Absicht liegt, durch Benutzung der Telegraphie zu Privatkorrespondenzen einen pekunieren Gewinn zu erzielen." Alles war recht umständlich, und Depeschen konnten nur vom Bahnhof Stadthagen und Bückeburg aufgegeben werden, sie gingen nach Minden und Hannover und wurden dann von hier weiter übertragen.

Im Jahre 1859 wollte man die Zahl der Drähte – es waren bisher fünf – um einen Draht vermehren. Mit Preußen war man schnell einig, aber Schaumburg-Lippe zog die Verhandlungen in die Länge, ja man drohte sogar, die Ziehung des sechsten Drahtes mit Polizeigewalt zu verhindern. Trotzdem wurde der Draht innerhalb einer Nacht von einer größeren Baukolonne gezogen. Daraufhin richtete die Fürstliche Eisenbahnkommission in Bückeburg folgendes Schreiben an die Regierung: „Wir haben uns zwar überzeugt, daß gegen die Art und Weise, wie dieser sechste Draht an die bereits bestehenden preußischen Telegraphen-Stangen angehangen ist, nichts zu erinnern befunden werden kann. Dies steht aber lediglich zur Beurteilung der hiesigen und nicht der preußischen Regierung zu; und wenn Preußen durch den Vertrag vom 11. 9. 1848 auch wirklich das Recht erlangt haben sollte, so viele Telegraphendrähte durch unser Fürstliches Gebiet, der Eisenbahn entlang, zu ziehen, als ihm beliebt, so wird doch in keiner Weise zugegeben werden können, daß Preußen die Drähte ganz nach seinem Belieben an diesem oder jenem Platz der Bahn aufhängt. Hierüber muß die Preußische Telegraphen-Verwaltung sich vielmehr in jedem einzelnen Falle erst mit der hiesigen Eisenbahn-Kommission verständigen. In dem einseitigen Anhängen eines neuen Drahtes vermögen wir daher nur eine Überschreitung der preußischen Befugnisse zu erblicken und geben anheim, in geeigneter Weise zur Anerkennung zu bringen, daß die Preußische Telegraphen-Verwaltung sich in Zukunft bei etwaigen Veränderungen ihrer Telegraphenlinie längs der Eisenbahn vorher erst mit uns über die Art und Weise der Ausführung zu verständigen habe."

Über die Erweiterung der Telegraphenlinie um einen weiteren Draht wurden nunmehr Verhandlungen geführt, wobei man um die Zahl der Drähte feilschte. Man einigte sich zuguter Letzt, für den sechsten Draht eine „Recognitionsgebühr" von 150 Thaler und für jeden weiteren Draht eine solche von 25 Thaler zu bezahlen. Die Zahl der freien Worte für die herrschaftlichen Telegramme des Fürstenhauses und die Staatstelegramme wurde auf 30 mal 25 Worte monatlich festgesetzt.

Stellen wir uns einmal vor, wir dürften heute – 125 Jahre später – nur runde 30 mal im Monat 25 Worte telegraphieren, ganz abgesehen von den vielen Telefongesprächen, die täglich geführt werden; aber Privattelephone gab es ja damals noch nicht.

W. W.

Kanalkabel erfolgreich verlegt

Die Erfindung der Telegraphie und ihre erste praktische Anwendung bedeutete die bisher grösste Revolution auf dem Gebiete des Nachrichtenwesens. Bisher hatten Nachrichten (abgesehen von recht unvollkommenen und von Sicht- und Wetterverhältnissen abhängigen optischen Telegraphen) nur so schnell befördert werden können, wie ihr Überbringer, ob zu Fuss, zu Pferd oder zu Schiff, reisen konnte. Durch die Nutzung des elektrischen Stroms trafen Meldungen nun schon im Augenblick der Abgabe auf der Empfangsstation ein. Und den Entfernungen waren beim Vorhandensein entsprechend langer Verbindungsleitungen praktisch keine Grenzen gesetzt. So bemühte man sich neben dem Bau grosser Überlandleitungen, die bereits um die Mitte des Jahrhunderts Europa und den Westen der USA mit einem dichten Netz durchzogen, um ergänzende unterseeische Verbindungen. In Deutschland wurde 1846 das erste Unterwasserkabel in der Niederweser zwischen Bremen und Bremerhaven verlegt, 1850 erhielt England durch ein Seekabel zwischen Dover und Calais Anschluss an das kontinentale Telegraphennetz, und 1858 kam zwischen Irland und Neufundland die erste transatlantische Kabelverbindung zustande. Die gelungene Verlegung des zweiten Kanalkabels von England nach Belgien im Jahre 1853 schildert der folgende Bericht.

«Es gibt keine öffentliche Unternehmung in Belgien, die so glänzende finanzielle Resultate gäbe wie das Institut der Telegraphen. Eine neue Vermehrung der Einnahmen, abgesehen von anderen wesentlichen Vortheilen, ist mit Sicherheit zu erwarten, nachdem die unterseeische directe Verbindung mit England von Nieuwport nach Dover ins Leben getreten ist. Nach der von der Telegraphen-Gesellschaft mit der belgischen Regierung abgeschlossenen Convention wurden die Drähte am 1. Mai gelegt, nachdem das in diesem Jahre aussergewöhnlich stürmische und unsichere Wetter in der Nordsee und im Canal längere Zeit hindernd gewesen war. Die Drähte sind aus der Fabrik der Herren Newall und Comp. in Sunderland; sie sind mit Guttapercha überzogen, ihre Länge beträgt 70 englische Meilen, ihr Gewicht ungefähr 500 Tonnen und die Kosten ihrer Herstellung 33 000 Pfund Sterling. Das Schiff William Hutt hatte die Bestimmung, England mit dem Continente zu verbinden. Am 6. Mai landete es mit dem Ende des Telegraphentaues zu Middelkerke, und die erste Depesche, die nach London befördert wurde, bestand in den Worten: ‹Verbindung zwischen Belgien und England, 20 Minuten vor 1 Uhr Mittags am 6. Mai 1853.› Dass die Depeschen aus Deutschland und dem östlichen Europa, um nach England zu gelangen, nicht mehr den Umweg über Calais zu nehmen brauchen, ist nach mehr als einer Seite hin ein Vortheil, namentlich in Rücksicht darauf, dass die geschlossene Convention einer jeden der betheiligten Regierungen in Freiheit lässt, die Beförderung der internationalen Depeschen auf unbestimmte Zeit zu suspendiren, sodass es also, so lange nur die eine unterseeische Linie von Calais nach Dover besteht, von Frankreich abhängt, ob England mit dem Continente telegraphisch correspondiren soll oder nicht.»

28.5.1853

Unter dem Titel «Sensationen gestern – Geschichte heute» drucken wir in «Geschichte» Bildberichte aus der seit 1843 in Leipzig herausgegebenen «Illustrirten Zeitung» ab. In dieser Form erfuhr das Publikum damals in Wort und Bild die neuesten Tagesereignisse. Die «Illustrirte Zeitung» war das bedeutendste deutsche Blatt dieser Art. Es hatte eigene Korrespondenten an den wichtigsten Plätzen der Welt im Einsatz und beschäftigte eine Reihe von Pressezeichnern und später von Fotografen, nach deren Vorlagen die aktuellen Korrespondentenberichte im Holzstichverfahren illustriert wurden. Die Beiträge sind dem im Verlag Gerhard Stalling AG, Oldenburg und Hamburg, erschienenen gleichnamigen Buch entnommen.

Landung des Kanalkabels bei Middelkerke

430311

Die Fräuleins vom Amt um 1900: Sittsam in Reih und Glied stöpseln sie die Verbindungen

1906

Deutscher Reichstelegraph

Hochzeit Müller-Schubert
Lützowstr. 19

Telegramm aus: Köln 13
vom 28/4 1928 .... Uhr .... Min. .... Wörter

Telegramm-Schmuckblatt von 1926. Entwurf des Holzschnittes: Erich Feyerabend, Berlin-Friedenau.

Am 5. Oktober 1927: Die Fernsprechdienststunden auf dem flachen Lande werden dem Verkehrsbedürfnis soweit wie möglich angepaßt. Sie müssen allerdings aus betriebstechnischen Gründen mit den Dienststunden für den Postverkehr, die wiederum von dem Eintreffen und Abgehen der Posten abhängig sind, zusammengelegt werden. Bei den Postagenturen liegt die Wahrnehmung des Fernsprechdienstes meistens in einer Hand. Man ist bestrebt, die Fernsprechdienstzeiten auf dem flachen Lande so zu legen, daß auch während der Mittagszeit telefoniert werden kann. Eine ununterbrochene Sprechmöglichkeit wird erst durch die Einrichtung des Selbstanschlußbetriebes möglich sein. Wegen des Umfanges der Arbeit und der Kosten werden die Menschen auf dem Lande noch einige Jahre auf volle Befriedigung ihrer Wünsche warten müssen.

Die Deutsche Bundespost informiert

Selbstwählferndienst nach der DDR und Berlin (Ost)

Vom 5. Dezember 1979 an können Sie 130 weitere Ortsnetze — innerhalb der Hauptamtsbereiche Dresden, Erfurt, Frankfurt/Oder und Gera — im Selbstwählferndienst nach der DDR erreichen.
Die Sprechdauer für eine Gebühreneinheit beträgt durchgehend während der Tages- und Nachtzeit 12 Sekunden.
Teilnehmer, deren eigene Vorwählnummer mit 0 55 beginnt (Bereich Göttingen), können mit den Teilnehmern des Bereiches Erfurt für eine Gebühreneinheit 15 Sekunden lang telefonieren. Die Ortsnetze des Bereichs Erfurt sind mit dem Zusatz (1) gekennzeichnet.
Fernsprechteilnehmer sollten diese Mitteilung in ihr „Amtliches Verzeichnis der Ortsnetzkennzahlen für den Selbstwählferndienst" (AVON) als Ergänzung einlegen. Bei Einführung des Nahdienstes erhalten Sie ein neues AVON, in das Sie diese Information übernehmen müssen, weil die neuen Vorwählnummern dort noch nicht aufgeführt sind.

430314

Mit freundlichen Grüßen **Ihre Post**

Ortsnetz	Kennzahl
Altkünkendorf	0037 37297
Angermünde	0037 372
Apolda (1)	0037 620
Arenshausen (1)	0037 62981
Bad Berka (1)	0037 6218
Bad Köstritz	0037 7095
Bad Schandau	0037 5692
Bad Sulza (1)	0037 62081
Berlstedt (1)	0037 62192
Blankenhain Thür (1)	0037 62199
Bleicherode (1)	0037 62898
Buttelstedt (1)	0037 62191
Camburg	0037 79191
Casekow	0037 3726
Creuzburg (1)	0037 62396
Diedorf ü Mühlhausen (1)	0037 62594
Dietzenrode (1)	0037 62986
Dingelstädt Eichsfeld (1)	0037 6275
Dornburg Saale	0037 79197
Dürröhrsdorf	0037 5696
Ebeleben (1)	0037 62590
Eisenach (1)	0037 623
Ellrich (1)	0037 62892
Elxleben ü Arnstadt (1)	0037 6190
Erfurt (1)	0037 61
Ermstedt (1)	0037 6198
Ershausen (1)	0037 62982
Friedrichroda (1)	0037 6227
Friedrichswerth (1)	0037 62294
Gartz O	0037 3727
Gebra (1)	0037 62898
Gebstedt (1)	0037 62083
Georgenthal Thür Wald (1)	0037 62293
Gera	0037 70
Gerstungen (1)	0037 62392
Goldbach ü Gotha (1)	0037 62295
Gotha Bz Erfurt (1)	0037 622
Greiffenberg	0037 37294
Greußen (1)	0037 6266
Großberndten (1)	0037 62890
Großbodungen (1)	0037 6277
Großengottern (1)	0037 62592
Großenlupnitz (1)	0037 62390
Großfahner (1)	0037 6196
Großwechsungen (1)	0037 62895
Heiligenstadt Heilbad (1)	0037 629
Heringen Helme (1)	0037 62893
Hermsdorf Thür	0037 7091
Heuthen (1)	0037 62984
Horsmar (1)	0037 62593
Ilfeld (1)	0037 62891
Isserstedt	0037 79195
Jena	0037 791
Kahla Thür	0037 7915
Kleinneuhausen (1)	0037 62692
Klettbach (1)	0037 6197
Klettenberg (1)	0037 62896
Knau ü Pößneck	0037 7959
Kölleda (1)	0037 6268
Königstein Sächs Schweiz	0037 5691
Körner (1)	0037 62595
Kraftsdorf	0037 7096
Kranichfeld (1)	0037 62190
Krippen	0037 5698
Langenhennersdorf	0037 56990
Leinefelde (1)	0037 627
Lengenfeld unterm Stein (1)	0037 62597
Liebstadt	0037 5695
Luisenthal (1)	0037 62297
Marksuhl (1)	0037 62395
Menteroda (1)	0037 62599
Mihla (1)	0037 62394
Mühlhausen Thür (1)	0037 625
Münchenbernsdorf	0037 7094
Neudietendorf (1)	0037 6192
Neuenhof (1)	0037 62398
Neustadt Orla	0037 7956
Niederorschel (1)	0037 6276
Niederpöllnitz	0037 7097
Nordhausen (1)	0037 628
Oberndorf ü Apolda (1)	0037 62085
Ohrdruf (1)	0037 62291
Orlamünde	0037 79193
Oßmannstedt (1)	0037 62082
Ottendorf ü Stadtroda	0037 79196
Passow ü Angermünde	0037 37296
Pinnow ü Angermünde	0037 37295
Pirna	0037 56
Pößneck	0037 795
Reinholterode (1)	0037 62985
Reinstädt ü Jena	0037 79192
Ronneburg	0037 7092
Rosenthal Sächs Schweiz	0037 56993
Ruhla (1)	0037 6238
Schiedungen (1)	0037 62897
Schloßvippach (1)	0037 72701
Schlotheim (1)	0037 62591
Schwedt O	0037 3725
Seelingstädt b Gera	0037 7098
Sömmerda (1)	0037 626
Sollstedt Wipper (1)	0037 62898
Sondershausen (1)	0037 62899
Stadtilm (1)	0037 6199
Stadtroda	0037 7916
Stadt Wehlen	0037 5694
Stolpe O	0037 37298
Stotternheim (1)	0037 6194
Struppen	0037 5690
Struth ü Mühlhausen Thür (1)	0037 62596
Tantow	0037 3728
Teistungen (1)	0037 62791
Treffurt (1)	0037 62393
Triptis	0037 7957
Uder (1)	0037 62983
Unterellen (1)	0037 62397
Vieselbach (1)	0037 6193
Walschleben (1)	0037 6191
Waltershausen (1)	0037 6228
Wechmar (1)	0037 62296
Weesenstein	0037 5697
Wehnde (1)	0037 62793
Weida	0037 7093
Weimar (1)	0037 621
Weißenborn-Lüderode (1)	0037 62794
Wolkramshausen (1)	0037 62894
Worbis (1)	0037 6274
Wormstedt (1)	0037 62084
Wüstheuterode (1)	0037 62987
Wutha (1)	0037 62391
Ziegenrück	0037 7958

→
Auf der Rückseite wichtige Informationen über FTZ-Prüfnummern von Radio- und Fernsehgeräten

Noch eine wichtige Information der Post:

Achten Sie bitte beim Kauf von Radio- und Fernsehgeräten auf die FTZ-Prüfnummer!

Fragen Sie Ihren Händler nach dieser Nummer! Sie wird vom Fernmeldetechnischen Zentralamt (FTZ) der Deutschen Bundespost vergeben. Die FTZ-Prüfnummer garantiert, daß das Gerät zugelassen ist und den technischen Vorschriften entspricht. Sie finden die FTZ-Prüfnummer entweder am Empfangsgerät oder in der Bedienungsanleitung.

Die FTZ-Prüfnummer schützt insbesondere den nichtöffentlichen Fernmeldeverkehr. Geräte mit FTZ-Prüfnummer können z. B. keinen Feuerwehrfunk, Flugfunk und Polizeifunk empfangen oder stören. Sie weisen nur die für Rundfunkempfänger zulässigen Frequenzbereiche auf, z. B. den UKW-Bereich von 87,5 MHz – 108 MHz.

Wenn Sie in diesem Zusammenhang noch weitere Fragen haben, wenden Sie sich bitte an Ihren Fachhändler oder die Funkstörungsmeßstelle Ihres Fernmeldeamtes!

Einen guten Empfang wünscht Ihnen **Ihre Post**

MITTWOCH, 30. JANUAR 1980

Post bietet ab Herbst das Komfort-Telefon an

Von unserer Bonner Redaktion

pff. **Bonn**

Ende dieses Jahres will die Bundespost erstmals ihren Kunden ein sogenanntes Komfort-Telefon anbieten. Drei bis vier Jahre später soll dieser unter anderem mit einem Lautsprecher und Tastenwähler ausgerüstete Apparat zur Normalausstattung gehören. Allerdings befürchtet das Postministerium in Bonn noch Auseinandersetzungen mit der Industrie, die eifersüchtig darüber wacht, daß die Post nicht ihr Monopol ausweitet.

Dieses Monopol bezieht sich bisher auf das Leitungsnetz und auf das Serientelefon, wie es jeder bekommt, der einen Hauptanschluß beantragt. Die einschlägigen Firmen, die alle Zusatzgeräte liefern, sagen nun, der geplante neue Apparat werde nicht mehr dieser Aufgabenverteilung entsprechen.

In der Tat bietet er wesentlich mehr als bisher gewohnt. Neben dem Lautsprecher und der Tastatur wird es zum Beispiel die Möglichkeit geben, zehn besonders häufig gewünschte Nummern einzuspeichern und durch Knopfdruck abzurufen. Sodann wird der Apparat Nummern automatisch einmal wiederholen, falls der gewählte Anschluß besetzt ist. Eltern, die abends ihre Kinder alleinlassen, können den Apparat bis auf eine eingespeiste Nummer (etwa unter der sie zu erreichen sind) sperren lassen.

Alle diese Funktionen sind heute mit Zusatzgeräten von der Industrie zu kaufen. Das könne aber, so sagt man im Postministerium, kein Grund sein, sie nicht serienmäßig einzubauen.

Wer das neue Telefon sofort wünscht, muß dafür einmalig 250 bis 350 Mark oder monatlich eine weitere Grundgebühr von 15 bis 20 Mark zahlen. Wenn dann in einigen Jahren genügend Apparate der neuen Generation lieferbar sind, sollen die Sondergebühren fortfallen: Die Extra-Ausführung wird dann zum Serientelefon.

Automaten lösten das Fräulein vom Amt ab

5.4.80

r. Hannover

Ihr 25jähriges Bestehen begeht jetzt die Zentralvermittlungsstelle für den Selbstwählferndienst in Hannover. Ihr Bereich erstreckt sich von Kassel über Uelzen bis Lingen. Für das Fräulein vom Amt ist allerdings nur noch ein geringer Arbeitsanteil übriggeblieben: Der Inlandsfernsprechdienst ist voll automatisiert und ins Ausland wird nur noch ein Prozent der Gespräche mit der Hand vermittelt. Zur Zeit werden in der Zentralvermittlungsstelle täglich noch 1800 Verbindungen per Hand hergestellt, davon 700 ins Ausland und 1100 in die DDR. Die Zahl der Vermittlerinnen ist auf 70 zurückgegangen, während es vor der Einführung des Selbstwählferndienstes im Jahr 1955 mehr als 500 waren.

430318

Ein Telefon mit mehr Komfort

Neuer Apparat kommt im Sommer / 11,80 Mark Aufpreis monatlich

Von unserer Bonner Redaktion

3.2.84 mau. **Bonn**

Wer will, kann vom Sommer an mit mehr Komfort telefonieren. Der Verwaltungsrat der Bundespost hat am Montag entschieden, daß den Postkunden dann das neue elektronische Telefon mit sechs zusätzlichen Möglichkeiten zur Verfügung stehen soll – zunächst allerdings nur gegen Zusatzgebühr.

Der neuerungswillige Kunde muß dafür einmalig 697 Mark oder 11,80 Mark monatlich zusätzliche Gebühr entrichten. Wer seinen Apparat zum alten Eisen wirft, um ihn gegen einen neuen in Farngrün, Beige, Hellrot-Orange oder Dunkelrot einzutauschen, muß dafür eine Austauschgebühr von 40 Mark bezahlen.

Der neue Apparat, der nicht einfach nur klingelt, sondern einen Dreifachton aussendet, ist nicht größer als das gewohnte Tastentelefon. Er hat nur eine Tastenreihe mehr. Damit kann man künftig kurzwählen: zehn häufig benötigte Rufnummern mit bis zu 15 Ziffern lassen sich speichern und können durch drücken von nur zwei Tasten ausgelöst werden.

Mit Direkt- oder „Babyruf" kann eine bestimmte Rufnummer gespeichert werden, die automatisch ausgelöst wird, wenn eine beliebige Taste gedrückt wird. Dies können Eltern kleiner Kinder nutzen, wenn sie nicht zu Hause sind, oder Kranke, die auf einen Pfleger angewiesen sind.

Mit dem elektronischen Apparat kann man die zuletzt eingegebene Nummer beliebig oft automatisch wiederholen, wenn der Anschluß besetzt ist. Der Telefonbesitzer kann bei aufgelegtem Hörer wählen. Ferner enthält der Apparat einen Lautsprecher, der zum Mithören zugeschaltet werden kann. Die Tastatur läßt sich sperren, so daß niemand ohne Erlaubnis wählen kann. Ankommende Anrufe können trotzdem entgegengenommen werden.

Die recht hohe Gebühr für den neuen Apparat gilt wohl nur für eine Übergangszeit. Schon bei der Vorbereitung der Umstellung hatte das Postministerium angekündigt, daß das vorgestellte Gerät künftig zum Standardtelefon werden soll. Da aber mit sehr hoher Nachfrage nach dem neuen Vielkönner gerechnet wird, sollte eine Gebühr die Begehrlichkeit zunächst etwas dämpfen, bis alle Kunden auf Wunsch zu dem neuen Telefon kommen können.

Darüber hinaus beschloß der Postverwaltungsrat, vom 1. April an den Billigtarif am Abend auch für den Fernsprechverkehr mit der DDR einzuführen. Für die 760 Ortsnetze in der DDR, die von der Bundesrepublik aus selbst angewählt werden können, wird der Zeittakt an Werktagen nach 18 Uhr und an Sonnabenden und Sonntagen von 12 auf 16 Sekunden je Gebühreneinheit ausgedehnt. Die in dieser Zeit geführten Gespräche verbilligen sich dann um 25 Prozent. Die Bundespost schätzt die Einnahmeeinbußen dadurch auf 18 Millionen Mark im Jahr.

Telefonmobil der Post kommt künftig auch nach Rehburg

Im Zwei-Wochen-Rhythmus jeweils dienstags am Marktplatz

25.10.82

Rehburg-Loccum (r). **In der Heidtorstraße (Marktplatz) in Rehburg steht künftig alle 14 Tage dienstags von 14 bis 17.15 Uhr, das erste Mal in der nächsten Woche, das Telefonmobil der Post.**

Seit fünf Jahren gibt es die Telefonmobile. „Die Bundespost geht auf's Land", so lauteten seinerzeit die Schlagzeilen. Die Post möchte für die Fernsprechkunden und die, die es noch werden wollen, die Wege verkürzen und ihnen damit Zeit und Kosten ersparen. Die Telefonmobile führen in ihrer Ausstellung eine große Auswahl von Telefonen und Zusatzeinrichtungen mit. Interessenten können sich somit an Ort und Stelle informieren.

Das Begleitpersonal, die Kundenberaterinnen des Fernmeldeamtes 2 Hannover beraten in allen Fragen „rund um das Telefon". Außerdem lassen sich im Telefonmobil auch sofort die weiteren „amtlichen Schritte" von der Antragstellung für das neue Telefon bis zur Änderung der vorhandenen Telefonanlage, zum Beispiel die Verlegung eines Fernsprechanschlusses, die Ergänzung um einen Gebührenanzeiger, um eine zusätzliche Klingel oder eine längere Anschlußschnur erledigen.

Das Fernmeldeamt 2 Hannover erwartet, daß der neue Standort Rehburg in Zukunft genau so gut „ankommt", wie die bereits bisher in die Fahrpläne aufgenommenen Standorte. Über 7000 Besucher des Telefonmobils hat das Fernmeldeamt 2 im letzten Jahr gezählt. Wegen des guten Erfolges wurde Anfang Oktober ein zweites Telefonmobil „in Dienst gestellt".

„He, Sie! Sie haben die Postleitzahl vergessen!"

430321

Postleitziffern!

Für die Erleichterung der Postbeförderung ist das großdeutsche Reichsgebiet in Postleitbezirke eingeteilt worden. Jeder Absender einer Postsendung muß darauf achten, daß er in der Anschrift vor dem Bestimmungsort die richtige Postleitziffer angibt. In der ersten Zeit der Einführung erfordert es ein wenig Gedankenarbeit, den Bestimmungsort mit der richtigen Postleitziffer zu versehen. Aus dem nachstehenden Verzeichnis der wichtigsten deutschen Städte mit ihren Postleitziffern ergeben sich auch Anhaltspunkte für die Ermittlung der richtigen Ziffern für benachbarte Orte:

Aachen 22
Allenstein 5b
Altenburg (Th.) 10
Ansbach (Mittelfr.) .. 13a
Apolda 15
Arnstadt 15
Asch (Westsud.) ... 11a
Aschaffenburg 13a
Aschersleben 19
Aue (Sachs.) 10
Augsburg 13b
Aussig 11a
Baden-Baden 17a
Bamberg 13a
Bautzen 10
Bayreuth 13a
Berlin 1
Bernburg 19
Beuthen (O.-S.) 9a
Bielefeld 21
Bitterfeld 10
Bocholt 21
Bochum 21
Bonn 22
Bottrop 21
Brandenburg 2
Braunschweig 20
Bremen 23
Breslau 8
Brieg (Bez. Br.) ... 8
Bromberg 5a
Brünn 11b
Brüx 11a
Castrop-Rauxel 21
Celle 20
Chemnitz 10
Coburg 13a
Cottbus 2
Crimmitschau 10
Cuxhaven 24
Danzig 5a
Darmstadt 16
Delmenhorst 23
Dessau 19
Döbeln 10
Dortmund 21
Dresden 10
Düren 22
Düsseldorf 22
Duisburg 22
Eger 11a
Eisenach 15
Eisleben 10
Elbing 5a
Emden 23
Erfurt 15
Erlangen 13a
Essen 22
Eßlingen (Neckar) .. 14
Flensburg 24
Forst (Lausitz) 2
Frankfurt (M.) 16
Frankfurt (O.) 2
Freiberg (Sa.) 10
Freiburg (Br.) 17a
Freital 10
Friedrichshafen 14
Fürth 13a
Fulda 16
Gablonz (Neiße) ... 11a
Gelsenkirchen 21
Gera 15
Gießen 16
Gladbeck 21
Glauchau (Sa.) ... 10
Gleiwitz 9a
Glogau 8
Gnesen 6
Görlitz 8
Göttingen 20
Goslar 20
Gotenhafen 5a
Gotha 15
Graudenz 5a
Graz 12a
Greifswald 4
Greiz 15
Guben 2
Güstrow 3
Gütersloh 21
Gumbinnen 5b
Hagen (Westf.) 21
Halberstadt 19
Halle (Saale) 10
Hamburg 24
Hameln 20
Hamm 21
Hanau 16
Hannover 20
Heidelberg 17a
Heidenau (Sa.) 10
Heilbronn 14
Herford 21
Herne 21
Hildesheim 20
Hindenburg (O.-S.) . 9a
Hirschberg (Rsgeb.) 8
Hof (Saale) 13a
Hohensalza 6
Idar-Oberstein 22
Iglau 11b
Ingolstadt (Donau) . 13b
Innsbruck 12b
Insterburg 5b
Iserlohn 21
Jaroslau (Dis. Krak.) 7a
Jena 15
Kaiserslautern 18
Kalisch 6
Karlsbad 11a
Karlsruhe (Baden) . 17a
Kassel 16
Kattowitz 9a
Kempten (Allgäu) .. 13b
Kiel 24
Kielce 7a
Klagenfurt 12b
Koblenz 22
Köln 22
Königsberg (Pr.) ... 5b
Königshütte 9a
Köslin 4
Köthen 19
Kolberg (Ostseebad) 4
Komotau 11a
Konstanz 17a
Krakau 7a
Krefeld 22
Kreuznach (Bad) .. 22
Küstrin 2
Kutno 6
Landau (Pfalz) 18
Landsberg (Warthe) 2
Landshut (Bay.) ... 13b
Leipzig 10
Leoben 12a
Leslau (Warthel.) .. 6
Liegnitz 8
Linz (Donau) 12b
Litzmannstadt 6
Lippstadt 21
Lublin 7a
Luckenwalde 2
Ludwigshafen 18
Lübeck 24
Lüneburg 24
Mährisch-Ostrau ... 11b
Magdeburg 19
Mainz 16
Mannheim 17a
Marburg (Lahn) ... 16
Marienburg (Westpr.) 5a
Marl (Kr. Recklinghs.) 21
Meerane 10
Meiningen 15
Meißen 10
Memel 5b
Merseburg 10
Minden 21
Mühlheim (Ruhr) .. 22
München 13b
M.-Gladbach 22
Münster (Westf.) ... 21
Naumburg (Saale) . 10
Neiße 9a
Neumünster 24
Neunkirchen (Saar). 18
Neuß 22
Neustrelitz 3
Nordhausen 15
Nürnberg 13a
Oberhausen 22
Offenbach 16
Oldenburg 23
Olmütz 11b
Oppeln 9a
Osnabrück 23
Ostrowice 7a
Pabjanice (Warthel.) 6
Passau 13b
Petrikau 7a
Pforzheim 17a
Pilsen 11b
Pirmasens 18
Pirna 10
Plauen (Vogtl.) 10
Posen 6
Potsdam 2
Prag 11b
Prenzlau 2
Quedlinburg 19
Radebeul 10
Radom 7a
Ratibor 9a
Ravensburg 14
Recklinghausen 21
Regensburg 13a
Reichenbach (Vogtl.) 10
Reichenberg (Sudet.) 11a
Remscheid 22
Reutlingen 14
Rheine 21
Rheinhausen 22
Rheydt 22
Riesa 10
Rostock 3
Saalfeld 15
Saarbrücken 18
Saarlautern 18
Sagan 8
Salzburg 12b
Sankt Pölten 12a
Schleswig 24
Schneidemühl 2
Schweidnitz 8
Schweinfurt 13a
Schwerin 3
Siegen 21
Soest 21
Solingen 22
Sorau 2
Sosnowitz 9a
Speyer 18
Stargard 4
Stendal 19
Stettin 4
Stolp 4
Stralsund 4
Straßburg (Els.) 17b
Straubing 13a
Stuttgart 14
Suhl 15
Swinemünde 4
Teplitz-Schönau (Sd.) 11a
Thorn 5a
Tilsit 5b
Trier 22
Troppau 9b
Tschenstochau 7a
Tübingen 14
Ulm 14
Velbert 22
Viersen 22
Villach 12b
Völklingen (Saar) .. 18
Waldenburg (Schles.) 8
Wanne-Eickel 21
Warschau 7a
Wattenscheid 21
Weiden (Opf.) 13a
Weimar 15
Weißenfels (Saale) . 10
Wels 12b
Wernigerode 19
Wesel 22
Wesermünde 23
Wien 12a
Wiesbaden 16
Wiener-Neustadt .. 12a
Wilhelmshaven 23
Wismar 3
Witten 21
Wittenberg-Lutherst. 10
Wittenberge (Bz. Pd.) 2
Wolfenbüttel 20
Worms 16
Würzburg 13a
Wuppertal 22
Zdunska Wola 6
Zeitz 10
Zerbst 19
Zittau 10
Zlin 11b
Znaim 12a
Zoppot 5a
Zweibrücken 18
Zwickau (Sachs.) .. 10

DIE ERSTEN POSTLEITZIFFERN

430323

Wurfsendung

Wichtige Mitteilung der Deutschen Bundespost

Sehr geehrter Postkunde!

Durch das Gesetz über die kommunale Neugliederung der Gemeinden im Raum Nienburg/Weser ist die erweiterte

Stadt Rehburg-Loccum

gebildet worden.

Diese Maßnahme erfordert:

Änderung der Postortsbezeichnung

Vergabe einer einheitlichen Postleitzahl

vom 1. Juli 1975 an.

430324

Postamtliche Ortsbezeichnung

statt bisher:	künftig:
3051 Bad Rehburg	3056 Rehburg-Loccum 3
3055 Loccum	3056 Rehburg-Loccum 2
3051 Münchehagen	3056 Rehburg-Loccum 4
3056 Rehburg	3056 Rehburg-Loccum 1
3051 Winzlar	3056 Rehburg-Loccum 1
3051 Bockhorn Post Münchehagen	3056 Rehburg-Loccum 4
3056 Düsselburg Post Rehburg	3056 Rehburg-Loccum 1
3055 Heide Post Loccum	3056 Rehburg-Loccum 2
3055 Hormannshausen Post Loccum	3056 Rehburg-Loccum 2
3051 Kreuzhorst, Gem Loccum Post Münchehagen	3056 Rehburg-Loccum 4
3051 Kreuzhorst, Gem Münchehagen Post Münchehagen	3056 Rehburg-Loccum 4
3051 Salsebult Post Münchehagen	3056 Rehburg-Loccum 4

430325

Die Postkunden werden gebeten, in den Anschriften und Absenderangaben vom 1. 7. 1975 an nur noch die neuen postamtlichen Ortsbezeichnungen mit der Unterscheidungsziffer zu verwenden!

Unter der Ortsbezeichnung bitten wir Straße und Hausnummer oder das Postfach anzugeben.

Zum Beispiel:

3056 Rehburg-Loccum 1
Südstr. 68

3056 Rehburg-Loccum 2
Postfach 100

3056 Rehburg-Loccum 3
Parkstr. 10

3056 Rehburg-Loccum 4
Sackstr. 260

Verständigen Sie bitte Ihre Brief- und Geschäftspartner von Ihrer geänderten Postanschrift!

Postsendungen mit richtiger Postleitzahl, Ortsbezeichnung und Wohnungsangabe erreichen Sie schneller!

Wir empfehlen, diese Wurfsendung zusammen mit Ihrem Postleitzahlen-Verzeichnis aufzubewahren.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Postamt 305 Wunstorf

430326

Motive der nächsten Dauermarken: Nahverkehrs-Triebzug, Rettungshubschrauber und Schiffbau.

Nachschub für das Briefmarkenalbum

Bundespost kündigt neue Sondermarken an

Eigener Bericht wk. Hannover

Briefmarkensammler sollten sich den 14. August im Kalender vormerken. An diesem Tag bringt die Deutsche Bundespost drei neue Sonderpostwertzeichen sowie drei weitere Werte der neuen Dauerserie mit Darstellungen aus Industrie und Technik heraus. Es sind die Wertstufen zu 10, 30 und 70 Pfennig. Für Westberlin erscheinen sie bildgleich, aber mit der Inschrift Deutsche Bundespost Berlin. Die Sonderbriefmarken sind dem Tag der Briefmarke 1975 (10 Pf), dem 100. Geburtstag des katholischen Politikers Matthias Erzberger (50 Pf) und der Bekämpfung des Drogenmißbrauchs (40 Pf) gewidmet.

Zum Tag der Briefmarke: Ein altes Posthausschild

Gleichzeitig mit der Ankündigung dieser Neuerscheinungen hat die Bundespost neun ihrer für das Jahr 1976 vorgesehenen 21 Briefmarkenausgaben bereits in den ausgewählten Entwürfen vorgestellt. Es handelt sich um die am 5. Januar erscheinenden Gedenkmarken für Konrad Adenauer (100. Geburtstag) und Hans Sachs (400. Todestag) sowie eine Sondermarke zum 50jährigen Bestehen der Lufthansa. Weiter liegen die Entwürfe zu den für den 6. April angekündigten Jugendmarken mit Schiffen und den Sondermarken zu den Jubiläen der Wuppertaler Schwebebahn (75 Jahre) sowie der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (25 Jahre) vor. Am 13. Mai wird eine Gedenkmarke zum 300. Todestag von Paul Gerhardt erscheinen, am 14. Juni eine aus fünf Werten bestehende Serie unter dem Thema Archäologisches Kulturgut. Für die Wohlfahrtsmarken des kommenden Jahres, die am 14. Oktober 1976 an die Schalter kommen sollen, sind Blumenmotive ausgewählt worden.

Dem Kampf gegen den Drogenmißbrauch und Matthias Erzberger sind diese Sondermarken gewidmet.

DONNERSTAG, 18. SEPTEMBER 1975

300 000 Abmeldungen seit Januar

Im Telefonnetz wird es allmählich stiller

40 Prozent klagen: Die Gebühren sind zu hoch

Von Werner Puppe **Hannover/Bonn**

Immer mehr Bundesbürgern wird ein Telefonanschluß zu teuer. Das zeigt sich an einer beachtlichen Zahl von Abmeldungen im ersten Halbjahr 1975 und an einem starken Rückgang bei der Zahl von Anträgen für einen neuen Fernsprechanschluß. Bei der Bundespost stehen die Zeichen auf Sturm. Sie will von heute an mit einer breitangelegten Kampagne für ihren einzigen gewinnbringenden Unternehmenszweig, das Fernsprechwesen, werben. Das erklärte am Mittwoch das Bundespostministerium in Bonn gegenüber unserer Zeitung.

Die Post informiert 430327

Neues über Aufschrift und Absenderangabe auf Postsendungen

1976, herausgegeben vom Bundesministerium
für das Post- und Fernmeldewesen.

Sehr geehrter Postkunde,

430328

im Interesse einer einheitlichen internationalen Schreibweise ist auch bei uns die Reihenfolge in der Postanschrift geändert worden. Wir bitten Sie deshalb herzlich, künftig in der Anschrift Ihrer Postsendungen den Bestimmungsort nicht mehr über, sondern unter die Straßenangabe, also in die letzte Zeile zu setzen. Für uns, die Deutsche Bundespost, hätte das einen weiteren wichtigen Vorteil: wir könnten die Automatisierung der Briefverteilung vorantreiben, eine Rationalisierungsmaßnahme, die nicht zuletzt auch unseren Kunden zugute kommt.

Wir wären Ihnen sehr verbunden, wenn Sie sich schon bei Ihrem nächsten Brief oder Paket für die neue Anschriftenform entschließen könnten. Eine entsprechende Absenderangabe auf Ihrer Post würde darüber hinaus auch die Empfänger Ihrer Sendungen anregen, die neue, richtige Anschriftenform zu verwenden.

Bitte denken Sie auch beim Kauf neuer Briefbogen und Umschläge mit eingedruckter Absenderangabe an die künftig richtige Postanschrift.

Während einer längeren Übergangszeit können Sie selbstverständlich Ihr Briefpapier und die Briefumschläge mit der bisherigen Anschriftenform aufbrauchen; nicht anders wird die Post mit ihren alten Formblättern verfahren, um Kosten zu sparen.

Wir danken Ihnen sehr für Ihr Verständnis und Ihre Mithilfe.

Dieses Faltblatt erläutert Ihnen an einigen Beispielen die neue Schreibweise der Postanschrift. Im übrigen halten unsere Postämter für Kunden, die sich genauer informieren wollen, ein ausführlicheres Merkblatt bereit.

Mit freundlichen Grüßen

Ihre Post

Erläuterungen

① Hier stehen, soweit erforderlich, folgende Angaben: Sendungsart (z. B. Drucksache), besondere Versendungsform (z. B. Einschreiben, Eilzustellung), Vorausverfügung (z. B. Nicht nachsenden).

② Name des Empfängers. Bei Sendungen an Untermieter hier den Namen des Wohnungsinhabers zusetzen.
Bei Sendungen an Firmen möglichst die volle Bezeichnung der Firma angeben.

③ Zur Zustellangabe gehören Straße und Hausnummer, ggf. auch Stockwerk und Nummer der Wohnung.

④ Die Postleitzahl stets vierstellig angeben. Bisher ein-, zwei- oder dreistellig geschriebene Postleitzahlen durch Anhängen von Nullen auf 4 Stellen erweitern.

Auf Sendungen in die DDR und nach Ostberlin vor die Postleitzahl ein „x" setzen.

Den Bestimmungsort nicht gesperrt schreiben und nicht unterstreichen.

Bei Orten mit mehreren Zustellpostämtern hinter dem Bestimmungsort die Bezeichnung des Zustellpostamtes angeben.

⑤ Die Absenderangabe bitte in die linke obere Ecke der Aufschriftenseite oder auf die Rückseite der Sendung setzen. Bestandteile und Anordnung wie bei der Anschrift, jedoch ohne Leerzeile.

Beachten Sie bitte einige Besonderheiten:

Bei Sendungen an Empfänger in Häusern, in denen die Wohnungen oder Hausbriefkästen numeriert sind, diese Nummern mit dem Zusatz „W" hinter der Hausnummer angeben:

Eilzustellung

Herrn
Dr. Klaus Müller
Parkstraße 25 W 72

1000 Berlin 65

Auf Sendungen an Briefabholer anstelle von Straße und Hausnummer das Postfach mit Postfachnummer angeben:

Lehmann & Krause KG
z. H. Herrn Becker
Postfach 10 08 96

5000 Köln 1

Bei Sendungen an Empfänger in Orten ohne Zustellpostamt hinter dem Ortsnamen das Zustellpostamt mit dem Zusatz „Post" angeben:

Herrn Gutsverwalter
Dipl.-Landwirt Otto Winter
Hauptstraße 3

8491 Kleinaign Post Eschlkam

Reicht eine Zeile für Ortsnamen und Postamt nicht aus, wird der Zusatz eine Zeile tiefer geschrieben:

8821 Oberschwaningen
Post Unterschwaningen

430331

Mit folgenden Ländern ist im Postverkehr die Verwendung von Nationalitätszeichen für Kraftfahrzeuge vereinbart.

Belgien	B	Liechtenstein	FL
Dänemark	DK	Norwegen	N
Finnland	SF	Österreich	A
Frankreich	F	Schweden	S
Italien	I	Schweiz	CH
Jugoslawien	YU	Ungarn	H

Wenn dieses Kennzeichen vor der Postleitzahl vermerkt ist, kann auf die Angabe des Bestimmungslandes verzichtet werden:

Herrn
Wilhelm Baeren
Münsterplatz 10

CH-3000 Bern

Bei Sendungen nach den übrigen Ländern bitte das Bestimmungsland nach einer Leerzeile unter den Bestimmungsort setzen:

Mit Luftpost – By airmail

M. J. B. Brown
260 High Street

Canberra, N. S. W. 2608

Australien

Musteraufschrift für eine Briefsendung

⑤ Hans Becker
Kieler Straße 314
2000 Hamburg 54

①

②
③

④

Alle Zeilen der Aufschrift beginnen auf einer Fluchtlinie (linksbündig).

430333

(Bitte beachten Sie dieses Muster auch dann, wenn Sie die Aufschrift mit der Hand schreiben.)

Die Briefmarke bitte in die rechte obere Ecke kleben.

Einschreiben

Frau
Annemarie Hartmann
Vogelsangstraße 17

6ooo Frankfurt 7o

Hier bitte eine Zeile frei lassen.

ift

).

Zwischen Postleitzahl, Bestimmungsort und Zustellamt eine Buchstabenbreite frei lassen.

430334

Nicht vergessen:

Ihr Weihnachtspaket in die Zone

Der Inhalt braucht Ihnen kein Kopfzerbrechen zu machen. Zwar ist die Versorgung mit allen wichtigen Lebensmitteln „drüben" gesichert, aber es gibt immer noch Schwierigkeiten in der Verteilung, „Engpässe" und „Versorgungslücken". Die Qualität läßt oft zu wünschen übrig und die Preise — mit Ausnahme der Preise für Grundnahrungsmittel — sind hoch. Deshalb haben wir noch viele Möglichkeiten, mit Paketen und Päckchen Freude zu bereiten.

Für den bunten Teller Apfelsinen, Mandarinen, Nüsse, Feigen, Datteln, Äpfel, Schokolade und Schokoladeherzen, Marzipan, Kekse, Teegebäck.

Für den Weihnachskuchen Mandeln, Zitronat, Backpulver, Vanillezucker, Rosinen, Milchpulver.

Zum Fest besonders begehrt Kaffee, Kakao, Zigaretten, Zigarren.

Für Küche ... Butter, Margarine, Backfett, Speck, Eierteigwaren, guter Reis, Backobst, Puddingpulver, Brühwürfel, guter Käse, Gewürze;

... und Haushalt Batterien und Birnen für Taschenlampen, Gasanzünder, Nägel, Schrauben und Haken, gute Seife, Feinwaschmittel, Schwämme, Fensterleder, Glühbirnen, Scheren, Taschenmesser, Spülbürsten, Topfreiniger, Klebstoff, Papierservietten, Druckknöpfe, Haken, Ösen, Nähzubehör, Perlmuttknöpfe, Reißverschlüsse, Einkaufsnetze.

Zur Körperpflege Toilettenseife, Rasierseife, Rasierzubehör, Hautcreme, Babycreme, Haarwaschmittel, Körper-, Gesichts- und Kinderpuder, Nagellack, Make-up, Papiertaschentücher.

Für die Kinder Süßigkeiten, Tuschkästen, Zeichenblöcke, Schulhefte, hübsche Bleistiftanspitzer.

Und immer das Merkblatt „Hinweise für Geschenksendungen in die Sowjetzone" **genau beachten!** Erhältlich auf jedem Postamt.

430335

In ein Weihnachtspa[k

gehört aber auch ein „richtiges" Geschenk.
Hier ein paar Ratschläge

Für „sie" Nylon-(Perlon-)Strümpfe, Strumpfhose, Kittel, Unterrock oder Bluse aus Nylon (Perlon), Kunstfasermantel, Pullover, Lastexhose, Ledertasche, Geldbörse, Taschenmaniküre, Lederhandschuhe, Schuhe.

Für „ihn" Aufladbare Taschenlampe, Taschenmesser, Handwerkszeug, Mehrfarb-Kugelschreiber (mit Minen!), moderne Hosenträger, waschbare Krawatte, Nylon-(Perlon-)Hemd, moderne Socken, Pullover, Wollweste, Brieftasche, Geldbörse, Aktentasche.

Für Kinder Schulranzen, Kollegmappe, lederne Federetuis, Tusch- oder Zirkelkasten, kleines Spielzeug, Spiele, Springball, Wollmütze, Wollschal, Wollhandschuhe, Pullover, Strumpfhose, Lederhose, Schlafanzug, Schuhe.

Ältere Leute, die von ihrer kleinen Rente leben müssen, freuen sich über jede Hilfe, auch noch über Grundnahrungsmittel. Wir helfen ihnen mit warmer Bekleidung aus Wolle, warmer Unterwäsche, Wollschal, Handschuhen, Handtüchern, Bettwäsche, Schlafdecke.
Jede Oma ist begeistert von Strickwolle und Stricknadeln. Immer wichtig: Kaffee!

Schicken Sie niemals zwei Sendungen am gleichen Tag ab!
Packen Sie Ihre Pakete selbst und lassen Sie sich die kleine Mühe nicht von Ihrem Lebensmittelhändler oder von einem Kaufhaus abnehmen! Sie verstoßen sonst gegen die sowjetzonalen Bestimmungen und riskieren den Verlust der Sendung.
Nicht zu viel in ein Paket packen! Verteilen Sie Ihre Geschenke lieber auf mehrere Sendungen!

Herausgeber: Büro für gesamtdeutsche Hilfe, Bonn
Druck: Joh. Heider, Druckerei und Verlag GmbH, Bergisch Gladbach

 Ausgabe März 1974

Hinweise für Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost)

1. VORBEMERKUNG

Für den Versand von Geschenken in die DDR und nach Berlin (Ost) gelten seit dem 21. Juni 1973 die Bestimmungen der Zwanzigsten Durchführungsbestimmung zum Zollgesetz der DDR vom 14. Juni 1973.

Die folgenden Hinweise berücksichtigen die Versandbestimmungen der DDR sowie die einschlägigen postalischen Bestimmungen. Nach den Bestimmungen der DDR sind zulässige Höchstmengen nur für Genußmittel (Kaffee, Kakao, Schokolade, Tabakwaren, alkoholische Getränke) festgesetzt. Für alle anderen Geschenke gilt die Vorschrift, daß der Inhalt von Geschenksendungen für den persönlichen Bedarf der Empfänger bestimmt sein muß. Bei der Zusammenstellung jeder Sendung muß daher darauf geachtet werden, daß auch nicht der Anschein eines Versandes von Handelsware entstehen kann (keine größeren Mengen oder Stückzahlen eines Produktes in einer Sendung!).

Die Deutsche Post der DDR ist verpflichtet, alle Geschenksendungen der Zollverwaltung der DDR vorzuführen. Verstöße gegen die DDR-Bestimmungen können zur entschädigungslosen Einziehung der gesamten

Sendung bzw. des beanstandeten Teils der Sendung oder zur Rücksendung an den Absender führen. In diesen Fällen leistet die Deutsche Bundespost keinen Ersatz (s. unter „5. Haftung der Deutschen Bundespost").
Um entschädigungslose Einziehungen oder Rücksendungen zu vermeiden, sollten bei der Zusammenstellung und beim Versand von Geschenksendungen die nachstehenden Hinweise genau beachtet werden. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß nur Gegenstände für den persönlichen Bedarf versandt werden.

2. GESCHENKSENDUNGEN

Geschenksendungen sind nach den DDR-Bestimmungen „unentgeltliche Zuwendungen, die unmittelbar von einem privaten Absender (Bürger) an einen privaten Empfänger (Bürger) auf Grund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch zum Versand gebracht werden".
Jeder Bewohner der DDR und von Berlin (Ost) ist berechtigt, jährlich bis zu 12 Geschenksendungen zu empfangen. Diese Begrenzung bezieht sich auf das Kalenderjahr; sie bedeutet nicht, daß nur eine Sendung im Kalendermonat empfangen werden darf.

Absender nur Privatpersonen

Der Versand von Geschenksendungen im Auftrage anderer ist nach den Bestimmungen der DDR nicht zulässig. Dieses Verbot betrifft insbesondere Sendungen, die von Firmen (z. B. Versandhäusern oder Einzelhandelsgeschäften), Organisationen oder juristischen Personen zusammengestellt, verpackt oder abgesandt worden sind.

Empfänger

Geschenksendungen dürfen nur „an einen privaten Empfänger" geschickt werden. Das bedeutet nicht, daß die Sendungen nur an eine Einzelperson adressiert sein dürfen. Zulässig ist z. B. auch eine Anschrift wie „Herrn Karl Müller und Familie".

Persönlicher Bedarf, keine Handelsware

Geschenksendungen dürfen nur Gegenstände enthalten, die zum persönlichen Bedarf gehören. Zum persönlichen Bedarf gehören die für den Empfänger selbst und für seine Haushaltsangehörigen bestimmten Gegenstände sowie Gegenstände ihres allgemeinen Haushaltsbedarfs (z. B. Küchengeräte, Teppichfliesen, Tapeten).
In Geschenksendungen enthaltene Waren dürfen nicht in Mengen versandt werden, die auf einen Verkauf, Kauf oder Tausch durch den Empfänger, d. h. auf Handelsware, schließen lassen. Auch der Versand von Geschenken für Personen, die nicht zum Haushalt des Empfängers der Sendung gehören, ist unzulässig. Ferner empfiehlt es sich, nicht mehrere Sendungen am selben Tage abzuschicken.

3. GEWICHT, VERPACKUNG UND AUFSCHRIFT DER SENDUNG

Zugelassene Sendungen und Gewichte

Geschenke dürfen nur mit der Post in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Päckchen bis zu 2 kg und in Paketen bis zu 20 kg, nicht aber in Briefen versandt werden. Pakete (auch sperrige Pakete) können als gewöhnliche Sendungen oder als versiegelte Wertpakete mit einer Wertangabe bis 500 DM eingeliefert werden.

Verpackung

Für die äußere und innere Verpackung sollte wegen des in der DDR bestehenden Verbots der „Einfuhr von Presseerzeugnissen, die nicht in der Postzeitungsliste der DDR enthalten sind", nur unbedrucktes Papier verwendet werden. (Pack- und Geschenkpapier mit Farb- und Schmuckmustern wird nicht beanstandet).

Aufschrift

Auf jedem Päckchen und Paket muß neben der Anschrift stehen: „Geschenksendung, keine Handelsware", bei Paketen auch auf der Paketkarte. Päckchen müssen außerdem die Bezeichnung „Päckchen" tragen.

Postleitzahl

Zur Vermeidung von Fehlleitungen soll in der Anschrift den Postleitzahlen der DDR und von Berlin (Ost) das Zeichen X vorangestellt werden. Die Postleitzahlen können bei jedem Postamt erfragt werden, Verzeichnisse sind bei den Postämtern erhältlich.

Keine schriftlichen Mitteilungen

Schriftliche oder gedruckte Mitteilungen, wie Briefe oder andere persönliche Nachrichten, dürfen in die Sendungen nicht eingelegt werden.
Wenn der Sendung ein Inhaltsverzeichnis beigelegt wird, darf auch dieses keine persönlichen Mitteilungen an den Empfänger enthalten.

4. ZULÄSSIGER INHALT

Versandt werden dürfen Gegenstände des täglichen Gebrauchs oder Verbrauchs.
Da über die praktische Anwendung der neuen Versandbestimmungen noch keine ausreichenden Erfahrungen vorliegen, können hier vorläufig keine Erfahrungswerte angegeben werden, sondern lediglich Hinweise auf die gesetzlichen Bestimmungen der DDR. Einige Ausführungen sollen zum besseren Verständ-

nis dieser Bestimmungen dienen.
Beschränkungen gelten für folgende Warengruppen:

Genußmittel

Für Genußmittel sind folgende Höchstmengen festgesetzt:

Kaffee	500 g	je Sendung
Kakao	500 g	
Schokolade und Schokoladenwaren	1000 g	
Tabakwaren	250 g	
Spirituosen	1 l	
Wein oder Sekt	2 l	

Im Rahmen des Höchstgewichts von 500 g für Kaffee darf auch Pulverkaffee (Kaffee-Extrakt) — allein oder zusammen mit Kaffee in anderer Form — versandt werden. Wenn Ersatzkaffee versandt werden sollte, unterliegt dieser keinerlei Mengenbeschränkung.
Zu den Schokoladenwaren zählen u. a. Pralinen, Schokolinsen und andere Erzeugnisse mit Schokoladenüberzug. Marzipan ohne Schokoladenüberzug gilt nicht als Schokoladenerzeugnis.

Edelmetalle

Als Geschenk für den persönlichen Bedarf sind bis zu 10 g Feingold oder 12 g Zahngold oder 5 Büchel Blattgold zugelassen.
Uhren, Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände aus Edelmetall für den persönlichen Gebrauch des Empfängers können versandt werden.

Kinderspielzeug

Es darf nur Kinderspielzeug versandt werden, das keinen „militaristischen Charakter" trägt.

Schallplatten

Zugelassen sind nur Schallplatten, soweit diese „Werke des kulturellen Erbes oder des wirklich kulturellen Gegenwartsschaffens" betreffen.

Literatur, sonstige Druckerzeugnisse, Bilder und Darstellungen

Der Versand von Literatur, sonstigen Druckerzeugnissen, Bildern und Darstellungen ist nicht erlaubt, wenn

— deren Inhalt „gegen die Erhaltung des Friedens gerichtet ist oder andere Hetze enthält";

— es sich um Adressenverzeichnisse, Kalender, Almanache, Jahrbücher handelt;

— es sich um Presseerzeugnisse handelt, die nicht in der Postzeitungsliste der DDR enthalten sind;

— ihr Inhalt bzw. ihre Einfuhr „in anderer Weise den Interessen des sozialistischen Staates und seiner Bürger widerspricht".

Gebrauchte Textilien und Schuhe

Jeder Sendung mit gebrauchten Textilien oder Schuhen muß eine Bescheinigung des zuständigen Gesundheitsamtes über die erfolgte Desinfizierung beigefügt werden. Aus der Bescheinigung müssen die Anzahl und die Bezeichnung der desinfizierten Gegenstände, das verwandte Mittel sowie die Art der Desinfizierung zu ersehen sein. Eine Bescheinigung, die früher als 14 Tage vor der Einfuhr in die DDR ausgestellt wurde, wird nicht anerkannt.

Verbote

Verboten ist der Versand der folgenden Gegenstände:

— Arzneimittel und ihnen gleichgestellte Stoffe oder Zubereitungen. Arzneimittel sind nach DDR-Auffassung z. B. auch Melissengeist, Vitaminpräparate und einige Arten von Hustenbonbons;

— Werbematerial. Als Werbematerial werden in der DDR alle Gegenstände mit aufgedruckten oder eingeprägten Marken-, Firmen- oder Vereinsnamen angesehen, wie z. B. Kataloge, Prospekte, Kugelschreiber, Zollstöcke, Biergläser, Bierkrüge;

— Landkarten, Briefmarken, Briefmarkenkataloge, Filme, Fotoplatten, Fotopapier;

— Magnettonbänder und andere Tonträger (Schallplatten: siehe oben!) sowie alle anderen visuell nicht lesbaren Datenträger;

— Personaldokumente und andere Ausweise, einschließlich des zur Herstellung von Personaldokumenten geeigneten Papiers oder Vordruckmaterials;

— Funksende- und Empfangsanlagen, Fernsehgeräte, deren Teile sowie Ersatz- und Zubehörteile einschließlich der entsprechenden Dokumentationen, Bauanleitungen und anderen schriftlichen Unterlagen;

— Produktionsmittel; Vervielfältigungsapparate; Umzugs- und Erbschaftsgut (Versand unter besonderen Bedingungen möglich. Auskunft auf Anfrage beim Herausgeber);

— gültige und ungültige Zahlungsmittel und Münzen; Wertpapiere;

— alle Gegenstände, die nach den allgemeingültigen Bestimmungen im Postverkehr nicht zugelassen

Druck: Joachim Weichert, 1 Berlin 36, Glogauer Straße 21

sind. Hierzu gehören leicht entflammbare Stoffe, Sprengstoffe, Schußwaffen, Betäubungsmittel, Giftstoffe, unzüchtige und unsittliche Gegenstände sowie Tiere und Pflanzen, wenn deren Einfuhr nicht durch die zuständigen Behörden der DDR genehmigt ist.

Blumenzwiebeln und Saatgut für den Kleinstbedarf dürfen mit einem amtlichen Pflanzengesundheitszeugnis verschickt werden.

5. HAFTUNG DER DEUTSCHEN BUNDESPOST

Nach den geltenden Bestimmungen haftet die Deutsche Bundespost dem Absender für

— den Verlust von eingeschriebenen Briefsendungen (hierzu gehören auch eingeschriebene Päckchen) — unabhängig vom Wert der Sendung — in Höhe von 40 DM je Sendung;

— den Verlust und die Beschädigung von gewöhnlichen Paketen in Höhe des unmittelbaren Schadens bis zum Höchstbetrag von 500 DM je Sendung;

— den Verlust und die Beschädigung von Paketen mit Wertangabe in Höhe des unmittelbaren Schadens bis zum Betrag der Wertangabe.

Für den Verlust oder die Beschädigung von gewöhnlichen Briefsendungen (hierzu gehören auch gewöhnliche Päckchen) haftet die Deutsche Bundespost nicht. Für entschädigungslos eingezogene Sendungen oder Sendungsteile leistet die Deutsche Bundespost keinen Ersatz (s. hierzu auch unter „1. Vorbemerkung").

Herausgeber: Gesamtdeutsches Institut
Bundesanstalt für gesamtdeutsche Aufgaben
53 Bonn, Adenauerallee 10, Postfach

Ausgabe Oktober 1966

430344

HINWEISE

für Geschenksendungen in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und nach dem Sowjetsektor von Berlin

Geschenksendungen
sind nach der sowjetzonalen „Verordnung über den Geschenkpaket- und -päckchenverkehr auf dem Postwege mit Westdeutschland, West-Berlin und dem Ausland“ vom 5. August 1954 „unentgeltliche Zuwendungen, die unmittelbar von einem privaten Absender (natürliche Person) an einen privaten Empfänger (natürliche Person) auf Grund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch zum Versand gebracht werden“.

Jeder Bewohner der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands und des Sowjetsektors von Berlin darf 12 Geschenksendungen im Jahr ohne Bindung an die Monate erhalten.

Geschenke sind nur in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Päckchen bis zu 2 kg und in Paketen bis zu 7 kg, aber nicht in Briefen zu versenden. Die Pakete können als gewöhnliche Sendung (Wertangabe nur auf der Paketkarte) oder als versiegelte Wertpakete mit einer Wertangabe bis 500 DM eingeliefert werden.

Schriftliche oder gedruckte Mitteilungen, wie Briefe oder andere persönliche Nachrichten, dürfen in die Sendungen nicht eingelegt werden.

Sendungen, die von Firmen (z. B. Versandhäusern oder Lebensmittelgeschäften), Organisationen, Vereinen oder sonstigen Gemeinschaften zusammengestellt, verpackt oder abgesandt worden sind, gelten nicht als Geschenksendungen. Gleichartigkeit des Inhalts, der Verpackung oder der Beschriftung mehrerer Sendungen nehmen die Kontrollämter der sowjetzonalen Zollverwaltung zum Anlaß, einen Verstoß gegen die Bestimmungen zu unterstellen und diese Sendungen zu beschlagnahmen, auch wenn die Absender Einzelpersonen sind. Es ist deshalb unbedingt zu vermeiden, mehr als ein Paket oder ein Päckchen vom gleichen Absender (auch wenn unterschiedliche Absenderangaben verwendet werden und die Sendungen an verschiedene Bestimmungsorte gehen) am gleichen Tage auf den Weg zu bringen.

Aufschrift
Auf jedem Päckchen oder Paket sowie auf der Paketkarte ist zu vermerken:

„Geschenksendung – keine Handelsware“.

Päckchen müssen in der Aufschrift außerdem noch die Bezeichnung „Päckchen“ tragen.

430345

Es wird empfohlen, Geschenksendungen stets an eine Einzelperson und nicht „An die Familie . . .“ zu adressieren. Auch die Verwendung von Amtsbezeichnungen, wie z. B. „Herrn Pastor . . .“ usw., ist zu vermeiden. Die Beschriftung ist handschriftlich und nicht mit der Schreibmaschine vorzunehmen, für die Absenderangabe sind keine Stempel zu verwenden.

Jeder Geschenksendung kann ein Inhaltsverzeichnis (nicht maschinegeschrieben) und ein Doppel der Anschrift beigelegt werden. Es ist ratsam, ein Doppel des Inhaltsverzeichnisses für eventuelle Nachforschungen zurückzubehalten. Die Postleitzahlen in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands decken sich zum Teil mit den für den Postverkehr im Bundesgebiet festgelegten Leitzahlen. Um Fehlleitungen und Verzögerungen im Postverkehr zu vermeiden, soll den sowjetzonalen Postleitzahlen das Zeichen „X“ als Unterscheidungsmerkmal vorangestellt werden. Die sowjetzonalen Postleitzahlen können auf jedem Postamt erfragt werden. Verzeichnisse sind im Buchhandel erhältlich.

Verpackung

Die Sendungen sollen besonders fest und so verpackt werden, daß sie bei den Kontrollstellen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ohne Schaden für den Inhalt geöffnet und wieder verschlossen werden können. Für die äußere und innere Verpackung darf auf keinen Fall bedrucktes Material benutzt werden.

Man darf schicken

alle Waren (Lebensmittel, Bekleidung und Stoffe für Bekleidung, Strickwolle (bis 500 g), Lederwaren, Gebrauchsgegenstände usw.), soweit die Menge den bescheiden bemessenen persönlichen Bedarf des Empfängers nicht überschreitet.

Der Inhalt einer Sendung darf nur für den jeweiligen Empfänger bestimmt sein (also z. B. keine Damenkleidung, keine Babysachen an einen männlichen, keine Zigarren oder Rasierklingen an einen weiblichen Empfänger). Uhren, Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände aus Edelmetall (nur für den persönlichen Gebrauch des Empfängers) sind zugelassen.

Lebens- und Genußmittel

Höchstmengen sind festgesetzt für:

Kaffee (roh, gebrannt, gemahlen, gemischt)	250 g	je Sendung
Kakao (auch in Mischungen für kakaohaltige Getränke)	250 g	je Sendung
Schokolade in Tafeln oder sonstiger Form (auch gefüllt oder mit Beimischungen)	300 g	je Sendung
Tabak oder Tabakerzeugnisse	50 g	je Sendung

Pulverkaffee nur einlegen, wenn kein Kaffee (roh, gebrannt, gemahlen, gemischt) beigepackt wird (Höchstmenge: 50 g). Bei Pulverkaffee in Dosen Schutzfolie entfernen. Dosen müssen bei einer Kontrolle ohne Hilfsmittel geöffnet werden können, da sie sonst als luftdicht verschlossene Behälter angesehen werden. Zu den Schokoladenerzeugnissen zählen u. a. Pralinen, Schokolinsen und andere Erzeugnisse mit Schokoladenüberzug sowie Marzipan mit und ohne Schokoladenüberzug.

Als Tabakerzeugnisse bis zu 50 g werden höchstens 48 Zigaretten oder 8 Zigarren oder 20 Zigarillos angesehen.

Erfahrensgemäß werden Lebensmittel in folgenden Mengen nicht beanstandet:

Fett (jede Art bis 500 g, z. B. 500 g Butter und 500 g Margarine) insgesamt		1000 g
Fleischwaren (nicht in luftdicht verschlossenen Dosen oder Gläsern, jede Art bis 500 g, z. B. 500 g Dauerwurst und 500 g Speck) insgesamt		1000 g
Obst, Südfrüchte insgesamt		1000 g
Nährmittel, Hülsenfrüchte	je bis	1000 g
Mandeln, Zitronat, Rosinen, Backobst usw.	je bis	500 g
Käse, Trockenmilch	je bis	250 g
Tee	bis	125 g
Eipulver	bis	50 g

Für alle übrigen, vorstehend nicht aufgeführten Lebensmittel (wie z. B. Honig, Marmelade, Reis usw.) gilt eine Höchstmenge von je 1000 g.

Gewürze aller Art, Backpulver, Soßenpulver, Puddingpulver, Suppen- und Brühwürfel nur in kleinen Mengen, wie sie für den Hausbedarf gebraucht werden.

(Ratsam: Insgesamt nicht mehr als 5 Tütchen und 5 Würfel je Sendung.) Es wird empfohlen, einer Sendung nicht mehr als 750 g Waschmittel in Pulverform und ein Stück Seife beizugeben.

Textilien

Bei Textilien und Schuhen wird als Eigenbedarf des Empfängers nur ein Stück, eine Garnitur oder ein Paar von jedem Artikel angesehen, also nur ein Pullover, ein Paar Schuhe, ein Paar Strümpfe, ein Oberhemd, eine Wäschegarnitur, ein Bettbezug usw.

Es empfiehlt sich daher, nicht mehr als zwei kleine Textilstücke oder nur einen Anzug oder einen Mantel oder ein Kostüm oder ein Stück Stoff ohne Zutaten in eine Sendung zu packen.

Neue Bekleidung nicht zusammen mit getragenen Sachen versenden. Es empfiehlt sich, bei neuen Sachen die Preisschilder nicht zu entfernen oder Kassenzettel beizulegen.

Getragene Bekleidung und getragene Schuhe dürfen nur im Rahmen der vorstehend genannten Höchstmengen versandt werden. Den Sendungen sind Desinfektions-Bescheinigungen beizugeben. Die Bescheinigungen werden von den zuständigen Gesundheitsämtern ausgestellt und sollen beim Eintreffen bei den sowjetzonalen Kontrollämtern nicht älter als 14 Tage sein.

Buchsendungen

Der Versand von Büchern aus der Bundesrepublik und West-Berlin in die sowjetische Besatzungszone Deutschlands und den Sowjetsektor von Berlin ist nicht verboten. Er wird jedoch teilweise durch willkürliche Auslegung der Bestimmungen durch die sowjetzonalen Kontrollämter erschwert. Trotzdem sollte der Absender das Risiko eines Verlustes auf sich nehmen und Bücher nach Mitteldeutschland versenden. In Mitteldeutschland ist vielen Menschen ein gutes Buch ein wertvolles Geschenk.

430347

Auf jeden Fall lege man einer Büchersendung keine anderen Gegenstände bei und verzichte auf den Versand

von Büchern, die in ihrem Titel, in ihrem Inhalt oder in ihrer Aufmachung der in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands herrschenden Ideologie widersprechen;

von Büchern mit politischem, weltanschaulichem oder geschichtlichem Inhalt (Kriegsbücher) und über Probleme der deutschen Ostgebiete oder der Vertriebenen;

von Heimat- und anderen Kalendern mit Hinweisen auf politische Ereignisse der Gegenwart (17. Juni!).

Zeitungen, Illustrierte sowie sonstige periodisch erscheinende Druckerzeugnisse, Comics und Groschenhefte (auch als Verpackungsmaterial), Briefmarken- und andere Kataloge, Prospekte sowie alle Arten Kriminalromane führen in der Regel zu einem Verlust der Sendung.

Man überzeuge sich davon, daß in dem verschenkten Buch nicht durch Anzeigen oder Beilagen für andere Bücher geworben wird. Es ist ratsam, solche Werbedrucke vor dem Versand zu entfernen.

Verboten ist

nach der sowjetzonalen Verordnung u. a. der Versand in Geschenksendungen von: Zahlungsmitteln aller Art, Wertpapieren, Briefmarken (Briefmarken dürfen jedoch unter gewissen Bedingungen zwischen privaten Sammlern getauscht werden), Schallplatten, Tonbändern, Filmen, Photoplatten und Photopapier, Bildern (Familienphotos in geringer Anzahl Briefen beilegen, vom Versand von Diapositiven wird abgeraten), Landkarten, luftdicht verschlossenen Behältern (Behälter mit Dauerverschluß , der beim Öffnen verletzt werden muß, z. B. Konserven, Kunststoffflaschen, Einmachgläser, verkorkte Flaschen).

Der Versand von Medikamenten aller Art – ob rezeptpflichtig oder nicht – ist verboten.

Geschenke, die nicht für den persönlichen Bedarf im engsten Sinne bestimmt sind (wie Kraftfahrzeugersatzteile, Baumaterialien, Maschendraht, Radio- und Fernsehgeräte sowie Ersatzteile hierfür, Fernsehzusatzgeräte, Antennen, Haushaltsgeräte, Strickapparate, mehrteilige Bestecke, Eß-, Kaffee- und Teeservices, Saatgut usw.) erreichen in der Regel nicht die Empfänger. Das Risiko für den Versand solcher Gegenstände muß der Absender selbst tragen.

Haftung der Deutschen Bundespost

Die Post in der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands ist verpflichtet, alle Geschenksendungen den Kontrollstellen der Zollverwaltung vorzuführen. Wenn die Hinweise und Ratschläge in diesem Merkblatt nicht genau beachtet werden, besteht die Gefahr, daß die Sendung durch die sowjetzonale Zollverwaltung beschlagnahmt und entschädigungslos eingezogen wird und ihr Verbleib nicht ermittelt werden kann. Die Deutsche Bundespost kann in allen Fällen, in denen auf diese Weise der Absender ein Verlustrisiko eingegangen ist, keinen Ersatz leisten. Dies gilt für alle Arten der im Geschenkverkehr zugelassenen Sendungen, also auch für Wertpakete und Einschreibpäckchen.

Herausgeber: Büro für gesamtdeutsche Hilfe
53 Bonn, Bonngasse, Hettlage-Passage

Druck: BONNER BANDDRUCK, 5304 HERSEL

Hinweise für Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost)

1. Vorbemerkung
Für den Versand von Geschenken in die DDR und nach Berlin (Ost) gelten die Bestimmungen der Zwanzigsten Durchführungsbestimmung zum Zollgesetz der DDR vom 14. Juni 1973, zuletzt geändert mit Wirkung vom 21. September 1977. Danach ist nur der Versand auf dem Postwege, nicht aber der Bahnversand vorgesehen.

Die folgenden Hinweise berücksichtigen die Versandbestimmungen der DDR sowie die einschlägigen postalischen Bestimmungen. Für alle Geschenke gilt die Vorschrift, daß der Inhalt von Geschenksendungen für den persönlichen Bedarf der Empfänger bestimmt sein muß. Bei der Zusammenstellung jeder Sendung muß daher darauf geachtet werden, daß auch nicht der Anschein eines Versandes von Handelsware entstehen kann (keine größeren Mengen oder Stückzahlen eines Produktes in einer Sendung!).

Die Deutsche Post der DDR ist verpflichtet, alle Geschenksendungen der Zollverwaltung der DDR vorzuführen. Verstöße gegen die DDR-Bestimmungen können zur entschädigungslosen Einziehung der gesamten Sendung bzw. des beanstandeten Teils der Sendung oder zur Rücksendung an den Absender führen. In diesen Fällen leistet die Deutsche Bundespost keinen Ersatz (s. unter „5. Haftung der Deutschen Bundespost").

Um entschädigungslose Einziehungen oder Rücksendungen zu vermeiden, sollten bei der Zusammenstellung und beim Versand von Geschenksendungen die nachstehenden Hinweise genau beachtet werden. Insbesondere muß darauf geachtet werden, daß **nur Gegenstände für den persönlichen Bedarf** versandt werden.

2. Geschenksendungen
Geschenksendungen sind nach den DDR-Bestimmungen „unentgeltliche Zuwendungen, die unmittelbar von einem privaten Absender (Bürger) an einen privaten Empfänger (Bürger) aufgrund persönlicher Beziehungen zum persönlichen Verbrauch oder Gebrauch zum Versand gebracht werden".

Jeder Bewohner der DDR und von Berlin (Ost) ist berechtigt, jährlich bis zu 12 Geschenksendungen zu empfangen. Diese Begrenzung bezieht sich auf das Kalenderjahr; sie bedeutet nicht, daß nur eine Sendung im Kalendermonat empfangen werden darf.

Absender nur Privatpersonen
Der Versand von Geschenksendungen im Auftrage anderer ist nach den Bestimmungen der DDR nicht zulässig. Dieses Verbot betrifft insbesondere Sendungen, die von Firmen (z. B. Versandhäusern oder Einzelhandelsgeschäften), Organisationen oder juristischen Personen zusammengestellt, verpackt oder abgesandt worden sind.

Empfänger
Geschenksendungen dürfen nur „an einen privaten Empfänger" geschickt werden. Das bedeutet nicht, daß die Sendungen nur an eine Einzelperson adressiert sein dürfen. Zulässig ist z. B. auch eine Anschrift wie „Herrn Karl Müller und Familie".

Persönlicher Bedarf, keine Handelsware
Geschenksendungen dürfen nur Gegenstände enthalten, die zum persönlichen Bedarf gehören. Zum persönlichen Bedarf gehören die für den Empfänger selbst und für seinen Haushalt bestimmten Gegenstände. Sollen auch Gegenstände für Haushaltsangehörige oder Gegenstände des allgemeinen Haushaltsbedarfs versandt werden, empfiehlt es sich, die Sendung entsprechend zu adressieren (z. B. „Herrn Müller und Frau" oder „Herrn Müller und Familie"). Der Versand von Geschenken für Personen, die nicht zum Haushalt des Empfängers gehören, ist nicht gestattet.
In Geschenksendungen enthaltene Waren dürfen nicht in Mengen versandt werden, die auf einen Verkauf, Kauf oder Tausch durch den Empfänger, d. h. auf Handelsware, schließen lassen. Deshalb empfiehlt es sich, **nicht mehrere Sendungen am selben Tage abzuschicken,** auch nicht nach verschiedenen Bestimmungsorten.

3. Gewicht, Verpackung und Aufschrift der Sendungen
Zugelassene Sendungen und Gewichte
Geschenke dürfen nur mit der Post in gewöhnlichen oder eingeschriebenen Päckchen bis zu 2 kg und in Paketen bis zu 20 kg, nicht aber in Briefen versandt werden. Pakete (auch sperrige Pakete und Pakete mit zerbrechlichem Inhalt) können als gewöhnliche Sendungen oder als versiegelte Wertpakete eingeliefert werden. Für Päckchen und Pakete ist Eilzustellung, für eingeschriebene Päckchen und Pakete ist ein Rückschein zugelassen.

Verpackung
Für die äußere und innere Verpackung sollte wegen des in der DDR bestehenden Verbots der „Einfuhr von Presseerzeugnissen, die nicht in der Postzeitungsliste der DDR enthalten sind", nur unbedrucktes Papier verwendet werden. (Pack- und Geschenkpapier mit Farb- und Schmuckmustern wird nicht beanstandet.)

Aufschrift
Auf jedem Päckchen und Paket muß oberhalb der Anschrift stehen: „Geschenksendung, keine Handelsware", bei Paketen auch auf der Paketkarte. Päckchen müssen außerdem die Bezeichnung „Päckchen" tragen.

Postleitzahl
Zur Vermeidung von Fehlleitungen soll in der Anschrift den Postleitzahlen der DDR und von Berlin (Ost) das für den grenzüberschreitenden Kraftfahrzeugverkehr geltende Unterscheidungskennzeichen DDR vorangestellt werden (z. B.: DDR-53 Weimar). Die Postleitzahlen können bei jedem Postamt erfragt werden, Verzeichnisse sind bei den Postämtern erhältlich.

Keine schriftlichen Mitteilungen
Schriftliche oder gedruckte Mitteilungen, wie Briefe oder andere persönliche Nachrichten, dürfen in die Sendungen nicht eingelegt werden. Wenn der Sendung ein Inhaltsverzeichnis beigelegt wird, darf auch dieses keine persönlichen Mitteilungen an den Empfänger enthalten.

4. Zulässiger Inhalt
Versandt werden dürfen Gegenstände, die sich nach Art und Menge für den persönlichen Gebrauch oder Verbrauch der Empfänger eignen und die als persönliche Geschenke angesehen werden können. Nach vorliegenden Erfahrungen sollten Baumaterialien, Maschendraht oder Ersatzteile für Fahrzeuge, Maschinen und Geräte nicht versandt werden, weil sie nicht als persönlicher Bedarf angesehen werden. Dagegen werden Sendungen mit elektrischen Kleingeräten wie Rasierapparate, Mixgeräte, Heizlüfter sowie Radiogeräte, Reiseschreibmaschinen, elektrische Handbohrmaschinen für Hobbyzwecke, Teppichfliesen, Tapeten usw. erfahrungsgemäß nicht beanstandet.

Konservendosen dürfen versandt werden.

Beschränkungen gelten für folgende Warengruppen:

Edelmetalle
Als Geschenk für den persönlichen Bedarf sind bis zu 10 g Feingold oder 12 g Zahngold oder 5 Büchel Blattgold zugelassen.
Uhren, Schmucksachen und Gebrauchsgegenstände aus Edelmetall für den persönlichen Gebrauch des Empfängers können versandt werden.
Nach den Erfahrungen ist zu empfehlen, jeder Sendung ein Inhaltsverzeichnis beizulegen. Beim Versand von Verlobungs- und Eheringen ist es ratsam, im Inhaltsverzeichnis den Anlaß des Geschenks anzugeben.

Kinderspielzeug
Es darf nur Kinderspielzeug versandt werden, das keinen „militärischen Charakter" trägt.

Schallplatten
Schallplatten sind nur zugelassen, soweit sie „Werke des kulturellen Erbes oder des wirklich kulturellen Gegenwartsschaffens" betreffen. Bitte beachten Sie, daß die DDR-Zollverwaltung diese Bestimmungen sehr strikt anwendet.

Literatur, sonstige Druckerzeugnisse, Bilder und Darstellungen
Der Versand von Literatur, sonstigen Druckerzeugnissen, Bildern und Darstellungen ist nicht erlaubt, wenn
– deren Inhalt „gegen die Erhaltung des Friedens gerichtet ist oder andere Hetze enthält";
– es sich um Adressenverzeichnisse, Kalender, Almanache, Jahrbücher handelt;
– es sich um Presseerzeugnisse handelt, die nicht in der Postzeitungsliste der DDR enthalten sind;
– ihr Inhalt bzw. ihre Einfuhr „in anderer Weise den Interessen des sozialistischen Staates und seiner Bürger widerspricht".
Diese Bestimmungen werden durch die Kontrollstellen in der DDR erfahrungsgemäß strikt gehandhabt.

Gebrauchte Textilien und Schuhe
Für den Versand gebrauchter Textilien und Schuhe sind Desinfektionsbescheinigungen nicht mehr erforderlich. Gebrauchte Sachen müssen sich jedoch in einem tadellosen, sauberen, hygienisch einwandfreien Zustand befinden.

Die Beschränkungen für den Versand von

Genußmitteln
sind aufgehoben worden.
Seit dem 21. September 1977 dürfen Kaffee, Tabakwaren, Spirituosen, Wein, Sekt und andere Genußmittel im Rahmen des persönlichen Bedarfs der Empfänger ohne Mengenbegrenzung versandt werden.

Verbote
Verboten ist der Versand der folgenden Gegenstände:
– Arzneimittel und ihnen gleichgestellte Stoffe oder Zubereitungen. Arzneimittel sind nach DDR-Auffassung z. B. auch Süßstoffe, Melissengeist, Vitaminpräparate und einige Arten von Hustenbonbons;
– Werbemittel. Als Werbemittel werden in der DDR alle Gegenstände mit aufgedruckten oder eingeprägten Marken-, Firmen- oder Vereinsnamen angesehen, wie z. B. Kataloge, Prospekte, Kugelschreiber, Zollstöcke, Biergläser, Bierkrüge;
– Landkarten, Briefmarken, Briefmarkenkataloge, Filme, Fotoplatten, Fotopapier;
– Magnettonbänder und andere Tonträger (Schallplatten: siehe oben) sowie alle anderen visuell nicht lesbaren Datenträger;
– Personaldokumente und andere Ausweise, einschließlich des zur Herstellung von Personaldokumenten geeigneten Papiers oder Vordruckmaterials;
– Funksende- und Empfangsanlagen, Fernsehgeräte, deren Teile sowie Ersatz- und Zubehörteile einschließlich der entsprechenden Dokumentationen, Bauanleitungen und anderen schriftlichen Unterlagen;
– Produktionsmittel; Vervielfältigungsapparate; Umzugs- und Erbschaftsgut (Versand unter besonderen Bedingungen möglich. Auskunft auf Anfrage beim Gesamtdeutschen Institut, Postfach 16 40, 5300 Bonn 1).
– gültige und ungültige Zahlungsmittel und Münzen; Wertpapiere;
– alle Gegenstände, die nach den allgemeingültigen Bestimmungen im Postverkehr nicht zugelassen sind. Hierzu gehören leicht entflammbare Stoffe, Sprengstoffe, Schußwaffen, Betäubungsmittel, Giftstoffe, unzüchtige und unsittliche Gegenstände sowie Tiere und Pflanzen, wenn deren Einfuhr nicht durch die zuständigen Behörden der DDR genehmigt ist.
Blumenzwiebeln und Saatgut für den Kleinstbedarf dürfen mit einem amtlichen Pflanzengesundheitszeugnis verschickt werden. Dieses Zeugnis ist bei den Pflanzenschutzämtern erhältlich.

5. Haftung der Deutschen Bundespost
Nach den geltenden Bestimmungen haftet die Deutsche Bundespost dem Absender für
– den Verlust von eingeschriebenen Briefsendungen (hierzu gehören auch eingeschriebene Päckchen) – unabhängig vom Wert der Sendung – in Höhe von 40 DM je Sendung;
– den Verlust und die Beschädigung von gewöhnlichen Paketen in Höhe des unmittelbaren Schadens bis zum Höchstbetrag von 500 DM je Sendung;
– den Verlust und die Beschädigung von Paketen mit Wertangabe in Höhe des unmittelbaren Schadens bis zum Betrag der Wertangabe.
Für den Verlust oder die Beschädigung von gewöhnlichen Briefsendungen (hierzu gehören auch gewöhnliche Päckchen) haftet die Deutsche Bundespost nicht.
Für entschädigungslos eingezogene Sendungen oder Sendungsteile leistet die Deutsche Bundespost keinen Ersatz (s. hierzu auch unter „1. Vorbemerkung").
Sollten Sie an weiteren Informationen interessiert sein, so wenden Sie sich an den für Ihren Wohnort zuständigen DRK-Landes- oder Kreisverband, wo Sie das „Merkblatt über Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost) erhalten können. Auch in speziellen Fragen werden Sie dort beraten, wenn nötig, nach Klärung auch schriftlich benachrichtigt.
Die Hinweise für Geschenksendungen in die DDR und nach Berlin (Ost) sind auch bei allen Postämtern erhältlich.

Post: Immer mehr Pakete in die DDR gehen verloren

28.11.81

Bonn (ddp)

Die Zahl der Pakete, die auf dem Weg in die DDR verlorengehen, ist drastisch gestiegen. Auf Anfrage des CDU-Abgeordneten Wilfried Böhm erklärte das Bundespostministerium am Freitag, daß allein im vergangenen Jahr 27 100 Pakete ihren Empfänger in der DDR nicht erreichten. Fünf Jahre zuvor seien es nur 18 700 gewesen.

Auch die Zahl der zurückgeschickten Pakete ist wieder gestiegen: Sie wuchs von 1979 auf 1980 von 37 470 auf fast 41 000. Der bisherige Höchststand wurde 1976 mit 71 400 erreicht.

Nach Meinung von Böhm dürfte eine weit größere Anzahl von Paketen verlorengegangen sein, weil viele Absender bei der Bundespost keine Verlustanzeige aufgeben. Allein 1980 hat die Post rund drei Millionen Mark für verlorene Pakete erstattet.

Denkt für Sie, wählt für Sie – 430350
macht das Telefonieren so bequem wie nie

Comfort-Telefon ,,ALPHA''

- SPEICHERT 10 TELEFONNUMMERN
- LAUTSPRECHER ZUM ZUHÖREN
- TONRUF IM DREIKLANG
- WAHLWIEDERHOLUNG
- BABY/DIREKTRUF
- ABSCHLIESSBAR

Im Telefonmobil können Sie einen ausführlichen Prospekt speziell über das Comfort-Telefon bekommen.

Post

Wir kommen
mit unserem Telefonmobil nach

Stadt Rehburg
Marktplatz

dienstags
in 14tägigem Wechsel
von **14.00** bis **17.15** Uhr

'84	SEPTEMBER					OKTOBER					NOVEMBER					DEZEMBER					JANUAR '85				
Mo	3	10	17	24		1	8	15	22	29		5	12	19	26	3	10	17	24	31		7	14	21	28
Di	4	**11**	18	**25**		2	**9**	16	**23**	30		**6**	13	**20**	27	**4**	11	**18**	25		1	8	**15**	22	**29**
Mi	5	12	19	26		3	10	17	24	31		7	14	21	28	5	12	19	26		2	9	16	23	30
Do	6	13	20	27		4	11	18	25		1	8	15	22	29	6	13	20	27		3	10	17	24	31
Fr	7	14	21	28		5	12	19	26		2	9	16	23	30	7	14	21	28		4	11	18	25	

TECHNISCHE VERTRIEBSBERATUNG
DES FERNMELDEAMTES 2 HANNOVER

GRADESTRASSE 22
3000 HANNOVER
TEL.: (05 11) 6 77-62 74

An alle Haushaltungen

Telefone mit Teamgeist.

Moderne Reihenanlagen für Teams.

430352

Post

Tüchtige Teams brauchen tüchtige Telefone.

Eine **Reihenanlage** der „neuen Generation" erleichtert nicht nur das Telefonieren. Sie hilft auch, den Informationsfluß und Arbeitsabläufe in Ihrem Betrieb zu beschleunigen. Jeder ist sofort an der Reihe, wenn's um Information und Kommunikation geht – also kurz: ums Geschäft.

Das ist das Prinzip: bis zu 6 Amtsleitungen sorgen dafür, daß Ihre Kunden Sie immer erreichen. Jeder sieht auf seinem **Telefondisplay:** wer ruft, wo wird gesprochen, welche Leitung soll abgefragt werden etc. Jeder kann Anrufe entgegennehmen und auch jederzeit „nach draußen" telefonieren. So gehen keine Anrufe und keine Aufträge verloren. Und intern hat jeder Verbindung mit jedem.

Je nach Mitarbeiterzahl und Gesprächsaufkommen können Sie die Anlagengröße bestimmen: von einer Amtsleitung mit zwei Sprechstellen **bis zu sechs Amtsleitungen** mit **zwölf Sprechstellen.**

Und auch das Leistungsspektrum der mikroprozessorgesteuerten Anlagen läßt sich ganz nach Ihren Bedürfnissen programmieren. Moderne Reihenanlagen erweitern die Möglichkeiten wirtschaftlicher Kommunikation.

Bei Veränderung von Räumlichkeiten oder der Mitarbeiterzahl kann eine Reihenanlage problemlos der Situation angepaßt werden. Denn der Montageaufwand ist gering. Dicke Kabel und große Anschlußkästen gehören der Vergangenheit an.
Nur zwei Doppeladern – das ist alles.
Die Installation über mehrere Räume und Stockwerke ist damit kein Problem. Und auch auf Ihren außenliegenden Anschluß, z.B. zu Hause oder im Lager, brauchen Sie nicht zu verzichten.

430353

1 Hauptanschluß, 2 Sprechstellen.

6 Hauptanschlüsse, 12 Sprechstellen.

430354

LCD

Jeder sieht, was sich im Team tut.

Auf dem Display wird alles automatisch angezeigt: wer gerade spricht, welche Leitung frei ist, welche Nummer man gewählt hat, die Gebühren in Einheiten oder DM-Beträgen, die Uhrzeit, das Datum. Und man sieht auf dem Display die Rufnummer, die man per Tastendruck während eines Gesprächs notiert.

Mehrfache Rückfragen entfallen.

Jedes Teammitglied kann „makeln", d.h. mit zwei fernen Teilnehmern beliebig wechselnd verbunden sein. Auf diese Weise können Vereinbarungen sofort getroffen werden – mit einem Telefongespräch.

Einladung zur Telefon-Konferenz.

Hausinterne Konferenzen per Telefon sparen Zeit und Wege. Sie können natürlich auch einen Gesprächspartner von außerhalb dazuschalten.

Häufig benötigte Rufnummern werden gespeichert.

Bis zu 320 Rufnummern mit bis zu 20 Ziffern sind auf diese Weise per Kurzwahl erreichbar. Die Kurzwahlnummern können zentral oder individuell je Sprechstelle eingerichtet werden. Die wichtigsten Verbindungen können namentlich gekennzeichnet werden.

Bei „besetzt" kein Zeitverlust.

Die einfache Wahlwiederholung ist eine große Hilfe, denn die zuletzt gewählte oder gespeicherte Rufnummer wird per Knopfdruck automatisch wiederholt. Bei erweiterter Wahlwiederholung können Sie sogar zwischendurch noch andere Partner anrufen.

Bei aufliegendem Hörer wählen.

Erst abnehmen, wenn sich der Teilnehmer meldet – das schafft Bewegungsfreiheit.

Zum Mitschreiben Hände frei.

Sie können telefonieren, ohne den Hörer abzuheben, also wählen und frei sprechen bei aufgelegtem Telefonhörer.

430355

Unsere Geschä

Modell CRA

chäftstüchtigsten.

Modell Conline E

Modell TR 40

Alle wissen gleich Bescheid.

Über einen eingebauten Lautsprecher im Telefon können Sie andere Mitarbeiter im Raum zuhören lassen. Über den Lautsprecher sind außerdem auch interne Durchsagen im Team möglich, an Einzelne, an Gruppen oder an alle.

Per Telefon sogar die Tür öffnen...

Auch das Bedienen von Lampen, Signalhupen, Einlaßschranken oder Rolläden ist überhaupt kein Problem – einfach per Tastendruck über Ihr Telefon.

Schafft Platz auf dem Schreibtisch.

Sie sparen viele Extra-Geräte, denn in dem modernen Telefon ist das Wichtigste eingebaut: Namenstaste für Kurzwahl, Rufnummern-Notiz, Uhrzeitanzeige oder Uhr mit Kalender, Termin- und Weckfunktion.

Und dies alles ist längst noch nicht alles. Lassen Sie sich individuell beraten und probieren Sie aus, welche Vorteile eine moderne Reihenanlage Teams bietet.

Ich interessiere mich für Reihenanlagen mit Teamgeist.

Bitte rufen Sie mich an:

Am besten ______________________________

damit wir dann einen Besuchstermin vereinbaren können.

Post

430358

Am besten noch heute absenden. Denn moderne Reihenanlagen helfen täglich Kosten sparen!

Absender

☎ ( ) ....
(Vorwahl) (Rufnummer)

....
(Name)

....
(Postfach oder Straße und Hausnummer)

....
(Postleitzahl) (Ort)

Die Adresse Ihres Fernmeldeamtes finden Sie auch im Telefonbuch unter „Post".

Nicht freimachen

Antwort
Postkarte

Fernmeldeamt
Technische Vertriebsberatung
Postfach

....
(Postleitzahl) (Bestimmungsort)

Reihenanlagen von der Post...

...wenn es um die wirtschaftlichste Telefonlösung auf Dauer geht.
Ob eine Reihenanlage wirklich wirtschaftlich ist, können Sie erst dann beurteilen, wenn Sie zu den Anschaffungskosten die Folgekosten für Wartung, Erweiterung oder Änderung hinzurechnen.
Wichtigstes Kriterium für die richtige Wahl einer Reihenanlage ist die Wirtschaftlichkeit während der gesamten Einsatzdauer.

...wenn es um die Wartung geht.
Bei einer Wartung, die auf sich warten läßt, nutzt die beste Anlage nichts. Die Post ist immer schnell zur Stelle, weil sie kurze Wege hat. Ein dichtes Netz von Wartungsstellen garantiert Ihnen einen reibungslosen Wartungsservice. Und das heißt: Ihre Anlage ist bei einer Störung schnell wieder betriebsbereit.

...wenn es um einen guten Rat geht.
Um alle wichtigen Faktoren zu erkennen und zu bewerten, bedarf es Experten, die als Ingenieure ausgebildet sind. Die Post hat diese Spezialisten. Sie haben das Know-how, aus der breiten Angebotspalette der Industrie Anlagen und Telefone auszuwählen und die für Sie günstigste Lösung zu empfehlen – technologisch auf dem neuesten Stand. Post – Partner für Telekommunikation

Drei aus einem Team von mehr als 400 Technischen Vertriebsberatern.
Guter Rat der Post ist also auch ganz in Ihrer Nähe.

Post

430360

VII/72

Bundespost erinnert an höhere Gebühren

Bitte:

Auf ausreichende Frankierung achten

Die Bundespost erinnert an die zum 1. 7. in Kraft tretende Gebührenerhöhung und bittet, auf eine ausreichende Frankierung von Briefen und Paketen zu achten.
Die wichtigsten neuen Postgebühren (in Klammern die bisherigen) nach der Vorlage des Ministeriums:

Briefe:

Standardbrief	40 Pfg.	(30)
Brief bis 50 g	60 Pfg.	(50)
51 bis 100 g	80 Pfg.	(60)
101 bis 250 g	110 Pfg.	(70)
Postkarte	30 Pfg.	(25)
Auslandbrief	70 Pfg.	(60)

Drucksachen:

Standarddrucksache	25 Pfg.	(20)
Standardmassendrucksache	15 Pfg.	(12)
Päckchen	150 Pfg.	(120)

Pakete:

5 kg – 150 km weit	220 Pfg.	(180)
– 300 km weit	240 Pfg.	(200)
über 300 km weit	250 Pfg.	(210)

Postanweisungen:

10 Mark	110 Pfg.	(60)
50 Mark	130 Pfg.	(80)
100 Mark	160 Pfg.	(100)
200 Mark	180 Pfg.	(140)
500 Mark	240 Pfg.	(140)
1000 Mark	340 Pfg.	(180)

Einschreibgebühr . . . . 130 Pfg. (100)

Nachnahmegebühr . . . . 130 Pfg. (100)

Eilzustellung:

zwischen 06.00 u. 22.00 Uhr: 200 Pfg. (150)
zwischen 22.00 u. 06.00 Uhr: 300 Pfg. (250)

Telefongebühren für Ferngespräche von und nach Berlin sowie die Gebühren für Pakete im Verkehr zwischen Berlin und der Bundesrepublik sind geringer als innerhalb der Bundesrepublik.

430361

Das trifft Millionen Bürger:

Die Post wünscht Ihnen ein 46%iges Neues Jahr

Ab 1. Januar 75 wird die Post die Zustellgebühren für Zeitschriften und Zeitungen drastisch erhöhen. Im Schnitt um 46 Prozent! Das ist reiner Hohn gegenüber Ihrem verbrieften Recht auf Information und Bildung.

Seit über 100 Jahren werden Zeitschriften und Zeitungen durch die Post kostengünstig zugestellt. Das ist Dienst am Bürger. Ein politischer Dienst. Doch das soll jetzt anders werden! Die Post langt zu, statt sich besser zu organisieren. Und Sie müssen zahlen – zahlen – zahlen. Für die Post.

Wer nicht von gestern sein will, muß morgen mehr bezahlen – für die Post.

Die Post langt zu

EINE INFORMATION DEUTSCHER ZEITSCHRIFTEN

430362

HÖHERE POST-GEBÜHREN

Lou

np

Post 1975: *„Einen Brief wollen Sie schicken? Mit der Post? Können Sie sich das denn finanziell leisten?"*

Zeichnung np

Bahn und Post: Verluste als Markenzeichen

Hohe Verluste kennzeichneten in den letzten Jahren die wirtschaftliche Lage der beiden Staatsunternehmen Bahn und Post. Als Eigentümer der Bahn war der Bund, wie die Bundesbank in ihrem Monatsbericht betont, gezwungen, den eigenen Haushalt durch die wachsenden Zuschüsse in steigendem Maße zu belasten. Trotzdem mußten Bahn und Post sich weiter verschulden. In den drei Jahren von 1971 bis 1973 lag die Neuverschuldung beider Staatsbetriebe mit 20 Milliarden DM um rund 11 Milliarden DM höher als im vorangegangenen Dreijahreszeitraum. Obgleich die Ertragslage der Bahn ungleich schlechter als die der Post war, entfiel von der Nettoneuverschuldung nur ein knappes Fünftel auf die Bahn. Dabei sah es bei der Bahn in der Tat beängstigend aus. Der summierte Verlust von 7,5 Milliarden DM übertraf die Abschreibungen im gleichen Zeitraum um reichlich 2 Milliarden DM. Das bedeutet: aus selbsterwirtschafteten Mitteln hätte die Bahn nicht einmal ihr Anlagevermögen aufrechterhalten können. Aber dennoch investierte die Bahn in dieser Zeit recht kräftig. Dies war aber, wie die Bundesbank ermittelte, nur deshalb möglich, weil der Bund in den vergangenen drei Jahren seine erfolgswirksamen und erfolgsneutralen Hilfen an die Bahn auf 20,5 Milliarden DM aufstockte, und die Bahn zudem noch erheblich Kredit aufnahm.

Die Bundespost, die in den Jahren 1968 bis 1970 noch einen dürftigen Gewinn erwirtschaftet hatte, stolperte in den darauffolgenden drei Jahren ebenfalls in die Verlustzone. Dennoch gab es Unterschiede zur Bahn. Der für die letzten drei Jahre ausgewiesene Postverlust von 2,5 Milliarden DM verbrauchte nur knapp ein Drittel der durch Abschreibungen freigesetzten Mittel. Das Ergebnis: die Substanz konnte weitgehend aus selbsterwirtschafteten Mitteln erhalten werden. Auf der anderen Seite verschuldete sich die Post in diesem Zeitraum um netto 15 Milliarden DM neu.

Die gemeinsamen Verluste von Bahn und Post in den letzten drei Jahren addieren sich auf rund 10 Milliarden DM. Das war nicht nur dreimal soviel wie im vorherigen Dreijahreszeitraum, sondern nur 1,5 Milliarden DM weniger als in allen Jahren von 1948 bis 1970. Der Bahnverlust macht deshalb stutzig, weil er trotz erfolgswirksamer Hilfen des Bundes offenbar nicht zu vermeiden war. Allein im letzten Jahr erhielt die Bahn aus der Bundeskasse rund 5 Milliarden DM. Ohne die Bundeszahlungen hätte sich bei der Bahn in den vergangenen drei Jahren eine Kluft zwischen Aufwendungen und selbsterwirtschafteten Erträgen von nahezu 19 Milliarden DM aufgetan. Trotz einer erfolgswirksamen Bundeshilfe von rund 11,5 Milliarden DM sank die Dekkungsquote der Bahn in dieser Zeit auf 66 Prozent. Allerdings ist das Bild der Bundeshilfen ein wenig verzerrt, seit die Bundesregierung 1972 den Ausgleich der Belastungen aus dem Schienen-Personen-Nahverkehr zugunsten der Bahn verbessert hatte, und weil der Bund seit 1973 auch den Zinsaufwand für nicht weniger als 13 Milliarden DM Altschulden übernahm. Damit wollte man in Bonn offenbar dem Umstand Rechnung tragen, daß die Bahn im Gegensatz zum Monopolunternehmen Bundespost auf den Verkehrsmärkten in scharfem Wettbewerb steht. Die gemeinwirtschaftlichen Auflagen, wie etwa die Betriebs- und die Beförderungspflicht, stammen dagegen noch aus der Zeit, als auch die Eisenbahn ein Monopol hatte. Die negative Konsequenz: bei der Bahn spielen auch jene Transporte eine nicht unerhebliche Rolle, die dem privaten Verkehrsgewerbe einfach nicht rentabel genug sind. Zudem muß die Bahn als Transporteur die Transportwege selber erhalten, während der große Konkurrent, der gewerbliche Güterfernverkehr, trotz der Steuerbelastung offenbar aus dem Umstand Nutzen zieht, daß die Straßen durch ein Gemeinlastverfahren finanziert werden. In dieser Lage wurde die Bahn noch ab 1969 von einer bis dahin nicht gekannten Lohnkostenexplosion in Mitleidenschaft gezogen. Nicht nur die Verdienste der unteren Einkommensgruppen wurden dabei überproportional abgehoben. Vielmehr verschärfte die Bahn den Lohnkostendruck dadurch noch selbst, daß sie den seit Beginn der 60er Jahre bis 1969 um fast ein Fünftel auf 390 000 Beschäftigte verringerten Personalbestand in den folgenden vier Jahren um reichlich 10 Prozent auf inzwischen 430 000 aufstockte. Der Erfolg: der Anteil der Personalkosten an den gesamten Aufwendungen der Deutschen Bundesbahn erhöhte sich von 64 Prozent in 1960 auf inzwischen 72 Prozent.

Ähnlich wie die Bahn wurde auch die Post von der Personalkostenexplosion empfindlich getroffen, wenngleich sich trotz der im letzten Jahr auf 13 Milliarden DM gestiegenen Personalkosten deren Anteil an den gesamten Aufwendungen des Unternehmens weiter — wie schon seit vier Jahren zu beobachten — auf 56 Prozent verminderte. Parallel dazu verfügt die Post im Gegensatz zur Bahn noch heute in wichtigen Bereichen ihrer Geschäftstätigkeit über Monopole, die — so heißt es in der Studie der Bundesbank — einen erheblichen preispolitischen Spielraum gewährleisten. Aber an diesen Spielraum kann die Post nur herankommen, wenn sie vor allem im Fernmeldebereich teuer investiert. Trotz umfangreicher Tariferhöhungen konnten aber die Erträge der Post mit den Aufwendungen nicht Schritt halten. Schuld daran trägt vor allem der Umstand, daß in den letzten Jahren mit hohen Kosten immer mehr Telefonanschlüsse eingerichtet wurden, die von ihren Inhabern derart unzureichend genutzt werden, daß der damit erzielte Umsatz zuwenig bringt, um die Investitionskosten in vernünftiger Zeit zu amortisieren. Im Zuge dieser Entwicklung sinkt die Rentabilität des Fernsprechdienstes laufend. Fachleute sind der Ansicht, daß ein Großteil des für die letzten drei Jahre mit 24 Milliarden DM ausgewiesenen Kapitalbedarfs allein darauf zurückzuführen ist, daß die Post in jedem dieser drei Jahre nahezu eine Million neuer Telefonhauptanschlüsse eingerichtet hat. Dazu mußte sie die Kapitalmärkte mit 15 Milliarden DM beanspruchen: doppelt so stark wie im Dreijahreszeitraum zuvor. Erst als sich die Lage der Post immer bedrohlicher entwickelte, verzichtete der Bund auf einen erheblichen Teil der ihm eigentlich zustehenden Postablieferung, um das Eigenkapital des Unternehmens nicht noch weiter zu verringern. Aber weil der Bund beinahe zwei Jahrzehnte ziemlich bedenkenlos an der Postablieferung festgehalten hatte, rutschte die sich wachsenden Kundenansprüchen gegenübersehende Bundespost immer tiefer in die Kapitalmarktabhängigkeit. Für Ende 1973 weist die Bundesbank für die Bundespost eine Gesamtverschuldung von rund 35 Milliarden DM aus, deren Zins- und Tilgungslast mit den Ausschlag gegeben hat, daß die Bundespost trotz der für die Monopolkunden empfindlichen Gebührenerhöhungen am 1. Juli und trotz der damit verbundenen Mehreinnahmen von 1,3 Milliarden DM in diesem Jahr einen Verlust von schätzungsweise 250 Millionen DM nicht vermeiden kann.

Neue Waffen gegen Wirtschaftskriminalität

Die intensivere Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität – vor allem in den Erscheinungsformen der Subventionserschleichung, der Kreditgefährdung und des Wuchers – ist das Ziel eines Bonner Gesetzentwurfs, den das Bundesjustizministerium den Spitzenverbänden der Wirtschaft zur Stellungnahme zugeleitet hat. Dabei geht es in erster Linie darum, die Tatbestände des Betrugs und des Wuchers genauer zu definieren, da sich die geltenden Normen des Strafrechts angesichts der zunehmend komplizierter werdenden Sachverhalte im Bereich der Wirtschaftskriminalität als unzulänglich erwiesen haben. Eine Entwicklung, die dadurch verschärft wird, daß wirtschaftskriminelle Delikte in der Bundesrepublik nur von sehr wenigen Richtern und Staatsanwälten zutreffend beurteilt werden können. Die klare Definition der strafrechtlichen Normen bedeutet daher einen ersten Schritt in Richtung auf mehr Transparenz für die Rechtsprechung im Zusammenhang mit Wirtschaftsverbrechen.

Die Autoren des Gesetzentwurfs bezeichnen die verstärkte Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität als eine der vordringlichsten Aufgaben der Rechtspolitik, da es sich hierbei um eine besonders gefährliche und sozialschädliche Form der Kriminalität mit erheblicher Sogwirkung handele. Wer sich durch kriminelle Praktiken einen Wettbewerbsvorteil verschaffe – so heißt es in der Begründung des Entwurfs – der veranlasse mit einer gewissen Zwangsläufigkeit seine Mitbewerber zu gleichartigem Verhalten. Eine Rechtsordnung, die zwar mit dem Fehlverhalten des durchschnittlichen Bürgers ohne Schwierigkeiten fertig werde, jedoch vor Manipulationen von Intelligenztätern im Wirtschaftsverkehr allzu oft die Waffen strecken müsse, genüge nicht dem Grundsatz der Gleichheit aller Bürger vor dem Gesetz.

Als besonders ungeeignet hat sich das geltende Strafrecht bei der Bekämpfung des Subventionsschwindels erwiesen, da dieser Sachverhalt in vielen Fällen nicht mit dem Tatbestand des Betruges, so wie er im Strafgesetzbuch (StGB) geregelt ist, erfaßt werden kann. So fließen Subventionen oft in falsche Kanäle aufgrund von Verhaltensweisen der Täter, die zwar strafwürdig sind, aber nicht im Sinne des StGB als Täuschung oder Betrug geahndet werden können. Dies gilt vor allem für jene Fälle, in denen Subventionsempfänger und Subventionsvergabestelle bestimmte normative Begriffe unterschiedlich auslegen, ohne sich vor der Subventionsgewährung über die Auslegungsmöglichkeiten zu verständigen. Die Praxis der Rechtsprechung hat gezeigt, daß ein Subventionsempfänger, der es versteht, solche Unklarheiten geschickt zu seinen Gunsten auszunutzen, fast immer straffrei ausgeht, selbst wenn ihm eindeutig nachgewiesen werden kann, daß die Subvention zweckentfremdet wurde.

Ein typischer Fall dafür, daß Subventionen in einer dem volkswirtschaftlichen Zweck widersprechenden Weise in Anspruch genommen werden, ohne daß dabei nach geltendem Strafrecht der Tatbestand des Betruges erfüllt wird, ist folgendes Geschäft: Für den Export von Butter aus einem EG-Mitgliedsland in ein sogenanntes Drittland wurden Ausfuhrsubventionen in Anspruch genommen, obwohl die Butter im Empfängerland nicht auf den Markt kam, sondern dort durch Zusatz von Essenzen in Mayonnaise umgewandelt und unter Einsparung der bei Butter zu erhebenden Einfuhrabschöpfung wieder in ein EG-Land reimportiert wurde. Hier angekommen, wurde die Mayonnaise durch Ausschleudern der zugesetzten Essenzen wieder in Butter verwandelt, um dann abermals die Reise über die Grenzen der Gemeinschaft anzutreten.

Eine Ergänzung der strafrechtlichen Bestimmungen durch den Tatbestand der Subventionserschleichung sowie die Einführung verwaltungsrechtlicher Regeln über die Vergabe von Subventionen soll künftig sicherstellen, daß Mißstände dieser Art, die den Steuerzahler Millionen kosten, unterbunden werden. So soll in Zukunft mit Freiheitsstrafen bis zu zehn Jahren bedroht werden, wer einer Behörde über subventionserhebliche Tatsachen unrichtige oder unvollständige Angaben macht und dadurch die Gefahr herbeiführt, daß ihm nicht gerechtfertigte Vorteile gewährt oder belassen werden. Unabhängig von dieser strafrechtlichen Erfassung der Subventionserschleichung soll die Bundesregierung ermächtigt werden, durch Rechtsverordnung alle Zuwendungen aus öffentlichen Haushalten als Subventionen zu bezeichnen, sofern dies geeignet erscheint, eine mißbräuchliche Inanspruchnahme der Leistungen zu verhindern. Ein derartiger Mißbrauch soll in Zukunft immer dann vorliegen, wenn eine unangemessene Gestaltungsmöglichkeit – siehe Butter-Mayonnaise-Geschäft – ausgeschöpft wird, um eine Subvention zu nutzen. Wem dies dennoch gelingt, wird künftig die dadurch erlangten Vorteile nach den Vorschriften des Bürgerlichen Gesetzbuches über die ungerechtfertigte Bereicherung herauszugeben haben.

Neben der Subventionserschleichung und dem Subventionsmißbrauch will der Gesetzgeber auch den Tatbestand der Kreditgefährdung im Strafrecht verankern. Mit anderen Worten: Wer aufgrund unrichtiger oder unvollständiger Angaben (etwa in Bilanzen, Gewinn- und Verlustrechnungen, Vermögensübersichten, Gutachten etc.) ein Darlehen von einem Kreditinstitut erwirkt, den erwartet nach Inkrafttreten des geplanten Gesetzes in besonders schweren Fällen eine Freiheitsstrafe bis zu 5 Jahren. Erfaßt werden dabei jedoch nur solche Kredite, die an Unternehmen gewährt werden, da nach Auffassung der Rechtsexperten besonders in diesem Bereich die Gefahr einer wirtschaftlich unvertretbaren Kreditgewährung mit allen Konsequenzen für Kreditgeber, Kreditnehmer und dessen Gläubiger gegeben ist.

Die strafrechtliche Verfolgung von Wuchergeschäften bietet einen weiteren Angriffspunkt im Kampf gegen die Wirtschaftskriminalität. Hier geht es vor allem darum, den Tatbestand des Kreditwuchers gleichermaßen festzulegen wie dies bereits im Gesetz zur Verbesserung des Mietrechts und zur Begrenzung des Mietanstiegs geschehen ist. Um z. B. den „Haien" im Kreditgeschäft besser begegnen zu können, ist beabsichtigt, die Grenze der Schutzwürdigkeit nicht erst bei der Ausbeutung einer „Notlage" zu ziehen, sondern bereits bei einer „Zwangslage", so wie es bei Mietgeschäften bereits geltendes Recht ist. Danach soll mit einer Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren (in besonders schweren Fällen bis zu 10 Jahren) bestraft werden, ... „wer die Zwangslage, die Unerfahrenheit, den Mangel an Urteilsvermögen oder die Willensschwäche eines anderen dadurch ausbeutet, daß er sich oder einem Dritten Vermögensvorteile versprechen oder gewähren läßt, die in einem auffälligen Mißverhältnis zu der Leistung oder deren Vermittlung stehen".

Die Post: Faß ohne Boden!

Das größte Dienstleistungsunternehmen der Bundesrepublik — die Deutsche Bundespost — ist nicht ganz unerwartet wieder zum Stein des Anstoßes geworden: die zum 1. Juli des letzten Jahres in Kraft getretenen Gebührenerhöhungen bringen längst nicht soviel an Mehreinnahmen, wie benötigt würden, um die alten Defizite auszugleichen und die weiter steigenden Kosten abzufangen. Deshalb will Postminister Ehmke die Kunden wieder zur Kasse bitten. Dabei ist es nur ein schwacher Trost, daß die Bundesregierung die endgültige Entscheidung aus aktuellen preispolitischen Gründen zunächst auf Eis gelegt hat. Denn auch die Prüfung des Problems durch einen eigens berufenen Kabinettausschuß wird an jenen roten Zahlen kaum etwas ändern, die Minister Ehmkes unpopuläre Pläne erzwungen haben. Nach postinternen Vorauskalkulationen wird das Unternehmen das laufende Geschäftsjahr mit einem Defizit von rund 560 Millionen DM abschließen. Werden die Gebühren — gleich welcher Art — nicht rechtzeitig vor Jahresbeginn 1974 entsprechend angehoben, muß sich die Post für das nächste Jahr auf ein Defizit einrichten, das nach ministerieller Schätzung „irgendwo zwischen 1,1 und 1,4 Milliarden DM liegen wird". Genauso sicher weiß man aber auch, daß Gebührenerhöhungen das Problem der Post auf Dauer nicht lösen können. Die Deutsche Bundespost trägt nicht nur an zuviel unrentablen Dienstzweigen, sondern sie leidet auch unter einer geradezu beispielhaft schlechten Kapitalausstattung. Die sich daraus ergebenden Konsequenzen werden schon seit über 20 Jahren durch ein ebenso beispielhaftes Fehlverhalten ihres Eigentümers, des Bundes, verschärft: statt dem Unternehmen Post für wachsende Leistungen das notwendige Kapital zur Verfügung zu stellen, holte sich der Bund jahrzehntelang Milliarden von der Post. Dabei war nicht etwa der Ertrag maßgebend, sondern die „Postablieferung an den Bund"; sie beträgt stets 6⅔ Prozent der Betriebseinnahmen, gleich, ob unterm Strich ein Verlust für die Post herauskommt oder nicht. Aus einer derart betriebenen Auszehrung der Bundespost entwickelte sich logischerweise ein immer krasser werdendes Mißverhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital. Immerhin war die Post 1949 noch mit 73 Prozent Eigenanteil am Gesamtkapital von damals 2,282 Milliarden DM angetreten. In den folgenden acht Jahren füllten Postablieferungen in Höhe von 1,87 Milliarden DM die Bundeskasse auf. Zur gleichen Zeit erhöhte sich das Post-Kapital um mehr als das Doppelte auf über 5,98 Milliarden DM. Davon waren dann aber 1957 schon rund 63 Prozent Fremdkapital. Das Dilemma war nicht mehr abzuwenden: bei fehlender Eigenkapitalbasis stellte sich eine immer empfindlicher drückende Belastung durch den wachsenden Kapitaldienst ein. Aber die Halbierung des Eigenkapitalanteils in acht Jahren schreckte den Eigentümer nicht auf. Zwar ließ sich der Bund in den folgenden Jahren zu sporadischen Hilfen herbei, doch machte diese Unterstützung der Postfinanzen — sieht man von 214,2 Millionen DM im Schreckjahr 1958 ab — in den folgenden sechs Jahren jeweils nur 14 (vierzehn!) Millionen DM aus. Erst als 1964 das Eigenkapital der Deutschen Bundespost auf 1,597 Milliarden DM, und damit unter das Volumen des Jahres 1949 abgesunken war, wurde man in Bonn hellhörig. Wegen des in den vorangegangenen Jahren ständig gestiegenen Leistungsvolumens der Post, das nur durch laufend aufgestockte Fremdmittel bestritten werden konnte, war nämlich der Eigenkapitalanteil auf den absoluten Tiefpunkt von 12,1 Prozent abgesackt. Im folgenden Jahr verzichtete der Bund auf 325 Millionen DM aus der eigentlichen Postablieferung von 590,4 Millionen DM, schoß zusammen 544,8 Millionen DM zu und erreichte so, daß der Eigenkapitalanteil an dem auf 14,99 Milliarden DM erhöhten Gesamtkapital wieder geringfügig um 1,8 auf 13,9 Prozent stieg. Das half, zumal der Bund 1966 ebenfalls nur 265 Millionen DM kassierte, obgleich ihm bei einem Jahresüberschuß von 284,5 Millionen DM eigentlich 667,9 Millionen DM zugestanden hätten. Insgesamt half der Bund in diesem Jahr mit 814,8 Millionen DM. Das Resultat: der Eigenkapitalanteil wuchs auf 18,8 Prozent, obgleich das Post-Gesamtkapital abermals um 1,8 Mrd. DM auf 16,71 Mrd. DM Ende 1966 angewachsen war. Noch einmal praktizierte der Bund Eigentümerpflichten: er verzichtete auf rund 500 Mill. DM Postablieferung, kassierte nur knapp 219 Mill. DM und half mit der bis heute einmaligen Rekordsumme von 1,049 Mrd. DM. Die Folgen blieben nicht aus: 1968 erwirtschaftete die Post ein positives Jahresergebnis von 505 Mill. DM.

Damit aber scheint sich die Besitzerverpflichtung des Bundes auch erschöpft zu haben. Die explosionsartige Ausweitung des postalischen Leistungsangebotes vor allem im Bereich der Fernmeldetechnik sowie der Hörfunk- und Fernsehübertragung erforderte eine Kapitalaufstockung in gleichen Dimensionen: das Postkapital stieg von 20,6 Milliarden DM in 1968 bis Ende letzten Jahres um nahezu 83 Prozent auf 37,855 Milliarden DM. Gleichzeitig schrumpfte nicht nur der Eigenkapitalanteil von den bis 1969 wieder erreichten 28,7 Prozent auf rund 16 Prozent Ende letzten Jahres. Das Eigenkapital der Post ging auch absolut von dem 1970 bis heute ausgewiesenen Höchstbetrag von 6,844 Milliarden DM auf knapp mehr als 6 Milliarden DM zurück. Zwar half der Bund in den letzten Jahren immer noch aus, doch verzichtete er keineswegs vollends auf die Postablieferung. Seit 1969 — als die katastrophale Entwicklung abzusehen war — sind bis Ende letzten Jahres noch Postablieferungen an den Bund von mehr als 2,7 Milliarden DM ausgewiesen. Wären diese Beträge zusammen mit den Bundeshilfen von rund 3,5 Milliarden DM bei der Post verblieben, hätte ein Eigenkapitalanteil von über 20 Prozent gesichert werden können. Das hätte zur Folge gehabt, daß der Kapitaldienst des größten Dienstleistungsunternehmens nicht vollends jene Größenordnungen erreicht hätte, die inzwischen zu der Einsicht geführt haben, daß Gebührenerhöhungen allein die Post nicht mehr aus dem Dilemma führen können: das Defizit des Jahres 1971 erreichte mit 1,584 Milliarden DM ziemlich genau den Betrag, den die Post für den laufenden Kapitaldienst aufwenden mußte.

Diese Größenordnungen haben auch offensichtlich immer wieder den Blick von anderen Defizitquellen abgelenkt und verhindert, sie zu stopfen. Beispielsweise verursacht der Gelddienst der Bundespost im laufenden Jahr ein Defizit von (geschätzten) 700 Millionen DM. Auf Kosten der Steuerzahler macht die Post somit dem Bankgewerbe Konkurrenz. Der Kostendeckungsgrad in diesem Leistungsbereich der Post wird wahrscheinlich auf unter 40 Prozent absinken, nachdem ihn die Unternehmensbilanz für 1969 noch mit 57,95 Prozent ausgewiesen hatte. Seit 1969 sind auch im Postsparkassendienst die goldenen Zeiten vorbei. 1970 erzielte die Postsparkasse zum ersten Mal keine volle Kostendeckung mehr. Auch auf diesem Sektor wird der Wettbewerb mit der Kreditwirtschaft subventioniert. Ähnlich katastrophal sieht es in den anderen Teil-Dienstbereichen der Post aus, wo es ums Geld geht: die Kostendeckung im Postanweisungsdienst sank inzwischen auf knapp 35 Prozent, im Zahlungsanweisungsdienst auf weniger als 30 Prozent, im Zahlkartendienst auf 32 Prozent und im Rentendienst auf 55 Prozent. Die Kostenunterdeckung im gesamten Gelddienstbereich reißt in diesem Jahr zusammen mit dem Kapitaldienst jenes Loch in der Postbilanz auf, das nun mit einer erneuten Gebührenerhöhung auch nur überdeckt, aber keineswegs zugeschüttet werden kann.

Herausgeber: Deutscher Genossenschafts-Verlag EGmbH., Wiesbaden · Einzelpreis DM —,42 · Redaktion: Hanno Schoene, Bonn
Druck: Druckwerkstätten Koehler & Hennemann, Wiesbaden

Juni 1973

430366

Wirtschaftskurven

INDEX DER INDUSTRIELLEN PRODUKTION

1962 = 100; von Kalenderunregelmäßigkeiten bereinigt

Gesamte Industrie

"reine" Investitionsgüter

"reine" Verbrauchsgüter

AUSSENHANDEL

Mrd. DM

Ausfuhr

Einfuhr

AUFTRAGSEINGANG

Gesamte Industrie, 1970 = 100

PREISINDEX FÜR DIE LEBENSHALTUNG

aller privaten Haushalte

1962 = 100

Insgesamt

Nahrungs- und Genußmittel

BAUGENEHMIGUNGEN IM HOCHBAU

1970 = 100

ARBEITSMARKT

in 1000

Offene Stellen

Arbeitslose

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft

...agen will Gscheidle die Bundespost retten

...örfer / Einstellungsstopp soll Personalkosten senken / Widerstand in der SPD

...onn
...ie Land-
...rgesehen
... werden
...hon ent-
...en Horn
...". Nach
...eschlos-
... nächste
...' ist ein
... Postmi-
... aus den
...erauszu-
...ergange-
...auftragt,
...rung zu
...ler neue
... seines
...nach sei-
...Überzeu-
... Teil des
...macht –
...gefangen
...Venn wir
...er Wirt-
... ist und
...der der
...vierigkei-
...Posthorn-
...ltem Ge-
...ch nicht
... rigorose
... zu ge-
...nstellun-

gen mit all ihren menschlichen Problemen führen.

Vor wenigen Tagen hat Gscheidle angeordnet, daß im gesamten Postbereich noch in diesem Jahr 990 Millionen Mark bei den Investitionsmitteln und 214 Millionen Mark bei den Betriebsmitteln gekürzt werden. Nach einem Schlüssel werden diese Beträge auf die 22 Oberpostdirektionen aufgeteilt, die die ihnen zugeteilte Sparsumme einhalten müssen, allerdings in eigener Verantwortung darüber entscheiden, wo sie den Rotstift ansetzen.

Die Präsidenten der Oberpostdirektionen, mit denen Minister Gscheidle vor wenigen Tagen in Bonn ein ganz offenes Gespräch führte, konnten sich der Notwendigkeit der Sparmaßnahmen nicht verschließen, zumal Gscheidle deutlich machte, daß die Post trotz der saftigen Gebührenerhöhungen am 1. Juli dieses Jahres vorerst und jedenfalls auch noch nicht im Jahre 1975 aus den roten Zahlen herauskommen werde. Dieses Ziel soll langfristig mit dem Konzept erreicht werden, das in seinen Umrissen schon recht deutlich Gestalt gewonnen hat.

Daß dabei die „rollenden Postämter" eine zentrale Rolle einnehmen wird verständlich, wenn man auf die Zahl der Postdienststellen schaut. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik 23 222 „Ämter und Amtsstellen des Postwesens", wie es im Postamtsdeutsch heißt. Davon sind allein 16 700 sogenannte Poststellen, 171 Posthilfsstellen und 6325 reguläre Postämter. Bei den restlichen 26 Dienststellen handelt es sich um 13 Postscheckämter, 2 Postsparkassenämter und um 11 selbständige Postbezirkswerkstätten.

Wie viele von den Posthilfs- und Poststellen und den Postämtern eingespart werden können, steht noch nicht genau fest. Das wird sich häufig auch nach geographischen Verhältnissen oder Verkehrsmöglichkeiten richten. Auf den meisten Nordseeinsel oder auch auf den Halligen beispielsweise wird sich der Einsatz eines „rollenden Postamtes", das pro Stück 45 000 Mark kostet und bei einer Kilometerleistung von 17 000 pro Jahr 15 000 Mark Betriebskosten aufweist, nicht lohnen; in ländlichen Gebieten mit dicht beieinanderliegenden Dörfern dagegen sehr.

Aber nicht nur den kleinen Postdienststellen soll es „an den Kragen" gehen, auch vier oder fünf Oberpostdirektionen stehen auf der Strichliste. „Kandidaten sind die OPD in Braunschweig, Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken, Trier und Tübingen. Postminister Gscheidle bekennt freimütig: „Wenn Sie mich fragen: wir kämen mit insgesamt 8 Oberpostdirektionen aus."

Aber all dies ist nur in bestimmten Grenzen zu verwirklichen, weil einer radikalen Lösung das öffentliche Dienstrecht entgegensteht. Die Post kann zwar rationalisieren, aber sie kann keinen ihrer Beamten entlassen, so überflüssig er auch sein mag. Zunächst wird es bei der Post deshalb, soweit es möglich ist, einen Einstellungsstopp geben, und die im Herbst bevorstehende Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden, die einen Personalmehrbedarf von rund 25 000 Stellen erfordert, soll ohne Neueinstellungen „aufgefangen" werden.

Minister Gscheidle macht sich keine Illusionen. Er rechnet mit großem Widerstand gegen seine Pläne. Selbst Leute aus der eigenen Partei und Fraktion, die noch vor Monaten lautstark nach drastischen Rationalisierungsmaßnahmen geschrien haben, bombardieren ihn heute mit Briefen und dem Vorwurf, unsoziale Pläne zu schmieden.

	DM	DM
Farbige Sprechapparate	Anschließung	monatl. Gebühr
In den Farben hellrotorange, farngrün, ockergelb und lachsrot	40,—[6]	1,10

Gesprächsgebühren

a) Ortsgespräch	—,23
b) Ferngespräch je Gebühreneinheit	—,23

Zähltakte bei Ferngesprächen

Taggebühr (6–18 Uhr) Entfernungszone	Sekunden
Knotenvermittlungszone	90
bis 25 km	45
mehr als 25 km bis 50 km	30
mehr als 50 km bis 100 km	15
mehr als 100 km	12
Nachtgebühr I (18–22 Uhr und Sa 14–22 Uhr) Entfernungszone	
Knotenvermittlungszone	90
bis 25 km	67,5
mehr als 25 km bis 50 km	45
mehr als 50 km bis 100 km	22,5
mehr als 100 km	18
Nachtgebühr II (22–6 Uhr, an So und Feiertagen auch 6–22 Uhr) Entfernungszone	
Knotenvermittlungszone	90
übrige Entfernungszonen	67,5

[6] Entfällt bei Erstanschließung oder Verlegung.

Sehr geehrter Postkunde!

Die Post muß – wie jedes andere Unternehmen – ihre Ausgaben durch die Einnahmen decken. Weil die Post aber auch zur Gemeinwirtschaftlichkeit verpflichtet ist, hat sie seit Jahren „unter Preis verkauft". Weil sie vieles tun muß, was keinen Gewinn bringt und was deshalb kein anderer tun will. Zum Beispiel Pakete befördern. Wir müßten ein Vielfaches an Gebühren berechnen, wenn wir die Kosten decken wollten. Oder jeden Tag 7½ Millionen Zeitungen und Zeitschriften austragen. Finanziell ein Verlustgeschäft: 1973 im Paket- und Päckchendienst insgesamt rund 1 Milliarde DM. Im Zeitungsdienst rund 570 Millionen DM. Das bedeutet: Die Einnahmen bleiben weit hinter den Ausgaben zurück. Und die Ausgaben wachsen. Weil der Bedarf wächst. Und das kostet viel Geld. 1972 waren es 7,45 Milliarden DM allein für Sachinvestitionen. Für 1974 bis 1976 werden es voraussichtlich 29 Milliarden sein.

Mit ein Hauptgrund für die finanzielle Lage der Post ist auch ihr hoher Anteil an Personalkosten. Hier wurde bereits der Hebel angesetzt. Durch ein neues System der Personalbemessung werden wir schon 1974 rund 110 Millionen DM einsparen, 1976 werden es bereits 280 Millionen DM sein. Aber: Rationalisierung ist kein Allheilmittel. Bei einem Dienstleistungsunternehmen werden die Personalkosten immer beträchtlich sein, und sie werden weiter wachsen. Vergleichen Sie einmal die Preisentwicklung in anderen Dienstleistungsbereichen.

Wenn die Post morgen nicht von gestern sein soll, muß sie heute investieren. Muß sie wirtschaftlich gesunden. Muß sie darüber nachdenken, wie sie ihre Dienstleistungen noch kundengerechter erbringen kann. Nicht durch Service-Verschlechterungen, wie fälschlicherweise so oft behauptet wird, sondern

...gen will Gscheidle die Bundespost retten

...r / Einstellungsstopp soll Personalkosten senken / Widerstand in der SPD

gen mit all ihren menschlichen Problemen führen.

Vor wenigen Tagen hat Gscheidle angeordnet, daß im gesamten Postbereich noch in diesem Jahr 990 Millionen Mark bei den Investitionsmitteln und 214 Millionen Mark bei den Betriebsmitteln gekürzt werden. Nach einem Schlüssel werden diese Beträge auf die 22 Oberpostdirektionen aufgeteilt, die die ihnen zugeteilte Sparsumme einhalten müssen, allerdings in eigener Verantwortung darüber entscheiden, wo sie den Rotstift ansetzen.

Die Präsidenten der Oberpostdirektionen, mit denen Minister Gscheidle vor wenigen Tagen in Bonn ein ganz offenes Gespräch führte, konnten sich der Notwendigkeit der Sparmaßnahmen nicht verschließen, zumal Gscheidle deutlich machte, daß die Post trotz der saftigen Gebührenerhöhungen am 1. Juli dieses Jahres vorerst und jedenfalls auch noch nicht im Jahre 1975 aus den roten Zahlen herauskommen werde. Dieses Ziel soll langfristig mit dem Konzept erreicht werden, das in seinen Umrissen schon recht deutlich Gestalt gewonnen hat.

Daß dabei die „rollenden Postämter" eine zentrale Rolle einnehmen wird verständlich, wenn man auf die Zahl der Postdienststellen schaut. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik 23 222 „Ämter und Amtsstellen des Postwesens", wie es im Postamtsdeutsch heißt. Davon sind allein 16 700 sogenannte Poststellen, 171 Posthilfsstellen und 6325 reguläre Postämter. Bei den restlichen 26 Dienststellen handelt es sich um 13 Postscheckämter, 2 Postsparkassenämter und um 11 selbständige Postbezirkswerkstätten.

Wie viele von den Posthilfs- und Poststellen und den Postämtern eingespart werden können, steht noch nicht genau fest. Das wird sich häufig auch nach geographischen Verhältnissen oder Verkehrsmöglichkeiten richten. Auf den meisten Nordseeinsel oder auch auf den Halligen beispielsweise wird sich der Einsatz eines „rollenden Postamtes", das pro Stück 45 000 Mark kostet und bei einer Kilometerleistung von 17 000 pro Jahr 15 000 Mark Betriebskosten aufweist, nicht lohnen; in ländlichen Gebieten mit dicht beieinanderliegenden Dörfern dagegen sehr.

Aber nicht nur den kleinen Postdienststellen soll es „an den Kragen" gehen, auch vier oder fünf Oberpostdirektionen stehen auf der Strichliste. „Kandidaten sind die OPD in Braunschweig, Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken, Trier und Tübingen. Postminister Gscheidle bekennt freimütig: „Wenn Sie mich fragen: wir kämen mit insgesamt 8 Oberpostdirektionen aus."

Aber all dies ist nur in bestimmten Grenzen zu verwirklichen, weil einer radikalen Lösung das öffentliche Dienstrecht entgegensteht. Die Post kann zwar rationalisieren, aber sie kann keinen ihrer Beamten entlassen, so überflüssig er auch sein mag. Zunächst wird es bei der Post deshalb, soweit es möglich ist, einen Einstellungsstopp geben, und die im Herbst bevorstehende Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden, die einen Personalmehrbedarf von rund 25 000 Stellen erfordert, soll ohne Neueinstellungen „aufgefangen" werden.

Minister Gscheidle macht sich keine Illusionen. Er rechnet mit großem Widerstand gegen seine Pläne. Selbst Leute aus der eigenen Partei und Fraktion, die noch vor Monaten lautstark nach drastischen Rationalisierungsmaßnahmen geschrien haben, bombardieren ihn heute mit Briefen und dem Vorwurf, unsoziale Pläne zu schmieden.

(Left column fragments:) and- / hen / rden / ent- / Horn / Nach / hlos- / hste / ein / tmi- / den / szu- / nge- / ragt, / zu / neue / eines / sei- / rzeu- / l des / cht – / ngen / n wir / Wirt- / t und / der / igkei- / thorn- / n Ge- / nicht / gorose / zu ge- / tellun-

	DM	DM
Farbige Sprechapparate	An-schließung	monatl. Gebühr
In den Farben hellrotorange, farngrün, ockergelb und lachsrot	40,—[6])	1,10

Gesprächsgebühren

a) Ortsgespräch	—,23
b) Ferngespräch je Gebühreneinheit	—,23

Zähltakte bei Ferngesprächen

Taggebühr (6–18 Uhr) Entfernungszone	Sekunden
Knotenvermittlungszone	90
bis 25 km	45
mehr als 25 km bis 50 km	30
mehr als 50 km bis 100 km	15
mehr als 100 km	12

Nachtgebühr I (18–22 Uhr und Sa 14–22 Uhr) Entfernungszone	
Knotenvermittlungszone	90
bis 25 km	67,5
mehr als 25 km bis 50 km	45
mehr als 50 km bis 100 km	22,5
mehr als 100 km	18

Nachtgebühr II (22–6 Uhr, an So und Feiertagen auch 6–22 Uhr) Entfernungszone	
Knotenvermittlungszone	90
übrige Entfernungszonen	67,5

[6]) Entfällt bei Erstanschließung oder Verlegung.

gen
fer / Ei

n
Land-
esehen
verden
on ent-
Horn
Nach
schlos-
nächste

ist ein
Postmi-
us den
rauszu-
gange-
iftragt,
ng zu
r neue
seines

ch sei-
berzeu-
eil des
acht –
efangen
nn wir
r Wirt-

ist und
er der
erigkei-
sthorn-
em Ge-
h nicht
igorose
zu ge-
stellun-

Inland (DM)

Briefe

	DM
Standardbriefe [1]	—,50
andere Briefe bis 50 g	—,80
über 50 „ 100 g	1,20
„ 100 „ 250 g	1,60
„ 250 „ 500 g	2,—
„ 500 „ 1000 g	2,40
Innerhalb Berlins	
Standardbriefe [1]	—,30
andere Briefe bis 50 g	—,40
über 50 „ 100 g	—,60
„ 100 „ 250 g	—,80
„ 250 „ 500 g	1,—
„ 500 „ 1000 g	1,20

Höchstgewicht 1000 g

Postkarten

	DM
Postkarten	—,40
Innerhalb Berlins	—,20

Drucksachen

freizumachen

	DM
Standarddrucksachen [1]	—,30
andere Drucksachen bis 50 g	—,50
über 50 „ 100 g	—,60
„ 100 „ 250 g	—,70
„ 250 „ 500 g	1,20

Höchstgewicht 500 g

Ausland (DM)

Briefe

	DM
Standardbriefe [1]	—,70
andere Briefe bis 50 g	1,20
über 50 „ 100 g	1,50
„ 100 „ 250 g	2,70
„ 250 „ 500 g	5,10
„ 500 „ 1000 g	8,40
„ 1000 „ 2000 g	13,50
Standardbriefe [1] ermäßigte Gebühr [2]	—,50
Briefe bis 50 g ermäßigte Gebühr [3]	—,80

Höchstgewicht 2 kg

Postkarten

	DM
Postkarten	—,50
ermäßigte Gebühr [2]	—,40

Drucksachen

	DM
Standarddrucksachen [1]	—,30
andere Drucksachen bis 50 g	—,50
über 50 „ 100 g	—,60
„ 100 „ 250 g	—,70
„ 250 „ 500 g	1,20
„ 500 „ 1000 g	2,10
„ 1000 „ 2000 g	3,40
je weiteren 1000 g	1,70

Höchstgewicht 2 kg, Bücher 5 kg

1) Standardsendungen sind Briefe, Drucksachen, Briefdrucksachen und Warensendungen bis 20 g, Länge zwischen 14 und 23,5 cm, Breite zwischen 9 und 12 cm, Höhe bis 0,5 cm.

2) und 3) finden Sie auf der nächsten Seite.

n
Land-
esehen
verden
on ent-
Horn
Nach
schlos-
nächste

ist ein
Postmi-
us den
rauszu-
rgange-
uftragt,
ng zu
r neue
seines

ch sei-
berzeu-
Teil des
acht –
fangen
nn wir
r Wirt-

ist und
r der
erigkei-
sthorn-
em Ge-
h nicht
igorose
zu ge-
stellun-

…gen will Gscheidle die Bundespost retten

…fer / Einstellungsstopp soll Personalkosten senken / Widerstand in der SPD

gen mit all ihren menschlichen Problemen führen.

Vor wenigen Tagen hat Gscheidle angeordnet, daß im gesamten Postbereich noch in diesem Jahr 990 Millionen Mark bei den Investitionsmitteln und 214 Millionen Mark bei den Betriebsmitteln gekürzt werden. Nach einem Schlüssel werden diese Beträge auf die 22 Oberpostdirektionen aufgeteilt, die die ihnen zugeteilte Sparsumme einhalten müssen, allerdings in eigener Verantwortung darüber entscheiden, wo sie den Rotstift ansetzen.

Die Präsidenten der Oberpostdirektionen, mit denen Minister Gscheidle vor wenigen Tagen in Bonn ein ganz offenes Gespräch führte, konnten sich der Notwendigkeit der Sparmaßnahmen nicht verschließen, zumal Gscheidle deutlich machte, daß die Post trotz der saftigen Gebührenerhöhungen am 1. Juli dieses Jahres vorerst und jedenfalls auch noch nicht im Jahre 1975 aus den roten Zahlen herauskommen werde. Dieses Ziel soll langfristig mit dem Konzept erreicht werden, das in seinen Umrissen schon recht deutlich Gestalt gewonnen hat.

Daß dabei die „rollenden Postämter" eine zentrale Rolle einnehmen wird verständlich, wenn man auf die Zahl der Postdienststellen schaut. Insgesamt gibt es in der Bundesrepublik 23 222 „Ämter und Amtsstellen des Postwesens", wie es im Postamtsdeutsch heißt. Davon sind allein 16 700 sogenannte Poststellen, 171 Posthilfsstellen und 6325 reguläre Postämter. Bei den restlichen 26 Dienststellen handelt es sich um 13 Postscheckämter, 2 Postsparkassenämter und um 11 selbständige Postbezirkswerkstätten.

Wie viele von den Posthilfs- und Poststellen und den Postämtern eingespart werden können, steht noch nicht genau fest. Das wird sich häufig auch nach geographischen Verhältnissen oder Verkehrsmöglichkeiten richten. Auf den meisten Nordseeinsel oder auch auf den Halligen beispielsweise wird sich der Einsatz eines „rollenden Postamtes", das pro Stück 45 000 Mark kostet und bei einer Kilometerleistung von 17 000 pro Jahr 15 000 Mark Betriebskosten aufweist, nicht lohnen; in ländlichen Gebieten mit dicht beieinanderliegenden Dörfern dagegen sehr.

Aber nicht nur den kleinen Postdienststellen soll es „an den Kragen" gehen, auch vier oder fünf Oberpostdirektionen stehen auf der Strichliste. „Kandidaten sind die OPD in Braunschweig, Neustadt/Weinstraße, Saarbrücken, Trier und Tübingen. Postminister Gscheidle bekennt freimütig: „Wenn Sie mich fragen: wir kämen mit insgesamt 8 Oberpostdirektionen aus."

Aber all dies ist nur in bestimmten Grenzen zu verwirklichen, weil einer radikalen Lösung das öffentliche Dienstrecht entgegensteht. Die Post kann zwar rationalisieren, aber sie kann keinen ihrer Beamten entlassen, so überflüssig er auch sein mag. Zunächst wird es bei der Post deshalb, soweit es möglich ist, einen Einstellungsstopp geben, und die im Herbst bevorstehende Arbeitszeitverkürzung auf 40 Stunden, die einen Personalmehrbedarf von rund 25 000 Stellen erfordert, soll ohne Neueinstellungen „aufgefangen" werden.

Minister Gscheidle macht sich keine Illusionen. Er rechnet mit großem Widerstand gegen seine Pläne. Selbst Leute aus der eigenen Partei und Fraktion, die noch vor Monaten lautstark nach drastischen Rationalisierungsmaßnahmen geschrien haben, bombardieren ihn heute mit Briefen und dem Vorwurf, unsoziale Pläne zu schmieden.

430371

430367

Inland DM	Ausland DM
Briefdrucksachen freizumachen Standardbriefdrucksachen [1]) .... —,40 andere Briefdrucksachen bis 50 g ..... —,60 über 50 „ 100 g ..... —,90 „ 100 „ 250 g ..... 1,20 „ 250 „ 500 g ..... 1,70 Höchstgewicht 500 g	nicht zugelassen
Warensendungen freizumachen Standardwarensendungen [1]) ..... —,30 andere Warensendungen bis 50 g ..... —,50 über 50 „ 100 g ..... —,60 „ 100 „ 250 g ..... —,70 „ 250 „ 500 g ..... 1,20 Höchstgewicht 500 g Drucksachen — nicht aber Briefdrucksachen — dürfen beigefügt werden	nicht zugelassen entsprechende Sendungsart: Päckchen
Päckchen freizumachen bis 2 kg .... 2,— Höchstgewicht 2 kg	bis 100 g ..... —,70 über 100 „ 250 g ..... 1,10 „ 250 „ 500 g ..... 1,70 „ 500 „ 1000 g ..... 3,10 Höchstgewicht 1000 g; nach einigen Ländern nur 500 g (Auskunft am Schalter)

[2]) Nach Andorra, Belgien, Frankreich (einschl. überseeische Départements), Italien, Liechtenstein, Luxemburg, Monaco, Niederlande, San Marino, Schweiz, Vatikanstadt

[3]) Nach Andorra, Frankreich (einschl. überseeische Départements), Luxemburg, Monaco

Wie deutsche Firmen Porto sparen

Paris. Bei den französischen Postämtern nahe der deutschen Grenze herrscht Hochbetrieb: In immer größeren Mengen werden Briefe nach Deutschland aufgegeben – die aus Deutschland kommen, vermutlich per Auto. Auftraggeber: deutsche Firmen, die Massenpost versenden.

Dies dürfte eine Folge der jüngsten Portoerhöhungen in der Bundesrepublik sein. Das Porto zwischen den Ländern der Europäischen Gemeinschaft entspricht dem Inlandporto. In Deutschland aber kostet jetzt ein Brief 50 Pfennig, in Frankreich nach wie vor nur 50 Centimes. Das sind umgerechnet 28 Pfennig. Bei größeren Briefmengen lohnt es sich also, die Briefe von Deutschland über die Grenze nach Frankreich zu bringen und dort abzusenden.

Insbesondere an der saarländisch-lothringischen Grenze sind solche Massen-Briefauslieferungen nach Deutschland zu verzeichnen. Die Zahl der auf diese Weise nach Frankreich gebrachten und von dort versandten Briefe wird bereits jetzt auf 150 000 bis 250 000 geschätzt

Das Pariser Postministerium erklärt zu diesen Praktiken deutscher Postkunden, es sei ungesetzlich, Briefmengen auf diese Weise „privat" über die Grenze zu befördern. Aber die Post hat keine Möglichkeit, die Postsachen etwa einfach nicht zu befördern. Nur strengere Kontrollen der Zollbehörden würden die Möglichkeit geben, die Einfuhr von Postsendungen großen Umfangs zu unterbinden.

IX. 74

430372

POR AVION

REPUBLICA ARGENTINA 170 PESOS CORREO AEREO

REPUBLICA FEDERAL ALEMANA

HERRN
DR.MED. WERNER HÜBNER
PRAKT.ARZT
3056 REHBURG
SCHULSTR.4

Boehringer Argentina S.A.C.I. e I.
Viamonte 2213/15 · Buenos Aires
República Argentina

boehringer mannheim
diagnostica therapeutica

Impresos–Imprimé

Herrn
Dr. med. Werner Hübner
3056 Rehburg
Windmühlenweg 7
Alemania

MIT LUFTPOST
PAR AVION
BY AIR MAIL

SERVICIO AEROPOSTAL - BA - ARGENTINA
OCT 1 1974

4° Congreso Internacional de Quemaduras
4th International Congress on Burn Injuries
4. Internationaler Kongreß für Verbrennungskrankheiten
Hotel Sheraton Buenos Aires

Post muß mit privater Konkurrenz leben

Amerikanischer Paketdienst bald in ganz Niedersachsen / Wählerisch mit der Kundenauswahl

Von Irmtraud Rippel-Manß 29.9.76 Hannover

Seit sechs Wochen rollen 120 braune Wagen des privaten amerikanischen Paketdienstes mit der goldenen Aufschrift UPS – United Parcel Service, Deutschland GmbH – in Teilen der Bundesrepublik. Fast 40 davon machen derzeit im Postleitzonengebiet 3, das vom Harz bis Uelzen, von Stadthagen bis zur Grenze der DDR reicht, der Bundespost Konkurrenz. Wenn Ende Oktober neben Berlin auch die Leitzone 2 von dem Abhol- und Zustelldienst erfaßt wird, hat sich das Netz der Organisation über ganz Niedersachsen gelegt.

Während UPS mit einer stetigen und schnellen Ausweitung ihres Kundenstammes rechnet, gibt sich die Bundespost bis jetzt einigermaßen gelassen. Noch hat etwa die Oberpostdirektion Hannover-Braunschweig keine Fälle zu verzeichnen, daß ihre Paketkunden zum Konkurrenten abwandern. Doch intensiviert sie vorsorglich ihre Kundendienstarbeit.

Für Außenstehende umgibt sich der UPS mit einem Hauch von Unnahbarkeit. Wer etwa von den niedersächsischen Zustellzentralen Hannover, Braunschweig oder Osnabrück Näheres über ihre Arbeit erfahren will, kommt nicht sehr weit. Auch die Zentralverwaltung in Neuss und die Pressestelle in Düsseldorf, an die er verwiesen wird, zeigen sich mit Informationen reichlich sparsam. Doch werden dort auf Anfrage Belehrungen über die – wie es heißt – Philosophie des Unternehmens erteilt. „Wir haben einen Service, von dem wir glauben, daß die deutsche Wirtschaft ihn benötigt", wird erklärt. Die angebotenen Dienstleistungen basieren auf den Maximen Pünktlichkeit, Zuverlässigkeit, Sauberkeit und – als Wichtigstes natürlich – niedrige Kosten.

Der Feldzug, mit dem die Tochtergesellschaft des 70 Jahre alten United Parcel Service of America in die bundesdeutsche Kleingutbeförderung eindringt, entbehrt also nicht psychologisch-taktischer Komponenten. So wird großer Wert auf das Äußere gelegt: Die Fahrer der blitzsauberen, weil täglich gewaschenen braunen Wagen tragen adrette braune Berufskleidung. Kopfbedeckung und zugeknöpftes Jackett beim Kundenbesuch sind Vorschrift.

„Stellen Sie sich einmal vor, was auf den Kunden besser wirkt: ein verschwitzter Paketträger der Bundespost in der Haustür oder einer unserer frischen Boten mit immer sauberem Hemd. Der Kunde gewinnt zu uns auch deshalb schnell Vertrauen." Generelle Alkoholabstinenz während der Dienstzeit für das gesamte Personal und vier Wochen lang streng geübtes „defensives Fahren" für die Zusteller gehören gleichfalls zum Bild, mit dem UPS für sich wirbt.

Indes gehen die Vorteile, die UPS gegenüber der Bundespost ins Feld führt, weit über die Hemdkragenstrategie hinaus: Für eine wöchentliche Grundgebühr von 10 Mark fragt ein UPS-Fahrer täglich von Montag bis Freitag bei Privatpersonen oder Unternehmen morgens an, ob Pakete mitzunehmen seien oder nicht. Zustellgebühren wie bei der Post hat der Empfänger nicht zu zahlen. Die Pakete dürfen im Unterschied zur Post, die 20 Kilogramm als obere Grenze setzt, bis zu 25 Kilogramm schwer sein und drei Meter Gesamtabmessung (Länge plus Gesamtumfang) haben. Zustellung am nächsten Tag innerhalb des bedienten Gebietes wird garantiert. Die Gebühren können bis eine Mark pro Paket billiger sein als bei der Post.

Im Aufbaustadium, betont UPS, ist man sehr wählerisch mit der Kundenauswahl. Bevorzugt werden kleine und mittlere Firmen, die täglich zwei bis 50 Pakete zu verschicken haben. Doch sollen später auch Großfirmen bedient werden. „Interesse", hebt der UPS-Sprecher hervor, „haben auch in Niedersachsen fast alle Firmen gezeigt." Zum festen Stamm gehören nach den paar Wochen im Leitzonenbereich 3 schon 50 Firmen.

Gert Wolfgram, Kooperationsbeauftragter für den Paketdienst bei der Oberpostdirektion Hannover-Braunschweig stellt indes fest, daß ihm noch kein Kunde bekannt sei, den der amerikanische Service dazu gebracht habe, dem Paketschalter den Rücken zu kehren. „Der Markt wartet ab", charakterisiert er die Situation. Daß die Zeit für die Post arbeitet, hofft er. Denn, so argumentiert er, wenn UPS einmal eine größere Paketflut zu bewältigen hat, kann er nicht mehr wie jetzt jedes einzelne Paket wie ein rohes Ei behandeln. Die Güte des Service werde dann sinken.

Einstweilen freilich ist die Post bemüht, dem UPS-Vormarsch möglichst wirkungsvoll zu begegnen. Das ist jedoch um so schwerer, als die Konkurrenz weder aggressiv noch öffentlich wirbt. Wenn der UPS-Sprecher erklärt: „Wir haben grundsätzlich nie Werbung getrieben und werden es nie tun", so heißt das nichts anderes, als daß das Unternehmen nur gezielt an einzelne Firmen herantritt. Wolfgram dazu: „Uns ist bekannt, daß UPS ganze Werbekolonnen ausschickt, die interessante Firmen gewinnen sollen."

In Niedersachsen wie im übrigen Bundesgebiet vertraut die Post darauf, daß sie „auf Grund ihrer soliden und flexiblen Geschäfts- und Betriebsmöglichkeiten im Wettbewerb" gut bestehen werde. Seit kurzer Zeit geht sie daran, die Vorteile ihres Paketbetriebes zu betonen. Orts- und Personenkenntnis, Postgeheimnis, generelle Bedienungspflicht, Entlastung der Straßen durch Benutzung des Schienenweges werden ins Feld geführt, die niedrigen Verlust- und Beschädigungsquoten bei der Post in Erinnerung gerufen. Der Abholdienst – längere Zeit so gut wie eingeschlafen – wird intensiviert, die Kooperation mit größeren Kunden gefördert.

Da United Parcel Service, wie er offen zugesteht, sich die Rosinen aus dem Paketgeschäft pickt – ein Kunde, der ihm unbequem wird, muß damit rechnen, von heute auf morgen gekündigt zu werden –, glaubt die Post, daß ihre meisten Kunden bei der Stange bleiben. Dann werden auch weiterhin allein im Bereich der Oberpostdirektion Hannover-Braunschweig 11½ Millionen Pakete über die Schalter gehen.

Pünktlich um 8 Uhr morgens verlassen die braunen Wagen des amerikanischen Paketdienstes United Parcel Service die Zustellzentrale Hannover (Bild links). Die Öffentlichkeit hat kaum Einblick in die Arbeit des UPS (rechts). Aufn. (2): Udo Heuer

430375

Privatpostler — siehe auch Karikatur rechts — sind in der Bundesrepublik offensichtlich auf eine Marktlükke gestoßen. Die Umsatzzahlen der mit der Bundespost in Konkurrenz liegenden Firmen wie UPS Deutschland (United Parcel Service) haben in den letzten Jahren ständig zugenommen. UPS zum Beispiel befördert zur Zeit ca. 36 000 Pakete täglich

Tiefschlag

Von KURT DITTRICH

Sicherlich wird man darüber streiten können, ob den Bürgern tatsächlich ein Stück Lebensqualität genommen wird, wenn ab 1. Januar 1977 ein Ortsgespräch von einer Stunde mehr kostet als 23 Pfennig. Es soll Ehemänner geben, die sich davon eine wohltuende Disziplinierung ihrer Gemahlinnen erhoffen.

Dennoch hat der Plan des Bonner Postministers Gscheidle, die Bürger erneut zur Kasse zu bitten, diesmal ein weit größeres Protestecho ausgelöst als vor Jahresfrist, als die Preise im Paketdienst bis zu 250 Prozent, im Postzustelldienst bis zu 100 Prozent und im Telefondienst bis zu 120 Prozent angehoben wurden. Die Gründe liegen nahe; überraschend nur, daß in Bonn so große Verblüffung über die derzeit harsche Reaktion des Publikums herrscht.

Seit 1969 sind in sich ständig verkürzenden Abständen die Preise für staatlich organisierten Service gestiegen: Nicht nur für den Postdienst, nein, auch für Gas, Wasser, Elektrizität, Eisenbahn, Nahverkehrsmittel. Das für die Preiserhöhungen begleitende Prozedere war in Bund, Ländern und Gemeinden fast immer das gleiche: Nachdem zunächst die bereits programmierten Erhöhungspläne bestritten wurden, verpaßte man dem Verbraucher dann, möglichst am Wochenende, die bittere Pille in einer forschen Erklärung. Nachfolgende Proteste wurden mit wohlvorbereitetem Wortgeklingel vom Tisch gefegt.

Anfangs funktionierte die Methode noch recht gut, wenn man von einigen massiven Protesten gegen die Erhöhung von Nahverkehrsmittel-Preisen absieht. Zähneknirschend fügten sich die Betroffenen ins schier Unvermeidliche. In den letzten zwei Jahren aber änderte sich das Verbraucherverhalten. Die Bürger straften Vater Staat mit Enthaltsamkeit: Sie fuhren weniger Bahn, telefonierten weniger, schickten weniger Pakete, sparten an Gas und Strom.

Wenn diesmal wahre Proteststürme rollen, mag dies damit zusammenhängen, daß die Bürger Gscheidles neuesten Streich als unfairen Tiefschlag werten: Ausgerechnet in einem Servicebereich, der mit Gewinn arbeitet und in dem Enthaltsamkeit schwer zu üben ist, schlägt er zu — und läßt dies mit einer aufwendigen Kampagne fürs Telefonieren verbinden. Doch noch ein zweites kommt hinzu: Zunehmend empfindet der Bürger die Preiserhöhungen durch staatliche Monopol-Unternehmen als versteckte Steuererhöhungen, mit denen Defizite in der Staatskasse gestopft werden sollen. Er fühlt sich getäuscht, hintergangen. Sein Vertrauen in die Ehrlichkeit des Staates schwindet.

Ein Minus an Vertrauen indes können die Männer an der Spitze weniger rasch ausgleichen als ein Minus in der Kasse. Ob es sich in Bonn und anderswo nicht lohnte, dies einmal zu bedenken?

Ab Januar höhere Postgebühren

Eigener Bericht

pp. **Hannover**

Die Bundesbürger können Geld sparen, wenn sie Briefe und Päckchen, die sie ohnehin in den nächsten Tagen abschikken wollen, noch bis Sonnabend aufgeben. Am 1. Januar nämlich tritt die mehrfach angekündigte Gebührenerhöhung für zahlreiche Sendungen und Dienstleistungen in Kraft.

Im einzelnen sind mit Beginn des neuen Jahres folgende Änderungen zu beachten:

- Standardbrief: 60 statt 50 Pfennig
- Postkarte: 50 statt 40 Pfennig
- Auslandsbrief: 90 statt 70 Pfennig
- Standarddrucksachen: 40 statt 30 Pfennig
- Standardmassendrucksachen: 25 statt 20 Pfennig
- Päckchen: 2,30 statt 2 Mark
- Die meisten Pakete werden um 30 Pfennig teurer. Die Post unterscheidet nach Gewicht und Entfernung. So kostet ein Paket bis 5 Kilogramm auf einer Entfernung bis 150 Kilometer im neuen Jahr 3,40 Mark statt 3,10 Mark. Einzige Ausnahme: Pakete zwischen 18 und 20 Kilogramm auf Strecken von mehr als 300 Kilometern werden billiger. Die Gebühr sinkt von 17,50 auf 17,30 Mark.
- Postgut, das nur von großen Postkunden (Firmen) angeliefert wird, wird um durchschnittlich 20 Pfennig teurer. Dafür steigt die Gewichtsgrenze von 10 auf 20 Kilogramm.

Auch im Geld- und Postbankverkehr wird einiges teurer:

- Postanweisung (bis 100 Mark): 3,60 statt 3 Mark. Bei höheren Beträgen kann die Gebühr auch um 1 Mark über dem bisherigen Satz liegen.
- Zahlkarte (bis 10 Mark): 70 statt 60 Pfennig. Über 10 Mark steigt die Gebühr von 1 auf 1,20 Mark.
- Postscheck-Kontoführungsgebühr: 26 bis 50 Buchungen mit 2,50 Mark um 50 Pfennig teurer. 51 bis 250 Buchungen: 6 statt 5 Mark. 251 bis 1000 Buchungen: 12 statt 10 Mark. Über 1000 Buchungen erhöht sich die Kontogebühr von 20 auf 24 Mark. Für Konten mit höchstens 10 oder maximal 25 Buchungen im Monat bleibt die Gebühr von 1 bzw. 2 Mark unverändert.

Von den Gebührenerhöhungen erhofft sich die Post nach jüngsten Schätzungen jährlich 1 Milliarde Mark an Mehreinnahmen. Sie stellt diesem Plus allerdings einen Verlust von 3,4 Milliarden Mark durch Gebührensenkungen im Fernmeldewesen gegenüber. So berechnet die Post vom 1. Januar an nur noch 27 statt 32 Mark Grundgebühr für einen Telefonanschluß. Diese Senkung ist praktisch schon in Kraft; denn in den vergangenen Wochen erhielten die Telefonteilnehmer rückwirkend bis Juli einen Betrag von insgesamt 30 Mark gutgeschrieben.

Die Deutsche Bundespost informiert.

Jede Leistung hat ihren Preis

FEUER

NOTRUF

Die wichtigsten Telefon-Gebühren ab 1. 7. 1974

430379

1

Monatliche Grundgebühr für ortsnetzgebundene Hauptanschlüsse in Ortsnetzen mit	Gruppe I DM — für einen Einzelanschluß	Gruppe I DM — für einen Zweieranschluß	Gruppe II [1] DM — für einen Einzelanschluß	Gruppe II [1] DM — für einen Zweieranschluß
1 bis 100 Hauptanschlüssen	20,–	15,–	16,–	10,–
101 bis 200 Hauptanschlüssen	25,–	20,–	20,–	14,–
201 bis 1000 Hauptanschlüssen	30,–	25,–	24,–	18,–
über 1000 Hauptanschlüssen	32,–	27,–	26,–	20,–

Einmalige Gebühr (Pauschale) für . .	Gruppe I DM	Gruppe II [1] DM
Anschließung eines einzelnen ortsnetzgebundenen Hauptanschlusses	200,– [2]	120,–
Verlegung einer einfachen ortsnetzgebundenen Hauptstelle ohne Änderung der Leitungsführung im allgemeinen Fernmeldenetz der Post, z. B. innerhalb der Wohnung (ohne Anschlußdosen)	100,– [2]	100,–
Übernahme bereits vorhandener Teilnehmereinrichtungen des Raumvorgängers durch den Raumnachfolger, je Hauptstelle	100,–	50,–

[2]) Bei gleichzeitiger Herstellung und gemeinsamer Einführung von mehr als 10 ortsnetzgebundenen Hauptanschlüssen oder Leitungen für einen Antragsteller gelten ermäßigte Anschließungsgebühren

[1]) Die Gebührenermäßigung wird nur auf Antrag an einzelne natürliche Personen gewährt, wenn bestimmte Voraussetzungen erfüllt sind, z. B. besondere Hilfsbedürftigkeit und geringes Einkommen. Über Einzelheiten informiert Sie das Merkblatt »Fernsprechhauptanschluß zu ermäßigter Gebühr«.

4

Pos
einf

Zus
Län
Ges
(nur
sch
Ges
(für
klei
zwe
Ans
(mit
jed
3) M
we
zwe
4) Hi
1
Sp
Ge
(ei

430380

Posteigene Teilnehmereinrichtungen für einfache Hauptstellen	monatliche Grundgebühr DM	einmalige Gebühr für Anschließung, Verlegung oder Auswechslung DM
Zusatzeinrichtungen		
Längere Anschlußschnur Gesamtlänge 4 Meter (nur für graue und vorhandene schwarze und elfenbeinf. Apparate)	–	15,–
Gesamtlänge 6 Meter (für Apparate aller Farben)	–	15,–
kleiner oder großer Wecker	0,90	40,–
zweiter Hörer	0,60	15,–
Anschlußdosenanlage (mit 2 Anschlußdosen und 1 kleinen Wecker)	1,70	120,–
jede weitere Anschlußdose [3]) Müssen hierfür vorhandene Anschlußdosen ausgewechselt werden, kommen deren Auswechslungsgebühren hinzu.	0,40	40,–[3])
zweiter gewöhnlicher Sprechapparat [4]) Hinzu kommen ggf. weitere Gebühren, z. B. für 1 Wechselschalter oder für die Auswechslung des ersten Sprechapparats.	2,25	40,–[4])
Gebührenanzeiger mit Rückstellung (einschl. Übermittlung der Zählimpulse)	6,80	15,–

430381

3

Posteigene Teilnehmereinrichtungen für einfache Hauptstellen	monatliche Grundgebühr DM	einmalige Gebühr für Anschließung, Verlegung oder Auswechslung DM
Besondere Sprechapparate (anstelle eines gewöhnlichen Sprechapparats)		Keine zusätzlichen Gebühren, wenn bei der Anschließung oder Verlegung des Hauptanschlusses mit beantragt, sonst Auswechslungsgebühr: 40,– DM
Sprechapparat mit eingebautem Gebührenanzeiger (einschl. Übermittlung der Zählimpulse)	7,55	
Sprechapparat für 2 Leitungen	3,60	
Sprechapparat mit Schauzeichen	0,65	
Zuschlag		
Gewöhnlicher Sprechapparat in den Farben ockergelb, lachsrot, farngrün oder hellrotorange	1,10	

Alle anderen Fernmeldegebühren erfahren Sie bei Ihrem Fernmeldeamt. Die vollständigen Benutzungsbedingungen und Gebührenvorschriften enthält die Fernmeldeordnung.

Beratung durch die Anmeldestelle für Fernmeldeeinrichtungen Ihres Fernmeldeamtes

Gebühren nach dem Stand 1. 7. 1974 (Änderungen vorbehalten)

4.74–654321
DIN A 5, Kl. 617 k

// FAm 407

Die Deutsche Bundespost informiert.

Ich rufe an....

(Fernsprechen ist einfach)

1

430383

Fernsprechen ist einfach

Trotzdem wird täglich einige millionenmal der Hörer abgenommen, ohne daß ein Gespräch zustande kommt. Nur weil die Spielregeln nicht beachtet werden.

„Fachleute" wissen das. Sie vermeiden die kleinen Unachtsamkeiten, die so große Wirkung haben: verlorene Zeit, höhere Kosten, unnötig belegte Leitungen.

Testen Sie nach diesem Faltblatt, ob Sie das Einmaleins des Telefons beherrschen.

Bevor ich anrufe...

... überlege ich kurz: Wen will ich sprechen? Ist mein Gesprächspartner jetzt zu erreichen?

... finde ich für ein Selbstwählferngespräch die Kennzahl des Ortsnetzes im „Amtlichen Verzeichnis der Ortsnetzkennzahlen", dem dünnen gelben Heft.

... suche ich die Rufnummer in den neuesten Unterlagen: in meinem Notizbuch, im letzten Brief, im „Amtlichen" oder „Örtlichen Fernsprechbuch" der neuesten Ausgabe oder im Branchen-Fernsprechbuch – ehe ich die Fernsprechauskunft anrufe. Fehlverbindungen kosten Geld und verursachen Ärger.

... halte ich Papier und Bleistift bereit. Ortsnetzkennzahl und Rufnummer schreibe ich mir auf, damit ich sie beim Wählen vor Augen habe.

2

Wenn ich dann anrufe...

... nehme ich den Hörer an das Ohr und beginne mit dem Wählen, sobald ich den Wählton höre.

... wähle ich zügig die vollständige Rufnummer, bei Selbstwählferngesprächen die Kennzahl des Ortsnetzes vorweg. Auch Nullen zählen und werden mitgewählt.

... mache ich zwischen den einzelnen Ziffern – auch bei Bindestrichen oder Klammern – keine langen Pausen und lasse die Wählscheibe frei zurücklaufen. Ich bremse nicht und „helfe" auch nicht „nach".

... lege ich auf, sobald ich den Besetztton höre. Ganz gleich ob er vor, während oder nach dem Wählen ertönt. Ich beginne noch einmal.

... höre ich auch auf andere Signaltöne, sie dienen meiner Information. Was sie bedeuten, steht auf Seite 6.

... lege ich nicht gleich auf, falls der gewünschte Partner sich nicht sofort meldet; viermal sollte man es schon klingeln lassen.

... stelle ich mich selbst zu Beginn des Gesprächs vor und frage notfalls nach, ob ich mit dem gewünschten Partner spreche. Das berühmte „Hallo" hilft kaum weiter.

... sage ich etwas Nettes, falls ich „falsch verbunden" bin, und prüfe die Rufnummer – nach meinen neuesten Unterlagen oder durch Anruf bei der Fernsprechauskunft –, bevor ich erneut wähle. Werde ich wieder falsch verbunden, rufe ich die Störungsannahme an.

3

Wenn es bei mir „geklingelt" hat...

... melde ich mich sofort und lasse den Anrufer nicht warten.

... nenne ich deutlich Namen, Firma oder Rufnummer. Das schafft ein günstiges Gesprächsklima und regt den Partner an, sich selbst vorzustellen.

... frage ich den Anrufer nach seinem Namen, wenn ich seine Vorstellung nicht verstanden habe.

430386

4

Damit man sich besser versteht...

... spreche ich weder zu laut noch zu leise und halte die Sprechmuschel unmittelbar vor den Mund.

... wiederhole ich Zahlen, Eigennamen und Aufträge, denn Mißverständnisse sind ärgerlich.

... buchstabiere ich schwer verständliche Wörter, eine Buchstabiertafel steht auf Seite 6.

... frage ich bei vertraulichen Gesprächen den Partner zu Beginn, ob er nicht gerade Besuch hat und verhindert ist, frei zu sprechen.

... stelle ich mich mit dem Rücken zum Lärm und schirme die Sprechmuschel mit der Hand ab, wenn es in meinem Zimmer einmal laut ist.

... lege ich auf, wenn ausnahmsweise der Partner schlecht zu verstehen ist, und wähle die Verbindung neu.

Weil ich auch sonst keinen Ärger mag...

... staune ich nicht, wenn es bei selbstgewählten Auslandsgesprächen bis zu 1 Minute dauert, bis ich nach dem Wählen den ersten Signalton höre – andere Töne als bei uns.

... melde ich Störungen gleich bei der Störungsannahme, und wenn mein Apparat völlig streikt, vom Anschluß meines Nachbarn. Die Rufnummer der Störungsannahme ist in den meisten Orten 117 oder 0117 (und der Anruf ist gebührenfrei).

... suche ich Notrufnummern (Polizei, Feuerwehr, Krankenwagen) im „Amtlichen Fernsprechbuch" dort, wo die Rufnummern meines Ortsnetzes beginnen, oder im „Amtlichen Verzeichnis der Ortsnetzkennzahlen" auf der 2. Umschlagseite.

... trage ich die für mich wichtigen Notrufnummern – wenn ich den grauen Fernsprechapparat habe – in das vorgesehene Feld der Wählscheibe ein.

... schreibe ich alle für mich wichtigen Rufnummern in mein Notizbuch (oder in das Verzeichnis auf Seite 7): z. B. die Rufnummer vom Hausarzt, Pfarramt, von der Apotheke, Fernsprechauskunft usw.

430388

6

Buchstabiertafel

Inland

A = Anton
Ä = Ärger
B = Berta
C = Cäsar
Ch = Charlotte
D = Dora
E = Emil
F = Friedrich
G = Gustav
H = Heinrich
I = Ida
J = Julius
K = Kaufmann
L = Ludwig
M = Martha
N = Nordpol
O = Otto
Ö = Ökonom
P = Paula
Q = Quelle
R = Richard
S = Samuel
Sch = Schule
T = Theodor
U = Ulrich
Ü = Übermut
V = Viktor
W = Wilhelm
X = Xanthippe
Y = Ypsilon
Z = Zacharias

Ausland

A = Amsterdam
B = Baltimore
C = Casablanca
D = Danemark
E = Edison
F = Florida
G = Galipoli
H = Havana
I = Italia
J = Jerusalem
K = Kilogramme
L = Liverpool
M = Madagaskar
N = New York
O = Oslo
P = Paris
Q = Québec
R = Roma
S = Santiago
T = Tripoli
U = Upsala
V = Valencia
W = Washington
X = Xanthippe
Y = Yokohama
Z = Zürich

Signaltöne im Fernsprecher in gleicher Tonhöhe	Bedeutung im Inlandsverkehr
tüt tüüüt tüt tüüüt	Bitte wählen.
tüüüt tüüüt	Anschluß ist frei und wird gerufen.
tüt tüt tüt tüt tüt tüt	Gewählter Anschluß ist besetzt, oder es ist keine Leitung frei.
tüt tüt tüt tüt	Eine Dienststelle der Post hat sich eingeschaltet.

in verschiedener Tonhöhe	Bedeutung im Inlandsverkehr
tüt tüt tüt / tüt tüt tüt / tüt tüt tüt	ohne Ansage: Näheres kann bei der Auskunft erfragt werden. mit Ansage: Entsprechend dem Text unterschiedlich.

7

Wichtige Rufnummern	Die örtlich verschiedenen Rufnummern bitte selbst eintragen
Notrufe	
Überfall, Verkehrsunfall	
Feuer	
Rettungsdienst, Erste Hilfe	
Krankentransport	
prakt. Arzt	
Facharzt	
Zahnarzt	
ärztlicher Bereitschaftsdienst	
Apotheke	
Pfarrer	
Störungsannahme für Fernsprecheinrichtungen	
Gas	
Stromnetz	
Wasser	
Fernsprechauskunft	
Zeitansage	
Küchenrezepte	
Sportnachrichten	
Theaterveranstaltungen	

422478 1485000 4.74 DIN ½ A 3, Kl. 617 k

// FAm 402 VI, 3 B

Die Deutsche Bundespost informiert.

Einmaleins für Fernsprechkunden

1

430391

Im Blickpunkt: Der Fernsprechhauptanschluß

Beim Einzelanschluß hat der einzelne Telefonapparat eine eigene Hauptanschlußleitung bis zur Vermittlungseinrichtung der Post. Beim Zweieranschluß sind die Apparate zweier Fernsprechteilnehmer über einen Gemeinschaftsumschalter mit einer gemeinsamen Leitung an die Vermittlung angeschlossen. Neue Zweieranschlüsse werden nur überlassen, solange an ihrer Stelle keine Einzelanschlüsse hergestellt werden können.
Für jeden Hauptanschluß wird eine eigene Rufnummer zugeteilt und ein gewöhnlicher Apparat in grauer Farbe angeschlossen, falls der Kunde keine anderen Teilnehmereinrichtungen beantragt hat. Auf Antrag des Teilnehmers können aber auch Zusatzeinrichtungen (z. B. zusätzliche Wecker, Anschlußdosen, Gebührenanzeiger) oder Telefonapparate besonderer Art (z. B. Apparate in anderer Farbe) angeschlossen werden.
Die Benutzungsbedingungen und Gebühren für das gesamte öffentliche Fernmeldenetz enthält die Fernmeldeordnung. Sie kann bei Bedarf bei den Anmeldestellen für Fernmeldeeinrichtungen eingesehen oder bei jedem Postamt käuflich erworben werden (Preis z. Z. 3,30 DM).

Fernsprechteilnehmer: Partner der Deutschen Bundespost

Teilnehmer, und damit Träger aller Rechte und Pflichten aus dem Teilnehmerverhältnis ist der Inhaber des Fernsprech-Hauptanschlusses. Der Teilnehmer kann eine oder mehrere andere Personen durch Ausstellen einer Fernmeldevollmacht (Formblätter gibt es bei den Anmeldestellen und an den Postschaltern) bevollmächtigen, ihn dabei zu vertreten.

2

430392

Zuerst der Antrag . . .
Herstellung und Anschließung der Hauptanschlüsse und der dafür gewünschten Teilnehmereinrichtungen beantragen Sie bitte schriftlich bei Ihrer Anmeldestelle für Fernmeldeeinrichtungen. Antragsformblätter gibt es dort und bei den Postämtern. Unterschreiben muß derjenige, der Fernsprechteilnehmer ist oder werden will. Die Annahme Ihres Antrags wird von der Anmeldestelle Ihres Fernmeldeamtes schriftlich bestätigt. Anträge werden im allgemeinen in der Reihenfolge des Eingangs ausgeführt.
Als Nachfolger in Wohn- oder Geschäftsräumen können Sie die vom Raumvorgänger vorhandenen Teilnehmereinrichtungen unverändert übernehmen; ein solcher Antrag sollte rechtzeitig gestellt werden, weil die Übernahme nur möglich ist, wenn die Post noch nicht über die bisherige Rufnummer und über die Einrichtungen des Raumvorgängers verfügt hat.
Teilnehmereinrichtungen können auf Antrag auch verlegt werden, wenn das keine Änderung der Leitungen im allgemeinen Fernmeldenetz der Post erfordert.
Für jedes an das öffentliche Fernmeldenetz anzuschließende Grundstück bringen Sie bitte als Antragsteller eine „Erklärung des Grundstückseigentümers“ bei, wenn eine solche nicht bereits beim Fernmeldeamt vorliegt. Das Formblatt hält jede Anmeldestelle bereit. Diese Erklärung bestätigt die Anmeldestelle dem Grundstückseigentümer mit einer „Gegenerklärung“; darin verpflichtet sich die Bundespost, Schäden zu beseitigen, die von ihr bei den Arbeiten am Fernmeldenetz auf dem Grundstück verursacht werden.

3

430393

Wenn die Handwerker kommen . . .
Die erforderlichen Außenleitungen, Einführungen und Inneneinrichtungen werden entweder von Fachkräften der Bundespost oder in ihrem Auftrag von privaten Unternehmern hergestellt. Lassen Sie sich, falls Sie Zweifel haben, bitte den Ausweis zeigen. Die Räume für Teilnehmereinrichtungen sollen frei sein von schädlichen Einflüssen, wie Feuchtigkeit, Säuredämpfen, Staubentwicklung usw. Sonst ergeben sich für Sie als Antragsteller Mehrkosten durch die notwendigen Schutzmaßnahmen.
Sind Bauarbeiten bei Ihnen erforderlich, machen Sie bitte den Handwerkern genaue Angaben über die Lage verdeckt geführter Starkstrom-, Gas-, Wasser- oder anderer Leitungen. Klären Sie bitte auch, ggf. mit dem Haus- oder Grundstückseigentümer, ob und wo auf dem Grundstück oder im Hause Leerrohre oder Kanäle für Fernsprechleitungen vorhanden sind, die für Ihre Teilnehmereinrichtungen benutzt werden können; weisen Sie bitte die Handwerker darauf hin.

Tips für den Alltag
Bitte teilen Sie dem Fernmeldeamt sogleich mit, wenn Ihre Teilnehmereinrichtungen verloren gegangen, beschädigt oder gestört sind. Ändern Sie eigenmächtig keine Teilnehmereinrichtungen und schalten Sie keine selbst beschafften Apparate ein. Auch Vorrichtungen und Gegenstände, die an den Apparat elektrisch nicht anschließbar sind, z. B. Aufkleber, dürfen an Teilnehmereinrichtungen nur angebracht werden, wenn sie als Hilfsvorrichtung von der Post zugelassen sind.

3

4

430394

Die Fernmelderechnung kommt ins Haus

Der Teilnehmer erhält für jeden Fernsprechhauptanschluß einmal im Monat eine Fernmelderechnung mit der Post zugestellt. Die monatlichen Grundgebühren werden im voraus, die anderen Gebühren nach Ausführung der Leistung in Rechnung gestellt. Die Endsumme der Fernmelderechnung ist sogleich zu zahlen. Am einfachsten ist es für den Kunden, vom Konto abbuchen zu lassen (Formblätter gibt es bei den Fernmelderechnungsstellen). Dadurch ist die pünktliche Zahlung „programmiert" und die Unkosten eines Erinnerungsschreibens werden vermieden.
Sollten Sie einmal Einwendungen gegen die Fernmelderechnung haben, zahlen Sie bitte trotzdem; reklamieren Sie sogleich schriftlich bei Ihrer Fernmelderechnungsstelle, spätestens innerhalb von einem Monat.
Auf schriftlichen Antrag des Teilnehmers kann die Fernmelderechnung auch einem anderen zugesandt werden, der dann auch die sonstigen Mitteilungen des Fernmelderechnungsdienstes erhält.

Die Kündigung . . .

Wollen Sie Teilnehmereinrichtungen kündigen, teilen Sie das bitte der Anmeldestelle schriftlich mit. Geht diese Nachricht dort am 1. Werktag eines Kalendermonats ein, kann die Kündigung im allgemeinen für den Schluß dieses Kalendermonats, sonst erst mit dem Ende des nächsten Kalendermonats wirksam werden. Einrichtungen, für die eine Mindestüberlassungsdauer besteht (z. B. posteigene Nebenstellenanlagen), können frühestens zum Ende der Mindestüberlassungsdauer gekündigt werden.

5

430395

Die Regellänge der Anschlußschnur ist bei grauen, schwarzen und elfenbeinfarbenen Apparaten 2 m, bei andersfarbigen Apparaten 3 m. Mit einer längeren Anschlußschnur bis zu 6 m können Sie dem Apparat im Raum verschiedene Standorte geben. Das eignet sich jedoch nicht für Räume, die durch Türen getrennt sind.

Ein zweiter Hörer kann fest mit dem Apparat verbunden werden. Dann kann auch Ihr zweites Ohr am Gespräch teilnehmen; das erleichtert das Telefonieren in geräuscherfüllten Räumen. Auch eine zweite Person können Sie mit dem Ohr an einem Telefongespräch beteiligen.

Ein zusätzlicher Wecker (Klingel) an beliebiger Stelle des Grundstücks angebracht, macht jeden Anruf auch dort hörbar. Kleine Wecker sind nur für Innenräume, große Wecker mit einer größeren Lautstärke auch für die Verwendung im Freien geeignet.

Anschlußdosenanlagen erlauben das Telefonieren mit dem steckbaren Apparat überall dort, wo eine Anschlußdose montiert ist. Der zusätzliche Wecker meldet jeden Anruf auch dann, wenn der Apparat gerade nicht eingesteckt ist.

6

Gebührenanzeiger können im Apparat eingebaut sein oder zusätzlich angeschlossen werden. Sie empfangen von der Wählvermittlung die Zählimpulse. Angezeigt wird die Anzahl der Gebühreneinheiten. Gebührenanzeiger mit Rückstellung können Sie z. B. vor einem Gespräch mit einem Schlüssel auf 0 stellen. Sie können mit dem Schlüssel auch den Apparat für abgehende Verbindungen sperren.

Der Gebührenanzeiger beim Teilnehmer ist ein Hilfsmittel, das durch Fernübertragung die für die einzelnen Gespräche fälligen Gebühreneinheiten angibt. Maßgebend für die Berechnung der Gebühreneinheiten bleibt jedoch der verplombte Gebührenzähler in der Fernsprechvermittlungsstelle.

An einen einfachen Apparat kann ein zweiter Telefonapparat angeschaltet werden. Wird dafür ein Wechselschalter verwendet, ist jeweils nur ein Apparat mit der Anschlußleitung verbunden. Der 2. Apparat kann auch so angeschlossen werden, daß er selbsttätig abgeschaltet wird, wenn der 1. Apparat benutzt wird; der Ruf kommt hierbei in der Regel bei beiden Apparaten an.

Übrigens, es gibt auch farbige Fernsprechapparate. Was das alles kostet, sagt Ihnen unser Merkblatt **Jede Leistung hat ihren Preis.**

7

430397

An Hauptanschlüsse können Nebenstellen angeschlossen werden. Die Sprechstellen einer Nebenstellenanlage können ohne Vermittlung der Post miteinander verbunden werden (Innenverbindung). Die wichtigsten Anlagen sind Reihen- und Wählanlagen. Über Nebenstellenanlagen berät Sie kostenlos die Anmeldestelle für Fernmeldeeinrichtungen.

Bauer Fritz Dir. i.R. **48 28 50**
HansSachsStr.51
Bauer Fritz **35 25 97**
Hausmakler **1 41 48**
HeinrichHeineAllee 43
n.Büroschluß **42 76 78**
Bauer Gerda u.Käthe **57 43 64**
LohauserDorfstr.40
Bauer Gerda Dr. **66 99 96**
Zahnärztin VonGahlenStr.8
Bauer Gerhard **48 47 47**
Chlodwigstr.80

Für jeden Hauptanschluß erhält der Teilnehmer jährlich kostenlos ein amtliches Fernsprechbuch des eigenen Bereichs und dazu das Branchen-Fernsprechbuch. Darüber hinaus ist jeder Band der Amtlichen Fernsprechbücher für 2 DM zu erhalten. Mit dem Haupteintrag wird jeder Fernsprechteilnehmer von Amts wegen aufgeführt. Bis zu 3 Druckzeilen sind gebührenfrei. Zusätzlich sind Nebeneinträge möglich.

(0 61 51) 56 78

(05 11) 7 34 56

(07 30 12) 2 34

Ihre Rufnummern geben Sie bitte stets in der allgemeinverständlichen Form an. Alle Zahlen in Zweiergruppen von rechts beginnend unterteilen. Vor die Rufnummer die Ortsnetzkennzahl in Klammern setzen. Die Klammer besagt: Diese Zahl ist bei Ortsverbindungen nicht mitzuwählen.

Hinweise für das Telefonieren enthält unser Merkblatt **Ich rufe an . . .**

Ausgabe Oktober 1972 (Änderungen vorbehalten)
9.73 - 654321
DIN ½A3, Kl. 617k

// FAm 406

Anleitung zur Benutzung des Postgirokontos

75 Jahre Postgiro, 1909–1984

430399

Geleitwort des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

Sehr geehrte Kundin,
Sehr geehrter Kunde!

Als Jubiläumsausgabe zum 75jährigen Bestehen des Postgirodienstes übersendet Ihnen die Deutsche Bundespost diese neue Anleitung zur Benutzung des Postgirokontos. Sie enthält aktuelle Informationen zu den vielfältigen Möglichkeiten, die Ihr Postgirokonto bietet, und soll Ihnen die Nutzung Ihres Kontos erleichtern.

75 Jahre Postgirodienst sind für die Deutsche Bundespost Anlaß, auf die Entwicklung dieses Dienstzweiges zurückzuschauen. Einen kurzen geschichtlichen Überblick finden Sie auf den letzten Seiten dieser Anleitung.

Meinen Mitarbeitern und mir ist das 75jährige Jubiläum des Postgirodienstes aber auch Verpflichtung, die fortschreitende Technik besonders in der elektronischen Datenverarbeitung zu nutzen, um Ihnen attraktive und kundenfreundliche Dienstleistungen anzubieten.

Mit meinem Dank für Ihr dem Postgirodienst bisher entgegengebrachtes Vertrauen verbinde ich die Hoffnung, daß diese Broschüre Ihnen helfen möge, die breite Angebotspalette Ihres Postgirokontos so zu nutzen, wie Ihr persönlicher Zahlungsverkehr es erfordert.

Mit freundlichen Grüßen

Bundesminister für das
Post- und Fernmeldewesen

Inhaltsverzeichnis

Vorteile eines Postgirokontos

430401

Sehr geehrter Postkunde!

Mit einem Postgirokonto erschließen sich Ihnen alle Möglichkeiten eines modernen Zahlungsverkehrsnetzes. Es steht Ihnen nicht nur das gesamte Postgironetz mit mehr als 4 Mio. Kunden zur Verfügung, sondern es öffnen sich Ihnen auch die Gironetze der Banken und Sparkassen. Sie können alle Konten bei diesen Instituten erreichen oder Zahlungen auf diesem Wege erhalten. Das Postgirokonto bietet Ihnen zahlreiche Vorteile:

- Ihre Zahlungen können Sie vom Schreibtisch aus erledigen und sich damit unnütze Wege und lästiges Warten ersparen.
- Regelmäßig wiederkehrende, gleichbleibende Zahlungen erledigt das Postgiroamt für Sie im Dauerauftragverfahren, sei es als Einzel- oder als Sammelauftrag.
- Zahlungen in größerem Umfang können Sie mit Hilfe der auf den Einsatz moderner elektronischer Datenverarbeitung abgestimmten Verfahren erledigen.
- Sie brauchen keine größeren Bargeldbeträge aufzubewahren.
- Für Barabhebungen stehen Ihnen vielfache Möglichkeiten zur Verfügung (Postgiroamt, Postamt, ec-Geldautomat).
- Veränderungen Ihres Kontostandes werden Ihnen umgehend mitgeteilt.
- Mit einem Postgirokonto können Sie Ihren Zahlungsverkehr weitgehend bargeldlos, rationell und kostengünstig abwickeln.
- Bei einem Umzug können Sie Ihr Postgirokonto beibehalten, eine Änderung der Kontonummer ist nicht erforderlich.

Für die durch ein Postgirokonto zu erzielenden beachtlichen Gebührenersparnisse hier ein Beispiel:

Die Übermittlung eines Betrages von 500,– DM kostet

als Postanweisung	7,– DM
als Zahlkarte	1,50 DM
als Überweisung	keine Auftragsgebühr.

Lediglich für die Kontenführung wird eine pauschalierte Gebühr erhoben, z.B.:

bis 10 Buchungen	1,30 DM
bis 25 Buchungen	3,00 DM
bis 50 Buchungen	4,00 DM monatlich.

Damit ist auch eine Reihe weiterer Leistungen – z.B. Daueraufträge, Bareinzahlungen auf das eigene Konto, Barabhebungen mit Postscheck, Portofreiheit für das Einsenden Ihrer Aufträge an das Postgiroamt mit gelben Postgiroumschlägen ebenso wie für das Zusenden Ihrer Kontoauszugsbriefe – abgegolten.

Je reger Sie daher das Postgirokonto nutzen, um so kostengünstiger wird das Konto für Sie werden. Die Anleitung soll Ihnen eine Hilfe sein, den günstigsten Weg für Ihren Zahlungsverkehr zu wählen.

Einrichtung eines Postgirokontos

Falls Sie sich ein Postgirokonto erst einrichten wollen, so finden Sie Formulare für den „Antrag auf Eröffnung eines Postgirokontos" bei allen Postämtern, Poststellen und Postgiroämtern. Die Wahl des Postgiroamtes, bei dem Sie Ihr Konto führen wollen, steht Ihnen frei; zweckmäßig ist es, das nächstgelegene Postgiroamt zu bestimmen. Eine Übersicht aller Postgiroämter finden Sie auf Seite 49.

Kontonummer, Unterschriftsblatt und Formblätter (Zahlungsverkehrsvordrucke)

Nach Eingang des Antrages beim Postgiroamt werden Ihnen Ihre Kontonummer und die Bankleitzahl Ihres Postgiroamts mitgeteilt. Die Kontonummer ist für Ihren Zahlungsverkehr außerordentlich wichtig. Geben Sie deshalb die Nummer Ihres Postgirokontos, das Postgiroamt und die Bankleitzahl (BLZ) auf Ihren Briefbogen, Rechnungen usw. an gut sichtbarer Stelle an. Ein Muster für den Eindruck finden Sie nebenan.

Außerdem erhalten Sie für die Hinterlegung der Unterschriften ein Unterschriftsblatt und ein Unterschriftsmerkblatt zugehörend. Die Zahlungsverkehrsvordrucke (Postschecks, Überweisungen usw.) erhalten Sie gesondert.

Harald Kluge
Wesenstr. 12 · 2200 Elmshorn

Fernsprecher:
(0 41 21) 23 35 08

Kontoverbindung
Postgiroamt Hamburg
(BLZ 200 100 20) Kto.-Nr. 8877 66-204

Das Unterschriftsblatt (siehe Abbildung) und das Unterschriftsmerkblatt erhalten Sie für die Unterschriften der Personen, die Aufträge zu Lasten Ihres Postgirokontos unterschreiben werden. Es empfiehlt sich, außer Ihrer Unterschrift mindestens die einer weiteren Person zu hinterlegen, damit auch im Falle Ihrer Verhinderung über das Postgirokonto verfügt werden kann.
Die auf dem Unterschriftsblatt erteilte Zeichnungsbefugnis schließt auch das Recht ein,

a) Formblätter (Zahlungsverkehrsvordrucke) zu bestellen,
b) neue Unterschriftsblätter anzufordern,
c) schriftliche Auskunft über den Kontostand zu verlangen,
d) nach dem Tode des Postgiroteilnehmers das Konto bis zu 6 Monaten weiterzuführen, die Löschung des Kontos zu beantragen und über das Restguthaben zu verfügen.

Wenn Sie als Kontoinhaber dieses Recht beschränken oder ausschließen wollen oder mehrere Personen nur gemeinsam unterzeichnen sollen, so ist dies von Ihnen im Unterschriftsblatt unter „Besonderes" zu vermerken. Einschränkungen innerhalb der einzelnen unter a) bis d) aufgeführten Befugnisse sind nicht möglich.
Senden Sie bitte das weiße Unterschriftsblatt umgehend an das Postgiroamt zurück, denn erst nach dessen Eingang können Ihre Aufträge erledigt werden, auch die Ausweiskarte für Abhebungen mit Postbarscheck kann Ihnen erst nach Eingang des Unterschriftsblattes zugesandt werden. Das gelbe Unterschriftsmerkblatt bleibt bei Ihnen, damit Sie jederzeit feststellen können, für wen und in welcher Form Unterschriftsproben beim Postgiroamt hinterlegt sind. Die hinterlegten Unterschriften bleiben solange gültig, bis sie widerrufen werden. Teilen Sie deshalb Änderungen bitte sofort Ihrem Postgiroamt mit. Beachten Sie bitte hierzu auch die Hinweise unter „Mitteilungen an Ihr Postgiroamt" Seite 10.
Mit einer Postgirovollmacht können Sie weitergehende Rechte aus dem Postgiroteilnehmerverhältnis anderen Personen erteilen. Nähere Auskunft erteilt das Postgiroamt, von dem Sie auch das Formblatt zur Postgirovollmacht erhalten.

Unterschriftsblatt

Unterschriftsproben für das Postgiroamt Hamburg

Postgiroteilnehmer: Harald Kluge, Wiesenstraße 12, 2200 Elmshorn

Postgirokonto Nr: 8877 66 - 204

*) Vertretungsberechtigte Personen, die keine Aufträge unterzeichnen wollen, können die erteilte Zeichnungsbefugnis durch einen "Gesehen-Vermerk" unter "Besonderes" bestätigen, ohne ihre Unterschrift unter 1 bis 6 abzugeben

Vor- und Zuname(n) in Block- oder Schreibmaschinenschrift zuerst des Postgiroteilnehmers, bei Firmen usw. des/der Vertretungsberechtigten *)	Eigenhändige Unterschriftsproben der hierneben genannten Personen (genau in der Form, wie Aufträge (z. B. Postüberweisungen, Postschecks) unterzeichnet werden)
1 Harald Kluge	1 Kluge
2 Monika Kluge	2 M. Kluge
3	3
4	4
5	5
6	6

Besonderes (Wegen gemeinschaftlicher Unterzeichnung und wegen möglicher Einschränkungen der Befugnisse der Zeichnungsberechtigten siehe Bemerkungen auf der Rückseite des gelben Unterschriftsmerkblatts)

Hochdruckstempel des PGirоA

Xös 10 82/654321 A5, Kl. 17

921 103 317 DASch, Anl. 6

Bezug der Formblätter

Bei Eröffnung Ihres Postgirokontos erhalten Sie folgende Formblätter vom Postgiroamt unentgeltlich als Erstausstattung geliefert:

1 Postüberweisungsheft
für Überweisungen von Konto zu Konto

1 Serie Postschecks
für Barabhebungen und zum Ausstellen von Verrechnungsschecks (s. Seiten 21 u. 24)

50 gelbe Postgirobriefumschläge
für die gebührenfreie Einsendung Ihrer Aufträge an das Postgiroamt

Außerdem – sofern benötigt – 1 Zahlkartenheft
für gebührenfreie Einzahlungen auf das eigene Postgirokonto (z.B. zur Guthabenverstärkung oder zur Gutbuchung von Schecks).

Für die von Ihnen darüber hinaus bestellten Formblätter und bei allen künftigen Bestellungen berechnet das Postgiroamt folgende Abgabepreise:

1 Postüberweisungsheft mit 100 Blatt 2,50 DM
1 Serie Postschecks (50 Stück) 2,50 DM
50 gelbe Postgirobriefumschläge (Mindestmenge) 1,– DM.

Die Formblätter (mit Ausnahme der Umschläge) werden mit Ihrer Kontonummer und Ihrer Kontobezeichnung bedruckt. Jedes Heft bzw. jede Serie enthält einen Bestellzettel, so daß Sie weitere Formblätter der gewünschten Art rechtzeitig anfordern können.
Auf Antrag stellt Ihnen das Postgiroamt auch eurocheques zur Verfügung. Näheres hierzu siehe Seite 26.
Die vorgenannten Formblätter liefert nur das Postgiroamt. Die Postgirobriefumschläge können auch von Privatdruckereien bezogen werden, sie müssen dann aber mit den von der Post ausgegebenen übereinstimmen.
Als Postgirokunde können Sie den Mitteilungen und Rechnungen an Ihre Kunden usw. Zahlkarten/Postüberweisungen mit Eindruck Ihrer Kontobezeichnung und Kontonummer beifügen. Diese kombinierten Formblätter, die wahlweise als Zahlkarte oder als Postüberweisung (von Kunden mit Postgirokonto) benutzt werden können, liefert Ihnen das Postgiroamt oder ein Privatdruckerei.
Für Postgirokunden mit stärkerem Zahlungsverkehr liefert das Postgiroamt weitere Formblätter, die das Erteilen von Aufträgen wesentlich vereinfachen und sich zur Beschriftung mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen und Buchungsautomaten eignen. Einzelheiten hierzu finden Sie im Kapitel „Besondere Auftragsarten" unter „Sammelaufträge" und „DV-Aufträge".

Ausfüllen und Einsenden Ihrer Aufträge

Für das Ausfüllen der Formblätter verwenden Sie – sofern Sie sie nicht maschinell beschriften – bitte Tinte oder Kugelschreiber.
Die Aufträge können unterschrieben werden von Ihnen selbst als Kontoinhaber oder von den Zeichnungsberechtigten; das sind alle weiteren Personen, deren Unterschrift auf dem Unterschriftsblatt beim Postgiroamt hinterlegt ist.
Verschriebene oder unbrauchbar gewordene Formblätter vernichten Sie bitte; senden Sie diese bitte nicht an das Postgiroamt ein.
Ausgefüllte Muster der gebräuchlichsten Auftragsarten mit Erläuterungen finden Sie auf den folgenden Seiten. Ihre Aufträge können Sie in den gelben Postgirobriefumschlägen im Inland portofrei an das Postgiroamt einsenden. Portofreiheit besteht auch für umfangreiche Sendungen (z.B. Sammelaufträge, Magnetbänder), wenn Sie diese mit der Aufschriftseite eines Postgirobriefumschlags bekleben; es empfiehlt sich, in diesem Fall den Vermerk „Mit Briefpost" augenfällig anzubringen.
Bei Aufträgen, die eine Sonderbehandlung erfordern (Auslandsaufträge, Daueraufträge, Eil- und telegrafische Aufträge), bringen Sie bitte auf der Aufschriftseite einen entsprechenden Vermerk oben links in dem dafür vorgesehenen Feld an.
Mitteilungen an das Postgiroamt senden Sie bitte möglichst getrennt von den Aufträgen in einem gelben Postgirobriefumschlag ein. Sie erleichtern dem Postgiroamt dadurch die Bearbeitung und stellen sicher, daß Ihre Buchungsaufträge nicht verzögert erledigt werden.
Für Postgirobriefe, die aus besonderen Gründen unter „Einschreiben" befördert oder durch Eilboten zugestellt werden sollen, ist die Einschreib- oder Eilzustellgebühr zu entrichten.

Kontoauszüge

Das Postgiroamt unterrichtet Sie über alle auf Ihrem Postgirokonto ausgeführten Buchungen durch Kontoauszüge, die noch am Buchungstag abgesandt werden. Neben den Buchungen sind kurze Angaben über den Verwendungszweck der Zahlung im Kontoauszug abgedruckt oder in den beigefügten Mitteilungen enthalten. Auf diese Weise werden Sie laufend über jede Buchung und über den neuesten Guthabenstand unterrichtet; auch ins Ausland werden die Kontoauszüge portofrei gesandt.

Die Aufbewahrung der Kontoauszüge wird Ihnen erleichtert durch die praktische Sammelmappe für Kontoauszüge, die Ihr Postgiroamt für Sie bereit hält.
Telefonische Auskünfte über den Kontostand können in Ihrem eigenen Interesse (Postgirogeheimnis) grundsätzlich nicht gegeben werden. Aber auf Wunsch erteilt Ihnen das Postgiroamt eine besondere Bestätigung über die Höhe Ihres Guthabens.

Bei beleglosen Buchungen: Erläuterungen zum Verwendungszweck.

Nachrichtlich aufgeführte Gebühren, Kosten, Zinsen.

„+" vor Umsatzspalte: Gutbuchung.

Postgiroamt
2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20

Kontoauszug
Bitte beachten Sie die Hinweise auf der Rückseite

Postgirokonto-Nr.	Auszug-Nr.	Alter Kontostand	DM	Pf
8877 66-204	068	vom 30 11.83	***********180	10

Art	Buchungshinweise		Umsatz
UE	BEZUEGE 12.83		+ 258693
UE	PRAEMIENRUECKVERG DA AH 190/SAFETY-VERS.		+ 4065
	/LT ANLAGE		+ 20000
	KONTOGEBUEHR 11.83	1,30- GB	
EA/LT	ANLAGE		5300-
UE/LT	ANLAGE		7200-
UE/LT	ANLAGE	2,50- GB	
S /			100000-
	GEBUEHREN,KOSTEN,ZINSEN USW	SUMME GB	380-

Buchungstag		Neuer Kontostand
02.12.83	GUTHABEN	*********187888

„–" hinter Umsatzspalte: Lastbuchung.

Vermerk über verfügbares Guthaben bzw. Aufforderung zur Auffüllung eines negativen Kontostandes.

Bei Buchungen mit Beleg: Hinweis auf den beiliegenden Beleg.

Summarische Buchung der Gebühren, Kosten, Zinsen usw.

Mitteilungen an Ihr Postgiroamt

430407

Allgemeines

Für die reibungslose Nutzung Ihres Postgirokontos ist es unerläßlich, daß Sie alle persönlichen und rechtlichen Veränderungen, die für die Kontoführung von Bedeutung sind, umgehend dem Postgiroamt mitteilen. Versäumen Sie dies, so hat die Deutsche Bundespost etwa dadurch entstehende Nachteile nicht zu vertreten.

Änderungen der Anschrift

Hat sich Ihre ständige Anschrift oder die besondere Anschrift für die Zusendung der Kontoauszüge geändert, so verständigen Sie Ihr Postgiroamt bitte umgehend.

Änderungen in der Zeichnungsbefugnis

Wollen Sie hinterlegte Unterschriften ändern, widerrufen oder anderen Personen Zeichnungsbefugnis erteilen, so teilen Sie dies dem Postgiroamt bitte schriftlich mit. Das Postgiroamt sendet Ihnen dann neue Unterschriftsblätter zu. Die Streichung einer einzelnen Unterschrift kann auch ohne den Austausch des Unterschriftsblattes vorgenommen werden.

Einzelheiten über Unterschriftsblatt und Zeichnungsbefugnis finden Sie auf Seite 6.

Verlust von Postüberweisungs-, Postscheck- und anderen Formblättern, der Ausweiskarte für das Postbarscheckverfahren oder der eurocheque-Karte

Die in Ihrem Besitz befindlichen Vordrucke zu Postüberweisungen, Postschecks, Zahlungsanweisungen und Lastschriften sowie ggf. die Ausweiskarte für das Postbarscheckverfahren und die eurocheque-Karte bewahren Sie bitte stets sorgfältig und sicher auf. Ausweiskarte und eurocheque-Karte sollten Sie außerdem immer getrennt von den Formblättern aufbewahren. Sollten Ihnen Formblätter, die Ausweiskarte oder die eurocheque-Karte verloren gegangen oder sonst abhanden gekommen sein, so teilen Sie dies bitte Ihrem Postgiroamt – der Nachforschungsstelle – unverzüglich mit – zweckmäßig telefonisch voraus –, bei Postüberweisungen und Zahlungsanweisungen unter Angabe der Heft- und Blattnummer, bei Postschecks einschließlich eurocheques unter Angabe der Schecknummer, damit die Überweisung oder Zahlung an einen Unberechtigten verhindert werden kann. Wenn Sie diese Mitteilung unterlassen oder das Postgiroamt zu spät verständigen, kommt die Deutsche Bundespost für Nachteile, die aus dem Mißbrauch der Formblätter entstehen, nicht auf.

Bei Verlust der eurocheque-Karte und/oder der zugehörigen eurocheques sind die besonderen „Bedingungen für eurocheque-Karten im Postgirodienst", die „Tips und Hinweise für Inhaber von eurocheque-Karten" und die „Bedingungen für die Benutzung von ec-Geldautomaten mit eurocheque-Karten des Postgirodienstes" zu beachten.

Zahlungen von Ihrem Postgirokonto

430408

Über Ihr Postgiroguthaben können Sie jederzeit verfügen, indem Sie entweder selbst Aufträge erteilen oder einen Zahlungsempfänger zum Einzug bestimmter Forderungen von Ihrem Konto ermächtigen (siehe unter Lastschriften, Seite 19).

Die zur Lastbuchung für Ihr Konto vorliegenden Aufträge führt das Postgiroamt aus, wenn das verfügbare Guthaben ausreicht. Wenn keine von Ihnen zu vertretenden Hinderungsgründe vorliegen, bucht das Postgiroamt auch solche Aufträge, durch die Ihr Postgirokonto in begrenztem Umfang (bis 500 DM) überzogen wird. In diesem Fall muß das Konto von Ihnen unverzüglich wieder aufgefüllt werden. Für die überzogenen Beträge werden bankübliche Zinsen berechnet und von Ihrem Konto abgebucht.

Informationen und Muster zu den einzelnen Auftragsarten – Überweisungen, Schecks, Barabhebungen sowie Einzel-, Sammel-, Daueraufträge und vieles andere, – finden Sie auf den folgenden Seiten.

Überweisung auf ein anderes Postgirokonto

Für Zahlungen an andere Postgirokunden verwenden Sie bitte ein Postüberweisungsformblatt. Prüfen Sie bitte bei jeder Zahlung, ob der Empfänger ebenfalls ein Postgirokonto hat, denn Postüberweisungen von Konto zu Konto werden schnellstens last- und gutgebucht.
Die Kontonummer des Zahlungsempfängers ist im allgemeinen auf der zu begleichenden Rechnung angegeben.

Hat Ihnen der Zahlungsempfänger ein kombiniertes Formblatt „Zahlkarte/Postüberweisung" zugesandt, so brauchen Sie dieses lediglich dem Vordruck entsprechend zu ergänzen und an das Postgiroamt einzusenden.
Muster einer ausgefüllten Postüberweisung sowie einer Zahlkarte/Postüberweisung finden Sie auf den nächsten beiden Seiten.

Firma
Ungenannt & Co
Postfach 47 11
2000 Hamburg 1

Lieferung vom:

Rechnung
Nr.
vom

Gegenstand		Menge	Einzelpreis	Gesamtpreis
Sägespäne, grobfaserig	Säcke	4	96,80	387,20
Kistenbretter, ungehobelt	Paletten	2	212,38	424,76
Kantholz, 90x125 mm, gehobelt	Gebinde	6	87,64	525,84

Kontoverbindung Postgiroamt Hamburg
(BLZ 200 100 20) Kto.-Nr. 7661 91-203
Zahlbar innerhalb eines Monats. Gerichtsstand 2000 Hamburg 1

Zahlkarte/Postüberweisung
7661 91 - 203
Ungenannt u. Co
2000 Hamburg 1
Postgiroamt Hamburg

Lastschriftzettel
8877 66 - 204
Harald Kluge, Elmshorn

430410

Falls nicht bereits vorgedruckt, füllen Sie bitte auch das Betragsfeld aus. Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Das Lastbuchungs-Postgiroamt wird abgekürzt angegeben.

Im Feld „Postgiroteilnehmer" genügt Ihr Name.

DM 25 | Pf 70 | für Postgirokonto Nr. 7661 91 – 203

Absender der Zahlkarte

Für Vermerke des Absenders

Postgirokonto Nr. des Absenders 8877 66-204

PGiroA Hmb | Postgirokonto Nr. des Absenders 8877 66-204 | Postgiroteilnehmer Harald Kluge

Postgirokonto Nr. des Absenders 8877 66-204

Empfängerabschnitt

Zahlkarte/Postüberweisung

Die stark umrandeten Felder sind nur auszufüllen, wenn ein Postgirokontoinhaber das Formblatt als Postüberweisung verwendet (Erläuterung siehe Rückseite)

Einlieferungsschein/Lastschriftzettel

DM 25 | Pf 70

DM 25 | Pf 70 | (DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

DM 25 | Pf 70

für Postgirokonto Nr. 7661 91 – 203

für Postgirokonto Nr. 7661 91 – 203 | Postgiroamt Hmb

Absender (mit Postleitzahl) der Zahlkarte bzw. Postüberweisung

Harald Kluge

Wiesenstr. 12

2200 Elmshorn

für Ungenannt u. Co.

in 2000 Hamburg 1

Postgirokonto Nr. 7661 91 – 203

Postgiroamt Hamburg

Ungenannt u. Co.

in 2000 Hamburg 1

Verwendungszweck

Rechn.Nr.123

Ausstellungsdatum 1.12.83

Unterschrift Kluge

Postvermerk

Xds 5.83 / 664321
210 × 105,8, Kl. 36f

921 001 917

Betragswiederholung in Buchstaben ist bei der Verwendung als Postüberweisung nicht erforderlich.

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

430411

Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Kontonummer immer vollständig auch mit den drei Ziffern hinter dem Bindestrich angeben.

BI.068

Für Postgirokonto Nr.
7025 38-304

72 DM 00 Pf

von

Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12

2200 Elmshorn

betrifft: Vers. Beitrag 83 Vers.Nr. 4010/3032

8877 66 – 204

Harald Kluge, Elmshorn

Postgiroamt 2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Heft: BI.068

Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben

72 DM 00 Pf

(Felder durchstreichen oder DM-Betrag in Buchstaben)

für Feuerversicherungs-AG

Postgirokonto Nr.
7025 38-304

Postgiroamt
in Hildesheim Han

Ausstellungsdatum: 30.11.1983
Unterschrift: Kluge

Geprüft Lastschrift

Bei Einsendung der Postüberweisung durch den Empfänger ist am oberen Rande zu vermerken: »Vom Empfänger eingesandt«

Lastschriftzettel BI.068

Konto 2000 Hamburg
Nr. 8877 66 – 204

72 DM 00 Pf

für Feuerversicherungs-AG

Vers. Beitrag 83

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Dieser Raum und die Rückseite des Empfängerabschnitts können für Mitteilungen an den Zahlungsempfänger benutzt werden.

Das Gutbuchungs-Postgiroamt kann auch abgekürzt angegeben werden (Abkürzungen s. Seite 49).

Überweisung auf ein Konto bei einer Bank oder Sparkasse

Hat der Zahlungsempfänger kein Postgirokonto, sondern ein Konto bei einer Bank oder Sparkasse, so können Sie den zu zahlenden Betrag auf das Postgirokonto der Bank oder Sparkasse überweisen. Falls Ihnen die Postgirokontonummer des Geldinstituts nicht bekannt ist, wird sie vom Postgiroamt nachgetragen. Die Kontonummer, die Bankleitzahl und den Namen des Zahlungsempfängers vermerken Sie bitte auf dem linken Abschnitt. Die Angabe der Bankleitzahl dient der numerischen Kennzeichnung des Geldinstituts. Sie ist Voraussetzung für die ordnungsgemäße Buchung des Auftrags.

Die Postüberweisung füllen Sie bitte in diesem Fall nach dem Muster auf der folgenden Seite aus.

430413

Postgirokontonummer der Bank oder Sparkasse.

Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Bl.068

Für Postgirokonto Nr.
4031 72-805
——160 DM 50 Pf
von
Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12
2200 Elmshorn

betrifft: für Kto. 4301 BLZ 123 456 78 Kurt Neubauer Rechnung v. 7.11.83

8877 66 – 204
Harald Kluge, Elmshorn

Postgiroamt 2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Heft: Bl.068

Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben
——160 DM 50 Pf ————————
(Felder durchstreichen oder DM-Betrag in Buchstaben)

für Bankhaus
Wenzel & Co
Postgirokonto Nr. 4031 72-805
Postgiroamt
in München Mchn
Ausstellungsdatum: 15.11.1983
Unterschrift: Kluge

Geprüft Lastschrift
Bei Einsendung der Postüberweisung durch den Empfänger ist am oberen Rande zu vermerken: »Vom Empfänger eingesandt«

Lastschriftzettel Bl.068
Konto 2000 Hamburg
Nr. 8877 66 – 204
——160 DM 50 Pf
für Bankhaus
Wenzel & Co
403172-805
Mchn
f.Kto.4301
K.Neubauer
Re. v.
7.11.83

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Kontonummer, Bankleitzahl und Name des Zahlungsempfängers, weitere Hinweise (ggf. auch auf der Rückseite anbringen).

Das Gutbuchungs-Postgiroamt kann auch abgekürzt angegeben werden (Abkürzungen s. S. 49).

Überweisung auf ein Postsparbuch

Von Ihrem Postgirokonto können Sie Beträge, die zinsbringend auf einem Postsparbuch angelegt werden sollen, auf das eigene oder ein anderes Postsparbuch überweisen. Das Postsparkassenamt übersendet dem Sparer eine Gutschriftanweisung.
Diese Gutschriftanweisung legt der Sparer oder ein von ihm Beauftragter innerhalb der auf der Gutschriftanweisung angegebenen Gültigkeitsdauer einem Postamt oder einer Poststelle zur Eintragung in das Postsparbuch vor. Das Muster einer ausgefüllten Überweisung auf ein Postsparbuch ist auf der nächsten Seite abgebildet. Auf dem linken Abschnitt vermerken Sie bitte den Namen des Postsparers. Wenn die Gutschriftanweisung nicht an die Anschrift versandt werden soll, so vermerken Sie dies bitte zusätzlich auf der Vorder- oder Rückseite des Empfängerabschnittes, z.B. „Gutschriftanweisung nach Mainzer Str. 384, Pension Adelung, 6200 Wiesbaden". Bitte beachten Sie jedoch, daß in die Gutschriftanweisung des Postsparkassenamts keine Hinweise über den Auftraggeber oder andere Mitteilungen aufgenommen werden können. Falls nötig, teilen Sie solche Angaben dem Postsparer bitte auf andere Weise mit (z.B. brieflich).

430415

Geben Sie hier bitte die Nummer des Postsparbuchs an, für das der Betrag bestimmt ist.

Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

BI.065
Postsparbuch
Für ~~Postgirokonto~~ Nr.
65.379.421
—500 DM 00 Pf
von
Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12
2200 Elmshorn
betrifft:
Jürgen Kluge
Luisenstr. 20
61 Darmstadt
(Rechnungs-Nr. usw., Kontonummer bei anderen Geldinstituten)

8877 66 – 204
Harald Kluge, Elmshorn
Postgiroamt 2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Heft: BI.065
Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben
—500 DM 00 Pf
(Freiraum durchstreichen oder DM-Betrag in Buchstaben)
für Postsparbuch
Nr. 65.379.421
Postgirokonto Nr.
Postgiroamt
in Mchn
Ausstellungsdatum: 30.11.1983
Unterschrift: Kluge
Geprüft
Lastschrift
Bei Einsendung der Postüberweisung durch den Empfänger ist am oberen Rande zu vermerken: »Vom Empfänger eingesandt«

Lastschriftzettel BI.065
Konto 2000 Hamburg
Nr. 8877 66 – 204
—500 DM 00 Pf
für Postsparbuch
Nr. 65.379.421
Jürgen
(Für weitere Vermerke des Auftraggebers bitte Rückseite benutzen)

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers; bitte **keine** Mitteilungen anbringen.

Im Feld für die Angabe des Postgiroamts wird das kontoführende Postsparkassenamt (Hamburg oder München) angegeben (Abkürzungen s. Seite 49).

Lastschriften

Lastschriften bieten allen Beteiligten eine Vereinfachung bei der Abwicklung regelmäßig anfallender Zahlungsvorgänge, z.B. Kosten für Strom, Gas und Wasser, Mitgliedsbeiträge, Fernmelde- und Rundfunkgebühren.

Für Sie als Zahlungspflichtigen gibt es zwei Formen von Lastschriften, das Einzugsermächtigungsverfahren und das Abbuchungsauftragsverfahren.

a) Beim **Einzugsermächtigungsverfahren** ermächtigen Sie den Zahlungsempfänger durch eine schriftliche Einverständniserklärung (siehe Abbildung), Beträge von Ihrem Konto einzuziehen. Lastschriften, die auf einer Einzugsermächtigung beruhen, können Sie widersprechen, wenn Ihnen die Buchung der Höhe oder dem Grunde nach unberechtigt erscheint. Der Widerspruch ist unverzüglich – spätestens innerhalb von 6 Wochen – an das Postgiroamt zu richten. Das Postgiroamt bucht den Betrag zu Lasten des Zahlungsempfängers Ihrem Konto wieder gut. Eine Aufhebung der Einzugsermächtigung ist an den **Zahlungsempfänger** zu richten.

b) Das **Abbuchungsauftragsverfahren.**
Hier erteilen Sie dem Postgiroamt einen Auftrag zur Abbuchung von Lastschriften zugunsten eines bestimmten Zahlungsempfängers. Die Lastschriften werden – wie beim Einzugsermächtigungsverfahren – vom Zahlungsempfänger ausgefertigt und an das Postgiroamt eingesandt. Abbuchungsaufträge müssen beim **Postgiroamt** zurückgenommen werden.

Ermächtigung zum Einzug von Forderungen durch Lastschriften

An

Name und Anschrift des Zahlungsempfängers (zum Einzug Berechtigter)

Hiermit ermächtige(n) ich (wir) Sie widerruflich, die von mir (uns) zu entrichtenden Zahlungen wegen

evtl. Angabe des Verpflichtungsgrundes, evtl. Betragsbegrenzung

bei Fälligkeit zu Lasten meines (unseres) hierunter angegebenen Kontos durch Lastschrift einzuziehen.

Konto-Nr. des Zahlungspflichtigen | Bankleitzahl

Name und Ort des kontoführenden Geldinstituts (genaue Bezeichnung)

Wenn das angegebene Konto die erforderliche Deckung nicht aufweist, besteht seitens des kontoführenden Geldinstituts keine Verpflichtung zur Einlösung.

Teileinlösungen sind bei Lastschriften ausgeschlossen.

(Ort, Datum)

Unterschrift(en) des Kontoinhabers (Zahlungspflichtigen)

Schecks

Postgiroamt
2000 Hamburg

Konto-Nr.
8877 66-204

Bankleitzahl
200 100 20

DM

Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben

(Deutsche Mark in Buchstaben)

Pf wie nebenstehend

an ___ oder Überbringer

8877 66-204

KLUGE,HARALD
2200 ELMSHORN

(Ausstellungsort, Datum)

(Unterschrift des Ausstellers)

Verwendungszweck

(Mitteilung für den Zahlungsempfänger)

Der vorgedruckte Schecktext darf nicht geändert oder gestrichen werden. Die Angabe einer Zahlungsfrist auf dem Scheck gilt als nicht geschrieben.

Scheck-Nr. | Konto-Nr. | Betrag | Bankleitzahl | Text

00000002000091 0887766204Н 200100201 01Н

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

928 056 017 © 3.89 – 654321 149,8 x 105,8/6000, Kl. 70

Die Vordrucke zu Postschecks mit blauem Aufdruck (siehe nebenstehendes Muster) können Sie zu Barauszahlungen oder zur Verrechnung verwenden.

Barauszahlungen aus Postgiroguthaben werden geleistet:
a) Mit Postbarschecks von dem Postamt oder der Poststelle Ihrer Wahl (siehe Seite 21).
b) Mit Kassenschecks von der Zahlstelle des kontoführenden Postgiroamts (siehe Seite 23).
c) Mit eurocheques von allen Postämtern im Bundesgebiet und Berlin (West) sowie von allen Geldinstituten in allen europäischen Ländern (außer DDR und Berlin (Ost)) und in Ägypten, Israel, Libanon, Marokko, Tunesien, Zypern.
(Siehe Seite 26).
Für Barauszahlungen durch den Zusteller sind weder die hier abgebildeten blauen Postschecks noch eurocheques (siehe Seite 26) geeignet; hierfür sind nur die auf Seite 25 beschriebenen Zahlungsanweisungen zu verwenden.
Bargeldlose Zahlungen an Dritte, deren Kontoverbindung Ihnen nicht bekannt ist, können Sie u.a. mit Verrechnungsschecks leisten. Näheres hierzu finden Sie auf Seite 24.

Postbarscheck

Das Postbarscheckverfahren bietet Ihnen die Möglichkeit, täglich einmal Bargeld aus Ihrem Postgiroguthaben am Postschalter eines von Ihnen zu bestimmenden Postamts – auch samstags – abzuheben. Dazu erklären Sie vorher Ihre Teilnahme am Postbarscheckverfahren; Formblätter hierzu sowie Merkblätter mit den Teilnahmebedingungen erhalten Sie bei jedem Postamt.
Nachdem Ihnen die Ausweiskarte von Ihrem Postgiroamt zugegangen ist und die Unterlagen bei dem von Ihnen gewünschten Postamt bereitliegen, können Sie Postbarschecks einlösen. Da der Betrag an jeden ausgezahlt wird, der einen Postbarscheck und die Ausweiskarte vorlegt, empfehlen wir, Scheckformblätter und Ausweiskarte gesichert und von einander getrennt aufzubewahren (beachten Sie hierzu auch den Hinweis unter „Mitteilungen an Ihr Postgiroamt").

Samstag
Geld
abheben!

DEUTSCHE BUNDESPOST
Ausweiskarte
für das Postbarscheckverfahren
Postgirokonto Hamburg
Nr. 8877 66 - 204
Bitte Rückseite beachten!

Postgiroamt
2000 Hamburg
Konto-Nr. 8877 66-204
Bankleitzahl 200 100 20

Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben
Eintausend
(Deutsche Mark in Buchstaben)
DM -1000,-
an 8877 66-204 oder Überbringer
KLUGE, HARALD
2200 ELMSHORN
9.11.1983
(Ausstellungsort, Datum)
Kluge
(Unterschrift des Ausstellers)
Verwendungszweck
(Mitteilung für den Zahlungsempfänger)
Der vorgedruckte Schecktext darf nicht geändert oder gestrichen werden. Die Angabe einer Zahlungsfrist auf dem Scheck gilt als nicht geschrieben.
Scheck-Nr. | Konto-Nr. | Betrag | Bankleitzahl | Text
0000000200009 08877662044 20010020 01
Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

Der DM-Betrag muß in Buchstaben wiederholt werden. Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Liegt der Ausstellungs**tag** bei der Vorlage beim Postgiroamt länger als 8 Tage zurück, kann die Einlösung nach dem Scheckgesetz abgelehnt werden.

Angabe des Ausstellungs**orts** bei Postschecks **nicht** erforderlich, wenn dieser mit der Ortsangabe in der eingedruckten Kontobezeichnung übereinstimmt.

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Kassenscheck

Mit einem Postscheck können Sie oder andere Personen in der Zahlstelle des kontoführenden Postgiroamts Barbeträge aus Ihrem verfügbaren Postgiroguthaben abheben.
Gezahlt wird stets an den Vorleger unabhängig davon, ob der Scheck eine Empfängerangabe enthält oder nicht. Zu Ihrer eigenen Sicherheit empfehlen wir dringend, darauf zu achten, daß ein solcher Scheck nicht in unrechte Hände kommt.
Kassenstunden der Zahlstellen der Postgiroämter
Montag bis Freitag 8.30–13.00 Uhr

Der DM-Betrag muß in Buchstaben wiederholt werden. Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Postgiroamt
2000 Hamburg

Konto-Nr.
8877 66-204

Bankleitzahl
200 100 20

Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben

DM -1000,-

Eintausend

(Deutsche Mark in Buchstaben)

Pf wie nebenstehend

an
8877 66-204

oder Überbringer

KLUGE,HARALD
2200 ELMSHORN

9.11.1983

(Ausstellungsort, Datum)

Kluge

(Unterschrift des Ausstellers)

Verwendungszweck

(Mitteilung für den Zahlungsempfänger)

Scheck-Nr.	X	Konto-Nr.	X	Betrag	X	Bankleitzahl	X	Text

0000000200009⑆ 0887766204⑈ 20010020⑆ 01⑈

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

Die Angabe eines Empfängers ist für die Bareinlösung unschädlich.

Liegt der Ausstellungs**tag** bei der Vorlage beim Postgiroamt länger als 8 Tage zurück, kann die Einlösung nach dem Scheckgesetz abgelehnt werden.

Angabe des Ausstellungs**orts** bei Postschecks **nicht** erforderlich, wenn dieser mit der Ortsangabe in der eingedruckten Kontobezeichnung übereinstimmt.

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Verrechnungsscheck

Wenn Sie einen Postscheck anstelle von Bargeld in Zahlung geben, empfiehlt es sich aus Gründen der Sicherheit quer über den Scheck oben links den Vermerk „Nur zur Verrechnung" anzubringen. Dadurch kennzeichnen Sie ihn als Verrechnungsscheck und schließen die Bareinlösung aus. Dies gilt auch für eurocheques.
Der Zahlungsempfänger kann einen Verrechnungsscheck bei seinem Postgiroamt oder einem anderen Geldinstitut zur Einziehung des Scheckbetrages und Gutschrift auf seinem Konto einreichen.
Haben Sie als Postgirokunde einen Postscheck oder Bankscheck in Zahlung genommen, können Sie ihn Ihrem Postgiroamt zur Gutschrift auf Ihrem Postgirokonto einreichen. Einzelheiten über die Einreichung von Verrechnungsschecks an ein Postgiroamt finden Sie auf den Seiten 41 bis 43.

Der DM-Betrag muß in Buchstaben wiederholt werden. Frei bleibenden Raum zum Schutz gegen nachträgliche Betragsänderungen durch liegende Striche schließen.

Nur zur Verrechnung
Postgiroamt
2000 Hamburg
Konto-Nr.
8877 66-204
Bankleitzahl
200 100 20
Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben
Eintausend
DM
-----1000,-
an Ludwig Müller
oder Überbringer
8877 66-204
KLUGE,HARALD
2200 ELMSHORN
9.11.1983
Verwendungszweck
Scheck-Nr.
Konto-Nr.
Betrag
Bankleitzahl
Text
0000000200091 08877662044 200100201 014
Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

Angabe des Ausstellungs**orts** bei Postschecks **nicht** erforderlich, wenn dieser mit der Ortsangabe in der eingedruckten Kontobezeichnung übereinstimmt.

Unterschrift des Kontoinhabers oder eines Zeichnungsberechtigten dem Unterschriftsblatt entsprechend.

Zahlungsanweisung

Zahlungsanweisungen benötigen Sie, wenn Sie einen Betrag in bar durch den Zusteller auszahlen lassen wollen. Dies kann z.B. erforderlich werden, wenn
der Zahlungsempfänger weder ein Postgirokonto noch ein Bankkonto unterhält,
der Kontoinhaber aus gesundheitlichen Gründen nicht beim Postamt Geld abheben kann oder
wenn sich der Kontoinhaber am Urlaubsort mit Bargeld versorgen möchte.

Die besonderen Vordrucke für Zahlungsanweisungen – dreiteilig mit grünem Aufdruck – liefert Ihnen Ihr Postgiroamt auf Bestellung in Heften zu 50 Stück.
Untenstehend sehen Sie das Muster einer ausgefüllten Zahlungsanweisung; die Gebühren für die Formblätter sowie für die Barauszahlung finden Sie auf den Seiten 46 bis 48.

Empfängerabschnitt

Verwendungszweck

Blatt 10

Zum Schreiben
v. 23.9.1983

130 DM 70 Pf

Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12
2200 Elmshorn

Zahlungsanweisung **8877 66 – 204**

Zahlen Sie gegen diesen Scheck mittels Zahlungsanweisung an – nicht an Order –

Postgiroamt
2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20

Heft 001 Blatt 10

Frau
Else Müller
Kaiserallee 1
(Straße und Hausnummer)
7500 Karlsruhe
(Postleitzahl) (Ort)

130 DM 70 Pf Einhundertdreißig ---
(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)

4.83

30. September 1983
(Ausstellungsort und -datum)

Kluge
(Unterschrift des Ausstellers)

Nur auszahlen, wenn umseitig der Hochdruckstempel des PGiroA abgedruckt ist.

8877 66 – 204
Lastschriftzettel

Für Vermerke des Auftraggebers

Blatt 10

Frau
Else Müller
Kaiserallee 1

130 DM 70 Pf

7500 Karlsruhe

Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

eurocheque – ec-Geldautomat

eurocheque

Die Deutsche Bundespost ist dem eurocheque-System und dem Geldausgabeautomaten-System angeschlossen (ec = eurocheque). Damit eröffnet sich unter bestimmten Voraussetzungen auch für Postgirokunden die Möglichkeit der Teilnahme am eurocheque-Verfahren.

Der Inhaber einer eurocheque-Karte kann mit eurocheques
- Waren und Dienstleistungen vielfach bargeldlos bezahlen [1] und
- Bargeld bei allen Postämtern [2] sowie bei allen Geldinstituten [3]

abheben, die das ec-Symbol zeigen.

Darüber hinaus ermöglichen eurocheque-Karten mit Magnetstreifen
- Barabhebungen vom Postgirokonto – unabhängig von Schalteröffnungszeiten – an allen Geldautomaten mit dem ec-Zeichen (ec-Geldautomat), also auch an den ec-Geldautomaten der Banken und Sparkassen.

Voraussetzung dafür ist, daß die auf der Rückseite der eurocheque-Karte eingedruckten Bedingungen erfüllt sind. Wenn Sie am eurocheque-Verfahren teilnehmen möchten, wenden Sie sich bitte an Ihr kontoführendes Postgiroamt, das Sie über die näheren Einzelheiten unterrichten wird.

eurocheque 85
Postgiroamt 2000 Hamburg
HARALD KLUGE
8877 66-204 12004321

Postgiroamt 2000 Hamburg 8877 66-204
Dreihundert
DM -300,-
Elmshorn
9.11.1983
KLUGE,HARALD
2200 ELMSHORN
8877 66-204
Bitte dieses Feld nicht beschriften und nicht bestempeln

1) Gilt für das Bundesgebiet und Berlin (West) und in z. Z. 22 anderen europäischen Ländern.
2) Gilt für Postämter im Bundesgebiet und in Berlin (West) sowie in Jugoslawien und Österreich.
3) Gilt für Geldinstitute in allen europäischen Ländern – mit Ausnahme der DDR und Berlin (Ost) – sowie in Ägypten, Israel, Libanon, Marokko, Tunesien und Zypern.

EUROCARD

Als Postgirokunde mit regelmäßigen, überdurchschnittlichen Zahlungseingängen können Sie durch Vermittlung Ihres kontoführenden Postgiroamtes eine EUROCARD erhalten.

Die EUROCARD ist ein weltweit verwendbares Zahlungsmittel ohne Scheckvordrucke. Sie ermöglicht die Bezahlung von Waren und Dienstleistungen ohne Aufpreis bei ca. 3 Mio. Vertragsunternehmen (Hotels, Geschäfte, Reisebüros, Autovermietungen usw.). Inhaber einer EUROCARD sind zusätzlich unfallversichert, wenn z.B. Flug-/Fahrkosten mit EUROCARD bezahlt worden sind. Darüberhinaus können sich die Karteninhaber bei entsprechend gekennzeichneten Geldinstituten mit Bargeld versorgen.

Die EUROCARD-Deutschland GmbH in Frankfurt am Main rechnet monatlich mit dem EUROCARD-Inhaber über dessen EUROCARD-Umsätze ab und zieht die Rechnungsbeträge von seinem Postgirokonto ein.

ec-Geldautomat

430425

Reiseschecks

Wenn Sie auf Ihrer Urlaubs- oder Geschäftsreise mit den Betragsgrenzen von Postsparbuch und eurocheque nicht auskommen und Wert auf ein sicheres Reisezahlungsmittel legen, dann empfehlen wir Ihnen Reiseschecks. Im Gegensatz zu Bargeld werden Reiseschecks bei Verlust oder Diebstahl ersetzt.

Reiseschecks bestellen Sie entweder

- mit einer **Bestellpostkarte,** die Sie am Schalter erhalten,
- **telefonisch** unter der Rufnummer (06 81) 40 12 75 beim Reisescheckdienst in Saarbrücken (rund um die Uhr) oder
- als Inhaber eines Postgirokontos mit einer **Postüberweisung.**

AMEXCO-Reiseschecks erhalten Sie in folgenden Währungen:

DM – FF – £ – Y – kan $ - sfr - US-$

AMEXCO-Reiseschecks werden praktisch in allen Ländern der Welt in Hotels, Restaurants, Geschäften usw. in Zahlung genommen, aber auch bei Kreditinstituten bar ausgezahlt.

Reiseschecks der Banca Commerciale Italiana in Lire empfehlen wir für Reisen nach Italien. Sie werden auch von den meisten Hotels, Geschäften usw. in Italien in Zahlung genommen. Auf diese Reiseschecks zahlen alle italienischen Banken gebührenfrei Beträge aus. Für Frankreich gibt es zusätzlich **Postreiseschecks,** die nur bei Postämtern in Frankreich gegen Ausweisleistung ausgezahlt werden.

AMEXCO-Reiseschecks sind unbegrenzte Zeit, Reiseschecks in Lire und Postreiseschecks 12 Monate lang gültig.
Reiseschecks kosten nur 1% Gebühr (mindestens 5 DM).
Zusammen mit den Reiseschecks können Sie auch ausländische Banknoten bestellen.
Nähere Auskünfte erhalten Sie bei Ihrem Postamt.

Besondere Auftragsarten

430426

Daueraufträge
Mit einem Dauerauftrag können Sie das Postgiroamt anweisen, bis auf Widerruf an bestimmten wiederkehrenden Tagen (z.B. am 15. jedes Monats, am 10. vierteljährlich, am letzten 2 monatlich) von Ihrem Postgirokonto den gleichen Betrag (z.B. Miete, Beiträge, Darlehensrückzahlungen) abzubuchen und auf dasselbe Konto desselben Empfängers zu überweisen oder bar auszahlen zu lassen. Daueraufträge für Überweisungen können zugunsten von Postgirokonten, Postsparkonten und Konten bei Banken und Sparkassen erteilt werden.
Einen Dauerauftrag erteilen Sie am besten auf einem entsprechenden Vordruck – siehe Abbildungen auf den Seiten 30, 31 und 32.

Die Vordrucke mit Erläuterungen erhalten Sie beim Postgiroamt und bei den Postämtern. Daueraufträge können auch formlos schriftlich erteilt werden; hierzu benötigt das Postgiroamt die aus den nachfolgenden Abbildungen ersichtlichen Angaben.
Sind mehrere Daueraufträge für Überweisungen oder Barauszahlungen am selben Tag auszuführen, können Sie diese je Auftragsart zu einem Sammelauftrag zusammenfassen.

Eine weitere Möglichkeit bietet Ihnen das Dauer-Lastschriftverfahren. Ihr Postgiroamt zieht in gleichbleibenden Zeitabständen Beträge in gleicher Höhe von den Konten bei Postgiroämtern, Banken und Sparkassen derselben Zahlungspflichtigen für Sie ein und bucht den Gesamtbetrag auf Ihrem Postgirokonto gut. Daueraufträge zu Lastschriften sind in einem Sammelauftrag zusammenzufassen, eine Mindeststückzahl ist nicht vorgesehen.
Ausführliche Informationen über Daueraufträge können Sie besonderen Merkblättern entnehmen, die beim Postgiroamt erhältlich sind, das Sie auch gerne über weitere Einzelheiten berät.

Dauerüberweisung auf Postgirokonto

430427

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

☐ Einrichtung ☐ Änderung ☐ Widerruf einer Dauer-Überweisung

Kontoinhaber (Name, Ort) – Auftraggeber –
Kluge Harald, 2200 Elmshorn

☐ Der Name des Auftraggebers soll an den Zahlungsempfänger weitergeleitet werden ①

Postgirokontonummer: 887766-204
Korrespondenz-Nr. ②
Lfd. Nr. bei Sammelaufträgen

Betrag DM Pf
A 90 75

Kontonummer des Empfängers
B 817263-852

Bankleitzahl des Geldinstituts, bei dem der Empfänger sein Konto unterhält ③
C 760 100 85

Bezeichnung des Geldinstituts
Postgiroamt Nürnberg

Empfänger (Name, Vorname)
D Allgemeine Versicherungs-AG

Verwendungszweck
I Vers. Nr. 12345/K
K

Ausführungstag ④
L Am 1. vierteljährlich

Erstmalige Ausführung ⑤ Tag Monat Jahr
M 01 01 84

Letztmalige Ausführung (wenn gewünscht) Tag Monat Jahr
N

O

P

Aufgestellt

Geprüft

Band erstellt

Band geprüft

Raum für besondere Vermerke

Unterschrift – wie beim Postgiroamt hinterlegt – und Datum

Kluge 14.11.83

Dauerüberweisung auf ein Konto bei einer Bank oder Sparkasse

Zutreffendes bitte ankreuzen [X] oder ausfüllen

[ ] Einrichtung [ ] Änderung [ ] Widerruf einer Dauer-Überweisung

Kontoinhaber (Name, Ort) – Auftraggeber –
Kluge Harald, 2200 Elmshorn

[ ] Der Name des Auftraggebers soll an den Zahlungsempfänger weitergeleitet werden ①

Postgirokontonummer: 887766-204
Korrespondenz-Nr. ②
Lfd. Nr. bei Sammelaufträgen

A Betrag DM Pf: 390,70
B Kontonummer des Empfängers: 19283746

Bankleitzahl des Geldinstituts, bei dem der Empfänger sein Konto unterhält ③
C 79059090

Bezeichnung des Geldinstituts
Sparkasse B-Stadt

Empfänger (Name, Vorname)
D Wagner Gerhard

Verwendungszweck
I Miete Kluge, Wiesenstr. 12
K

L Ausführungstag ④
Am Letzten jedes Monats

Erstmalige Ausführung ⑤ (Tag Monat Jahr)
M 31 01 84

Letztmalige Ausführung (wenn gewünscht) (Tag Monat Jahr)
N

O

P

Aufgestellt

Geprüft

Band erstellt

Band geprüft

Raum für besondere Vermerke

Unterschrift – wie beim Postgiroamt hinterlegt – und Datum
Kluge 5.12.83

Dauerüberweisung auf ein Postsparbuch

430429

Zutreffendes bitte ankreuzen ☒ oder ausfüllen

☐ Einrichtung ☐ Änderung ☐ Widerruf einer Dauer-Überweisung

Kontoinhaber (Name, Ort) - Auftraggeber -
Kluge Harald, 2200 Elmshorn

☐ Der Name des Auftraggebers soll an den Zahlungsempfänger weitergeleitet werden ①

Postgirokontonummer: 887766-204
Korrespondenz-Nr. ②
Lfd. Nr. bei Sammelaufträgen

A Betrag DM Pf: 100 00
B Kontonummer des Empfängers: 54126174

Bankleitzahl des Geldinstituts, bei dem der Empfänger sein Konto unterhält ③
C 201 100 22

Bezeichnung des Geldinstituts
Postsparkassenamt Hamburg

Empfänger (Name, Vorname)
D Kluge Harald

Verwendungszweck
I
K

Ausführungstag ④
L Am 1. jedes Monats

Erstmalige Ausführung ⑤ Tag Monat Jahr
M 01 01 84

Letztmalige Ausführung (wenn gewünscht) Tag Monat Jahr
N

O

P

Aufgestellt
Geprüft
Band erstellt
Band geprüft

Raum für besondere Vermerke

Unterschrift - wie beim Postgiroamt hinterlegt - und Datum
Kluge 5.12.83

Sammelaufträge

Ein Sammelauftrag besteht immer aus:

- einem Auftragsbeleg über den Gesamtbetrag der erteilten Einzel-Gut-/Lastschriften
- einem Verzeichnis, in dem die Einzel-Gut-/Lastschriften zusammengefaßt sind und
- Einzel-Gut-/Lastschriften auf Vordrucken, die den Richtlinien für einheitliche Zahlungsverkehrsvordrucke entsprechen müssen.

Hierunter finden Sie alle Sammelauftragsverfahren aufgeführt, die Sie auf Belegen erteilen können. Wollen Sie Sammelaufträge auf Datenträgern – Magnetbändern, Kassetten, Disketten – einreichen, so entnehmen Sie die entsprechenden Informationen bitte dem nächsten Kapitel „DV-Aufträge".

- Sammelaufträge mit einteiligen Überweisungsvordrucken
- Sammelaufträge mit Zahlungsanweisungen zur Verrechnung
- Sammelaufträge mit Zahlungsanweisungen zur Geldzustellung
- Sammelaufträge mit Lastschriften zum Einzug von Beträgen.

Zu allen diesen Auftragsarten erhalten Sie Merkblätter bei Ihrem Postgiroamt, das Sie auch gerne in allen weiteren Fragen bei der Auswahl der Formblätter berät.

Mit den verschiedenen Sammelauftragsverfahren bietet der Postgirodienst Kontoinhabern mit umfangreichem Zahlungsverkehr die Möglichkeit, die Auftragserteilung sehr zu vereinfachen. Hierzu können mehrere Überweisungen zu einer Sammelüberweisung, mehrere Aufträge zur Barauszahlung zu einer Sammelzahlungsanweisung, Lastschriften zu einem Sammelauftrag usw. zusammengefaßt werden.

DV-Aufträge

Im Postgiro-Datendienst können Postgirokunden, die eine elektronische Datenverarbeitungsanlage benutzen, Sammelaufträge DV erteilen, bei denen die einzelnen Zahlungsvorfälle auf Magnetband, Magnetbandkassette oder auf flexibler Magnetplatte (Diskette) aufgezeichnet sind.
Umgekehrt können Sie für bestimmte Zahlungseingänge die zur automatischen Endverbuchung erforderlichen Daten auf Datenträgern erhalten. Informationen über die Teilnahmebedingungen sowie alle technischen Einzelheiten der nachstehend aufgeführten Verfahren erteilen die Postgiroämter.

1. Sammelaufträge DV mit Überweisungen oder Lastschriften.
   Mit Magnetbändern, Magnetbandkassetten oder flexiblen Magnetplatten (Disketten) können Sammelaufträge DV mit Überweisungen bzw. Lastschriften mit einem einheitlichen Datensatz auf Konten bei allen Geldinstituten des Inlands erteilt werden. Es entstehen keine Bearbeitungskosten, wenn die an den Zahlungsempfänger weiterzuleitenden Begleitinformationen einen bestimmten Umfang nicht überschreiten. Zulassung durch das Postgiroamt und Einverständnis der Zahlungspflichtigen sind bei Lastschriften erforderlich.

2. Sammelaufträge DV mit Zahlungsanweisungen zur Verrechnung (ZzV).
   Der rationellste Weg für Zahlungen an Empfänger, deren Kontoverbindung nicht bekannt ist.
   Die Auftragsdaten werden auf den Magnetbändern usw. mit vorgegebenen Datensätzen aufgezeichnet, die auch Begleitinformationen an den Empfänger einschließen. Bei Einsendung eines Magnetbandes übernimmt das Postgiroamt das Ausdrucken der Zahlungsanweisung zur Verrechnung.

3. Abgabe von Magnetbändern mit Zahlungseingängen aus dem Datenträgeraustausch.
   Postgirokunden mit regelmäßigen, umfangreichen Zahlungseingängen aus dem beleglosen Datenträgeraustauschverfahren können von ihrem Postgiroamt für die automatische Endverbuchung Magnetbänder mit den Daten dieser Zahlungsvorfälle erhalten.

4. Klarschriftleseverfahren.
   Im Klarschriftleseverfahren werden mit Hilfe der DV maschinell lesbare Gutschriftbelege mit oder ohne vorgegebene Beträge ausgewertet, die der Zahlungsempfänger seinen Kunden zur Übermittlung von Zahlungsbeträgen zugesandt hat. Die Teilnehmer erhalten vom Postgiroamt anstelle der üblichen Gutschriftmitteilungen die Datensätze der einzelnen Gutschriftbelege auf Magnetbändern, Magnetbandkassetten oder Disketten, mit deren Hilfe Sie die automatische Endverbuchung vornehmen können.

Eilige Aufträge

430432

Für die Beschleunigung besonders dringlicher Aufträge haben Sie mehrere Möglichkeiten:

Eilaufträge

Postüberweisungen und Zahlungsanweisungen, die den farbig unterstrichenen Vermerk „Eilauftrag" im Feld neben der Unterschrift tragen, werden noch nach der Schlußzeit für gewöhnliche Aufträge (10 Uhr) erledigt, sofern sie bis 13 Uhr beim Postgiroamt vorliegen. Eilüberweisungen zur Gutbuchung auf einem Konto, das bei einem anderen Postgiroamt geführt wird, werden dort am nächsten Buchungstag mit Vorrang gebucht. Ebenso werden Eilzahlkarten sofort nach Eingang beim Gutbuchungs-Postgiroamt gutgeschrieben. Das ist häufig bei Kontoverstärkungen von Bedeutung. Der Vermerk ist hier neben dem Wort „Zahlkarte" anzubringen. Sofern Zahlungsanweisungen nicht nur im Postgiroamt beschleunigt werden sollen, sondern auch eilig zuzustellen sind, vermerken Sie bitte über der Anschrift des Empfängers „Eilzustellung".

Eilauftrag

Eilige Aufträge

Telegrafische Aufträge

Telegrafische Aufträge werden bis zu einer Schlußzeit von ca. 15 Uhr noch am gleichen Tage beim Postgiroamt bearbeitet. Gutschriften zugunsten von Konten bei anderen Postgiroämtern werden telegrafisch übermittelt und dort mit Vorrang gebucht. Auch die Beträge zu telegrafischen Zahlungsanweisungen werden telegrafisch übermittelt und durch Eilboten ausgezahlt.
Den Vermerk „telegrafisch" schreiben Sie bitte auffällig in den Raum neben der Unterschrift und ebenfalls in das besondere Feld auf dem gelben Briefumschlag, mit dem Sie die Postüberweisung oder die Zahlungsanweisung einsenden. Für telegrafische Zahlkarten erhalten Sie besondere Formblätter an den Postschaltern.

Fernschriftliche Aufträge

Als Inhaber eines Fernschreibanschlusses können Sie – mit Zustimmung des Postgiroamtes – fernschriftliche Aufträge erteilen, mit Ausnahme von Barauszahlungen. Fernschriftliche Aufträge werden wie Eilaufträge bearbeitet.
Die Zuschläge und Gebühren für die hier beschriebenen Auftragsarten finden Sie auf den Seiten 46 und 47.

Zahlungen nach dem Ausland

430434

Von Ihrem Postgirokonto können Sie Zahlungen an Empfänger in nahezu allen Ländern der Welt leisten. Zur Auftragserteilung brauchen Sie nur ein Postüberweisungsformblatt auszufüllen, und zwar für Postüberweisungen auf ausländische Postgirokonten nach dem Muster auf Seite 38. Die Postgiroverbindung eines ausländischen Zahlungsempfängers finden Sie im allgemeinen auf Rechnungen und Briefbogen hinter der international gebräuchlichen Abkürzung „CCP-No". Dringende Überweisungen auf ausländische Postgirokonten werden auf Ihren Wunsch auch telegrafisch erledigt.

giro

Für Zahlungen an Empfänger im Ausland ohne Postgirokonto – wenn mit dem Bestimmungsland kein Postüberweisungsverkehr besteht, oder der Empfänger kein Postgirokonto unterhält – fertigen Sie bitte ein Postüberweisungsformblatt nach dem Muster auf Seite 39 aus. Diese Aufträge werden von Ihrem Postgiroamt als Auslandspostanweisungen oder mit Bankscheck erledigt.

Überweisungen auf ausländische Postgirokonten werden ohne Auftragsgebühr ausgeführt. Die Gebühren für Zahlungen an Empfänger im Ausland ohne Postgirokonto finden Sie auf Seite 47. Falls Sie mehr über den Auslandszahlungsverkehr wissen wollen, so fordern Sie bitte bei dem Beratungsdienst Ihres Postgiroamtes oder Postamtes die Broschüre „Postzahlungsverkehr international" an.

430435

Den Betrag können Sie in DM oder unterhalb des Vordrucks „DM – Pf" in fremder Währung angeben.

Name der Firma und Wohnort bzw. Sitz des Zahlungsempfängers.

BL071

Für Postgirokonto Nr. 12-23671

100 DM 70 Pf

von

Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12
2200 Elmshorn

betrifft: Rechnung O/R v. 14.11.83

8877 66 – 204

Harald Kluge, Elmshorn

Postgiroamt 2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Heft: BL071

Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben

100 DM 70 Pf

für Buchverlag International

Postgirokonto Nr. 12 - 23671

Postgiroamt Genf

in Genf

Ausstellungsdatum: 30.11.1983

Unterschrift: Kluge

Ausland

Geprüft

Lastschrift

Bei Einsendung der Postüberweisung durch den Empfänger ist am oberen Rande zu vermerken: »Vom Empfänger eingesandt«.

Lastschriftzettel BL071

Konto 2000 Hamburg
Nr. 8877 66 – 204

100 DM 70 Pf

für Buchverlag International

Kto.Nr. 12-23671
Genf Re.v. 14.11.83

Buchverlag International

Genf

Name und Wohnort des Zahlungsempfängers bitte zusätzlich auf der Rückseite des Empfängerabschnitts angeben.

Den farbigen oder farbig unterstrichenen Vermerk „Ausland" bringen Sie bitte auch in dem dafür vorgesehenen Feld auf dem Postgirobrief an.
Bei telegrafischen Aufträgen lautet der Vermerk „Ausland telegrafisch".

Postgirokontonummer des Zahlungsempfängers und ausländisches Postgiroamt auf dem Hauptteil.

430436

Die Felder für die Kontonummer und das ausländische Postgiroamt bleiben frei.

Den Betrag können Sie in DM oder – unterhalb des Vordrucks „DM – Pf" – in der Währung des Bestimmungslandes oder in einer anderen gängigen Währung angeben.

BL069

Für Postgirokonto Nr.

DM Pf

138 000 Lit

Hmb 8877 66 – 204
Harald Kluge
Wiesenstr. 12
2200 Elmshorn

betrifft: Autoreparatur 4792/

8877 66 – 204

Harald Kluge, Elmshorn

Postgiroamt 2000 Hamburg
Bankleitzahl 200 100 20
Heft: BL069

Überweisen Sie aus meinem/unserem Guthaben

DM Pf

138 000 Lit

für Francesco V i n i a

Via Verdi 125

Postgirokonto Nr.

Postgiroamt

in I-72100 Brindisi

Ausstellungsdatum: 30.11.1983

Unterschrift: Kluge

Ausland

Geprüft

Lastschrift

Bei Einsendung der Postüberweisung durch den Empfänger ist am oberen Rande zu vermerken: »Vom Empfänger eingesandt«

Lastschriftzettel BL069

Konto 2000 Hamburg
Nr. 8877 66 – 204

DM Pf

138 000 Lit

für F. V i n i a

Via Verdi 125

I-72100 Brindisi

Autoreparatur 4792/

Name oder Firma und vollständige Anschrift des Zahlungsempfängers.

Den farbigen oder farbig unterstrichenen Vermerk „Ausland" bringen Sie bitte auch in dem dafür vorgesehenen Feld auf dem Postgirobrief an.

Zahlungen auf Ihr Postgirokonto

Alle für Ihr Postgirokonto bestimmten Beträge werden vom Postgiroamt sogleich gebucht und im Kontoauszug durch ein Pluszeichen vor dem Betrag gekennzeichnet. Außerdem finden Sie im Kontoauszug einen Hinweis auf den Zahlungszweck abgedruckt. Sind Mitteilungen des Absenders auf Abschnitten oder Belegen enthalten, die dem Kontoauszug beigefügt sind, so wird darauf mit dem Vermerk „LT. Anlage" in der Zeile neben der Buchung hingewiesen.
Zahlungen zu Ihren Gunsten können auf verschiedene Weise für Ihr Postgirokonto eingehen.

giro

Postüberweisungen von anderen Postgirokonten

Hier hat der Zahlungspflichtige den Betrag zugunsten Ihres Kontos selbst angewiesen oder Sie haben eine Postüberweisung von Ihm in Zahlung genommen. Im letzten Fall vermerken Sie bitte auf dem Hauptteil der Postüberweisung „vom Empfänger eingesandt" und senden sie an das Postgiroamt, bei dem das Konto des Ausstellers geführt wird.

Banküberweisungen/Zahlscheine

Aus Girokonten bei Banken und Sparkassen.

Zahlkarten

Mit einer Zahlkarte kann jedermann Beträge bei jedem Postamt und jeder Poststelle auf ihr Postgirokonto einzahlen, z. T. auch vom Ausland aus. Auch die Landzusteller nehmen Einzahlungen auf Zahlkarten entgegen.

Gebührenfreie Einzahlungen auf das eigene Postgirokonto

Sie selbst können mit besonderen Zahlkarten aus dem vom Postgiroamt zu beziehenden „Zahlkartenheft für gebührenfreie Einzahlungen" Ihr Kontoguthaben gebührenfrei verstärken.

Einziehen von Beträgen durch Nachnahme oder Postprotestauftrag

Die durch Nachnahme oder Postprotestauftrag eingezogenen Beträge werden abzüglich der Zahlkartengebühr dem Postgirokonto des Auftraggebers oder eines vom Auftraggeber benannten Empfängers mit Zahlkarte gutgebucht.
Es empfiehlt sich, auf dem Empfängerabschnitt die zur Weiterverbuchung erforderlichen Angaben zu vermerken.
Zahlkartenformblätter mit Eindruck der Kontobezeichnung und Kontonummer für Briefe und Päckchen mit Nachnahme und für Postprotestaufträge können auch vom Postgiroamt bezogen werden.

Lastschrifteinzug

Als Postgiroteilnehmer mit umfangreichem Zahlungsverkehr können Sie nach Zulassung durch Ihr Postgiroamt Beträge von Konten Zahlungspflichtiger abbuchen und Ihrem Konto gutschreiben lassen. Sie gehen dabei die Verpflichtung ein, das Lastschriftverfahren nur bei solchen Kontoinhabern anzuwenden, die sich Ihnen gegenüber mit dem Abbuchen von Beträgen einverstanden erklärt bzw. die Ihrem Geldinstitut einen Abbuchungsauftrag erteilt haben. Für den Lastschrifteinzug

gibt es eine Reihe von Verfahren wie sie unter „Besondere Auftragsarten" als Sammelaufträge, DV-Aufträge oder Daueraufträge beschrieben sind. Die Lastschriftmodalitäten im einzelnen erfragen Sie bitte bei Ihrem Postgiroamt.

Zahlungseingänge im Klarschriftleseverfahren

Siehe unter „DV-Aufträge".

Scheckeinzug

Wenn Sie Verrechnungsschecks (Bankschecks oder Postschecks – auch eurocheques – oder Reiseschecks) in Zahlung genommen oder zugesandt bekommen haben, können Sie diese an Ihr Postgiroamt einsenden, damit die Beträge auf Ihrem Konto gutgebucht werden. Bringen Sie bitte auf den Schecks oben links quer den Vermerk „nur zur Verrechnung" an, soweit er nicht bereits vorhanden ist.

Das Postgiroamt zieht die Scheckbeträge für Sie ein und schreibt sie Ihrem Postgirokonto im allgemeinen am 2. Arbeitstag nach dem Eingang der Schecks unter Vorbehalt gut. Sollte das Postgiroamt aus besonderen Gründen die Gutbuchung zu einem späteren Zeitpunkt vornehmen müssen, so werden Sie schriftlich verständigt.

Liegt Ihnen nur ein einzelner Scheck vor, so genügt es, eine Zahlkarte beizufügen, die auf den Scheckbetrag und zugunsten Ihres Postgirokontos ausgestellt ist.

Mehrere Schecks stellen Sie zweckmäßigerweise auf einem Scheckeinreichungsverzeichnis zusammen. Die Zahlkarte schreiben Sie in diesem Fall über den Gesamtbetrag aus. In das Verzeichnis können Sie auch Zahlungsanweisungen zur Verrechnung aufnehmen.

Vordrucke zu Scheckeinreichungsverzeichnissen sowie ein „Merkblatt über den Scheckeinzug bei Postgiroämtern" erhalten Sie bei Ihrem Postgiroamt, das Ihnen auch weitere Auskünfte in Fragen des Scheckeinzugs erteilt.

Bankleitzahl
123 456 78
Konto-Nr.
Nur zur Verrechnung
Raiffeisenbank Überall eGmbH
1234 Überall
0000 0000
DM
683,97
Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben
Sechshundertdreiundachtzig
Deutsche Mark in Buchstaben
Pf wie nebenstehend
an Autohaus Gruber
oder Überbringer
K. Kunde
Unterschrift des Ausstellers
B-Stadt, den 19.11.1983
Ausstellungsort, Datum
Verwendungszweck Rechnung v. 12.11.83
(Mitteilung für den Zahlungsempfänger)
Scheck-Nr. Konto-Nr. Betrag Bankleitzahl Text
01H
000000000953
Bitte dieses Feld nicht beschreiben und nicht bestempeln

430439

Empfängerabschnitt

DM	Pf
683	97

für Postgirokonto Nr.
8877 66 – 204

Eingezahlt vom Zahlungsempfänger

DM	Pf	für Postgirokonto Nr.
683	97	**8877 66 – 204**

Absender: Zahlungsempfänger

Heft: 019

Gebührenfrei

Zahlkarte für das Konto des Einzahlers

DM	Pf	(DM-Betrag in Buchstaben wiederholen)
683	97	Sechshundertdreiund-achtzig

für Harald Kluge

in 2200 Elmshorn

Postgirokonto Nr.
8877 66 – 204

Postgiroamt
Hamburg

Postvermerk

Nur zur Verrechnung

Raiffeisenbank Überall eGmbH
1234 Überall

0000 0000

Zahlen Sie gegen diesen Scheck aus meinem/unserem Guthaben

DM 683,97

Sechshundertdreiundachtzig
Deutsche Mark in Buchstaben

Pf wie nebenstehend

an Autohaus Gruber
oder Überbringer

B-Stadt, den 19.11.1983
Ausstellungsort, Datum

K. Kunde
Unterschrift des Ausstellers

Verwendungszweck Rechnung v. 12.11.83
(Mitteilung für den Zahlungsempfänger)

Eine Streichung des Zusatzes „oder Überbringer" gilt als nicht erfolgt. Die Angabe einer Zahlungsfrist auf dem Scheck gilt als nicht geschrieben.

Scheck-Nr. | X | Konto-Nr. | X | Betrag | X | Bankleitzahl | X | Text

01H

0000000000953ʃ

Bitte dieses Feld nicht beschreiben und nicht bestempeln

Achtung Schnelltrennsatz! Beim Ausfüllen mit Kugelschreiber bitte fest aufdrücken.

Oberen und unteren Rand in etwa 10 mm Breite fest fassen und Kopfleiste mit anhängendem Kohlepapier abziehen.

Scheckeinreichung

Das Postgiroamt erhält die nachstehend aufgeführten Verrechnungsschecks zum Einzug und zur Gutschrift (Eingang vorbehalten) auf meinem/unserem hierunter angegebenen Postgirokonto.

Hinweise

1. Inlandsschecks und Auslandsschecks in getrennten Verzeichnissen einreichen.
2. Auf den Schecks "Nur zur Verrechnung" vermerken.
3. Die Urschrift mit den Schecks und einer Zahlkarte (ausgestellt zugunsten des Postgirokontos des Einreichers) an das Postgiroamt weiterleiten. Durchschrift zurückbehalten.

Postgirokonto-Nr. (des Einreichers): 8877 66 - 204
Postgiroamt: Hmb

Empfänger (Kontobezeichnung des Einreichers): Harald Kluge, Elmshorn

Lfd. Nr.	Scheck-Nr.	Konto-Nr. des Schecks	Bezogene Bank (Bankleitzahl)	Betrag DM	Pf	Vermerke
1	2	3	4	5		6
1	954	987654321	123 456 78	683	97	
2	2345	650426-460	440 100 46	307	-	
3	17	665544-202	200 100 20	777	99	
4						
5						
6						
7						
8						
9						
10						
11						
12						
13						
14						
15						
			Summe	1 768	96	

Datum

© Xdv 7. 83/8 5 4 3 2 1
A6(3), Kl. 36

921 055 000-0

Zahlungsanweisungen zur Verrechnung

Die Beträge von Zahlungsanweisungen zur Verrechnung können Sie auf Ihrem Postgirokonto gutbuchen lassen. Dabei sparen Sie die Auszahlungsgebühr. Vermerken Sie bitte auf der Vorderseite neben dem Zeichen ▶ Ihre Postgirokontonummer und senden Sie die Zahlungsanweisung im gelben Postgirobriefumschlag an das Postgiroamt ein. Neben der Kontonummer ist der Name des Kontoinhabers erforderlich, wenn er mit der Empfängerangabe auf der Zahlungsanweisung nicht übereinstimmt, z.B. wenn der Betrag für ein Familienmitglied ohne eigenes Konto auf Ihrem Postgirokonto verbucht werden soll.

Mehrere Zahlungsanweisungen zur Verrechnung können Sie mit einem Scheckeinreichungsverzeichnis und einer Zahlkarte über den Gesamtbetrag, die für Ihr Postgirokonto ausgestellt ist, an das Postgiroamt einsenden, und zwar wie im Scheckeinzug (Seite 41). Sie brauchen dann auf den einzelnen Zahlungsanweisungen Ihre Kontonummer und Ihren Namen nicht zu vermerken.

Gutbuchung von Post- und Zahlungsanweisungen als Kontoanweisung.

Sie können bei Ihrem Zustellpostamt beantragen, daß die für Sie zur Barauszahlung eingehenden Postanweisungs- und Zahlungsanweisungsbeträge auf Ihrem Postgirokonto gutgebucht werden.

PRAEMIENRUECKVERG.

Zahlungsanweisung zur Verrechnung

Zahlen Sie gegen diese Anweisung

SIEBENHUNDERTSIEBENUNDSIEBZIG---

▶ 887766-204

an HARALD KLUGE
WIESENSTR. 12

2200 ELMSHORN

Verschiedenes

Nachforschungen

An die Nachforschungsstelle Ihres Postgiroamts wenden Sie sich bitte, wenn Sie die Erledigung eines Auftrags klären, Ihr Konto sperren oder einen Auftrag widerrufen lassen wollen.
Die Sperre Ihres Postgirokontos ist eine Maßnahme, die Sie bei Verlust von Formblättern vor deren mißbräuchlicher Benutzung schützen soll. Auch die unerwünschte Abbuchung von Lastschriften können Sie so verhindern.
Der Widerruf eines an das Postgiroamt eingesandten Auftrags ist möglich, solange der Betrag noch nicht gutgebucht oder ausgezahlt ist.
Für eurocheques gelten die besonderen „Bedingungen für eurocheque-Karten im Postgirodienst".
Für den Schriftwechsel mit der Nachforschungsstelle können Sie ebenfalls die portofreien gelben Postgirobriefumschläge verwenden. Kennzeichnen Sie den Umschlag bitte mit einem „N".
Anschrift und Telefonnummer Ihres Postgiroamtes finden Sie auf Seite 49.

Haftung

Im Bereich des Postgirodienstes haftet die Deutsche Bundespost für Schäden, die dem Postgiroteilnehmer durch die nicht ordnungsgemäße Ausführung seiner Giroaufträge durch das Postgiroamt entstehen entsprechend den Vorschriften des BGB über die Schuldnerhaftung (Ersatz von nachgewiesenen unmittelbaren und mittelbaren Schäden). Bei Daueraufträgen wird auch für eine rechtzeitige Auftragsausführung gehaftet.
Im halbbaren Zahlungsverkehr – z.B. Zahlkarten, Zahlungsanweisungen – haftet die DBP dem Absender für die ordnungsgemäße Gutbuchung bzw. Auszahlung des Betrages.
Für Schäden durch unrichtige schriftliche Auskünfte haftet die DBP nach den allgemeinen, gesetzlichen Vorschriften.

Verjährung

Die Ansprüche gegen die Deutsche Bundespost wegen nicht ordnungsmäßiger Ausführung von Aufträgen im Postgirodienst verjähren in 4 Jahren. Die Verjährung beginnt nach Ablauf des Jahres, in dem der Auftrag erteilt wurde.

Die Löschung eines Postgirokontos

Sie können jederzeit die Löschung Ihres Postgirokontos – ohne Einhaltung einer Kündigungsfrist – verlangen. Hierzu genügt eine formlose, von Ihnen als Kontoinhaber unterschriebene Mitteilung an das Postgiroamt. In dem Schreiben vermerken Sie bitte, an wen das Restguthaben überwiesen oder ausgezahlt werden soll. Eine Postüberweisung oder ein Postscheck braucht dem Schreiben nicht beigefügt zu werden.
Im Falle des Todes des Kontoinhabers ist eine Löschung des Postgirokontos in vielen Fällen nicht erforderlich. Das Postgirokonto kann zunächst 6 Monate von einem Zeichnungsberechtigten weitergeführt werden. Die Weiterführung des Kontos durch den überlebenden Ehegatten, Erben usw. ist in einem besonderen Merkblatt, das beim Postgiroamt erhältlich ist, näher erläutert. Weitere Auskunft erteilt das Postgiroamt.

430443

Gebühren für die Kontoführung und für die Ausführung von Aufträgen

I.	**Kontoführung für ein Postgirokonto**		DM	Pf
	mit 0 bis 10 Buchungen . . .	monatlich	1	30
	mit 11 bis 25 Buchungen . . .	monatlich	3	00
	mit 26 bis 50 Buchungen . . .	monatlich	4	00
	mit 51 bis 250 Buchungen . . .	monatlich	8	00
	mit 251 bis 1000 Buchungen . . .	monatlich	15	00
	mit m. als 1000 Buchungen . . .	monatlich	30	00

II. Inlandsverkehr

1. Postüberweisungen

Einzelüberweisungen . . . .
Sammelüberweisungen . . . .
Giro-Sammelüberweisungen . . . .
} keine Auftragsgebühr

2. Lastschriften keine Auftragsgebühr

3. Postschecks

Unbare Begleichung eines Postschecks (Verrechnungsscheck) keine Auftragsgebühr

Barauszahlung

durch Postbarscheck oder Kassenscheck
durch ec-Postscheck bei Postämtern
} keine Auszahlungsgebühr

4. Zahlungsanweisungen

Zahlungsanweisungen (zur Barauszahlung)

	DM	Pf
bis 100 DM	4	20
für jede weiteren 10 DM	–	05

Zahlungsanweisungen zur Verrechnung

	DM	Pf
Grundgebühr (vom Auftraggeber zur entrichten)	1	50
Gutschrift auf Postgirokonto	keine Auftragsgebühr	
für jede Barauszahlung am Postschalter		
bis 200 DM	2	40
über 200 DM bis 500 DM	3	20
über 500 DM bis 1000 DM	4	80
über 1000 DM bis 3000 DM	6	50

5. Daueraufträge

Einrichtung, Änderung und Ausführung von Daueraufträgen . . . . keine Auftragsgebühr

(Bei Daueraufträgen zur Barauszahlung durch Zahlungsanweisung wird die Gebühr für Zahlungsanweisungen nach Punkt 4 erhoben)

6. Zahlkarten

	DM	Pf
bis 10 DM	–	90
über 10 DM	1	50
Einzahlungen auf das eigene Konto . . .	keine Einzahlungsgebühr	

7. Eilaufträge

	DM	Pf
Eilüberweisungen	3	00
Eilschecks (Zahlungsanweisungen) (Zuschlag) .	3	00
Eilzahlkarten (Zuschlag)	3	00

	DM	Pf
8. Fernschriftliche Überweisungsaufträge .	7	50

9. Telegrafische Aufträge	DM	Pf
Telegrafische Überweisungen	7	50
Telegrafische Zahlungsanweisungen (Zuschlag)	10	–
Telegrafische Zahlkarten (Zuschlag)	10	–
gegebenenfalls für persönliche Mitteilungen des Auftraggebers	Telegramm-Wortgebühr	

10. Scheckeinzug	DM	Pf
Einzug von Postschecks und DM-Schecks, die auf ein Postgiroamt oder ein Kreditinstitut im Bundesgebiet oder in Berlin (West) gezogen sind	keine Auftragsgebühr	
Einzug von ausländischen Schecks und eurocheques bis 500 DM, postcheques und ausländische Reiseschecks	keine Auftragsgebühr	
vereinfachter Einzug von sonstigen Auslandsschecks	–	50
Einzug von Auslands- und Fremdwährungsschecks als Auftragspapiere	3	00
Rückschecks	4	00

11. Briefe der Postgiroteilnehmer	
an die Postgiroämter in Postgiroangelegenheiten	
bei Verwendung der gelben Postgirobriefumschläge	gebührenfrei
bei Verwendung anderer Briefumschläge	Briefgebühr

	DM	Pf
12. Deckungslose Postüberweisungen und Postschecks (einschl. Zahlungsanweisungen)	2	00
13. Deckungslose Barabhebungen an ec-Geldautomaten	2	00
14. Besondere schriftliche Bestätigung über den Kontostand	2	00
15. Nachforschung über die Ausführung eines Auftrags oder die Gutbuchung einer Zahlkarte	4	20

III. Auslandsverkehr

	DM	Pf
1. Postüberweisungen		
von einem Postgirokonto auf ein Postgirokonto nach allen Ländern	keine Auftragsgebühr	
2. Telegrafische Postüberweisungen	10	00
3. Postanweisungen		
bis 100 DM	5	00
von mehr als 100 DM bis 500 DM	7	00
von mehr als 500 DM bis 1000 DM	10	00
von mehr als 1000 DM bis 2500 DM	14	00
von mehr als 2500 DM bis 5000 DM	17	00
von mehr als 5000 DM	20	00

4. Telegrafische Postanweisungen

Gebühr für eine Auslandspostanweisung sowie	siehe unter „Postanweisungen"
die Wortgebühr für das Telegramm, mindestens 10,– DM	Auskünfte über die Wortgebühr erteilen die Auslandsdienste der Postgiroämter und die Postämter

430445

5. Zahlungsanweisungen

	DM	Pf
● nach Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden		
– bei Beträgen bis 2000 DM		
bis 100 DM	4	20
von mehr als 100 DM bis 2000 DM		
für jede weiteren 10 DM	0	05
– bei Beträgen von mehr als 2000 DM Gebühr für eine Auslandspostanweisung . .	siehe unter „Postanweisungen"	
● nach allen übrigen Ländern Gebühr für eine Auslandspostanweisung . .	siehe unter „Postanweisungen"	

6. Zahlungen, die mit Bankscheck erledigt werden

	DM	Pf
● bei Beträgen bis 20000 DM Gebühr für eine Auslandspostanweisung . .	siehe unter „Postanweisungen"	
● bei Beträgen von mehr als 20000 DM		
von mehr als 20000 DM bis 25000 DM . .	25	00
von mehr als 25000 DM	30	00

Bei Abwicklung mit DM-Schecks oder Schecks in einer Währung, deren Devisenkurs von der Frankfurter Börse nicht amtlich ermittelt wird, können zusätzliche Spesen der Korrespondenzbank anfallen

7. Reiseschecks

	DM	Pf
1 v. H. des Betrags der Bestellung, mindestens	5	00

Die Abgabepreise für die wichtigsten Formblätter und für die eurocheque-Karte

		DM	Pf
1	Postüberweisungsheft mit 100 Blatt	2	50*
50	Vordrucke zu Postschecks	2	50*
1	Zahlkartenheft für Einzahlungen auf das Postgirokonto des Einzahlers mit 100 Blatt . . .	3	50*
50	gelbe Postgirobriefumschläge	1	--*
20	Vordrucke zu eurocheques	3	--
1	eurocheque-Karte ohne Magnetstreifen (Gültigkeitsdauer 2 Jahre)	9	--
1	eurocheque-Karte mit Magnetstreifen **) (Gültigkeitsdauer 2 Jahre)	10	--

* Je eine Bestelleinheit liefert das Postgiroamt kostenlos, sofern sie bei der Eröffnung des Postgirokontos bestellt wird.

** Zur zusätzlichen Benutzung für Barabhebungen an ec-Geldautomaten.

Übersicht der Postgiroämter und Postsparkassenämter im Bereich der Deutschen Bundespost

430446

giro

Postgiroamt (PGiroA) Abgek. Ortsbez. Bankleitzahl	Postanschrift	Büroräume	Telefon
Berlin West Bln W 100 100 10	Postfach 11 01 04 1000 Berlin 9	Hallesches Ufer 60	(0 30) 2 68-1
Dortmund Dtmd 440 100 46	Postfach 13 00 4600 Dortmund 9	Hoher Wall 9–11	(02 31) 1 80-0
Essen Esn 360 100 43	Postfach 10 60 02 4300 Essen 9	Freiheit 2	(02 01) 8 19-1
Frankfurt Ffm 500 100 60	Postfach 99 99 6000 Frankfurt 9	Stephan- straße 14–16	(06 11) 2 11-1
Hamburg Hmb 200 100 20	Postfach 11 90 00 2000 Hamburg 9	Alter Wall 46	(0 40) 36 19-1
Hannover Han 250 100 30	Postfach 90 20 3000 Hannover 9	Goseriede 16	(05 11) 3 30-1
Karlsruhe Klrh 660 100 75	Postfach 77 00 7500 Karlsruhe 9	Kriegs- straße 100	(07 21) 1 31-1
Köln Kln 370 100 50	Postfach 10 90 06 5000 Köln 9	Marzellenstr. 13–21	(02 21) 1 40-1
Ludwigshafen Lshfn 545 100 67	Postfach 50 01 6700 Ludwigshafen 9	Ernst-Boehe- Straße 15	(06 21) 5 07-1
München Mchn 700 100 80	Postfach 20 00 15 8000 München 9	Sonnenstraße 26	(0 89) 51 23-1
Nürnberg Nbg 760 100 85	Postfach 90 00 00 8500 Nürnberg 9	Keßlerstraße 1	(09 11) 53 91-1
Saarbrücken Sbr 590 100 66	Postfach 30 30 6600 Saarbrücken 9	Neugraben- weg 2	(06 81) 4 01-1
Stuttgart Stgt 600 100 70	Postfach 50 25 7000 Stuttgart 9	Kleiner Schloßplatz 4	(07 11) 20 38-1

Postsparkassenamt (PSA) Abgek. Ortsbez. Bankleitzahl	Postanschrift	Büroräume	Telefon
Hamburg Hmb 201 100 22	Postfach 60 70 00 2000 Hamburg 7	Oberstraße 14 b	(0 40) 4 41 80-1
München Mchn 701 100 88	Postfach 20 00 20 8000 München 7	Sonnen- straße 24	(0 89) 51 23-1

Entwicklung des Deutschen Postgirodienstes

1909	Aufnahme des Postscheckverkehrs bei 13 Postscheckämtern im Gebiet des Deutschen Reiches
1910	Aufnahme des Auslandszahlungsverkehrs mit Österreich, Ungarn und der Schweiz
1911	Erste Versuche, Zahlkarten zu Nachforschungszwecken im kleinstmöglichen Format zu fotografieren
1914	Einführung des Postkreditbriefes zur Deckung des Geldbedarfs bei Inlandreisen – später Postreisescheck –
1925	Umstellung der bisherigen Handbuchung auf Volltext-Buchungsmaschinen
1929	Zulassung von Eilaufträgen
1945	Wiederaufnahme des Postscheckdienstes innerhalb der einzelnen Besatzungszonen nach kurzer Unterbrechung
1947	Aufnahme des Postscheckverkehrs zwischen den westlichen Besatzungszonen
1948	Einrichtung des Postscheckamts Berlin (West) als Folge der Einführung unterschiedlicher Währungen (DM-West und DM-Ost)
1950	Einführung des Dauerauftragsdienstes
1966	Einführung des Klarschriftleseverfahrens – Einsatz von Beleglesern in Verbindung mit elektronischer Datenverarbeitung –

1969	Einführung des Postbarscheckverfahrens – Barabhebungen bei einem bestimmten Postamt –
1970	Einführung des Datenträgeraustauschverfahrens (DATA 1) – Einreichung von Sammelaufträgen DV mit Überweisungen auf Magnetbändern oder Lochkarten –
1972	Umstellung der Belegarchivierung auf Mikroverfilmung
1974	Einführung von Zahlungsanweisungen zur Verrechnung
1975	Einführung der Kontoführungsgebühr sowie Möglichkeit der Unterbuchung zur flexibleren Erledigung von Lastschriften
1976	Beitritt der Deutschen Bundespost zum eurocheque-System
1978	Sämtliche Postscheckämter arbeiten mit elektronischen Datenverarbeitungsanlagen – Direkteingabe aller beleggebundenen Aufträge über Terminals, zentrale Kontenführung und Buchung durch DV-Anlagen –
1979	Teilnahmevereinbarung der Deutschen Bundespost am institutsübergreifenden Geldautomaten-System unter Einsatz von eurocheque-Karten mit Magnetstreifen
1981	Die Zahl der Postscheckkonten erreicht die Zahl von 4 Millionen
1982	Beginn des Betriebsversuchs beim Postscheckamt Berlin (West) für die Zahlungsverkehrsabwicklung über Bildschirmtext
1984	Umbenennung des Postscheckdienstes in Postgirodienst

Die Geschichte der Glückwunschkarte.

430450

SOCIÉTÉ DE SECOURS AUX BLESSÉS MILITAIRES DES ARMÉES DE TERRE ET DE MER.

COMITÉ AUXILIAIRE DE STRASBOURG.

A Madame Elisa Schmidt

Bas Rhin. à Waldersbach (par Fouday)

Nous allons tous bien et nous nous réjouissons d'avoir de vos nouvelles par l'Internationale

Charles Herrenschmidt

Strasbourg le 14 Septembre 1870

8695

14 Sept. 1870

▲ *Die erste bekannte französische Postkarte. Sie wurde am 14. September 1870 in Straßburg abgeschickt.*

430451

Vor 100 Jahren wurde die Postkarte geboren

Stephan führte 1870 den „Brief ohne Umschlag“ ein

Die Weihnachts- und Neujahrszeit erhöht die Flut der Postkarten vor allem in der Bundesrepublik schlagartig. Die Post stöhnt unter der Last dieser Papierflut, und versucht sie neuerdings durch die Einführung moderner Sortierautomaten zu bändigen. In den letzten Jahren hat die Postkarte eine unvergleichliche Aufwärtsentwicklung durchgemacht. In unserer schnellebigen Zeit fehlt vielen Menschen einfach die Muße zum Schreiben langer Briefe.
Jährlich werden allein in Europa über zehn Milliarden Postkarten geschrieben und verschickt! Das ist ein Papierberg von 900000 Metern Höhe, der den Mount Everest einhundertmal überragt. Dabei ist die Postkarte erst 100 Jahre alt: Im Jahre 1870 wurden in Deutschland die ersten Postkarten verschickt. Ihren Siegeszug allerdings konnte sie erst als Bildpostkarte antreten, nachdem Kunst und Technik sich ihrer in besonderer Liebe angenommen hatten. Als ihr Erfinder gilt Generalpostmeister Heinrich Stephan. Stephan hatte auf der Postkonferenz zu Karlsruhe am 30. November 1865 eine Denkschrift über die Einführung eines neuen „Postblattes zu offenen Mitteilungen“ verteilt. Der Portobetrag sollte einen Silbergroschen betragen, aber der Vorschlag wurde nicht angenommen. Schließlich, nachdem Stephan am 6. Juni 1870 Generalpostmeister geworden war, konnte er seine Postkartenidee verwirklichen.* Im gleichen Jahr flatterten die ersten „Briefe ohne Umschlag“ durch Deutschland. Im Deutsch-Französischen Krieg 1870/71 wurden in einem Jahr bereits 10 Millionen Feldpostkarten geschrieben. Noch 1870 wurde die Postkarte in der Schweiz und in England eingeführt. Es folgten 1871 Belgien, die Niederlande und Dänemark, 1872 Schweden, Norwegen und Rußland, 1873 die USA, Frankreich und Spanien, 1874 Italien.
Durch den Weltpostvertrag vom 1. Juni 1878 fand die Postkarte in allen Kulturstaaten der Erde ihre Verbreitung. Die Bildpostkarte folgte unmittelbar darauf. Der Buchdrucker Schwartz aus Oldenburg und der Lithograph Miesler aus Berlin teilten sich hier in die Erfindung. Für Wissenschaftler, Historiker, Kunsthistoriker und Soziologen sind alte Bildkarten wahre Fundgruben. Es gibt Kartenserien, die alte Stadtteile in Details zeigen oder historische Kostüme und Wiedergaben von alten Sitten und Gebräuchen her-

---

* Am 1. 7. 1870 führte die deutsche Postverwaltung die Postkarte ein, die bis zum 1. 3. 1872 Correspondenzkarte hieß. Der erste Verkaufstag in Berlin war der 25. 6. 1870, an dem 45468 Stück abgesetzt wurden. Inzwischen war am 1. 10. 1869 von der österreichischen Postverwaltung die „Correspondenzkarte“ eingeführt worden. Noch im gleichen Jahr wurden in den österreichischen Kronländern rund 2930000 Stück abgesetzt. Anm. d. Red.

Vorschlag
zur Einführung der Postkarte,

vom Geheimen Postrath **Stephan** den Mitgliedern der 5. Deutschen Postkonferenz in Karlsruhe 1865 unterbreitet.

Die Form der Briefe hat, wie viele andere menschliche Einrichtungen, im Lauf der Zeiten mancher Wandlung unterlegen. Im Alterthum wurden die Wachstafeln, welche die Schrift enthielten, mit Ringen verbunden. Der Brief war so zu sagen ein Buch. Dann kam die Form der Rolle, welche noch bis in's Mittelalter reichte. Diese machte wiederum der bequemeren Form des Faltens bz. Couverts Platz. Jene Hauptformen bildeten sich in allmählicher Entwickelung und durch verschiedene Uebergangsstufen aus. Das Material war dabei von Einfluß: — die Tafel, das Pergament, das Papier; in neuester Zeit sind Versuche gemacht, Briefbogen aus Eisen herzustellen. Das Material war aber für die Form der Briefe nicht allein entscheidend: vielmehr wurde dieselbe auch durch achtbare Bräuche wie durch flüchtige Moden, durch geschäftliche Bedürfnisse wie durch die Arten des Transports wesentlich mit bestimmt. Aus den verschiedenen Wandlungen ist die Form aber immer einfacher hervorgegangen. Dies dürfte zum Theil auch von der Form des Inhalts gelten, wie der Schwulst des Briefstils früherer Zeiten, die Häufung der Titulaturen u. s. w. beweist.

Die jetzige Briefform gewährt für eine erhebliche Anzahl von Mittheilungen nicht die genügende Einfachheit und Kürze. Die Einfachheit nicht, weil Auswahl und Falten des Briefbogens, Anwendung des Couverts, des Verschlusses, Aufkleben der Marke u. s. w. Umständlichkeiten verursachen; und die Kürze nicht, weil, wenn einmal ein förmlicher Brief geschrieben wird, die Konvenienz erheischt, sich nicht auf die nackte Mittheilung zu beschränken. Die Weitläufigkeiten treffen den Absender, wie den Empfänger. In unseren Tagen hat das Telegramm bereits eine Gattung von Kurzbriefen geschaffen. Nicht selten telegraphirt man, um die Umständlichkeit des Schreibens und Anfertigung eines Briefes zu ersparen. Auch die Uebersendung einer Visitenkarte u. s. w. ersetzt für verschiedene Gelegenheiten einen förmlichen Brief.

Diese Betrachtungen lassen bei dem Postwesen eine Einrichtung etwa in nachstehender Art vielleicht als zeitgemäß erscheinen.

Bei allen Poststellen, sowie bei den Briefträgern und Landbriefträgern kann das Publikum Formulare zu offenen Mittheilungen erhalten. Ein solches Formular: „Postblatt“ hat die Dimensionen eines gewöhnlichen Briefcouverts größerer Art und besteht aus steifem Papier, entspricht mithin etwa nach Dimension und Beschaffenheit den in einigen deutschen Postbezirken neuerdings eingeführten Postanweisungen. Die Vorderseite würde oben als Ueberschrift die Benennung des Postbezirkes und eine entsprechende Vignette (Landeswappen ꝛc.) tragen, links einen markirten Raum zum Abdruck des Post-Aufgabestempels, rechts die Postfreimarke gleich in das Formular hineingestempelt. Dann ein Raum zur Adresse (wie bei den Postanweisungen) mit dem Vordruck: „An“, „Bestimmungsort“ und „Wohnung des Empfängers“; sowie die vorgedruckte Notiz: „die Rückseite kann zu schriftlichen Mittheilungen jeder Art benutzt werden; dieselben können gleichwie die Adresse mit Dinte, Bleifeder, farbigem Stift u. s. w. geschrieben sein; indeß darf bei Verwendung von Bleistift ꝛc. der Deutlichkeit und Dauerhaftigkeit der Schriftzüge, namentlich auf der Adresse, nicht Eintrag geschehen. Ein solches Postblatt wird nun gratis durch die Post befördert, da der Portobetrag beim Kauf des Formulars entrichtet worden ist. Dieser Portobetrag würde möglichst niedrig festzustellen sein, etwa auf 1 Silbergroschen, ohne Unterschied der Entfernung; für das Formular wird nichts entrichtet.

Die Manipulation der Postblätter im technischen Postdienst würde sich, wie die Erfahrung bei den Postanweisungen bewiesen hat, wegen der gleichmäßigen Form, der klaren Adressen und der Markenfrankatur sehr zweckmäßig gestalten.

Dem Publikum dürfte die Einrichtung, zumal wenn die anfängliche Scheu vor offenen Mittheilungen bei näherer Einsicht von der Sache überwunden sein wird, für viele Gelegenheiten und Verhältnisse willkommen sein. Wie umständlich ist es z. B. oft auf Reisen, unterwegs eine kurze briefliche Nachricht von der glücklichen Ankunft, von der Nachsendung eines vergessenen Gegenstandes u. s. w. an die Angehörigen gelangen zu lassen; künftig wird ein Postblatt aus dem Portefeuille gezogen, mit Bleistift im Coupé, auf dem Perron ꝛc. ausgefüllt und in den nächsten Briefkasten oder Eisenbahn-Postwagen gesteckt. Hinsichtlich einer großen Zahl von Bestellungen, Benachrichtigungen ꝛc. würde die Uebermittelung „per Postblatt“ wahrscheinlich bald in die geschäftliche Usance, wie in den geselligen Gebrauch übergehen“.

Geschrieben im Oktober 1865.

Heinrich von Stephan (1831–1897), deutscher Generalpostmeister und Reichspostminister, Begründer des einheitlichen deutschen Postwesens, führte die Postkarte ein. – Foto einer Postkarte, die der Handlungsgehilfe August Meyer von der Hofdestillation Eduard Meyer in Stadthagen anl. der Einweihung des neuen Posthauses in Stadthagen im Jahre 1892 – lediglich mit dem Bildnis Heinrich v. Stephans versehen – abschickte und die auch tatsächlich den Empfänger erreichte.
Foto: Staatsbibliothek Berlin – Bildarchiv

Dieses Foto und die beiden Fotos S. 30 rechts: Bundespostmuseum Frankfurt a. M.

Zukunftsbild der Infanterie zur Frauenbewegung, Postkarte aus dem Jahre 1906. Sie wurde von Hamburg nach Itzehoe geschickt. Aus der Sammlung des Altonaer Museums in Hamburg

vorragend vermitteln. Die Geschichte der Postkarte und der Ansichtskarte ist ein Spiegelbild der Zeit.
Wir, die wir heute unsere Kartengrüße in herrlichen Farben ganz selbstverständlich an Freunde und Bekannte senden und immer wieder neue Schöpfungen der Postkartenindustrie erleben, können uns nicht mehr vorstellen, wie revolutionär die Erfindung der Korrespondenzkarte einmal war und daß man sie für „unanständig" hielt oder daß die Post sich veranlaßt sah, auf die ersten Karten den Vermerk zu setzen: „Die Post übernimmt keine Verantwortung für den Inhalt der Mitteilungen". Aber schon bald hatte sich der „Brief ohne Umschlag" durchgesetzt. Die „Gartenlaube", die führende Familienzeitschrift jener Jahre, jubelte in einer Ausgabe des Jahres 1870 über die Erfindung der Bildkarte: „Man sollte Demjenigen, in dessen Kopf diese glückliche Idee zuerst entsprang, in der That eine Nationalbelohnung gewähren, wie dem Tonsetzer der ‚Wacht am Rhein'". KHF

Ein patriotisches Werk – oder Notlösung eines Studenten?

Die Bildpostkarte folgte bereits 16 Tage nach der Einführung der offiziellen Postkarte des Norddeutschen Bundes. Sie wird dem Hofbuchhändler Schwartz in Oldenburg zugeschrieben, der anläßlich des Ausbruchs des Deutsch-Französischen Krieges Korrespondenzkarten in der oberen linken Ecke der Anschriftseite mit einem – wahrscheinlich vorhandenen – Klischee eines Artilleristen an der Kanone bedruckte, „um seine Mitteilung aktuell und interessant zu machen". Er schickte das erste Exemplar, das die Druckerei verließ, am 16.7.1870 an seine Schwiegereltern in Magdeburg. Die Karte kam jedoch nicht in den Handel. Im Oktober 1875 wurde von ihm ein Holzstich (Xylographie) in der gleichen Weise benutzt, dem eine Serie von 25 Bildpostkarten folgte. – Als Erfinder der „Ansichtskarte" wird auch der deutsche Lithograph Miesler angegeben (erste Berliner Ansichtskarte) und weiterhin der Hoflieferant F. Martensen aus Flensburg, der eine 1901 verschickte Karte als „Älteste gedruckte Ansichtskarte der Welt. Prämiiert mit der großen silbernen Medaille auf der Internationalen Ansichts-Postkarten-Ausstellung in Nizza 1899" bezeichnete. – Nach einer anderen Quelle wird der junge Theologiestudent Ludolf Parisins aus Göttingen als Erfinder der Ansichts-Postkarte angegeben. Da er wenig Geld und viele Verwandte hatte, zeichnete er Landschaften oder niedliche Mädchen auf Kartenblätter, um so Geschenke zu sparen.
Welche Beweggründe auch immer zur ersten Ansichtskarte geführt haben mögen, sie war Ausgangspunkt einer weltweiten Industrie und für Deutschland ein gefragter Exportartikel, nicht zuletzt aber wurde sie zu einem Spiegelbild der kultur- und kunsthistorischen Entwicklung, nachdem ihre Themen keinerlei Beschränkung mehr unterlagen. Der Bogen reicht von der Kitschkarte über Gruß- und Glückwunschkarten, Werbung (damals schon für Waschmittel!) und ernsthafte Anliegen bis zur bemalten Postkarte nach dem

Eine britische Postkarte aus dem Jahre 1920. Humoristische Postkarten mit Motiven vom Badeurlaub waren schon immer ein typisch britischer Beitrag zu dem breiten Spektrum der Bildpostkarten (Ausstellung im Reed House im Londoner Stadtteil Piccadilly)

Eine quicklebendige Jubilarin

Die britische Postkarte hat im Oktober 1970 ihren hundertsten Geburtstag gefeiert. Angesichts der gegenwärtigen Posttarife, die ihr gegenüber dem Brief keinerlei Privilegien mehr einräumen – mit 5 Pence frankiert gilt sie genau wie ein Brief als Postsache erster Klasse, mit einer 4-Penny-Marke versehen wird sie zusammen mit den ebenso frankierten Briefen mit dem gemächlicheren Dienst zweiter Klasse befördert –, hat sie viel von ihrem einstigen Reiz eingebüßt. Dennoch ist sie eine quicklebendige Jubilarin, und im Reed House in Piccadilly war ihr vom 1. bis 28. Oktober eine besondere Ausstellung gewidmet. (BF)

Ein beliebtes Motiv für Postkarten in Großbritannien waren schon immer die Souveräne des Vereinigten Königreichs und des Britischen Commonwealth. Diese Karte aus Anlaß der Ausstellung „100 Jahre britische Postkarte" zeigt die britischen Herrscher des letzten Jahrhunderts (Veröffentlichung der „Postcard Association of Great Britain")

Der Kartograph und Künstler Chr. Peip ist der Schöpfer der ersten Ansichtskarte. Auf unseren Artikel über den Postminister Stephan in Heft 3/1953 schrieb uns die einzige überlebende Tochter des Künstlers, Frau Helene Koch geb. Peip, nebenstehenden Brief.

Ich bin die einzige überlebende Tochter des Kartographen Chr. Peip, der im Jahre 1882 die erste Ansichtskarte in die Welt setzte. Mein Vater war ein überaus gütiger Natur- und Menschenfreund. 24 Jahre war er in der kartographischen Anstalt von Justus Perthes in Gotha tätig, als ihm auf seinen sonntäglichen Wanderungen durch Gottes schöne Natur die Idee kam, die Ausflugsorte des geliebten Thüringer Waldes im Bilde festzuhalten und als Gruß in alle Welt zu senden. Er setzte sich vor allem mit Herrn Postminister Stephan in Verbindung, der diese Idee mit seinem Weitblick freudig begrüßte. Mein Vater gab seine Stellung auf, und wir zogen nach Eisenach, das Herz Thüringens. Hier entstanden nun von seiner Hand minuziös, fein gezeichnet, die Ansichtskarten. Ein Geschäftsteilhaber führte in Leipzig das Büro und übernahm an Hand der Druckereien den Versand, der ungeahnt an Ausbreitung zunahm. Etwa 200 Ansichten des Thüringer Waldes und von unserm ganzen schönen Deutschland nahmen auf Bildkarten ihren Weg in alle Welt. So lieferten wir z. B. an die Wartburg in den Sommermonaten 60 000 Karten, ebenso auch nach dem Brocken, dem Inselsberg, dem Kickelhahn, der Schneekoppe, dem Hermannsdenkmal, Schillers Geburtshaus in Marbach usw. Die Grüße an liebe Bekannte und Verwandte gingen zu Tausenden und aber Tausenden in alle Welt, und die Post erhielt einen gewaltigen Aufschwung. Leider hatte mein Vater in blindem Vertrauen mit dem Geschäftsteilhaber keinen Vertrag gemacht und wurde um sein aufblühendes Geschäft betrogen. In Not geraten, wurde er für den Nobelfriedenspreis vorgeschlagen, aber mit der Begründung, daß der Friedensgedanke nicht ausreichend vorliege, abgewiesen. Aus der Ansichtskarte ging in der Folge ein unbegrenzter Industriezweig hervor, zu dem die erste Ansichtskarte Wegbereiterin war.

Ich erlaube mir, Ihnen aus meiner Sammlung ein paar Karten, deren Entstehung nun 70 Jahre zurückliegt, zur Ansicht zu senden.

Hochachtungsvoll Frau Helene Koch geb. Peip.

Eine Auswahl der ersten Ansichtspostkarten von 1883

FRÖHLICHE WEIHNACHTEN
24. Dezember 1900

FRÖHLICHE WEIHNACHTEN!
24. Dezember 1900

Fröhliche Weihnachten
24. Dezember 1900

Fröhliche Weihnachten
24. Dezember 1900

Rechtzeitig abschicken!

Vor rund achtzig Jahren schlug die Geburtsstunde der Weihnachtsbildpostkarte, genauer: 1895 entdeckte man dieses bunte Vergißmeinnicht. Seitdem flattert es regelmäßig zu Weihnachten ins Haus, bringt Onkel, Tanten, Väter, Mütter, Söhne, Töchter und Geschäftsfreunde pünktlich in Erinnerung. Pünktlich? Nun, auch für diese Bildpostkarten von 1900 galt schon die Devise der Post von heute. „Rechtzeitig abschicken!"

Vielleicht hat der eine oder andere noch längst vergilbte Festtagsgrüße in Schachteln oder Schubladen und freut sich noch heute darüber, denn diese philatelistischen Randgebiete finden auch das Interesse von Sammlern. Am 29. Dezember ist in Hamburg die 1. Auktion von Bildpostkarten. Unsere Abbildungen stammen aus dem reichhaltigen Katalog des Auktionshauses Willi Bernhard in Hamburg.

Ansichten...

Postkarten sind die Galerie des kleinen Mannes, sagt Hannes König (63), der in München ein König der Postkartensammler ist. Der Leiter des berühmten Valentin-Museums und Kunstpreisträger sieht in Postkarten eine kulturgeschichtliche Revue in Bildern, die viel über Geschmack, Stil und Entwicklung seiner Zeit aussagt.

Postkarten und ihre Themen sind so unerschöpflich wie das Leben selbst. „Darum muß man sich", meint Hannes König, „Spezialgebiete suchen". Er, als Münchner, sammelt alles, was man über München bekommen kann. Von Stadtansichten über Abbildungen alter Wirtshäuser. Er sammelt Menschen in München, wie sie früher einmal waren, auch abnorme und sonderliche, wie sie vielbestaunt auf dem Oktoberfest gezeigt wurden. Originale auch, wie den stärksten Mann der bayerischen Landeshauptstadt, der noch heute unerreicht ist: Hans Steyrer, ein bulliger Metzger, dem nichts zu schwer war und der, wie Augenzeugen glaubhaft berichteten, einen Stier mit einem einzigen Schlag seiner rechten Faust „hinrichtete" und der eine 15 Pfund schwere Schnupftabakdose besaß.

Aber Hannes König riskiert gelegentlich auch ein Auge auf das Sammlergebiet „schöne Frauen" oder „schöne Frisuren". Fein säuberlich hat er sie katalogisiert und abgelegt, die Frauen, die früher als schön galten.

Fast zwei Drittel der Karten nehmen hier oft bizarre Gebilde ein, die auf den Köpfen der Damen von einst thronten und mit dem Wort „Hut" nur unzureichend beschrieben sind. Andere Postkarten in Königs Sammlung, die er in einem Turm des Valentin-Museums untergebracht hat, zeigen schwarzäugige Schöne mit echtem Frauenhaar. Während das Haar der einstigen Besitzerin aus den zwanziger Jahren längst grau sein dürften, überlebt es in frischem Dunkelbraun auf der Postkarte...

Hannes König weiß natürlich auch über die Geschichte der Postkarte Bescheid. Die erste offizielle Postkarte wurde im Jahre 1869 verschickt. Doch schon unter Ludwig XIII. gab es Visitenkarten, die mit Zeichnungen verziert waren. Und im 18. Jahrhundert etablierte sich in Paris ein kleines Gewerbe, das illustrierte Karten herstellte. Diese wurden, mit Mitteilungen versehen, schon damals offen per Post versandt. Erfinder dieser Karten war der Stecher Desmaison. Viele Herrschaften der Gesellschaft standen dieser Art, Nachrichten, Grüße und Botschaften zu versenden, allerdings skeptisch gegenüber: Diese Versandart, meinten sie, fördere die Neugierde der Postboten.

Schon Goethe sprach einmal von diesen „kleinen Stichen", den Postkarten. So dankte er einer seiner Bewunderinnen in einem Brief für diese „zierlichen Erzeugnisse", welche sich so sehr für Grüße eignen. An anderer Stelle lobte er einen Freund, der sein Haus auf Kar-

O lieb', so lang Du lieben kannst!
schau' auf mich herab,
Der hier an Deinem Grabe weint!
Vergieb, daß ich gekränkt Dich hab'!
O Gott, es wär nicht bös' gemeint!

...über Ansichtskarten

Zu den Abbildungen:
Linke Seite von links:
O lieb,so lang du lieben kannst, ca. 1900

Des Meeres und der Liebe Wellen, ca. 1910

Die Feuerwehr, 1913

Rechte Seite: Gruß aus Berlin (oben)

Gruß aus Bad Salzbrunn, Schlesien (mittlere Karte, links)

Susanna im Bade, ca. 1905 (Mitte, rechts)

Kleinstadtleben im Winter, ca. 1910 (unten)

ten abbilden ließ, für diese vorzügliche Idee.
Dennoch handelte es sich hier noch nicht um die „eigentliche" Postkarte, da es sich bei den Karten zu Goethes Zeiten immer nur um ganz kleine Auflagen für private Zwecke handelte.
Manche Postkartenkenner sehen als erste Karte die des Fenner Matter an. Es ist eine Karte mit Holzschnitt, die in Basel im Jahre 1855 verkauft wurde. Andere wiederum sind der Ansicht, daß die Postkarte im Jahre 1860 zur Welt kam. Sie zeigt eine lithographierte Ansicht von Berlin.
„Alles, was früher als neu und modern galt", sagt Hannes König, „fand sogleich seinen Spiegel auf der Postkarte". So wurde die moderne Ausrüstung einer Feuerwehr gefeiert wie die Entdeckung des Nordpols. Das Telefon und sein Erfinder wurde einmal ebenso umjubelt wie heute die Astronauten. Eine Flut von Postkarten-Abbildungen, bei denen das Telefon die Hauptrolle spielte, folgte: Liebespaare mit Telefon, die von Berg zu Berg, verbunden mit einem Kabel, miteinander turtelten, waren Anfang unseres Jahrhunderts ein beliebtes Motiv. Auch das Auto fand man in zahlreichen Darstellungen auf Postkarten bald wieder.
Nach Hannes König wird man Postkartensammler meist durch Zufall. Zum Beispiel über das Album einer Tante. „Ich selbst habe einmal ein Postkartenalbum in einer Kiesgrube gefunden", sagt König. Wenn ein Hausstand aufgelöst wird, ist er manchmal dabei, auf der Suche nach Postkartenraritäten, und auf der Auer Dult, wo Karten angeboten werden. „Man muß halt", sagt er, „die Augen offenhalten".

Wer sich mit Postkarten anfreunden will, der kann das übrigens zur Zeit im Valentin-Museum am Isartorplatz in München. Dort läuft eine Ausstellung über „Musikinstrumente auf Postkarten." Hannes König hält hier auch regelmäßig Sammlertreffen ab.
Er kann sich auch der Philokartisten-Union Europas (PUE) e. V. anschließen. 1. Vorsitzender ist Joachim Schorratz, 1 Berlin 31, Hildegardstraße 9.

TEXT:
BERND EBELE

430457

TEXT: HANS JÜRGEN HANSEN
FOTOS: E. MANON

OSTERGRÜ

Osterpostkarten aus den Jahren 1905 bis 1910

Von den immer zahlreicher werdenden Liebhabern alter Bildpostkarten sehen sich viele über kurz oder lang vor die Notwendigkeit gestellt, sich angesichts der unübersehbaren Vielfalt des sich ansammelnden Materials, auf ein bestimmtes Teilgebiet zu konzentrieren.

Das hat zwei Vorteile. Zunächst den, daß sich auf einem begrenzten Gebiet eher eine systematische Ordnung einhalten läßt und so ein übersichtlicheres Sammeln möglich bleibt. Der zweite Vorteil ist, daß man die nun nicht mehr benötigten Postkarten anderer Gebiete als wertvollen und stets willkommenen Fundus zum Eintauschen gegen Stücke des nun bevorzugten Teilgebietes verwenden kann. Man mag sich zum Beispiel nur auf Ansichtskarten einer bestimmten Gegend beschränken, etwa des Heimat- oder Wohnortes und seiner Umgebung, oder man kann ausschließlich Darstellungen von Burgen, Schlössern, Rathäusern, Kirchen oder Schiffen sammeln. Ein anderes, besonders in bezug auf Gestaltung und Herstellungstechniken interessantes Gebiet sind Glückwunschkarten. Und aus diesen wiederum lassen sich Teile wie Geburtstags-, Neujahrs- oder Weihnachtsglückwünsche herausgreifen.

Wie aufschlußreich in verschiedenster Hinsicht hier schon ein sowohl thematisch wie zeitlich relativ enger Bereich sein kann, läßt sich zum Beispiel einer Sammlung von Osterglückwunschkarten ablesen, die in Deutschland und Österreich in den Jahren 1905 bis 1910 versandt worden sind. Ausnahmslos sind sie alle mehr oder weniger vom Jugendstil geprägt.

In technischer Hinsicht überwiegt noch bei weitem das lithographische Verfahren, der Steindruck, in dem rund 85 Prozent der Osterkarten produziert sind. Nur etwa 5 Prozent jedoch sind einfarbig, weitere 25 Prozent zwar ebenfalls einfarbig gedruckt, jedoch von Hand farbig koloriert, ein Verfahren, das heute wegen der erforderlichen Lohnkosten gewiß ganz und gar unwirtschaftlich wäre. Die übrigen im Steindruckverfahren hergestellten 50 Prozent sind mehrfarbig, zum Teil von ziemlich pompöser Wirkung: 20 Prozent sind plastisch geprägt, weitere 15 Prozent außerdem mit Gold- oder Silberprägung oder aufgeklebtem Flitter versehen. Nur 10 Prozent sind im mehrfarbigen Rasterkunstdruck hergestellt, dem heute verbreitetsten Verfahren. Und 5 Prozent sind „echte Fotografien", also einfarbige Originalabzüge von fotografischen Aufnahmen.

Die Thematik ist so volkstümlich österlich, wie wir es auch heute noch gewohnt sind. Die drei populärsten profanen Ostersymbole treten am häufigsten auf: Eier allein auf 15 Prozent der Karten, Osterhasen allein auf 10 Prozent und Küken allein auf 20 Prozent. Osterhasen zusammen mit Eiern aber sind auf 40 Prozent der Karten abgebildet, und auf weiteren 10 Prozent neben den Osterhasen und Ostereiern auch noch Küken. Alle anderen „Motive" von Osterkarten jedoch, auf denen also weder Hasen, Küken oder Eier zu sehen sind (sondern etwa Schwalben oder Blumensträuße) machen nur 5 Prozent aller Karten aus.

Und was seinerzeit das Porto betraf: 5 Pfennig kostete die Briefmarke, die den Osterkartengruß innerhalb Deutschlands beförderte, im Ortsbereich gar genügte eine Zweipfennig-Marke.

Fröhliche Ostern

1910

Fröhliche Ostern

1907

ÜSSE IM JUGENDSTIL

Fröhliche Ostern!

1908

Fröhliche Ostern

1910

Fröhliche Ostern!

1909

23. IV 05.
Fröhliche Ostern!

1905

Glückwunsch

„Glückwunschkarten stürzen niemand in Unkosten und verpflichten zu nichts, wenn sich am Ende das Glück nicht einstellt…“

1

2

3

6

7

Was der Bologneser Kupferstecher Mitelli zu Neujahr 1703 auf einem Bilderbogen als Vision des Schlaraffenlandes ausbreitet, nämlich Seen von Milch und Honig, Flüsse von Wein, Berge aus Käse, Silber und Gold, Festtafeln mit Leckerbissen und Tischmusik, Bäume, die voller Schmuck und Kleider hängen, Kutschen, die sich ohne Pferde – wie Automobile – fortbewegen, ein Turm, in den Leute geworfen werden, die lieber arbeiten als faulenzen, Gesundbrunnen, die zu ewiger Jugend und Unsterblichkeit verhelfen, dazu wünschenswerte Dinge wie Hühner, die am Tag 30 Eier legen, Kinder, die von Geburt an gleich sprechen und gehen, selber essen und die Windeln wechseln, Frauen, die statt der Kinder ihre Männer wiegen; höhere Einkünfte für Langschläfer, das alles setzt, wenn man es für bare Münze nehmen könnte, nicht nur jeglicher Sorge und Mühsal, ja der sozialen Frage selbst ein Ende, sondern gewährt – in realistischer Einschätzung menschlicher Unersättlichkeit – auch denen, die nie genug haben und ewig unzufrieden sind, noch Schlemmerei, Überfluß und Dolcefarniente. Seit eh und je bedient sich die volkstümliche Bildersprache marktschreierischer Übertreibungen, und sie trägt besonders dick auf, wenn es darum geht, schillernde Wunschträume als bare Wirklichkeit unter die Leute zu bringen. Wer gibt sich schon in der Erwartung exorbitant angenehmer Lebensverhältnisse, jener so verbreiteten Vorstellung vom Glück, mit kleinen Gunstbeweisen Fortunas zufrieden? Eine Schüssel süßen Reisbreis von der Mauer um das Schlaraffenland kann schwerlich die Mäuler stopfen, die nach unerreichbaren Dingen hungern – es sei denn, man hat es mit Sinnbildern und Fingerzeigen transzendentaler Art zu tun, die ein utopisches Mehr versprechen, die Phantasie reizen und euphorisieren. Diese Bedeutung ist sicher den harmlosen Aufmerksamkeiten beizumessen, die sich die Bürger des alten Roms zu Neujahr erwiesen. Es fiel, ein mythisches Ereignis voll illusionistischer Hoffnung und abergläubischer Beklommenheit, anfänglich auf den 1. März und seit der Einführung des Julianischen Kalenders, 46 vor Christi, auf den 1. Januar. Man überreicht sich Lorbeer- und Ölbaumzweige aus dem heiligen Hain der Strenia, der ursprünglich sabinischen Göttin der Gesundheit, dazu Datteln, Feigen, Honiggebäck, wie sie noch heute auf kaum einem Weihnachtstisch fehlen, und die dem Wunsch Ausdruck verleihen sollen, daß dem Beschenkten im neuen Jahr nur Süßes zuteil werde, desgleichen mit Schaumgold überzogene Zweige und Früchte als Verheißung von Wohlstand und guten Geschäften, symbolische Gaben also, die – ähnlich den Glückwunschkarten in

[K]arten EINE NEUJAHRS-BETRACHTUNG

AUFGEZEICHNET VON GÜNTER BÖHMER

430460

4

5

8

Souvenir

BONHEUR PROSPÉRITÉ

Glückwunsch-[k]arte, kolorierter [K]upferstich, Wien, [u]m 1810.

Amor neben [G]rabmonument, [K]unstbillett, [1]820/30, Wien.

Blumenreichende [H]and, Kunstbillett, [1]820/30, Wien.

Französisches [G]lückwunschbillett, [c]a. 1870.

Glückwunsch-[k]arte, Frankreich, [1]870/80, sogenann-[t]es Ziehbild. Beim [H]erausziehen der [L]asche öffnet sich [e]in portalartiges [M]edaillon, Amoret-[t]en und Blumen [tr]eten plastisch [n]ach vorn, und ein [F]ächer entfaltet [si]ch.

Neujahrspost-[ka]rte, Frankreich, [u]m 1900.

Neujahrspost-[ka]rte, Paris, um [19]06.

Neujahrspost-[ka]rte, Wien, um [19]00.

Fröhliches Neujahr!

„Auf der Neujahrskarte intensiviert sich die Vermenschlichung der Symbolgestalt um ein erhebliches Mehr an Aktualität, an Zeitnähe und Zeitkritik, Tiere erhalten menschliche Züge."

späterer Zeit – niemand in Unkosten stürzen und keine Verpflichtung aufhalsen, wenn das Glück sich am Ende nicht einstellt. Das reich gewordene Rom der Kaiserzeit verläßt sich nicht auf so unverbindliche, so unsichere Prognosen. Janus, die für Neujahr und unter anderem auch für Türen und Durchgänge zuständige Gottheit, hat vielsagenderweise zwei Gesichter. Deshalb wartet man die allseits erhofften Äußerungen ihres Wohlwollens gar nicht erst ab, sondern schickt, als eine Art Kostprobe des Glücks, sich allerlei kunstgewerblichen Schnickschnack ins Haus, die gleichen nutzlosen, aber schicklichen Dinge, deren Erzeugung noch heute für die Geschenkartikel-Industrie lukrativ ist. Noch größeren Anklang finden allerdings Liebesgaben in Gestalt von barer Münze. Besonders die Kaiser bitten bei dieser Gelegenheit den Kreis ihrer Günstlinge und Schmeichler zur Kasse. Eine rühmliche Ausnahme macht Augustus, der die vereinnahmten Neujahrsgratifikationen dazu verwendet hat, das Stadtbild von Rom durch Denkmäler zu verschönern.

An der Gleichsetzung von Geld mit Glück wie auch an den ausschweifenden Neujahresfestivitäten nimmt die christliche Kirche Anstoß, zumal die heidnischen Glücksvorstellungen nicht mit der Erlöserrolle des Heilands in Verbindung zu bringen sind und das christliche Glück den Gläubigen nicht im Diesseits, sondern im Jenseits erwartet.

Da weder Ermahnungen noch zeitweilige Verbote die Kinder Gottes davon abbringen können, das Neujahrsfest auf die weltlichste Weise zu begehen, entschließt sich Papst Eugen IV., den Jahresanfang mit dem Wunder von Bethlehems Stall zu erfüllen und auf den 25. Dezember zu verlegen. In den romanischen Ländern bleibt die im 15. Jahrhundert erfolgte Korrektur des Kalenders ohne Wirkung auf die Gewohnheit des Schenkens und Beschenktwerdens zum Jahreswechsel. In Deutschland hingegen, wo das Beispiel der Heiligen Drei Könige offenbar wörtlicher verstanden wird, bestimmt dieser alte Neujahrsbrauch fortan das Bild des Weihnachtsfestes.

Auf den ersten Glückwunschkarten, die zugleich klassische Beispiele für die Frühzeit der Graphik sind, posiert das Jesuskind, „Ein guot selig ior" wünschend, als Bote des Glücks: ein armselig Hemdchen an, im Kelch einer ornamental verschwenderisch erblühten Blume (Kupferstich des Meisters E. S. von 1466/67), nackt auf einem Kissen im Garten, den Glücksvogel Kukkuck in Händen, Kaninchen, die Fruchtbarkeit bedeuten, zu Füßen, eine Spanschachtel mit Süßigkeiten griffbereit, oder ein Schiff steuernd, das aus dem heidnischen Alexandrien kommt, in Gesellschaft posaunenblasender Engel und einer Heiligen, womöglich einer Charitas (Reiberdrucke unbekannter Holzschneider des 15. Jahrhunderts). Nach diesem überraschenden Debüt nimmt die Glückwunschkarte, verdrängt aus der Szenerie einer von Grund aus sich neu etablierenden Zeit, für lange einen bescheidenen, jedoch nie ganz übersehbaren Platz in der volkstümlichen Bilderwelt ein. Das nackte Jesuskind setzt auf seinen strammen Beinchen zwar den Weg durch die Landschaft der deutschen Kunst bis in die fernsten Provinzen fort, gewinnt für die Imagerie des Glückwunsches aber erst wieder Bedeutung, als er sein leidvolles Attribut, das Kreuz, mit Pfeil, Bogen und Köcher vertauscht und die Metamorphose zum Amor vollzogen hat.

Ein ähnlicher Prozeß der Verweltlichung ist den Kalenderheiligen auf dem sogenannten kleinen Andachtsbild beschieden. Es verliert seine Funktion als eine Art Talisman an die Glückwunschkarte, die selbst im Grund ein säkularisiertes Andachtsbild ist: Schutzpatrone und Fürbitter räumen den elegischen Modegestalten des Klassizismus das Feld, wobei als Zuflucht der Gedanken eine mit Urnen und Grabmälern bestückte Friedhofsszene noch eine Spur von Frömmigkeit vortäuscht.

Die Frage nach den Ursachen, die Ende des 18. Jahrhunderts das nahezu plötzliche Wiederaufleben der Glückwunschkarte bewirkt haben, läßt keine eindeutige Antwort zu. Walter von zur Westen, der sachkundige Historiker der Gebrauchsgraphik, hat als Sammler von Glückwunschkarten ein Lot meist in Kupfer gestochener, langatmig betexteter Gelegenheitsarbeiten des 16. und 17. Jahrhunderts zusammengetragen, mit denen sich vorwiegend Geschäftsleute zu Neujahr in Erinnerung bringen. Man erkennt keine Kontinuität, auch keine schablonierte Machart. Mehr festen Boden, mehr volkstümliche Überlieferung bieten der Glückwunschkarte die Schmuckbriefe für Hochzeiten, Namenstage, Taufen.

Diese rührend schönen Dinge, die mit bescheiden hausgemachten Mitteln, mit Schere, Federkiel und drei, vier Farben eine naive Festlichkeit verbreiten, stammen, soweit sie nicht von den Gratulanten eigenhändig hergestellt sind, von den gleichen Schreibmeistern und Briefmalern, die auch zur Ausstattung der Stammbücher beigetragen haben, jener Freundschaftsalben, aus der die Glückwunschkarte herausgewachsen ist, ohne die enge Verquickung mit diesen je zu lösen.

Es spricht einiges dafür, das rasche Aufkommen der Glückwunschkarte auf die bei Leuten von Stand verbreitete Abneigung gegen lästige oder unangemeldete Besuche zurückzuführen. Die gute Sitte verlangt bereits Mitte des 18. Jahrhunderts, daß man dem Diener, der öffnet und sofort „On est sorti" sagt, seine Visitenkarte aushändigt und wieder seiner Wege geht. Da derartige Höflichkeitsbesuche meist zum Jahreswechsel oder bei ähnlichem offiziellem Anlaß erfolgen, mochte es die Bequemlichkeit gebieten, statt der Visitenkarte mit handschriftlichem Zusatz gleich eine vorgedruckte Glückwunschkarte abzugeben. Um 1830, als sie – einer Naturkatastrophe ähnlich – Stadt

„Ab Mitte des 18. Jahrhunderts ersetzten oft die Glückwunschkarten die lästige Pflicht, für Leute von Stand irgendwelche Anstandsbesuche zu absolvieren."

und Land überschwemmt, allein in Wien sorgen mindestens 40 Verlage für Nachschub, ist die Glückwunschkarte in einem so unerträglichen Maß zur öffentlichen Plage geworden, daß die Behörde Schritte zum Schutz der besonders Betroffenen, der wohlhabenden Bürger, unternimmt: Vor den Herrschaftseingängen drängen sich Logenschließer, Schornsteinfeger, Bäker- und Schusterjungen und eine unübersehbare Schar von Schnorrern, um in Erwartung eines Geldgeschenks ihre Glückwunschkarte zu überreichen. Die lästige Belagerung hat dazu geführt, daß man amtliche Enthebungskarten an der Tür befestigt, die gegen eine Gebühr für wohltätige und kirchliche Zwecke von der Verteilung milder Gaben dispensiert.

Hundert Jahre nachdem die Glückwunschkarte ihren heiteren Feldzug gegen den philiströsen Ernst der Zopfheit begann und eine Ära geselliger Aufgeschlossenheit und Solidarität einleitete, wiederholt sich das an Wunder grenzende Phänomen einer bürgerlichen Menschheitsdämmerung auf noch breiterer Ebene: die Bildpostkarte – für ihre heutigen Liebhaber eine entwaffnende Populärausgabe der Bell Epoque – erobert und stimuliert die Massengesellschaft. Als ein quicklebendiges Kommunikationsmittel, das je nach Laune und Gelegenheit alle Register der Sentimentalität, des Humors und der Sinnenfreude zieht, löst sie nicht nur die gemütvolle Wiener Glückwunschkarte ab, deren legales Enkelkind sie ist, sondern auch den behäbig unterhaltsamen Bilderbogen, der mit der Erfindung der Momentfotografie und der Autotypie ohnehin dem modernen Bildjournalismus zum Opfer fällt.

Der Geburt der Bildpostkarte geht das Debüt der sogenannten Correspondenzkarte voraus, die 1869 in Österreich und 1870, von Heinrich von Stephan, dem späteren Generalpostmeister des Deutschen Reiches, seit langem schon propagiert, in den Ländern des Norddeutschen Bundes eingeführt wird und bald danach auch in ganz Europa. An die Bebilderung der Postkarte macht sich, stehenden Fußes sozusagen, der Hofbuchhändler Schwartz in Oldenburg. Bei Ausbruch des Deutsch-Französischen Krieges druckt er – wohl mehr im Überschwang patriotischer Gefühle als in der cleveren Absicht, die Karte als Nachrichtenbringerin zu aktualiersen – das Konterfei eines Artilleristen mit Kanone in die linke obere Ecke, wobei er vermutlich einen zufällig vorhandenen Druckstock für eine Xylographie gebraucht hat. Da, wie sich denken läßt, die Idee Anklang fand und zu neuen Taten anspornte, legt er wenig später, 1875, eine Serie von 25 Bildpostkarten auf. Daß er hierbei größere Bildstöcke verwendet, bezeugt schon früh die Tendenz, der Illustration mehr und mehr Platz einzuräumen, sie schließlich voll und ganz auf der für den Text bestimmten Kartenseite auszubreiten. Von Anfang an auf die Bedürfnisse der Zeitgenossen eingehend, die dank des wachsenden Eisenbahnnetzes und der Luftbereifung

Sogenanntes Ziehbild, Biedermeierzeit. Durch Ziehen eines Papierstreifens tauchen aus den Körben Figuren auf.

Fahrräder mehr unterwegs sind als früher, konzentriert sich die Bildpostkarte im Status nascendi auf die Wiedergabe von Ansichten, um den Lieben daheim ohne viel Worte vor Augen zu führen, wo man sich gerade aufhält. Der Weg der Besitzergreifung des Bildes führt über Marktplätze mehr oder weniger bekannter Orte, an Kirchen und Kriegerdenkmälern vorbei und schließlich zum Bahnhof oder zum benachbarten Gasthof „Zur Eisenbahn“, Sinnbildern des techni-

Neujahrswunsch, handkolorierter Holzschnitt, Einblattdruck aus Deutschland, 15. Jahrhundert.

schen Fortschritts, die zeigen, daß man nicht hinter dem Mond lebt. Im zaghaften Miniaturformat tritt ein Motiv zum anderen; schwungvoll umrahmt von Kartuschen und zu schmissigen Arrangements gruppiert, wächst das Quodlibet lokaler Sehenswürdigkeiten über die für persönliche Mitteilungen bestimmte Fläche hinweg, bis das ganzseitige Bild autographische Beiträge vollends überflüssig macht oder sie auf Partien im Himmel, auf hellem Mauerwerk oder einer weißen Schürze verdrängt, wo sich zur Not ein paar Worte unterbringen lassen.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Entwicklung den uneingeschränkten Beifall zeitgeplagter oder in Schriftsachen ungewandter Leute finden mußte, zumal ja die Kürze der Nachricht durch die verschönernde Bildbeigabe voll aufgewogen wird. Doch keine Regel ohne Ausnahme: daß die Verkümmerung des Textes auch auf melancholisches Bedauern stößt, bezeugt auf einer veilchengeschmückten Prägekarte der Jahrhundertwende die rührende Klage: „Wie die kleinen Veilchen hier / So bescheiden will ich fragen: / Weißt Du nicht ein Wörtchen mir / Nach so langer Zeit zu sagen?“ Aber schon heißt es im Telegrammstil: „Bin Brief Dir schuldig. / Sei geduldig. / Nimm diese Karte mit Bemalung / Als Abschlagszahlung.“ Oder noch kürzer angebunden: „Einen langen Brief verlangst Du? Sei klug! Gruß und Kuß! – das ist genug.“

Die klassische Zeit der Bildpostkarte reicht von den ausgehenden neunziger Jahren bis in den Ersten Weltkrieg hinein. Die angenehme Möglichkeit, Bilder für sich sprechen zu lassen, mit ihrer Hilfe freundschaftliche und amouröse, aber natürlich auch familiäre Kontakte zu pflegen, ohne viel Zeit und Mühe dabei zu verschwenden, entdeckt der von mehr Arbeit und mehr Vergnügungen beanspruchte Mensch, als die Gründerjahrstimmung ihren euphorischen Zenit erreicht. So breitet sich wie von selbst neben der unentbehrlich gewordenen Ansichtskarte das längst zur leichten Muse avancierte Genre der Glückwunschkarte aus. Wie in alten Wiener Zeiten treibt Freund Amor weiter sein Unwesen: In der chromolithographischen Wiedergabe wie ein mit Liebigs Fleischextrakt gepäppeltes Kleinkind anzusehen, jagt er hier einem Herzen nach, das ein weißes Taubenpaar an einem Band aus Vergißmeinnichten zu entführen sucht, betört dort eine seelig lächelnde Schöne durch ein Geigenständchen oder süß ins Ohr geflüstertes Versprechen, tippt aber bereits seine Liebesbotschaften auf der Schreibmaschine und telefoniert mit dem Klapperstorch.

Wenn man der Glückwunschkarte – ohne jede Säuerlichkeit – unterstellt, daß sie vom Scheitel bis zur Sohle ein aufgeräumtes Weltkind ist, so dürfte das opportunistische Klima des Fin de siècle, jener parfümierte Windstoß von Leichtlebigkeit, Charme und Verrücktheit auf die animierendste Weise dazu beigetragen haben, ihr üppiges, wenn nicht gar monströses Erblühen zu begünstigen. In frohlokkenden Aufschriften wie „Jetzt kommt die blühende goldene Zeit“ oder noch aufgekratzter „Hurrah Kinder, weg mit den Kämmen, die lausigen Zeiten sind hin!“ macht sich auf der so populären Bildpostkarte der überschwengliche Optimismus einer Epoche Luft, die 1876 das elektromagnetische Telefon erfindet, 1886 das von Daimler konstruierte erste Automobil in Betrieb nimmt, 1900 den Start des Zeppelins und 1903 den Flug der Brüder Wright erlebt. Die Eroberung der Lüfte verleiht auch der metaphorischen Phantasie der Glückwunschkarte Flügel, so daß sie sich fortan in Räumen tummeln kann, wo bisher nur Engel und Amoretten, Tauben und Schwalben anzutreffen waren. „Wenn ich ein Vöglein wäre“, „Auf Flügeln will ich eilen“ und ähnliche Wunschvorstellungen sind nicht mehr zeitgemäß, seit rosengeschmückte Aeroplane in Kirchturmhöhe vorüberrattern, bemannt mit Damen in lässigeleganter Pose, die - „Mille baisers“ auf den Lippen - zu einem Rendezvous eilen. Und mit den Worten „Endlich allein“ fallen sich Liebespaare in die Arme, die im schicken Reisedreß per Luftschiff in den siebten Himmel schweben.

Mit der Aktualisierung der Bildeinfälle, die sicher nicht zufällig im Einklang mit den Zukunftsvisionen eines Jules Verne oder Robida stehen, kommt die Glückwunschkarte dem Publikumsgeschmack mit geradezu maßgeschneiderten Modellen modernen Erdenglücks entge-

■ LESEN SIE WEITER AUF SEITE 31

Gl

■ FORTSETZUNG

gen - setzt man vo
läres Wunschdenk
nur auf Wege sinnt
Welt der Realitäte
Ganz sicher perfo
wunschkarte das B
Gewohnten, und w
nicht mit Veilche
nicht und Rosen f
dem Empfänger z
rührselige, spaßige
auch unanständige
Mit der Herstellun
karten waren um 18
als ein Dutzend
Anstalten in Be
Frankfurt a. Main,
berg, Stuttgart, Wü
dernorts ausschließ
nebenbei noch viel
kereien. Nicht ohn
staunen dürften all
ten schöner Ansicht
ten das beispiellos
„Valentines“ im
England verfolgt
St.-Valentins-Tag a
dem Tag der Liebe
werden. Anheimeln
nestbauenden Vög
altären im Kerzens
ten sie als unmißve
mutigungen für Ehe
sein. Die immense
Valentine Greeting
dings dafür, daß au
fene zu ihren Freun
ist anzunehmen, da
ser chromolithogra
mentalitäten die
dem Festland bew
Spielraum der Gl
weidlich auszudeh
offizielles Kalen
Ostern, Pfingsten u
liche Anlässe aufzu
Sieht man davon ab
Spezialitäten wie
selbst die in Wedgw
Transparenz- und
mechanischen Ü
fekte der Zug-,
Drehkarte hier un
mal auftauchen und
Arten der Applikat
gegriffen werden, s
lich-infantile, när
alles in allem selt
Reiz dieser Novität
der bildlichen Erfin
Beim Blättern in
den Anfängen un
derts glaubt man
wahr in die Bilder
buches dieser Zeit
goldene Wagen mit
schön in Vergißmei
damit nichts pass
und Terrier behuts
Kindern in prächt
wändern kutschier
auch Hasen, die sic
oben aus der Luft vo
lin herunterwerfen
unzerbrechlich sei
man die gleichen M
diesmal mit Bier u
der Kegelbahn, wo
wohl niemand von

lückwunschkarten

VON SEITE 7

oraus, daß popu-
ken im Grunde
t, einer zu engen
en zu entrinnen.
priert die Glück-
Bild des sattsam
wo sie die Löcher
en, Vergißmein-
füllt, macht sie
zum Voyeur für
e und zuweilen
Dinge.
ng von Bildpost-
1897 bereits mehr
lithographischer
erlin, Eisenach,
, Leipzig, Nürn-
ürzburg und an-
Blich beschäftigt,
le weitere Druk-
ne Neid und Er-
diese Produzen-
ten und Aussich-
se Florieren der
viktorianischen
haben, die zum
am 14. Februar,
nden, verschickt
nd bebildert mit
geln und Trau-
schimmer, moch-
erständliche Er-
ewillige gedacht
Verbreitung der
gs spricht aller-
uch Nichtbetrof-
nden zählten. Es
ß der Erfolg die-
phischen Senti-
Konkurrenz auf
wogen hat, den
ückwunschkarte
nen und in ihr
darium auch
und andere fest-
nehmen.
o, daß Altwiener
die Prägekarte,
woodmanier, die
Klappkarte, die
berraschungsef-
Hebelzug- und
d da noch ein-
d alle möglichen
ion wieder auf-
so liegt der süß-
rische, vulgäre,
sam irrationale
en doch ganz in
dung.
Osterkarten aus
seres Jahrhun-
sich traun für-
velt des Kinder-
versetzt. Es gibt
t bunten Eiern,
nnicht gebettet,
ert, von Pudel
m gezogen, von
gen Rokokoge-
. Es gibt aber
h die Eier hoch
on einem Zeppe-
assen, als ob sie
en, dann sieht
Mümmelmänner,
nd Zigarre auf
sie – das hätte
Osterhasen er-

Weihnachtskarte, England, 1900.

wartet! – die Eier zum Kegeln verwenden.

Während der Weihnachtsmann zu Fuß durch den Schnee gestapft kommt, per Rodelschlitten, auf einem von stolzen Hirschen gezogenen Leiterwagen, am Autosteuer oder in der Luftschiffgondel zu menschlichen Hütten unterwegs ist, stets eine interessante Mischung aus Gartenzwerg und pfeiferauchendem Braunbär, verraten Engel keinerlei Zwitternatur: es handelt sich nahezu durchweg um stark erotisierte, junoische, einwandfrei irdische Geschöpfe, die sich in zugigen Türmen von Kathedralen aufhalten, um – mit einem lasziven Seitenblick auf Rabelais' „Pantagruel und Gargantua" – die Klöppel der Glocke in Bewegung zu halten.

Da sich der mythische Sinn dieser Symbolgestalten als Ansporn zu Fruchtbarkeit und Vermehrung längst verflüchtigt hat, hält nur die Trägheit der Gewöhnung davon ab, sich über die Ungeniertheit zu wundern, mit der Vertreter der Tierwelt die menschliche Szenerie unterwandern. Auf der Suche nach vergleichbaren Fällen zoologischer Travestie lohnt es sich, an die siebzehn Kaninchen zu denken, die bei der Niederkunft von Mary Tofts im Jahre 1726 aus ihrem Rock gesprungen kamen, nach Hogarths berühmter Schilderung: schön der Reihe nach, wie bei einer Zirkusnummer.

Nimmt man das alles auf die leichte Schulter, müßte man die Schöpfer dieser Bilder für in Ehren ergraute Illustratoren von Knaben- und Mädchenbüchern halten, denen nichts anderes mehr einfällt, auf jeden Fall aber für Leute, die sich Grandvilles „Staats- und Familienleben der Tiere" gründlich angesehen haben.

Auf der Neujahrskarte intensiviert sich die Vermenschlichung der Symbolgestalt um ein erhebliches Mehr an Aktualität, an Zeitnähe und Zeitkritik. Hasen im Bratenrock bei der Eierfrau oder Maikäfer mit Feldstecher und Botanisiertrommel beim Pfingstausflug mögen zum Lachen reizen, wenn man sich eine kindliche Frohnatur bewahrt hat. Schweine beim Tanz jedoch, Backe an Backe in glänzender Abendtoilette, Schweineschwerenöter (Monokel, Zylinder, Blume im Knopfloch), die einer schnuckeligen Schweinskokotte nachsteigen, Schweineparvenues, breitbeinig auf dem Geldsack, aus dem protzig die Goldstücke rollen, gehören wie im Vorgriff auf die „Gezeichneten" von George Groß bereits der Satire an. Ihre sozialkritische Schärfe steht der Bosheit des Witzes kaum nach, mit der damals „Jugend" und „Simplizissimus" gegen den Stachel löcken.

Cochonnerien dieser und anderer Art, deren Hauptdarsteller oft Kinder sind, die etwa ein Banksafe plündern oder als Schwerathleten Gewichte im Wert von zweimal fünfhunderttausend Talern stemmen, sprechen klar aus, an was man zunächst einmal denkt, wenn vom Glück die Rede ist. Dem Goldtraum dichtauf folgt in der Rangliste der Wunschvorstellungen das amouröse Motiv – wie dicht, verdeutlicht die allegorische Verschmelzung von Geld und Liebe auf der Imitation einer Reichsbanknote über 20 Mark, in die – der Kenner spitzt die Lippen – eine lässig sich räkelnde Femme fatale eingeblendet ist, die sich anschickt, ins Bett zu gehen und Umschau hält, mit wem („Die süßen lieben Schelme, sie rupfen dir so manchen Schein, / Doch will'nen Hut dein Frauchen, fängst du gleich an zu schrein").

Mit untrüglichem Gespür für die Gemeinplätze des Populärgeschmacks setzt die Glückwunschkarte dieselben probaten Reizmittel ein, mit der wenig später Boulevardzeitung und illustrierte Presse sowie Film und Fernsehen das Massenpublikum erobern. Vor dem 1. Weltkrieg ist bereits der Übergang von der Chromolithographie zur Fotografie vollzogen, die mit mehr Glätte und Kalkül den Weg zu neuen Pseudo-Wirklichkeiten einschlägt.

(Entnommen dem soeben im Bruckmann Verlag, München, erschienenen Buch des Autors: „Sei glücklich und vergiß mein nicht.")

Als die Eisenbahn schnellere Postbeförderung ermöglichte, kam auch die Zeit der kurzen Grüße von Haus zu Haus. Die Postkarte wurde erfunden und breitete sich schnell als bunte Bildkarte in unzähligen Varianten aus. Heute sind alte Bild-, Ansichts- und Grußkarten beliebte Sammelgebiete.

Postkarten Geschichte(n)

1870 wurde die Postkarte in Deutschland eingeführt. (Die Österreicher hatten sie ein Jahr früher.) Die neuere deutsche Geschichte läßt sich anhand dieser Karten eindrucksvoll illustrieren.

Der deutsch-französische Krieg 1870/71 z.B. veranlaßte den Druck der Karte »Vor Paris 1870«. Der königliche Hoffotograf Eugen Jacobi aus Metz bildete auf dieser »Correspondenzkarte« auf dem Schlachtfeld von Gravelotte Kaiser Wilhelm I. nebst Gefolge ab, darunter den preußischen Generalfeldmarschall Helmuth Graf von Moltke.

Eine andere Karte erinnert an den Einzug der deutschen Truppen in Berlin am 16. Juni 1871. Auch die Reichstagssitzung vom 6. Februar 1888 ist auf bunter Karte

verewigt. Sie trägt unter einem eichenumrahmten Bild Bismarcks dessen Ausspruch aus jener Sitzung: »Derjenige, welcher die deutsche Nation irgendwie angreift, wird sie einheitlich gewappnet finden und jeden Wehrmann mit dem festen Glauben im Herzen: Gott wird mit uns sein!«

Am 1. April 1895 beging man in Deutschland den 80. Geburtstag Bismarcks. Bürger aller Stände sandten an »Ew. Durchlaucht, dem Fürsten von Bismarck, Friedrichsruh« adressierte Karten mit dem Text »In Alldeutschlands Jubelgruß und Glückwunsch zu Ew. Durchlaucht 80. Geburtstag stimmt freudig und ehrfurchtsvoll ein: ...« (Es folgte der vorgedruckte Name nebst Stand und Ort).

Als sich Dänemark beim Ausbruch der Revolution von 1848 Schleswig-Holstein einverleibte, kam es zu Kriegshandlungen zwischen dem Deutschen Bund und Preußen mit Dänemark, die durch die Intervention der Großmächte im 2. Londoner Protokoll vom 8. Mai 1852 beigelegt wurden. 1898 kam eine »Schleswig-Holsteinische Jubiläums-Postkarte 1848/98« heraus zum 50. Jahrestag der Vertreibung schleswig-holsteinischer Patrioten.

Zur Jahrhundertwende erschien eine Postkarte mit der rankengeschmückten Germaniabriefmarke und der Zahl 1900 in der aufgehenden Sonne, die die Wolken vertreibt.

An die dreißigste Wiederkehr des Tages der Kaiserproklamation zu Versailles 1871 erinnerte eine Karte von 1901. Nebst dem Schloß als Ort der Proklamation zeigt sie die lorbeerumkränzten Porträts Wilhelms I. und Wilhelms II.

Dem Besuch des Kronprinzen in Ägypten galt eine lilagetönte Ansichtskarte, die von der Kunstanstalt Rudolph Schade in Bonn stammte. Der Kronprinz mit Geleit ist darauf vor der Alabaster-Moschee in Kairo zu sehen.

Zur Silberhochzeit Kaiser Wilhelms II. und seiner Gemahlin Auguste Viktoria wurden 1905 illustrierte Briefumschläge herausgegeben. Neben der eingedruckten Germaniamarke sind Krone, Reichsadler und natürlich das kaiserliche Paar abgebildet. Auf einem Schild mit der Jubiläumszahl 25 steht die Inschrift »Heil Deutschlands Kaiserpaar!«

Im Süden des 1871 gegründeten Deutschen Reiches erinnert ein Kartenumschlag an die »Centenarfeier des Königreiches Bayern 1806—1906« mit den Bildern aller bayerischen Herrscher und Regenten des vorangegangenen Jahrhunderts.

Die silberne Hochzeit des württembergischen Königspaares am 8. April 1911 wurde ebenfalls per Gedenkkarte gewürdigt. Über dem Foto des Paares schwebt eine Krone mit den Jahreszahlen 1886 und 1911. Im selben Jahr kam noch eine Karte zur Erinnerung an den 90. Geburtstag und das 25jährige Regierungsjubiläum des Prinzregenten Luitpold von Bayern heraus.

1913 beging Kaiser Wilhelm II. sein 25jähriges Regierungsjubiläum. Sein Bildnis auf der unvermeidlichen Gedenkkarte ist reichlich mit patriotischem Beiwerk geschmückt. Ein weiteres kartenwürdiges Ereignis des Jahres 1913 war die Zusammenkunft der deutschen Bundesfürsten in Kelheim. Auf der heute seltenen Bildkarte sind sämtliche Fürsten abgebildet.

Bei Kriegsausbruch 1914 stellte Kaiser Wilhelm II. in einer berühmt gewordenen Erklärung fest: »Ich kenne keine Parteien mehr, ich kenne nur noch Deutsche.« Dieses Zitat mit Unterschrift und Porträt Wilhelms II. trägt eine nach der Mobilmachung herausgegebene Karte.

»Aus großer Zeit« ist eine Karte überschrieben, auf der die gesamte deutsche Generalität und Admiralität des ersten Weltkrieges mit dem Kaiser abgebildet ist. Überhaupt zieren kernige Sprüche des

Glückwunschkarte zum 80. Geburtstag des Reichskanzlers Fürst von Bismarck.

Jubiläumspostkarte anläßlich der Zusammenkunft der deutschen Bundesfürsten in Kelheim.

Zur Silberhochheit des württemb Königspaares.

Einzug der deutschen Truppen in Berlin am 16. Juni 1871.

Zur Erinnerung an die Nationalversammlung in Weimar.

Kaisers verschiedene Postkarten, die während des ersten Weltkrieges erschienen, zum Beispiel: »In aufgedrungener Notwehr, mit reinem Gewissen und reiner Hand ergreifen wir das Schwert« oder »Uns treibt nicht Eroberungssucht, uns beseelt der unbeugsame Wille, den Platz zu bewahren, auf den Gott uns gestellt hat, für uns und alle kommenden Geschlechter!«

Eine denkwürdige Foto-Postkarte des Jahres 1915 zeigt den Zapfenstreich deutscher Truppen auf dem Marktplatz von Cambrai, eine andere Karte französische Kriegsgefangene in den Straßen von Schwäbisch-Gmünd. Wieder eine andere und besonders kitschbeladene ist dem »Hamburger Opfertag — Weihnachtsgabe 1915 für unsere im Felde stehenden Truppen« gewidmet. Über einem Spruchband »Volkes Dank dem deutschen Heer« schwebt ein helmbewehrter geflügelter Ritter, die kaiserliche Reichskriegsflagge und ein Schwert in den Händen, davor Menschen aller Generationen vom Kind bis zum Greis neben einem von Ochsen gezogenen, mit Getreidesäcken beladenen Wagen.

Nach dem Zusammenbruch trat am 6. Februar 1919 in Weimar die Nationalversammlung zusammen. Dazu erschien eine offizielle Postkarte mit dem Bild der Versammlungsstätte und dem Denkmal Goethes und Schillers.

Durch den Versailler Vertrag wurde 1920 auch das Gebiet von Allenstein in Ostpreußen einer internationalen Kommission unterstellt. Die Volksabstimmung am 11. Juli 1920 ergab eine Mehrheit von 98 Prozent für den Verbleib bei Deutschland. Die Briefmarken und Postkarten mit der Germania erhielten den Aufdruck »Commission d'Administration et de Plébiscite Olsztyn — Allenstein« (= Verwaltungs- und Abstimmungskommission Allenstein).

Auf Ebert, den ersten Reichspräsidenten, folgte 1925 Hindenburg. Eine amtliche Postkarte der Reichspost (1927) zu Hindenburgs 80. Geburtstag trägt die Faksimile-Wiedergabe seines handschriftlichen Aufrufs: »Zur Linderung der Not im Mittelstand und bei den Sozialrentnern ist der Ertrag der Hindenburg-Marken bestimmt. Wer dazu mithilft, macht mir eine besondere Geburtstagsfreude. Von Hindenburg«.

»Zur Erinnerung an die Befreiungsfeier der Rheinlande 1930« lautet die Inschrift einer Karte, die das Rheinland und seine bedeutendsten Baudenkmäler nebst einem mit Ketten gefesselten Adler zeigt. Das Luftschiff »Graf Zeppelin« führte am 6. Juli 1930 einen Stempel an Bord »Mit Luftschiff Graf Zeppelin auf seiner Fahrt in das befreite Rheinland befördert«. Mit dem Zeppelin an diesem Tag geflogene Karten trugen den Sonderstempel des Postamts Koblenz 2: »Koblenz frei!«

Auch das 3. Reich ist auf Gedenkkarten verewigt. Eine amtliche Sonderpostkarte der Deutschen Reichspost zum ersten Jahrestag der Machtübernahme zeigt SA-Kolonnen beim Marsch durch das Brandenburger Tor, darunter die Inschrift »Deutschland, Deutschland über alles! 30.1.1933«. Auf der eingedruckten Briefmarke steht Hitler in Zivil neben Hindenburg in Marschallsuniform.

Eine weitere amtliche Postkarte der Reichspost gilt der Erinnerung an die Feier in der Garnisonskirche Potsdam anläßlich der Eröffnung des Reichstages am 21. März 1933. Auf der eichenlaubumrandeten Karte sieht man links die Potsdamer Garnisonskirche, rechts auf der eingedruckten Briefmarke das Porträt Friedrichs des Großen.

Über Geschmack und Inhalt dieser kleinen Bild-Dokumente einer wechselvollen Geschichte läßt sich gewiß heftig streiten. Sicher ist, daß sie ein außerordentlich reizvolles Sammelgebiet abgeben und weit mehr sind, als simple Kuriositäten.

Klemens Kurz

Eisige Welt: Kaiser Wilhelm II.

Gruppierung nach Rang und Würden: Das badische Herrscherhaus.

Sammlung Frühsorge (9)

Mit Schreibmaschine: Königin Elisabeth von Rumänien.

Des Kaisers Rauch im Winterwald

Herrschsucht, Eitelkeit und Anbiederung – Fürstliche Posen auf alten Bildpostkarten

VON GOTTHART FRÜHSORGE

Im Jahre 1852 eröffnet der Italiener Disderi in Paris, Boulevard des Italiens Nr. 8, ein „Fotografisches Atelier". Er hat Erfolg. Der Höhepunkt der Karriere ist erreicht, als sieben Jahre später Kaiser Napoleon III. mit großem Pomp an der Spitze eines Armeekorps, das zum italienischen Feldzug auszieht, durch Paris reitet und plötzlich vor dem Haus Disderis hält, um sich von ihm fotografieren zu lassen. Alles muß warten, bis das Porträt des Kaisers fertiggestellt ist. In diesem Augenblick ist die Fotografie als abbildende Kunst auch für gekrönte Häupter gesellschaftsfähig geworden. Fortan tritt sie mit wachsendem Erfolg neben das traditionell gemalte Porträt.

Noch etwas hat der Schritt des Kaisers der Franzosen bewirkt: Es wird allgemein Mode, sein Konterfei von der Kamera „einfangen" zu lassen.

Der Fotoapparat gehört heute zur zivilisatorischen Grundausstattung des Bürgers, und die Ergebnisse des Fotografierens, Bilder, Dias oder Filmaufnahmen, sind Bestandteile der Kultur des Alltags.

Die traditionsreichste Form der Überlieferung solcher Alltagskultur ist das Fotoalbum. Da treten sie aus dem dunklen Karton alter *Sammelalben hervor*: die Eltern in Kinderkleidung an der Hand der Großeltern, und manchmal auch noch die Urgroßeltern, abgelichtet in einer der damals so beliebten Gruppenaufnahmen, vor einem Vereinslokal oder vor dem patriotisch geschmückten Festzelt.

Ihre Bilder auf der harten, grauen Pappe der frühen Fotografie oder auf den mit gezackten Rändern versehenen Abzügen der Rollfilme sind Beweisstücke historischer Realität, zugleich aber auch Bruchstücke unserer Erfahrung von Geschichte.

Ein überaus ergiebiges Material, aus alten Fotos etwas vom gesellschaftlich-politischen Gehalt einer Epoche abzulesen, sind historische Bildpostkarten. Seit mehr als hundert Jahren bieten sie Zeitgeschichte in wechselnden Motiven dar. Als 1865 der spätere preußische Generalpostdirektor Heinrich von Stephan die Postkarte erfand, (sie wurde 1869 zuerst in Österreich eingeführt), konnte er nicht ahnen, welch ein Siegeszug der bebilderten „Korrespondenzkarte" bevorstand.

Eine besondere Hinterlassenschaft jener Tage sind die sogenannten „Fürstenkarten". Im Vertiko der Großmutter und in Bildersammlungen lagern sie: liebevoll gehegte Einzelstücke oder Serien in den wunderschönen Sammelmappen der vergangenen Zeit. Vor dem ersten Weltkrieg waren Bildpostkarten mit Aufnahmen von Mitgliedern regierender Fürstenhäuser in ganz Europa ein beliebtes Sammelobjekt, und das nicht nur für gelangweilte Damen der oberen Gesellschaft.

In den Residenzstädten gab es spezielle Händler, die in großer Zahl solche Karten vertrieben. Auf der Rückseite der „gelaufenen Stücke", wie Sammler heute die beschrifteten Karten bezeichnen, findet man genügend Hinweise, daß das Sammeln, Tauschen und Suchen bestimmter Abbildungen (um beispielsweise die Sammlung des „angestammten Fürstenhauses" zu vervollständigen), zum Alltagsvergnügen breiter Kreise gehörte.

Vom Zarenreich bis zum Balkankönigreich Montenegro, von den skandinavischen Monarchien bis Spanien und Portugal, aber auch in manchem außereuropäischen Fürstentum gab es als Propagandamittel die postalisch verbreiteten Bildnisse der regierenden Familie. Selbstverständlich, daß auch jedes Fürstentum des Deutschen Reiches seine Dynastie in reichem Bildersegen präsentierte. Aufschriften wie „unser Kaiser" oder „unsere Kronprinzessin", sollten die Volkstümlichkeit des Abgebildeten dokumentieren und zugleich Nähe zu den „höchsten Herrschaften" (von Angesicht zu Angesicht) suggerieren. Die Postkarten erfüllten damals den gleichen Zweck, den heute die Regenbogenpresse übernommen hat.

Auch nach dem Sturz der meisten europäischen Dynastien wurden die Karten noch vertrieben, so etwa die Fotos Kaiser Wilhelms II. aus seinem Exil in Holland.

Von der großen Pose des Herrschers in Galauniform oder im Krönungsornat, oft mit raffiniertem technischem Aufwand farbig auf kostbarem Material gedruckt, bis hin zum Schnappschuß unter freiem Himmel sind alle möglichen Einstellungen der Kamera auf fürstliche Objekte unters Volk gebracht worden. Vom spontanen Wunsch des Franzosenkaisers, einen Augenblick glanzvoller Machtfülle für Untertanen und Nachwelt festzuhalten, bis zum fotografischen Blick auf den düsteren Pomp des Trauerzuges für den letzten Bayernkönig Ludwig III. (5. November 1921 – also schon im republikanischen München) spannt sich der Bilderbogen pompöser Selbstdarstellung.

Strenge Erziehung: Spanische Prinzen.

Elegante Melancholie: Zarin und Zarewitsch.

Grotesk erhöht: Badischer Thronerbe.

Der Verkauf von Fürstenkarten diente verschiedenen Zwecken. In erster Linie war er die technisch zeitgemäße Form zur Verbreitung des Herrscherbildes im Volk.

Die Verbreitung von Herrscherporträts hat eine der längsten Traditionen der Porträtierkunst. Die Hofmaler des Sonnenkönigs Ludwigs XIV., Le Brun und Rigaud, schufen Höhepunkte absolutistischer Herrscherdarstellung. Besonderes Beiwerk dieser Bilder, etwa der Hintergrund mit Prachtsäule oder Vorhangdekorationen, wurden über die Druckgrafik des 19. Jahrhunderts bis in das fotografische Arrangement für die Bildpostkarte weitergereicht.

Die Pose Kaiser Wilhelms II. – bekanntlich der kostümsüchtigste unter seinen gekrönten Vettern – in „Garde du corps"-Gala mit den preußischen Kroninsignien auf dem Taburett zu seiner Rechten, entspricht genau einer alten, oft gemalten Haltung europäischer Herrscher, um Macht und Glanz zu vermitteln.

Ganz anders hingegen das Bild von Seiner Majestät in Jagduniform, mit brennender Zigarette in der rechten Hand. Das Original, nach einer Bildvorlage von Nicola Perscheid aus dem Jahr 1894, ist auffällig bunt getönt und läßt den Kaiser wie eine Märchenfigur aus der Winterlandschaft treten. Die in der allerhöchsten Person verkörperte Kombination von märchenhafter Traulichkeit in der kalten Welt und zivilisatorischem Fortschritt, den die zwar moderne, für einen Jäger in der Natur aber höchst unpassende Zigarette signalisiert, ist für das Wesen Wilhelms II. aufschlußreicher als manche Beschreibung seines Charakters.

Das als Postkarte verbreitete offizielle Herrscherbild sollte helfen, den neuen Souverän von Angesicht im Volk bekanntzumachen, obgleich – wie die Bilder von der Krönung des englischen Königs Georg V. und der Königin Mary (1910) zeigen – die Zeitungen schon Fotografien reproduzieren konnten. Das Zeitungsbild war jedoch für den Verbrauch bestimmt. Die Postkarte aber blieb, sie war das Herrscherbild des „kleinen Mannes". Die Krönungsrobe der Königin, einer Prinzessin von Teck, zeigt heraldische Pflanzenmotive als Symbole für England, Schottland und Irland.

Einen überaus wichtigen Bereich der Fürstenkarten nahmen die sogenannten „Familienbilder" ein. Die „erste Familie" des Landes wurde in überraschender Vielfalt des Arrrangements dargestellt. Stärker als beim traditionellen Herrscherbild, lassen sich an solchen Motiven die veränderlichen Zeitströmungen, die fotografischen Moden ablesen.

Im fürstlichen Familienbild auf der Postkarte trafen ganz verschiedene Zwecke zusammen. Jüngst geborener Nachwuchs wurde vorgestellt, allen voran natürlich der besonders präsentierte Thronerbe. Eine russische Familienkarte zeigt den bluterkranken Zarewitsch mit Ordenskreuz auf der Matrosenbluse, das seinen Rang ausweist, schützend an die Mutter gelehnt, im nachlässigen Spiel mit den Perlen – ein Bild von Eleganz und Melancholie, schon auf dem Weg zum blutigen Ende.

Das Gruppenbild der fürstlichen Familie, eingängig in seiner harmonischen Einheit, dennoch streng hierarchisch gegliedert, sollte die Sicherung der Generationenfolge dokumentieren: Keine Sorge, das Fürstenhaus hat Kontinuität, der nächste Herrscher sitzt schon auf dem Schoß!

Zugleich sollten solche Gruppenfotos Vorbildcharakter für alle Familien des Landes haben, gleichsam als Muster für die „Urzelle des Staates". Problematisch allerding, wenn – wie auf einem Bild mit der Großherzogin Marie Adelheid von Luxemburg – nur Frauen zu sehen waren, die sich allerdings deutlich in Kleidung und Haltung von ihrer seit 1912 regierenden Schwester unterschieden.

Deutlicher noch als alle anderen familiären Motive zeigen die Kinderbilder das Bestreben, auch sie den politisch-dynastischen Propagandazwecken dienstbar zu machen. Das fürstliche Kind wurde in der Kunst schon immer so dargestellt, daß es nicht kindgemäß-natürlich wirkte, sondern sich in Haltung und Kleidung dem Status des Erwachsenen anglich.

Selbst um die Jahrhundertwende, als man schon längst das „natürliche Kind" entdeckt hatte, wurden „dynastische Kinder" immer noch in Posen präsentiert. Massenweise finden sich Aufnahmen von jungen Prinzen in Uniformen der Garderegimenter (nicht nur bei den Preußen) oder in diversen Spielarten der Landestracht. Auf solchen Fotos durften auch Mädchen erscheinen.

Trachtenbilder wurden besonders gern von solchen Fürtenhäusern verbreitet (wie etwa in Bulgarien, Rumänien oder Griechenland), die nicht aus dem betreffenden Land selbst stammten, sondern „zugereist" waren. Das liebliche Kind in Bauerntracht warb für Sympathie, signalisierte, daß nunmehr die Dynastie als dazugehörig zu betrachten sei.

Manches Bild von Kindern in Uniform hat Blüten trauriger Komik hervorgebracht, die viel vom elitären Stand dieser Jugendlichen, aber auch von der erbarmungslosen Strenge ihrer Erziehung erzählen. Im Kinderschnitt ihrer militärischen Montur erscheinen sie wie Puppen, die zum Gefangenendasein verdammt sind. So wirkt der badische Thronerbe Prinz Berthold von Baden sehr bedrückt, wie er – grotesk auf einem Stuhl erhöht – eine Kombination von Taufkleid und Militärmütze vorführt.

Am interessantesten sind jene Fürstenkarten, die (vielfach absichtslos) Wesentliches über den Zeitgeist aussagen. Die spätere rumänische Königin Maria, eine Koburger Prinzessin, Enkelin der Königin Victoria, war eine der mondänsten Frauen ihrer Zeit (geb. 1875). Sie liebte extravagante Kleider und exotische Staffagen, in denen sie sich immer wieder fotografieren ließ.

Eine solche Bildpostkarte zeigt die Kronprinzessin als verführerische Frau in der Pose eines Vamp, was beweist, daß das Medium „Fürstenkarte" auf dem Weg war, nicht nur dynastischen Zwecken zu dienen. Dieses Foto gehört eindeutig zur Vorgeschichte des modernen Kultbildes der Frau als Sexobjekt.

Das rumänische Königshaus hatte noch weitere Extravaganzen zu bieten. Die Vorgängerin von Königin Maria, Königin Elisabeth, eine geborene Prinzessin zu Wied, war in ihrer Zeit als Dichterin Carmen Silva bekannt. Ihr Foto, unter Marmorsäulen, im großen Kleid an der Schreibmaschine sitzend, zeigt nicht nur die Doppelrolle dieser Frau, sondern ist ein seltenes Dokument für den Wandel der Epochen.

Die Schreibmaschine, Zeichen des neuen Zeitalters, signalisiert Modernität und Progressivität, den Willen, sich keinem Standesvorurteil zu unterwerfen. Zugleich aber sollte durch das feudale Dekor die könglicher Würde der Schreiberin gewahrt bleiben. Es dauerte nicht mehr lange, dann brachen die widerstrebenden Kräfte, die in diesem Foto noch versöhnt erscheinen, auseinander. Eine kuriose Bildpostkarte blickte damals schon in die Zukunft.

Staatsmacht: Kaiser Wilhelm II.

Glanz und Gloria: König Georg V. und Königin Mary von England.

Georgsritter: Ludwig III. von Bayern.

430468

DEUTSCHE BUNDESPOST

TELEGRAMM

Bezeichnung der Aufgabetelegrafenstelle · Wortzahl · Aufgabetag · Uhrzeit

aus Wuppertal 28/26 31/12 12 13

Blumen (auf Seide gedruckt)

Das Blumenmotiv ist eine Reproduktion nach einem Farbfoto und als Kunstdruck auf Seide gefertigt.

Repro 620.000 8.80/198 *- LX C -* *937 071 000*

9131t han d

4111tk ffm d =

'82 DEC 24 12:54

05037 1701

zczc 102 47

(10)berlin tf 22/19 24 1100

Zugesprochen
am: 24.12. um: 1350
an: 201 von: Cu

familie dr werner huebner

ernstjuengerweg 7 5245

(d-3056)rehburg/loccum/1

frohes gesundes weihnachtsfest wuenschen euch allen lieben

traudi helmut und ganzer anhang

col 7 (d-3056)rehburg/loccum/1 ~~rect wuenschen euchaxxxxx euch allen~~

Zo Hause nicht heute ein Telegramm aus

3056 Rehburg-Loccum 1 PA 05037-414
(Rehburg) nach Ds 746

Mo-Fr 0730-1200
1430-1815

Sa 0730-1300

nnnn

9131t han d

4111tk ffm da

Deutsche Bundespost · TSt Hannover · Telegramm